

Betr.: Gesetzblatt für Baden-Württemberg Nr. 7
vom 26. März 1968 (Hochschulgesetz)

Verteiler:

1. An die Mitglieder der Grundordnungskommission

Rektor Prof. Dr. Röhm
Prof. Dr. Weinschenck
Priv.-Doz. Dr. Geisler
Wiss.Ass. Dr. von Borries
Oberreg. Rat Theis
Reg.-Assessor Hecksteden
ASTA-Vorsitzender cand.agr. Späth

erl.

*1. A. Pappaschke
i. G. Kappel
i. G. Späth*

erl.

erl.

Me. K.

2. An die Dekane der beiden Fakultäten

Spekt. Prof. Dr. Buchloh
Spekt. Prof. Dr. Mechelke

*1. A. L. y.
i. A. K. K. K. K.*

2 d 7 (Grundordnungskommission)

h

E

230

8

22. April 1968

T/D.

2/

An alle
Mitglieder der Kommission für die
Vorbereitung einer Grundordnung für die Universität

je besonders

Betreff: Zusammenstellung der in der Grundordnung nach dem
Hochschulgesetz zu regelnden Fragen

Anlage: - 1 -

Beiliegend wird entsprechend der letzten Niederschrift die Zusammenstellung der in der Grundordnung nach dem Hochschulgesetz zu regelnden Fragen, geordnet nach den §§ des Hochschulgesetzes mit der Bitte um gefällige Kenntnisnahme übersandt.

Im Auftrag



2.) 2. d. A.

Zusammenstellung der in der Grundordnung nach dem Hochschulgesetz zu regelnden Fragen geordnet nach den §§ des Hochschulgesetzes

1. § 3 bestimmt die Aufgaben der Universität: In der Grundordnung sollte in einer Präambel diese Bestimmung noch verdeutlicht werden.
2. Nach § 4 Abs. 1 sind in der Grundordnung "die Grundsätze des § 2" zu beachten.
3. In § 5 wird festgelegt, daß in der Grundordnung auch die Verpflichtung zur Mitwirkung der Angehörigen der Universität an der Selbstverwaltung festzulegen ist.
4. § 6 bringt eine grobe Abgrenzung der Zuständigkeit der ständigen Einheiten für Forschung und Lehre und der Gesamtuniversität. Die Grundordnung muß im einzelnen festlegen, welche ständige Einheiten sie als Institutionen der Universität schaffen will und in welchem Verhältnis diese Glieder zur Gesamtuniversität stehen sollen. Es wird wohl zu einer enumerativen Aufgabenabgrenzung zwischen den ständigen Einheiten der Forschung, der Lehre und der Gesamtuniversität kommen müssen. Im wesentlichen kann für Hohenheim von der bewährten Ergänzung der Hochschulsatzung bei der Schaffung der Fakultäten ausgegangen werden. Geprüft werden müßte nur, ob man ständigen Einheiten in der Forschung gegenüber den bisherigen Fakultäten eine eigenständige Stellung einräumt.
5. § 6 Absatz 3 bringt die Verpflichtung zur Aufstellung von Institutsordnungen. Hier müssen sowohl das Verfahren über das Zustandekommen wie die Grundbestimmungen in der Grundordnung geregelt sein.

6. § 8 In der Grundordnung muß über die Präsidial- oder Rektoratsverfassung entschieden werden.
7. Nach § 9 Absatz 1 muß bei der Entscheidung für die Präsidialverfassung auch die Vertretung des Universitätspräsidenten in der Grundordnung geregelt werden.
8. § 9 Absatz 2: In der Grundordnung kann für den Universitätspräsidenten die Bezeichnung "Rektor" vorgesehen werden. Für die Vorbereitung des gemeinsamen Vorschlags sollte in der Grundordnung ein Wahlverfahren vorgesehen werden.
9. § 10 Absatz 1: In der Grundordnung ist über die mögliche Zuweisung von Angelegenheiten zur Entscheidung durch den Großen Senat zu befinden.
10. § 10 Absatz 2: In der Grundordnung ist über die Erweiterung des Senats in dort näher bestimmten Angelegenheiten eine Regelung zu treffen.
Ebenso ist nach Absatz 3 entweder in der Grundordnung oder als Durchführungsbestimmung zur Grundordnung eine Wahlordnung aufzustellen.
11. § 11 Absatz 1 setzt voraus, daß im Zusammenhang mit § 6 ein Aufgabenkatalog erstellt wird, der die Zuständigkeiten des Großen Senats, des Senats, des Verwaltungsrats, der Fakultäten und der Forschungseinheiten festgestellt hat, soweit dies nicht im Gesetz bereits für die Grundordnung bindend geschehen ist. Dabei ist auch darüber zu bestimmen, ob beschließende und beratende Ausschüsse gebildet werden.
12. ^{Nach} § 11 Absatz 3 ist für die Wahl der Mitglieder des Senats eine Wahlordnung aufzustellen, die entweder in der Grundordnung oder in Durchführungsbestimmungen enthalten sein muß.

13. § 12 Absatz 1 bestimmt, daß die Entwicklungsplanung und die Zusammenarbeit mit anderen Bildungseinrichtungen vom Verwaltungsrat vorbereitet wird.

In Absatz 2 wird dem Verwaltungsrat zur Beschlußfassung die Planung der baulichen Entwicklung und die Entscheidung über Grundstücks- und Raumverteilung übertragen, während im § 6 Absatz 2 die Universität über die Einführung und Aufhebung von Studiengängen, sowie über die Bildung, Veränderung und Aufhebung der Universitätseinrichtungen beschließt. Es muß deshalb in der Grundordnung genau geregelt werden, wer insgesamt über alle Planungsgebiete beschließt, weil Bauplanung, Einführung neuer Studiengänge, allgemeine Entwicklungsplanung, Errichtung von Universitätseinrichtungen usw. nicht voneinander getrennt werden können.

14. § 12 Absatz 5: In der Grundordnung sollte die Wahl geregelt werden.

15. Nach § 13 Absatz 2 muß die Grundordnung Wahlordnung, Vertretung und Amtszeit des Rektors bei der Rektoratsverfassung bestimmen.

16. § 14 Absatz 2: Bei der Entscheidung für die Kanzlerverfassung muß ähnlich wie bei der Präsidialverfassung der Wahlmodus geregelt werden.

17. § 15 Geregelt werden muß in der Grundordnung das Verfahren über die Einberufung der Sitzung der akademischen Gremien und der Abstimmungsmodus (geheime bzw. offene Abstimmung). Nach Absatz 2 sind Bestimmungen über die Befangenheit der Mitglieder und nach Absatz 6 Bestimmungen über die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle zu treffen.

18. § 15 Absatz 4: Es ist die Frage zu klären, wer als Protokollführer in den verschiedenen Organen tätig ist.
19. § 16 Absatz 3: Die Rechtsstellung der Honorarprofessoren ist zu klären.
20. § 21 Das Berufungsverfahren ist in der Grundordnung zu regeln, wobei die Zuständigkeit der einzelnen Organe noch festzulegen ist.
21. Nach § 27 sind die akademischen Rechte der ordentlichen und außerordentlichen Professoren sowie der emeritierten Professoren durch die Grundordnung zu regeln.
22. § 28 Die Stellung der Privatdozenten ist in der Grundordnung zu regeln.
23. § 32 Absatz 2: Die Rechte und Pflichten der Honorarprofessoren sind in der Grundordnung zu regeln.
24. § 34 Die Rechte und Pflichten der Gastprofessoren und Gastdozenten sind in der Grundordnung zu regeln.
25. § 40 Absatz 2: Die Mitwirkung der Dozenten sowie der Angehörigen des Lehrkörpers nach § 16 Absatz 2 Nr. 1-4 in den ständigen Einrichtungen für Forschung und Lehre ist in der Grundordnung zu regeln.
26. § 42 Absatz 3: Das Verfahren über die Einführung des Numerus clausus sollte in der Grundordnung geregelt werden und zwar einschließlich der Zuständigkeit über die Feststellung, daß der Numerus clausus einzuführen ist.

27. § 48 Absatz 1, § 49 Abs.1: Bestimmungen über die Studentenschaft sind vorzusehen.

28. § 52 In der Grundordnung ist das zuständige Organ für den Beschluß über die Prüfungsordnungen zu bestimmen. In der Grundordnung sollte auch geregelt werden und zwar generell für alle Prüfungsordnungen, unter welchen Voraussetzungen der Student das nicht rechtzeitige Ablegen der Prüfung nicht selbst verschuldet hat.

29. § 61 In der Grundordnung sollte auch die Rechtsform des Studentenwerks festgelegt werden.

16.4.1968



III. Senatsangelegenheiten

~~IV. =~~ ~~VERSCHIEDENES~~

6.) Bericht über die Sitzung der Kommission
zur Vorbereitung einer Grundordnung

Berichterstatter: Rektor
 ~~Prorektor~~
 ~~Professor~~ _____

● Auf die beiliegende Niederschrift über die 1. Sitzung wird ver-
● wiesen.

Kenntnisnahme d. Kleinen Senats

z. d. A.

N I E D E R S C H R I F T

Über die 1. Sitzung der Kommission zur Vorbereitung der
Grundordnung

An der Sitzung haben teilgenommen:

Rektor Prof. Dr. Röhm

Priv.-Dozent Dr. Geisler als Vertreter der Dozenten

Wissenschaftl. Assistent Dr. v. Borries, Vertreter der
Assistenten

Oberregierungsrat Theis

Reg.-Assessor Hecksteden

durch Urlaub entschuldigt Prof. Dr. Weinschenck

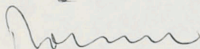
Es wurde vereinbart, aus den von der Hochschule angeforderten und bereits eingegangenen Hochschulsatzungen der westdeutschen Hochschulen diejenigen auszuwählen, die nach 1960 erlassen worden sind. Dann sollen in einer synoptischen Darstellung die Bestimmungen über die Organe, die Fakultäten, die besonderen Einrichtungen und die Stellung der Mitgl. jeder der Hochschule gegenübergestellt werden. Das Rektorat wird eine weitere Darstellung vorbereiten, aus der hervorgeht, welche Fragen, die in einer Grundordnung an sich zu regeln wären, im Hochschulgesetz bereits vorweg genommen sind und welche Fragen auf Grund der Forderung des Hochschulgesetzes in der Grundordnung geregelt werden müssen.

Die einzelnen Gruppen sollen aufgefordert werden, mit den Wahlvorbereitungen gemäß § 66 bereits zu beginnen, auch bevor die Rechtsverordnung über die Wahl erlassen ist.

Den Assistenten soll aus der letzten Niederschrift über die Westdeutsche Rektorenkonferenz der Abschnitt über die Assistenten zugeleitet werden und zwar über Herrn Dr. v. Borries. Alle Senatsmitglieder erhalten je ein Exemplar.

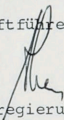
Stuttgart-Hohenheim, den 25. März 1968

Vorsitzender:



(Rektor Prof. Dr. Röhm)

Schriftführer:



(Oberregierungsrat Theis)

*sämtliche Mitglieder
am 16.4. erhalten.*

Abfertigung

HT

UNIVERSITÄT HOHENHEIM
(LANDWIRTSCHAFTLICHE HOCHSCHULE)
REKTORAMT

7000 STUTTGART-HOHNHEIM
POSTFACH 73
FERNSPRECHER: STUTTGART 25911
BEI DURCHWAHL 2591/230

DEN 7. März 1968

An die
Mitglieder der Kommission
zur Vorbereitung der Grundordnung

je b e s o n d e r s

Zur ersten Sitzung der Kommission zur
Vorbereitung der Grundordnung lade ich
ein auf

Mittwoch, den 13.3.1968, 9 Uhr c.t.
im Rektorzimmer.



(Rektor Prof. Dr. Röhms)

L¹

Grosser Saal / 14. 2. 68

Pkt. III. 11.) Verschiedenes

... Zur Sammlung von Material für die Vorbereitung einer Grundordnung für die Universität Hohenheim wird folgende Kommission gebildet: REKTOR, WEINSCHENCK, THEIS, GEISLER, v.BORRIES, STUDENTENVERTRETER (dessen Name vom ASTA-Vorsitzenden noch bekanntgegeben wird).

DEUTSCHE BURSCHENSCHAFT

□ DIE VORSITZENDE BURSCHENSCHAFT □
GERMANIA MARBURG

355 MARBURG-LAHN,
LUTHERSTRASSE 3
TELEFON 3563 (68265)

UNIVERSITÄT HOHENHEIM				
Eing.: 17. JAN. 1969				
Nr.		Beil.		
1	2	3	4	5

Sehr geehrte Herren !

Anliegend überreicht Ihnen die Deutsche Burschenschaft einen " Entwurf für ein Deutsches Rahmengesetz für das Gesamthochschulwesen und ein Gesetz über die Wissenschaftlichen Hochschulen, sowie eine Stellungnahme der Deutschen Burschenschaft zum politischen Mandat der Studentenschaft in zusammengefaßter bzw. ausführlicher Form zu Ihrer Information.

Die Deutsche Burschenschaft repräsentiert als einer der größten Studentischen Verbände rund 6000 Studenten. Sie ist als Verband politisch, insbesondere hochschulpolitisch engagiert.

Weiteres Informationsmaterial über die Arbeit der Deutschen Burschenschaft, sowie weitere Texte der o.a. Schriften stellt Ihnen die derzeit vorsitzende Burschenschaft, B! Germania Marburg, 355 Marburg/Lahn, Lutherstr.3 auf Anforderung gern zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Marburg, den 15.1.1969

DEUTSCHE BURSCHENSCHAFT

Die Vorsitzende

Burschenschaft Germania

Marburg

Gert Wilde
(Gert Wilde)

Stellungnahme zum politischen Mandat der Studentenschaft

Die Studentenschaft ist wie die Universität eine hoheitliche Körperschaft des öffentlichen Rechts. Wie diese leitet sie ihre Legitimation aus der Vertretung institutioneller wissenschaftlicher Interessen, die sich aus dem Schutz der Wissenschaftsfreiheit in Art. 5 III GG ergeben, her, da die Studenten als Lernende am Wissenschaftsprozess beteiligt sind.

Diese Wissenschaft, deren Interessen vertreten werden sollen, wird von den Vertretern des "politischen Mandats" politisch gesehen. Der politische Wissenschaftsbegriff, wie er von ihnen formuliert wird, hat seinen Platz und seine Berechtigung in der Entwicklung der Wissenschaftstheorie, auch wenn er nicht alle ihre Probleme zu lösen vermag. Keinem Wissenschaftler kann verwehrt werden, ihn für sich in Anspruch zu nehmen, da dies bereits ein Eingriff in seine Freiheit wäre. Die einzige Anforderung, die von außen an den Begriff der Wissenschaft herangetragen werden darf, ist die, daß Forschung und Lehre konstitutive Elemente wissenschaftlicher Tätigkeit sein müssen. Demnach darf die Universität als hoheitliche Körperschaft den politischen Wissenschaftsbegriff nicht als für sich verbindlich anerkennen, da sie damit die Wissenschaftsfreiheit derjenigen Wissenschaftler verletzen würde, die diesen Begriff ablehnen. Eine politische Kompetenz der Universität ergibt sich nicht aus der Interessenvertretung einer politisierten Wissenschaft.

Auch eine selbstständige politische Kompetenz der Institutionen der Wissenschaft ist abzulehnen, da diese keinem legitimen öffentlichen Zweck in unserer Demokratie entspricht.

Die Universität hat allerdings das Recht und die Pflicht zu allgemeinpolitischen Stellungnahmen, wo diese zur Wahrnehmung ihrer hochschulpolitischen Kompetenz notwendig sind. Das gilt insbesondere für den Schutz der Wissenschaftsfreiheit, die nur in bestimmten Staatsordnungen möglich ist. Die Institutionen der Wissenschaft dürfen nicht untätig zusehen, wenn Regeln der staatlichen Grundordnung verletzt werden, die Wert- und Existenzvoraussetzungen der Wissenschaftsfreiheit sind, auch wenn die Wissenschaftsfreiheit selbst nicht unmittelbar betroffen ist.

Um einen Mißbrauch dieser Kompetenz zu verhindern, ist von den wissenschaftlichen Institutionen zu verlangen, daß sie bei allgemeinen politischen Stellungnahmen den Bezug zur wissenschaftspolitischen Interessenvertretung aufzeigen, so daß diese Herleitung im Sinne einer Evidenztheorie gerichtlich nachprüfbar wird. Jegliche andere Art der Absicherung gegen Mißbrauch ist abzulehnen, da eine inhaltliche Abgrenzung der Kompetenz nicht möglich ist, eine formale Absicherung der Sache nicht angemessen ist.

b.w.

Für das Innenverhältnis von Universität und Studentenschaft ergibt sich, daß die institutionellen wissenschaftlichen Interessen der Lernenden andere sind als die der Lehrenden und Forschenden, so daß beide unabhängig voneinander durch Universität und Studentenschaft vertreten werden müssen. Aus der Überlegung heraus, daß in einer Universität, deren Entscheidungsgremien paritätisch besetzt sind, die Interessen der Lernenden genügend berücksichtigt sind, wird die Deutsche Burschenschaft sich auf ihrem Burschentag 1969 mit einer Reform des Studentenschaftsrechts im Rahmen einer demokratisierten Hochschule befassen

DEUTSCHE BURSCHENSCHAFT
Der hochschulpolitische Ausschuß
gez.: Martin Hellwig

Anm.: Eine ausführliche Stellungnahme der Deutschen Burschenschaft zum politischen Mandat der Studentenschaft ist erhältlich bei der Vorsitzenden Burschenschaft, B! Germania Marburg, 355 Marburg/Lahn, Lutherstr. 3. Diese ist erschienen in der Schriftenreihe "Diskussionsbeiträge des Hochschulpolitischen Ausschusses der Deutschen Burschenschaft zu aktuellen Problemen der Hochschulpolitik".

ENTWURF

für ein

DEUTSCHES RAHMENGESETZ FÜR DAS GESAMTHOCHSCHULWESEN

und ein

GESETZ ÜBER DIE WISSENSCHAFTLICHEN HOCHSCHULEN

vorgelegt von der DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFT

Im Auftrag des Hochschulpolitischen Ausschusses der DB
ausgearbeitet von:

Martin Hellwig

Ekkehard Krüger

Heinz Günther Meiwes

angenommen durch den Hauptausschuß der DB auf seiner Sitzung
in Marburg am 15. Dezember 1968.

INHALTSVERZEICHNIS

- | | |
|---|------------|
| 1) W a r u m
ein Deutsches Rahmengesetz für das
Gesamthochschulwesen und eine einheit-
liche Gesetzgebung für die Wissenschaft-
lichen Hochschulen ? | S. 2 - 7 |
| 2) Schwerpunkte der Entwürfe der
Deutschen Burschenschaft | S. 8 - 14 |
| 3) Deutsches Rahmengesetz für das
Gesamthochschulwesen | S. 15 - 22 |
| 4) Gesetz über die Wissenschaftlichen
Hochschulen | S. 23 - 54 |

W a r u m

ein Deutsches Rahmengesetz für das Gesamthochschulwesen
und eine einheitliche Gesetzgebung für die wissenschaft-
lichen Hochschulen?

=====

In den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg hatten
die deutschen Universitäten weithin versäumt, die Chance
des Neubeginns zu ergreifen und ihre eigene Struktur zu
reformieren. Die Universität, wie sie nach 1945 im Bereich
der späteren Bundesrepublik Deutschland wiedererstand,
war im wesentlichen die gleiche wie in der Weimarer
Republik.

Sie baute in doppelter Hinsicht auf dem Prinzip der per-
sönlichen Bindungen auf:

zum einen im Lehrer - Schüler - Verhältnis in der wissen-
schaftlichen Tätigkeit (oft zu einem Meister-Geselle-Lehr-
lingsverhältnis verfeinert),

zum andern in der Kollegialität der akademischen Selbst-
verwaltung durch die Ordinarien.

Die Entwicklung der folgenden Jahre stellte jedoch die
Praktikabilität dieses Prinzips der persönlichen Beziehun-
gen für die moderne Großuniversität in Frage: Die immer
wachsenden Studentenzahlen, hervorgerufen durch ansteigen-
de Abiturientenzahlen infolge geburtenstarker Jahrgänge,
durch eine verstärkte Bildungswerbung und durch den Ausbau
des sog. "Zweiten Bildungsweges", führten zur Ablösung
des Lehrer-Schüler-Verhältnisses durch eine immer größere
Anonymität des einzelnen in Vorlesung, Kurs, Seminar und
Praktikum.

Auf der anderen Seite machte die weitgehende Spezialisierung
der Wissenschaften in Verbindung mit dem verstärkten Ausbau
des "Mittelbaus" das Kollegialitätsprinzip der Ordinarien-
universität als Verwaltungsprinzip der Hochschule unbrauch-
bar, da bei ihm Entscheidungskompetenz und Sachautorität
oft auseinanderfallen.

Trotz dieser Entwicklung unterblieb die Reform der überkommenen Universitätsstruktur, was zur Folge hatte, daß sich die Studienzeit um ca. 30 % gegenüber dem Vorkriegsstand verlängerte und der "output" an wissenschaftlich ausgebildeten Kräften für die Gesellschaft weit hinter dem zurück blieb, was man sich angesichts der Investitionen der Jahre 1955 - 1965 versprochen hatte. Es wurde offenkundig, daß die heutige Universität nicht mehr auf dem Prinzip persönlicher Beziehungen aufgebaut sein kann, sondern wie ein größerer Betrieb auf modernen Verwaltungsprinzipien verbunden mit einer Beteiligung aller an der Hochschule Tätigen an der Selbstverwaltung.

In der sich entspinrenden Diskussion um die Hochschulreform ergaben sich nach Margh. v. BRENTANO¹⁾ drei Tendenzen:

- Eine konservativ-reformatorische Tendenz, getragen von der Mehrzahl der Hochschullehrer, die die bestehende Struktur so weit, wie es angesichts der veränderten Lage möglich ist, beibehalten will.
- Eine funktionalistische Tendenz, getragen von den staatlichen und gesellschaftlichen Instanzen, denen es nur darum geht, die Hochschulen für die Gesellschaft leistungsfähig zu gestalten.²⁾
- Eine radikal-progressive Tendenz, getragen vor allem von studentischen Gruppen, denen es darum geht, die Hochschulen zu demokratisieren und gleichzeitig auf eine demokratische Gestaltung unserer Gesellschaft zu verpflichten, sie dabei allerdings von funktionalen Einflüssen und Einflüssen der bestehenden Gesellschaft frei zu halten.³⁾

1) Politikum wider Willen - Zur gegenwärtigen Lage der Universität in LEIBFRIED, Stefan, Wider die Untertanenfabrik, 1967, S. 373 - 383, besonders S. 376.

2) Begründung zum Entwurf des Hessischen Hochschulgesetzes Drucksache 1366 des Hessischen Landtages (11.5.1965) S. 17 - 59.

3) Hierzu vor allem: NITSCH u.a., Hochschule in der Demokratie, 1965.

Das Hochschulmodell dieser Gesetze und Gesetzentwürfe hängt jeweils von dem politischen Gewicht ab, das die Vertreter der aufgezeigten Tendenzen in den einzelnen Bundesländern haben, nicht aber von dem alleinigen Bemühen um eine funktionsfähige neue Hochschule. So wurde zwar eine "Reform von oben" möglich, die Gefahren, die sich aus dem Alleingang und der Konkurrenzsituation zwischen den Bundesländern ergeben, wurden jedoch ebenfalls sichtbar:

entsprechend dem Gewicht einzelner Gruppen einerseits ein - vielleicht nicht genügend überlegtes - Über-das-Ziel-hinaus-schießen, andererseits ein - vielleicht ebenso unüberlegtes - Beharren auf nicht funktionsfähigen älteren Modellen.

Eine bundeseinheitliche Hochschulstruktur in näherer Zukunft zu erreichen, ist bei diesem Vorgehen unmöglich, da auch die Konferenz der Kultusminister, die durch den Zwang zur Einstimmigkeit gelähmt wird, keine genügend starke Klammer der Länder darstellt.⁴⁾

Die so entstehende Uneinheitlichkeit der Hochschulstruktur im Bundesgebiet schadet aber jedem der Betroffenen:

Sie erschwert den Studenten den Wechsel zu Hochschulen anderer Bundesländer, wenn sie ihn nicht ganz ausschließt, was im Zusammenhang mit der Lehrgeldfreiheit für "Landeskinder" dazu führen muß, daß die Hochschulen ihre Studenten und einen Großteil ihres wissenschaftlichen Nachwuchses auf die Dauer nur aus diesen "Landeskindern" rekrutieren werden. Hierdurch werden die Grundrechte der Freizügigkeit und der freien Wahl der Ausbildungsstätte erheblich in Mitleidenschaft gezogen, darüber hinaus droht eine "Einspurigkeit" des Wissenschaftsbetriebes einzelner Bundesländer. Der Gesellschaft aber wird dadurch Schaden zugefügt, daß sie nicht mehr einen einheitlichen Wissensstand der wissenschaftlich Ausgebildeten erwarten kann, so daß der verstärkte kulturelle Föderalismus zu einer kulturellen Absonderung einzelner Länder führen könnte.

4) Dies zeigte sich wohl am deutlichsten in der Ausarbeitung des Referentenentwurfes für ein Hessisches Hochschulrahmengesetz und ein Universitätsgesetz. Auch die jüngsten Empfehlungen des Wissenschaftsrates gleichen diesen Mangel nur ungenügend aus.

Aus diesem Grunde hat die Deutsche Burschenschaft auf ihrem Burschentag 1968 beschlossen, einen Entwurf für eine einheitliche Hochschulstruktur erarbeiten zu lassen.

Mit der Vorlage dieses Entwurfes ist nicht beabsichtigt, auf eine Abschaffung der Kulturhoheit der Bundesländer hinzuwirken, jedoch soll eine weitere Aufspaltung des Wissenschaftsbetriebes nach - für die Wissenschaft willkürlichen ! - Ländergrenzen verhindert werden.

Für einen Teilbereich des kulturellen Lebens soll eine bundes-einheitliche Reform angeregt werden, wie sie durch die im Gange befindliche Änderung des Artikels 75 des Grundgesetzes ermöglicht wird, im einzelnen jedoch von den Bundesländern auszugestalten ist. Das Hochschulwesen soll nur koordiniert, nicht aber in alleinige Bundeskompetenz überführt werden.

Eine weitere Aufgabe dieses Entwurfes ist es, ein in sich stimmiges Modell der modernen Hochschule aufzuzeigen.

Insofern dient er gleichzeitig als Vorschlag für die anstehende Landesgesetzgebung zur Hochschulreform. Auch auf diesem Wege sollten möglichst einheitliche Regelungen in den Landesgesetzen erzielt werden.

Dabei ging es den Verfassern nicht darum, sich irgendeiner der oben aufgezeigten Tendenzen der Reformdiskussion anzuschließen. Unabhängig von solcher Voreingenommenheit wurde vielmehr versucht, ein einleuchtendes Modell zu entwickeln, was dazu geführt hat, daß in den vorliegenden Entwurf Elemente aller drei Tendenzen eingeflossen sind.

So ist beispielsweise die starke Betonung der Freiheit von Forschung, Lehre und Studium, wie auch die vorläufige Beibehaltung der Struktur des höheren Bildungswesens der konservativ-reformatorischen Richtung zuzuordnen.

Der Zwang zur ständigen Überprüfung der Struktur des Hochschulwesens durch übergeordnete Gremien soll die Funktionsfähigkeit der Hochschule im Hinblick auf berechnete Interessen der Gesellschaft aufrecht erhalten, womit die funktionalistische Tendenz auf ein vertretbares Maß eingeschränkt wurde.

Die Demokratisierung des Entscheidungsprozesses endlich, kommt der radikal-progressiven Tendenz entgegen.

Entscheidungen in der modernen Massenuniversität können nur auf Grund von Sachautorität und Betroffenheit gefällt werden. Je näher das Entscheidungsgremium der Sache steht, was insbesondere für die Forschungs- und Lehrseinheiten und die Fachausschüsse gilt, desto mehr ist das Kriterium der Sachautorität zu berücksichtigen, d.h. eine paritätische Beteiligung aller betroffenen Personengruppen zu vermeiden. Für einen Fachbereich aber oder für die zentrale Ebene der Hochschulselbstverwaltung tritt die Sachautorität zu Gunsten der Betroffenheit als Kriterium für die Zusammensetzung des Entscheidungsgremiums zurück. Deshalb erscheint hier eine paritätische Beteiligung aller Personengruppen gerechtfertigt, was nicht daran hindert, daß das Gremium Sachentscheidungen in nur nach dem Kriterium der Sachkompetenz der Entscheidenden und der Transparenz der Entscheidung zusammengesetzten Ausschüssen verlagert.

Dieser Einfluß verschiedener Tendenzen auf das vorliegende Hochschulmodell ist nicht als politischer Kompromiß zu verstehen. Es ging vielmehr darum, ein wirklich funktionierendes Modell zu finden. In dieser Hochschule bleibt die Unabhängigkeit wissenschaftlicher Tätigkeit von staatlichen und parteipolitischen Einflüssen erhalten, dennoch wird der Entscheidungsprozeß durch Beteiligung anderer Personengruppen im gleichen wissenschaftlichen Tätigkeitsbereich objektiviert. Zudem wird hierdurch der Zwang zur ständigen Reform nach den Kriterien wissenschaftlichen Arbeitens, Lehrens und Lernens institutionalisiert. Eine so reformierte und sich ständig reformierende Hochschule ist das Ziel dieses Entwurfes, da nur sie allein fähig erscheint, ihre Aufgaben in der Gesellschaft zu erfüllen. Durch die Bestimmungen des "Rahmengesetzes für das Gesamthochschulwesen" und die im Hochschulgesetz vorgesehenen Landeskuratorien und Ausbildungskommissionen oberhalb der einzelnen Hochschule bleibt eine Landes- und Bundeseinheitliche Koordination auch dieser ständigen Reform gewahrt und wird ein neuerliches Auseinanderstreben durch Einzelmaßnahmen verhindert.

Die Mitglieder der Kommission, die diesen Entwurf erarbeitet hat, glauben, hiermit einen sachgerechten Beitrag zur Reform des Hochschulwesens und insbesondere der wissenschaftlichen Hochschulen geleistet zu haben.

Sie haben sich auf diese beschränkt, weil sie aus ihren Erfahrungen und Studien heraus glauben, nur zu dieser allein sich zu Wort melden zu dürfen. Für eine gesetzmäßige Verordnung einer integrierten Gesamthochschule und damit verbunden einer Umgliederung des Sekundarschulwesens scheint ihnen die Zeit zu früh und die Problematik noch zu wenig wissenschaftlich durchdacht zu sein, wohl aber sahen sie sich berechtigt, eine "institutionalisierte Tendenz" zur Gesamthochschule und zu einer Umbildung des Sekundarschulwesens vorzuschlagen.

gez. Martin Hellwig
Ekkehard Krüger
Heinz Günter Meiwes

Schwerpunkte der Entwürfe der Deutschen Burschenschaft

=====

I. DEUTSCHES RAHMENGESETZ FÜR DAS GESAMTHOCHSCHULWESEN

Hier galt es vor allem, die Aufgaben der Hochschulzweige und ihrer Aufnahmebedingungen gegeneinander abzugrenzen. Alle Hochschulen werden einem "zuständigen Minister", bei Landeshochschulen dem jeweiligen Kultusminister, bei den (neu zu gründenden) Hochschulen in Bundeskompetenz dem Bundesminister des Inneren zugeordnet (§ 1,5).

Die Wissenschaftlichen Hochschulen erhalten neben ihren bisherigen Aufgaben vor allem den Auftrag, "die an ihnen Tätigen zu wissenschaftlich-kritischer Verantwortung im Denken und Handeln" (§ 2.2), also über den engeren Bereich der Wissenschaft hinaus, zu erziehen, Kontaktstudien einzurichten, sowie sich der interessierten wissenschaftlichen und auch der weiteren Öffentlichkeit zu öffnen (§2). Der Wechsel zwischen Wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen soll jederzeit gewahrt bleiben (§ 7), was zu einer Koordination der Lehrpläne in gleichen oder verwandten Fachgebieten aller Hochschulzweige und damit zu einer Überprüfung einer möglichen Zusammenlegung führen muß.

Im § 8 - 11 wird die Bundeskompetenz, soweit sie nicht ausdrücklich vom "zuständigen Minister" ausgeübt wird, einem Bundestagsausschuß für das Gesamthochschulwesen übertragen. Dieser Ausschuß überwacht im Auftrag des Bundestages die Koordinierung des Gesamthochschulbereiches und überprüft dessen Struktur. Hierzu beruft er eine hochschulunabhängige Strukturkommission.

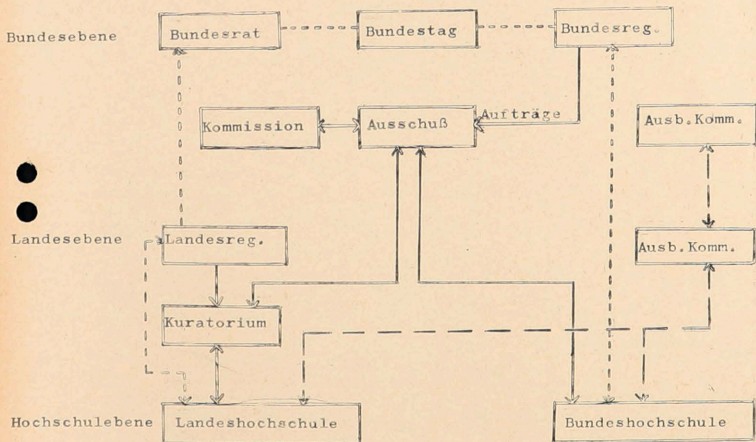
Der Ausschuß erstattet dem Bundestag regelmäßig Bericht und macht Vorschläge zur Verbesserung des gesamten Bildungswesens (Hierzu arbeitet er mit der Kultusministerkonferenz und dem Bildungsrat zusammen. Die Notwendigkeit des Wissenschaftsrates müßte überprüft werden!)

Für gezielte Reformmaßnahmen werden dem Ausschuß 2 % der Mittel des Bundeshaushaltes überstellt, die er in eigener Verantwortung verteilt. Unseren Vorstellungen lag hierbei das Modell der englischen "Grain's Kommission" zugrunde.

Neben diesem Bundestagsausschuß werden auf Landesebene Kuratorien gebildet, denen Vertreter der Personengruppen, der Hochschulen, der Regierung, des Landtages und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören sollen (§ 12 und 13). Zu ihren Aufgaben gehört die Struktur-, Bau- und Finanzplanung für die ihnen zugeordneten Hochschulen in Zusammenarbeit mit dem Bundestagsausschuß, bzw. dessen Strukturkommission.

Das Recht auf Selbstverwaltung der Hochschulen wird im § 14 ausdrücklich codifiziert. Für die Wissenschaftlichen Hochschulen sieht der Entwurf die Einheitsverwaltung von akademischen und wirtschaftlichen Belangen vor.

Die Zuordnung der Hochschulen soll in dem folgenden Schema klar gestellt werden. Über die in dem Rahmengesetz enthaltene überörtliche Struktur hinaus wurden die Zuständigkeiten der Ausbildungsfragen gemäß § 28 des Hochschulgesetzes aufgezeigt.



Erläuterungen:

Von unten nach oben = Antrags- und Vorschlagsrecht

Von oben nach unten = Richtlinienkompetenz

———— Strukturfragen

----- Zuständigkeitszuordnung

----- Ausbildungsfragen

II. GESETZ ÜBER DIE WISSENSCHAFTLICHEN HOCHSCHULEN

Abschn. I : Grundlagen (§ 1 - 6)

Die Wissenschaftlichen Hochschulen sind in Forschung, Lehre und Studium frei, sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und Dienstherren der an ihnen tätigen Beamten auf Zeit (§ 2). Im Gegensatz zum hessischen Referentenentwurf wird diese Freiheit nicht durch ein übermächtiges Kuratorium oder einen nahezu unabsetzbaren Präsidenten eingeschränkt¹⁾. Im § 3 wird den wissenschaftlichen Hochschulen das Recht übertragen, eigene Haushaltspläne aufzustellen. Die Zuweisung des Zuschusses des Landes und/oder des Bundes erfolgt global.

Die wissenschaftlichen Hochschulen gliedern sich in Fachbereiche (§ 4). Diese Fachbereiche sind die Grundeinheit der Hochschulselbstverwaltung (§ 7).

Abschn. II: Organisation der Wissenschaftlichen Hochschule (§ 7 - 25)

Der Entwurf sieht die Präsidialverfassung vor (§ 22 - 25). Oberstes beschließendes Organ ist die zentrale Hochschulversammlung, das nach dem Grundgesetz der Drittelparität unter Berücksichtigung einer Vertretung des Personalrates zusammengesetzte "Konzil" (§ 17).

Im Gegensatz zu dem hessischen Referentenentwurf und den jüngsten Empfehlungen des Wissenschaftsrates haben wir uns zu einem "Einkammersystem" entschlossen, weil nur so die in den genannten Vorschlägen enthaltene faktische Trennung von akademischer und Finanzverwaltung zu Gunsten der Einheitsverwaltung aufgehoben wird. In dem anderen Modell ist ja die "akademische Verwaltung" gar nicht unabhängig, weil nahezu alle akademischen Entscheidungen finanzielle Folgen haben, die z.B. im hessischen Entwurf in die Zuständigkeit des in der Mehrheit aus Hochschulfremden zusammengesetzten Kuratoriums fallen.

In unserem Entwurf wird die Einheitsverwaltung unter dem Präsidenten vom Konzil und dessen Hauptausschuß kontrolliert und mit Richtlinien unterstützt.

1) Vgl. hierzu unter anderem: "Freie Universität oder Staatsdirigismus?" Aufsatz in den Burschenschaftlichen Blättern Nr. 12, Dezember 1968, S. 213 - 216.

Für Fachfragen beruft das Konzil ständige Kommissionen (§ 19), deren wichtigste, die Strukturkommission (§ 20), zur ständigen Überwachung und Verbesserung der Hochschulstruktur und der Fachbereichsgliederung gebildet wird. Ihr gehören neben dem Präsidium Vertreter aller Personengruppen und ein Vertreter der Landes- bzw. Bundesregierung an.

Auf der Ebene des Fachbereiches werden alle wichtigen Entscheidungen dem Fachbereichsrat (§ 8 und 12) übertragen, der nach dem Grundgesetz der Drittelparität unter Einbeziehung von Vertretern der nichtwissenschaftlichen Angestellten des Fachbereiches zusammengesetzt ist. Der Fachbereichsrat kann Ausschüsse einsetzen (z.B. für Berufsfragen, größere Anschaffungen, Forschungsfragen etc.) und diesen Befugnisse übertragen. Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse muß sich nach den Kriterien der Sachnähe und der Transparenz der Entscheidungen richten (§ 12, 4).

Neben den Fachbereichen können vom Konzil "Interdisziplinäre Zentren" errichtet werden (§ 14). Die Fachbereiche können für eigene Belange, von denen mehrere Fachbereiche betroffen sind, interdisziplinäre Ausschüsse und Forschungs- und Lehrereinheiten bilden (§ 15).

Abschn. III: Organisation des Studiums und der Lehre (§ 26 - 34)

Hier wird die Freiheit des Lernens (§ 27) und der Lehre (§ 32) besonders betont, die Bildung von Ausbildungskommissionen auf der Ebene der Hochschule, des Bundeslandes und des Bundes für einzelne Fachrichtungen vorgeschrieben (§ 28), damit hier eine bundeseinheitliche Studienrahmenregelung getroffen werden kann, und schließlich die Mitwirkung beim Erlass von Prüfungsordnungen codifiziert (§ 29). Der § 31 fordert die Öffentlichkeit der Prüfungen und regelt das Beschwerdeverfahren.

Die § 33 und 34 geben Rahmenrichtlinien für die Errichtung von Forschungs- und Lehrereinheiten für Hochschuldidaktik, die zunächst eng an die Fachschwerpunkte der einzelnen Hochschulen gekoppelt sein sollen und folgende Aufgaben haben: Erforschung einer Fachdidaktik, Abhaltung von Beratungen der Hochschullehrer und Kursen, deren Zeugnisse bei Bewerbungen um Hochschullehrerstellen mit eingereicht werden können.

Abschn. IV: Mitglieder der Hochschule (§ 35 - 45)

Für die Hochschullehrer ist das Ordinarien- bzw. Lehrstuhlprinzip abgeschafft und durch einen flexiblen Stellenplan (§ 36) ersetzt. Bei Freiwerden von Hochschullehrerstellen prüft jeweils die Strukturkommission der Hochschule im Zusammenwirken mit dem Fachbereich die Notwendigkeit einer Neubesetzung und beschließt ggf. die Aufhebung der Stelle (§ 20,3). Eine Habilitation ist nicht vorgesehen, sie erübrigt sich bei einer Bewerbung um Hochschullehrerstellen, bei denen die Prüfung der Bewerbungsunterlagen Voraussetzung für die Berufung ist (§ 37). So wird der "Aufstieg" aus dem "Mittelbau" erleichtert und von Irrationalismen befreit, in diesem Fall ist zunächst eine Berufung auf Zeit als "Bewährungsprobe" vorgesehen.

Die Hochschullehrer werden nicht mehr, wie zur Zeit, "entpflichtet", sondern wie jeder andere Beamte in den Ruhestand versetzt (§ 38). Bis zu diesem Zeitpunkt bilden sie die Versammlung der Hochschullehrer, um ihre eigenen Interna regeln zu können.

Akademische Mitarbeiter (Studienräte etc. im Hochschuldienst, Assistenten, Lektoren und wissenschaftliche Angestellte) bewerben sich auf Grund einer Ausschreibung der Stelle um diese. Sie werden auf Zeit (nicht mehr auf Widerruf) vom Fachbereich eingestellt (§ 40 - 42). Sie bilden eine eigene Versammlung (§ 43). Hier ist darauf hinzuweisen, daß bewußt die Möglichkeit offengelassen ist, daß die Versammlungen der Hochschullehrer und akademischen Mitarbeiter Beitragshoheit erhalten und körperschaftliche Funktionen wahrnehmen.

Abschn. V: Die Studentenschaft (§ 46 - 54)

Im wesentlichen ist die Stellung der Studentenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts und als solche Glied der Hochschule beibehalten, wie auch ihre Gliederung gegenüber dem, wie sie sich in Hessen nach Erlaß des 1. Hochschulgesetzes 1966 ergeben und bewährt hat, nicht wesentlich verändert wird. Neu ist lediglich der Ersatz des Studentenparlaments durch die Fachgruppenkonferenz und damit eine bewußte Verlagerung der Arbeit zur sachbezogenen Wahrnehmung der Belange der Studierenden (§ 50). (Ein Studentenparlament mit nach politischen Listen gewählten Abgeordneten hat eigentlich nur Funktionen, wenn man ihm auch ein politisches Mandat zugesteht.²⁾)

2) Anmerkung siehe Seite 13

Demgegenüber werden die Vertreter der Studentenschaft im Konzil der Hochschule direkt von der Studentenschaft gewählt (§ 53). Hiermit wird eine Trennung zwischen der Selbstverwaltung der Studentenschaft und ihrer Mitverwaltung in der Hochschule erreicht, weil die Fachgruppenkonferenz somit keine Weisungsbefugnisse gegenüber den Studentenvertretern hat.

Abschn. VI: Wahrung der Ordnung (§ 55 - 58)

Das bisherige studentische Disziplinarrecht ist abgeschafft und durch ein Hausordnungs- und Schlichtungsrecht ersetzt, dem a l l e Hochschulmitglieder in gleicher Weise unterliegen.

Schlichtungen werden nur zwischen Angehörigen verschiedener Personengruppen vorgenommen. Darüber hinaus sind die betreffenden Organe der Personengruppen selbst verantwortlich.

Abschn. VII: Übergangs- und Schlußvorschriften (§ 59 - 66)

Die Vorgänge an den Hochschulen in Hessen bei der Ablösung ihrer alten Satzungen gemäß den Bestimmungen des 1. Hochschulgesetzes haben gezeigt, daß die Aufstellung eines detaillierten Terminplanes unumgänglich ist.

Die Vereinfachung der Struktur des Lehrkörpers und des "Mittelbaues" erfolgt unter Bewahrung des sozialen Besitzstandes des einzelnen.

Es ging uns in allen Fragen nicht um einen Ausgleich zwischen den Forderungen der Personengruppen, sondern um eine funktionsgerechte Vertretung in den zentralen Gremien der Hochschule und des Fachbereiches unter den Gesichtspunkten der Gleichberechtigung von der Betroffenheit und der Ungleichberechtigung von der Sachkompetenz her. Dem Zweifel an der gleichen Betroffenheit wird insofern Rechnung getragen, als quantitativ ungleiche Personengruppen im Sinne einer Gruppenrepräsentation gleichberechtigt nebeneinandergestellt sind. Diese unbedingte Gleichberechtigung der Gruppenrepräsentanten kann weiter eingeschränkt werden, je eher die Entscheidungen in Spezial-

-
- 2) Vgl. hierzu Martin HELIWIG, Zur Problematik des "Politischen Mandats" der Studentenschaft, hg. vom Hochschulpolitischen Ausschuß der DB, 1969 (anzufordern bei der Vorsitzenden Burschenschaft, GERMANIA, Marburg, Lutherstraße 3)

gremien eine unbedingte Sachkompetenz erfordern, wobei um der Klarheit willen gesagt sei, daß diese Abstufung nach der Sachkompetenz in jeweils verschiedenen Fragestellungen verschieden aussehen wird und eine verschiedene Vertretung jeder Personengruppe erfordert. Da die Einrichtung solcher Gremien keine Sachkompetenz erfordert, die größer wäre als die Betroffenheit, erscheint die Einsetzung und Kontrolle durch nach dem Grundsatz der Drittelparität gebildete Gremien die einzig sinnvolle Lösung.³⁾

Ekkehard Krüger

Marburg, den 17. Dezember 1968

3) In diesem Zusammenhang sei besonders verwiesen auf die Beschlüsse des Burschentages 1968 zur Hochschulpolitik (abgedruckt in den Burschenschaftlichen Blättern 7/8. Juli/August 1968, S. 141f.) und auf die Schrift: "Demokratisierung der Hochschule" von Ekkehard KRÜGER und Erhard JÖRCHEL (Erschienen in der Reihe: "Diskussionsbeiträge des Hochschulpolitischen Ausschusses der Deutschen Burschenschaft zu aktuellen Problemen der Hochschulpolitik" 1968, anzufordern bei der Vorsitzenden Burschenschaft GERMANIA - Marburg.).

DEUTSCHES RAHMENGESETZ FÜR DAS GESAMTHOCHSCHULWESEN

=====

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Aufgaben der Wissenschaftlichen Hochschulen
- § 3 Aufgaben der Fachhochschulen
- § 4 Aufgaben der Kunsthochschulen
- § 5 Zugang zu den Wissenschaftlichen Hochschulen
- § 6 Zugang zu den Fach- und Kunsthochschulen
- § 7 Wechsel zwischen Wissenschaftlichen Hochschulen
und Fachhochschulen
- § 8 Bundestagsausschuß für das Gesamthochschulwesen
- § 9 Aufgaben des Bundestagsausschusses
- § 10 Ständige Kommissionen des Bundestagsausschusses
- § 11 Strukturkommission des Bundestagsausschusses
- § 12 Landeskuratorien
- § 13 Aufgaben der Landeskuratorien
- § 14 Selbstverwaltung der Hochschulen
- § 15 Geltung im Land Berlin
- § 16 Inkrafttreten

§ 1

Geltungsbereich

- 1) Dieses Gesetz gilt für den Gesamthochschulbereich.
Dem Gesamthochschulbereich gehören alle Stätten des höheren Bildungswesen an.
- 2) Der Gesamthochschulbereich umfaßt insbesondere:
 1. die wissenschaftlichen Hochschulen,
 2. die Fachhochschulen,
 3. die Kunsthochschulen.
- 3) Die Errichtung neuer Hochschulen, die Anerkennung bestehender Einrichtungen als Hochschulen, die Zusammenlegung und Aufhebung bestehender Hochschulen bedürfen des Gesetzes.
- 4) Die einzelnen Hochschulzweige können sich auf Landes- und Bundesebene zu Hochschulkonferenzen zusammenschließen, um ihre Interessen zu wahren.
- 5) "Zuständige Minister" im Sinne dieses Rahmengesetzes und der ihm untergeordneten Spezialgesetze ist bei Hochschulen in Bundeskompetenz der Bundesminister des Inneren und bei Hochschulen in Landeskompetenz der Kultusminister des Bundeslandes, welches die Hochschule trägt oder in dessen Grenzen die Hochschule liegt.

§ 2

Aufgaben der Wissenschaftlichen Hochschulen

- 1) Die Wissenschaftlichen Hochschulen dienen der Wissenschaft in Forschung und Lehre.
Sie fördern den wissenschaftlichen Nachwuchs und bereiten ihre Studenten auf Berufe vor, in denen wissenschaftliche Arbeitsmethoden angewendet werden.
- 2) Die Wissenschaftlichen Hochschulen erziehen die an ihnen Tätigen zu wissenschaftlich-kritischer Verantwortung im Denken und Handeln.
Im Rahmen dieser Aufgabe obliegt ihnen die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins ihrer Studenten.

- 3) Die Wissenschaftlichen Hochschulen nehmen sich der wissenschaftlichen Weiterbildung (Kontaktstudium) ihrer Absolventen in Direkt- und Fernkursen an.
- 4) Alle wissenschaftlichen Ergebnisse von Belang sind der interessierten wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
- 5) Die Aufgaben der Wissenschaft in der Gesellschaft, ihre Methoden, Ergebnisse und deren Auswirkungen sind der breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

§ 3

Aufgaben der Fachhochschulen

- 1) Die Fachhochschulen vermitteln ihren Studenten eine Berufsausbildung auf wissenschaftlicher Grundlage, die diese befähigen soll, wissenschaftliche und theoretische Erkenntnisse im Beruf anzuwenden.
- 2) Die Fachhochschulen nehmen sich in Direkt- und Fernkursen der fachlichen Aus- und Weiterbildung Berufstätiger an.

§ 4

Aufgaben der Kunsthochschulen

Die Kunsthochschulen dienen der künstlerischen und werktechnischen Ausbildung ihrer Studenten.

Sie veranstalten Kurse für Angehörige von Berufen, in denen eine künstlerische Gestaltung von Nutzen ist.

§ 5

Zugang zu den Wissenschaftlichen Hochschulen

Der Zugang zu den Wissenschaftlichen Hochschulen erfolgt auf Grund der Abschlüsse des allgemeinen oder des dem entsprechenden Fach zugeordneten besonderen Sekundarschulwesens, sowie der entsprechenden Fachhochschulen.

§ 6

Zugang zu den Fach- und Kunsthochschulen

Die Fach- und Kunsthochschulen wählen ihre Studenten unter den Bewerbern aus.

Das Nähere regelt der zuständige Minister durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit der Strukturkommission des Bundestagsausschusses für das Gesamthochschulwesen.

§ 7

Wechsel zwischen Wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen

- 1) Der freie Wechsel von den Wissenschaftlichen Hochschulen zu den Fachhochschulen bleibt zu jedem Zeitpunkt des Studiums gewährt.
- 2) Das Nähere, insbesondere den Wechsel von Fachhochschulen zu den Wissenschaftlichen Hochschulen, regelt der zuständige Minister durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit der Strukturkommission des Bundestagsausschusses für das Gesamthochschulwesen.

§ 8

Bundestagsausschuss für das Gesamthochschulwesen

- 1) Der Bundestag setzt einen Ausschuß von 9 Mitgliedern für das Gesamthochschulwesen ein.
- 2) Dem Ausschuß gehören mit beratender Stimme an:
 - 1 Vertreter der Wissenschaftlichen Hochschulen,
 - 1 Vertreter der Fachhochschulen,
 - 1 Vertreter der Kunsthochschulen,
 - 1 Vertreter der Assistentenschaften,
 - 1 Vertreter der Studentenschaften.
- 3) Die Sitzungen des Ausschusses sind öffentlich.

§ 9

Aufgaben des Bundestagsausschusses

- 1) Der Ausschuß überwacht die Koordinierung des Gesamthochschulbereiches.
- 2) Er überprüft die Struktur des Gesamthochschulbereiches und wirkt darauf hin, daß die Hochschulen zu einem Gesamthochschulsystem verbunden werden, in dem die Hochschulen ihre Aufgaben in gegenseitiger Zusammenarbeit und Arbeitsteilung erfüllen.
- 3) Er erstattet dem Bundestag in regelmäßigen Abständen Bericht über das gesamte Hochschulwesen und gibt Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Bildungswesens.
- 4) Dem Bundestagsausschuß für das Gesamthochschulwesen werden 2 % des Gesamthaushaltes für die Entwicklung des Gesamthochschulwesens überstellt. Die ordentlichen Zuwendungen des Bundes an die Länder oder direkt an die Hochschulen bleiben hiervon unberührt.
- 5) Der Bundestagsausschuß initiiert die Errichtung von Modellhochschulen in Bundeskompetenz und hat die Möglichkeit, im Rahmen der ihm überstellten Bundesmittel besondere Entwicklungen im Bereich der Landeshochschulen durch zweckgebundene Finanzhilfen zu fördern.
- 6) Der Bundestagsausschuß arbeitet mit der Konferenz der Kultusminister und dem Bildungsrat zusammen.

§ 10

Ständige Kommissionen des Bundestagsausschusses

- 1) Zu seiner Beratung beruft der Bundestagsausschuß für das Gesamthochschulwesen ständige, gemischte Kommissionen für jeden Hochschulzweig.
- 2) Die ständigen Kommissionen sind zu gleichen Teilen aus Vertretern des jeweiligen Hochschulzweiges und Abgeordneten des Bundestages zu besetzen. Berufsvereinigungen können beratend hinzugezogen werden.
- 3) Das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Bundestagsausschusses.

§ 11

Strukturkommission des Bundestagsausschusses

- 1) Zur Weiterentwicklung der Struktur des gesamten Bildungswesens und zur Überwachung von Reformmaßnahmen im Hochschulbereich beruft der Ausschuß eine Kommission, die sich zu gleichen Teilen aus berufenen Vertretern des öffentlichen Lebens und Bundestagsabgeordneten zusammensetzt.
- 2) Zu dieser Kommission sind Vertreter der Hochschulzweige, der Assistentenschaften und der Studentenschaften beratend hinzuzuziehen.
- 3) Das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Bundestagsausschusses.

§ 12

Landeskuratorien

- 1) In den Bundesländern, die mehrere Wissenschaftliche Hochschulen unterhalten, werden Kuratorien auf Landesebene gebildet.
- 2) Den Landeskuratorien gehören:
 1. die Präsidenten der Wissenschaftlichen Hochschulen,
 2. der Kultusminister oder ein ständiger Vertreter,
 3. der Finanzminister oder ein ständiger Vertreter,
 4. der Vorsitzende des Landtagsausschusses für Fragen der Kulturpolitik,
 5. der Vorsitzende des Landtagsausschusses für Fragen der Finanzen,
 6. 2 Vertreter der Landeskonferenz der Assistenten,
 7. 2 Vertreter der Studentenschaften des Bundeslandes,
 8. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in gleicher Anzahl wie die Hochschulpräsidenten.
- 3) Ein entsprechend zusammengesetztes Kuratorium wird für die Fach- und Kunsthochschulen gebildet.
- 4) Die beiden Kuratorien sollen ihre Aufgaben in enger Zusammenarbeit wahrnehmen.

§ 13

Aufgaben der Landeskuratorien

- 1) Die Landeskuratorien haben die Aufgabe, die Struktur der ihnen zugeordneten Hochschulzweige ständig zu überprüfen und Empfehlungen für ihre Weiterentwicklung auszuarbeiten.
- 2) Insbesondere haben sie folgende Aufgaben:
 1. Struktur- und Bauplanung entsprechend den Empfehlungen und Richtlinien des Bundestagsausschusses für das Gesamthochschulwesen,
 2. Langfristige Finanzplanung für die Hochschulen ihres Wirkungsbereiches, dabei die Festlegung von Fachschwerpunkten für die einzelnen Hochschulen.
 3. Empfehlungen für die Aufstellung der Haushaltspläne der Hochschulen.
- 3) Die Landeskuratorien haben Koordinierungsfunktion und vertreten den Hochschulbereich gegenüber den Landtagen.

§ 14

Selbstverwaltung der Hochschulen

- 1) Die Hochschulen haben das Recht der Selbstverwaltung; an ihr sind die Mitglieder des Lehrkörpers, die akademischen, fachlichen oder künstlerischen Mitarbeiter und die Studenten zu beteiligen.
- 2) Das Nähere über die Rechtsverhältnisse der Hochschulen und über die Beteiligung der genannten Personengruppen an der Selbstverwaltung regeln gesonderte Gesetze über die Wissenschaftlichen Hochschulen, Fachhochschulen und Kunsthochschulen.

§ 15

Geltung im Land Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe auch im Land Berlin.

§ 16

Inkrafttreten

- 1) Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

- 2) Gleichzeitig treten die früheren Gesetze und Rechtsvorschriften, die diesem Gesetz entsprechen oder widersprechen außer Kraft.

GESETZ ÜBER DIE WISSENSCHAFTLICHEN HOCHSCHULEN

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt I: Grundlagen

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Rechtliche Stellung
- § 3 Finanzwesen
- § 4 Gliederung der Wissenschaftlichen Hochschulen
- § 5 Satzung
- § 6 Rechtsaufsicht

Abschnitt II: Organisation der Wissenschaftlichen Hochschulen

A) FACHBEREICHE

- § 7 Der Fachbereich
- § 8 Aufgaben des Fachbereiches
- § 9 Angehörige des Fachbereiches
- § 10 Organe des Fachbereiches
- § 11 Die Fachbereichsversammlung
- § 12 Der Fachbereichsrat
- § 13 Der Fachbereichsvorstand
- § 14 Interdisziplinäre Zentren
- § 15 Interdisziplinäre Ausschüsse

B) ZENTRALE ORGANE

- § 16 Zentrale Hochschulorgane
- § 17 Das Konzil
- § 18 Aufgaben des Konzils
- § 19 Ständige Kommissionen und Beauftragte
- § 20 Strukturkommission
- § 21 Der Hauptausschuss des Konzils
- § 22 Ernennung und Abberufung des Präsidenten
- § 23 Aufgaben des Präsidenten
- § 24 Der 1. Vizepräsident
- § 25 Der 2. Vizepräsident

Abschnitt III: Organisation des Studiums und der Lehre
.....

- § 26 Studienaufbau
- § 27 Freiheit des Lernens
- § 28 Ausbildungskommission
- § 29 Staatliche Prüfungen
- § 30 Akademische Prüfungen
- § 31 Öffentlichkeit der Prüfungen
- § 32 Freiheit der Lehre
- § 33 Forschungs- und Lehreinheiten für Hochschuldidaktik
- § 34 Didaktische Weiterbildung von Hochschullehrern und akademischen Mitarbeitern

Abschnitt IV: Mitglieder der Hochschule
.....

- § 35 Mitglieder
- § 36 Die Hochschullehrer
- § 37 Berufung zum Hochschullehrer
- § 38 Versetzung in den Ruhestand
- § 39 Versammlung der Hochschullehrer
- § 40 Akademische Mitarbeiter
- § 41 Einstellung der akademischen Mitarbeiter
- § 42 Ende des Dienst- oder Angestelltenverhältnisses der akademischen Mitarbeiter
- § 43 Versammlung der akademischen Mitarbeiter
- § 44 Die Studenten
- § 45 Nichtwissenschaftliche Angestellte

Abschnitt V: Die Studentenschaft
.....

- § 46 Rechtsstellung der Studentenschaft
- § 47 Finanzen der Studentenschaft
- § 48 Aufgaben der Studentenschaft und der Fachgruppen
- § 49 Organe der Studentenschaft
- § 50 Fachgruppenkonferenz
- § 51 Allgemeiner Studentenausschuss
- § 52 Ältestenrat
- § 53 Bestellung der studentischen Mitglieder des Konzils der Hochschule
- § 54 Satzung der Studentenschaft

Abschnitt VI: Wahrung der Ordnung
.....

- § 55 Hausordnung und Schlichtungsordnung
- § 56 Verstöße gegen die Hausordnung
- § 57 Ordnungs- und Schlichtungsausschuss
- § 58 Ordnungsmaßnahmen

Abschnitt VII: Übergangs- und Schlußvorschriften
.....

- § 59 Satzungsgebung und Wahl des 1. Hochschulpräsidenten
- § 60 Status der Hochschullehrer, wissenschaftlichen Beamten
und akademischen Mitarbeiter
- § 61 Neuverteilung der Einrichtungen, Sachmittel und Personal-
stellen
- § 62 Aufhebung von Gesetzen und Vorschriften
- § 63 Änderung von Bundesgesetzen
- § 64 Ausführung dieses Gesetzes
- § 65 Geltung im Land Berlin
- § 66 Inkrafttreten

Abschnitt I: Grundlagen

§ 1

Geltungsbereich

- 1) Dieses Hochschulgesetz gilt für alle öffentlichen Wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland.
- 2) Die Paragraphen ... gelten sinngemäß auch für nichtöffentliche Wissenschaftliche Hochschulen.

§ 2

Rechtliche Stellung

- 1) Die Wissenschaftlichen Hochschulen sind in Forschung, Lehre und Studium frei.
- 2) Sie sind rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts. Sie führen eigene Siegel.
- 3) Sie sind Dienstherren der an ihnen tätigen Beamten auf Zeit.

§ 3

Finanzwesen

- 1) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben wird den Wissenschaftlichen Hochschulen ein Zuschuss in globaler Zuweisung gewährt.
- 2) Die Höhe des Bundesanteils an diesem Zuschuss bei Landeshochschulen und des Landesanteils bei Bundeshochschulen ist vertraglich zu regeln.
§ 9 Abschnitt 4 u. 5 des Rahmengesetzes für das Gesamthochschulwesen bleiben hiervon unberührt.

- 3) Die Wissenschaftlichen Hochschulen stellen in entsprechender Anwendung des Paragraphen 9 b der Reichshaushaltsordnung eigene Haushaltspläne auf.

Für die Aufstellung und Ausführung der Haushaltspläne, die Kassenführung und Rechnungslegung sind die für die Bundesregierung geltenden allgemeinen Vorschriften sinngemäß anzuwenden. Die Haushaltspläne haben einen Betrag von 10 % des Gesamthaushaltes für unvorhergesehene wichtige Forschungsausgaben oder Bauvorhaben auszuweisen. Dieser Betrag ist übertragbar.

Die Personal- und Sachausgaben sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. § 31 der Reichshaushaltsordnung gilt in diesem Bereich nicht.

- 4) Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Wissenschaftlichen Hochschulen unterliegt uneingeschränkt der Prüfung durch den Bundesrechnungshof.

§ 4

Gliederung der Wissenschaftlichen Hochschulen

- 1) Die Wissenschaftlichen Hochschulen gliedern sich in Fachbereiche und interdisziplinäre Zentren.
- 2) Die Fachbereiche werden vom Konzil errichtet.

§ 5

Satzung

- 1) Die Wissenschaftlichen Hochschulen geben sich im Rahmen dieses Gesetzes Satzungen, die vom Konzil beschlossen werden.
- 2) Die Satzungen sind dem zuständigen Minister zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung darf nur aus rechtlichen Gründen versagt werden.

§ 6

Rechtsaufsicht

- 1) Die Rechtsaufsicht über die Wissenschaftlichen Hochschulen übt der zuständige Minister aus.
- 2) Die Rechtsaufsicht beschränkt sich darauf, die gesetz- und satzungsmäßige Erfüllung der den Wissenschaftlichen Hochschulen obliegenden Aufgaben zu überwachen.

Abschnitt II: Organisation der Wissenschaftlichen Hochschule

A) FACHBEREICHE

§ 7

Der Fachbereich

- 1) Grundeinheit der Hochschulselbstverwaltung ist der Fachbereich.
- 2) In seinem Bereich trägt der Fachbereich die Verantwortung für Forschung, Lehre und Studium.

§ 8

Aufgaben des Fachbereichs

Dem Fachbereich obliegt die Verwaltung der ihm zugewiesenen wissenschaftlichen Einrichtungen, der zugewiesenen Mittel und der Personalstellen.

Er ist insbesondere zuständig für:

1. die Einrichtung, Veränderung und Auflösung von Forschungs- und Lehreinheiten,
2. die Aufstellung des Haushaltsvoranschlags,
3. die Zuweisung der bewilligten Mittel an die Forschungs- und Lehreinheiten,
4. die Koordinierung der Forschungsprogramme,
5. die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses,
6. die Aufstellung der Studienrahmenpläne und Prüfungsordnungen für die akademischen Prüfungen,
7. die Koordinierung von Lehr- und Studienplänen und die Überwachung der Durchführung angekündigter Studienveranstaltungen, sowie die Einrichtung der Studienveranstaltungen entsprechend den Studienrahmenplänen,
8. die Durchführung regelmäßiger Studienberatungen,
9. die Durchführung akademischer Prüfungen,
10. die Beschlußfassung über Promotionen und die Verleihung akademischer Grade nach besonderen Ordnungen,

11. den Berufungsvorschlag zur Ergänzung des Lehrkörpers gemäß § 37 dieses Gesetzes,
12. die Einstellung wissenschaftlicher und pädagogischer Mitarbeiter und ihre Zuordnung zu Forschungs- und Lehreinheiten,
13. die Vergabe von Lehraufträgen,
14. die Aufstellung von Richtlinien über die Verwendung der Mittel, die dem Fachbereich außerhalb der Mittel des laufenden Haushaltes zweckgebunden für Forschungsaufgaben oder die Erstellung von Gutachten zur Verfügung gestellt werden,
15. die Entscheidung über die Annahme von Gutachteraufträgen durch Mitglieder des Fachbereichs und die Einplanung der Auftragserfüllung in die wissenschaftliche Arbeit des Fachbereiches.

§ 9

Angehörige des Fachbereichs

- 1) Angehörige des Fachbereiches sind die zu ihm gehörenden Hochschullehrer und wissenschaftlichen und pädagogischen Mitarbeiter, sowie die Studenten, die das vertretene Fach studieren, und die nichtwissenschaftlichen Angestellten, die dem Fachbereich zugeordnet sind.
- 2) Bei einer Zugehörigkeit zu mehreren Fachbereichen übt der Betreffende das aktive Wahlrecht in allen, das passive Wahlrecht nur in einem Fachbereich aus.

§ 10

Organe des Fachbereiches

Organe des Fachbereiches sind:

1. die Fachbereichsversammlung,
2. der Fachbereichsrat,
3. der Fachbereichsvorstand.

§ 11

Die Fachbereichsversammlung

- 1) Die Fachbereichsversammlung bilden alle Angehörigen des Fachbereichs.

- 2) Die Fachbereichsversammlung nimmt den Bericht des Vorstandes entgegen und berät darüber.
- 3) Auf Antrag der Fachbereichsversammlung muß der Fachbereichsrat einen Gegenstand auf die Tagesordnung setzen und darüber beraten und beschließen.
- 4) Das Nähere regelt die Satzung des Fachbereiches.

§ 12

Der Fachbereichsrat

- 1) Der Fachbereichsrat besteht aus Hochschullehrern, akademischen Mitarbeitern und Studenten zu jeweils 1/3.
- 2) 2 Vertretern der nichtwissenschaftlichen Angestellten und der dem Fachbereichsvorstand zugeordnete Verwaltungsbeamte nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Fachbereichsrates teil.
- 3) Der Fachbereichsrat ist das beschlußfassende Organ des Fachbereiches und wählt aus seiner Mitte den Fachbereichsvorstand.
- 4) Der Fachbereichsrat kann Ausschüsse einsetzen und diesen Befugnisse übertragen. Die Zusammensetzung der Ausschüsse muß sich nach den Kriterien der Sachnähe und der Transparenz richten. Ein Aufhebungsrecht des Fachbereichsrates für Beschlüsse der Ausschüsse ist in der Satzung vorzusehen.
- 5) Der Fachbereichsrat beschließt die Satzung des Fachbereiches.

§ 13

Der Fachbereichsvorstand

- 1) Der Fachbereichsvorstand besteht aus einem Vorsitzenden und seinen zwei Stellvertretern.
- 2) Der Fachbereichsvorstand führt die laufenden Geschäfte des Fachbereiches nach Maßgabe der Satzung.
- 3) Er führt die Beschlüsse des Fachbereichsrates aus und ist diesem rechenschaftspflichtig.
- 4) Zur Erledigung seiner Verwaltungsaufgaben wird ihm in der Regel ein Verwaltungsbeamter zugeteilt.

- 5) Innerhalb der Einrichtungen des Fachbereiches übt der Fachbereichsvorstand unbeschadet des Hausrechts des Präsidenten nach Maßgabe der Satzung das Hausrecht aus.

§ 14

Interdisziplinäre Zentren

- 1) Interdisziplinäre Zentren werden vom Konzil eingerichtet.
Den Antrag hierzu können stellen:

1. mindestens 2 Forschungs- und Lehrseinheiten verschiedener Fachbereiche,
2. die Fachbereiche,
3. die Strukturkommission der Hochschule.

Bei Anträgen nach Ziffer 1 und 2 ist die Strukturkommission zu hören.

- 2) Interdisziplinäre Zentren sind im Einvernehmen zwischen dem Konzil und den betroffenen Fachbereichen mit Einrichtungen, Personal- und Sachmitteln auszustatten.
- 3) Die Zentren verfügen über die ihnen zugeteilten Einrichtungen und Sachmittel und bestimmen die weiteren Mitarbeiter.
Sie geben sich Satzungen analog zu denen der Fachbereiche.

§ 15

Interdisziplinäre Ausschüsse

- 1) Für Angelegenheiten, von denen mehrere Fachbereiche betroffen sind, setzen die Fachbereiche gemeinsame Ausschüsse ein.
- 2) Die Fachbereichsräte können diesen Ausschüssen Entscheidungsbefugnisse übertragen.

B) ZENTRALE ORGANE

§ 16

Zentrale Hochschulorgane

Zentrale Hochschulorgane sind:

1. das Konzil,
2. der Hauptausschuss des Konzils,
3. der Präsident und 2 Vizepräsidenten.

§ 17

Das Konzil

- 1) Das Konzil ist das oberste Beschlußorgan der Hochschule.
- 2) Das Konzil besteht aus 90 gewählten Mitgliedern, zu denen nach Maßgabe der Hochschulsatzung Vertreter der nichtwissenschaftlichen Angestellten und Arbeiter treten. Die 90 gewählten Mitglieder werden zu gleichen Teilen von der Versammlung der Hochschullehrer, der Versammlung der akademischen Mitarbeiter und der Studentenschaft gewählt. Wahlmodus und Amtszeit regelt die Hochschulsatzung.
- 3) Der Präsident und die beiden Vizepräsidenten nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Konzils teil.
- 4) Das Konzil tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen. Den Einberufungsmodus regelt die Hochschulsatzung.
- 5) Das Konzil ist beschlußfähig, wenn es satzungsgemäß einberufen wurde und mindestens die Hälfte seiner satzungsmäßigen stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.
- 6) Das Konzil wählt aus seiner Mitte einen dreiköpfigen Vorstand, der die Sitzungen des Konzils vorbereitet, einberuft und leitet.
- 7) Die Sitzungen des Konzils sind öffentlich.

§ 18

Aufgaben des Konzils

- 1) Das Konzil beschließt über alle Angelegenheiten der zentralen Selbstverwaltung der Hochschule, soweit diese nicht durch Gesetz

oder Satzung einem anderen Organ übertragen worden sind.

2) Das Konzil hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Wahl und Entlastung des Hochschulpräsidenten,
2. Antrag auf Abberufung des Hochschulpräsidenten,
3. Wahl und Entlastung des 1. Vizepräsidenten,
4. Mitwirkung bei der Ernennung des 2. Vizepräsidenten,
5. Antrag auf Abberufung des 2. Vizepräsidenten,
6. Erlaß und Änderung der Hochschulsatzung,
7. Entgegennahme des jährlichen Rechenschaftsberichtes des Hochschulpräsidenten und seiner Vizepräsidenten,
8. Verabschiedung des Haushaltsvoranschlages auf der Grundlage der Haushaltsvoranschläge der Fachbereiche und Interdisziplinären Zentren,
9. Feststellung des Haushaltes nach Zuweisung der Mittel,
10. Einrichtung der Fachbereiche und Interdisziplinären Zentren unter Beteiligung der betroffenen Fachbereiche,
11. Stellungnahme zu den Entwicklungsplänen und Bauvorhaben,
12. Wahl der Mitglieder des Hauptausschusses und der Konzilsausschüsse,
13. Genehmigung der akademischen Prüfungsordnungen,
14. Stellungnahme zu den Berufungsvorschlägen der Fachbereiche gemäß § 37,
15. Überwachung der Maßnahmen der Präsidenten in der Ausübung des Hausrechtes.

3) Das Konzil gibt sich eine Geschäftsordnung, die die Wahl und die Rechte des Vorstandes sowie die Einrichtungen der Konzilsausschüsse und Ständigen Kommissionen und Beauftragten regelt.

§ 19

Ständige Kommissionen und Beauftragte

- 1) Das Konzil kann für bestimmte Aufgabengebiete ständige Kommissionen oder Beauftragte einsetzen.

Es kann diesen Entscheidungsbefugnisse übertragen, muß sich jedoch das Recht vorbehalten, Ermessensentscheidungen zu überprüfen oder zu ändern.

- 2) Die Kommissionen und Beauftragten haben das Recht, über alle Fragen Ihrer Aufgabenbereiche in allen Organen der Hochschule und bei allen Verwaltungsinstanzen Auskünfte einzuholen.

§ 20

Strukturkommission

- 1) Zur wissenschaftlichen Planung setzt das Konzil eine ständige Kommission, die Strukturkommission ein. Diese erfüllt ihre Aufgabe im Einvernehmen mit dem Landeskuratorium, bzw. dem Bundestagsausschuss für das Gesamthochschulwesen gemäß §§ 8 - 13 des Rahmengesetzes für das Gesamthochschulwesen.
- 2) Der Strukturkommission gehören an:
 1. der 1. Vizepräsident als Vorsitzender und Geschäftsführer,
 2. ein Vertreter der Landesregierung, bei Hochschulen in Bundeskompetenz, ein Vertreter der Bundesregierung,
 3. jeweils zwei Vertreter der Hochschullehrer, der akademischen Mitarbeiter und der Studenten, die vom Konzil gewählt werden,
 4. der Präsident und der 2. Vizepräsident mit beratender Stimme.Zu ihrer Beratung kann die Strukturkommission im Einzelfall andere Personen hinzuziehen.
Bei Beratungen, die in die Belange einzelner Fachbereiche eingreifen, sind Vertreter der betroffenen Fachbereiche hinzuzuziehen.
- 3) Zu den Aufgaben der Strukturkommission gehören:
 1. Vorschläge für Struktur- und Bauprogramme,
 2. Vorschläge zur Finanzplanung der Universität,
 3. Vorschläge zur Aufhebung von Fachbereichen oder zur Einrichtung Interdisziplinärer Zentren,
 4. Überprüfung der Notwendigkeit einer Neubesetzung freigeordneter Hochschullehrerstellen.

- 4) Die Strukturkommission überwacht die Auswirkungen eingeleiteter Reformmaßnahmen und die strukturelle Entwicklung der Fachbereiche.

§ 21

Der Hauptausschuss des Konzils

- 1) Dem Hauptausschuss des Konzils gehören an:

1. je drei Vertreter der Hochschullehrer, der akademischen Mitarbeiter und der Studenten, die vom Konzil gewählt werden,
2. zwei Vertreter des Personalrates,
3. der Präsident und die beiden Vizepräsidenten mit beratender Stimme,

Die Vorsitzenden der ständigen Kommissionen können für einzelne Tagesordnungspunkte mit beratender Stimme hinzugezogen werden. Die Hochschulsatzung muß für die Wahl der Mitglieder ein rotlierendes System vorsehen.

- 2) Der Hauptausschuss führt die laufenden Geschäfte des Konzils und nimmt zwischen dessen Sitzungen die Beratungs- und Kontrollfunktion des Konzils wahr. Insbesondere obliegt ihm die Überprüfung der laufenden Geschäfte der Hochschulverwaltung und der Arbeit der ständigen Kommissionen des Konzils.

Hierzu haben alle Mitglieder des Hauptausschusses das Recht zur uneingeschränkten Akteneinsicht.

Der Hauptausschuss genehmigt nach Vorlage durch den Präsidenten die Geschäftsordnung des Präsidiums und der Verwaltung.

- 3) Die Sitzungen des Hauptausschusses sind nicht öffentlich. Die Protokolle sind an dafür vorgesehenen Stellen öffentlich auszuhängen. Jedes Konzilsmitglied hat das Recht, alle Akten des Hauptausschusses einzusehen.

- 4) Den Einberufungsmodus und die Anzahl der regelmäßigen Sitzungen des Hauptausschusses regelt die Hochschulsatzung.

§ 22

Ernennung und Abberufung des Präsidenten

- 1) Der Präsident wird vom zuständigen Minister nach seiner Wahl durch das Konzil ernannt.

Mit seiner Ernennung wird er Beamter auf Zeit, wenn nicht schon vorher ein Beamtenverhältnis im Sinne des § 3 (1) Ziff. 1 Beamtenrechtsrahmengesetz begründet war. Die Amtszeit beträgt mindestens 6 Jahre.

- 2) Der Minister kann die Ernennung nur dann ablehnen, wenn gegen den Gewählten Tatsachen vorliegen, die die Begründung oder Weiterführung eines Beamtenverhältnisses ausschließen.
In diesem Fall wählt das Konzil erneut.
- 3) Der Präsident soll mit Wissenschaft und Verwaltung vertraut sein. Er muß nicht Hochschullehrer sein.
Er darf während seiner Amtszeit kein Amt als Hochschullehrer ausüben.
- 4) Der Präsident tritt nach Ablauf seiner Amtszeit in den Ruhestand, spätestens mit Ende des Monats, in dem er das 68. Lebensjahr vollendet hat.
War er vor seiner Ernennung Hochschullehrer, so soll er, sofern er nicht in den Ruhestand tritt, auf seinen Antrag hin als Hochschullehrer und Beamter auf Lebenszeit in den Dienst der Hochschule, deren Präsident er war, übernommen werden. Ein förmliches Berufungsverfahren ist nicht erforderlich.
- 5) Auf Antrag von 2/3 Mehrheit des Konzils, darin 2/3 der gewählten Mitglieder des Hauptausschusses, muß der zuständige Minister dem Präsidenten abberufen. Ziff. 4 gilt in diesem Falle nicht.

§ 23

Aufgaben des Präsidenten

- 1) Der Hochschulpräsident repräsentiert und vertritt die Hochschule.
Er fördert gemeinsam mit den anderen Organen der Hochschule und der Studentenschaft die zeitgerechte innere und äußere Entwicklung der Hochschule.

- 2) Der Präsident leitet die Selbstverwaltung der Hochschule nach Maßgabe dieses Gesetzes, der Hochschulsatzung und den Richtlinien des Konzils.
- 3) Der Präsident übt das Hausrecht aus.
- 4) Er ist beratendes Mitglied des Konzils, des Hauptausschusses und der ständigen Kommissionen. In den Kommissionen kann er sich durch einen seiner Vizepräsidenten vertreten lassen.
- 5) Hält er den Beschluß eines Organs der Hochschule für rechtswidrig, so hat er ihn zu beanstanden und auf Abhilfe zu dringen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so ist der zuständige Minister als Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 6 zu unterrichten. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. In dringenden Fällen kann der Präsident vorläufige Maßnahmen treffen.
- 6) Der Präsident ist dem Konzil und dem Hauptausschuss des Konzils rechenschaftspflichtig.
- 7) Der Präsident ist berechtigt, selbst oder durch seinen Vertreter an den Sitzungen der Organe der Fachbereiche mit beratender Stimme teilzunehmen. Er ist zu jeder Sitzung unter Angabe der Tagesordnung einzuladen.
- 8) Der Präsident ist Dienstherr aller Beamten auf Zeit der Hochschule, sowie Dienstvorgesetzter aller Bediensteten. Dienstvorgesetzter des Präsidenten und der Vizepräsidenten ist der zuständige Minister.
- 9) Der Präsident wird in seiner Amtsführung von zwei Vizepräsidenten unterstützt und nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Präsidiums und der Verwaltung vertreten.

§ 24

Der 1. Vizepräsident

- 1) Der 1. Vizepräsident wird vom Konzil auf zwei Jahre gewählt. Er muß beamteter Hochschullehrer sein und berät den Präsidenten in allen akademischen Angelegenheiten.
- 2) Er ist Stellvertreter des Präsidenten in dessen Aufgabenbereich.
- 3) Er ist Vorsitzender und Geschäftsführer der Strukturkommission.

§ 25

Der 2. Vizepräsident

- 1) Der 2. Vizepräsident wird im Einvernehmen mit dem Konzil vom zuständigen Minister auf Lebenszeit ernannt.
Er übt seine Tätigkeit hauptberuflich aus.
2. Er muß die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst haben.
3. Auf Antrag von $\frac{3}{4}$ Mehrheit des Konzils ist der 2. Vizepräsident abzuberufen.
4. Der 2. Vizepräsident leitet die Hochschulverwaltung nach den Weisungen des Präsidenten und entsprechend den Richtlinien des Konzils.
Er ist Sachbearbeiter des Haushaltes.

Abschnitt III: Organisation des Studiums und der Lehre

§ 26

Studienaufbau

- 1) Das Studium erfolgt in Direkt- und Fernkursen bei einem oder mehreren Fachbereichen und ist so zu gliedern, daß auf verschiedenen Stufen die Möglichkeit berufsqualifizierender Abschlüsse besteht.
- 2) Die Fachbereiche stellen Studienrahmenordnungen auf, die den Abschluß eines exemplarischen Studiums in angemessener Zeit berücksichtigen.
- 3) Diese Studienrahmenordnungen gelten als Empfehlungen für einen sachgerechten Studienaufbau. Sie sind mit der zentralen Ausbildungskommission abzustimmen.

§ 27

Freiheit des Lernens

- 1) Für die Studenten besteht Lernfreiheit. Sie gestalten ihr Studium unter Berücksichtigung geltender Studienrahmenordnungen selbst.

- 2) Die Studenten haben das Recht, Lehrveranstaltungen aller Fachbereiche und interdisziplinären Zentren zu besuchen. Über Zulassungsbeschränkungen entscheidet der Fachbereich oder das Zentrum im Einvernehmen mit dem Konzil.

§ 28

Ausbildungskommissionen

- 1) Zur Beratung der an staatlichen oder akademischen Prüfungen Beteiligten (Prüfer und Prüflinge), sowie zur Beratung des Fachbereichsrates beim Erlass von Studienrahmenordnungen bilden die Fachbereiche Ausbildungskommissionen.
- 2) Bilden mehrere Fachbereiche für ein Berufsbild gemeinsam aus, setzen sie eine gemeinsame Ausbildungskommission ein.
- 3) Die Vorsitzenden der Ausbildungskommissionen einer Fachrichtung innerhalb eines Bundeslandes bilden die Landesausbildungskommission für das Fach.
Zu dieser Kommission werden Hochschullehrer und Studenten in der Anzahl hinzugewählt, die für die Herstellung der Parität erforderlich ist. Zwei Vertreter der akademischen Mitarbeiter sind hinzuzuziehen.
- 4) Die Vorsitzenden der Ausbildungskommissionen der Bundesländer für eine bestimmte Fachrichtung bilden die zentrale Ausbildungskommission für dieses Fach.
Die Kommission wird analog dem Absatz 3 ergänzt.

§ 29

Staatliche Prüfungen

- 1) Bei einer Aufstellung der Prüfungsordnungen für die Studiengänge, deren Abschluß durch ein Staatsexamen erfolgt, wirken die Ausbildungskommission des Bundeslandes bzw. die zentrale Ausbildungskommission mit.
- 2) Der Erlass der Prüfungsordnung soll nur im Einvernehmen mit der Ausbildungskommission der betroffenen Fachrichtungen erfolgen.

§ 30

Akademische Prüfungen

- 1) Studiengänge, für die keine staatliche Abschlußprüfung vorgesehen ist, werden durch akademische Prüfungen abgeschlossen.
- 2) Die Fachbereiche erlassen entsprechend den Rahmenrichtlinien der Zentralen Ausbildungskommission Ordnungen für die akademischen Prüfungen.
Diese bedürfen der Genehmigung durch das Konzil.

§ 31

Öffentlichkeit der Prüfungen

- 1) Mündliche Prüfungen sind öffentlich. Auf ausdrücklichen Wunsch des Prüflings kann die Öffentlichkeit eingeschränkt werden.
- 2) Zu mündlichen Prüfungen sind ein fachlicher Beisitzer und ein Protokollführer hinzuzuziehen.
- 3) Die Ergebnisse schriftlicher Prüfungsarbeiten sind dem Prüfling vor der mündlichen Prüfung bekanntzugeben.
- 4) Eine Prüfungskommission auf zentraler Ebene der Hochschule untersucht Beschwerden über Gang oder Ergebnisse der Prüfungen. Die Prüfungsunterlagen sind dieser Kommission vorzulegen. Näheres regelt die Hochschulsatzung.

§ 32

Freiheit der Lehre

Für alle an der Lehre Beteiligten besteht volle Freiheit der Lehre. Lehrveranstaltungen sind entsprechend den Studienrahmenordnungen einzurichten.

§ 33

Forschungs- und Lehrereinheiten für Hochschuldidaktik

- 1) In den Fachschwerpunkten gemäß § 13 (2) 2 des Rahmengesetzes für das Gesamthochschulwesen werden Forschungs- und Lehrereinheiten für Hochschuldidaktik eingerichtet.

- 2) Den Forschungs- und Lehreinheiten für Hochschuldidaktik sind von den betroffenen Fachbereichen genügend Personalstellen und Sachmittel zur Verfügung zu stellen.
- 3) Die Einheiten für Hochschuldidaktik haben die Aufgabe, die didaktischen Probleme ihres Faches im Hinblick auf den akademischen Unterricht zu erforschen und Modelle für diesen zu entwickeln.
- 4) Werden an einer Hochschule mehrere Einheiten für Hochschuldidaktik bei verschiedenen Fachschwerpunkten eingerichtet, ist für eine enge Zusammenarbeit Sorge zu tragen.

§ 34

Didaktische Weiterbildung von Hochschullehrern und akademischen Mitarbeitern

- 1) Der Erforschung didaktischer Fragen wird die Lehre an die Seite gestellt.
Die didaktische Weiterbildung von Hochschullehrern und akademischen Mitarbeitern erfolgt insbesondere durch:
 1. Beratung der in der Lehre Tätigen auf eigenen Wunsch,
 2. Kurse in Fachdidaktik für alle, die beabsichtigen, sich um Hochschullehrerstellen zu bewerben.
- 2) Die Zeugnisse von didaktischen Kursen für Hochschullehrer und akademische Mitarbeiter sollen bei der Bewerbung um Hochschullehrerstellen eingereicht werden und beim Vorschlag zur Berufung berücksichtigt werden.

Abschnitt IV: Mitglieder der Hochschule

§ 35

Mitglieder

Mitglieder der Hochschule sind:

1. die Hochschullehrer,
2. die akademischen Mitarbeiter,
3. die Studenten,
4. die nichtwissenschaftlichen Angestellten,
5. der Präsident und der 2. Vizepräsident.

§ 36

Die Hochschullehrer

- 1) Hochschullehrer im Sinne dieses Gesetzes sind in den Fachbereichen mit der Wahrnehmung von Hochschullehrerstellen beauftragt.
- 2) Mit ihrer Berufung und Ernennung zum Beamten auf diesen Stellen führen sie den Titel Professor.
Eine Habilitation ist nicht erforderlich.

§ 37

Berufung zum Hochschullehrer

- 1) Die Hochschullehrer werden auf Vorschlag des Fachbereiches durch den zuständigen Minister berufen.
Das Konzil hat ein Recht zur Stellungnahme zu dem Berufungsvorschlag.
- 2) Der Beschlußfassung über den Vorschlag zur Berufung geht eine öffentliche Ausschreibung durch den Präsidenten voraus, die über den Funktionszusammenhang, den Aufgabenbereich und die Schwerpunkte wissenschaftlicher Arbeit im Tätigkeitsbereich der Stelle, sowie über deren Grunddotierung Auskunft gibt. Hinweise über die Form des Nachweises der gewünschten Kenntnisse und Fähigkeiten soll die Ausschreibung darüber hinaus enthalten.
- 3) Zur Bewerbung können alle bisher veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten, Zeugnisse über besuchte Kurse für Hochschuldidaktik, sowie Vorlesungsdispositionen und -rezensionen eingereicht werden; sie sollen Interessenschwerpunkte im Bereich der Forschung oder Lehre erkennen lassen.
- 4) Der Berufungsvorschlag soll mindestens 3 Namen enthalten. Dem Vorschlag sind Gutachten auswärtiger Wissenschaftler über jeden vorgeschlagenen Kandidaten beizufügen.
Die Fristen werden vom zuständigen Minister durch Rechtsverordnung geregelt.
- 5) Die Berufungsverhandlungen des zuständigen Ministers beschränken sich auf die persönlichen Bezüge des zu Berufenden.
- 6) Bei Erstberufungen ist eine Berufung auf Zeit vorzusehen. Das Nähere regelt die Hochschulsatzung im Einvernehmen mit dem zuständigen Minister.

§ 38

Versetzung in den Ruhestand

- 1) Die Hochschullehrer sind Beamte auf Lebenszeit, sofern dieses Gesetz nichts Anderes bestimmt.
- 2) Mit Ablauf des Monats, in dem ein Hochschullehrer das 68. Lebensjahr vollendet hat, wird er unter Beibehaltung seines Titels in den Ruhestand versetzt.

- 3) Eine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand ist möglich, wenn zwingende Gründe hierfür vorliegen.

Sie erfolgt auf Antrag des Hochschullehrers bei Zustimmung des Fachbereiches oder auf Antrag des Fachbereiches bei Zustimmung des Präsidenten und des 1. Vizepräsidenten durch den zuständigen Minister.

- 4) Für die Versorgung des im Ruhestand Lebenden Hochschullehrers gelten die Bestimmungen des Beamtenrechtsrahmengesetzes.
- 5) Die Form des Verhältnisses zur Hochschule regelt die Hochschulsatzung.

§ 39

Versammlung der Hochschullehrer

Die Hochschullehrer bilden eine Versammlung der Hochschullehrer.

Diese gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 40

Akademische Mitarbeiter

- 1) Akademische Mitarbeiter im Sinne des Gesetzes sind:

1. die Studienräte und Oberstudienräte im Hochschuldienst,
2. die wissenschaftlichen Assistenten,
3. die Lektoren und wissenschaftlichen Angestellten.

- 2) Mit ihrer Einstellung in den Dienst der Hochschule oder eines Fachbereiches, bzw. ihrer Überweisung an die Hochschule werden sie Mitglied der Hochschule.

§ 41

Einstellung der akademischen Mitarbeiter

- 1) Die Studienräte und Oberstudienräte im Hochschuldienst werden auf Antrag des Fachbereiches beim zuständigen Minister von diesem im Zusammenwirken mit den Schulabteilungen der Landeskultusministerien in den Dienst der Hochschulen auf Zeit überwiesen.
Studienräte und Oberstudienräte im Hochschuldienst haben das Recht, sich um ausgeschriebene Hochschullehrerstellen zu bewerben, wenn sie glauben, den in der Ausschreibung gestellten Anforderungen gerecht zu werden.
Bei einer Berufung scheiden sie aus dem Schuldienst aus.
- 2) Die Assistenten werden auf Vorschlag des Fachbereichsrats vom Fachbereichsvorstand eingestellt.
Sie sind Beamte auf Zeit. Das Nähere regelt die Assistentenordnung.
Die Einstellung muß verweigert werden, wenn die Voraussetzungen des § 4 des Beamtenrechtsrahmengesetzes mit Ausnahme des Abschnittes 1,1 nicht erfüllt sind.
- 3) Die Lektoren und wissenschaftlichen Angestellten werden auf Vorschlag des Fachbereichsrates vom Fachbereichsvorstand angestellt.
- 4) Dem Vorschlag des Fachbereichsrates auf Einstellung oder Überweisung akademischer Mitarbeiter in den Hochschuldienst geht eine hochschulinterne, im Falle der Ziff. 1 und in besonderen Fällen öffentliche Ausschreibung voraus, aus der die Art des Anstellungsverhältnisses, der Aufgabenbereich, die Grunddotierung und die Form des Nachweises der erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten ersichtlich ist.

§ 42

Ende des Dienst- oder Angestelltenverhältnisses der akademischen Mitarbeiter

- 1) Studienräte und Oberstudienräte im Hochschuldienst scheiden mit ihrer Rückversetzung an eine staatliche Lehranstalt aus der Hochschule aus.

- 2) Wissenschaftliche Assistenten scheiden mit Ablauf ihres Dienstverhältnisses als Beamter auf Zeit aus der Hochschule aus, sofern dieses Dienstverhältnis nicht verlängert oder in ein Angestelltenverhältnis umgewandelt wird.
Das Nähere regelt die Assistentenordnung.
- 3) Bei Annahme eines Rufes an die eigene Hochschule treten Studienräte und Oberstudienräte im Hochschuldienst und wissenschaftliche Assistenten ohne besondere Formalitäten in die Personengruppe der Hochschullehrer über und bleiben damit Mitglied der Hochschule.
- 4) Lektoren und wissenschaftliche Angestellte scheiden mit Beendigung ihres Anstellungsvertrages aus der Hochschule aus.

§ 43

Versammlung der akademischen Mitarbeiter

- 1) Die akademischen Mitarbeiter an einer Hochschule bilden die Versammlung der akademischen Mitarbeiter.
- 2) Die Versammlung der akademischen Mitarbeiter gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 44

Die Studenten

- 1) Die Studenten werden durch die Einschreibung bei einem oder mehreren Fachbereichen Mitglieder der Hochschule und der Studentenschaft.
Die Voraussetzungen für die Einschreibung werden gemäß § 5 des Rahmengesetzes für das Gesamthochschulwesen durch Verordnung des zuständigen Ministers geregelt.
- 2) Die Studenten sollen sich die Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen, die das planmäßige Studium ihres Fachgebietes vermittelt. Sie sollen ihren Studienaufbau an den Studienrahmenordnungen ausrichten und entsprechend den Prüfungsordnungen einrichten.
- 3) Die Mitgliedschaft in der Hochschule und der Studentenschaft endet durch die Exmatrikulation.

- 4) Die Einschreibung ist zurückzunehmen, wenn sie durch Zwang, arglistige Täuschung oder Bestechung herbeigeführt wurde.

§ 45

Nichtwissenschaftliche Angestellte

- 1) Die nichtwissenschaftlichen Angestellten werden mit Inkrafttreten ihres Anstellungsvertrages Mitglied der Hochschule.
- 2) Bei Beendigung ihres Anstellungsvertrages scheiden sie aus der Hochschule aus.
- 3) Zum Abschluß und zur Kündigung von Anstellungsverträgen sind der 2. Vizepräsident für die zentrale Hochschulverwaltung und die Fachbereichsvorstände bzw. Vorstände Interdisziplinärer Zentren jeweils für ihren Wirkungsbereich berechtigt.
- 4) Die Angestellten bilden gemäß den Bestimmungen des Personalratgesetzes den Personalrat der Hochschule.

Abschnitt V: Die Studentenschaft

§ 46

Rechtsstellung der Studentenschaft

- 1) Die Studenten einer Hochschule bilden die Studentenschaft einer Hochschule.
- 2) Die Studentenschaft ist eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts und als solche ein Glieder der Hochschule.
- 3) Die Studenten eines Fachbereichs bilden die Fachgruppe des betreffenden Fachbereichs.
- 4) Die Studentenschaft steht unter der Rechtsaufsicht des zuständigen Ministers. § 6 Abs. 2 gilt entsprechend. Die Rechtsaufsicht kann stellvertretend vom Hochschulpräsidenten ausgeübt werden.

§ 47

Finanzen der Studentenschaft

- 1) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhebt die Studentenschaft von ihren Mitgliedern Beiträge. Sie werden von der Kasse der Hochschule gebührenfrei eingezogen.

- 2) Die Höhe der Beiträge wird durch die Fachgruppenkonferenz festgesetzt. Sie sind so zu bemessen, daß die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Studentenschaft gewährleistet ist und die sozialen Verhältnisse der Studenten angemessen berücksichtigt werden.
- 3) Für die Wirtschaftsführung der Studentenschaft ist jährlich ein Haushaltsplan für das folgende Haushaltsjahr aufzustellen.
- 4) Die Haushalts-, Wirtschafts- und Kassenführung der Studentenschaft unterliegt uneingeschränkt der Überprüfung durch den Bundesrechnungshof.

§ 48

Aufgaben der Studentenschaft und der Fachgruppen.

- 1) Die Studentenschaft verwaltet ihre Angelegenheiten selbst. Sie wirkt nach Maßgabe dieses Gesetzes und der Hochschulsatzung an der Selbstverwaltung der Hochschule mit.
- 2) Die Studentenschaft hat folgende Aufgaben:
 1. die Vertretung der Gesamtheit ihrer Mitglieder im Rahmen ihrer gesetzlichen und satzungsgemäßen Befugnisse,
 2. die Wahrnehmung der hochschulpolitischen Belange ihrer Mitglieder,
 3. die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Studenten, soweit sie nicht durch Gesetz dem Studentenwerk übertragen ist,
 4. die Mitwirkung bei der Studentenförderung,
 5. die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins der Studenten,
 6. die Pflege internationaler Studentenbeziehungen,
 7. die Unterstützung der kulturellen und musischen Interessen der Studenten,
 8. die Förderung des freiwilligen Studentensports.

- 3) Die Fachgruppen sollen zur Förderung aller Studienangelegenheiten beitragen. Sie wirken nach Maßgabe dieses Gesetzes an den Satzungen in den Fachbereichen und Interdisziplinären Zentren mit.

§ 49

Organe der Studentenschaft

- 1) Organe der Studentenschaft sind:

1. die Fachgruppenkonferenz,
2. der Allgemeine Studentenausschuss,
3. der Ältestenrat.

- 2) Die Satzung der Studentenschaft kann weitere Organe vorsehen.

§ 50

Die Fachgruppenkonferenz

- 1) Die Fachgruppenkonferenz setzt sich aus je zwei Vertretern der Fachgruppenvorstände zusammen.
- 2) Die Fachgruppenkonferenz ist das oberste beschließende Organ der Studentenschaft. Sie hat insbesondere folgende Aufgaben:
 1. Wahl und Entlastung und Abberufung des Allgemeinen Studentenausschusses,
 2. Wahl und Entlastung des Ältestenrates,
 3. Feststellung des Haushaltes der Studentenschaft,
 4. Festsetzung der Beiträge der Studentenschaft,
 5. Mitgliedschaft der Studentenschaft in überörtlichen Zusammenschlüssen.

§ 51

Allgemeiner Studentenausschuss

- 1) Der Allgemeine Studentenausschuss vertritt die Studentenschaft. Rechtsgeschäftliche Erklärungen müssen von mindestens zwei Mitgliedern des AStA gemeinsam abgegeben werden. Erklärungen, durch die die Studentenschaft verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform.

- 2) Bei der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes wird der ASTa vom Haushaltsausschuss des Konzils beraten und unterstützt.

§ 52

Ältestenrat

- 1) Der Ältestenrat besteht aus fünf Studenten, die keinem anderen Organ der Studentenschaft oder der Hochschule angehören dürfen.
- 2) Der Ältestenrat soll sicherstellen, daß die Organe der Studentenschaft und die Vertreter der Studentenschaft in den Organen der Hochschulen ihre Aufgaben im Einklang mit den Gesetzen, Satzungen und den Vorschriften der Studentenschaft erfüllen.
- 3) Gegen Studenten, die die Satzung der Studentenschaft verletzen, kann der Ältestenrat im Rahmen dieser Satzung Ordnungsmaßnahmen treffen.
- 4) Der Ältestenrat tritt nur auf Antrag in Tätigkeit.
- 5) Die Tätigkeit des Ältestenrats unterliegt der Rechtsaufsicht des zuständigen Ministers oder dessen Beauftragten.
Eine Überprüfung der Entscheidungen durch die zuständigen Gerichte ist möglich.

§ 53

Bestellung der studentischen Mitglieder des Konzils der Hochschule

- 1) Die studentischen Mitglieder des Konzils der Hochschule werden im Listenwahlverfahren direkt von der Studentenschaft gewählt. Auch freie Kandidaten können aufgestellt werden.
- 2) Die Mitglieder der Fachgruppenkonferenz und der Organe der Fachgruppen können sich zur Wahl stellen.
- 3) Die Studentenvertreter werden für mindestens 1 Jahr in das Konzil gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

§ 54

Satzung der Studentenschaft

- 1) Die Studentenschaft gibt sich eine Satzung.

Die Satzung ist angenommen, wenn in einer Urabstimmung mindestens die Hälfte der Mitglieder der Studentenschaft an der Urabstimmung teilnimmt und die Mehrheit der Abstimmenden der Satzung zustimmt.

Hat in der ersten Abstimmung nicht mindestens die Hälfte der Mitglieder der Studentenschaft abgestimmt, so ist die Satzung in einer zweiten Urabstimmung angenommen, wenn die Mehrheit der Abstimmenden der Satzung zustimmt.

- 2) Die Satzung ist vom zuständigen Minister zu genehmigen.
- 3) Die Satzung trifft nähere Bestimmungen insbesondere über:
 1. die Wahl, die Zusammensetzung, die Befugnisse und die Beschlußfassung der Organe der Studentenschaft,
 2. die Amtszeit der Mitglieder von Organen der Studentenschaft und den Verlust der Mitgliedschaft,
 3. die Form der Bekanntmachung der Beschlüsse von Organen der Studentenschaft,
 4. die Aufstellung, Verabschiedung und Ausführung des Haushaltsplanes der Studentenschaft.

Abschnitt VI: Wahrung der Ordnung

§ 55

Hausordnung und Schlichtungsordnung

Das Konzil erläßt eine Hausordnung für den Bereich der Hochschule und eine Schlichtungsordnung für Streitigkeiten zwischen den Angehörigen der verschiedenen Personengruppen der Hochschule. Als Personengruppen gelten die Angehörigen der Versammlung der Hochschullehrer, die akademischen Mitarbeiter, die Studenten, die nichtwissenschaftlichen Angestellten und die in der Hochschule beschäftigten Arbeiter.

§ 56

Verstöße gegen die Hausordnung

- 1) Bei Verstößen gegen die Hausordnung stellt der Präsident gegen den Betreffenden Strafantrag bei einem ordentlichen Gericht.

- 2) Bei Verstößen gegen die Hausordnung durch Mitglieder der Hochschule ist eine Ahndung innerhalb der Hochschule möglich. Diese schließt den Strafantrag bei einem ordentlichen Gericht aus.

§ 57

Ordnungs- und Schlichtungsausschuss

- 1) Es ist ein ständiger Ausschuss einzurichten, der auf Antrag des Präsidenten oder der Fachbereichsvorstände Verstöße gegen die Hausordnung der Hochschule behandelt.

- 2) Dieser Ausschuss bildet bei Streitigkeiten zwischen den Angehörigen verschiedener Personengruppen einen Schlichtungsausschuss.

Mit der Schlichtung sind jeweils nur die dem Ausschuss angehörenden Vertreter der betroffenen Personengruppen zu beauftragen, die übrigen Mitglieder des Ausschusses sind über Schlichtungsverfahren zu unterrichten.

Schlichtungsverfahren sind darüber hinaus vertraulich.

- 3) Dem Ordnungs- und Schlichtungsausschuss gehören an:

1. zwei Vertreter der Versammlung der Hochschullehrer,
2. zwei Vertreter der Versammlung der akademischen Mitarbeiter,
3. zwei Vertreter der Studentenschaft, die von der Fachgruppenkonferenz gewählt werden,
4. zwei Vertreter des Personalrates.

- 4) Der Ordnungs- und Schlichtungsausschuß gibt sich eine Verfahrensordnung, die vom Hauptausschuss des Konzils zu genehmigen ist.

§ 58

Ordnungsmaßnahmen

- 1) Der Ordnungsausschuss kann folgende Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder der Hochschule verhängen:

1. mündliche Verwarnung,
2. schriftlicher Verweis,

3. Androhung des Ausschlusses aus der Hochschule,
4. Ausschluss aus der Hochschule.
- 2) Ordnungsmaßnahmen unter Ziff. 1,3 können nur mit 2/3 Mehrheit des Ordnungsausschusses verhängt werden.
 - 3) Ordnungsmaßnahmen unter Ziff. 1,4 können nur mit 3/4 Mehrheit des Ordnungsausschusses verhängt werden.
Diese Maßnahme ist vom Konzil zu bestätigen.
 - 4) Ein vom Konzil bestätigter Ausschluss aus der Hochschule muß bei Beamten auf Zeit vom Präsidenten und bei Beamten auf Lebenszeit vom zuständigen Minister vollzogen werden.
Führt ein eingeleitetes Disziplinarverfahren nicht zur Aufhebung des Beamtenverhältnisses, hat der zuständige Minister für eine Wiederverwendung an einer anderen Hochschule Sorge zu tragen.

Abschnitt VII: Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 59

Satzungsberatung und Wahl des ersten Hochschulpräsidenten

- 1) Die Hochschulen beginnen unmittelbar nach der Verabschiedung dieses Gesetzes mit den Beratungen über ihre Satzung.
- 2) Hierzu sind zunächst binnen zwei Monaten nach der Verabschiedung die Versammlungen der Personengruppen zu bilden und die Wahlen zum Konzil vorzunehmen.
- 3) Binnen drei Monaten nach der Verabschiedung tritt das Konzil in der in diesem Gesetz vorgeschriebenen Form zusammen und beginnt mit der Beratung seiner Geschäftsordnung und der Hochschulsatzung.
- 4) Binnen 10 Monaten nach der Verabschiedung des Gesetzes ist der Hochschulpräsident zu wählen, der spätestens ein Jahr nach Verabschiedung dieses Gesetzes sein Amt antritt.
- 5) Bis zum Amtsantritt des Hochschulpräsidenten ist die Hochschulsatzung dem zuständigen Minister zur Genehmigung vorzulegen.

§ 60

Status der Hochschullehrer, wissenschaftlichen Beamten und akademischen Mitarbeiter

- 1) Gemäß § 113 des Beamtenrechtsrahmengesetzes werden die außerordentlichen und außerplanmäßigen Professoren zu beamteten Hochschullehrern im Sinne dieses Gesetzes, die wissenschaftlichen Räte, Privat- und Universitätsdozenten, soweit sie in der Lehre tätig sind, ohne Berufungsverfahren zu Hochschullehrern auf Zeit zunächst für 6 Jahre berufen.

Nach 6 Jahren sind sie, sofern sie noch an der Hochschule verblieben sind, als Hochschullehrer auf Lebenszeit zu übernehmen oder vorzeitig in den Ruhestand zu versetzen. Die Entscheidung fällt der zuständige Minister auf Vorschlag des Fachbereiches.

- 2) Wissenschaftliche Beamte, die nicht in der Lehre tätig sind, verbleiben, soweit keine anderweitige, gleichartige Verwendung für sie gefunden werden kann oder ein Verbleib in ihrer alten Position von den betreffenden Fachbereichen gewünscht wird, bis zur Versetzung in den Ruhestand an der Hochschule. Die freiwerdenden Stellen werden durch wissenschaftliche Angestellte neu besetzt, sofern dieses erforderlich ist.

- 3) Akademische Mitarbeiter verbleiben entsprechend ihrer Zuweisungsdauer oder ihren Einstellungsvoraussetzungen an der Hochschule.

§ 61

Neuverteilung der Einrichtungen, Sachmittel und Personalstellen

Mit Beginn des Haushaltsjahres 19.. sind die Einrichtungen, Sachmittel und Personalstellen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes neu zu verteilen.

Die früheren Vereinbarungen mit Lehrstuhlinhabern (alter Art) außer über ihre persönlichen Bezüge werden damit aufgehoben.

§ 62

Aufhebung von Gesetzen und Vorschriften

...

§ 63

Änderung von Bundesgesetzen

...

§ 64

Ausführung dieses Gesetzes

Die zuständigen Minister sind für die ordnungsgemäße Ausführung der Bestimmungen dieses Gesetzes verantwortlich. Sie erlassen die hierzu erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften, insbesondere die allgemeinen Vorschriften für die Studenten.

§ 65

Geltung im Land Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe auch im Land Berlin.

§ 66

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

•

STELLUNGNAHME ZUM POLITISCHEN MANDAT DER STUDENTENSCHAFT

● vorgelegt von der DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFT

●

● Ausgearbeitet im Auftrag des hochschulpolitischen Ausschusses

● der Deutschen Burschenschaft von

Martin Hellwig

V o r w o r t

Die vorliegende Arbeit wurde im Auftrag des Hochschulpolitischen Ausschusses der Deutschen Burschenschaft verfaßt. Nachdem durch die Unruhen des vergangenen Jahres die Frage des Politischen Mandates der Studentenschaft in der Öffentlichkeit hochgespielt wurde und die Beurteilung dieser Frage immer mehr von der politischen Opportunität einzelner Beschlüsse abhängig gemacht wurde, schien es an der Zeit, diese Frage unabhängig von politischen Rücksichten zu untersuchen. Noch vor einem Jahr erschien der Konflikt um das politische Mandat der Studentenschaft nicht vordringlich gegenüber den laufenden Fragen der Hochschulreform. Seitdem aber der VDS auf seiner 20. ordentlichen Mitgliederversammlung in München das wahrnahm, was er ein Jahr zuvor in Göttingen theoretisch gefordert hatte, seitdem sich an Problemen wie Vietnam, dem 2. Juni, der Notstandsgesetzgebung u. ä. m. immer wieder die Diskussion um das politische Mandat der Studentenschaft entzündete und auf der anderen Seite eine stattliche Reihe von Gerichtsurteilen politische Äußerungen von Organen der Studentenschaft verbot, ist das politische Mandat zu einem zentralen Thema studentischer Selbstverwaltung geworden. So lassen sich viele studentische Forderungen zur Hochschulreform nicht ohne die Überlegungen verstehen, die auch das politische Mandat begründen sollen.

Es ist nun zu hoffen, daß in der weiteren Entwicklung die Frage nach der Rechtmäßigkeit wieder den Vorrang vor der nach der Opportunität bekommt, daß z. B. nicht die Studentenschaften überhaupt abgeschafft werden, um Kompetenzüberschreitungen ihrer Organe zu verhindern. Allerdings wird eine solche Betrachtungsweise zur Zeit noch durch die politische Aktualität des Problems verhindert. Für Hilfe und guten Rat bei der Abfassung dieser Arbeit bin ich besonders Herrn Jochen Krüger, Saarbrücken zu Dank verpflichtet.

Inhaltsverzeichnis

Einführung	Seite 1
Die Zulässigkeit der Studentenschaft als Zwangskörperschaft	2
Wissenschaftsbegriff und politische Kompetenz der Universität	7
I. Wissenschaftsbegriffe	7
II. Die Zulässigkeit des "politischen" Wissenschaftsbegriffs für die Universität	10
1) Die Zulässigkeit des "politischen" Wissenschaftsbegriffs überhaupt nach Art. 5 III GG	10
2) Die Zulässigkeit der Anwendung dieses Begriffes durch die Universität	13
3) Die Zulässigkeit einer allgemeinen politischen Kompetenz der Universität nach Art. 5 I GG	15
Wissenschaft in Gesellschaft und Staat - Interessenvertretung der Wissenschaft	18
I. Verantwortung der Wissenschaft für die Demokratie	
II. Wissenschaftsfreiheit als Interesse der Wissenschaft	20
III. Die Handhabung der politischen Kompetenz der Institutionen der Wissenschaft	22
Ergebnis	25
Literaturverzeichnis	26
Gerichtsurteile	30

Einführung

Die Unruhen in der Studentenschaft im vergangenen Jahr haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf eine Frage gerichtet, die bis dahin mehr akademischen Wert hatte, nämlich die des "Politischen Mandats" der Studentenschaften. Darunter wird gemeinhin das Recht von Organen der Studentenschaften verstanden, zu allgemeinen politischen Fragen Stellung zu nehmen. Die Kontroverse um diese Frage wurde im vergangenen Jahr hauptsächlich aus politischen Motiven geführt, da es darum ging, unliebsam gewordene Studentenvertreter, die man vorher jahrelang geduldet hatte, aus dem politischen Kräftespiel auszuschalten¹⁾. Im folgenden soll jedoch versucht werden, unabhängig von solchen politischen Opportunitätsgründen zu klären, ob ein "politisches Mandat" von Organen der Studentenschaft besteht.

In diesem Zusammenhang bedeutet "studentenschaft" nicht etwa einen "soziologischen oder moralischen" Begriff²⁾, sondern jene öffentlich rechtliche Körperschaft, der jeder Student durch seine Immatrikulation an der Universität angehört³⁾. Es handelt sich also um eine vom Staat eingerichtete Zwangskörperschaft. Durch solche Körperschaften wird das Recht des einzelnen, bestimmten Vereinigungen fernbleiben zu können ("Negative Koalitionsfreiheit" nach Art. 9 III Grundgesetz)⁴⁾, beschränkt. Zwangskörperschaften dürfen daher nur eingerichtet werden für "legale öffentliche" Zwecke und keine anderen Ziele verfolgen⁵⁾.

Für den Sonderfall der Studentenschaft wird an diesem Postulat auch dadurch nichts verändert, daß die Mitgliedschaft in der Studentenschaft mit der Immatrikulation verbunden ist. Das Recht der freien Wahl der Ausbildungsstätte⁶⁾ verhindert eine unzulässige Einschränkung von Rechten in Verbindung mit der Immatrikulation⁷⁾.

1) Gerhardt, Deutsche Universitätszeitung 8/9 1968, S.3

2) Berner, Juristenzeitung 1967, S.242

3) Berner a.a.O.

4) BVerfGE 10, 89ff.

5) ebenda (102), Berner, S. 244

6) Art. 12 Grundgesetz

7) OVG Berlin vom 9.9.1968, anders: Dietzel in DUZ 8/9 1968, S. 48

Es wird also zunächst zu prüfen sein, ob und inwieweit die Studentenschaft als Zwangskörperschaft überhaupt zu Recht besteht, d.h. inwieweit sie "legitime öffentliche" Aufgaben erfüllt. Erst dann kann untersucht werden, ob die so legitimierte Studentenschaft eine allgemeine politische Kompetenz hat.

Die Zulässigkeit der Studentenschaft als Zwangskörperschaft

Bis vor einiger Zeit wurde unwidersprochen hingenommen, daß die Studentenschaft als Zwangskörperschaft zu Recht besteht. Wo im Einzelfall die formale Rechtsgrundlage¹⁾ fehlte, wurde eine Legitimation durch Gewohnheitsrecht angenommen. Erst in der Debatte um das "politische Mandat" wurde auch wieder die Zulässigkeit der Zwangskörperschaft "Studentenschaft" überhaupt angezweifelt²⁾. Es wurde klar, daß der Zweck, für den die Studentenschaft seinerzeit eingerichtet wurde, nämlich die soziale Selbsthilfe der Studenten³⁾, kein "legitimer öffentlicher" Zweck ist. In einer Demokratie wie der unseren ist es nicht zulässig, nach sozialen Merkmalen abgesonderte Gruppen von Staatswegen zusammenzufassen, und sei es auch zu sozialen Zwecken⁴⁾. Zwangskörperschaftsbildung unter dem Gesichtspunkt ständischer Zusammenfassung entspricht innerhalb unserer Verfassung keinem "legitimen öffentlichen" Zweck.

1) In Frage kommen Studentenschaftsverordnungen und ministerielle Verwaltungsakte der zwanziger Jahre, sowie Hochschulgesetze seit 1945. Die Geltung des Reichsstudentenschaftsgesetzes vom 22.4.1933 ist umstritten. Vgl. Thieme I, S.332f.

2) Vgl. VG Sigmaringen vom 2.7.1968 in DVBl 68, S.717f.

3) Wagner, Duz 8/9, 1968, S.22; vgl. auch HesHochschG § 34 II, 3 und 4

4) Man stelle sich vor, Rentner oder Hausfrauen sollten zu solchen Zwecken in einer Zwangskörperschaft zusammengefaßt werden. Vgl. Preuß I, S.354 Anm.7

Die Frage nach der Zulässigkeit der Studentenschaft als Zwangskörperschaft muß daher grundsätzlich neu gestellt werden. Wenn überhaupt, dann kann sich diese Zulässigkeit nur inhaltlich aus der Funktion, die die Studenten in der Gesellschaft haben, und dem Interesse, das die Öffentlichkeit an dieser Funktion der Studenten nimmt, ergeben⁵⁾. Die Funktion der Studenten muß im Rahmen ihrer Tätigkeit an der Universität gesehen werden. Diese jedoch wird als Stätte der Wissenschaft verstanden. Als Körperschaft hat sie die Interessen der Wissenschaft zu vertreten und zu verwalten. Ihre Legitimation wird aus dem Grundgesetz (GG) selbst hergeleitet, wo in Art. 5 III die Freiheit von "Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre" geschützt wird. Dies Garantie drückt aus, daß Wissenschaft unabhängig und von staatlichem Einfluß frei sein soll, auch wenn sie für das Staatsleben von Bedeutung ist, damit ihr sacheigener Charakter geschützt wird. Die so gekennzeichnete öffentliche Funktion der Wissenschaft bezieht sich allerdings nur auf ihre mögliche Bedeutung für das Staatsleben⁶⁾, nicht aber auf die allgemeine Bedeutung ihrer Erkenntnisse für Wirtschaft und Gesellschaft⁷⁾. Der Schutz dieser Wissenschaftsfreiheit nach außen und die dadurch implizierte Selbstverwaltung wissenschaftlicher Interessen bildet die "legitime öffentliche" Aufgabe, die die Universität zu erfüllen hat⁸⁾. Als institutionell verfaßte Wissenschaft nimmt sie die sich aus Art. 5 III GG ergebenden institutionellen Interessen der Wissenschaft wahr⁹⁾. In Art. 5 III GG wird Wissenschaft durch die Begriffe

5) Auch die Ärzte--, Apotheker- und Anwaltskammern sind nicht unter dem Gesichtspunkt ständischer Zusammenfassung, sondern unter dem der öffentlichen Funktion, die diese Berufe erfüllen, gebildet worden.

6) Thieme I, S. 54

7) So aber Preuß und der VDS. Vgl. Preuß II, S. 291 und VDS Beschlüsse 1968, Nr. 521a, S. 66 (Vietnambeschuß). Knoke (S. 545) unterscheidet zwischen der "wissenschaftlichen Konfrontation staatlicher Existenz und staatlichen Handelns" (Vgl. Thieme) und der "wissenschaftlichen Erkenntnis als Politikum", macht aber beide in gleicher Weise für die öffentliche Funktion von Wissenschaft verantwortlich.

8) Thieme I, S. 70f.; Köttgen I, S. 320ff.

9) Insofern als sie die Interessen wahrnimmt und Stätte der Wissenschaft ist, ist sie selbst unmittelbar durch Art.

"Forschung und Lehre" näher bestimmt¹⁰⁾. Der Lehre steht aber als Komplementärfunktion das Lernen naturgemäß gegenüber. Das Lernen der Studenten ist demnach ein Teil der Arbeit, die im Wissenschaftsprozess an der Universität geleistet wird¹¹⁾. Diese Beteiligung der Studenten am Wissenschaftsprozess bedeutet, daß auch die Studenten ein in institutionelles wissenschaftliches Interesse haben¹²⁾, das in autonomer Selbstverwaltung wahrgenommen werden muß. Da aber ihre Funktion im Wissenschaftsprozess eine andere ist als die der Forschenden und Lehrenden, muß ihre Selbstverwaltung von diesen unabhängig sein¹³⁾, freilich im Rahmen der Gesamtvertretung der wissenschaftlichen Interessen. Es ergibt sich, daß die Studentenschaft als öffentlich rechtliche "Gliedkörperschaft" der Universität¹⁴⁾ die legitime öffentliche Aufgabe hat, die "studentischen Interessen"

-
- 1) § 5 III GG geschützt. Vgl. Thieme I, S. 43ff. Zur Problematik der Betroffenheit der Universität durch diesen diesen GG-Artikel siehe unten S. .
- 10) In Art. 142 der Weimarer Verfassung war noch ausdrücklich das Wort "ihre" (Lehre) enthalten. Obwohl dieses Wort nun weggefallen ist, ist immer noch dasselbe gemeint. Vgl. Thieme I, S. 46.
- 11) Preuß I, S. 353ff.; Mitzelburg, DUZ 12, 1967, S. 5.
- 12) Die Lernfreiheit als Gegenstück zur Lehrfreiheit wird durch Art. 5 III GG ebenfalls geschützt. Vgl. Preuß I, S. 353.
- 13) Zur Frage der von der Universität unabhängigen studentischen Selbstverwaltung vgl. ausführlich Reinhardt, JZ 1965, S. 385ff.; Sieverts, BB1. März 1968, S. 36ff.
- 14) Vgl. Reinhardt, S. 385ff. sowie das Baden-Württembergische Hochschulgesetz § 47. Nach dem Hessischen Hochschulgesetz ist die Studentenschaft eine "rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts und als solche ein Glied der Hochschule".

in Universität und Öffentlichkeit zu vertreten¹⁵⁾. Da diese Aufgabe nur mit Hilfe einer Zwangskörperschaft erfüllt werden kann¹⁶⁾, ist die Frage nach der Zulässigkeit der Studentenschaft als Zwangskörperschaft zu bejahen. Anders als andere hoheitliche Körperschaften wie etwa die Gemeinden ist demnach die Universität und in ihr die Studentenschaft nicht Träger unmittelbarer Staatsverwaltung, sondern Verwaltung des eigenständigen Bereichs "Wissenschaft"¹⁷⁾.

Wenn der Staat ihnen allerdings noch zusätzlich weitere Aufgaben aus dem Bereich mittelbarer Selbstverwaltung zugeteilt hat¹⁸⁾, so ändert dies nichts an ihrer grundsätzlichen Aufgabe, denn so wünschenswert die damit verfolgten Zwecke auch sein mögen, sie allein können eine Einschränkung der "negativen Koalitionsfreiheit" des Art. 9 III GG nicht rechtfertigen¹⁹⁾.

15) Reinhardt, S. 386, HessHochschG § 34 II 1 und 2.

16) Reinhardt, S. 387.

17) Hier irrt Berner, der die Studentenschaft als Zwangskörperschaft automatisch zum Träger mittelbarer Staatsverwaltung macht und sie den Gemeinden vergleicht, dabei aber die wissenschaftliche Aufgabe der Studentenschaft aus dem Auge verliert. Berner, S.244, 246. Vgl. Thieme I, S. 74, Köttgen I, S. 326f., Köttgen II, S. 52.

18) Nach dem Katalog des HessHochschG sind dies im einzelnen (§ 34 II 3-8):

- 3) Die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Studenten, soweit dies nicht dem Studentenwerk übertragen ist.
- 4) Die Mitwirkung bei der Studentenförderung
- 5) Die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins der Studenten.
- 6) Die Pflege internationaler Studentenbeziehungen.
- 7) Die Unterstützung der kulturellen und musischen Belange der Studenten.
- 8) Die Pflege des freiwilligen Studentensports.

Vgl. auch Thieme I, S.338f.

19) Hierzu siehe Eschenburg in Die Zeit von 14.7.1967. Die Frage, ob solche ~~XX~~ Aufgaben der Studentenschaft überhaupt übertragen werden können, ist im Zusammenhang der vorliegenden Arbeit ohne Bedeutung, da keine von ihnen, auch die Förderung des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins nicht, eine Kompetenz zu politischen Stellungnahmen beinhaltet. (vgl. Ältestenrat Marburg vom 15.5.68) Anders: Eschenburg, der in der Zuweisung dieser Kompetenzen einen Präzedenzfall für die politische Kompetenz sieht (a.a.O.). Köttgen II, S. 52.

Im Rahmen ihrer Kompetenz, die Interessen der Wissenschaft ohne jede Beeinflussung durch den Staat zu verwalten und zu vertreten, haben Universität und Studentenschaft das Recht, zu solchen Fragen Stellung zu nehmen, die sie als Institutionen der Wissenschaft unmittelbar betreffen, denn gerade hier gilt es die Interessen der Wissenschaft zu vertreten. Solche Fragen, bei denen Forschende und Lehrende, sowie Lernende mehr, bzw. anders als andere Staatsbürger betroffen sind, sollen als "hochschulpolitische" Fragen bezeichnet werden²⁰⁾. Sie sollen aus der folgenden Argumentation weitgehend ausgeschlossen werden, da bei ihnen die Kompetenz von Universität und Studentenschaft unproblematisch ist.

Es geht darum, festzustellen, ob die Universität und in ihr die Studentenschaft als Verwaltungs- und Vertretungsorgane der Wissenschaft berechtigt sind, über solche "hochschulpolitischen" Fragen hinausgehend zu allgemeinen politischen Fragen, die ihre Mitglieder nicht anders als andere Staatsbürger betreffen, Stellung zu nehmen.

Spätestens bei dieser Fragestellung wird klar, daß in diesem Zusammenhang der Ausdruck "Mandat" irreführt. Es geht nicht um ein Mandat, das den Organen der Universität von ihren Mitgliedern gegeben wird²¹⁾, d. h. es geht nicht um die Kompetenz eines Vertretungsorgans innerhalb der Körperschaft, sondern es geht um die Kompetenz der Körperschaft überhaupt. Es ist zu prüfen, ob sich die allgemeine politische Kompetenz aus der Vertretung der sacheigenen Interessen des Prinzips Wissenschaft ergibt.

Hierzu gibt es zwei Möglichkeiten: Die politische Kompetenz der Universität kann sich aus dem Wesen der Wissenschaft selbst ergeben. Sie kann sich aber auch aus der Stellung der Wissenschaft im staatlichen Kräftespiel als Voraussetzung einer wirksamen Interessenvertretung ergeben. Beides wird zu untersuchen sein. Zunächst geht es darum, ob der Begriff der Wissenschaft als solcher bereits eine politische Betätigung ihrer Institutionen impliziert.

20) Zur Unterscheidung zwischen allgemeinen und hochschulpolitischen Stellungnahmen vgl. Berner, JZ 1967, S.246 sowie Ingo Berner in Protokolle der ersten internationalen Studentenwoche, Marburg 1966, S.45.

21) Insofern gehen alle Vorschläge, politische Stellungnahmen von Studentenversammlungen zuzulassen oder dem AstA durch Urabstimmung eine politische Kompetenz zuweisen zu lassen, an der eigentlichen Problematik vorbei. Vgl.

Wissenschaftsbegriff und politische Kompetenz der Universität

I. Wissenschaftsbegriffe

In der Tradition der deutschen Universität waren seit dem 19. Jahrhundert zwei Wissenschaftsbegriffe vorherrschend. Der Wissenschaftsbegriff des Positivismus versteht Wissenschaft als das subjektive Bemühen um Findung (Forschung) und Verkündung (Lehre) von Erkenntnis¹⁾. In dieser Tätigkeit erschöpft sich allerdings die Funktion der Wissenschaft²⁾, d.h. jeder Bezug zu einem Handeln bleibt ausgeschlossen. Wissenschaft hat wertfrei zu sein, d.h. sie soll keinen Bezug zur Praxis haben. Wo sie etwa Regeln zum Handeln gibt, sind diese technischer, nicht aber ethischer und politischer Natur³⁾.

Demgegenüber stand der Begriff der Wissenschaft, wie Humboldt ihn geprägt hat. Auch hier hatte Wissenschaft keinen direkten Bezug zum Handeln, als "reine Theorie" hatte sie aber die Fähigkeit, den Menschen zu "bilden", d.h. ihn zu verantwortungsvollem Handeln zu erziehen⁴⁾. Bei Humboldt ist also ein Praxisbezug der Wissenschaft durch ihre pädagogische Funktion gegeben.

Auf diesen Humboldt'schen Wissenschaftsbegriff lassen sich z.B. die Beschlüsse der Westdeutschen Rektorenkonferenz von 1954 zurückführen, die eine "Mitverantwortung der Universitäten für die Gesundheit des politischen Daseins" postulierten⁵⁾.

-
- 20) Zur Unterscheidung zwischen allgemeinen und hochschulpolitischen Stellungnahmen vgl. Berner, JZ 1967, S. 246, sowie Ingo Berner in Protokolle der 1. internationalen Studentenwoche Marburg 1966, S. 45.
- 21) Insofern gehen alle Vorschläge, politische Stellungnahmen von Studentenversammlungen zuzulassen oder dem AstA durch Urabstimmung eine politische Kompetenz zuweisen zu lassen, an der eigentlichen Problematik vorbei. Vgl. Litten DUZ 8/9, 1968, S.11, Dietzel, DUZ 8/9, S. 49.
- 1) Thieme I, S.49
- 2) Vgl. die Wissenschaftsdefinitionen des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft in Forschung und Entwicklung August 1968.
- 3) Weber, S. 543; Köttgen I, S. 303f. und 310; Thieme I, S.49.
- 4) Habermas II, S.12
- 5) Beschl.WRK 1954 zit.nach DUZ 2/1954, vgl. Mager-Spinnarke, S. 73f.

Hinter der Fassade dieses Postulats hat sich allerdings in der Wirklichkeit weitgehend der positivistische Wissenschaftsbegriff durchgesetzt⁶⁾. Ursache hierfür war der relative Niedergang der Geisteswissenschaften im 19. Jahrhundert im Vergleich zu den technisch "handwerklichen" Naturwissenschaften, denen ein persönlichkeits-"bildender" Erziehungswert nicht zugeschrieben wurde⁷⁾.

Neuerdings sind diese wertfreien Wissenschaftsbegriffe nicht mehr unangefochten. Die modernen Wissenschaften, insbesondere die Natur- und Sozialwissenschaften sind zu einem gesellschaftlichen Faktor geworden, so daß die Möglichkeit der Wertfreiheit überhaupt in Zweifel gezogen worden ist. Die Beträge, die die Fortentwicklung der modernen Wissenschaft erfordert, haben Größen erreicht, die für die gesellschaftliche Gesamtrechnung relevant werden, so daß die Gesellschaft über die Verwendung dieser Beträge Rechenschaft verlangt⁸⁾. Die Wissenschaft gibt diese, indem sie der Gesellschaft ihre Erkenntnisse, technische Regeln zur Umweltbeherrschung, zur Verfügung stellt⁹⁾. Wissenschaft ist damit bereits ein Politikum geworden, das nicht vollständig wertfrei sein kann: Versucht sie es dennoch, so übergibt sie ihre Ergebnisse kritiklos den jeweils Herrschenden und hebt implizit ihre Wertfreiheit auf¹⁰⁾. Der gesellschaftliche Bezug von Wissenschaft kann nicht mehr übersehen werden.

Hieraus ergibt sich für viele moderne Wissenschaftstheoretiker die Ablehnung des "wertfreien" Wissenschaftsbegriffes: Da Wertfreiheit ohnehin eine Utopie sei, solle Wissenschaft wenigstens ohne Selbstständigkeit im gesellschaftlichen Kräftespiel behaupten und zur Praxis zurückfinden. Es wird

-
- 6) Das zeigt die weitgehende politische Abstinenz universitärer Gremien wie auch die Ablehnung der politischen Betätigung des VDS schon im Jahre 1960. Vgl. Votum der HRK der WRK Empf. 2/1960, nach Gerber Bd. II S. 234, Anm. 115 zu Kap. 3.
- 7) Habermas II, S. 13
- 8) Köttgen II, S. 39f.
- 9) Köttgen II, S. 40; Becker, Rede vor der 19. oMV des VDS.
- 10) Vgl. Leibfried - Preuß, S. 349, VDS Beschlüsse 1968, Nr. 521a (Vietnambeschuß) S. 66f. auch Köttgen II, S. 9f. Diese Darstellung setzt zwar vereinfachend Wertfreiheit mit politischer Abstinenz gleich, was etwa auf den Weberschen Begriff der Wertfreiheit nicht zutrifft, da Weber durchaus auch vom Wissenschaftler

ein neuer, praxisbezogener Wissenschaftsbegriff entwickelt: In Anlehnung an die Aufklärung (11) wird der Wissenschaft ein emanzipatorisches Interesse beigelegt. Sie habe die Aufgabe, "den Menschen von unbegriffenen Mächten zu befreien" (12). In diesem Sinne müsse sie auch in der gesellschaftlichen Praxis tätig werden und die Herrschaft irrationaler Mächte bekämpfen (13). Nur so bewahre sie ihre Eigenständigkeit im politischen Kräftespiel.

Es wird also gefordert, daß Wissenschaft im Sinne eines emanzipatorischen Auftrags ihre eigene gesellschaftliche Funktion reflektiere, d.h. sich über die gesellschaftlichen Folgen und Bedingungen ihrer Tätigkeit klar werde.

Dieser politischen Reflexion wird dann auch wieder die Fähigkeit zugeschrieben, Menschen zu "bilden", d.h. zu verantwortungsvollem Handeln zu erziehen, da Wissenschaft nämlich hier ihren Praxisbezug wiedergefunden habe (14). Hier zeigt sich allerdings eine gewisse Begrenztheit des "politischen" Wissenschaftsbegriffs, denn der Bildungsauftrag der Wissenschaft wird auf die politische Bildung beschränkt.

Beim "politischen" Wissenschaftsbegriff handelt es sich aber nicht um eine bloße Anreicherung der bisherigen Wissenschaftsbegriffe um "außerwissenschaftliche" politische Elemente, sondern um eine wissenschaftlich kritische Reflexion der Grundlagen wissenschaftlicher Tätigkeit, d.h. eine völlige Neuorientierung der Begriffe von Forschung und Lehre (15). Der "politische" Wissenschaftsbegriff stellt einen Versuch dar, jene Praxisbezogenheit der Wissenschaft, die Humboldt ihr zuschrieb, wiederzugewinnen, damit aus einer Menge von einzelnen technischen "Kunstlehren"-Disziplinen wieder die Universität der Wissenschaften würde, die alle dem gemeinsa-

- 10) als Staatsbürger und Mitglied der Gesellschaft politische Betätigung erwartete (S. 543), doch trifft diese Vereinfachung weitgehend die Praxis wertfreier wissenschaftlicher Tätigkeit.
- 11) Vgl. Politisierte Wissenschaft in Leibfried, ¹Untertannenfabrik S. 335 ff. (335f.).
- 12) VDS-Beschlüsse 1968 S. 66 (Vietnam-Beschluß).
- 13) a.a.O. Die Einengung des emanzipatorischen Wb. auf die pol. Emanzipation ist zwar nicht notwendig, wurde aber in der bisherigen Diskussion immer vorgenommen.
- 14) Habermas II, S. 23 f.
- 15) Mützelberg S. 5. Dabei verweist er (Anm. 10) auf eine unveröffentlichte Arbeit von Preuß. Leibfried - Preuß (S. 349 f.) unterscheiden zwar zwischen wissenschaftlicher Tätigkeit im engeren Sinne und der Re-

men emanzipatorischen Ziel anhängen. Dem "politischen" Wissenschaftsbegriff ist es gelungen, die Wissenschaften wieder zu einem Ganzen zu integrieren, indem er ihnen einen gemeinsamen Praxisbezug gab; dieser Art der Praxisbezogenheit fehlt jedoch jene Universalität, die Humboldt einst gefordert hatte und die der Wissenschaft eine Bildung, d.h. Erziehung zur praktischen Lebensbewältigung überhaupt ermöglicht. In der Einengung auf die politische Praxis geht die Universalität verloren. Der Wissenschaftstheorie bleibt daher die Aufgabe gestellt, einen Wissenschaftsbegriff zu entwerfen, der der Wissenschaft die Aufgabe wie die Möglichkeit gibt, umfassend zu "bilden", so daß der ganze Mensch zu einem kritischen verantwortungsvollen Handeln und Denken erzogen wird. Für die vorliegende Untersuchung ist dieses Problem aber ohne Bedeutung. Der "politische" Wissenschaftsbegriff, wie er oben entwickelt wurde, wird zur Herleitung einer politischen Kompetenz der Institutionen der Wissenschaft benutzt. Es ist daher allein nötig zu untersuchen, ob diese Ableitung zulässig ist (16).

II. Die Zulässigkeit des "politischen" Wissenschaftsbegriffs für die Universität

1) Die Zulässigkeit des "politischen" Wissenschaftsbegriffs nach Art. 5 III GG

Zunächst ist zu prüfen, ob der "politische" Wissenschaftsbegriff auch unter die Schutzgarantie des Art. 5 III GG fällt, der ja allein die Institutionen der Wissenschaft legitimiert. In Art. 5 III GG ist "Wissenschaft" nur insofern näher erklärt, als ihre Tätigkeit mit den Begriffen "Forschung und Lehre" näher umschrieben wird, so daß wissenschaftliche Tätigkeit als das "subjektive Bemühen" um Findung und Verkündung von Erkenntnissen zu verstehen ist (1).

- 15) flexion auf die gesellschaftlichen Bedingungen der Wissenschaft, doch sind beide Tätigkeiten zunächst noch im Rahmen von Forschung und Lehre zu sehen.
- 16) Zur Problematik der Wissenschaftsbegriffe vergleiche auch die umfassende Arbeit von Topitsch, die kürzlich erschienen ist, die jedoch im einzelnen nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Topitsch weist insbesondere die Zusammenhänge zwischen einzelnen Wissenschaftsbegriffen und verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen, sowie die Verbindungen der Wissenschaftsbegriffe zu verschiedenen Ideologien auf.

Darüber hinaus aber ist "Wissenschaft" ein metajuristischer Begriff, der sich nur durch außerhalb der Verfassung liegende Größen bestimmen läßt, juristisch aber gar nicht bestimmt werden kann (2). Eine Bestimmtheit des Wissenschaftsbegriffs, der in Art. 5 III GG gemeint ist, wäre bereits eine erhebliche inhaltliche Ausdeutung wissenschaftlicher Tätigkeit (3), d.h. sie könnte ohne einen Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit selbst nicht von außen vorgenommen werden. Insofern liegt die Bestimmung des Wissenschaftsbegriffs außerhalb staatlicher, d.h. auch gerichtlicher Kompetenz (4). Sie muß dem einzelnen Wissenschaftler selber überlassen bleiben. Dessen Wissenschaftsbegriff ist dann durch Art. 5 III GG geschützt. Insofern ist Köttgen zu widersprechen, der die Meinung vertritt, daß im Grundgesetz ein eindeutiger Wissenschaftsbegriff gemeint ist und allein geschützt wird. Auch er hat seine Meinung allerdings insofern relativiert, als er die Möglichkeit eines metajuristischen Begriffswandels anerkannte (5), die er dann unter dem Gesichtspunkt des Verfassungswandels sah (6,7).

16) Topitsch weist insbesondere die Zusammenhänge zwischen einzelnen Wissenschaftsbegriffen und verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen, sowie die Verbindungen der Wissenschaftsbegriffe zu verschiedenen Ideologien auf.

II. Die Zulässigkeit des "politischen" Wissenschaftsbegriffs für die Universität

1) Die Zulässigkeit des "politischen" Wissenschaftsbegriffs überhaupt nach Art. 5 III GG

1) Thieme I S. 49

2) Thieme I S. 51. Anders Köttgen, der den Wissenschaftsbegriff des Art. 5 III GG als eindeutig bestimmt voraussetzt. Köttgen I S. 301

3) Mützelburg S. 5; Leibfried - Preuß S. 348

4) Insofern ist auch zu fragen, ob das BVerfG, indem es den politischen Bereich eindeutig von wissenschaftlicher Tätigkeit trennt und so die mögliche politische Relevanz wissenschaftlicher Erkenntnisse, etwa sozialwissenschaftlicher ontologischer Werturteile, die in Ausübung des "politischen" Wissenschaftsbegriffs gefällt werden, außer Acht läßt, nicht bereits seine Kompetenzen überschreitet. Vgl. BVerfGE 5, 85ff.

5) "Im Falle der Wissenschaft konnte die Möglichkeit eines Begriffswandels schon um ihrer Freiheit willen nicht ausgeschaltet werden". Köttgen II, S. 39.

6) Insofern unterscheidet sich Köttgens Meinung von Mützelburg und anderen, als er keine Verfassungsinterpretation zuläßt, sondern nur eine allgemeine Begriffsin-

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der einzelne Wissenschaftler berechtigt ist, seinen eigenen Wissenschaftsbegriff festzulegen, sofern für diesen Wissenschaftsbegriff Forschung und Lehre konstitutive Elemente wissenschaftlicher Tätigkeit sind. Ob es dabei dem Wissenschaftler um Erkenntnis um ihrer selbst willen oder um Erkenntnis in in ihrer emanzipatorischen Funktion geht, ist für die Zulässigkeit des betreffenden Wissenschaftsbegriffs unerheblich, solange nur die Erkenntnis als Erkenntnis, nicht aber als politisches Kampfmittel behandelt wird. Insofern fällt nun auch der "politische" Wissenschaftsbegriff unter die Garantie des Art. 5 III GG. Es war festgestellt worden, daß es sich bei ihm nicht um eine "Anreicherung wissenschaftlicher Tätigkeit um außerwissenschaftliche Elemente" (8), d.h. politische Ziele etc. handelt, sondern um eine Neuorientierung wissenschaftlicher Tätigkeit in Forschung und Lehre. Der "politische" Wissenschaftsbegriff ist daher ebenso wie die traditionellen Wissenschaftsbegriffe durch Art. 5 III GG geschützt und innerhalb der bestehenden Rechtsordnung zulässig. Nur wo über Forschung und Lehre hinaus in einem Mißverständnis des "politischen" Wissenschaftsbegriffs versucht wird, wissenschaftliche Erkenntnisse zum Objekt politischer Agitation zu machen, wird diese Tätigkeit nicht mehr durch Art. 5 III GG geschützt (9), sondern durch jene Grundrechte, die jegliche politische Betätigung des Staatsbürgers schützen, insbesondere die Meinungsfreiheit nach Art. 5 I GG.

(6) terpretation, die dann zum Verfassungswandel führen kann. Der Verfassungsbegriff muß für ihn immer eindeutig sein. Köttgen II, S. 39; Mützelburg S. 5.

(7) Köttgen hat sich mit dieser Problematik gerade auch im Zusammenhang der Beziehungen Staat - Universität befaßt. Während er zuerst (Köttgen I, S. 326, auch Maack S. 110) der Universität die Ausgestaltung des Wissenschaftsbegriffs überließ, wollte er diese Frage später (Köttgen II, S. 40) in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit von Staat und Universität gelöst sehen..

(8) Mützelburg S. 5 S.o.S. 7

Dies trifft allerdings nicht zu, wenn die gesellschaftliche Reflexion nicht mehr vom Wissenschaftler selber vorgenommen wird. Diese Möglichkeit deuten Leibfried - Preuß an, die auch repräsentativen Grenzen den gesellschaftlichen Aspekt wissenschaftlicher Tätigkeit zuweisen wollen (S. 350). Diese Tätigkeit ist

2) Die Zulässigkeit der Anwendung dieses Begriffs durch die Universität

Es wird nun versucht, das politische Mandat aus dem politischen Wissenschaftsbegriff herzuleiten, indem man der Universität in gleicher Weise wie dem einzelnen Wissenschaftler das Recht zuspricht, ihre Funktion in der Gesellschaft zu reflektieren und die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Reflexion der Öffentlichkeit, d.h. der Gesellschaft mitzuteilen (1).

Die Universität ist jedoch eine hoheitliche Körperschaft: Zwar ist sie primär nicht Träger mittelbarer Staatsverwaltung (2), doch übt auch sie gewisse Hoheitsfunktionen aus (3), die sich in ihrer Körperschaftsstellung zeigen und die sich aus der Vertretung wissenschaftlicher Eigenständigkeit gegenüber dem Staat legitimieren (4).

Als hoheitliche Körperschaft darf sie jedoch genauso wenig wie der Staat in die Freiheit des einzelnen Wissenschaftlers eingreifen (5). Das aber tut sie, wenn sie als hoheitliche Körperschaft einen bestimmten Wissenschaftsbegriff als für sich verbindlich annimmt und anwendet (6). Sie kann dies auch nicht "im Rahmen ihrer eigenen wissenschaftlichen Tätigkeit" tun (7), da sie als heterogenes Kollektiv keine inhaltlich wissenschaftliche Tätigkeit ausübt. Lehr und Forschung wird immer nur von einzelnen betrieben (8), nicht aber von einer Körperschaft wie der Universität. Insofern ist die Universität auch nicht unmittelbar von der Freiheitsgarantie des Art. 5 III GG betroffen.

8) dann nicht mehr durch Art. 5 III GG, sondern durch Art. 5 I GG geschützt. Im einzelnen s.u.S. 10 f.

9) BVerfGE 5, 85 ff. (145 f.)

2) Die Zulässigkeit der Anwendung dieses Begriffs durch die Universität

1) Preuß - Leibfried S. 350; Preuß I, S. 357 f.; VDS-Beschlüsse 1968 S. 66 f. (Vietnam-Beschluß)

2) S.o.S. 3 f.

3) Thieme I S. 83 für die Universitäten, S. 336 für die Studentenschaften.

4) S.o.S. 3 f.

5) Thieme I, S. 81 f.

6) Mützelburg S. 5

7) Zu dem Einwand, der gesellschaftliche Aspekt wissenschaftlicher Tätigkeit könne von einer Vertretungskörperschaft wahrgenommen werden s.o. Anm. 8 zu S. 9 sowie u.S. 12 f.

8) Reinhardt JZ 1965 S. 385, Preuß I, S. 354

Diese Garantie verwirklicht sich zunächst bei dem einzelnen Wissenschaftler. Die Universität ist von ihr nur dadurch betroffen, daß sie die dort verbrieften institutionellen Rechte der Wissenschaft (9) zu vertreten hat, d.h. sie wird durch Art. 5 III GG nur als unabhängige Institution geschützt. Da sie aber nicht selbst wissenschaftlich tätig wird, kann sie für sich nicht die inhaltlichen Rechte, die sich für den Wissenschaftler aus Art. 5 III ergeben, beanspruchen. Als hoheitliche Körperschaft (10) aber darf sie auch nicht einen bestimmten Wissenschaftsbegriff anwenden, da sie damit die Wissenschaftsfreiheit desjenigen Wissenschaftlers, der diesen Wissenschaftsbegriff ablehnt, einschränkt (11).

Wenn die Universität sich daher zu politischen Fragen äußert, tut sie dies nicht im Rahmen des "politischen" Wissenschaftsbegriffs, d.h. aus ihrer wissenschaftlichen Kompetenz heraus, sondern in Wahrnehmung einer allgemeinen Meinungsfreiheit. Die Anwendung des "politischen" Wissenschaftsbegriffs durch die Universität als hoheitliche Körperschaft ist nicht zulässig.

-
- 9) Zur Frage der institutionellen Garantie der Wissenschaftsfreiheit als Schutz der Institution Wissenschaft und als Schutz der Institution Universität vgl. Köttgen I S. 302; VG Berlin v. 17.10.67 in JZ 1968, S. 260 ff. (262)
 - 10) Preuß (Preuß I S. 359) äußert den Gedanken, Repräsentation sei hier unter dem Gesichtspunkt der Beteiligung, nicht aber unter dem der Herrschaft zu verstehen. Dabei übersieht er, daß gerade diese Vertretung von einer Zwangskörperschaft vorgenommen wird, in der auch die Minderheit Beiträge zahlen muß, obwohl ihr die Art wie sie vertreten wird und am politischen Kräftespiel beteiligt ist, vielleicht garnicht gefällt. Der Vorschlag des VDS (Beschlüsse 1968 Antrag 201.2 Zur Funktion und Organisation der Wissenschaft, S. 86), auch Minderheitsmeinungen zu finanzieren, ist keine Lösung dieser Frage, da entweder immer noch die Meinung der Mehrheit für alle abgegeben wird, oder aber Mehrheit und Minderheit gleichberechtigt dastehen, so daß ein körperschaftlicher Beschluß gar nicht gefaßt wird. Wird aber ein körperschaftlicher Beschluß gefaßt, so lassen sich Vertretungs- und Herrschaftsaspekt der Repräsentation nicht trennen.
 - 11) Der Einwand Gerhardts (S. 2 f.), wenn die Universität den "politischen" Wissenschaftsbegriff nicht annehme, bedeute dies eine Annahme des wertfreien Wissenschaftsbegriffs, somit ein Eingreifen in die Wissenschaftsfreiheit derjenigen Wissenschaftler, die den "politischen" Wissenschaftsbegriff vertreten, übersieht, daß die Universität gar keinen Wissenschaftsbegriff annimmt und dem einzelnen Wissenschaftler jede Freiheit läßt, seinen eigenen Wissenschaftsbegriff zu vertreten.

3) Die Zulässigkeit einer allgemeinen politischen Kompetenz der Universität nach Art. 5 I GG

Will die Universität zu politischen Problemen unabhängig von ihrer wissenschaftlichen Kompetenz nur im Rahmen der allgemeinen Meinungsfreiheit nach Art. 5 I GG Stellung nehmen (1), so ist sie hierin durch die allgemeinen Gesetze beschränkt (2). Zu diesen gehören auch die Regeln über Zwangskörperschaften. Um also zu solchen allgemeinen politischen Stellungnahmen kompetent zu sein, müßte die Universität durch Gesetze dazu befugt sein. Darüber hinaus müßte diese Kompetenz einem "legitimen öffentlichen" Zweck entsprechen (3). Nun enthalten die Aufgaben, die den Universitäten und den Studentenschaften vom Staat durch Gesetz zugewiesen worden sind, keine allgemeine politische Kompetenz der Universität (4). Auch daraus, daß in den meisten Rechtssätzen "nur" parteipolitische Stellungnahmen verboten werden, läßt sich nicht herleiten, daß allgemeine politische Stellungnahmen zulässig sind (5). Daß in dieser Sache auch kein Gewohnheitsrecht zugunsten der Studentenschaft eingetreten ist, hat Berner hinlänglich nachgewiesen (6). In der neueren Rechtsentwicklung wird demnach Universität und Studentenschaft keine politische Kompetenz zugewiesen. Die Rechtssätze der 20er Jahre, die ihnen neben der Vertretung wissenschaftlicher Interessen noch eine national-politische Aufgabe zuwiesen (7), sind somit überholt.

3) Die Zulässigkeit einer allgemeinen politischen Kompetenz der Universität nach Art. 5 I GG

- 1) Dabei sei die Frage, in wie weit die Universität als öffentlich rechtliche Körperschaft überhaupt einen Anspruch auf allgemeine Meinungsfreiheit hat, ausgeschlossen.
- 2) Art. 5 II GG. Diese Beschränkung galt nicht für Art. 5 III GG. Vgl. Thieme I S. 51
- 3) BVerfGE 10, 89 ff. (102)
- 4) vgl. den Aufgabenkatalog des HessHochschG für die Studentenschaft. Für die Universität gilt ohnehin nur allgemein der Dienst an Forschung und Lehre als Aufgabe.
- 5) Knoke S. 543. Auch Schapals (S. 91) scheint das argumentum e contrario, obwohl er es vertritt, nicht zu genügen, da er zusätzlich noch die gewohnheitsrechtliche Argumentation einführt.
- 6) Berner S. 243; Knoke S. 543. Anders Schapals S. 93
- 7) Thieme I S. 332

Darüber hinaus muß bezweifelt werden, ob sie den Institutionen der Wissenschaft überhaupt zugewiesen werden könnten, d.h. ob sie einem "legitimen öffentlichen" Zweck innerhalb unserer Rechtsordnung entspricht. Zwar erscheint eine solche politische Kompetenz der Institutionen der Wissenschaft angesichts der politischen Relevanz wissenschaftlicher Tätigkeit (8) zunächst sinnvoll, doch würde durch sie der Gleichheitsgrundsatz in Bezug auf die politische Repräsentanz im Staat verletzt (9). Die Angehörigen der Universitäten und Studentenschaften wären an der politischen Willensbildung im Staat bevorzugt beteiligt.

Argumente wie die, daß Studentenschaft und Universität besonders demokratisch organisiert seien, daß sie auf Grund ihrer gesellschaftlichen Lage oder ihrer historischen Entwicklung politisch besonders aufgeschlossen seien (10) und einen besonderen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft liefern könnten (11) oder aber daß die Wahlen innerhalb dieser Institutionen nach politischen Gesichtspunkten vorgenommen werden, die dann auch die Amtsführung bestimmen müßten (12), bestätigen diesen Einwand entweder, indem sie einen undemokratischen Elitenspruch der Studenten formulieren, oder aber sie verkennen die grundrechtliche Bedeutung des Problems.

Eine politische Kompetenz der Universität im Rahmen der allgemeinen Meinungsfreiheit entspricht daher keinem "legitimen öffentlichen" Zweck. Für sie darf die negative Koalitionsfreiheit des einzelnen Universitätsangehörigen nicht eingeschränkt werden.

An dieser Stelle muß noch auf den Einwand eingegangen werden, daß im Einzelfall gar kein Mitglied der Universität in seinen Rechten verletzt wird, da eine "herrschaftsfreie öffentliche Diskussion" zu einstimmigen Ergebnissen führen müsse, weil nämlich "politische Stan-

8) Vgl. die Ausführungen zum Entstehen des "politischen" Wissenschaftsbegriffs S. 6 ff.

9) Im einzelnen hat dies nachgewiesen Berner S. 245

10) Haubold DUZ 12 1967, S. 14

11) Litten S. 9

12) Christoph Ehmann in Protokolle der 1. Internationalen Studentenwoche, Marburg 1966, S. 49

dards" wie wissenschaftliche Standards eindeutig rational bestimmbar und allgemeingültig seien (13). Es wird also angenommen, daß ohnehin Einstimmigkeit erzielt werden kann, so daß niemand in seinen Rechten verletzt wird. Dem ist entgegen zu halten, daß diese Einstimmigkeit, d.h. die Eindeutigkeit und Allgemeingültigkeit politischer Werturteile daran scheitert, daß "die verschiedenen Wertordnungen der Welt in unlöslichem Kampf stehen" (14), und daß politische Werturteile auf subjektiven ethischen Wertsetzungen beruhen. Selbst wenn man annimmt, daß bestimmte Wertschemata allgemein angenommen werden, wie etwa Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit etc., so ist dennoch in einer bestimmten Lage, in der sich nicht alle diese Werte verwirklichen lassen, die Entscheidung für den einen auf Kosten des anderen nicht rational überprüfbar, da sie auf subjektiven Prioritätssetzungen beruht. Es wird immer überstimmte Minderheiten geben, da politische Urteile nicht wie wissenschaftliche intersubjektiv nachvollziehbar sind.

Zusammenfassend läßt sich daher sagen, daß eine allgemeine politische Kompetenz der Institutionen der Wissenschaft, Universität und Studentenschaft, sich weder über den Wissenschaftsbegriff aus Art. 5 III GG noch im Rahmen der allgemeinen Meinungsfreiheit zulässig ist.

Es bleibt nun noch zu untersuchen, inwieweit die Institutionen im Rahmen ihrer Aufgabe, die Interessen der Wissenschaft zu vertreten, zu politischen Fragen, die sich nicht unmittelbar auf ihre hochschulpolitische Kompetenz zurückführen lassen, Stellung nehmen muß. Es geht dabei nicht um jene Fälle, in denen eine Abgrenzung zwischen hochschulpolitischer und politischer Kompetenz schwierig ist (15), sondern es geht darum, festzustellen, ob die Institutionen der Wissenschaft aus ihrer Vertretungskompetenz grundsätzlich noch andere allgemeine politische Kompetenzen wahrnehmen kann und muß, die sich aus der Stellung der Wissenschaft in diesem Staat und in dieser Gesellschaft, wie sie in Art. 5 III normiert ist, herleiten.

13) Habermas I S. 72. Habermas sieht natürlich, daß es in der Realität immer Mehrheitsentscheidungen gibt, glaubt jedoch, daß diese nur ein Verfahren abkürzen, das sonst auf jeden Fall zur Einstimmigkeit führen würde.

Wissenschaft in Gesellschaft und Staat - Interessenvertretung der Wissenschaft

1. Verantwortung der Wissenschaft für die Demokratie

Die Garantie der Freiheit der Wissenschaft in Art. 5 III GG ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt zu sehen, daß Wissenschaft als solche einen eigenen Bereich bildet; dieser Bereich wird in Art. 5 III GG auch vom Staat in seiner Unabhängigkeit anerkannt. Das bedeutet, daß in der Verfassung des Staates die Freiheit der Wissenschaft als konstitutives Element der Staatsordnung gesehen wird. Mit ihr setzt sich der Staat der wissenschaftlichen Kritik aus; letztlich bedeutet das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit eine Relativierung jeglicher Herrschaft, die ja durch die Erkenntnisse der Wissenschaft unglaublich und irrational werden kann. Insofern ist Art. 5 III GG als eine Ergänzung der Gewaltenteilung zu verstehen: Der Wissenschaft wird die Möglichkeit eingeräumt, durch ihre Ergebnisse die staatliche Herrschaft zusätzlich zu kontrollieren (1).

Das so dargestellte Verhältnis von Demokratie und Wissenschaft im Grundgesetz wird nun von verschiedenen Autoren (2) als eine wesensmäßige Verwandtschaft beider Prinzipien verstanden, die daher füreinander verantwortlich seien.

14) Weber S. 545

15) So ist ja auch das Recht der wissenschaftlichen Institutionen, wissenschaftspolitische Entscheidungen auf der Grundlage allgemeiner politischer Grundsätze zu fällen, unbestritten, etwa wenn es darum geht, Kriegsmaterial zu entwickeln oder wenn eine bestimmte Bildungskonzeption auf der Grundlage einer Gesellschaftskonzeption entwickelt werden soll. Vg. Junge Union, Ergebnisse, S. 7

Wissenschaft in Gesellschaft und Staat - Interessenvertretung der Wissenschaft

I. Verantwortung der Wissenschaft für die Demokratie

1) Thieme I S. 54

2) Hier sind insbesondere Mützelburg, Thieme und Knoke zu nennen. Zur Verantwortung beider Prinzipien s. Mützelburg S. 4 f., Thieme III DUZ 1963 S. 318 .

Zunächst wird behauptet, zwischen beiden Prinzipien beständen strukturanaloge Zusammenhänge wie etwa das gemeinsame Streben nach Sachlichkeit, Wahrheit, Objektivität, Gerechtigkeit sowie die Notwendigkeit immerwährender Kritik (3). Daher könne freie Wissenschaft nur in einer Demokratie bestehen, die allein Kritik durch Wissenschaft zuläßt (4). Von der Wissenschaft wird nun verlangt, daß sie die demokratischen Werte wie die Achtung vor den Menschenrechten, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Gerichte etc. als Werte anerkenne (5). Da Wissenschaft durch ihre Tätigkeit, d.h. durch ihre Erkenntnisse auf die Ausgestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit Einfluß nimmt (6), soll sie dies im Sinne der demokratischen Werte tun (7).

Der wissenschaftlichen Tätigkeit wird also eine Verantwortung für die demokratischen Werte, wenn auch nicht für deren buchstäbliche Ausgestaltung in der Verfassung, so doch für ihre Verwirklichung, auferlegt: sie wird auf die freiheitliche demokratische Grundordnung verpflichtet (8).

An dieser Argumentation ist problematisch, daß diese Verpflichtung der Wissenschaft auf die freiheitliche demokratische Grundordnung bereits ein Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft ist, da Wissenschaft gegenüber jeder Staats- und Herrschaftsform kritisch zu sein hat, also auch gegenüber der Demokratie. In diesem Zusammenhang ist bezeichnend, daß gerade die "Treueklausel" des Art. 5 III GG nicht als Verpflichtung wissenschaftlicher Tätigkeit auf die Demokratie, d.h. als starre Norm, sondern als Warnung gegenüber unwissenschaftlicher, polemischer Kritik an der Demokratie gedacht ist (9).

Darüber hinaus kann auch eine augenblickliche oder auch

3) Knoke S. 545; Thieme I S. 63

4) Der totalitäre Staat kann sich dies nicht leisten.
Knoke S. 545; Mützelburg S. 4 f.

5) Vgl. Knoke S. 545. Mützelburg (S. 5) verlangt allgemein die Anerkennung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Diese ist jedoch nach BVerfGE 2, 12 ff. durch o.a. Werte gekennzeichnet.

6) S.o. zur Entstehung des "politischen" Wissenschaftsbegriffs.

7) Mützelburg S. 5; Krüger - Jörchel S. 6

8) Mützelburg a.a.O.

9) Thieme I S. 62 ff.

wesensmäßige Verwandtschaft beider Prinzipien nicht zu einer Verantwortung des einen für das andere führen. Im Augenblick mag es zwar zutreffen, daß wissenschaftlich-kritische Tätigkeit und demokratische Grundordnung einander bedingen, doch auch dieser Satz muß immer wieder der wissenschaftlichen Kritik unterworfen werden und kann nicht ein für allemal als gültig angenommen werden. Dies erscheint um so notwendiger, als man daraus auch den für die Wissenschaft gefährlichen Umkehrschluß einer Verantwortung der Demokratie, d.h. des demokratischen Staates mit seiner jeweils herrschenden Mehrheit für die Wissenschaft ziehen kann.

Eine wesensmäßige Verpflichtung wissenschaftlicher Arbeit auf die demokratischen Werte ist daher abzulehnen. Es erübrigt sich somit, zu untersuchen, ob eine solche etwaige Verpflichtung auf die Institutionen der Wissenschaft anzuwenden sei. Art. 5 III GG drückt zwar eine Möglichkeit, nicht aber eine Verantwortung wissenschaftlicher Tätigkeit aus.

II. Wissenschaftsfreiheit als Interesse der Wissenschaft

Wenn in Art. 5 III GG das Verhältnis von Wissenschaft und Staat geregelt wird (1), so wird dadurch zum Ausdruck gebracht, daß Wissenschaft nicht im luftleeren Raum steht, sondern eine politische Dimension hat, so daß nämlich ihre Stellung im politischen Kräftespiel dieses Staates überhaupt geregelt werden muß. In diesem Kräftespiel aber hat sie bestimmte Interessen, deren oberstes es sein muß, ihre eigene Freiheit zu bewahren (2), da nur in dieser Freiheit Wissenschaft der Wahrheit allein verpflichtet sein kann (3). Die Institutionen der Wissenschaft haben die Aufgabe, die Interessen der Wissenschaft zu verwalten und zu vertreten (4). Universität und Studentenschaft sind also aufgerufen, die Freiheit der Wissenschaft zu vertreten und zu erhalten. Von ihrer Aufgabenstellung her sind sie berechtigt und verpflichtet, zu allen Fragen Stellung zu nehmen, die die Freiheit der Wissenschaft berühren (5).

II. Wissenschaftsfreiheit als Interesse der Wissenschaft

1) Thiele I S. 54

2) Knoke S. 545. Knoke stellt die politische Kompetenz der Wissenschaft aus der Verantwortung für die Demokratie und die politische Kompetenz aus ihrer eigenen Interessenvertretung nebeneinander.

3) Mützelburg S. 4

4) S.o.S. 3 ff.

Als "Satz der öffentlichen Ordnung" (6) kann die Wissenschaftsfreiheit jedoch nicht losgelöst von der Staatsordnung, in der sie besteht, gesehen werden (7), da nur bestimmte Staatsformen und -ideen eine freie Wissenschaft überhaupt zulassen (8). Das Interesse der Wissenschaft an ihrer Freiheit schließt daher ein Interesse an der Staatsform, die diese Freiheit ermöglicht, mit ein. Wissenschaft hat ein Interesse an der Grundordnung des Staates, soweit diese "Wert- und Existenzvoraussetzung" der Wissenschaftsfreiheit ist (9). Im Rahmen ihrer Vertretungskompetenz haben die Institutionen der Wissenschaft daher das Recht, zu solchen Fragen der staatlichen Grundordnung Stellung zu nehmen, die die Wert- und Existenzvoraussetzungen der Wissenschaftsfreiheit betreffen, auch wenn die Wissenschaftsfreiheit selbst unmittelbar nicht betroffen ist. Für solche Fragen haben die Institutionen der Wissenschaft demnach eine politische Kompetenz.⁽¹⁰⁾ Äußerungen im Rahmen dieser Kompetenz sind politischer, nicht aber wissenschaftlicher Natur, da jede Interessenvertretung politisch, nicht wissenschaftlich ist. Sie werden daher nicht durch Art. 5 III GG geschützt, sondern wie jede politische Meinungsäußerung durch Art. 5 I GG. Sie unterliegen demnach in besonderem Maße den Vorschriften des Art. 18 GG: Dadurch wird die Möglichkeit der Universitäten und Studentenschaften eingeschränkt, neue Staatsformen zu vertreten, in denen die Wissenschaftsfreiheit womöglich noch besser geschützt wäre als in der Demokratie. Das hier dargestellte Verhältnis zwischen Wissenschaft und Demokratie entspricht demnach keiner wesensmäßigen Verwandtschaft beider Prinzipien wie oben. Wenn die Institutionen der Wissenschaft an die Demokratie gebunden sind,

-
- 5) Habermas I S. 76 f. Im Einzelfall steht diese Aufgabe in engem Zusammenhang mit der allgemeinen gesellschaftlichen Relevanz wissenschaftlicher Tätigkeit, die ja zu Rückwirkungen auf die Wissenschaft von seiten der Gesellschaft führen kann. Systematisch muß sie jedoch streng von der Herleitung des "politischen" Wissenschaftsbegriffs geschieden werden. Hierin liegt der Irrtum Mützelburgs (S.5)
- 6) Thieme I S. 54
- 7) Knoke S. 545
- 8) Knoke S. 545, Mützelburg S.5
- 9) Mützelburg S. 5, Knoke S. 545
- 10) So auch Thieme II DUZ 1963, S. 318, allerdings ohne theoretische Begründung. Anders VG Kassel v. 22.10.1968. Bezeichnend ist auch, daß das BadWürttHochschG eine staatsbürgerliche Erziehung "für die freiheitliche demokratische Grundordnung" fordert (§ 48 II 3).

III. Die Handhabung der politischen Kompetenz der Institutionen der Wissenschaft

Das wichtigste Problem, das sich in diesem Zusammenhang stellt, ist das der Abgrenzung der politischen Kompetenz. Es muß verhindert werden, daß diese politische Kompetenz, die in engem Bezug zur Interessenvertretung der Wissenschaft steht, dazu benutzt wird, den Institutionen der Wissenschaft eine uneingeschränkte politische Kompetenz zu verschaffen, die ihnen ja, wie oben festgestellt wurde, nicht zusteht. Das Argument, "alles hänge mit allem zusammen" (1) kann hier nicht gelten, da es darum gehen muß, einen Mißbrauch, der die Grundrechte der Mitglieder dieser Institutionen verletzt, zu verhindern.

Es wäre andererseits verfehlt, aus übergroßer Angst vor solchem Mißbrauch eine Wahrnehmung dieser Kompetenz nur dort zuzulassen, wo eindeutig auch bereits die Wissenschaftsfreiheit unmittelbar berührt wird (2).

Eine verbindliche inhaltliche Definition der Fragen, die in die politische Kompetenz der Institutionen der Wissenschaft fallen, erscheint allerdings nicht möglich. Einen Bezug zum Wortlaut des Grundgesetzes oder zur Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (3) zu verlangen, scheint nicht zureichend zu sein, da in diesen Formulierungen demokratische Werte stets als solche, nicht aber in ihrem Bezug zur Wissenschaftsfreiheit normiert werden. Solche formalen Regeln können in ihrer Bedeutung für die Wissenschaftsfreiheit unwesentlicher sein, als formal nicht faßbare gesellschaftliche Entwicklungen. Vielleicht läßt sich so viel sagen, daß es um innenpolitische Fragen gehen muß, da die Wissenschaftsfreiheit in diesem Staat betroffen sein soll (4). Auch diese Aussage muß aber eingeschränkt werden, da oft das Verhalten einer Gesellschaft gegenüber außenpolitischen Vorgängen bezeichnend für ihre Entwicklung ist. Eine definitive inhaltliche Abgrenzung dieser politischen Kompetenz ist daher nicht möglich.

III. Die Handhabung der politischen Kompetenz der Institutionen der Wissenschaft

- 1) So etwa argumentiert Knoke (S. 549), der einer geschickten Fragestellung die Möglichkeit zugesteht, jede Frage zu einer solchen der staatlichen Grundordnung zu machen. Dagegen Mützelburg S. 5.

Eine formale Abgrenzung gegen den Mißbrauch dieser Kompetenz, etwa qualifizierte Mehrheiten in den entscheidenden Gremien, erscheint der Sache nicht angemessen (5).

So bleibt es im Einzelfall der Universität oder der Studentenschaft überlassen, sich für kompetent zu erklären. Um aber dennoch zu verhindern, daß diese Kompetenz zu einer politischen All-Kompetenz wird, muß gefordert werden, daß in der jeweiligen Stellungnahme der Bezug der betreffenden Frage zur Wissenschaftsfreiheit und der Stellung der Wissenschaft in der Gesellschaft nachgewiesen wird (6), ähnlich wie dies auch bei anderen allgemeinpolitischen Stellungnahmen im Rahmen von wissenschaftspolitischen Meinungsäußerung, etwa einer bestimmten Gesellschaftskonzeption als Grundlage einer Bildungskonzeption (7), verlangt wird.

Dieser Nachweis darf natürlich nicht zu einer Formalität werden. Es ist nötig, daß er einem unvoreingenommenen Beobachter einigermaßen logisch erscheint. Daher müssen die Betroffenen, d.h. die Mitglieder der Universitäten und Studentenschaften die Möglichkeit haben, bei den ordentlichen Gerichten gegen einen solchen Beschluß Einspruch zu erheben. Dabei wird dieser Nachweis als Kriterium der Kompetenz des betreffenden Gremiums dienen. Es ist zu hoffen, daß sich hierbei eine gewisse Rechtspraxis herausbildet, die unabhängig von der Opportunität eines Beschlusses nur untersucht, ob die Begründung der Kompetenz allgemein einleuchtend erscheint (8). Da-

-
- 2) So aber Thieme in einer dem Verfasser im Wortlaut nicht vorliegenden Stellungnahme zum politischen Mandat der Studentenschaft im Rahmen einer Untersuchung des Berliner Senats über die Studentenunruhen.
 - 3) Nach der Definition des BVerfG (BVerfGE 2, 12 ff.). Hierin zeigt sich der praktische Unterschied zu einer Verantwortung der Wissenschaft für die Demokratie überhaupt.
 - 4) So: Thieme II, S. 319. Ein Eintreten für die Demokratie überhaupt, d.h. in abstracto, würde es der Universität ermöglichen, auch zu Verstößen gegen die demokratischen Werte im Ausland Stellung zu nehmen. Zur Unterscheidung dieser beiden Kompetenzen, wie sie aus den verschiedenen Auffassungen zum Verhältnis Demokratie Wissenschaft abgeleitet werden, vgl. die Charta des VDS, Art. III einerseits, Art. IV, V, VI andererseits.
 - 5) Zu diesem Vorschlag vgl. Sieverts, BB1. März 1968, S. 40
 - 6) Vgl. Ältestenrat Marburg, Entscheidungen vom 17.5.1968
 - 7) Junge Union, Ergebnisse S. 7
 - 8) Den Anfang einer solchen Praxis hat der Marburger Ältestenrat gemacht, als er in seiner Entscheidung v. 17.5.1968 darauf hinwies, daß nach herrschender Auffassung der Zusammenhang zwischen Notstandsgesetzen und Wissenschaftsfreiheit im Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gegeben erscheine.

bei sollte das finanzielle Risiko eines Prozesses den leichtfertigen Gebrauch der politischen Kompetenz in Vertretung wissenschaftlicher Interessen, wie auch den leichtfertigen Gebrauch der Klagerechte vor den Gerichten verhindern. Eine weitere Folge dieser Verpflichtung, zum Nachweis der Kompetenz aus der Interessenvertretung der Wissenschaft, wäre die, daß den Adressaten solcher Stellungnahmen die hochschulpolitische Relevanz der Stellungnahme klar würde, damit das Mißverständnis, es handle sich um eine allgemeinpolitische Äußerung im Namen etwa der Studenten einer Studentenschaft ausgeschlossen wird, da es sich ja nur um Äußerungen in Vertretung der institutionellen Interessen der Wissenschaft handelt.

Weiterhin ist das innere Verhältnis von Universität und Studentenschaft bei Wahrnehmung dieser politischen Kompetenz zu prüfen. Sie beide sind Institutionen verschiedener Tätigkeiten im Rahmen der Wissenschaft. Als solche haben sie das Recht, unabhängig voneinander zu bestimmten Fragen Stellung zu beziehen, da die Interessen, die sie vertreten, jeweils verschieden berührt werden (9). Eine Beschränkung der Kompetenz der Studentenschaft auf den Bereich der Mitverwaltung ist abzulehnen (10). Die Studentenschaft muß auch im Bereich der studentischen Selbstverwaltung zu diesen Fragen Stellung nehmen können.

Aus der verschiedenen Betroffenheit beider Bereiche ergibt sich auch die Forderung nach strenger institutioneller Trennung zwischen studentischer Selbst- und Mitverwaltung (11), da z.B. sonst das Studentenparlament alle studentischen Vertreter in einem Universitätsgremium auf einen vielleicht nur mit geringer Mehrheit gefaßten Beschluß festlegen könnte, obwohl im Rahmen der gesamten Universität ganz andere Gesichtspunkte gelten als für die Studentenschaft.

Aus dieser verschiedenen Betroffenheit ergibt sich jedoch kein unterschiedlicher Kompetenzumfang, da z.B. jede Beeinträchtigung der Freiheit der Forschung die Wissenschaftsfreiheit überhaupt und somit indirekt auch die Lehrfreiheit betrifft. Studentenschaft und Universität sind auf verschiedene Weise in den gleichen Fragen betroffen. Sie haben daher voneinander unabhängige Kompetenzen gleichen Umfangs.

9) Anders Sieverts in BBl. März 1968 S. 40, wenn er vorschlägt, Beschlüsse der Studentenschaft durch den kleinen Senat genehmigen zu lassen.

ER G E B N I S

Zusammenfassend läßt sich daher sagen, daß die Studentenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts, die sich aus der Vertretung institutionell wissenschaftlicher Interessen legitimiert, keine allgemeine politische Kompetenz hat. Eine solche politische Kompetenz ergibt sich nicht aus Überlegungen über den Wissenschaftsbegriff, da die Studentenschaft eine hoheitliche Körperschaft ist. Im Rahmen ihrer Aufgabe, die sich aus Art. 5 III GG ergebenden institutionellen Interessen der Wissenschaft zu vertreten, hat sie jedoch das Recht, zu Fragen der staatlichen Grundordnung, soweit diese die Wert- und Existenzvoraussetzungen der Wissenschaftsfreiheit betreffen. In der Ausübung dieser Kompetenz ist sie von der Gesamtuniversität unabhängig. Daraus ergibt sich die Forderung nach Trennung zwischen studentischer Selbst- und Mitverwaltung. In der Ausübung dieser begrenzten politischen Kompetenz, die nicht mit einer Verpflichtung der Wissenschaft auf die demokratische Ordnung verwechselt werden darf, dürfen nur solche Stellungnahmen abgegeben werden, aus denen der hochschulpolitische Bezug der Stellungnahme ersichtlich wird. Für die Stichhaltigkeit solcher Herleitungen sollte sich eine Rechtspraxis ausbilden, die unabhängig von der politischen Opportunität die Stichhaltigkeit zugibt, sobald die Begründung allgemein einleuchtend erscheint. Im Zweifelsfall muß der Senat die Berufung bei den ordentlichen Gerichten offen stehen.

Die Studentenschaft hat somit kein Recht, zu allgemeinen politischen Fragen Stellung zu nehmen, darf und muß aber die institutionellen Interessen der Wissenschaft an der staatlichen Grundordnung wahrnehmen.

- 10) Das verlangt Bettermann, der Rektor und Senat allein für kompetent in Fragen, die die gesamte Universität betreffen, hält. Bettermann S. 61 f.
- 11) Bettermann (S. 63) führt dies für den Fall der FU Berlin näher aus.

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

- Ältestenrat der Studentenschaft der Philipps-universität Marburg. Entscheidung v. 17.5.1968 im Verfahren Limper gegen Fachgruppe Anglistik.
- Ältestenrat der Studentenschaft der Philipps-universität Marburg. Entscheidung v. 17.5.1968 im Verfahren Burckhardt - Köneke gegen AStA und Parlament.
- Becker, Helmut Politische Bildung der Studenten und politisches Engagement der Studentenschaft. Rede vor 19. oMV des VDS. Göttingen 1967.
- Berner, Ingo Die Problematik des politischen Mandats der Studentenschaft. In: JZ 1967, S. 242 ff.
- Bettermann, Karl August Die Universität in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. In: Universität und Universalität. Universitätstage 1963. Berlin 1963.
- Dietzel, Gottfried Das "politische Mandat" vor Gericht. In: DUZ 8/9 1968, S. 44 ff.
- Die Deutsche Universitätszeitung (DUZ) 8/9 1968, insbesondere die Beiträge von Dietzel, Gerhardt, Narr, Wagner (q.v.)
- Eschenburg, Theodor Wo die Studenten sich irren. In: Die Zeit. Deutsche Wochenzeitung. 14.7.1967
- Gerber, Hans Das Recht der wissenschaftlichen Hochschulen in der jüngsten Rechtsentwicklung. 2 Bde. Tübingen 1965
- Gerhardt, Volker Die Politik mit dem "politischen Mandat". In: DUZ 8/9 1968, S. 2 ff.

- Habermas, Jürgen Universität in der Demokratie - Demokratisierung der Universität. In: Universität und Demokratie. Universitätstage 1967. Berlin 1967.
Zit: als Habermas I
- Habermas, Jürgen Vom sozialen Wandel akademischer Bildung. Zuerst in Universität und Universalität. Universitätstage 1963. Neu in: Leibfried: Wider die Untertanenfabrik, Köln 1967.
Zit: als Habermas II
- Haubold, Hans-Joachim Zur politischen Verantwortung der Studenten und der Studentenschaft. In: DUZ 12 1967, S. 13 ff.
- Hickel, Rudolf Wissenschaft in der Gesellschaft. Tübinger Streitgespräch zum politischen Mandat. Hrsg. ASTA Tübingen. Tübingen 1968.
- Hofmann, Werner Universität, Ideologie, Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie. Frankfurt 1968.
- Junge Union Ergebnisse der Konferenz für Hochschulfragen. Frankfurt 28. - 30.6.63.
- Knoke, Thomas Das "politische Mandat" der Studentenschaft. In: DÖV 1967, S. 542 ff.
- Köttgen, Arnold Die Freiheit der Wissenschaft und die Selbstverwaltung der Universität. In: Neumann-Nipperdey-Scheuner: Die Grundrechte Bd. II. Berlin 1954.
Zit: als Köttgen I
- Köttgen, Arnold Das Grundrecht der Universität. Göttingen 1959. Zit: als Köttgen II
- Krüger, Ekkehard - Jörchel, Erhard Demokratisierung der Hochschule. Beobachtungen und Thesen. Marburg/Bonn 1968
- Leibfried, Stephan Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln 1967. Insbesondere Beiträge von Habermas, Leibfried und Preuß (q.v.).

- Leibfried, Stephan -
Preuß, Ulrich K. Wissenschaft als gesellschaftliche Praxis im Interesse der Emanzipation - Thesen zum politischen Mandat der Studentenschaft. In: Leibfried: Wider die Untertanenfabrik. Köln 1967
- Leibfried, Stephan Die angepaßte Universität. Zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik und den USA. Frankfurt 1968
- Litten, Jens Realisierte Mündigkeit ohne Auftrag? In: Tangenten. Organ des SHB. Oktober 1967. Neu in DUZ 8/9 1968.
- Maack, Heinrich Grundlagen des studentischen Disziplinarrechts. Freiburg 1956.
- Mager, Friedrich -
Spinnarke, Ulrich Was wollen die Studenten? Neue Ausgabe, Frankfurt 1968.
- Mützelburg, Dieter Das politische Mandat der Studentenschaft als wissenschaftliche Verantwortung. In: DUZ 12 1967. S. 3 ff.
- Narr, Wolf-Dieter Das politische Mandat und der Begriff der Wissenschaft. In: DUZ 8/9 1968.
- Preuß, Ulrich K. Wissenschaftliche Kernfreiheit und studentische Selbstorganisation. In: Leibfried: Wider die Untertanenfabrik. Köln 1967. Zit: als Preuß I
- Preuß, Ulrich K. Bemerkungen zum Begriff der Öffentlichkeit und des Öffentlichen. In: Offene Welt. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik und Gesellschaft. Juli 1968. Zit: als Preuß II
- Reinhardt, Rudolf Die Studentenschaft als Gliedkörperschaft der wissenschaftlichen Hochschulen. In: JZ 1965, S. 385 ff.
- Schapals, W. Wesen und Rechtsnatur der Studentenschaft. Diss. Göttingen 1962.

Sieverts, Rudolf

Selbst- und Mitverwaltung an den Universitäten. Vortrag gehalten vor der Westdeutschen Rektorenkonferenz nach dem 2.6.1967. Aus: Burschenschaftliche Blätter März 1968, S. 36 ff. Insbesondere S. 39 f.

Stifterverband

für die Deutsche Wissenschaft. Wissenschaftsdefinitionen. In: Forschung und Entwicklung, Mitteilungendes wissenschaftlichen Rates der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen. August 1968. S. 41

Studentenwoche

Protokolle der 1. Internationalen Studentenwoche. Marburg 1966. Insbesondere S. 36 ff.

Thieme, Werner

Deutsches Hochschulrecht. Berlin/Köln 1956. Zit: als Thieme I

Thieme, Werner

Studentenschaft und Hochschule. In: DUZ 4, 1963. Zit: als Thieme II

Topitsch, Ernst

Die Freiheit der Wissenschaft und der politische Auftrag der Universität. Neuwied/Berlin 1968.

VDS

Beschlußsammlung. 20. cmV München März 1968. Bonn/Beuel 1968.

VDS

Charta des Verbandes Deutscher Studentenschaften. In: DUZ 12 1967, S. 17.

Weber, Max

Wissenschaft als Beruf. In: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen 1922.

Gerichtsurteile zum
politischen Mandat

VG Köln v. 6.5.1967	in JZ 1968, 260
VG Berlin v. 17.10.1967	in JZ 1968, 260-262
VG Siegmaringen v. 2.2.1968	in JZ 1968, 262-266
VGH Mannheim v. 23.7.1968	in DVB1. 1968, 705-708
OVG Münster v. 31.5.1968	in DVB1. 1968, 709-710
VG Köln v. 11.4.1968	in DVB1. 1968, 710-712
VG Köln v. 5.7.1968	in DVB1. 1968, 712-714
VG Karlsruhe v. 5.6.1968	in DVB1. 1968, 715-717
VG Siegmaringen v. 2.7.1968	in DVB1. 1968, 717-718
VG Berlin v. 7.8.1968	in DVB1. 1968, 719
OVG Berlin v. 9.9.1968	
OVG Münster/Köln v. 19.8.1968	
VG Kassel v. 22.10.1968	in AstA-Information Mar- burg 14.11.1968

Vorschläge zur Hochschulreform

vorgelegt von den Nichtordinarien*)

der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt a. M.

Präambel

Die Nichtordinarien der Johann Wolfgang Goethe-Universität veröffentlichen hiermit eigene Vorschläge zur Reform der Universität, nicht zuletzt im Hinblick auf die beabsichtigte Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes. Die Nichtordinarien sehen es als eine Aufgabe der Universität an, die für eine grundlegende Reform notwendigen Pläne auszuarbeiten, während der Regierung auf Grund der ihr zufallenden Verantwortung die Schaffung des für die Reform notwendigen gesetzlichen Rahmens und die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel obliegt. Bedingt durch die Überfalligkeit der Reformen ist es nicht mehr möglich, nur eine Verbesserung der jetzigen Universitätsstruktur vorzunehmen, es muß vielmehr ihre völlige Neuorientierung erfolgen. Hierbei sind vor allem zwei gleichwertige Bedingungen zu erfüllen, die sich nur scheinbar ausschließen: Demokratisierung der Universität und Steigerung ihrer Effektivität. Jeder der die Universität tragenden Gruppen ist optimale Entwicklungsmöglichkeit zu geben, bei gleichem Ausgleich ihrer Rechte und Pflichten.

In dem Ausmaß, in dem die Resultate wissenschaftlicher Forschung für den Fortbestand der menschlichen Gesellschaft an Bedeutung zunehmen, wächst der Universität die Verpflichtung, nicht nur Ergebnisse mitzuteilen,

sondern sich zugleich um ein Bewußtsein dessen, was wissenschaftliches Forschen ist, zu bemühen. So kann der Gesellschaft mit den notwendigen Lebensgrundlagen zugleich ein rationales Verhältnis zur Welt, in der sie existiert, vermittelt werden.

Um ihre Aufgaben erfüllen zu können, muß die Universität in ihrer Organisation vom jeweiligen politischen Kräftefeld soweit wie möglich unabhängig sein. Eine kritische Funktion gegenüber der Gesellschaft kann sie nur erfüllen, wenn ihr ihre Aufgaben nicht von organisierten Instanzen partikulärer Interessen vorgeschrieben werden. Zu dieser Unabhängigkeit gehören ein hohes Maß an finanzieller Autonomie und eine weitgehende Unabhängigkeit der inneren Organisation (Selbstverwaltung). Neben dieser Lösung der Universität aus ihrer bisherigen Scheinautonomie und der Verleihung einer echten Autonomie sind in unserem Konzept innerhalb der Universität Entscheidungsbefugnis und Kontrolle durchgehend getrennt. Die Universität wird von einem kleinen, hochqualifizierten Gremium, dem Direktorium, geleitet, dem auch die Planung obliegt. Das Direktorium wird

von Vertretern aller Gruppen, dem Konzil, kontrolliert. Die nachgeordneten Entscheidungsbefugnisse sind immer auf die Ebene verlagert, in der sie zum Tragen kommen.

Zur ungehinderten Entwicklungsmöglichkeit des Nachwuchses wird eine wissenschaftliche Laufbahn gefordert, die unabhängig vom seitherigen Stellenplan und dadurch neu gestaltet ist, daß der wissenschaftliche Assistent auf ein und derselben Stelle durch eine

entsprechend seiner Qualifikation erfolgende Höherstufung bis zum Professor aufsteigen kann. Die Institutstruktur wird in ihrer bisherigen Form aufgelöst. Allen an der Forschung Beteiligten wird das Recht zur Mitsprache in ihr gegeben und durch Zuweisung persönlicher Forschungsmittel größeres Eigengewicht verliehen. Durch die leistungsabhängige Zuweisung dieser Forschungsgelder und Arbeitshilfsmittel wird das Leistungsprinzip gefördert.

Allgemeine Ziele und Grundsätze der Hochschuleireform

Die Nichtordinarien der Johann Wolfgang Goethe-Universität sind zur Entwicklung eigener Vorschläge zur Hochschulreform schon deshalb berechtigt, weil das Schwerkraft der selbständigen Forschung und Lehre in weiten Bereichen der Universität bei ihnen liegt. Die die Hochschule tragenden vier Gruppen „Ordinarien“, „Nichtordinarien“, „Nichthabilitierte“ und „Studenten“, die auch im Hessischen Hochschulgesetz durch eigene Vertretungen an der Universität berücksichtigt wurden, sind aufgerufen, zu der dringend erforderlichen Hochschulreform ihre Vorstellungen zu entwickeln.

Diese Aufgabe ist um so drängender, als der Hochschule von der Öffentlichkeit

keith bis heute zu Recht mangelnde Einsicht und Kraft zur Durchführung der notwendigen Reformen vorgeworfen wird. Diese Situation wird jetzt vor allem auch unter dem Druck der Unruhe unter den Studenten von Kräften innerhalb der politischen Parteien zu dem Vorschlag ausgenutzt, der Hochschule von staatlicher Seite eine Reform zu diktieren, die die Hochschule der letzten Reste ihrer Autonomie beraubt. Hiermit wird gleichzeitig von den mindestens ebenso schwerwiegenden Versäumnissen der politischen Parteien und der von ihnen gebildeten Regierungen abgelenkt, die die für die Entwicklung der modernen Wissenschaft benötigten Mittel bisher nicht durch eine zweckgerechte Finanz-

*) Entsprechend dem Hessischen Hochschulgesetz § 8 gehören zur Gruppe der Nichtordinarien die Hochschullehrer, die keine Lehrstuhlinhaber und keine entpflichteten Professoren sind.

planung bereitgestellt haben, obwohl diese Mängel mindestens ebenso lange bekannt sind wie die Notwendigkeit einer Hochschulreform. Diese finanziellen Fehlprioritäten gehen so weit, daß die Durchführung einer Hochschulreform, die den Anforderungen unserer Zeit gerecht wird, heute anscheinend praktisch aus diesem Grunde unmöglich ist. Die Reformvorschläge aus dem Bereich der Hochschule sollen deshalb die Einleitung dieser Reformen der Hochschule ermöglichen. Es ist zu hoffen, daß damit auch die politischen Parteien durch eine ausreichende Bereitstellung der benötigten Geldmittel und durch die Verabschiedung einer der modernen Struktur der Hochschule genügenden Gesetzgebung die ihnen zufallende Seite der Aufgabe bei der Durchführung dieser Reformen befriedigend lösen. Denn jede Hochschulreform, die nur halbwegs eine Aussicht auf Erfolg haben soll, muß von erheblichen finanziellen Mehraufwendungen des Staates begleitet sein, sonst ist sie wirkungslos.

Gewiß müssen Anfänge zu Strukturverbesserungen von den Universitäten sofort vorgenommen werden. Sie werden jedoch zum Mißerfolg verurteilt sein, wenn von staatlicher Seite nicht bald die entsprechende finanzielle Unterstützung folgt, weil die Universität personell und ausstattungsamäßig mit oder ohne Reform an der Grenze ihrer Belastbarkeit ist. Es wäre auch ein Trugschluß zu glauben, ihre Leistungsfähigkeit könnte durch eine Stärkung der staatlichen Autorität in der Universität gesteigert werden, während überall in der Welt den Hochschulen immer größere Autonomie zubilligt wird. Eine solche Politik würde nur zu einer zunehmenden Abwanderung von Wissenschaftlern in das Ausland und in die immer mehr forschungsintensiv ausgerichtete Industrie führen und damit nicht allein der Universität für die Zukunft bleibenden Schaden mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen zufügen. Dieser Schaden wird sich allerdings erst dann voll auswirken, wenn die dafür verantwortlichen Politiker nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden können. Es darf jedoch auch nicht verkannt werden, daß vielerorts die Belange der Universität sowie die finanziellen Verhältnisse der Regierung aus von den Politikern anerkannt werden. Es ist deshalb zu hoffen, daß der einzig mögliche Weg zu einer sinnvollen effektiven Reform beschritten wird, nämlich der eines gleichberechtigten partnerschaftlichen Zusammenwirkens von Regierung und Universität.

Der von den Nichtordinarien ausgearbeitete Vorschlag ist nicht als ein Katalog ihrer Interessen gedacht, sondern als ein Reformkonzept, das der Aufgabe der Universität und damit allen beteiligten Gruppen bei weitgehendem Ausgleich von Interessen und Pflichten Rechnung trägt. Die Erfahrungen vieler Mitglieder in Forschung und Lehre, die sie nicht nur im deutschen Raum, sondern häufig auch im Ausland, besonders den USA, sammeln konnten, rechtfertigen den Anspruch, diese Vorstellungen entwickeln zu können, die sich in vielen Punkten mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates und denjenigen der Deutschen Forschungsgemeinschaft decken.

Wir halten es für notwendig, unseren Vorstellungen eine kurze allgemeine Einleitung über die Position der Universität in unserer Gesellschaft voranzustellen und auch den speziellen Reformvorschlag eingehender zu erläutern. Denn inzwischen sind von verschiedenen Seiten und Gruppen Vor-

schläge zur Hochschulreform der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden, die teilweise ausgeprägte Gruppeninteressen enthalten und die damit die Belange der Universität in keiner Weise erfüllen können, sondern einer sachlichen Diskussion nur entgegenwirken, einer Diskussion, die heute allein schon durch die äußeren Umstände sehr erschwert worden ist.

Aufgaben der Universität

Die Aufgabe der Universität leitet sich wesentlich aus der Verpflichtung aller ihrer akademischen Mitglieder zur Wahrheit ab. Dazu gehört vor allem die ständige kritische Reflexion des Wissens und des Wissenschaftsbegriffes, wie sie sich in den einzelnen Fachbereichen und in Wechselwirkung mit dem jeweiligen Stand wissenschaftlicher Forschung ergibt.

Mit dem Ausmaß, in dem die Resultate wissenschaftlicher Forschungsarbeit für den Fortbestand der menschlichen Gesellschaft an Bedeutung zunehmen, erwächst der Universität die Verpflichtung, nicht nur positive Ergebnisse mitzuteilen, sondern sich zugleich um ein Bewußtsein von dem, was wissenschaftliches Forschen ist, zu bemühen, um so der Gesellschaft mit den notwendigen Lebensgrundlagen zugleich ein rationales Verhältnis zum Wissen und zu deren Möglichkeiten und Grenzen sowie ein Verständnis für ihre Verantwortung zu vermitteln.

Der Universität ist die Ausbildung des Nachwuchses übertragen, der diese Aufgaben in Wissenschaft und Gesellschaft erfüllen soll. Dabei kann es sich nicht nur um die Vermittlung positiven Wissens handeln. Zu einer wissenschaftlichen Ausbildung gehört neben der Wissensaneignung und neben der Erlernung bestimmter Fähigkeiten und Techniken die Gewinnung eines Wissens um das Wesen der Wissenschaften und um deren Stellung im Ganzen des menschlichen Lebens und der Gesellschaft. Eine solche Ausbildung soll inhaltlich umfassend und tief, trotzdem aber zeitparend organisiert sein und in dem Lernenden nicht das Objekt des Unterrichtes, sondern das Subjekt seiner geistigen Entwicklung sehen. Deshalb sind Abhängigkeiten von Hochschulangehörigen untereinander, die sich nicht aus sachlich begründeten Erfordernissen der Universität, sondern aus hierarchischen Organisationsformen der Vergangenheit herleiten, zu beseitigen.

Konzeption der Universität

Um ihre Aufgaben zu erfüllen, muß die Universität in ihrer Organisation vom jeweiligen politischen Kräftefeld so weit wie möglich unabhängig sein. Ihrer kritischen Funktion innerhalb der Gesellschaft kann sie nur gerecht werden, wenn ihr die Stellung und Durchführung ihrer Aufgaben nicht von den organisierten Instanzen dieser Gesellschaft vorgegeben werden. Zu dieser Unabhängigkeit gehören sowohl die Finanzautonomie im Inneren der Hochschule wie die Unabhängigkeit der inneren Organisation (Selbstverwaltung). Diese Organisation ergibt sich unmittelbar aus dem jeweiligen Selbstverständnis der Wissenschaften. Um eine Abhängigkeit von einem statisch vorgegebenen, verdinglichten Wissenschaftsbegriff, der zu einer Entfremdung zwischen der inneren Struktur der Wissenschaft und den wirklichen Bedürfnissen der menschlichen Gesellschaft führen müßte, zu vermeiden, muß die innere Organisation des wissenschaftlichen Arbeitens dynamisch konzipiert sein. Sie ist nicht äußere Form, sondern wesentlicher Teil und Gegenstand dieses Arbeitens selbst.

Je mehr eine immer differenziertere Arbeitswelt an den Ergebnissen der Wissenschaft partizipiert und damit von wissenschaftlichen Denken durchdrungen wird, um so notwendiger wird die Universität als der Ort, an dem das Prinzip der Anwendbarkeit der Ergebnisse nicht im Vordergrund steht. Die Wissenschaften erhalten jedoch von der Anwendung und Praxis her wichtige Impulse für die Entwicklung neuer Forschungsrichtungen. „Anwendbarkeit“ kann sich aber nur von bereits vorgegebenen Funktionszusammenhängen her verstehen. Nur die Unabhängigkeit von solchen nicht immer rational durchleuchteten Zusammenhängen gibt der Forschung die Freiheit, die sie von ihrer Aufgabe her braucht, die sie von solch vorgegebenen Zusammenhängen in ihre kritische Untersuchung immer wieder mit einbezieht und auf diese Weise über ihren engeren universitären Bereich hinaus für die Interessen der ganzen Gesellschaft fruchtbar werden.

Die Notwendigkeit dieser Unabhängigkeit von vorartikulierten Aufgabenstellungen schließt die Unabhängigkeit gegenüber politischen Einflüssen ein, soweit sich darin irgendwelche partikularen Interessen zu erkennen geben. Das bedeutet, die Notwendigkeit der Freiheit gegenüber der Beeinflussung durch Regierung, politische Parteien oder andere Machtgruppen politischer, wirtschaftlicher und weltanschaulicher Art. Jede wissenschaftliche Arbeit steht allerdings in einer komplexen Abhängigkeit von den Strukturen der gesamten Gesellschaft und den in ihr herrschenden Strömungen. Die Universität kann ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie sich diese Abhängigkeiten bewußt macht und aus diesem Bewußtsein heraus sich nicht nur um äußere Unabhängigkeit, sondern auch um eine Vorurteilslosigkeit gegenüber einem verfestigten Vorverständnis ihrer selbst bemüht. Das gilt erst recht, weil Wissen in zunehmendem Maße ein politischer Faktor wird und die Universität damit der Gefahr der Subsumierung subjektiver politischer Zielsetzungen ausgesetzt ist.

Wissenschaftliche Bildung in diesem Sinne fördert zugleich die politische Urteilsfähigkeit der Mitglieder der Universität und ihrer Absolventen. Sachkenntnis, Fähigkeit zum Überblick und zur rationalen Kritik qualifizieren den einzelnen Wissenschaftler, entsprechend seiner Verpflichtung zur Wahrheit im Rahmen seiner Möglichkeiten, auf das politische Geschehen einzuwirken. Das widerspricht nicht der Notwendigkeit einer Neutralität der Universität als Institution gegenüber

tagspolitischen Fragen, sondern setzt sie voraus. Die Realisierung wissenschaftlicher Einsichten im öffentlichen Bereich ist dagegen nicht Aufgabe der Universität, sondern der politischen Einrichtungen einer jeden Gesellschaft.

Struktur der Universität

Aus den Aufgaben und der Konzeption der Universität ergibt sich ihre Struktur. Da die formale Verfassung der konkreten Arbeit nicht starr vorgegeben sein kann, verlangt die Satzung der Universität eine Mitwirkung aller ihrer Mitglieder an der Selbstverwaltung. Nur so kann das sich aus dem Wesen der Wissenschaft ergebende Postulat der Selbstverwaltung befriedigend erfüllt werden. Andererseits bedingt der enorme Aufwand für Forschung und Lehre vieler Wissenschaften und die Größe der Haushalte der Universität, daß heute die Hochschulen in wirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Hinsicht ähnlich großen Industrieunternehmen geführt werden müssen, das heißt, von einem kleinen Gremium hochqualifizierter Fachleute. Diese polare Dualität der Forderungen bedingt eine genaue Definition der Struktur der demokratischen Mitbestimmungseinrichtungen für alle Hochschulangehörigen und eine durchdringende Trennung von Entscheidungs- und Kontrollinstanzen. Die verschiedenen Gruppen der Mitglieder der Hochschule werden entsprechend ihrer Vorbildung an den Gremien, die ihre Belange betreffen, durch Vertreter beteiligt. Außerdem gehören sie in die Ausschüsse an, die die Kontrolle der verschiedenen Funktionen vornehmen, und üben ferner das aktive Wahlrecht innerhalb der Universität aus. Um ihre Aufgaben in Forschung und Lehre erfüllen zu können, muß sich die Hochschule einerseits einer kritischen Analyse ihrer Effektivität unterwerfen. Andererseits benötigt sie Führungsgremien, die in ihrer Entscheidungsbefugnis stark und unabhängig sind, um die von den Kontrollorganen der Universität erstellten kritischen Analysen als Exekutivorgan wirksam in Realität umzusetzen und Neuerungen gegenüber den sich gegenseitig aufhebenden Partikularinteressen durchzuführen. Zu diesem Zweck sollte die jetzige Institutstruktur mit den weitgehend unabhängigen Institutsdirektoren durch die Zusammenfassung der Institute zu größeren Bereichen abgelöst werden. Schließlich ist die haushaltsrechtliche Position der Universität zu stärken, gegebenenfalls durch Einrichtung eines Ministeriums für Hochschulfragen. Außerdem muß die Universität ihren Haushalt selbständig verwalten.

Leitsätze zur Hochschulreform

I. Die Stellung der Universität

Die Universität ist eine selbständige rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie besitzt die Dienstherreneigenschaft.

Die Universität erhält ihre Haushaltsmittel auf Grund ihres Antrages beim Kultusministerium pauschal zugewiesen. Die Verteilung dieser Mittel fällt ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der Universität. Die Landesregierung übt nur die Rechtsaufsicht über die Universität aus.

II. Die Spitzenorgane der Universität

Die Fakultäten, Sektionen, Zentren und Abteilungen der Universität

III. Die akademische Laufbahn

IV. Der Universitätsetat

I. Die Spitzenorgane der Universität

Organe der Universität*) sind: Der Präsident, das Direktorium, das Konzil, das Kuratorium, der Verwaltungsrat, die Fakultäten und ihre Organe.

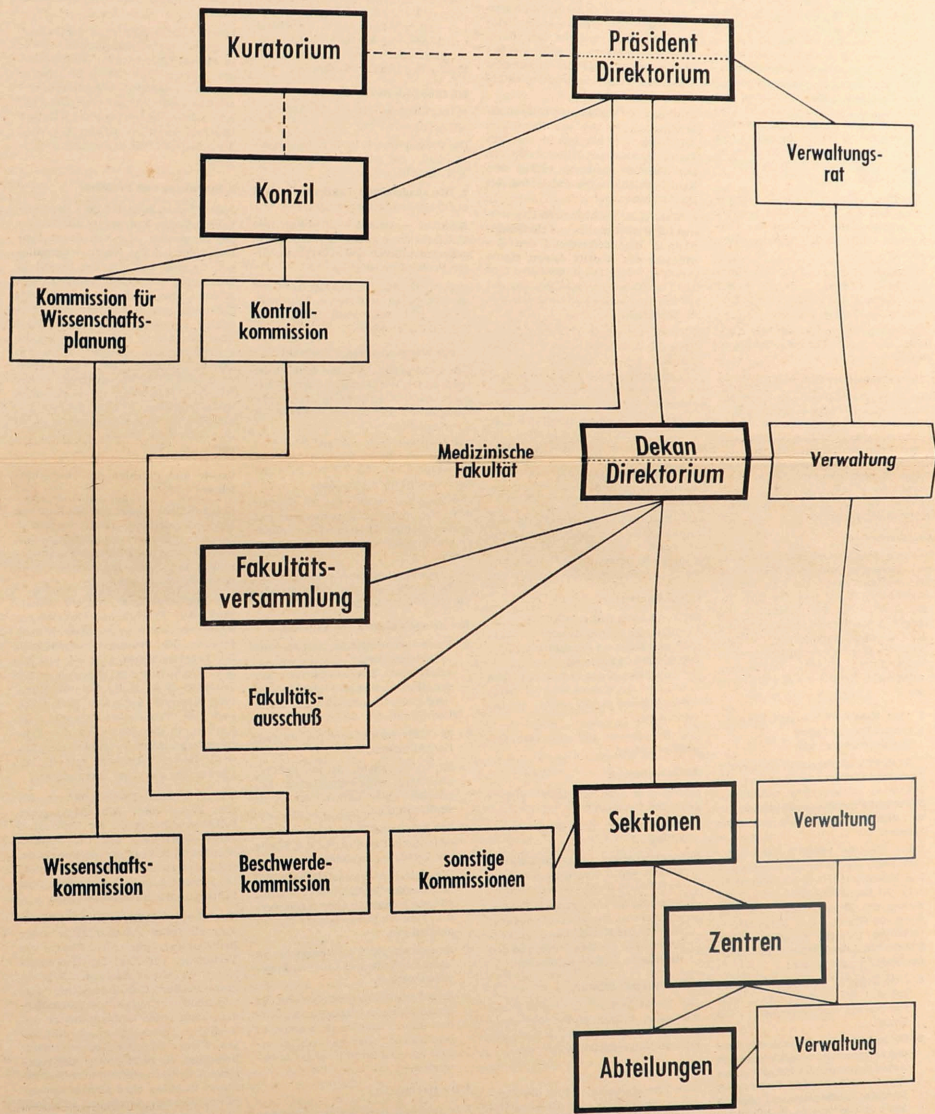
II. Das Direktorium

besteht aus vier Mitgliedern, von denen zwei Hochschullehrer sein müssen, mindestens einer die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst besitzt und der vierte mit diesen vergleichbare Qualifikationen aufweist.

Das Direktorium der Universität wird durch das Konzil geheim und direkt

*) Die hier verwendeten Bezeichnungen entsprechen nicht immer den seither üblichen. In diesen Fällen sind sie neu definiert worden.

Gliederung der Universität



gewählt. Seine Amtszeit dauert vier Jahre, Wiederwahl ist möglich.

Das Direktorium gibt sich eine Geschäftsordnung und beschließt über die Geschäftsführung einschließlich der gegenseitigen Vertretung seiner Mitglieder.

Beschlüsse des Direktoriums können durch das Konzil mit mindestens 60 Prozent der Stimmen aufgehoben werden.

Aufgabenbereich

Das Direktorium beschließt über alle gemeinsamen Angelegenheiten der akademischen Verwaltung und sorgt für die Zusammenarbeit der Fakultäten. Es ist verpflichtet, die Dekane der Fakultäten zu hören. Insbesondere obliegen dem Direktorium die Beschäftigung über Personal- und Sachhaushalt der Universität, die Bestätigung von Berufungen und Ernennungen von Professoren. Es beschließt über wissenschaftliche Planungen innerhalb der Universität und ist für die Bauplanung und Bauleitung der Universität verantwortlich.

Das Direktorium sorgt für die Einrichtung und die Aufsicht über zentrale wissenschaftliche Anstalten der Universität (Bibliothek, Rechenzentrum usw.).

Das Direktorium erstellt Jahresberichte und trägt sie dem Konzil vor. Es hat dem Kontrollausschuss des Konzils Einsicht in die Akten zu gewähren.

Zur Vorbereitung seiner Beschlüsse ernannt das Direktorium **Fachkommissionen**.

2. Der Präsident der Universität

Der vom Direktorium aus seinem Kreis gewählte. Die Ernennung des Präsidenten der Universität erfolgt durch die Landesregierung. Die Ablehnung des gewählten Präsidenten durch die Regierung bedarf der Begründung und ist dem Konzil bekanntzugeben. Die Amtszeit des Präsidenten endet spätestens mit seiner Amtszeit als Direktor. Wiederwahl ist möglich.

Aufgabenbereich

Der Präsident vertritt die Hochschule nach außen, er führt den Vorsitz im Direktorium und unterzeichnet für die Hochschule. Er ist verantwortlich für die Ausführung der Beschlüsse des Direktoriums. Er wird von den anderen Mitgliedern des Direktoriums im Rahmen der Geschäftsordnung vertreten. Bei Stimmengleichheit im Direktorium entscheidet die Stimme des Präsidenten.

3. Das Konzil (Wahl- und Kontrollorgan des Direktoriums)

Das Konzil setzt sich zusammen aus: 40 Prozent Vertreter der Professoren 20 Prozent Vertreter der Dozenten 20 Prozent Vertreter der Assistenten 20 Prozent Vertreter der Studenten und dem Direktorium mit beratender Stimme.

Seine absolute Mitgliederzahl sollte nicht mehr als 200 Personen umfassen. Das Konzil tagt mindestens einmal im Jahr. Es kann außerdem jeweils auf Antrag des Kontrollausschusses oder wenn ein Drittel seiner Mitglieder es verlangen, zusammengerufen werden. Für die Wahl des Konzils wird folgendes Modell vorgeschlagen:

a) Jede Fakultät entsendet vier Professoren, zwei Dozenten, zwei Assistenten und zwei Studenten in das Konzil.

b) Die restlichen Konzeilsvertreter werden entsprechend dem prozentualen Anteil der einzelnen Fakultäten an der Gesamtzahl der Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten von den jeweiligen Fakultäten

versammelt (Fachschaften) gewählt.

Aufgaben des Konzils

a) Wahl des Direktoriums mit einfacher Mehrheit der Stimmen der Anwesenden (mindestens 50 Prozent der Konzilsmitglieder müssen anwesend sein).

b) Aufhebung der Beschlüsse des Direktoriums mit einer Mehrheit von 80 Prozent der Stimmen der Anwesenden.

c) Beschlussfassung über Satzungsänderung und -änderungen mit 60 Prozent der Stimmen der Anwesenden. Das Direktorium erhält bei Satzungsänderungen ein aufschiebendes Vetorecht. Das **Veto** muß von dem Konzil begründet werden. Innerhalb einer gesetzten Frist muß das Direktorium dem Konzil einen eigenen Vorschlag unterbreiten.

d) Wahl einer unabhängigen Kontrollkommission, in der die Fakultäten paritätisch vertreten sind. Sie legt dem Konzil einen eigenen Jahresbericht vor. Die Kontrollkommission schlägt dem Konzil außerdem die Entlastung des Direktoriums vor.

e) Wahl einer unabhängigen Kommission für Wissenschafts- und Hochschulplanung, die entsprechend den Beschlüssen des Konzils dessen eigene Berichte vorlegt. Die Kommission faßt ihre Beschlüsse nur nach Beratung mit den entsprechenden Fachkommissionen der Sektionen.

f) Konzil und Kontrollkommission besitzen das Antragsrecht an das Direktorium.

g) Entscheidung von Angelegenheiten, die ihm vom Direktorium vorgelegt werden.

h) Aufforderung neuer Mitglieder zum Eintritt in das Kuratorium kann nur in Übereinstimmung mit den anderen Mitgliedern des Kuratoriums erfolgen. Das Direktorium und die Sektionen können Vorschläge für neue Mitglieder unterbreiten.

i) Das Konzil wählt aus dem Kreise der Hochschullehrer einen Vorsitzenden und aus den anderen drei Gruppen je einen Stellvertreter. Der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Konzils ein.

4. Das Kuratorium

Im Kuratorium wirken mit: Vertreter des Landes Hessen Vertreter der Stadt Frankfurt Die Stifter und Förderer Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben und der Wissenschaft. Mit beratender Stimme zwei Vertreter des Direktoriums.

Das Kuratorium gibt sich eine Geschäftsordnung.

Aufgabenbereich

Beratung in allen Universitätsangelegenheiten, besonders

a) Begutachtung des Haushaltsvorschlages,

b) Stellungnahme zu grundsätzlichen Fragen der Verwaltung der Universität und ihrer Vermögenswerte,

c) Beratung der Universität in Fragen, die ihm vom Direktorium vorgelegt werden. Das Kuratorium kann Vorschläge für die Gestaltung und den Aufbau der Universität machen.

5. Der Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat ist entsprechend der neuen Autonomie der Hochschule zu gestalten. Er tritt an die Stelle des jetzigen Universitätskuratoriums.

Aufgabenbereich

Dem Verwaltungsrat obliegt die allgemeine Verwaltung des Universitätsvermögens und der Gebäude, die Rege-

lung der Personalangelegenheiten von nichtakademischen Bediensteten der Universität. Er ist für die Durchführung von Aufgaben, die ihm vom Direktorium zugewiesen werden, verantwortlich.

II. Die Fakultäten, Sektionen (Subfakultäten), Zentren und Abteilungen der Universität

Die Universität gliedert sich in Fakultäten.

Die Fakultätsverfassungen sind auf die Bedürfnisse der entsprechenden Fakultäten abzustimmen (es ist keine generelle und einheitliche Regelung möglich und wünschenswert). Vorschläge zur Gliederung der Medizinischen Fakultät und der Philosophischen Fakultät sind den Leitsätzen angefügt.

III. Die akademische Laufbahn

1. Das Studium soll vier bis höchstens sechs Jahre dauern. Die Promotionszeit ist Fortsetzung des Studiums. Sie soll zwei bis höchstens drei Jahre betragen.

2. Die akademische Laufbahn besteht aus drei Abschnitten:

Assistent — Dozent — Professor (die Unterscheidung zwischen ordentlichen, außerordentlichen und außerplanmäßigen Professoren entfällt)

Vorbemerkung: Im folgenden ist für die Fakultäten, an denen es keine Sektionen gibt, sinngemäß für Sektion Fakultät einzusetzen.

3. Der wissenschaftliche Assistent

Der wissenschaftliche Assistent ist die erste Stufe der akademischen Laufbahn. Als Status wird derjenige des Angestellten oder der des Beamten auf Zeit empfohlen.

Die Assistentenzeit soll auf höchstens **zwei bis drei Jahre begrenzt werden**. Während der Dreijahresperioden ist der Assistent nicht kündbar.

Der Assistent wird von der Sektion (bzw. Fakultät) im Einvernehmen mit dem zuständigen Hochschullehrer durch deren Vorsitzenden angestellt und entlassen.

Der Assistent hat die wissenschaftliche Stelle der Sektion (bzw. Fakultät) oder die einer Abteilung inne.

Rechte und Pflichten des Assistenten

a) Der wissenschaftliche Assistent arbeitet selbständig oder in wissenschaftlicher Zusammenarbeit mit den Hochschullehrern einer Abteilung an den Problemen dieses Faches mit.

b) Er erhält einen kleinen persönlichen Forschungsetat.

c) Er hat das Recht, die von ihm erarbeiteten wissenschaftlichen Ergebnisse unter seinem Namen zu veröffentlichen.

d) Für Lehre und Institutsarbeiten hat er insgesamt 20 Stunden der Woche zur Verfügung zu stehen.

e) Die Unterrichtsveranstaltungen, die ihm von der Sektion (bzw. Fakultät) oder dem Zentrum übertragen werden, kann er unter eigenem Namen ankündigen.

f) Ihm kann ein Forschungsjahr an einer ausländischen Universität gewährt werden.

g) Er hat das Recht, die Eröffnung des Habilitationsverfahrens bei der Sektion (bzw. Fakultät) zu beantragen oder sich bei einer anderen Universität um eine Dozentenstelle zu bewerben.

4. Die Habilitation

Das Habilitationsverfahren ist auf Antrag des Trägers eines wissenschaft-

lichen Doktorgrades selbst oder auf Antrag eines Hochschullehrers der Sektion (bzw. Fakultät) durch den Sektionsausschuß (bzw. Fakultätsausschuß) zu eröffnen und im allgemeinen innerhalb von sechs Monaten zu entscheiden. Der Habilitand reicht zur Stellung des Antrages alle von ihm bis dahin veröffentlichten Arbeiten ein. Eine Ablehnung durch die Sektion ist ausschließlich schriftlich zu begründen. Der Universitätspräsident hat nach der Erteilung der venia legende die Ernennung zum Dozenten vorzunehmen.

Näheres regelt die Habilitationsordnung.

Mit der Ernennung wird der Dozent, wenn er eine wissenschaftliche Stelle im Haushaltsplan der Universität innehat, Beamter auf Lebenszeit. Hat er keine wissenschaftliche Stelle inne und wird er auch nicht auf eine solche berufen, dann entsteht mit der Habilitation kein Anspruch auf eine Änderung der arbeitsrechtlichen Stellung des Dozenten.

5. Ernennung zum Professor

Jeder Dozent kann bei dem Sektionsausschuß seine Ernennung zum Professor beantragen oder von einem Professor der Sektion hierzu vorgeschlagen werden. Hat sich der Dozent in Forschung und Lehre bewährt, entscheidet der Sektionsausschuß nach Einholung von mindestens drei Gutachten auswertiger Sachverständiger über den Antrag und befürwortet die Ernennung zum Professor durch den Universitätspräsidenten. Eine Ablehnung ist ausschließlich schriftlich zu begründen. Dozenten, die noch keine wissenschaftliche Stelle haben und nicht berufen werden, erwerben durch die Ernennung keinen Anspruch auf eine wissenschaftliche Stelle.

Rechte und Pflichten des Hochschullehrers

Hochschullehrer sind alle habilitierten Mitglieder der Universität. Sie sind in Lehre und Forschung unabhängig und können über die Pflichtveranstaltungen ihres Faches hinaus eigene Vorlesungen ankündigen.

Die Hochschullehrer sind zur Abhaltung der Pflichtveranstaltungen sowie zur ordnungsgemäßen Durchführung der Prüfungen verpflichtet. Die Lehrverpflichtung ist mit vier bis acht Wochenstunden abgegolten. Bei Dozenten beträgt die Lehrverpflichtung während der ersten fünf Jahre nach der Habilitation maximal vier Stunden in der Woche, zu den Prüfungsverpflichtungen werden sie während dieses Zeitraumes nur in beschränktem Umfang herangezogen.

Aufgabenbereich

a) Aufstellung und Verteilung der Mittel für Lehre und Forschung.

b) Verteilung der Sachmittel, die zum Zwecke der Lehre und Forschung direkt an die Hochschullehrer und die wissenschaftlich arbeitenden Assistenten gebunden sind.

c) Koordination des Unterrichts.

d) Koordination der Forschung.

e) Einrichtung und Verwaltung zentraler wissenschaftlicher Institutionen (Bibliothek, Rechenzentrum, Tierhaus usw.).

f) Planung und Koordination von Sonderforschungsvorhaben.

g) Allgemeine Verwaltung.

rer, die zusätzlich zu seinem Gehalt erfolgt, ist an die Universität noch eine angemessene Pauschale für den Ausfall des Hochschullehrers und die Benutzung der Universitätseinrichtungen zu zahlen.

Dozenten ist Urlaub (unter Zurücklassung der Dienstbezüge) zum Zweck der Wahrnehmung von Gastprofessuren zu gewähren.

Durch die Sektionsausschüsse kann auf Antrag eines Professors der Sektion die Ernennung zum **Honorarprofessor** erfolgen. Der Honorarprofessor gehört zur Gruppe der Professoren und kann Lehrveranstaltungen abhalten, ist aber nicht dazu verpflichtet. Er besitzt das aktive und passive Wahlrecht. Alle freiverdienten oder neu geschaffenen wissenschaftlichen Stellen sollen in der Regel öffentlich ausgeschrieben werden. Um diese Stellen kann sich jeder promovierte Wissenschaftler bewerben.

6. Sonstige akademische Universitätspositionen

Für besondere Aufgaben der akademischen Lehre und Verwaltung wird die Stellung des **Akademischen Rates** und **Ökonomie** beibehalten. Um den Charakter dieser Stellung nicht zu verfälschen, dürfte ihre Inhabern eine Habilitation in der Regel nicht möglich sein, weil sie ihre volle Arbeitszeit ihren Dienstverpflichtungen zu widmen haben. Wird von ihnen die venia legende beantragt, so gelten für sie die gleichen Vorschriften wie für die auswärtigen Bewerber.

Zur ganzjährigen Wahrnehmung wissenschaftlicher Arbeiten unter Anleitung und zur Unterstützung eines Hochschullehrers dienen die **wissenschaftlichen Mitarbeiter**. Der wissenschaftliche Mitarbeiter wird einzelnen Hochschullehrern auf Zeit beauftragt. Er hat keine Arbeitszeit seinen Dienstverpflichtungen zu widmen. Deshalb wird ihm in der Regel eine Promotion und Habilitation nicht möglich sein.

IV. Der Universitätsrat

Das Prinzip besteht in der scharfen Trennung der Haushaltsmittel für die wissenschaftliche Forschung und für die Durchführung der Lehre von der Haushaltsmitteln für die allgemeine Verwaltung.

1. Aufstellung

Die Haushaltsmittel für Forschung und Lehre werden von den Fakultäten und den zentralen wissenschaftlichen Anstalten bei dem Direktorium der Universität beantragt. Die Haushaltsmittel für die allgemeine Verwaltung werden durch den Verwaltungsrat der Universität aufgestellt und dem Universitätsdirektorium gemeldet. Das Direktorium der Universität erstellt den Gesamthaushalt der Universität aus den Anforderungen der Fakultäten und des Verwaltungsrates.

Nach Begutachtung des Haushalts durch das Kuratorium wird der Universitätshaushalt dem Kultusministerium bzw. dem Ministerium für Hochschulen weitergegeben.

2. Verteilung der Haushaltsmittel

Das Direktorium der Universität entscheidet über die Verteilung der bewilligten Mittel an die einzelnen Fakultäten, an die zentralen Universitätsinstitutionen und an die Sonderforschungseinrichtungen.

Die Haushaltsmittel für die wissenschaftliche Forschung und für die Durchführung des Unterrichts werden von den zuständigen Fakultätsgruppen an die Hochschullehrer und an die selbständigen Fakultätsorgane verteilt. Die Haushaltsmittel für die allgemeine Verwaltung werden auf Anweisung des Direktoriums der Universität durch den Verwaltungsrat an die Verwaltungsteile der einzelnen Fakultäten verteilt.

Aufgabenbereich

a) Beratung des Fakultätsdirektoriums in Fragen, die die gesamte Fakultät betreffen.

b) Schlichtungsinstanz für strittige Fragen zwischen und innerhalb der Sektionen.

c) Durchführung von Aufgaben, die Gesamtfakultät betreffend, die ihm vom Direktorium zugewiesen werden.

4. Die Fakultätsversammlung

setzt sich aus höchstens 40 Mitgliedern pro Sektion im Verhältnis 10 Prozent Professoren und je 20 Prozent Dozenten, Assistenten und Studenten zusammen. Die Mitglieder werden anteilmä-

lich sein. Bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen, an denen er mitgearbeitet hat, ist er zu nennen.

IV. Der Universitätsrat

Das Prinzip besteht in der scharfen Trennung der Haushaltsmittel für die wissenschaftliche Forschung und für die Durchführung der Lehre von der Haushaltsmitteln für die allgemeine Verwaltung.

1. Aufstellung

Die Haushaltsmittel für Forschung und Lehre werden von den Fakultäten und den zentralen wissenschaftlichen Anstalten bei dem Direktorium der Universität beantragt. Die Haushaltsmittel für die allgemeine Verwaltung werden durch den Verwaltungsrat der Universität aufgestellt und dem Universitätsdirektorium gemeldet. Das Direktorium der Universität erstellt den Gesamthaushalt der Universität aus den Anforderungen der Fakultäten und des Verwaltungsrates.

Nach Begutachtung des Haushalts durch das Kuratorium wird der Universitätshaushalt dem Kultusministerium bzw. dem Ministerium für Hochschulen weitergegeben.

2. Verteilung der Haushaltsmittel

Das Direktorium der Universität entscheidet über die Verteilung der bewilligten Mittel an die einzelnen Fakultäten, an die zentralen Universitätsinstitutionen und an die Sonderforschungseinrichtungen.

Die Haushaltsmittel für die wissenschaftliche Forschung und für die Durchführung des Unterrichts werden von den zuständigen Fakultätsgruppen an die Hochschullehrer und an die selbständigen Fakultätsorgane verteilt. Die Haushaltsmittel für die allgemeine Verwaltung werden auf Anweisung des Direktoriums der Universität durch den Verwaltungsrat an die Verwaltungsteile der einzelnen Fakultäten verteilt.

Aufgabenbereich

a) Bildung einer paritätisch aus Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten bestehenden Kommission für Grundsatfragen des Unterrichts, der Prüfungen und der Fortbildung sowie Aufstellung der Lehrpläne.

b) Bildung einer Kommission für Promotionen, Habilitationen, Berufungen und Ehrungen.

c) Bildung einer Kommission für Fragen der Forschung.

d) Anforderung von Sachmitteln, soweit sie die Arbeit der Sektion betreffen.

e) Zuweisung der wissenschaftlichen Planstellen und der wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen, die der Sektion zur Verfügung stehen.

f) Behandlung von Strukturproblemen der Sektion, Baupläne.

g) Bildung einer paritätisch besetzten Beschwerdekommission. Diese Kommission hat das Recht der direktorischen Berichterstattung an das Direktorium der Universität und die Kontrollkommission des Konzils.

h) Einsetzung von Kommissionen für spezielle Fragen und Aufgaben.

i) Wahl der Delegierten für den Fakultätsausschuß.

6. Das Zentrum

Die Sektionen gliedern sich in Zentren, bzw. Kliniken und selbständige Abtei-

lungen. Das Zentrum integriert Abteilungen bzw. Institute und den Kliniken verwandte Fachrichtungen.

Aufgabenbereich

a) Wahl des Fakultätsdirektoriums.

b) Entgegennahme des Jahresberichts und Entlastung des Direktoriums.

c) Diskussionsorgan für Grundsatfragen und Grundsatzenscheidungen.

d) Bildung einer paritätisch besetzten Beschwerdekommission. Die Kommission hat das Recht der direktorischen Berichterstattung an das Direktorium der Universität und die Kontrollkommission des Konzils.

Die Fakultät gliedert sich in Sektionen (Subfakultäten).

Ihr Aufgabenbereich entspricht demjenigen, den die jetzige Fakultät aufweist.

Zentren

Die Sektionen setzen sich aus Zentren, den erweiterten, ehemaligen Instituten, zusammen. Die Zentren sind die Verwaltungseinheiten für verschiedene Forschungsgruppen eines klassischen Faches. Diese Forschungsgruppen werden

Abteilungen genannt.

5. Die Sektionen (Subfakultäten)

Die Medizinische Fakultät gliedert sich in vier Sektionen. Der **Sektionsausschuß** besteht aus höchstens 40 Mitgliedern. Er setzt sich aus 35 Prozent Abteilungsdirektoren, 35 Prozent sonstigen Hochschullehrern, 20 Prozent Assistenten und 10 Prozent Studenten der Medizin zusammen. Jedes Zentrum (Klinik, Institut) muß mindestens durch einen Hochschullehrer vertreten sein. Die Mitglieder des Sektionsausschusses werden jeweils von allen Abteilungsdirektoren, von allen sonstigen Hochschullehrern und von allen Assistenten der Sektion sowie von der Studentenschaft gewählt. Der Sektionsausschuß wählt aus dem Kreise der Hochschullehrer einen Vorsitzenden und aus den drei anderen Gruppen je einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Aufgabenbereich

a) Bildung einer paritätisch aus Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten bestehenden Kommission für Grundsatfragen des Unterrichts, der Prüfungen und der Fortbildung sowie Aufstellung der Lehrpläne.

b) Bildung einer Kommission für Promotionen, Habilitationen, Berufungen und Ehrungen.

c) Bildung einer Kommission für Fragen der Forschung.

d) Anforderung von Sachmitteln, soweit sie die Arbeit der Sektion betreffen.

e) Zuweisung der wissenschaftlichen Planstellen und der wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen, die der Sektion zur Verfügung stehen.

f) Behandlung von Strukturproblemen der Sektion, Baupläne.

g) Bildung einer paritätisch besetzten Beschwerdekommission. Diese Kommission hat das Recht der direktorischen Berichterstattung an das Direktorium der Universität und die Kontrollkommission des Konzils.

h) Einsetzung von Kommissionen für spezielle Fragen und Aufgaben.

i) Wahl der Delegierten für den Fakultätsausschuß.

6. Das Zentrum

Die Sektionen gliedern sich in Zentren, bzw. Kliniken und selbständige Abtei-

lungen. Das Zentrum integriert Abteilungen bzw. Institute und den Kliniken verwandte Fachrichtungen.

a) Die Leiter der selbständigen Abteilungen bilden das **Direktorium des Zentrums** (Vorstand).

Der **geschäftsführende Direktor** wird aus dem Kreise der Hochschullehrer für ein Jahr vom Zentrumsausschuß gewählt. Wiederwahl ist möglich. Seine Aufgaben entsprechen den Verwaltungsaufgaben des seitherigen Klinik- bzw. Institutsdirektors, insbesondere auch die Aufstellung des Haushaltsplanes gemeinsam mit den Abteilungsleitern des Zentrums. Er erhält Aufwandsentschädigung.

Aufgaben des Direktoriums

Koordination der ärztlichen Versorgung, der Lehr- und Prüfungsverpflichtungen. Verwaltung und Vertretung des Zentrums nach außen. Erstattung des Jahresberichts.

Für die Zentren der theoretischen Medizin entfällt das Direktorium. Seine Aufgaben werden sinngemäß auf den geschäftsführenden Direktor und den Zentrumsausschuß verteilt.

b) Der Zentrumsausschuß

Der Zentrumsausschuß umfaßt alle Hochschullehrer sowie Vertreter der Assistenten (60 Prozent der Zahl der Hochschullehrer). Für Fragen des Unterrichts, der Prüfung und der Fortbildung werden ebenso viele Vertreter der Studenten wie der Assistenten hinzugezogen.

c) Die Abteilung

Die Abteilung wird von einem Hochschullehrer geführt, der von dem Sektionsausschuß vorgeschlagen und vom Universitätspräsidenten ernannt wird (Berufung). Dozenten führen die Abteilung kommissarisch. Der Abteilungsleiter ist unabhängig und selbst verantwortlich für Forschung und Lehre auf seinem Fachgebiet und für die ärztliche Versorgung. Er hat im Einvernehmen mit den Hochschullehrern, Assistenten und Doktoranden der Abteilung den Sach- und Personalrat zu beantragen und zu verteilern.

Gliederung der Medizinischen Fakultät

Sektion I (Vorklinik):

Anatomisches Institut
Institut für vegetative Physiologie
Institut für animalische Physiologie

Sektion II (Theoretische Klinik):

Senckenbergisches Pathologisches Institut
Neurologisches Institut
Institut für gerichtliche und soziale Medizin
Institut für Humangenetik und Erbbiologie
Pharmakologisches Institut
Abteilung für Experimentelle Medizin
Institut für therapeutische Biochemie
Hygiene-Institut
Klinische Arbeitsgruppe für Immunohämatologie und Transfusionskunde
Institut für Zoonosenforschung

Sektion III (Interne Klinik):

Zentrum für Innere Medizin
Universitäts-Kinderklinik und -Poliklinik
Universitäts-Klinik und -Poliklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten
Universitäts-Nervenklinik
Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie
Universitäts-Klinik und -Poliklinik für Neurochirurgie

Sektion IV (Operative Klinik):

Chirurgische Universitäts-Klinik und -Poliklinik

Orthopädische Universitäts-Klinik- und -Poliklinik
Universitäts-Frauenklinik und -Poliklinik
Universitätsklinik für Strahlentherapie und Nuklearmedizin
Universitäts-Klinik und -Poliklinik für Augenkrankheiten
Universitäts-Klinik und -Poliklinik für

Ohren-, Hals- u. Nasenkrankheiten
Zahnärztliches Institut der Fhrr. Carl von Rothschild'schen Stiftung
"Carolinum"
Nicht zugeteilt:
Senckenbergisches Institut für Geschichte der Medizin
Die der Fakultät angeschlossenen Institute.

Vorschlag für eine Gliederung in vier Sektionen
Sektion I:
Philosophisches Seminar
Soziologisches Seminar
Pädagogisches Seminar
Psychologisches Institut
Seminar für Katholische Religionsphilosophie
Seminar für Evangelische Theologie

Sektion II:
Historisches Seminar
Seminar für Alte Geschichte
Seminar für Vor- und Frühgeschichte
Seminar für Hilfswissenschaften der Altertumskunde
Seminar für osteuropäische Geschichte

Sektion III:
Seminar für Klassische Philologie
Romanisches Seminar
Englisches Seminar mit Amerika-Institut
Slavisches Seminar
Deutsches Seminar mit Institut für Deutsche Sprechkunde

Sektion IV:
Archäologisches Institut
Kunstgeschichtliches Institut
Musikwissenschaftliches Institut
Indogermanisches Seminar
Orientalistisches Seminar
Ostasiatisches Seminar
Seminar für Völkerkunde
Institut für deutsche Volkskunde

Außerhalb der Sektionen:
Institut für Leibesübungen

Vorschlag für eine Gliederung in drei Sektionen:

Seminar für Vor- und Frühgeschichte
Seminar für Hilfswissenschaften der Altertumskunde
Seminar für osteuropäische Geschichte werden der IV. Sektion zugeordnet.
Historisches Seminar
Seminar für alte Geschichte werden der III. Sektion zugeordnet.
Die II. Sektion entfällt.

Diese Aufteilung hätte den Vorteil, daß alle Schulfächer in einer Sektion zusammengeschlossen wären. In der III. Sektion befinden sich nun alle Fächer, für die es kein Staatsexamen und kein Diplom gibt. Sie kennen nicht die Probleme der sogenannten Massen-fächer.

Kommentar

zu I. Spitzenorgane der Universität

zu 1. u. 2. Dekanatur und Präsident

In der Einleitung wurde für die Hochschule weitgehende Autonomie gefordert, um eine ungehinderte Entfaltung der Wissenschaften und eine moderne rationale Wissenschaftsplanung im Bereich der Hochschule zu ermöglichen. Deshalb erhält die Hochschule auch die völlige Finanzautonomie, d. h. sie erhält ihre gesamten Haushaltsmittel pauschal, die sie dann entsprechend dem von ihr erstellten Haushaltsplan verteilt. Die Hochschule ist zwar eine Körperschaft des öffentlichen Rechts wie andere Körperschaften öffentlichen Rechts und kann hieraus kein Recht auf ihre Autonomie ableiten. Während aber die anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts delegierte Kontrollfunktionen und Regelungen innerhalb staatlich gesetzter Normen wahrnehmen, ergibt sich die Sonderstellung der Hochschule aus der einzigen ihrer Freiheit beschränkenden staatlichen Norm der Bindung von Forschung und Lehre an die verfassungsgemäße Ordnung durch das Grundgesetz. Innerhalb dieses Rahmens ist sie zur ständigen kritischen Analyse der Gesellschaft und ihrer staatlichen Organisation aufgerufen.

Anhang

1. **Habilitationsordnung.** Die Habilitation wird beim Dekan beantragt. Der Dekan bildet einen Habilitationsausschuß, dem die Professoren und Dozenten des betreffenden Faches sowie weitere, dem Fach nahestehende Hochschullehrer angehören, die in Übereinstimmung mit dem Fakultätsausschuß bestimmt werden. Die Mitglieder dieses Ausschusses beurteilen gutachtlich die wissenschaftliche Qualifikation des Bewerbers auf Grund der eingereichten veröffentlichten und nichtveröffentlichten Arbeiten. Die Anfertigung einer besonderen Habilitationsschrift soll nicht zwingend vorgeschrieben sein. Neben dem Kolloquium vor dem Habilitationsausschuß, erweitert durch den Fakultätsausschuß, soll bei der Beurteilung der Lehrfähigkeit die etwaige bisherige Lehrtätigkeit berücksichtigt werden.

Die Entscheidung über die Habilitation fällt der Erweiterte Habilitationsausschuß mit einfacher Mehrheit nach Anhören des Engeren Habilitationsausschusses, gegen die Mehrheit des Engeren Ausschusses nur mit Zweidrittelmehrheit. Wenn diese Mehrheit nicht zustande kommt, gilt die Entscheidung des Engeren Ausschusses. — Allen Hochschullehrern der Fakultät steht es frei, Einsicht in die Bewerbungsunterlagen zu nehmen, sich schriftlich dazu zu äußern und am Kolloquium teilzunehmen. Das Verfahren soll spätestens zehn Monate nach Beginn abgeschlossen sein.

2. Für die Ernennung zum Professor und für Berufungen von Dozenten oder Professoren könnte formal dasselbe Verfahren wie bei der Habilitation angewendet werden. Die Ausschüsse setzen sich wie bei den Habilitationen zusammen und stimmen in gleicher Weise ab. Bei der Ernennung zum Professor sind gemäß der Rahmensezung drei auswärtige Gutachten einzuholen.

3. **Promotion.** Antrag beim Dekan. Verfahren wie bisher, nur sind alle Hochschullehrer (evtl. auch wissenschaftliche Assistenten) des Faches berechtigt, in die Dissertation Einsicht zu nehmen und schriftliche Gutachten abzugeben. Alle Hochschullehrer sind im Haupt- und Nebenfach prüfungsberechtigt.

Zur Wahrnehmung dieser Funktionen, die von keiner anderen Körperschaft des öffentlichen Rechts in nur annähernd vergleichbarer Weise ausgeübt werden, dürfen die Zielsetzungen der Hochschule nicht fremdbestimmt, d. h. staatlich reglementiert werden. Somit stellt sich auch von dieser Seite her ihr Anspruch auf weitestgehende Selbstverwaltungs- und Finanzautonomie ab.

Die Beschlußfassung über die allgemeinen akademischen, die Verwaltungs- und Planungsfragen kann prinzipiell auf zwei Wegen erfolgen: Das (umfangreiche) Universitätskollegium, an dessen Spitze ein mit alleiniger Entscheidungsbefugnis ausgestatteter Präsident stehen kann.

Für die Alternative, das Konzil mit allen Entscheidungsbefugnissen zu betrauen, spricht die dadurch gegebene Möglichkeit, alle Gruppen der Hochschule an der Beschlußfassung zu beteiligen. Die Vorschläge der Gruppen müssen, um rascher Entscheidungen fällen zu können, o. a. jedoch fortlaufend schnell und umfassend über die Strömungen und Erfordernisse ihrer Wissenschaft orientiert sein und Kenntnisse im modernen Management besitzen. Der Erwerb dieser Kenntnisse erfordert heute noch eine andauernde intensive Beschäftigung mit diesen Problemen. Hierzu ist die Mehrzahl der Konzilsmitglieder entsprechend ihren anderen Aufgaben in Wissenschaft und Studium keine Möglichkeit gegeben. Die Entscheidungen des Konzils laufen in dieser Situation Gefahr, auf das Niveau einer reinen Aushandlung der Interessen der einzelnen Gruppen abzusinken, während die aus der Funktion sich ergebenden Sachzwänge in den Hintergrund treten. Andererseits sind die von der Gesellschaft für die Wissenschaft und Erziehung aufgewendeten großen Summen besonders auch zur Erzielung eines ökonomischen Effektes gedacht, um wirtschaftlich in der Welt bestehen zu können. Während heute in der Politik funktionsbezogenen Fragestellungen immer mehr der Vorrang gegeben wird, gebietet es die einfachste Verantwortlichkeit der Universität, die Effektivität ihres Wirkens als eines ihrer wesentlichen Kontrollkriterien anzusehen. Um diese Effektivität zu gewährleisten, wird in dem vorliegenden Reformvorschlag die Ebene der Entscheidungsbefugnis streng von derjenigen der Kontrolle getrennt.

Das zur Leitung der Universität vorgesehene Direktorium wird aus mehreren Gründen mit dieser großen Entscheidungsgewalt ausgestattet: Einmal muß das Direktorium das von ihm ererbte Gesamtvermögen der Wissenschafts- und Finanzplanung wirkungsvoll durchführen und die Verwaltung entsprechend den Erfordernissen der Hochschule leiten können. Deshalb sind die Direktoren während ihrer vierjährigen Amtszeit nicht abwählbar. Es können nur einzelne Beschlüsse des Direktoriums vom Konzil mit einer qualifizierten Mehrheit aufgehoben werden.

Zum anderen muß das Direktorium als Verhandlungspartner eine starke Position besitzen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wird von den Direktoren eine hohe Qualifikation gefordert. Um diese Stellung für Bewerber mit solcher Qualifikation attraktiv zu gestalten, wurde sie mit der großen Entscheidungsbefugnis ausgestattet. Außerdem erhalten die Direktoren für die Dauer ihrer Amtsführung eine Vergütung entsprechend B 8 oder, wenn das mehr ist, eine zusätzliche Vergütung von 25 Prozent zu ihren seitherigen Bezügen, um auch befähigte Bewerber aus der Wirtschaft zu gewinnen.

Wegen der Vielschichtigkeit der Aufgaben des Direktoriums werden die Direktoren gleichberechtigt, jährlich je einer neu oder wieder gewählt. Arbeit des Direktoriums gewährleistet, demgegenüber wird bei Ausscheiden des Präsidenten mit großer Wahrscheinlichkeit die gesamte Führungsspitze abgelöst, eine neue muß sich erst einarbeiten, während bei dem Direktoriumsmitglied zu ersetzen ist, und so die Möglichkeit besteht, durch Zuwahl mit der Zeit eine gut aufeinander eingespielte Führungsspitze zu gewinnen. Aus diesen Gründen wird dieser Form der Universitätsspitze der Vorrang gegeben gegenüber derjenigen eines allein entscheidungsberechtigten Präsidenten, der sich seine Mitarbeiter selbst wählt. Die letztere Form besitzt den Vorteil größerer Straffheit und wurde deshalb von einigen Mitgliedern unserer Versammlung bevorzugt. Es wird aber gerade auf das gute Zusammenwirken gleichberechtigter Direktoren Wert gelegt, die deshalb den Präsidenten selbst aus ihrer Mitte wählen. Darum wird auch darauf verzichtet, den Prä-

sidenten vom Konzil direkt wählen zu lassen.

zu I. 3. Konzil

Die Reformvorschlüsse der Nichtordinarien gehen davon aus, daß eine gerechte Reform gegenüber der heutigen Situation jeder Gruppe an der Hochschule und nicht nur einer Gruppe geringere Arbeitsbedingungen bringen soll. Dies bedingt u. a., daß jede Gruppe ihre Belange wirksam zur Geltung bringen kann: Neben der Kontrolle der Effektivität der Arbeit der Universität muß auch gewährleistet werden, daß diese Effektivität nicht einseitig, auf Kosten einer Gruppe, erzielt wird, sondern ein möglichst gerechter Ausgleich der Rechte, Pflichten und Erwartungen aller alle Hochschulangehörigen hergestellt wird.

Wird eine Gruppe gegenüber den Arbeits- und Lebensbedingungen der übrigen Gesellschaft benachteiligt, so wird sie die Hochschule verlassen oder aber, wenn ihr kein anderer Weg zur Erreichung ihres Berufsziels offen bleibt, revoltieren. Es ist Aufgabe des Direktoriums, einen gerechten Ausgleich der verschiedenen Gruppeninteressen herbeizuführen.

Das Konzil besteht durch Wahl die Direktoren und übt mit Hilfe der von ihm bestimmten Kontrollkommission die Kontrolle über deren Amtsführung aus. Damit soll es in die Lage versetzt werden, die Mittel der Hochschule wirksam zu beehren. Verweigert das Konzil dem Direktorium auf Grund eines Vorschlages der Kontrollkommission die Entlastung, so ist dies für das Direktorium kein zwingender Grund zum Rücktritt. Das Konzil kann nur durch die Aufhebung eines Beschlusses des Direktoriums auf dessen Amtsführung direkt einwirken. Außerdem ist dem Konzil durch die Kommission für Wissenschafts- und Hochschulplanung die Möglichkeit gegeben, Vorstellungen in Konkurrenz zu denjenigen des Direktoriums zu entwickeln und damit neben der Kontrollfunktion zur Behebung der geistigen Auseinandersetzung beizutragen. Die Kommission hat darüber hinaus die Aufgabe, Vorschläge für Satzungsänderungen auszuarbeiten und dadurch eine permanente Kontrollfunktion über die Satzungen und ihre Funktionstüchtigkeit zu gewährleisten. Damit das Direktorium, obwohl es nicht abwählbar ist, von dem Konzil nicht ohne weiteres durch eine Satzungsänderung entmachtet werden kann, erhält es bei Satzungsänderungen ein aufschiebendes Vetorecht, sowie das Recht, dem Konzil einen eigenen Vorschlag zu unterbreiten, dem letzteres mit 60 Prozent Stimmenmehrheit zustimmen kann.

Bei der schnellen Entwicklung der Wissenschaft und der gesellschaftlichen Strukturen sowie der modernen Wirtschaftsführung kann eine Satzung zu veralteter, fortwährender Entwicklung und nicht als statisches Element aufgefaßt werden. Allerdings sind bei diesen Anpassungen auch die Gesetzmäßigkeiten solcher dynamischer Prozesse zu beachten. Den durch Beschlüsse in Gang gesetzten Entwicklungen ist genügend Zeit zu lassen, damit sie voll wirksam werden können und nicht durch überstürzte Eingriffe im Keime erstirkt werden. Die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kontroll- und der Wissenschaftskommission ist durch eine Geschäftsordnung zu bestimmen. Die Kontrollkommission entspricht in ihrer Zusammensetzung der des Konzils.

Der Modus zur Festlegung des prozentualen Anteils der Vertreter der einzelnen Gruppen geht von der völlig veränderten Gestaltung der Laufbahn des Hochschullehrers aus, die später erläutert wird. Da in der Übergangsphase, bedingt durch die derzeitige Situation, die Zahl der Professoren relativ groß sein wird, sprach sich die Mehrzahl der Nichtordinarien für die im Plan angegebene Stimmverteilung von 40:20:20 aus, entgegen dem ursprünglichen Vorschlag (angeregt durch die Nichtordinarien der Medizinischen Fakultät), der eine paritätische Stimmverteilung von je 25% vorsah.

Andererseits sind die Vorstellungen über die prozentualen Anteile der einzelnen Gruppen für die Besetzung der Universitätsstellen heute mit einseitigen, sachlich völlig ungerechtfertigten Prestigeforderungen überbelastet. Um diese Prestigeforderungen auf politisch-irrationaler Weise durchzusetzen, werden sie schon für die heutige Struktur zu Vorbereitungen für jegliche Verhandlungen von allen Seiten erhoben. Dies gilt besonders für die Forderung nach der sogenannten Drittel-Parität, die die Interessen der derzeitigen an der Universität vorhandenen Gruppen vollständig ignoriert. Letztere Forderung kann deshalb nur auf Unwissenheit oder auf bewußt falscher Darstellung beruhen. In ähnlicher Weise trifft dies für jede Forderung zu, die durch eine ungerechtfertigt einseitig gewichtete prozentuale Verteilung einer Gruppe eine bestimmende Mehrheit gibt. Solange diese Standpunkte beibehalten werden, sind die Möglichkeiten zu sachlichen Gesprächen und rationaler Argumentation nicht vorhanden. Unter diesen Bedingungen ist es an vielen Hochschulen zu tiefgehenden Kontrollversuchen gekommen, bei denen das gemeinsame Anliegen aller Gruppen, die Universität, auf der Strecke zu bleiben droht.

Die Zahl der Mitglieder des Konzils wird mit etwa 200 relativ hoch angesetzt, um eine gute, repräsentative Verteilung der Hochschulangehörigen zu erhalten. Die von den verschiedenen Gruppen gewählten Vertreter üben ein freies Mandat aus, das dem parlamentarischen, auf Herstellung von Konsens zielenden Prinzip entspricht. Aus dem gleichen Grunde würde die Einführung eines Gruppenvertreters den hier verfolgten Prinzipien widersprechen. Die Konzilsvertreter werden für 2 Jahre gewählt: 50% jeder Gruppe im alternierenden Zyklus. Die Studentenvertreter werden für ein Jahr gewählt.

zu I. 4. Kuratorium
Das Kuratorium soll entsprechend unseren Vorstellungen aktiv an der Arbeit der Universität, besonders der des Direktoriums teilnehmen und ein wesentliches Bindeglied zwischen der Öffentlichkeit und der Universität darstellen, um diese bisher vernachlässigten Gruppen zu stärken. Hierbei müssen wesentliche Impulse von den Mitgliedern des Kuratoriums ausgehen, während andererseits durch Konzil und Direktorium eine wirkungsvolle Teilnahme des Kuratoriums an den Universitätsentscheidungen zu gewährleisten ist. Es sind deshalb solche Mitglieder des Kuratoriums zu wählen, von denen eine aktive Teilnahme am Universitätsleben zu erwarten ist.

zu I. 5. Verwaltungsrat
Der Verwaltungsrat ist ebenso wie die gesamte Verwaltung der Weisungsbefugnis des Direktoriums unterstellt. Der höchste Verwaltungsbeamte der Universität ist Mitglied des Direktoriums und damit wählbar. Dadurch soll eine eindeutige Einordnung der Verwaltung in die Autonomie der Universität erreicht werden.

zu III. Die akademische Laufbahn

Als Voraussetzung für die Neuordnung der akademischen Laufbahn sind die Finanzierung und Promotion neu zu ordnen. Das Studium sollte nach 4, maximal nach 6 Jahren abgeschlossen sein. In der Fachrichtung Medizin wird der Dokortitel (Dr. med.) mit dem Staatsexamen verliert, die Promotionsmonate beschränkt Studienarbeit ersetzt. Jedes Studium hat mit einem staatlich anerkannten Examen abzuschließen, das zur Ausübung eines akademischen Vorbildung entsprechenden Berufes berechtigt.

Für diejenigen Mediziner, die die wissenschaftliche Laufbahn einschlagen wollen, wird durch die Promotion der Titel Dr. med. erworben. Wir befürworten darüber hinaus eine Neuordnung des Medizinstudiums entsprechend den Vorschlägen des Wissenschaftsrats.

Das Diszertationsstipendium ist so zu wählen, bzw. im Verlauf der Arbeit so zu ändern, daß die Anfertigung der Arbeit in der Regel nicht länger als zwei Jahre in Anspruch nimmt. Der Abschluß muß spätestens nach drei Jahren erfolgt sein. Um die Doktorandenzeit voll für die Ausbildung nutzbar zu machen, wird sie ganz in die Studienzeiten einbezogen. Während dieser Zeit hört der Doktorand auf Vorschlag des die Doktorarbeit betreuenden Hochschullehrers ausgewählte Unterrichtsstunden an. Im Rahmen der Promotion von der finanziellen Situation des Doktoranden unabhängig zu machen, wird ein Promotionsstipendium gewährt, das heute für Ledige DM 600,- bis 800,- betragen sollte. Dem Doktoranden kann gewährt werden, eine höhere Bezahlung bis zu zwei Drittel der Anfangsverlohnung oder -kür zu erhalten, wofür er ein Entgelt von ca. DM 300,- pro Semester erhält.

zu III. 2. Die akademische Laufbahn

Um dem wissenschaftlichen Nachwuchs die Möglichkeit zum schnellen Eindringen in die Probleme der Wissenschaft und die dafür benötigten Arbeitsmöglichkeiten zu öffnen, wird die akademische Laufbahn neu gestaltet.

Der Stellenplan sieht nicht mehr wie bisher Planstellen für die einzelnen Dienststellungen, sondern generelle wissenschaftliche Stellen vor, deren jede je nach Qualifikation von einem Assistenten, Dozenten oder Professor besetzt sein kann. Hiermit wird ein kontinuierlicher Übergang von einem akademischen Grad zum anderen auf derselben Stelle ermöglicht, die seitherige Trennung von der Dienststellung entfällt. Die Verleihung des nächsthöheren Grades und damit die höhere Bezahlung erfolgt aus haushaltstechnischen Gründen jeweils zum Jahreswechsel.

(Eine Gruppe von Nichtordinarien hat gegen diesen Punkt haushaltspolitische Bedenken geäußert, die jedoch hinfällig sein dürften, wenn die Universität die Haushaltsautonomie besitzt).

zu III. 3. Der wissenschaftliche Assistent

Die vorgeschlagene Abstufung der Laufbahn erfolgte nach folgenden Gesichtspunkten:

Der wissenschaftliche Assistent hat während der Promotionszeit die wissenschaftliche Arbeitsmethode erlernt und sich in ein Gebiet eingearbeitet. Auf dieser Grundlage kann er seine weitere wissenschaft-

Modellvorschlag für die Philosophische Fakultät

Für die Philosophische Fakultät wird im folgenden ein abweichendes Modell angeboten. Sowohl der Reformvorschlag für die Medizinische Fakultät als auch der unter skizzierte gehen davon aus, die Fakultät in Sektionen zu gliedern. Beide Vorschläge verfolgen das Ziel, die notwendigen Sichten-scheidungen in die unteren Gremien zu verlagern, um sie dann von der Fakultät vollziehen zu lassen. Die Fakultät soll dadurch entlastet werden. Ein kleines Gremium, der Fakultätsausschuß, der in der Lage ist, rasch Entscheidungen zu fällen, soll die Professoren von Verwaltungssachen entlasten. Der Unterschied zwischen der Medizinischen und der Philosophischen Fakultät besteht erstens darin, daß es in der Philosophischen Fakultät kleine und kleinste Institute gibt und zweitens, daß die Fächer sich vielfach überlagern. Es ist auch zu berücksichtigen, daß bei Promotionen nahezu alle Fächer der Fakultät miteinander verbunden werden können. Aus diesen sachlichen Gründen müssen drei wichtige Aufgaben, die in der Medizinischen Fakultät den Sektionen übertragen werden, hier Aufgaben der Gesamtfakultät (des Fakultätsausschusses) bleiben. Es handelt sich um die Bedingungen, die Habilitationen und die Promotionen.

Den fünf Gremien der Medizinischen Fakultät:
Dekan
Fakultätsdirektorium
Fakultätsausschuß
Fakultätsversammlung
Sektionsausschuß
sollen nach dem Vorschlag der Philosophischen Fakultät drei Gremien entsprechen:

Dekanskollegium
Fakultätsausschuß
Sektionsversammlung

1. Das Dekanskollegium

Das Dekanskollegium setzt sich zusammen aus dem Dekan, Prodekan (Vorgänger des Dekans) und dem designierten Dekan.

Die Dekane werden vom Fakultätsausschuß aus den Reihen der als Sektionsvertreter entsandten Institutsdirektoren gewählt. Die Sektionen sollen im Turnus den Dekan stellen, so daß immer drei Sektionen im Dekanskollegium vertreten sind. Die Amtsdauer des Dekans beträgt ein Jahr. Der designierte Dekan wird ein Jahr vor seinem Amtsantritt als Dekan gewählt.

2. Der Fakultätsausschuß

Der Fakultätsausschuß setzt sich zusammen aus dem Dekanskollegium, aus den Sektionsvertretern und aus je einem Vertreter der Dozenten, Assistenten und Studenten aus jeder Sektion. Die Professoren werden von der Sektionsversammlung in den Fakultätsausschuß gewählt. Die Dozenten, Assistenten und Studenten werden von ihren entsprechenden Gremien gewählt (d. h. von den Fakultätsversammlungen der Dozenten, Assistenten und

Studenten). Die Wahl in den Fakultätsausschuß erfolgt für ein Jahr. Der Fakultätsausschuß hat die Aufgaben der bisherigen engeren Fakultät. Da Teilnahmepflicht an den Sitzungen bestehen soll, sind für alle Mitglieder Stellvertreter zu wählen.

3. Die Sektionsversammlung

Die Sektionsversammlung setzt sich zusammen aus allen Professoren und Dozenten der Sektion (50 Prozent) und einer proportionalen Beteiligung von je 25 Prozent der Assistenten und Studenten (Fachschaftsvertreter). (Alternative für eine kleinere Sektionsversammlung: Die Versammlung setzt sich zusammen aus den Institutsdirektoren und den Institutsleuten.)

Sie wählt aus dem Kreis der Institutsdirektoren die beiden Vertreter in den Fakultätsausschuß. Die Institute leiten ihre Anträge an die Fakultät über die Sektionsvertreter. Beide vertreten in der Fakultät die Belange aller Institute ihrer Sektion. Die Amtszeit des einen Sektionsvertreters soll ablaufen, wenn die Amtszeit des anderen zur Hälfte abgelaufen ist. Die Sektionsvertreter werden für ein Jahr gewählt.

4. Institut bzw. Seminar

Dem Institut entspricht in der Medizinischen Fakultät die Abteilung.

Organe: Institutsdirektor, Institutsleitung, Sektionsversammlung.

Der Institutsdirektor wird aus dem Kreis der Hochschullehrer, in der Regel aus dem Kreis der Professoren, von der Sektionsversammlung gewählt. Wiederwahl ist möglich. Er führt die Geschäfte des Instituts und wird dabei von der Institutsleitung beraten und unterstützt. Die Aufgabenverteilung regelt die Institutsatzung.

Die Institutsleitung setzt sich aus gewählten Vertretern (je 1 der Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten) zusammen. Sie berät den Institutsdirektor. Der Vertreter der Professoren ist stellvertretender Institutsdirektor.

Die Institutsversammlung setzt sich zusammen aus allen Professoren, den Dozenten und den Assistenten des Instituts (bis zur Hälfte der Anzahl der Hochschullehrer). Für Fragen des Unterrichts, der Prüfung und der Fortbildung werden ebenso viele Vertreter der Studenten wie der Assistenten hinzugezogen.

Die Institutsversammlung berät und entscheidet über die Institutsordnung, über allgemeine Richtlinien für die Verwendung der Institutsmittel und deren Beauftragung (Büchereinsparungen, Sonderausgaben usw.), Studienpläne, Personalfragen, soweit sie in die Zuständigkeit des Instituts fallen (Anstellung von Mitarbeitern und Assistenten). Sie wählt die übrigen Organe des Instituts.

liche Tätigkeit aufbauen und erwirbt gleichzeitig Erfahrung in der Lehre. Er befindet sich in der Abschlusphase seiner Ausbildung.

Die Vertreter der Assistenten überwachen die Berechtigung der dem Assistenten erteilten Weisungen.

Besonders ist auch an der Stellung des wissenschaftlichen Assistenten hervorzuheben, daß er nicht mehr von einer Einzelperson, sondern von einem Gremium, der Sektion oder Fakultät, eingestellt und entlassen wird.

zu III. 4. Der Dozent

Die Habilitation ist jetzt als Regelfall ohne spezielle Habilitationsarbeit möglich, d. h. sie verliert ihren derzeitigen Charakter als Prüfung und stellt nur eine Qualifikation für die nächste Stufe der Laufbahn dar. Die Möglichkeit, das Verfahren selbst zu beantragen, befreit den Habilitanden von persönlichen Abhängigkeiten. Der Erwerb der wissenschaftlichen Qualifikation ist für die Bewerber, die nicht aus dem Bereich der Hochschule kommen, zu denselben Bedingungen wie für Hochschulangehörige möglich.

Berufung und Bewerbung stehen für alle wissenschaftlichen Stellen gleichzeitig nebeneinander.

Die Umhabilitation ist in jedem Fall ohne Einschränkung möglich.

Der Dozent hat mit der Verleihung der venia legendi die Berechtigung zu eigenverantwortlicher Lehre und Forschung erworben. Hierfür hat er sich bislang nur im Bereich der eigenen Hochschule qualifiziert. Nun muß er sich, über den Rahmen seiner speziellen Forschung hinaus, den ganzen Bereich seines Faches erarbeiten. Deshalb darf er noch nicht, wie die älteren Dozenten und Professoren, in vollen Umfang mit Lehrverpflichtungen und akademischer Verwaltungsarbeit belastet werden.

Die Vertreter der Dozenten überwachen, daß den jüngeren Dozenten in Forschung und Lehre für eine Übergangszeit ausreichende Möglichkeit zu weiteren Qualifikationen gegeben und die Weisungsfreiheit bewahrt wird.

zu III. 5. Der Professor

Der Professor hat in seinem Fachgebiet über den Rahmen der Hochschule hinaus gewirkt. Er hat die höchste Qualifikationsstufe der wissenschaftlichen Laufbahn erreicht, somit kann auf eine weitere Unterteilung dieser Gruppe verzichtet werden.

(Eine starke Minderheit der Nichtordinarien sah eine Preisgabe der derzeitigen Unterteilung in Ordinarien und Nichtordinarien zumindest als verfrüht an.)

Damit bei der jetzt gegebenen schnellen Aufstiegsmöglichkeit nicht alle zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Stellen sehr rasch nur mit Hochschullehrern besetzt sind, müssen die Sektionen im Interesse einer gesunden Personalpolitik und um ihren Standard möglichst hoch zu halten, strenge Auswahlkriterien bei den Ernennungen anwenden.

Besoldung

Um bei der benötigten Anzahl von Hochschullehrern die Laufbahn attraktiver zu gestalten, wird die Besoldung von der wissenschaftlichen Qualifikation und nicht von der Dienststellung abhängig gemacht. Aus diesem Grund sind Besoldungsverbesserungen bei der Habilitation und bei der Ernennung zum Professor vorgesehen, damit auch auf internationaler Ebene die Konkurrenzfähigkeit erreicht wird. Mit der Hochschulreform fällt die Position des „deutschen Ordinarius“ als wesent-

licher Anreiz zur Rückgewinnung deutscher Wissenschaftler aus dem Ausland weg. Die Besoldungsverbesserung muß auch hierfür einen Ausgleich schaffen.

Der wissenschaftliche Assistent soll im Angestelltenverhältnis nach B.A.T. II eingestellt werden. Zugleich sollte ihm auch die Möglichkeit zu begrenzter Nebentätigkeit eingeräumt werden.

Der Dozent wird entsprechend der jetzigen H 3-Stufe besoldet, der Professor nach B 3. Kollegeldpauschalen und Sondergehälter bleiben erhalten.

Zur Ablösung des alten und umständlichen Besoldungssystems wird eine Einbeziehung der Kollegeldpauschalen sowie der Sondergehälter in die Grundgehälter empfohlen. Die Stufe H 3 wird damit um DM 100,- angehoben. Die Besoldungsstufen der Professoren reichen dann von B 4 bis B 10.

Zur Stärkung der Unabhängigkeit aller, besonders der experimentell arbeitenden Wissenschaftler erhält jeder wissenschaftliche Assistent und Hochschullehrer einen persönlichen Mindestetat für die Forschung. Dieser Etat wird je nach Fachgebiet und wissenschaftlicher Aktivität des Forschers aufgestockt. Wollen mehrere Wissenschaftler ein größeres Forschungsobjekt bearbeiten, wird die Zusammenarbeit durch Zusammenlegen der Etats gefördert. Über den persönlichen Etat kann bei mehreren gleichwertigen Wissenschaftlern innerhalb einer Abteilung ein Ausgleich der unterschiedlichen Stellung von Abteilungsleitern und den übrigen Hochschullehrern erzielt werden.

Übergangsregelungen sind durch die Universitätsstatuten festzulegen. Hierbei dürfen schon bestehende Rechte nicht geschmälert werden.

Prüfungen

Soweit möglich, sollen die Prüfungen schriftlich durchgeführt werden und die Prüfungsarbeiten einheitlich für die ganze Bundesrepublik gestellt werden. Nachprüfungen haben, wenn es durchführbar ist, mündlich zu erfolgen. Hierdurch wird eine bessere Vergleichbarkeit der Prüfung erzielt und eine Anhebung des Leistungsstandes angestrebt.

Kommentar zur Gliederung der Medizinischen Fakultät

Die Fakultäten sind heute in den meisten Fällen zu groß, um Vertreter aller Gruppen wirkungsvoll an den Entscheidungen zu beteiligen. Das gilt besonders auch für die Medizinische Fakultät. Deshalb wird für sie eine Aufteilung in Sektionen vorgeschlagen, die in ihrer Funktion an die Stelle der jetzigen Fakultät treten. Es ist jedoch aus einer Reihe von Gründen erforderlich, die Fakultätssebene beizubehalten:

Sie bildet den unbedingt notwendigen Rahmen für die Zusammenarbeit der verschiedenen theoretischen und klinischen Disziplinen. Nur auf diese Weise kann die Berufsausbildung zum Arzt und die Kommunikation mit den ärztlichen Standesorganisationen und den Gesundheitsbehörden gewährleistet werden.

Die Fakultät muß für die wesentliche Verbindung zwischen den Sektionen und dem Direktorium Sorge tragen, indem sie die Belange ihrer Sektionen bei dem Direktorium der Universität wirkungsvoll vertritt.

Andererseits hat sie innerhalb ihres Rahmens für einen Ausgleich der Interessen der einzelnen Sektionen zu sorgen und hierbei das Interessenpaß zu verhindern, das die Entwicklungsmög-

lichkeit junger oder gerade besonders forschungsintensiver Disziplinen unmöglich macht.

zu 1. Fakultätsdirektorium

An die Fakultätsspitze wird deshalb ein Direktorium ähnlich demjenigen der Universität gestellt, um alle diese Funktionen wirkungsvoll erfüllen zu können. Der höchste Verwaltungsbeamte der Fakultät ist ebenfalls wählbar, damit die Verwaltung auch auf der Fakultätssebene und in den nachgeordneten Verwaltungsbereichen effektiver gestaltet wird.

Weitere wesentliche Aufgaben des Direktoriums liegen in der Erfassung des Bedarfs an Mitteln für Lehre und Forschung sowie deren Verteilung. Die Zugehörigkeit je eines Mitgliedes der verschiedenen Sektionen (Subfakultäten) zum Fakultätsdirektorium schafft die Voraussetzung für eine intensive interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb der Fakultät und soll die Einrichtung zentraler Institutionen, die allen Sektionen zur Verfügung stehen, sowie die zeitweilige Einrichtung interdisziplinärer Forschungsgruppen ermöglichen.

zu 3. Fakultätsausschuß

Der von den Vertretern der Sektionen gebildete Fakultätsausschuß berät das Fakultätsdirektorium in schwierigen Fragen. Er nimmt die wichtige Funktion der Schlichtungsinstanz bei strittigen Fragen zwischen und innerhalb der Sektionen wahr. Hierzu gehören u. a. Berufungs-, Habilitations- und Promotionsfragen.

zu 4. Fakultätsversammlung

Die Fakultätsversammlung wählt das Fakultätsdirektorium, wobei die Vertretung jeder Sektion durch einen entsprechenden Wahlvorschlager gewährleistet sein muß. Durch die Entgegennahme des Jahresberichts und durch die Entlastung des Direktoriums wird die Fakultätsversammlung zum demokratischen Kontrollorgan des Spitzenorgans der Fakultät.

Die Bildung einer Beschwerdekommision soll die Möglichkeit geben, in besonders gelagerten Fällen dem Universitätsdirektorium und der Kontrollkommission des Konzils direkt zu berichten.

zu 5. Sektionen

Die Sektion umfaßt die früheren Kliniken und Institute, d. h. die jetzigen Zentren, fachlich benachbarter Disziplinen. Hierdurch ist die Gewähr für qualifizierte Sachentscheidungen gegeben. Dies ist besonders wesentlich, weil die Sektionen die oberste Ebene darstellen, auf der Forschung und Lehre dominieren. In ihrem Bereich wird die akademische Tätigkeit überwiegend wirksam. Aus diesem Grunde sollen die für die wissenschaftliche Forschung wichtigen Grundsatzentscheidungen auf Sektionsebene gefaßt oder zumindest abgeklärt werden.

Durch die Zuweisung wissenschaftlicher Plan- und wissenschaftlicher Mitarbeiterstellen und durch die permanente oder vorübergehende Pflege von Spezialgebieten aus eigenen Mitteln kann die Sektion entscheidenden Einfluß auf die Weiterentwicklung spezieller Zweige der medizinischen Forschung nehmen. Um diesen Aufgaben nachkommen zu können, sind verschiedene Kommissionen zu bilden, deren Zusammensetzung von den speziellen Erfordernissen abhängig ist. Die Kommission für Grundsatzfragen des Unterrichts, der Prüfungen und Fortbildung ist paritätisch aus Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten

zu besetzen. Die Kommission für Promotionen, Habilitationen und Ehrungen sollte dagegen nur aus Hochschullehrern bestehen. Das Ergebnis der Kommissionsarbeit ist dem Sektionsausschuß zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen.

zu 6a u. b. Zentrum

Die zunehmende Aufgliederung der bisherigen umfassenden Fachgebiete der Medizin in wissenschaftliche Spezialziele macht die Einrichtung zahlreicher spezieller Abteilungen notwendig. Aus Gründen einer intensiven wissenschaftlichen Zusammenarbeit, der Koordination der ärztlichen Versorgung und der Fachausbildung sowie der Verwaltungsvereinfachung ist ein Zusammenschluß zu übergeordneten Verwaltungseinheiten – den Zentren – notwendig. Dem Direktorium des Zentrums kommen im wesentlichen Verwaltungsaufgaben zu, die auch die Schaffung der notwendigen klinischen Einrichtungen zur Versorgung der Patienten, den Einsatz des Pflege- und medizinisch-technischen Personals umfassen. In der Regel sind das Direktorium oder der geschäftsführende Direktor nicht für Fragen der Forschung und des wissenschaftlichen Personals zuständig. Um in großen klinischen Zentren die Übersichtlichkeit auch in diesen Bereichen zu erhalten, können von den Sektionen gewisse Entscheidungsbefugnisse für Forschung und wissenschaftliches Personal an das Zentrum delegiert werden.

zu 6c. Abteilung

Die Abteilung ist die kleinste selbständige Einheit der Medizinischen Fakultät. Die Anzahl der Abteilungen im Rahmen eines Zentrums richtet sich nach der Zahl der verschiedenen wissenschaftlichen Spezialziele. Die wissenschaftliche Entwicklung kann eine Vermehrung, aber auch eine Reduzierung dieser Zahl bedingen. Eine Entscheidung hierüber wird auf Sektionsebene gefällt und vom Direktorium der Universität bestätigt. Wird eine Abteilung aufgelöst, so erlischt auch das Anspruchs des Professors auf seine Stellung als Abteilungsleiter. Die wissenschaftliche Entwicklung kann es außerdem erfordern, die Zentrums- bzw. Sektionszugehörigkeit einer Abteilung neu zu bestimmen. Hierüber kann der Abteilungsleiter mit dem Fakultäts- bzw. Universitätsdirektorium beraten.

Die Größe der Abteilungen sollte sich nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates richten. Die Abteilung verfügt über einen eigenen wissenschaftlichen Personal- und Sachetat. Darüber hinaus können ihr zusätzliche Personal- und Sachmittel von der Sektion und der Fakultät auf Zeit zur Verfügung gestellt werden.

Bei klinischen Abteilungen ist die Zahl der Privatbetten auf 10 Prozent der Gesamtbettenzahl der Abteilung zu begrenzen.

Über die Verteilung der Nebeneinnahmen treffen die Abteilungsleiter mit den Hochschullehrern und Oberärzten der Zentren entsprechende Vereinbarungen. Soweit Dienstleistungen von Einrichtungen des Zentrums geleistet werden, bestimmt die Zentrumsordnung die Verteilung dieser zusätzlichen Einnahmen. Grundsatz soll sein, daß demjenigen, der die ärztliche Leistung vollbringt und die Verantwortung dafür trägt, die entsprechende Einnahme zufließt.

Frankfurt am Main, den 4. 7. 1988
Vor dem Rat der Nichtordinarien
gez. Vossius

Druck: Druck- und Verlagshaus
Frankfurt a. M. GmbH, Frankfurt

WESTDEUTSCHE REKTORENKONFERENZ

532 Bad Godesberg · Ahrstraße 39 · Telefon 769 11

P r o t o k o l l

der 55. Sitzung des Länderausschusses
am 28. 10. 1968 in Bad Godesberg

Beginn: 15 Uhr

Ende: 20 Uhr

Anwesend:

Der Präsident, Professor	Dr.-Ing. Rumpf/Karlsruhe
LRK Baden-Württemberg	: Prorektor Baitsch/Freiburg
LRK Bayern	: Magnifizenz Habscheid/Würzburg
LRK Berlin	: Magnifizenz Harndt/FU Berlin
LRK Hamburg	: Magnifizenz Ehrlicher/Hamburg
LRK Hessen	: Magnifizenz Brader/Darmstadt
LRK Niedersachsen	: Professor Kaluza/TU Hannover
LRK Nordrhein-Westfalen	: -
LRK Rheinland-Pfalz	: Magnifizenz Mezger/Mainz
LRK Saarland	: -
LRK Schleswig-Holstein	: -

Der Generalsekretär, Dr. Fischer
Dr. Kalischer (zeitweise)

Die Einla ung von Professor Dr. Felgentraeger ist irrtümlich
unterblieben.

1. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in folgender Form festgestellt:

I. Westdeutsche Hochschulfragen

2. Nominationen für die Wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrates
3. Numerus clausus und Zulassungsstellen
4. Finanzierung von Gastprofessuren (Übergangshilfe für tschechoslowakische Hochschullehrer)
5. Institutionalisierung der Landesrektorenkonferenzen
6. Überlegungen zur besseren Handhabung des Verfahrens zur Nomination von Mitgliedern der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates

VI. Hochschulrecht

7. Vereinheitlichungstendenzen in der Hochschulgesetzgebung

X. Interna

9. Reisekosten der Rektoren

Vorgänge: 52. Länderausschuß vom 17.11.67 Ziff. I/3
Vgl. auch Ziff. I/6 dieses Protokolls

2.

Nominationen für die Wissenschaftliche Kommission
des Wissenschaftsrates

Der Präsident verweist auf Rundschreiben Nr. 492 vom 24.6.1968 und die Tischvorlagen; er stellt fest, daß die Nominationen einiger Landesrektorenkonferenzen so spät eingetroffen sind, daß ein Versand der Listen nicht mehr möglich war; er teilt mit, daß auch der Sitz von Professor Dr. Beck/U München neu zu besetzen ist.

Der Ausschuß

1. stellt fest, daß alle Benannten ihre Zustimmung zur Nomination gegeben haben;
2. ermächtigt den Präsidenten zur Verhandlung mit den Präsidenten der DFG und MPG über folgende Nominationen der WRK (hier: alphabetische Reihenfolge):

Prof. GERHARDT/Hamburg (Slavistik)
Prof. GROSS/Köln (Innere Medizin)
Prof. GROSSE-BROCKHOFF/Düsseldorf (Innere Medizin)
Prof. HENCKEL/Göttingen (Zivilrecht, Handels-u. Prozeßrecht)
Prof. HETTLAGE/Mainz (Öffentliches Recht)
Prof. KOTTER/München (Nahrungsmittelkunde)
Prof. LEUSSINK/Karlsruhe (Grundbau)
Prof. LORENZ/Berlin (Grundbau)
Prof. MARTINI/Hannover-Clausthal (BA f. Bodenkunde)
Prof. PESTEL/Hannover (Mechanik)
Prof. SCHNACKENBURG/Würzburg (Kath. Theologie)
Prof. SUERBAUM/Bochum (Engl. Philologie)

3. beschließt einstimmig, in die nächste Aufforderung zur Nomination die Feststellung aufzunehmen: "Der Kreis der nominierbaren Personen ist nicht auf Inhaber von Lehrstühlen beschränkt."

Vorgänge: 60. WRK (27.3.68) Prot. I/1 Ziff. IV/7; Pressemitteilungen des KM von Baden-Württemberg vom 24.7.68, 5.8.68 und 26.9.68

3.

Numerus clausus und Zulassungsstellen

Der Ausschuß berät über die Folgen der Einrichtung von Koordinations- oder Zulassungsstellen in einzelnen Ländern mit mehreren Universitäten zum Zwecke der Verteilung von Studienbewerbern für Fächer, die einem Numerus clausus unterliegen. Dabei wird erörtert:

- Die Abwanderung der Immatrikulations- und Zulassungskompetenz von den Universitäten auf die Kultusbehörden kann schädliche Folgen haben (z.B. Dispositionsrechte über Immatrikulationsnormen und Zulassungskriterien, Bevorzugung von Landeskindern, Benachteiligung von Ausländern, Politisierung usw.).
- Länder mit nur einer Universität können die Umverteilung nicht vollziehen; sie ziehen die anderweitig Abgewiesenen auf sich und werden aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, zur Aufnahme weniger Qualifizierter oder zur Einführung des numerus clausus oder zur Bevorzugung von Landeskindern gezwungen.
- Das Problem der Mehrfachbewerbungen ist auf Landesebene nicht zu lösen, wenn Bewerbungen an Universitäten in anderen Ländern gerichtet wurden.

Der Ausschuß beschließt deshalb:

Der Präsident wird beauftragt, beim Präsidenten der Ständigen Konferenz der Kultusminister zu erwirken, daß

- für alle Fächer, die in mehr als einem Lande Zulassungsbeschränkungen unterliegen und/oder, wenn in einem Lande die Studienplätze nicht ausreichen, die zentrale Registrierung der Bewerbungen vorgesehen werden soll;
- die Zentrale Registrierstelle für Medizin, Zahnmedizin und Tiermedizin zur Erfüllung dieser Aufgabe instand gesetzt werden möge.

Vorgänge: Beschluß der KMK vom 29.9.1961 (SH 93/1962); Rundschreiben Nr. 497 (IV/283) vom 21.8.68

4.

Finanzierung von Gastprofessuren
(Übergangshilfe für tschechoslowakische Hochschullehrer)

Außer Protokoll wird über die Lage der tschechoslowakischen Studenten und Hochschullehrer berichtet, die sich z.Zt. in der Bundesrepublik aufhalten. Die Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenzen werden

- prüfen, ob der Beschluß der KMK vom 29.9.1961 (SH 93/1962) geltendes Landesrecht geworden ist;
- sich ggf. bemühen, den Beschluß der KMK für die Haushaltsgesetze ab 1970 durchzusetzen.

Anmerkung des Sekretariats:

Andere Hilfsmöglichkeiten wurden durch Rundschr. Nr. 506 vom 6.1.68 den Rektoren und den Mitgliedern des Präsidiums und des Länderausschusses bekanntgemacht.

5.

Institutionalisierung der Landesrektorenkonferenzen

Der Ausschuß stellt aufgrund der Rundfrage bei den Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenzen vom 29.7.1968 fest,

daß zur Zeit in keinem Lande eine gesetzliche oder privatrechtliche Institutionalisierung der Landesrektorenkonferenz geplant ist.

Vorgänge: SH 187/1962; 57. WRK (Frankfurt 16.2.67) Prot. X/36; Verfahrenskritik bei W. Schöne, Kampf um die deutsche Universität, 1966, S. 110 f; Verweigerung von Nominationen durch die Philosophischen Fakultäten von Heidelberg und Berlin (FU)1968

6.

Überlegungen zur besseren Handhabung des Verfahrens
zur Nomination von Mitgliedern der Wissenschaftlichen
Kommission des Wissenschaftsrates

Der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz von Baden-Württemberg teilt mit, daß das Nominationsverfahren für überprüfungsbedürftig gehalten wird und neu überlegt werden solle.

Der Generalsekretär stellt die bisher über diese Frage geführten Debatten dar:

1. Das z.Zt. gültige Verfahren ist von der 48. WRK (Würzburg, 6.7.1962) Prot. Ziff. 3c beschlossen worden. Es sieht vor

- die Grundausswahl der Kandidaten durch die Mitglieds-hochschulen;
- den Einfluß landespolitischer Auswahlkriterien durch die Listenbildung in der jeweiligen Landesrektoren-konferenz;
- die Anwendung hochschulpolitischer Gesichtspunkte (Ausgleich der Ländervertretungen und der Fächerverteilung, Verhältnis von Universitäten und Technischen Universitäten etc.) bei der Niederlegung der definitiven Liste der WRK;
- die Verhandlung des Präsidenten der WRK mit den Präsidenten der DFG und MPG über die Nominationen aller drei Organisa-tionen und Beschluß über die dem Bundespräsidenten einzu-reichende Liste.

2. Die kritisierten Mängel des Verfahrens:

- Unverhältnismäßigkeit von Aufwand und definitiver Vertretung: Theoretisch ist es möglich, daß jede der 36 Universitäten für jeden freiwerdenden Platz - in der Regel 5-7 jährlich - eine unbeschränkte Anzahl von Kandidaten nennt. Die erste

Beschränkung findet in den Landesrektorenkonferenzen statt, die das Recht haben, 2 (wenn nur eine Universität im Lande) oder 4 (wenn mehr als 1 Universität im Lande) Kandidaten für sämtliche Plätze auszuwählen. Nominiert jede Universität (36) für jeden von 5 freien Plätzen nur 1 Kandidaten, so müssen die Landesrektorenkonferenzen aus 180 Kandidaten 32 auswählen. Aus diesen 32 Kandidaten wählt der Länderausschuß für 5 Plätze 10 Personen aus, von denen dann im Gespräch der drei Präsidenten nur 3-4 tatsächlich durchgesetzt werden können. Der Bundespräsident erhält in der Regel doppelt so viele Namen wie zu besetzende Sitze vorhanden sind.

- Undurchsichtigkeit der Entscheidungsgründe. Das Dokument SH 187/1962 ist die einzige bekannte Richtlinie; sie bindet den Länderausschuß an bestimmte Auswahlkriterien. Nicht definiert sind die Kriterien für die Auswahl in den Fakultäten, im Senat, in der Landesrektorenkonferenz, im Präsidentengespräch, bei der Auswahl durch den Bundespräsidenten. Unbekannt sind die Auswahlkriterien bei DFG und MPG.

3. Änderungsvorschläge:

Bisher sind keine einleuchtenden Alternativen für eine andere Verfahrensordnung bekannt geworden. Der Vorschlag einer Philosophischen Fakultät, eine geheime schriftliche Nomination mit nachfolgender Briefwahl sämtlicher Hochschullehrer einzuführen, dürfte zu kostspielig sein, auch ist nicht sicher, ob auf diese Weise wirklich die geeigneten Kandidaten ermittelt werden.

Der Ausschuß

1. beschließt, das Nominationsverfahren in absehbarer Zeit neu zu diskutieren;
2. wünscht noch frühzeitigere Einleitung des Verfahrens (April);
3. wünscht rechtzeitigen Versand der Listen vor Beratung im Länderausschuß, damit Überlegungen in den einzelnen Landesrektorenkonferenzen ermöglicht werden.

Anmerkung des Sekretariats:

Unter dem 4.11.1968 beantragt die LRK von Baden-Württemberg eine Plenardebatte in absehbarer Zeit.

VI. Hochschulrecht

7.

Vereinheitlichungstendenzen in der
Hochschulgesetzgebung

Der Brief des Rektors der Universität Bochum vom 19.9.1968 wurde nur kurz diskutiert; seine grundsätzliche Berechtigung wurde anerkannt, der Katalog der gesetzlich zu vereinheitlichenden Gegenstände als unvollständig bezeichnet.

Der Ausschuß

1. beschließt, in den Beratungen über Universitätsorganisation auf die Offenhaltung von Alternativlösungen zu dringen;
2. sieht von einer Komplettierung des Katalogs der bundeseinheitlich zu regelenden Fragen ab.

Anmerkung des Sekretariats:

/ Der Brief des Rektors von Bochum vom 19.9.68 liegt als Anlage 1 diesem Protokoll bei.

Landes-Universität Bochum
28. 10. 68
RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM
DER REKTOR

463 BOCHUM-QUERENBURG, DEN 19. Sept. 1968
Busdreystraße
Fernruf (023 81) 399 926-7
Postfach 8148

Ga.

An den
Präsidenten der
Westdeutschen Rektoren-
konferenz
Herrn Professor Dr. Rumpf

532 Bad Godesberg
Ahrstraße 39

Vorlage Frei. 25/9.

Vpt. M. J. Krüger

TO 4

LA

Sehr verehrter Herr Präsident, lieber Herr Rumpf!

Zu meinem großen Bedauern werde ich nicht in der Lage sein, am kommenden Montag an der Sitzung der WRK teilzunehmen. Ich muß in einer sowohl für meinen akademischen Lehrer Kronstein als auch für mich bedeutsamen Institutsfrage nach Washington reisen und Sie deshalb bitten, mein Fernbleiben zu entschuldigen.

Die zum Studium der Universitätsorganisation eingesetzte Kommission hat einmal in Berlin getagt. Ich konnte an der Sitzung nicht teilnehmen, habe jedoch mit Herrn Weichselberger über das Ergebnis telefonisch gesprochen. Wenn ich es richtig verstehe, folgt der Vorschlag der Kommission in großen Teilen der Konzeption unseres Berichtes an den Kultusminister von Nordrhein-Westfalen. Abweichungen bestehen vor allem in der Frage des Kuratoriums. Die Herren der LRK Nordrhein-Westfalen, die an der Sitzung am Montag teilnehmen, werden auch zu diesem Punkt Stellung nehmen.

Im übrigen möchte ich mir noch folgende Anregung für die Plenarsitzung am 23. 9. erlauben: Zur Zeit finden Bemühungen der Ministerpräsidenten statt, zu einer Vereinheitlichung der Hochschulreform in der Bundesrepublik zu gelangen. In NRW hat die CDU-Fraktion einen Gesetzentwurf vorgelegt, der als Grundlage für die Vereinheitlichungsbemühungen dienen soll. Die gleichen Bestrebungen bestehen in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Für die WRK scheint mir

ein günstiger Zeitpunkt gekommen, sich zu der Frage zu äußern, welche Probleme innerhalb der BRD einheitlich geregelt werden müssen und in welchen Bereichen es unschädlich ist, in den einzelnen Ländern unterschiedliche Regelungen vorzusehen, und damit die Möglichkeit von Experimenten und Vergleichen zu eröffnen. Da der Wunsch nach Vereinheitlichung allein mit der Notwendigkeit der Erhaltung der Freizügigkeit begründet werden kann, müssen diejenigen Fragen einheitlich geregelt werden, deren unterschiedliche Regelungen die Freizügigkeit beeinträchtigen würden. Dazu gehören:

1. Die Frage der Hochschulreife:
differenzierte Hochschulreife, Fachhochschulreife nach dem 12. Schuljahr + 13. Schuljahr als Universitäts-Propädeutikum oder differenzierte Eingangsvoraussetzungen im Rahmen des Gesamthochschulbereichs.
2. Aufgliederung des Gesamthochschulbereichs:
Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen oder organisierte Vereinheitlichung der verschiedenen Hochschularten und -Funktionen.
Daraus resultierend
3. die Einrichtung von Kurzstudien innerhalb der Universität oder die Verselbständigung des Kurzstudiums im Rahmen von Fachhochschulen etc. mit eigenem Abschluß aber Durchlässigkeit zur Universität.
4. Anerkennung von Zwischenprüfungen, Abschlüssen bei Fachhochschulen, Ingenieurschulen etc. als Zugangsvoraussetzung zum Universitätsstudium.
5. Gestaltung der Lehrerausbildung: Realschullehrer an den Pädagogischen Hochschulen oder Universitäten, einheitliche Lehrerausbildung für die Unter- und Mittelstufe etc.

Nicht vereinheitlichungsbedürftig sind dagegen die gesamten Fragen der internen Hochschulorganisation, wenn man einmal von der Einführung des Fachbereichsprinzips absieht, von dem aber ohnehin jeder ausgeht.

Vor allem sollte die WRK ihre Stimme dagegen erheben, daß durch überstürzte Vereinheitlichung der Hochschulorganisations-Gesetzgebung die Hochschulen in ein einheitliches aber unerprobtes Korsett gezwängt werden, dessen Änderung an dem Wunsch scheitern würde, die Einheitlichkeit nicht zu gefährden. Es ist nicht einzusehen, warum sich die Hochschulreform nicht an der Konkurrenz der verschiedenen denkbaren Organisationsformen weiterentwickeln soll. Eine solche Entwicklung wird es uns gestatten, im Bereich der Hochschulfinanzierung und der Reorganisation der Verwaltung neue und leistungsfähige Formen zu schaffen.

Ich wäre Ihnen, sehr verehrter Herr Präsident, zu Dank verpflichtet, wenn Sie diese Anregungen aufnehmen könnten.

Mit den besten Grüßen
stets Ihr

Kurt H. Biedenkopf

(Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
Hochschule										Zwischenbescheid																																																																																									
Hochsprache mit _____																																																																																																			
Vorlage Vors./Präs. durch _____																																																																																																			

9.

Reisekosten der Rektoren

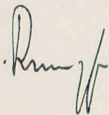
Auf Anfrage der FU Berlin wurde ermittelt, daß

- das Übernachtungsgeld in der Regel 20.- DM (Nordrhein-Westfalen 21.- DM),
- das Tagegeld bei Reisen über 12 Stunden Dauer in der Regel 22.- DM (NRW 23.- DM)

betragen.

Der Ausschuß

nimmt den Bericht entgegen.

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Rumf' or similar, with a stylized flourish at the end.

WESTDEUTSCHE REKTORENKONFERENZ

532 Bad Godesberg · Ahrstraße 39 · Telefon 76911

PROTOKOLL

der 66. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz

29. Oktober 1968

Bad Godesberg

Die Tagesordnung wird um die Ziffern 5 und 6 erweitert und in folgender Form festgestellt:

I. Westdeutsche Hochschulfragen

1. Finanzreform und Hochschulbau
2. Institutsstruktur (vertagt)
3. Universitätsorganisation (2. Lesung)
4. Ausbildungsförderung
5. Eröffnung der Universität Dortmund

X. Interna

6. Termin der "Jahresversammlung" der WRK SS 1969 in Hannover

Vorgänge: 53. WRK (I/4-4g v. 5.2.1965); 54. Länderausschuß (VI/7 v. 28.3.1968); 61. WRK (I/2 v. 26.4.1968); 62. WRK (I/3 v. 22.5.1968); 63. WRK (I/3 v. 5.7.1968); 64. WRK (VI/5 v. 23.9.1968); 65. WRK (I/1 v. 15.10.1968).

3.

Universitätsorganisation

hier: 2. Lesung

1. Die 2. Lesung erfolgt aufgrund der Vorlage der Arbeitsgruppe nach Beratungen am 20.10.1968 (3. Entwurf) und wird eingeleitet mit einem Bericht von Professor Weichselberger als Vorsitzender der Arbeitsgruppe.

In einer ausführlichen Diskussion werden - aufgrund von den Kompetenzen des Senats - nochmals die Prinzipien der Universitäts-Selbstverwaltung als Einheitsverwaltung und die Fragen nach alternativen Regelungen der Universitätsspitze erörtert. Hierzu nehmen u.a. auch Professor Leussink als Vorsitzender und Min.-Direktor Hasemann als Generalsekretär des Wissenschaftsrates mehrmals das Wort und machen die Grundzüge der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Universitätsorganisation, unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß es sich um Zwischenergebnisse der Beratungen handele, bekannt.

In der Diskussion wurde deutlich, daß der Wissenschaftsrat zur Zeit

- keine Wahlmöglichkeit für die Gestaltung der Universitätsspitze vorsieht (nur Präsident) und
- nicht vorsieht, das Kuratorium aufgrund von Ernennungsvorschlägen zu bilden, die überwiegend von der Universität vorgelegt werden. Zu diesem Punkte ließ der Vorsitzende des Wissenschaftsrates jedoch wissen, daß die Diskussion nicht abgeschlossen sei und man zu einer Korrektur zugunsten des Vorschlagsrechts der Universität einlegen wolle.

Soweit nicht im Rahmen der 2. Lesung zu den einzelnen §§ vermerkt, lassen sich folgende Diskussionsergebnisse feststellen:

1. Die WRK wird keine Organisationsstruktur der Universität empfehlen, in der den Einheiten von Forschung und Lehre nicht eine selbständige Repräsentanz in den Zentralorganen der Universität eingeräumt wird;
2. Keine Universitätsspitze kann ohne engen Kontakt zu den Einheiten von Forschung und Lehre ihre Aufgaben erfüllen; dies gilt sowohl für die Adaption der Beschlüsse der Zentralorgane durch die Einheiten als "Basis", als auch für die Berichtsmöglichkeiten auf der "Basis" über die Entscheidungen der Universitätsspitze;

3. Einheitsverwaltung der Universität kann nicht bedeuten, daß die Selbstverwaltung der Universität in Forschung und Lehre der Wirtschaftsverwaltung untergeordnet wird;
4. Die Spitze der Universität muß die Repräsentanz der Universität in Forschung, Lehre und Verwaltung sein und in die hochschulpolitische Willensbildung einbezogen werden, die in funktionsgerechter Mitwirkung aller Mitglieder in gestuften Formen stattfindet;
5. Die Spitze der Universität ist von Repräsentanten der Universität wahrzunehmen, die die Kontinuität wahren können und denen der Sachverstand aus allen Bereichen der Universität zur Verfügung steht;
6. Die WRK vertritt mit Nachdruck die Auffassung, daß der einzelnen Universität ein Mindestmaß an Wahlfreiheit zur Organisation der Universitätsspitze gewahrt bleiben müsse und daß Alternativen möglich sein sollen. Die WRK richtet an den Wissenschaftsrat die dringende Bitte, in seinen Empfehlungen zur Universitätsorganisation Alternativen für möglich zu erklären.

(Bei Abstimmung nur über Ziffer 6 1 Gegenstimme).

2. Zu den §§ des 3. Entwurfes im einzelnen:

zu § 1 Rechtsstellung

Text: Streichung "... in akademischen und Wirtschaftsangelegenheiten" ...
dadurch Neufassung des 2. Halbsatzes des 2. Satzes:
"... und haben das Recht der Selbstverwaltung als Einheitsverwaltung".

Inhalt: Die AG soll prüfen, ob zur Definition der Einheitsverwaltung ein weiterer Satz eingefügt werden soll.

Zu § 1a Aufgaben und Mitglieder

Inhalt: Verweise können hier entfallen. Die AG soll die Notwendigkeit des § erneut prüfen (vgl. zu § 4).

zu § 2 Organe

Inhalt: Er ist abhängig von der Fassung der folgenden §§ und insoweit ausgeklammert.
Der AG ist zur Prüfung aufgetragen:

- a) ob die Fachkommissionen
 - b) ob das "Rektorat"
- organschaftlich gefaßt werden sollen,
- c) ob ein Kuratorium hinzukommen soll.

Text: In der "Erläuterung" sind im 2. Absatz "(Fach-einheiten)" und "(... bis zu 20 Lehrstühle)" zu streichen.

zu § 3 Das Konzil
(keine Änderungsvorschläge)

zu § 4 Der Senat

zu (1) Aufgaben des Senats

Inhalt: Die 66. WRK betont in ausführlicher Diskussion die Integrationsfunktion des (kleinen) Senats und wendet sich gegen Strukturvorschläge, den Senat als Mitglieder- oder Gruppenvertretung vom Konzil zusammensetzen zu lassen. Die personelle Verbindung zu den Einheiten von Forschung und Lehre ist entscheidende Voraussetzung für die Arbeitsfähigkeit dieses zentralen Repräsentativ- und Beschlußorgans.

zu (1) 3: Text: "In seine Zuständigkeit gehören insbesondere":

3a: Text: "..., Wissenschaftliche Räte und Dozenten turen oder ..."
(einstimmige Entscheidung)

Inhalt: Die Ziffer 3a soll eindeutig dem Senat die Kompetenz für Personalentscheidungen sichern, nicht hingegen die Stellenentscheidung, die der Universitätsspitze und der ständigen Finanzkommission vorbehalten bleiben muß.

3b: Text: (die Begriffe bleiben bis zur gültigen Entscheidung ausgeklammert).

3c: Text: gestrichen

4: Inhalt: Die 66. WRK führt eine längere Diskussion
u. Text: über die Kompetenz-Kompetenz, die in der vorliegenden Fassung eindeutig dem Senat zugewiesen ist.

(25 Ja-Stimmen für den Text,
abweichendes Votum vom
Biedenkopf/Bochum zu Protokoll).

5/6: Text: Der Text der bisherigen Ziffer 6 wird unmittelbar an Ziffer 5 angeschlossen. Ergänzung im 2. Satz: "... der Fachkommission Gelegenheit zur Beratung in der Kommission und Stellungnahme vor dem Senat gegeben wird."

zu (2) Zusammensetzung

- 1 Text: "... mindestens einem Senator für jede Facheinheit * ";
(ausdrückliche Zustimmung)

Zu * Erläuterung:

Inhalt: (mit Mehrheit angenommen)

Text: Ergänzung (2. Absatz neu):
"Wenn mehrere Facheinheiten gemeinsam ein Senatsmitglied entsenden, so hat das Senatsmitglied die Pflicht, an allen Fachbereichssitzungen teilzunehmen, soweit es erforderlich."

Inhalt: In der Diskussion bleibt offen, ob Mitglieder oder Mitgliedergruppen (welche?) Senatoren benennen oder wählen sollen; zudem lassen die Kriterien der qualitativen Repräsentation konkrete Anhaltspunkte für die Zusammensetzung des Senats offen.

Die AG wird beauftragt, Modelle oder Kriterien für die Größe des Senats zu entwickeln.

- 2 Inhalt: Die AG wird beauftragt, eine präzisere Formulierung zu finden; hierbei ist die Unabhängigkeit der Senatoren in ihrer Amtsführung einzubeziehen (vgl. Kriterien der qualitativen Repräsentation IV/1).

zu § 5 Universitätsspitze (in der Fassung "Alternative Weichselberger")

neu (1) Inhalt: Aufgaben der Universitätsspitze ausformulieren gemäß der verabschiedeten Prinzipien (vgl. Prot. 64. WRK, 15.10.68, Seite 3).

Die 66. WRK erörtert in ausführlicher Diskussion die Unterschiede zwischen Präsidialsystem und Rektoratssystem. Sie geht hierbei davon aus, daß auch ein von "außen" kommender Präsident die Funktion des "Rektors" übernehmen kann; dies gilt umsomehr, als in der notwendigen Neubestimmung des Rektoramtes die ehrenamtliche Geschäftsführung wohl zugunsten der (auch temporären) hauptamtlichen Funktion des Rektor/Präsident aufzugeben sein wird.

- (alt) (1) a: Text: "Das Direktorium aus Rektor und mindestens zwei Prorektoren mit jeweils insgesamt mindestens dreijähriger Amtszeit" ...
Streichung: "... und Entlastung der Lehrverpflichtung."
- (1) b: Text: "Der hauptamtliche Rektor mit mindestens vierjähriger Amtszeit ..."
- (1) c: Text: "Das Präsidium aus einem hauptamtlichen Vorsitzenden als "Präsident" mit langjähriger Amtszeit ..."
- (1) a-c: Inhalt: In der Diskussion wird folgender Unterschied verdeutlicht:
- zu a) nicht hauptamtlich, sondern in kollegialer Arbeitsteilung, unter Beibehaltung des Lehrstuhls.
 - zu b) hauptamtlich monokratisch (temporär); wenngleich die Frage laut wurde, ob diese Alternative nicht überflüssig werden wird.
 - zu c) hauptamtlich (auch von außen kommend), langfristig und in kollegialer Amtsführung mit zwei Hochschullehrern (die ihm nur temporär zur Seite stehen).
- (2) c: Text: Streichung "... ist er noch nicht Beamter, ... die Beamtenqualifikation bestenen."
- Inhalt: Der Präsident "von außen" bringt das Problem, auf welche Stelle er gesetzt wird, wenn nicht auf eine H-Stelle; jede Ministerialstelle als Alternative bedeutet, daß der Staat sich eine Einflußnahme auf die Besetzung vorbehalten wird.

- (3): Text: "In allen wichtigen Angelegenheiten
a) beschließt das Direktorium kollegial
(16 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen;
8 Enthaltungen)
b) beschließt das Präsidium kollegial
(überwiegende Mehrheit Zustimmung)
Ergänzung: "... kollegial, soweit nicht in der Satzung anders geregelt".
- (6): Text: Streichung (bei Aufrechterhaltung der Ziffer 7a)
- (7): Text: Von den vorgelegten Alternativen a - e) entscheidet die Plenarversammlung für die Fassung (7)a.
Rest: Streichung.
(20 Ja-Stimmen).

zu § 6 Ständige Fachkommissionen

Inhalt: Die AG soll prüfen, ob und gegebenenfalls in welcher Alternative die ständigen Fachkommissionen organschaftlich verfaßt werden sollten und welche Funktionen und Kompetenzen sich aus der Organschaft ergeben.

Die Frage, ob die ständigen Fachkommissionen in dieser Zuständigkeit abschließend entscheiden sollten, wird von der 66. WRK dahin entschieden, daß sie nicht aus ihrer Kompetenz, sondern nur mit Sanktionierung durch ein (anderes) Zentralorgan entscheiden sollten.

- (1) Inhalt: Die AG soll die Frage möglicher weiterer Ständiger Fachkommissionen als Mindestbestand prüfen.
- (neu)(3) Inhalt: Die Zusammensetzung der Fachkommissionen ist zu fixieren; hierbei soll es sich nicht um "Proporzkommissionen", sondern um Kommissionen von Sachverständigen handeln.

zu § 7

Haushalt

(keine Änderungsvorschläge)

zu § 8

Universitätshaushaltsausschuß

(keine Änderungsvorschläge)

zu (neu) § 9

Einheiten für Forschung und für Lehre

Inhalt: Die 66. WRK nimmt einen 1. Entwurf des Sekretariats der WRK zur Kenntnis (vgl. § 2 (2) und überweist ihn der AG zur Einbeziehung in ihre Arbeit.

3. Zusammensetzung der Arbeitsgruppe "Universitätsorganisation"

Die Plenarversammlung

bestätigt nach Annahme von Rücktrittsgesuchen und weiteren Nominationen die Arbeitsgruppe "Universitätsorganisation" in ihrer Zusammensetzung:

Weichselberger / TU Berlin als Vorsitzender

Elröscher / Hamburg

Habscheid / Würzburg

Schultz / Darmstadt

Quaritzsch / FU Berlin (HV)

Klein / Heidelberg (HV)

Graf Stenbock-Fermor (Kanzler)

Fischer-Appelt (BAK)

Gerhardt (BDS)

4. Der Vorsitzende der Bayerischen Landesrektorenkonferenz, Prof. Dr. Habscheid/Würzburg, weist darauf hin, daß den in der 2. Lesung der "Universitätsorganisation" erarbeiteten Prinzipien der Vorentwurf eines Bayerischen Hochschulgesetzes vom September 1968 zuwiderlaufe. Er bittet die WRK um eine öffentliche Stellungnahme insbesondere zu den "Aufgaben des Präsidenten" (Art. 17).

Der Präsident der WRK ist der Ansicht, die Arbeitsgruppe müsse sich auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren; er bittet und erhält von der 66. Plenarversammlung das Mandat

sich zu dem Bayerischen Vorentwurf zu äußern, wenn die Sache und die politische Situation dieses rechtfertigen und gebieten.

Vorgänge: -

1.

Finanzreform und Hochschulbau

Auf Antrag der Hessischen Landesrektorenkonferenz vom 9.10.1968 und nach Erläuterung des Sachverhalts durch den Generalsekretär des Wissenschaftsrates, Ministerialdirektor Hasemann, verabschiedet die 66. Plenarversammlung einstimmig folgende Erklärung zur Änderung des GG Art. 91 durch Einführung eines Art. 91a :

„Die Regierungen des Bundes und der Länder haben sich entschlossen, im Rahmen der Finanzreform dem Deutschen Bundestag eine Änderung des Grundgesetzes vorzuschlagen. Ein neuer Artikel (91 a GG) soll den Ausbau und Neubau von wissenschaftlichen Hochschulen als Gemeinschaftsaufgabe zur verfassungsmäßigen Pflicht des Bundes und der Länder erklären.

Der neue Artikel 91 a sieht vor, die Lasten für den Ausbau und Neubau von wissenschaftlichen Hochschulen im Verhältnis 50 : 50 auf den Bund und das Sitzland der Universität zu verteilen. Ausbau und Neubau hängen damit von der unterschiedlichen Finanzkraft der einzelnen Länder ab. Diese grundgesetzliche Festlegung der Beteiligungsverhältnisse würde dazu führen, daß der jeweils finanzschwächere Partner die Höhe der gemeinsam aufgebrachten Mittel bestimmt.

Der Gemeinschaft des Bundes und der Länder muß das GG eine Verantwortung für die Gleichmäßigkeit des Ausbaues und Neubaus aller Universitäten in der Bundesrepublik auferlegen. Wo die Finanzkraft eines Landes nicht ausreicht, Ausbau und Neubau der Universitäten vergleichbar mit anderen Ländern zu sichern, liegt die Verantwortung für solche Gleichmäßigkeit letztlich beim Bunde.

Die Universitäten warnen deshalb vor jeder grundgesetzlichen Fixierung von Finanzierungsverhältnissen und raten den Fraktionen des Deutschen Bundestages dringend, Aufbringung und Einsatz der Mittel für die neue Gemeinschaftsaufgabe je nach den Verhältnissen zu ermöglichen.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz bittet die zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages um Anhörung.“

4.

Ausbildungsförderung

Die 66. Plenarversammlung nimmt einen Bericht des Präsidenten des Deutschen Studentenwerks, Professor Dr. Ellwein, über den Regierungsentwurf eines "Ersten Gesetzes über Ausbildungsförderung" (Stand 30.9.1968) entgegen und verabschiedet einstimmig folgende Erklärung :

"Die Universitäten begrüßen die Absicht der Fraktionen des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung, mit der gesetzlichen Sicherung der Ausbildungsförderung zu beginnen.

Die Förderung der Ausbildung an Universitäten, Pädagogischen Hochschulen, Kirchlichen und Philosophisch-Theologischen Hochschulen, Akademien, Ingenieurschulen, Höheren Fachschulen und Einrichtungen des zu diesen Ausbildungsstätten führenden Zweiten Bildungsweges ist ein erster Schritt. Die Förderung im Bereich des Schulwesens muß folgen, wenn das Ziel einer Gleichheit der sozialen Chancen für eine Hochschulausbildung erreicht werden soll.

Zu dem Entwurf eines "Erstes Gesetzes über Ausbildungsförderung" vom 30.9.1968 wird der Präsident des DSW eine Stellungnahme vorlegen, welche die vorgesehenen gesetzlichen Regelungen mit denen der Studienförderung nach dem Honnefer Modell vergleicht.

Die 66. Plenarversammlung der WRK geht davon aus, daß die gesetzliche Ausbildungsförderung keine schlechteren Regelungen enthalten darf als die Studienförderung nach dem Honnefer Modell. Sie ist ferner der Ansicht, daß jede gesetzliche Regelung der Förderung einer Hochschulausbildung folgenden Prinzipien Rechnung tragen muß.

1. Selbst wenn die sozialpolitischen Absichten des Gesetzes überwiegen, soll es eine Förderung ohne Berücksichtigung der Eignung für die gewählte Ausbildung nicht geben.
2. Die Förderung einer Hochschulausbildung muß hochschulgerecht sein; sie muß an der Ausbildungsstätte erfolgen.

a) Die Förderung ist hochschulgerecht, wenn

- sie an fachbedingte Zeitgrenzen gebunden wird;
- sie einen Wechsel der Ausbildungsstätte zuläßt;
- ein begründeter Wechsel der Ausbildung die Förderung nicht beeinträchtigt;
- sie anrechenbare Studien an gleichwertigen ausländischen Ausbildungsstätten ermöglicht;
- sie auch für eine weiterführende wissenschaftliche Ausbildung (Zweitstudium, Aufbaustudium, Promotion) gilt.
- sie zur Vermeidung von Werkarbeit den Lebenshaltungskosten flexibel folgen kann. Deshalb warnt die WRK vor der gesetzlichen Festlegung von Förderungsbeträgen und Bemessungsgrundlagen; sie schlägt vor, eine unabhängige Gutachterkommission zu errichten;
- die langjährige Benachteiligung der Auszubildenden aus Familien mittlerer Einkommensgruppen, welche die größte Zahl von Studierenden stellen, aufhört.

Im Rahmen einer hochschulgerechten Förderung dieser Art ist insbesondere abzulehnen, etwa Auslandsstudien und weiterführende wissenschaftliche Studien nur mit Darlehen zu fördern.

b) Für die Gewährung der Förderung kann nur die Ausbildungsstätte zuständig sein, da die Förderung auf Eignungsfeststellungen beruht. Sie muß es insbesondere, wenn

- sie von Eignungsfeststellungen abhängt, die als Ermessensentscheidungen nur in Kenntnis der lokalen Verhältnisse gerecht gefällt werden können;
- direkte und indirekte Förderung (Gebührenerlaß, Freitisch, Wohnheimplatz usw.) vereinigt bleiben sollen;
- die Erfahrungen mit den Kategorialförderungen zeigen, daß bei hochschulfernem Verwaltungsvollzug erhebliche und für Studierende schwerwiegende Zahlungsverzögerungen auftreten.

Die WRK ist deshalb der Ansicht, daß die Hochschulen durch ihre örtlich oder regional zuständigen Studentenwerke die Entscheidungen treffen und ausführen sollen. Nur auf diese Weise kann von den Hochschulen überdies eine Verwaltungslast ferngehalten werden, die bei Beauftragung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und beim Verwaltungsvollzug durch die Arbeitsämter am 1. Wohnsitz des Geförderten entstehen würde.

3. Die WRK bittet die Fraktionen des Deutschen Bundestages um Berücksichtigung dieser Prinzipien und die zuständigen Ausschüsse um Anhörung."

5.

Eröffnung der Universität Dortmund

Die Rektoren

nehmen die Einladung des Rektors der
Universität Dortmund zur Eröffnung am
16. 12. 1968 beifällig entgegen.

6.

Termin der "Jahresversammlung"
der WRK SS 1969 in Hannover

Die 66. Plenarversammlung

- dankt für die Einladung der Technischen Universität Hannover, eine Plenarversammlung mit erweitertem Gästekreis ("Jahresversammlung") 1969 in Hannover durchzuführen und nimmt die Einladung an;
- beschließt gem. Ziff. 5 Satz 2 der Ordnung vom 21.2.1968 als Termin die Zeit vom 28. - 29. Mai 1969 (Anreise 27.5.69, Pressekonferenz 30.5.69).

Rumpf

WESTDEUTSCHE REKTORENKONFERENZ

532 Bad Godesberg · Ahrstraße 39 · Telefon 76911

PROTOKOLL

der 65. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz

15. Oktober 1968

Bad Godesberg

0. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird um Ziff. 2 ergänzt und folgendermaßen festgestellt:

1. Erste Lesung "Universitätsorganisation"
2. Bildung einer Arbeitsgruppe "Lehrkörperstruktur"
3. Interna

Vorgänge:

1.

Universitätsorganisation

hier: 1. Lesung

Die erste Lesung der Vorlage (links) hat folgende Ergebnisse (rechts):

1. Umgruppierung der WRK-Vorlage in folgender Reihenfolge:

- a) Einheitsverwaltung
 - Staatliche Verwaltung
 - Auftragsverwaltung
 - Akademische Verwaltung
- b) Leitung der Universität und Autonomie
 - Präsident - Rektor - Direktorium
 - Kanzler
- c) Zustandekommen - Einfluß des Staates
 - Konzil
- d) Senat
- e) Rektorat - Fachkommissionen
- f) Haushalt
- g) Landeshaushaltsgremium
- h) Autonomie und Kuratorium
- i) Fachbereiche (Einheiten der Forschung und der Lehre)

2. Ausarbeitung einer Präambel

- 1. Die öffentliche Diskussion läuft falsch, weil die herausgestellten Alternativen häufig nur Mißdeutungen sind.
- 2. Folgende Vorschläge zur Neuorganisation der Universitätsverwaltung kann die WRK grundsätzlich nicht akzeptieren :... (möglicherweise als Sonderentschließung)
- 3. Der folgende Vorschlag ist im Grunde ein einheitliches Konzept mit einiger Variationsbreite, besonders im Hinblick auf Unterschiede in der Verwaltung großer und kleiner Universitäten.

3. Zu den §§ des 2. Entwurfs

§ 1 Rechtsstellung + Einheitsverwaltung + Dienstherrschaft

§ 2 Haushalt

Vorbemerkung: Haushaltstransparenz und kritische Funktion der Universität

zu Ia Text: "Die Feststellung der Haushaltsvorlage der Universität für die Regierung..."

Inhalt: a) Zusammensetzung des Ortsgremiums
Beteiligung von unabhängigen Persönlichkeiten
Beteiligung von Gruppenvertretern
Beteiligung des Kanzlers

b) Frage der Veränderung der Universitätsprioritäten

zu Ib Text: "Mitglieder...

4 Mitglieder der Landesregierung, darunter
der Kultus- und Finanzminister..."
(Einzelangaben streichen)

- Inhalt: a) Zusammensetzung des Gremiums
Beteiligung von unabhängigen Persönlichkeiten
Beteiligung von Gruppenvertretern
Beteiligung einiger Kanzler
Vertretung originärer Mitglieder
- b) Frage der Veränderung der Universitätsprioritäten
- c) Koordinierungsfunktion

zu II Haushaltsteil A

Inhalt: Einige wesentliche "überregionale Richtlinien" sollten skizziert werden.

Haushaltsteil B

Inhalt: Die Relationen einer Universitäts-Prioritätenliste zu den kulturpolitischen und allgemeinpolitischen Entscheidungen müssen berücksichtigt werden (vgl. auch die vom Landeshaushaltsgremium zu erarbeitenden "Maßstäbe für die Aufstellung der Haushalte".)

Haushaltsteil C

Text: "...Hierzu zählen neben Stellenarten, die grundsätzlich zentral vergeben werden (z.B. H1- und H2-Stellen), vor allem diejenigen Personal- und Haushaltsmittel, die..."

zu III

Text: "...der Deckungsfähigkeit von Haushaltstiteln, der..."

"...Ersparnissen von beliebigen anderen Haushaltstiteln - mit Ausnahme der Lebenszeitstellen - zu verwenden."

zu § 3 Konzip

(keine Änderungsvorschläge)

zu § 4 Zentrale Organe ...I. Senat

Inhalt: Funktion des Senats = Legislative der zentralen Leitung

1. Zusammensetzung

- Inhalt: a) höchstens 25-30 Personen
- b) einer Neugliederung der Universität und ihrer föderativen Struktur ist Rechnung zu tragen
- c) eine 4 jährige Amtszeit ist vorzusehen, hierbei die Kontinuitätsfrage zu lösen.

- d) die Frage der (beratenden) Teilnahme von Kommissionsvorsitzenden ist erneut zu prüfen mit der Unterscheidung zwischen Fachkommissionen und Senatskommissionen

3. Aufgaben

- I Text: "...die Zuständigkeit anderer Organe (z.B. Leitung der Universität) festgelegt ist".
- IIa Text: "...die Verabschiedung oder Genehmigung von Berufungsvorschlägen für Ordinarien oder Ernennungsvorschläge von Abteilungs-vorstehern, ..."
- IIb Text: "...die Verabschiedung von Rahmenordnungen, Zulassungsordnungen, Hausordnungen, Universitätsordnungen u.a.; die Genehmigung der Satzungen und Ordnungen der Fachbereiche (Fakultäten) und Einheiten von Forschung und Lehre".
- IIc Text: streichen (die Haushaltsplanung wird der Leitung zugewiesen)
- IIId Text: streichen (die Bauplanung wird der Leitung zugewiesen)
- IIe Inhalt überprüfen

II. Die Leitung der Universität

Inhalt: Prinzipien für die Leitung der Universität

- a) von Staate weisungsungebunden
- b) von den Mitgliedern der Universität gewählt
- c) vom Staate bestätigt oder ernannt
- d) für eine Einheitsverwaltung verantwortlich
- e) auf die Mitwirkung von verwaltungskundigen Beamten angewiesen
- f) zur Leitung der Universität als Großbetrieb und zur Wissenschaftsintegration befähigt
- g) zur Wahrung der Neutralität für die Dauer der Amtsführung nicht an Forschung und Lehre beteiligt
- h) in der Kontinuität der Amtsführung gesichert; die Amtsdauer ist mit den Haushaltsperioden abzustimmen.

- zu II 2a) Inhalt: das "Direktorium" soll nicht weiter ausgeführt werden
- b+c) Inhalt: die Frage ist zu prüfen, ob aufgrund der o.a. Prinzipien noch ein merklicher Unterschied zwischen dem hauptamtlichen Rektor und dem Präsidenten besteht (auf 3 b+c wird verwiesen)
- b) Inhalt: auch der hauptamtliche Rektor sollte ca. 6 Jahre im Amte sein
- c) Text: streichen: "Es ist nicht erforderlich... zum Hochschullehrer erfüllen."
- Inhalt: vorliegende Gesetze oder Gesetzesentwürfe geben Veranlassung, der Position und Einstufung des Präsidenten Aufmerksamkeit zu schenken, um eine qualifizierte Besetzung zu sichern.
- zu II 3a) Inhalt: das "Direktorium" soll nicht weiter ausgeführt werden
- b+c) Inhalt: es besteht Übereinstimmung darin, daß Rektor und Präsident vom Konzil gewählt werden sollen und daß (gegebenenfalls) ein Wahlvorschlag auf 1 Person beschränkt bleiben soll
- b) Inhalt: es ist dann fraglich, ob der Rektor ohne Bestätigung durch den Kultusminister ins Amt kommen kann, wenn auch für ihn die Weisungsungebundenheit erzielt werden soll.
- c) Inhalt: will man nicht der Anregung folgen, daß ein Präsident auch im Angestelltenverhältnis eingestellt werden kann, so ergibt sich aus der Wahl des Präsidenten, der nicht Hochschullehrer ist, für den Kultusminister die Notwendigkeit, ihn zum Staatsbeamten zu ernennen. Kautelen gegen die Ablehnung der Ernennung sind zu formulieren (z.B. "nur dann, wenn Bedenken gegen die Beamtenqualifikation bestehen".)
- Als Alternative ist die Berufung auf einen Lehrstuhl oder die Zurverfügungstellung eines kw-Lehrstuhl möglich. (Vgl. Bayer. Referentenentwurf Art. 33 (3): "... mit der Bestellung zum Präsidenten kann die Ernennung zum o.Professor verbunden werden".)
- zu II 4) Inhalt: die Stellung des Kanzlers ist noch eingehender zu prüfen; so: ob er dem "Rektorat" angehört und in ihm Ressortleiter ist, oder ob er als leitender Verwaltungsbeamter neben dem "Rektorat" steht.

Insoweit ist folgender neuer Text noch zur Disposition:

Text: "Die laufenden Geschäfte der gesamten Universitätsverwaltung führt der leitende Verwaltungsbeamte (Kanzler) in eigener Verantwortung. Er ist Sachbearbeiter des Haushalts.

Der Kanzler wird auf Vorschlag des Senats vom Kultusminister ernannt. Sein Dienstvorgesetzter ist der Rektor oder der Präsident".

zu § 4 II/5 + § 5 Inhalt: Die Frage der Fachkommissionen steht insoweit erneut zur Diskussion, als unterschieden werden soll zwischen

- a) ständigen Fachkommissionen
- b) Senatskommissionen

zu a): Zu den ständigen Fachkommissionen sollen gehören

1. Finanz- und Haushaltskommission
2. Baukommission
3. Strukturkommission

Diese Kommissionen sollen keine "Proporzkommissionen" sein.

Die Vorsitzenden dieser Kommissionen sollen als "Ressortleiter" den Rektor oder Präsidenten beraten und mit dem Leiter der Universität das "Rektorat" bilden.

Die Wahl der Kommissionsvorsitzenden und ihre Stellung zum Rektor/Präsident und zum Senat ist zu prüfen.

Desweiteren ist zu prüfen, ob der Kanzler Mitglied im "Rektorat" werden soll (vgl. § 4 II/4) und ob als weitere Ressortleiter (mit oder ohne Kommission) einzusetzen wären:

1. Ressort Forschung (einschl. wissenschaftlichen Nachwuchs)
2. Ressort Studium (einschl. Studentenfragen)
3. Ressort Öffentlichkeit und Statistik

zu b): Die Stellung, Zusammensetzung und Aufgaben von Senatskommissionen sind gesondert zu prüfen.

zu § 6 Facheinheiten

Inhalt: Die 65. WRK hat die zweite (oder zweite und dritte) Ebene der Universitätsorganisation nicht beraten. In Kontakt mit der Arbeitsgruppe Universitätsstruktur ist die Arbeitsgruppe Universitätsorganisation gebeten, die Rückwirkungen einer Neuorganisation der Universitätsleitung und der übrigen Zentralorgane auf die Organisation der Einheiten der Forschung und der Einheiten der Lehre zu skizzieren.

2.

Lehrkörperstruktur

Auf Antrag des Rektors der Universität Kiel vom 1.10.1968
beschließt die 65. Plenarversammlung:

- a) Es wird eine Arbeitsgruppe "Lehrkörperstruktur"
gebildet.
- b) Das Präsidium wird zur Berufung der Mitglieder unter dem
Vorbehalt von Ziff. 16 der Ordnung der WRK vom 21.2.1968
ermächtigt.

Handwritten signature

WESTDEUTSCHE REKTORENKONFERENZ

532 Bad Godesberg · Ahrstraße 39 · Telefon 7 69 11

PROTOKOLL

der

64. Plenarversammlung
der Westdeutschen Rektorenkonferenz

23. September 1968

Bad Godesberg

Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ergänzt um

- IIa. Internationale (multilaterale) Hochschulfragen
2c. Vertretung Professor Liebers/FU Berlin im
Ständigen Ausschuß der Europäischen Rektoren-
konferenz

IX. Internationale

9. Dauervertretung des Rektors einer Mitglieds-
hochschule in den Plenarversammlungen
10. Aussprache über die Hochschulgesetzgebung

und in folgender Form festgestellt:

I. Westdeutsche Hochschulfragen

1. Bericht des Präsidenten über aktuelle
Fragen zur Hochschulpolitik
2. Erfahrungsaustausch über den Ablauf der Rektoratswahlen
und akademischer Feiern
2a. Kapazitäten und Hochschulplanung

IIa. Internationale (multilaterale) Hochschulfragen

- 2c. Vertretung Prof. Liebers/FU Berlin im Ständigen
Ausschuß der Europäischen Rektorenkonferenz

V. Prüfungs- und Studienordnungen

3. Arbeitsgruppe "Prüfungswesen", 2. Lesung
4. Führung des Dr.-Grades vor Ablieferung der Dissertations-
Exemplare

VI. Hochschulrecht

5. "Universitätsorganisation", 1. Lesung
6. Stellungnahme zur Verfassungsbeschwerde Prof. Dr. Doebling
7. "Habilitationswesen" (1. Lesung) - Vertagt -

IX. Interna

8. Kommissionsbildung

hier: Bestätigung der Entsendung von

Frau Prof. Dr. Becke/Heidelberg
Prof. Dr. Albers/TH München
Prof. Dr. Blenke/Stuttgart
Prof. Dr. Kotter/U München

in die gemischte Kommission der WRK und KMK
"Studienjahr" (Ordnung der WRK v. 21.2.68 Ziff. 16)

9. Dauervertretung des Rektors einer Mitgliedshochschule
in den Plenarversammlungen

10. Aussprache über die Hochschulgesetzgebung

- - -

1.

Bericht des Präsidenten über aktuelle
Fragen der Hochschulpolitik

Der Präsident dankt in dieser ersten Plenarversammlung nach seiner Amtsübernahme seinem Vorgänger, Herrn Prof. Dr. Rüegg/Frankfurt, für seine Amtsführung vom 1.8.1967 bis zum 31.7.1968. Er geht sodann auf einige Punkte ein, die für die Beurteilung der allgemeinen hochschulpolitischen Lage von Interesse sind:

1. Die Folgen der Entwicklung in der Tschechoslowakei (außer Protokoll).
2. Vom 1.-10.9.1968 fand in Dubrovnik wiederum das internationale Seminar "Universität heute" statt, doch fehlten in diesem Jahr mehrere Delegationen, vor allem die der Universitäten aus den Staaten des Warschauer Paktes. Lediglich der Rektor der Universität von Szeged/Ungarn, Herr Prof. Ferenc Marta, reiste im Verlaufe des Seminars an. Die westdeutsche Delegation war verhältnismäßig stark, was von den jugoslawischen Veranstaltern offensichtlich begrüßt wurde. Die Tagung verlief sehr harmonisch und nach allgemeinem Urteil sehr erfolgreich, wobei der Erfolg außer in den persönlichen Kontakten ebenso sehr in einer vielfältigen gegenseitigen Information liegt, die sich nicht allein aus den zahlreichen Referaten, sondern auch in Gesprächen ergab.
3. Zur Lage der Wissenschaft in der Bundesrepublik ist auf eine Information des BM wissenschaftl. Forschung über die Wissenschaftsausgaben des Bundes von 1966-1968 hinzuweisen. Die Gesamtausgaben sind wie folgt gestiegen

Ist 1966	2,7 Milliarden
1967	3,4 Milliarden
Soll 1968	3,7 Milliarden

Sie betragen 1968 4,7 % der Bundesausgaben. Davon entfallen

auf das Ministerium für wissenschaftl. Forschung	51,3 %
auf das Ministerium für Verteidigung	26,7 %
auf das Ministerium des Innern	5,6 %
auf die allgem. Finanzverwaltung	5,2 %
auf das Ministerium für Wirtschaft	4,7 %
auf das Ministerium f. Ernährung, Landw.u.Forsten	2,6 %
auf das Ministerium für Gesundheitswesen	1,1 %
auf das Ministerium für Verkehr	1,0 %
auf alle übrigen Ministerien	jeweils unter 1 %

Der Zuschuß an die Länder zum Hochschulneubau beträgt 1968
655 Millionen.

4. Das wissenschaftspolitische Problem ist jeweils der Länderanteil. Dieses gilt auch für die Sonderforschungsbereiche, für die 1968, nicht übertragbar, vom Bund 5 Millionen bereitgestellt sind. Nach dem Informationsstand vom 20.9.68 (DFG) bei der Plenarsitzung am 23.9.68 sollen folgende Mittel von den Ländern bereitgestellt werden:

Hessen	500.000.-	DM dieses ist seit langem bekannt	
Berlin	100.000.-	DM	} Information DFG
Rheinland-Pfalz	100.000.-	DM	
Hamburg	203.000.-	DM wahrscheinlich	
Saarland	}) nichts	
Schleswig-Holstein			
Nordrhein-Westfalen	250.000.-	DM (Mitteil. in der Plenarsitzung)	
Baden-Württemberg	500.000.-	DM (" Prof. Baitsch ")	
Zusammen:	1.653.000.-	DM	

Bei den übrigen Ländern ist der Betrag noch unbekannt.

5. Die Produktion von Vorschlägen zur Hochschulreform ist in eine ausgeprägte Konjunkturphase eingetreten. Dabei ist festzustellen, um einen beliebigen Terminus zu gebrauchen, daß nicht wenig "Reproduktion" ist. Daß bei diesem Reproduktionsprozeß die Muster der Godesberger Rektorenerklärung und auch der Anschlußempfehlungen verhältnismäßig stark durchscheinen, können wir zumindest als eine Bestätigung dafür ansehen, daß unsere Grundsätze geeignet sind, in einem verhältnismäßig weiten Kreis der Beteiligten einen Konsensus zu erreichen und aus einem fruchtlosen Streit herauszu-
gelangen. Dieses aber ist die Voraussetzung für eine der Wissenschaft förderliche Arbeit. Wir wollen hoffen - und hierin liegt ja das eigentliche Ziel unserer Bestrebungen -, daß darüber hinaus unsere Grundsätze eine sinnvolle Ordnung beschreiben, in der Lehre und Forschung gedeihen und ein freiheitsbewußtes Leben an der Hochschule blühen können.
6. Trotz dieses allgemeinen Trends sind wir von der wünschenswerten Konvergenz noch weit entfernt und nach wie vor oder gerade jetzt in einer kritischen Phase. Während die Universitäten von Baden-Württemberg im Wintersemester ihre neuen Grundordnungen konzipieren müssen, stehen in den meisten Ländern Entwürfe von Hochschulgesetzen zur Debatte, denen wir zum Teil - ich denke hier insbesondere an den Referentenentwurf der Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes und an die Absichten des Berliner Senators für Wissenschaft - mit großer Besorgnis entgegen sehen.

7. Der Bundeskanzler hat einen "Arbeitskreis zur Beratung des Nationalen Bildungswesens" eingerichtet, der unter seinem Vorsitz regelmäßig, zuletzt am 18.9.68, zusammentritt. Bei der letzten Aussprache waren außer dem Bundeskanzler und dem Bundesminister des Innern die Staatssekretäre Dr. Carstens, Dr. von Hefpe, Dr. Schäfer, Dr. Schöllhorn, der Bundestagsabgeordnete Dr. Martin, der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Herr Kühn/Nordrhein-Westfalen, der Präsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, Herr Scherer/Saarland und die Herren Professoren Leussink/Wissenschaftsrat, Erdmann/Bildungsrat, Speer/Deutsche Forschungsgemeinschaft, Butenandt/Max-Planck-Gesellschaft und ich selbst anwesend; in diesem Arbeitskreis bestand hinsichtlich der Zusammensetzung der akademischen Organe Übereinstimmung darüber, daß eine schematische Lösung der Vertretungsverhältnisse der verschiedenen Personengruppen in den Organen nicht zweckmäßig sei, und daß eine Abstimmung unter den Ländern anzustreben sei, und daß verhindert werden müsse, daß ein Land mit abweichenden Lösungen vorgeprescht.
8. Die hochschulpolitische Debatte konzentriert sich zur Zeit auf eben diese Frage der Organisation der Universitätsverwaltung. Es zeichnet sich folgender Zeitplan ab: der Wissenschaftsrat wird zwischen November 1968 und Januar 1969 seine Empfehlungen fertigstellen und verabschieden; die Ministerpräsidentenkonferenz wird sicher am 30. und 31.10.1968 im Sinne der unter Ziff.7 genannten Grundauffassung sich äußern; die Ständige Konferenz der Kultusminister wird am 3. und 4.10.1968 den Versuch unternehmen, die Vertretungsverhältnisse in den verschiedenen Landeshochschulgesetzen einander anzunähern. Als Prinzip ist dabei der Begriff der "funktionsgerechten Mitwirkung" anerkannt, wie in dem Arbeitskreis zur Beratung des Nationalen Bildungswesens mehrfach betont wurde. Für die Westdeutsche Rektorenkonferenz folgt daraus, daß die Empfehlungen zur "Universitätsorganisation" bald verabschiedet werden sollten.
9. In dem Arbeitskreis zur Beratung des Nationalen Bildungswesens berichteten die Professoren Leussink und Erdmann über die Beratungen der gemeinsamen Kommission zur Frage des Sekundarschulwesens und des Hochschulzugangs. Zwischen dem Wissenschaftsrat und dem Bildungsrat besteht eine gewisse Diskrepanz: während dieser ein neu gestaltetes Abitur als alleinige Voraussetzung des Hochschulzugangs will, wobei eine Zentralinstanz die Bewertungsnormen festsetzen soll, wünscht jener, daß die Aufnahmeprüfung durch die aufnehmende Universität erfolgt. Ich habe meinerseits die Bereitschaft der Universitäten erklärt, sich in der Frage der Bestimmung der Ausbildungskapazitäten einem möglichst objektiven Verfahren zu unterwerfen, mit dessen Ausarbeitung wir zur Zeit beginnen.

Ich habe ferner hervorgehoben, daß eine Zentralstelle für die Ausnutzung der Kapazitäten jeweils für diejenigen Disziplinen unerlässlich wird, die einem numerus clausus unterworfen wird.

10. Für unsere Arbeit ergeben sich aus dieser bildungspolitischen Lage zwei Problemkreise:

- a) Wir werden zu prüfen haben, wie weit es in der gegenwärtigen Situation sinnvoll ist, an der Neufassung des Tutzingen Maturitätskatalogs der Normen der Studierfähigkeit zu arbeiten. Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden unseres Schulausschusses, Herrn Kollegen Scheuerl, ist ins Auge gefaßt worden;
- b) wir werden uns verstärkt der Frage der Feststellung von Ausbildungskapazitäten und im Zusammenhang damit dem Gesamtbereich der Hochschulplanung zuwenden müssen.

11. Damit komme ich zum letzten Punkt meines Berichtes, zur Hochschulplanung und zu dem der Planung zugrunde liegenden Informationswesen. Aufgrund einer Initiative ihres Generalsekretärs hat das Kuratorium der Stiftung Volkswagenwerk beschlossen, für den systematischen Ausbau des einer künftigen Hochschulplanung zugrundelegenden Informationswesens Mittel bereitzustellen. Herr Dr. Gambke hat die Absicht in einem Memorandum begründet, in welchem örtliche, regionale Planungs- und Informationsstellen sowie eine zentrale Informationsstelle vorgeschlagen werden. Ich habe zu diesem Memorandum in einer ausführlichen Stellungnahme auf unsere in Gang befindlichen Arbeiten und Projekte hingewiesen und einige allgemeine Thesen zur Hochschulplanung formuliert.

Das VW-Memorandum und andere Unterlagen wurden am 18.7.1968 in einem relativ großen Kreise in Stuttgart mit dem Ergebnis besprochen, daß die Stiftung Volkswagenwerk Vorschläge der Beteiligten einsammelt und sodann ein zu bildendes Gremium die grundsätzliche Marschroute der Untersuchungen festlegen soll. Unsere Vorschläge werden offensichtlich beachtet, eine gute Zusammenarbeit bahnt sich an:

- a) Zwischen der VW-Stiftung und dem Institut von Herrn Professor Wildenmann, dem Vorsitzenden unserer zuständigen Kommission, besteht ein unmittelbarer Kontakt. Die von Prof. Wildenmann unternommene Studie wird bereits ab 1.8.1968 finanziert.

- b) unser Vorschlag, die Ausbildung von Mitarbeitern für Planungsstäbe zu organisieren, fand Zustimmung. Man hielt es für richtig, zunächst wenige Hochschulen in das Programm einzubeziehen. Die Finanzierung der Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Schuster/Saarbrücken, der sich auch der Frage der Hochschulstatistik annimmt, dürfte in Aussicht stehen. Die Plenarversammlung wird die Kommission von Herrn Professor Wildenmann für Ausbildungskapazitäten und Hochschulstatistik ergänzen müssen.

12. Mit einem ruhigen Wintersemester 1968/69 ist nicht zu rechnen, zumal die Delegiertenkonferenz des SDS gezeigt hat, daß der Mangel einer klaren Konzeption gerade dazu zwingt, sich verstärkt auf die Spontanität des revolutionären Impulses zu verlassen.

Anmerkung des Sekretariats:

Während der 64. Plenarversammlung wurden dem Generalsekretariat - vorbehaltlich der Zustimmung der Benannten - folgende Nominierungen für die Kapazitätskommission von Herrn Professor Wildenmann zugeleitet:

Prof. Müller-Seidel	Germanistik	U München
Prof. Pollok	Slawistik	Regensburg
Prof. Bier	Biologie	Münster
Prof. Mertner	Anglistik	Münster
Prof. Finkenstedt	Anglistik	Saarbrücken
Prof. Dosse	Elektrotechnik	Stuttgart
Prof. Jochimsen	Jurisprudenz	Kiel
Prof. Ehrlicher	Jurisprudenz (und Mitarbeiter)	Hamburg
Prof. Hess	Romanistik (mit Dr. Schneider)	Konstanz
Prof. Rumpf	Mechanische Verfahrenstechnik	Karlsruhe

2.

Erfahrungsaustausch über den Ablauf der
Rektoratswahlen und akademischer Feiern

Auf Antrag der Rektoren der Universitäten Göttingen und Erlangen-Nürnberg erfolgt ein Meinungsaustausch über die Durchführung der Rektoratsübergaben und Immatrikulationsfeiern zu Beginn des Wintersemesters 1968. (Das Ergebnis einer in der Sitzung veranstalteten Rundfrage wurde am 23.9.68 den Rektoren in schriftlicher Form übergeben.)

Vorgänge: 62. WRK (I/8 v. 22.5.1968); 63. WRK (I/4 v. 5.7.1968)

2a

Kapazitäten und Hochschulplanung

Anknüpfend an den Bericht des Präsidenten Ziff. 11 berichtet Magnifizenz Wildenmann/Mannheim über die Arbeitsplanung seines Instituts. Er unterstreicht die Bitte des Präsidenten um Nominationen von Sachverständigen für eine Kommission.

(Vgl. Anmerkung des Sekretariats zum Bericht des Präsidenten.)

Vorgänge: 55. WRK (IIa/9-10 v. 11.2.1966); 57. WRK (X/35 v. 16.2.67);
57. WRK (IIa/13 v. 16.2.67)

2c

Vertretung Prof. Liebers/FU Berlin im Ständigen
Ausschuß der Europäischen Rektorenkonferenz

Die anwesenden Mitglieder der Ständigen Konferenz der Rektoren
und Vizekanzler der Europäischen Universitäten wählen und ent-
senden

Professor Rüegg, Vizepräsident der Westdeutschen
Rektorenkonferenz und Rektor der Universität Frank-
furt als Vertreter von Professor Lieber/Prorektor
der FU Berlin in den Ständigen Ausschuß der Konferenz.

4.

Führung des Dr.-Grades vor Ablieferung
der Dissertations-Exemplare

Die Arbeitsgruppe "Prüfungswesen" beantragt eine EntschlieÙung der Westdeutschen Rektorenkonferenz, daÙ künftìg die Führung des Dr.-Grades unmittelbar nach dem Rigorosum und nicht erst nach der Ablieferung der Pflichtexemplare der Dissertation gestattet werden möge. Die Bundesassistentenkonferenz unterstreicht diesen Antrag unter Hinweis auf die sozialen und finanziellen Unzuträglichkeiten, die sich für den akademischen und wissenschaftlichen Nachwuchs aus der derzeitìg geltenden Regelung ergeben.

Auf Vorschlag des Präsidiums beschließt die 64. Plenarversammlung:

Der Präsident wird gebeten, den Antrag der Arbeitsgruppe "Prüfungswesen" und die Stellungnahme der Bundesassistentenkonferenz noch im Jahre 1968 mit den Vorsitzenden der Fakultätentage in Anwesenheit der Bundesassistentenkonferenz zu erörtern.

Vorgänge: 53. WRK (I/4-4g v. 5.2.65); 54. Länderausschuß (VI/7 v. 28.3.68); 61. WRK (I/2 v. 26.4.68); 62. WRK (I/3 v. 22.5.68); 63. WRK (I/3 v. 5.7.68)

5.

"Universitätsorganisation"

Wegen zu großer zeitlicher Beanspruchung sieht sich die 64. Plenarversammlung nicht imstande, in eine gründliche Erörterung des vorgelegten 1. Entwurfs einzugehen und be-
raumt deshalb die 65. Plenarversammlung gem. Ziff. 5 Satz 2 der Ordnung der WRK vom 21.2.1968 auf den 15.10.1968 an.

Anmerkung des Sekretariats:

Zugleich wurden die Termine für die 66. und 67. bzw. 68. Plenar-
versammlung auf den 29.10. und 17.12.1968 festgelegt.

Vorgänge: 63. WRK (VI/12 v. 5.7.68)

6.

Stellungnahme
zur Verfassungsbeschwerde Prof. Dr. Doehring

Die 64. Plenarversammlung nimmt den Entwurf einer "Stellungnahme zur Verfassungsbeschwerde des Professor Dr. Karl Doehring gegen §§ 10, 11, 49 und 66 des Baden-Württembergischen Hochschulgesetzes vom 19. März 1968 (GesBl. S. 81)" sowie erläuternde Ausführungen von Professor Maihofer, Vizepräsident der WRK und Rektor der Universität Saarbrücken entgegen.

Nach Aussprache über den Entwurf

- a) beschließt die 64. Plenarversammlung, daß Stellungnahmen zu dem Entwurf bis zum 29.9.1968 unmittelbar Herrn Professor Maihofer zugeleitet werden müssen;
- b) ermächtigt die 64. Plenarversammlung das Präsidium, die definitive Stellungnahme als Stellungnahme der Westdeutschen Rektorenkonferenz dem Bundesverfassungsgericht zuzuleiten. (6 Enthaltungen);
- c) beauftragt die 64. Plenarversammlung eine Kommission, im einzelnen zu prüfen, welchen Sachgesetzmäßigkeiten des heutigen, in der korporativen Form der Universität organisierten Wissenschaftsbetriebes bei der funktionsgerechten Organisation der studentischen Mitwirkung der Rang verfassungsrechtlich verbürgter Ausgestaltung der Grundrechtsgarantie des Art. 5 Abs. 3 GG zukommt;
- d) beruft die 64. Plenarversammlung in diese Kommission die Professoren

Mestmäcker / Bielefeld

Hübner / Köln

Lerche / U München

Steindorf / U München

Maihofer / Saarbrücken

Jahr / Saarbrücken.

Vorgänge: 59. WRK (I/7 v. 21.2.68)

8.

Kommissionsbildung

Die 64. Plenarversammlung bestätigt gemäß Ziff. 16 letzter Satz der Ordnung der WRK vom 21.2.1968 die Entsendung von

Frau Prof. Dr. Becke / Heidelberg
Prof. Dr. Albers / TH München
Prof. Dr. Blenke / Stuttgart
Prof. Dr. Kotter / U München

in die gemischte Kommission "Studienjahr" der Westdeutschen
Rektorenkonferenz und Kultusministerkonferenz.

9.

Dauervertretung des Rektors einer
Mitgliedshochschule in den Plenarversammlungen

Aus gegebenem Anlaß berät die 64. Plenarversammlung über die Frage, ob die Dauervertretung des Rektors einer Mitglieds-hochschule in den Plenarversammlungen wünschenswert ist. Unter Würdigung der Überlastung der Rektoren besonders großer Uni-versitäten geht die Übereinstimmende Meinung der Plenarver-sammlung doch dahin, daß

- die am 21.2.1968 beschlossene Änderung der Arbeitsweise der Westdeutschen Rektorenkonferenz den Zweck hat, die Zusammenarbeit der Rektoren als Träger der hochschulpoli-tischen Willensbildung in den Plenarversammlungen zu ver-stärken;
- die Durchsetzung der Entschließungen der Plenarversammlungen und die Ausnutzung des Informationswesens für die Arbeit in den einzelnen Hochschulen Sitz und Stimme in den Senaten zur Voraussetzung haben;
- das Präsidium gebeten wird, diese Gründe dem Rektor mitzu-teilen, welcher sich zu der Entsendung eines Dauervertre-ters entschlossen hat.

10.

Aussprache über die Hochschulgesetzgebung

Anknüpfend an Ziff. 6 des Berichtes des Präsidenten nimmt die 64. Plenarversammlung Berichte über den Stand der Hochschulgesetzgebung in Hessen (Vizepräsident Rüegg), Berlin (Prof. Weichselberger), Bayern (Prof. Habscheid) entgegen und verabschiedet im Grundsatz eine Presseerklärung:

Die 64. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (Bad Godesberg, 23.9.1968) hat Berichte der Rektoren über die jüngste Entwicklung der Hochschulgesetzgebung in den einzelnen Ländern zur Kenntnis genommen.

Nach dem bekanntgewordenen Inhalt sehen die neuen Gesetzesvorschläge des Berliner Senats und des Hessischen Kultusministers die sogenannte "Drittelparität" für die Zusammensetzung wichtiger Hochschulorgane vor. Damit stehen sie in eklatantem Widerspruch zu den Grundsätzen der Kultusministerkonferenz vom 10.4.1968 und den Erklärungen der Rektorenkonferenz (Godesberger Rektorenerklärung vom 6.1.1968 und "Kriterien der qualitativen Repräsentation" vom 22.5.1968). Beide Konferenzen haben derartige Regelungen bereits als nicht sachgemäß verworfen und sich für die funktionsgerechte Mitwirkung aller Personengruppen in den Universitätsgremien ausgesprochen.

Vorgänge wie in Berlin und Hessen stören zudem alle Bemühungen um eine in den Grundlinien einheitliche Reform des Hochschulwesens in der Bundesrepublik.

Anmerkung des Sekretariats:

Die Presseerklärung wurde am 23.9.1968 definitiv redigiert.

Vorgänge: 63. WRK (V/9 v. 5.7.68)

3.

Arbeitsgruppe "Prüfungswesen"

Die 64. Plenarversammlung verabschiedet einstimmig (31 Ja;
0 Enthaltungen; 0 Nein) folgende Empfehlung:

Grundsätze für das Prüfungswesen

Die in der Godesberger Rektoren-Erklärung zur Hochschulreform vom 6. Januar 1968 aufgestellten Grundsätze für das Prüfungswesen erfordern, daß der Inhalt der Prüfungen, die Verfahrensgrundsätze und die Beschwerdemöglichkeiten für alle Prüfungen festgelegt werden.

I. Prüfungsziele

1. 1. - und Zwischenprüfungen sind akademische Prüfungen. Sie sollen im Verlaufe des Studiums dem Studenten selbst die Kontrolle über seine Befähigung für das gewählte Studium und seinen Leistungsstand ermöglichen. In ihnen soll festgestellt werden, ob der Student die sachlichen und methodischen Voraussetzungen dafür besitzt, sein Studium erfolgreich fortzusetzen. Dieses Ziel kann je nach den Erfordernissen der einzelnen Fächer durch Prüfungen und/oder durch begleitende Kontrollen beispielsweise auf Grund der Teilnahme an Übungen oder Praktika erreicht werden, die in einem förmlich geordneten Verfahren zu einem bestimmten Zeitpunkt abzuschließen sind. Der Zweck der Prüfungen erfordert nicht notwendig die Benotung der Leistungen.

2. 2. Abschlußprüfungen (Staatsexamina, Diplomprüfungen, Magisterexamina) sollen feststellen, ob der Kandidat in die wissenschaftliche Denk- und Arbeitsweise seiner Fächer soweit eingedrungen ist und das hierzu erforderliche Wissen besitzt, daß er sich ohne Anleitung in neue Fragestellungen einarbeiten und Ergebnisse anwenden kann. Sie können Eingangsprüfungen für bestimmte Laufbahnen nur sein, weil und soweit sich Studiengänge an bestimmten Berufseildirektoren ausrichten. Die Abschlußprüfungen sollen von den für die wissenschaftliche Ausbildung verantwortlichen Hochschullehrern abgenommen werden.

3. Promotionsverfahren sollen feststellen, ob der Kandidat zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit in der Lage ist.

4. Diese jeweiligen Prüfungsziele erfordern auch beim Erlaß staatlicher Prüfungsordnungen die verantwortliche Mitwirkung der Hochschulen. Prüfungen und Studiengänge müssen in Übereinstimmung miteinander gehalten werden. Die Verantwortung hierfür obliegt den Lehrinhalten (Fakultäten, Fachbereichen etc.), die entsprechende Ausführungsbestimmungen zu den Prüfungsordnungen erlassen.

II. Prüfungsanforderungen

1. Prüfungsanforderungen müssen konkret beschrieben und abgegrenzt werden.

2. Der Prüfungsstoff, der von allen Kandidaten in einem Fach gefordert wird (All-

gemeine Anforderungen), muß von den Lehrinhalten bekanntgegeben und, soweit nötig, angeboten werden.

3. Außer diesen Allgemeinen Anforderungen sind für Abschlußprüfungen Beispiele von Prüfungsschwerpunkten aufzuführen, auf die sich der Kandidat für die Prüfung spezialisieren kann.

4. Nach der Vor- bzw. Zwischenprüfung soll – unbeschadet der Allgemeinen Anforderungen – das Studium in fortschreitender Konzentration zu Prüfungsschwerpunkten hinführen. Die Prüfungsschwerpunkte sind vom Kandidaten im Benehmen mit seinen akademischen Lehrern so auszuwählen, daß sich der Kandidat auf bestimmte Teilgebiete seines Studiums konzentrieren kann.

5. Es muß sichergestellt werden, daß sich der Kandidat so rechtzeitig für sein Spezialgebiet entscheiden kann, daß die Festlegung von Prüfungsschwerpunkten sinnvoll bleibt. Der Kandidat hat einen Anspruch auf eine Prüfung in diesen Gebieten. Hierzu kann sich die Wahl der Prüfer oder Prüfungsgruppen durch die Kandidaten empfehlen; in jedem Falle sollen dem Kandidaten die Prüfer rechtzeitig bekanntgemacht werden.

III. Aufteilung von Prüfungsanforderungen

1. Bei der Abschlußprüfung soll – soweit vermeidbar – der Prüfungsstoff der Vor- bzw. Zwischenprüfung nicht erneut geprüft werden.

2. Es wird empfohlen, Prüfungsveranstaltungen und den Prüfungsstoff dadurch zu entlasten, daß Ergebnisse, die im Laufe des Studiums bei der Teilnahme an Seminaren, Übungen oder Praktika u. ä. erzielt wurden, als Prüfungsleistungen anerkannt werden.

3. Es ist anzustreben, daß Teile der Prüfung vorzeitig abgelegt werden können.

IV. Förmliche Ordnung

1. Alle Prüfer, die an der Prüfung eines Kandidaten beteiligt sind, bilden die Prüfungskommission. Prüfungsberechtigt sind alle Lehrenden, soweit sie in der Studienphase, die der entsprechenden Prüfung vorausgeht, eine eigenverantwortliche Lehrtätigkeit ausüben.

2. Es ist generell festzulegen, wie die einzelnen Noten zu gewichten und zu einer Gesamtnote zusammenzuziehen sind.

3. In Fächern, in denen es für die Objektivierung erforderlich ist, sind schriftliche Prüfungsarbeiten grundsätzlich von zwei Fachgutachtern zu beurteilen.

4. Mündliche Prüfungen sind Kollegialprüfungen. Über mündliche Prüfungen ist ein Protokoll aufzunehmen. Das Protokoll muß mit einer Bewertungsnote schließen und nach Unterschrift an den Vorsitzenden der Prüfungskommission abgegeben werden.

5. Mündliche Prüfungen sollten als Gruppenprüfungen abgehalten werden, soweit das der Objektivierung der Ergebnisse dienen kann. Erfahrungen sollten – soweit noch nicht vorhanden – zunächst bei Vor- und Zwischenprüfungen gesammelt werden.

6. Bei mündlichen Prüfungen ist hochschulinterne Öffentlichkeit mindestens dadurch sicherzustellen, daß Studenten des gleichen Fachgebietes als Zuhörer zugelassen werden.

V. Beschwerdemöglichkeit

1. Gegen die Entscheidung der Prüfer muß bei der Prüfungskommission, gegen die Entscheidung der Prüfungskommission bei einem Beschwerdeausschuß Beschwerde eingelegt werden können. Die Beschwerde kann darauf gestützt werden, daß das Prüfungsverfahren nicht ordnungsgemäß sei.

2. Der Beschwerdeausschuß sollte – möglichst unter dem Vorsitz eines Verwaltungsrichters – nach Fachgruppen zusammengesetzt, aber von der Prüfungskommission, gegen die Beschwerde geführt wird, persönlich unabhängig sein. Vertreter der Assistenten und Studenten sollten ihm angehören. Bei Beschwerden gegen Prüfungen, an denen grundsätzlich auch Persönlichkeiten mitwirken, die nicht der Universität angehören, sollten Vertreter dieser Personengruppen hinzugezogen werden.

Für die Weiterentwicklung und die Koordination des Prüfungswesens bestehen für die Selbstverwaltungsorgane der Hochschulen folgende Aufgaben:

- a) Richtlinien zu geben für Erhebungen über das Prüfungswesen an der Hochschule und für jährliche Veröffentlichung der Erhebung Sorge zu tragen;
- b) auf der Grundlage dieser Berichte und der Beobachtung der Entwicklung des Prüfungswesens Vorschläge zur Verbesserung des Prüfungswesens und der Studien auszuarbeiten. Dazu gehört insbesondere die Überprüfung der Frage, wie weit zur Objektivierung des Prüfungswesens mündliche Prüfungen durch neue Prüfungsverfahren (multiple choice etc.) ersetzt werden können.

Einige der hier vorgeschlagenen Empfehlungen können nur bei einer Verstärkung der Sach- und vor allem Personalmittel realisiert werden. Das gilt insbesondere für IV, 3 und IV, 4.

H 0720/114

Der
Universität Freiburg
Universität Heidelberg
Universität (LWH) H o h e n h e i m
Universität (TH) K a r l s r u h e
Universität K o n s t a n z
Universität (WH) M a n n h e i m
Universität (TH) S t u t t g a r t
Universität T ü b i n g e n
Universität (MNH) U l m

UNIVERSITÄT HOHENHEIM	
Datum:	21. NOV. 1968
Nr.	1399
	He Ta

W. Laut

zur gefl. Kenntnis und mit der Bitte um Beachtung.

Stuttgart, den 14. November 1968

Kultusministerium
Baden-Württemberg

Im Auftrag

R. Meyer

Rechnungshof
Baden-Württemberg

75 Karlsruhe, den 24. Oktober 1968

Stabelstraße 12, Fernruf 895-1

Postfach 5360

Neue Rufnummer: 135-1

Nr. 1215 - 264 -

(In der Antwort bitte angeben)

Hpt-Regist. 30.10.68

4. NOV. 1968

An das
Kultusministerium
Baden-Württemberg

S t u t t g a r t

Betrifft: Bau von Werkstätten im Bereich der wissenschaftlichen
Hochschulen

Beilagen: 0

Der Rechnungshof gibt nachstehend von seiner Prüfungsmittelung
an die Oberfinanzdirektion Karlsruhe vom 14.10.1968 Nr. 1208 K/147
d.12 Kenntnis, die die Prüfung der Schlußrechnung des Hochschul-
bauamts Karlsruhe über die Ausgaben für die Baumaßnahme "Techni-
sche Hochschule Karlsruhe: Neubau für die Abteilung Elektrotechnik"
bei Kap. 1208 Tit. 749 y für die Rechnungsjahre 1962 bis 1964 be-
trifft.

Der Rechnungshof legt Wert darauf, daß seine Ausführungen bei
künftigen Planungen von Werkstätten in Sonderheit auch von den
Nutznießern beachtet werden, und bittet deshalb den Universitäten
des Landes zu diesem Zwecke hiervon Kenntnis zu geben.

Der Rechnungshof hat im einzelnen ausgeführt:

"Zu Prüf.Mitt. Nr. II/1 - Institutswerkstätten

Der Rechnungshof hält grundsätzlich die Errichtung von solchen
Einzel-Institutswerkstätten auf so konzentriertem Raum wie hier
nach wie vor aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus für verfehlt.

Kultusministerium

4. NOV. 1968

Nr. H 0710/774

Er sieht sich in seiner Ansicht durch den Bericht der Sonderkommission von Vertretern des Finanz-, des Innen- und des Kultusministeriums - s. Landtagsbeilage IV - 4801 vom 16.8. 1967 - bestätigt. Darin heißt es in Abschnitt 4, Richtzahlen für Raumprogramme, Abs. 3

"... Eine sinnvolle Koordination von Einzelforderungen kann zu verschiedenen Graden der Gruppenbildung und Zusammenfassung führen. Diese Forderung bezieht sich auf Bibliotheken, Verwaltungsräume, auf Werkstätten, Lager ... usw. ... Tierversuchsanlagen sowie von einzelnen Disziplinen selten benutzte, kostspielige Geräte usw."

Zu dem gleichen Ergebnis kommt auch das Zentralarchiv für Hochschulbau in seiner Schrift "4 - Naturwissenschaft - Medizin" im Abschnitt Nr. 2.33. Hier wird ausgeführt:

"Bedarfsanmeldungen für institutsgebundene Werkstätten erfolgen oftmals, weil Maschinen und Werkstattpersonal bereits vorhanden sind und untergebracht werden sollen. Die erstrebenswerte Organisationsform einer Zentralwerkstatt mit all ihren Vorteilen sollte dennoch den Verantwortlichen überzeugend dargelegt und nach und nach durchgesetzt werden. Die Vorteile der baulichen Konzentration wirken sich vor allem aus in der Einschränkung der Gesamtfläche, des Maschinenparks und des Personals bei gleichgroßer Leistung."

Diese Erkenntnisse sollten die Bauverwaltung veranlassen, bei künftigen Raumprogrammforderungen der Nutznießer auf Einzel-Institutswerkstätten aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus tunlichst eine gemeinsame Zentralwerkstatt anzustreben. Nur in den seltensten Fällen dürften betriebstechnische und organisatorische Gründe die Ausführung von Einzel-Institutswerkstätten gegenüber einer Zentralwerkstatt rechtfertigen. Der Rechnungshof wird deshalb den Bau von Werkstätten im Bereich der wissenschaftlichen Hochschulen mit besonderem Interesse weiterverfolgen."

In Vertretung
gez. Dr. Bockshammer



Beglaubigt

Hahnke
Angestellter

Heilenbein

zu TO Pz: Bauhaushaushalt

E 21.11.68 lk

Vorschläge zur Änderung des Haushaltsplans der wissenschaft-

lichen Hochschulen Baden-Württemberg

(ausgearbeitet von den leitenden Verwaltungsbeamten dieser Hochschulen im Oktober 1968)

Vorbemerkung:

Die gegenwärtige Hochschulreformdebatte und die ihr zugrundeliegende Situation der Hochschulen verlangen dringend auch ein neues Überdenken der in den Hochschulhaushaltsplänen angewendeten Eingliederungs- und Veranschlagungsgrundsätze. In zahlreichen Memoranden, Entschlüssen usw. wird darüber hinaus bereits der Globalhaushalt im umfassenden Sinne des Wortes als zukunftsfähiges Reformmodell einer in ihrer Entscheidungskraft gestärkten autonomen Universität angesprochen.

Nag auch die zuletzt genannte Reform des Hochschulhaushaltswesens wegen ihrer grundsätzlichen Problematik noch nicht in nächster Zeit zu erwarten sein, so ist es doch angezeigt und notwendig, die jene Reformüberlegungen vorgehenden Tendenzen schon bald, beginnend mit dem Haushaltsjahr 1970, insoweit aufzugreifen, als durch einzelne Änderungen der Hochschulhaushaltspläne wesentliche Verbesserungen und Erleichterungen für die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Baden-Württemberg erreicht werden können. Derartige Teilreformen können zugleich der Vorbereitung einer weitgehenden Haushaltsreform dienen.

Die Universitätsverwalter des Landes haben in diesem Sinne die schon jetzt gegebenen Möglichkeiten geprüft und den folgenden Katalog von Vorschlägen ausgearbeitet. Die Vorschläge verfolgen die Absicht, die Hochschulen in ihrer heutigen angespannten Situation flexibler und anpassungsfähiger zu machen.

Ihre Verwirklichung würde es bis zu einem gewissen Grade erlauben, die im Etat veranschlagten Mittel besser auszunutzen. Auf diesem Wege können die gestellten Möglichkeiten der neuen Leistungsorgane nach dem Hochschulgesetz, insbesondere des Verwaltungsrats, von vornherein gestärkt und mit den Vorstellungen des Hochschulgesetzgebers zur Geltung gebracht werden.

Die Vorschläge sollen schließlich der Vereinfachung dienen. Sie können mit Beiträgen zu einer Entlastung der obersten Dienstbehörden von Detailfragen. Bei der örtlichen Hochschulverwaltung werden sie eine gewisse, in ihrem Ausmaß nicht genau vorhersehbare Verringerung der Arbeit infolge Zuneigung von Buchungs- und Überwachungsgeschäften mit sich bringen.

I. Sachsaufbau

1. Zusammenfassung der Titel 200 bis 209 bei Titel 300;
2. Vorschlagung der Mittel von Titel 218 und 302 ebenfalls bei Titel 300. Bei der Verteilung der Mittel des Tit. 300 wird von Verwaltungsrat ein bestimmter Betrag, der für Dienstreisen und Reisebeihilfen verwendet werden kann, zurückbehalten. Dieser Betrag wird von der Verwaltung zentral bewirtschaftet. Reisekosten und Reisebeihilfe können nur aus der gebildeten Reserve bewilligt werden.
3. Die Vorschlagung bei Tit. 370 soll in der Weise geändert werden, daß nicht mehr eine Summe von Einzelentlagen zusammengestellt wird, sondern daß eine sogenannte Abschreibungsquote jährlich den Hochschulen global bewilligt wird. Es wäre die Gesamtinvestition an einmaligen Mitteln festzustellen, diese auf eine bestimmte durchschnittliche Lebensdauer zu ermitteln und einen entsprechenden Erneuerungsbedarf jährlich dann festzustellen.
4. Die Titel 371 ff. sollten nur noch für die Ausstattung von Neubauten Verwendung finden oder für das Auftreten von neuen Bedürfnissen, für die eine Abschreibungsquote nicht möglich ist und wenn es sich um Beträge von über 250.000,- DM handelt.
5. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit des Titels 300 mit den Titeln 370 ff. derzeit ist nur mit Titel 370 die Deckungsfähigkeit vorhanden. Ausnahme für Mittel der Ausstattung von Neubauten, an denen der Bund oder andere Stellen einen Zuschuß leisten.
6. Die Titel 303, 304 und 306 sollen auch bei Tit. 300 vorschlagung werden.

7. Die Titel 320 bis 323 sollten in einem Titel als Zuwendungen Dritter zusammengefaßt werden.
8. Verfügung über die Haushaltsreste durch Universität ohne das Erfordernis einer Zustimmung des Finanzministeriums (vgl. § 30 Abs. 2 HHO).
9. Verzicht auf das Erfordernis einer besonderen Freigabe der einmaligen Mittel (vgl. § 26 der "DVHL").

II. Personalhaushalt

1. Titel 104c und 104d sollten zu 104e (neu) zusammengefaßt werden.
2. Titel 125 soll ebenfalls in 104e aufgehen und unter einer besonderen Ziffer in den Erläuterungen zu 104e ausgebracht werden.
3. Titel 104e (neu) soll zusätzlich alle Mittel aufnehmen, die durch Nichtbesetzung von Stellen aller Kategorien (also nicht nur von Stellen für Wissenschaftliche Assistenten) eingespart werden. Mit diesen Mitteln sollen dann alle Personalausgaben mit der Zweckbestimmung des Titel 104e (neue) angestellt und Angestellte aller Kategorien auf befristete Zeit angestellt werden können.
4. Titel 104e (neu) soll - wie jetzt 104d (aa) - mit Titel 300 gegenseitig deckungsfähig sein).
5. Die im Haushaltsplan ausgebrachten Stellen sollen nur noch nach Beamten, Angestellten und Arbeitern und den jeweiligen Besoldungs- bzw. Vergütungsgruppen, jedoch nicht mehr nach den verschiedenen Diensten gegliedert werden. Hilfsweise wird vorgeschlagen, die Universitäten durch Haushaltsvermerke zu ermächtigen, innerhalb einer Besoldungs- oder Vergütungsgruppe einen Austausch von Stellen zwischen den verschiedenen Diensten vorzunehmen.

In Auftrag
der Leitenden Verwaltungsbeamten
der Universitäten in Baden-Württemberg

(gez.) Dr. Hendry

Boekenheim

zu TOP: Unverbindliches

E
21.11.68
He

K. S.

UNIVERSITÄT KONSTANZ
Der Vorsitzende des Ausschusses für
Studentenfragen

775 Konstanz, 30. 10. 1968.
Sonnenbühl, Haus J.
App. 63451/450.
Str./Ha.

An den Rektor der Universität Konstanz,
Herrn Professor Dr. Gerhard H e s s

775 Konstanz

Auf der Insel 1

Min 4/11

Betr.: Disziplinarordnung.

Sehr geehrter Herr Hess,

nachdem der Ausschuss für Studentenfragen seinen Entwurf der Disziplinarordnung ausgearbeitet hatte, das Studentenparlament nach eingehender Diskussion diesem Entwurf zustimmte und ich als Ausschuss-Vorsitzender dem Kleinen Senat in der Sitzung vom 12. 6. 1968 über den Entwurf berichtet hatte, hatte der Kleine Senat in seinem Protokoll festgestellt und dem Ausschuss mitgeteilt, dass "von den Bestimmungen des § 55 Hochschulgesetz nicht abgewichen werden kann". Der Ausschuss möge daher statt der §§ 1-6 seines Entwurfs den § 55 des Hochschulgesetzes übernehmen und den Rest seines Entwurfs im Sinne einer Verfahrensordnung hinzufügen. "Ferner möge der Ausschuss für Studentenfragen einen Katalog d e r Fälle ausarbeiten, in denen ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden soll".

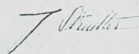
Der zuletzt zitierte Satz des Protokolls und Schreibens ist offenbar ein Missverständnis des Protokollanten. Sowohl in der Sitzung des Kleinen Senats als auch bei allen früheren Besprechungen mit dem Rektor, dem Leitenden Verwaltungsbeamten, der Studentenschaft und innerhalb des Ausschusses war die Ansicht vertreten worden, ein solcher Negativkatalog solle von den Organen der Studentenschaft ausgearbeitet und zwischen Studentenschaft und Rektor erörtert werden. In der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses mit dem Studentenparlament vor nunmehr fast 1 Jahr war demgemäss auch eine Kommission des Studentenparlaments zur Aufstellung dieses Katalogs

gebildet worden, die allerdings nicht tätig geworden zu sein scheint. Der Ausschuss vertritt die Auffassung, dass es nicht Aufgabe des Ausschusses sondern nur der Studentenschaft sein kann, einen solchen Katalog aufzustellen. Selbstverständlich ist der Ausschuss bereit, im Falle einer Nichteinigung zwischen Studentenschaft und Rektor bzw. Kleinem Senat über diesen Katalog zu vermitteln. So war das Verfahren seit jeher gedacht und ist unserer Auffassung nach auch so am angemessensten.

Der Auftrag des Kleinen Senats an den Ausschuss, die §§ 1-6 seines Entwurfs durch § 55 des Hochschulgesetzes zu ersetzen und die restlichen Paragraphen in eine Verfahrensordnung umzuwandeln, ist im Ausschuss eingehend diskutiert worden, aber auf schwerwiegende Bedenken aller Ausschussmitglieder gestossen. Der Ausschuss sieht sich ausserstande, eine solche Veränderung vorzunehmen, da es sich bei seinem Entwurf um eine geschlossene Konzeption handelt (deren Geschlossenheit sowohl von der Studentenschaft als auch von der Spitze der Universität als auch sogar von Beamten des Kultusministeriums in den Erörterungen bestätigt und gewürdigt worden ist). Eine Anpassung des Entwurfs an § 55 des Hochschulgesetzes würde die Konzeption zerstören, wobei erschwerend hinzukommt, dass § 55 des Hochschulgesetzes Unklarheiten, Unstimmigkeiten und schwere gesetzestechnische Mängel aufweist und gegen seine Prinzipien grundsätzliche Bedenken bestehen. Der Ausschuss vertritt daher die Auffassung, dass die auch vom Kleinen Senat erstrebte, im Protokoll und im Schreiben an den Ausschuss ausdrücklich erwähnte Novellierung des § 55 im Sinne der §§ 1-6 unseres Entwurfs am ehesten erreicht werden kann, wenn man jetzt an diesem Entwurf festhält und ihn nicht durch Aufgabe seiner Prinzipien an den § 55 der jetzigen Fassung anpasst. Das gilt umsomehr, als offenbar auch an den anderen Universitäten des Landes die Tendenz besteht, eine Änderung des § 55 zu erstreben, um ein Disziplinarrecht oder Ordnungsrecht der Universitäten im Sinne unserer Konzeption zu erreichen, Bemühungen, die auch an Universitäten anderer Länder trotz widersprechender Hochschulgesetze festzustellen sind. Im Übrigen hegt der Ausschuss Bedenken, in eine nach dem Wunsch des Kleinen Senats gemäss § 55 Absatz 4 auszuarbeitende Verfahrensordnung einen Disziplinaranwalt aufzunehmen, weil in der vollständigen Aufzählung der Disziplinarbehörden § 55 Absatz 2 des Hochschulgesetzes ein solcher Anwalt gar nicht vorgesehen ist.

Der Ausschuss kam daher einmütig zu dem Entschluss, seinen Entwurf der Disziplinarordnung dem Kleinen Senat noch einmal mit der Bitte um Zustimmung und Weiterleitung an das Ministerium vorzulegen. Sollte dieses trotzdem an einer Harmonisierung mit § 55 festhalten, könnte dieses rein technische Verfahren vom Ministerium selbst oder der Verwaltung durchgeführt werden. Der Ausschuss bedauert aus diesen Gründen, den Auftrag des Kleinen Senats nicht durchführen zu können, glaubt aber, darin im Sinne der von allen Organen der Universität vertretenen Konzeption zu handeln.

In vorzüglicher Hochachtung


(J. Striedter)

Disziplinarordnung

Alle Angehörigen der Universität sind verpflichtet, vermeidbare Störungen des Lehr- und Forschungsbetriebs zu unterlassen und die Ordnung in der Universität zu wahren. Da die Beamten dem Landesbeamtengesetz und der Disziplinarordnung, die übrigen Bediensteten dem allgemeinen Arbeitsrecht sowie den Bestimmungen des BAT und MTL unterworfen sind, gilt die folgende Disziplinarordnung nur für Studenten und Gasthörer.

§ 1.

Gegen Studenten und Gasthörer, die schuldhaft den Lehr- und Forschungsbetrieb stören, oder in anderer Weise schuldhaft die Ordnung in der Universität verletzen (Disziplinwidrigkeiten), können Disziplinarmaßnahmen ergriffen werden.

§ 2

Disziplinarmaßnahmen gegen Studenten sind:

1. der Verweis;
2. a) das Verbot, an den Lehrveranstaltungen teilzunehmen, auf die sich die Störung bezieht;
b) das auf höchstens ein Studienjahr befristete Verbot, die Einrichtungen zu benutzen, auf die sich die Störung bezieht;
3. die Androhung der Entfernung von der Universität;
4. die auf höchstens ein Studienjahr befristete Entfernung von der Universität;
5. die dauernde Entfernung von der Universität.

§ 3

Disziplinarmaßnahmen gegen Gasthörer sind:

1. der befristete Entzug des Gasthörerrechts;
2. der dauernde Entzug des Gasthörerrechts.

§ 4

Die im § 2, 4-5 genannten Disziplinarmaßnahmen können in das Studienbuch eingetragen werden. Über die Eintragung entscheidet der Disziplinarausschuss.

§ 5

In Verbindung mit den im § 2, 2-4 genannten Disziplinarmaßnahmen können Studenten, die in der Selbstverwaltung der Universität ein Amt innehaben, dieses Amtes enthoben werden. Für die Amtsenthebung ist die Zustimmung des Organs erforderlich, das den Inhaber des Amtes vorgeschlagen oder gewählt oder bestellt hat.

§ 6

Ist seit dem Begehen einer Disziplinwidrigkeit mehr als ein Jahr vergangen, so sind Disziplinarmaßnahmen nicht mehr zulässig. Die Frist ruht, solange das Disziplinarverfahren betrieben wird.

§ 7

Disziplinarmaßnahmen sind Angelegenheit der Disziplinarbehörden. Die Disziplinarbehörden handeln nach pflichtgemäßem Ermessen.

Ist zum gleichen Sachverhalt ein gerichtliches Verfahren eingeleitet worden und besteht kein unmittelbares Schutzbedürfnis im Sinne des § 1, so ist von Disziplinarmaßnahmen abzusehen.

§ 8

Disziplinarbehörden sind:

1. der Rektor,
2. der Disziplinarausschuss,
3. der Disziplinaranwalt.

§ 9

Der Disziplinarausschuss besteht aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern.

Der Vorsitzende des Disziplinarausschusses ist nicht Mitglied der Universität und muss die Befähigung zum Richteramt haben. Beisitzer sind ein Mitglied des Lehrkörpers und ein Student. Der Vorsitzende und die Beisitzer sind bei der Ausübung ihrer Tätigkeit unabhängig und an keine Weisungen gebunden.

§ 10

Der Grosse Senat bestellt auf Vorschlag des Kleinen Senats den Vorsitzenden des Disziplinarausschusses sowie den Beisitzer, der Mitglied des Lehrkörpers ist. Das nach der Satzung der Studentenschaft zuständige Organ bestellt den studentischen Beisitzer. Für den Vorsitzenden und die Beisitzer ist zugleich je ein Stellvertreter zu bestimmen.

Die Amtszeit des Vorsitzenden sowie des Beisitzers, der Mitglied des Lehrkörpers ist, beträgt drei Jahre. Die Amtszeit des studentischen Beisitzers beträgt ein Jahr. Die wiederholte Bestellung desselben Vorsitzenden und derselben Beisitzer ist zulässig.

§ 11

Der Disziplinaranwalt muss die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst haben. Er wird im Einvernehmen mit dem Kleinen Senat vom Rektor bestellt und abberufen. Der Disziplinaranwalt handelt im Auftrage und auf Weisung des Rektors.

§ 12

Die im § 2, 3-5 genannten Disziplinarmaßnahmen kann nur der Disziplinarausschuss verhängen. Die übrigen Disziplinarmaßnahmen kann auch der Rektor treffen.

§ 13

Eine Disziplinarmaßnahme darf nur getroffen werden, wenn der Beschuldigte rechtzeitig vorher Gelegenheit erhalten hat, sich vor einer Disziplinarbehörde zu den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zu äussern.

§ 14

Der Beschuldigte kann sich in jeder Lage des Disziplinarverfahrens eines Beistandes bedienen. Der Beschuldigte und der Beistand haben das Recht zur Einsicht in die Akten, die dem Disziplinarverfahren zugrunde liegen.

§ 15

Werden Tatsachen bekannt, die den Verdacht einer Disziplinwidrigkeit rechtfertigen, so können der Rektor, dessen Stellvertreter oder das nach der Satzung der Studentenschaft zuständige Organ den Disziplinaranwalt veranlassen, die zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlichen Ermittlungen anzustellen. Dabei sind nicht nur die belastenden, sondern auch die entlastenden Umstände zu ermitteln.

Alle Angehörigen der Universität sind verpflichtet, vor dem Disziplinaranwalt zu erscheinen, ihm gegenüber als Zeugen wahrheitsgemäss Aussagen zu machen und ihm in ihrem Besitz befindliche Beweismittel auf Verlangen zugänglich zu machen.

§ 16

Der Disziplinaranwalt berichtet dem Rektor über das Ergebnis der Ermittlungen.

Der Rektor entscheidet, ob das Disziplinarverfahren von ihm oder vom Disziplinarausschuss durchgeführt oder ob es eingestellt werden soll.

Sind die Ermittlungen auf Antrag des nach der Satzung der Studentenschaft zuständigen Organe angestellt worden, so ist demselben die Einstellung des Disziplinarverfahrens mitzuteilen.

Ist der Beschuldigte bei den Ermittlungen vernommen worden oder hat er auf andere Weise von den Ermittlungen Kenntnis erlangt, so ist ihm auf Verlangen die Einstellung des Disziplinarverfahrens schriftlich mit Angabe der Gründe mitzuteilen.

§ 17

Wird das Disziplinarverfahren vom Rektor durchgeführt, so erlässt er eine Disziplinarverfügung.

Die Disziplinarverfügung ist schriftlich zu begründen. Sie ist dem Beschuldigten mit Rechtsmittelbelehrung zu eröffnen oder zuzustellen. Über die Eröffnung ist eine Niederschrift aufzunehmen.

Der Rektor kann die Eröffnung der Disziplinarverfügung dem Disziplinaranwalt übertragen.

§ 18

Gegen die Disziplinarverfügung kann der Beschuldigte innerhalb eines Monats schriftlich oder zur Niederschrift beim Rektor Widerspruch erheben.

Über den Widerspruch entscheidet der Disziplinarausschuss.

§ 19

Wenn der Rektor das Disziplinarverfahren dem Disziplinarausschuss überträgt oder gegen die Disziplinarverfügung des Rektors Widerspruch erhoben wird, so bestimmt der Vorsitzende den Termin der mündlichen Verhandlung.

Die vom Disziplinaranwalt verfertigte Anschuldigungsschrift ist vom Beschuldigten zusammen mit der Ladung übersenden. Die Ladung muss den Hinweis enthalten, dass der Disziplinarausschuss berechtigt ist, in Abwesenheit des Beschuldigten zu verhandeln und zu entscheiden, wenn der Beschuldigte trotz ordnungsmässiger Ladung ohne glaubhafte hinreichende Entschuldigung zum Verhandlungstermin nicht erscheint.

Die mündliche Verhandlung ist nicht öffentlich. Der Rektor und der Vorsitzende des Allgemeinen Studentenausschusses oder dessen

Bbeauftragter können der Verhandlung beiwohnen. Der Vorsitzende kann die Anwesenheit von einzelnen Angehörigen der Universität und der Angehörigen des Beschuldigten gestatten. Der Disziplinaranwalt vertritt die Anschuldigung in der mündlichen Verhandlung.

Schriftliche Beweismittel können durch Verlesen zum Gegenstand der mündlichen Verhandlung gemacht werden.

Der Disziplinarausschuss entscheidet auf Grund der mündlichen Verhandlung mit Stimmenmehrheit. Der Beschluss ist zu begründen, vom Vorsitzenden und den Beisitzern zu unterschreiben und, soweit der Beschuldigte durch den Beschluss beschwert ist, mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen. Eine von der Mehrheit abweichende Meinung ist auf Verlangen dessen, der diese Meinung vertritt, nebst Gründen im Verhandlungsprotokoll zu vermerken.

§ 20

Ist eine Disziplinwidrigkeit eines Studenten zu verfolgen, so kann der Rektor oder mit seiner Ermächtigung der Disziplinaranwalt die Exmatrikulation sperren.

Ist eine Entscheidung zu erwarten, die dem Beschuldigten die Teilnahme an bestimmten Lehrveranstaltungen oder die Benutzung bestimmter Einrichtungen verbietet, so kann der Rektor die betreffende Massnahme bis zur Entscheidung des Disziplinarausschusses, jedoch höchstens für einen Monat, vorläufig anordnen. Über den Widerspruch gegen eine vorläufige Anordnung des Rektors entscheidet der Disziplinarausschuss.

§ 21

Das Disziplinarverfahren ist gebührenfrei.

Wird gegen den Beschuldigten keine Disziplinar-massnahme verhängt, oder wird das Disziplinarverfahren eingestellt, so sind die dem Beschuldigten erwachsenen notwendigen Auslagen zu erstatten. Zu den notwendigen Auslagen gehören auch die Kosten, die dem Beschuldigten durch Beauftragung eines Beistandes im Fall eines Verfahrens erwachsen sind. Dem Beschuldigten können die Auslagen auferlegt werden, die er durch seine schuldhafte Versäumnis verursacht hat.

§ 22

Die Vorschriften der Strafprozessordnung über die Vernehmung und Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen, über das Recht der Zeugnis-, Auskunft- und Gutachtenverweigerung sowie die Vorschriften des Beamtenrechts über das Erfordernis einer Aussagegenehmigung finden sinngemäss Anwendung.

§ 23

Die Vollstreckung von Disziplinarmaßnahmen obliegt dem Rektor. Der Rektor kann im Einvernehmen mit dem Disziplinar-
ausschuss Sachverhalt und Disziplinarmaßnahmen ohne Namens-
nennung durch Aushang bekanntgeben.

WESTDEUTSCHE REKTORENKONFERENZ

532 Bad Godesberg, Ahrstraße 39, Telefon 7 69 11

An die
Universität Hohenheim

7 Stuttgart-Hohenheim
Schloßgebäude
Postfach 73

UNIVERSITÄT HOHENHEIM				
Eing.: 2 6. AUG. 1968				
Nr.		Beil.		

Bad Godesberg,

den 19.8.1968

Reg. Nr. III/7578

unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 15.8.1968.
als Material für

Bezeichnung der Anlage(n): 30 Ex.
Dokumente zur Hochschulreform II/1968

mit der Bitte um Kenntnisnahme
und mit verbindlicher Empfehlung
im Auftrage

R. Mooshake

(R. Mooshake)
Dokumentarin

An die

Geschäftsstelle
der Westdeutschen
Rektorenkonferenz

532 Bad Godesberg
Ahrstr.39

15.8.1968.

Betr.: Dokumente zur Hochschulreform II/1968
(Godesberger Rektoren-Erklärung vom
6.1.1968. Empfehlungen zu: Zulassungsbe-
schränkungen, Stellg.d.Assistenten, Son-
derforschungsbereiche, qualitat.Repräsent.)

Die von Ihnen herausgegebenen Dokumente zur Hoch-
schulreform II/1968 sind für unsere Universität
zur Ausarbeitung einer neuen Grundordnung von
Interesse. Ich bitte Sie deshalb um Zusendung
von 30 Exemplaren der genannten Broschüre.

ImAuftrag

He

Regierungsassessor

HANS L. MERKLE

- Sekretariat -

7 Stuttgart 1, den 22.8.1968

Postfach 50

Robert Bosch GmbH

An die
Universität Hohenheim
(Landwirtschaftliche Hochschule)
Rektoramt
Postfach 73
7 Stuttgart-Hohenheim

UNIVERSITÄT HOHENHEIM				
Eing.:		26. AUG. 1968		
Nr.		Beil.:		

Sehr geehrte Herren,

In Beantwortung Ihres Briefs vom 16.8.68, He/Ba, sende ich Ihnen hiermit 25 Exemplare des Abdrucks von Herrn Merkles Vortrag vom 6.12.67 "Was erwartet die Gesellschaft von der Universität?". Leider können wir nicht die gewünschten 30 Stück zur Verfügung stellen, da unser Vorrat fast aufgebraucht ist.

Mit freundlichen Grüßen

I.A.

Kottsiapae
(Sekretärin)

PROFESSOR DR. GÖTZ HUECK

HAMBURG 52 NIENSTEDTEN
POLOSTRASSE 1

24.8.1968

Universität Hohenheim
Rektoramt
7000 Stuttgart-Hohenheim
Postfach 73

UNIVERSITÄT HOHENHEIM			
Eing.:	27. AUG. 1968		
Nr.	Seil.:		

Betr.: Ihr Schreiben vom 16.8.1968 He/Ba.

Sehr geehrte Herren!

Mit dem oben bezeichneten Schreiben haben Sie um Übersendung von 30 Exemplaren der von mir mitverfaßten "Leitsätze zur Universitätsreform in Hamburg" gebeten.

Obwohl die Schrift zweimal in mehreren tausend Exemplaren gedruckt worden ist, stehen den Verfassern heute nur noch vereinzelte Exemplare zur Verfügung. Zu meinem Bedauern kann ich Ihnen daher statt der gewünschten 30 nur noch 2 Restexemplare übersenden. Falls Sie davon für Ihre Zwecke Kopien anzufertigen wünschen, bestehen dagegen seitens der Verfasser keine Bedenken.

Mit vorzüglicher Hochachtung



16.8.1968.

Herrn

Professor Dr. Georg P i c h t
Forschungsstätte d. Ev.Studien-
gemeinschaft e.V.
Christophorus-Stift

69 H E I D E L B E R G
Schmeilweg 5

Sehr geehrter Herr Professor!

Der von Ihnen verfasste Artikel "Was erwarten Staat und Gesellschaft von der Universität?", der in Heft 1/2 1968 der Zeitschrift "Merkur" veröffentlicht wurde, ist für unsere Universität zur Ausarbeitung einer neuen Grundordnung von Interesse. Ich möchte Sie deshalb bitten, uns freundlicherweise 30 Sonderdrucke dieses Artikels zur Verfügung zu stellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrag

Hc

Regierungsassessor

Institut
für Animalische Physiologie
der J. W. Goethe-Universität
Prof. Dr. med. G. Vossius

6 Frankfurt a. M. S 10, den 23/8/1968
Ludwig-Rehn-Straße 14
(Theodor-Stern-Haus)
Telefon 77064 Durchwahl 798 6987

UNIVERSITÄT HOHENHEIM	
Eing.: 28. AUG. 1968	
Nr.	Beil.

An das
Rektoramt der
Universität Hohenheim
Landwirtschaftliche Hochschule
7000, Stuttgart - Hohenheim
Postfach 73

Sehr geehrter Herr Regierungsassessor!

Für Ihren Brief vom 13/8/1968 bedanke ich mich im
Auftrag von Herrn Prof. Vossius.

Beiliegend übersenden wir Ihnen die gewünschten 20
Exemplare der "Vorschläge zur Hochschulreform der
Nichtordinarien der Universität Frankfurt".

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrag

Kornmann

MITTEILUNGEN

DER

RUPRECHT-KARL-UNIVERSITÄT

HEIDELBERG

UNIVERSITÄT HEIDELBERG	
Datum:	26. AUG. 1968
Druck:	
He	

Nr. 23



69 Heidelberg 2 · Grabengasse 1 · Postfach 3065 · Telefon Nr. 54311
- Pressestelle der Universität -

Das Ergebnis der Wahl zur Grundordnungsversammlung
am 26. Juli 1968

A. In der Wahlgruppe der ordentlichen und außerordentlichen Professoren

I. Zur Wahl standen die Vorschläge

"Reform" mit den Bewerbern	und	"semper" apertus" mit den Bewerbern
1. Dr. phil. Hans-Joachim Arndt		1. Dr. rer. nat. Otto Haxel
2. Dr. rer. nat. Klaus Krickeberg		2. Dr. med. Wilhelm Doerr
3. Dr. rer. nat. Horst Leptin		3. Dr. phil. Werner Conze
4. Dr. Ing. Hans Pfenninger		4. Dr. iur. Hubert Niederländer
5. Dr. theol. Rolf Rendtorff		5. Dr. phil. Erich Köhler
6. Dr. med. Hans Schaefer		6. Dr. theol. Martin Schmidt
7. Dr. rer. nat. Volker Soergel		7. Dr. iur. Klaus Vogel
8. Dr. phil. Ernst Eugen Mat		8. Dr. med. Wolfgang Hoffmeister
9. Dr. phil. Franz Weinert		9. Dr. phil. Helmut Neubauer
10. Dr. phil. Carl-Christian Erhr. v. Weissäcker		10. Dr. rer. nat. Wolfgang Sundermeyer
		11. Dr. rer. nat. Hans Maaß
		12. Dr. iur. Götz Landwehr
		13. Dr. med., Dr. med. dent. Heinz- Friedrich Overdiek
		14. Dr. theol. Manfred Seitz

II. Gewählt wurde im Wahllokal 1 (Alte Universität, Senatssaal):

Wahlberechtigt waren	231
Ihre Stimme haben abgegeben	174
Wahlbeteiligung	75,3 %
Ungültige Stimmen	13

III. Die Wahlvorschläge haben eine Gesamtstimmenzahl erreicht von:

a) "semper apertus"	b) "Reform"
1.239	356

Nach den Regeln der Verhältniswahl erhielten daher von den insgesamt zu vergebenden 10 Sitzen:

- a) der Vorschlag "semper apertus": 8 Sitze
- b) der Vorschlag "Reform": 2 Sitze

Sie entfallen nach Maßgabe der erhaltenen Stimmen

- a) bei dem Vorschlag "semper apertus" auf:

	Stimmenzahl
1. Dr.iur.Klaus Vogel	125
2.Dr.rer.nat.Otto Haxel	124
3.Dr.med.Wilhelm Doerr	122
4.Dr.phil.Erich Köhler	113
5.Dr.med.Wolfgang Hoffmeister	112
6.Dr.phil.Werner Conze	110
7.Dr.iur.Hubert Niederländer	106
8.Dr.rer.nat.Wolfgang Sundermeyer	96

- b) bei dem Vorschlag "Reform" auf:

1.Dr.theol.Rolf Rendtorff	42
2.Dr.med.Hans Schaefer	42

Ersatzleute sind ebenfalls nach Maßgabe und in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen:

- a) bei dem Vorschlag "semper apertus"

1.Dr.phil.Helmut Neubauer	94
2.D.theol.Martin Schmidt	83
3.Dr.med.,Dr.med.dent.Heinz-Friedrich Overdiek	48
4.Dr.rer.nat.Hans Maaß	44
5.Dr.iur.Götz Landwehr	44
6.Dr.theol.Manfred Seitz	18

- b) bei dem Vorschlag "Reform"

1.Dr.rer.nat.Horst Leptin	37
2.Dr.phil.Hans-Joachim Arndt	36
3.Dr.rer.nat.Klaus Krickeberg	36
4.Dr.Ing. Hans Plieninger	36
5.Dr.phil.Ernst Tugendhat	36
6.Dr.rer.nat.Volker Soergel	32
7.Dr.phil.Carl-Christian v. Weizsäcker	31
8.Dr.phil.Franz Weinert	28

B. In der Wahlgruppe der Dozenten

I. Zur Wahl standen die Vorschläge

"Alpha" mit den Bewerbern und "Beta" mit den Bewerbern

- | | |
|---------------------------------|----------------------------|
| 1.Dr.iur.Hans Hugo Klein | 1.Dr.iur.Günther Bemann |
| 2.Dr.med.Michael Steinhäuser | 2.Dr.med.Waldemar Hecker |
| 3.Dr.rer.nat.Wolfgang Kräusel | 3.Dr.phil.Gert Köbrich |
| 4.Dr.theol.Gustav Adolf Benrath | 4.Dr.phil.Hans-Jürgen Nitz |
| 5.Dr.phil.Ernst Wilhelm Müller | 5.Dr.med.Herbert Immich |

Gewählt wurde in 3 Wahllokalen und zwar im:

- Wahllokal 1 (Alte Universität Senatssaal) von den Dozenten aller Fakultäten, ausgenommen diejenigen der Kliniken und des Serologischen Instituts
- Wahllokal 2 (Klinikum, Gebäude 41) von den Dozenten der Heidelberger Kliniken und des Serologischen Instituts
- Wahllokal 12 (Klinikum Mannheim) von den Dozenten des Klinikum Mannheim

Wahlberechtigt waren:

Im Wahllokal 1 :	219
Im Wahllokal 2 :	72
Im Wahllokal 12 :	<u>9</u>
Zusammen :	300

II. Wegen der geringen Wählerzahl im Wahllokal 12 wurden die dort abgegebenen Stimmen zur Auszählung in das Wahllokal 2 gebracht und sind dort noch vor der Öffnung der Wahlumschläge mit den Heidelberger Stimmen vermischt.

In den folgenden Angaben sind daher die Ergebnisse der Wahllokale 2 und 12 zusammengefaßt.

Ihre Stimme haben abgegeben:

Im Wahllokal	1	2 und 12	zusammen
Abgegebene Stimmzettel	75	46	119
Wahlbeteiligung	33,3% aus 219	56,8% aus 81	39,7% aus 300
Ungültige Stimmzettel	3	5	8

III. Die Wahlvorschläge und ihre Bewerber haben folgende Stimmenzahlen erreicht:

1. Der Wahlvorschlag "Alpha"

im Wahllokal	1	2 und 12	Gesamtstimmenzahl
Dr. Klein	29	16	45
Dr. Steinhausen	28	23	51
Dr. Kräusel	34	11	45
Dr. Benrath	8	-	8
Dr. Müller	8	1	9
Gesamtstimmenzahl des Wahlvorschlags			<u>158</u>

2. Der Wahlvorschlag "Beta"

im Wahllokal	1	2 und 12	Gesamtstimmenzahl
Dr. Bömmann	30	16	46
Dr. Hecker	16	22	38
Dr. Köbrich	30	5	35
Dr. Nitz	12	-	12
Dr. Immich	7	24	31
Gesamtstimmenzahl des Wahlvorschlags			<u>162</u>

Nach den Regeln der Verhältniswahl erhielten daher von den insgesamt zu vergebenden 3 Sitzen:

- a) der Vorschlag "Beta" 2 Sitze
- b) der Vorschlag "Alpha" 1 Sitz

Sie entfallen nach Maßgabe der erhaltenen Stimmen

	Stimmenzahl
a) bei dem Vorschlag "Beta" auf:	
1. Dr. iur. Günter Bemann	46
2. Dr. med. Waldemar Hecker	16
b) bei dem Vorschlag "Alpha" auf:	
1. Dr. Med. Michael Steinhausen	51

Ersatzleute sind, ebenfalls nach Maßgabe und in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen,

a) bei dem Vorschlag "Beta"

b) bei dem Vorschlag "Alpha"

Stimmenzahl

Stimmenzahl

1. Dr.phil.
Gert Köblich 35

1. Dr.iur.
Hans Klein 45

2. Dr.med.
Herbert Immich 31

2. Dr.rer.nat.
Wolfgang Kräusel 45

3. Dr.phil.
Hans-Jürgen Nitz 12

3. Dr.phil.Ernst-
Wilhelm Müller 9

4. Dr.theol.Gustav-
Adolf Benrath 8

C. In der Wahlgruppe der Direktoren, Akademischen Räte und Oberräte

I. Da nur der Wahlvorschlag "vergleichbare Räte" eingereicht worden war, wurde nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl ohne Bindung an den Vorschlag gewählt. Auf dem Wahlvorschlag bewarben sich:

1. Hans Walch
2. Dr.phil.Wolfgang Helbich
3. Dr.med.Martin Jacubeit
4. Dr.phil.Ettore Brissa
5. Dr.med.Johannes Rossner
6. Dr.rer.nat.Bernhard Damm

Es stand den Wählern frei, auch anderen Mitgliedern dieser Wahlgruppe ihre Stimme zu geben.

Gewählt wurde in den Wahllokalen 1, 2 und 12. Die Wähler waren diesen Wahllokalen nach den gleichen Grundsätzen zugewiesen, die auch für die Wahlgruppe der Dozenten galten. Wegen der Einzelheiten wird auf das oben unter B I Gesagte verwiesen.

Wahlberechtigt waren:

Im Wahllokal 1 : 108

im Wahllokal 2 : 26

Im Wahllokal 12 : 1

zusammen 135

II. Wegen der geringen Wählerzahl im Wahllokal 12 wurden die dort abgegebenen Stimmen zur Auszählung in das Wahllokal 2 verbracht (vgl. oben B II).

Ihre Stimme haben abgegeben:

Im Wahllokal	1	2 und 12	zusammen
Abgegebene Stimmzettel	72	21	93
Wahlbeteiligung	66,7% aus 108	77,8% aus 27	68,9% aus 135
Ungültige Stimmzettel	0	0	0

III. Die Bewerber des Wahlvorschlags "Vergleichbare Räte" und weitere 5 freigewählte Mitglieder der Wahlgruppe haben folgende Stimmenzahlen erreicht:

Im Wahllokal	1	2 und 12	zusammen
Walch	54	19	73
Dr. Helbich	32	5	37
Dr. Jacubeit	52	16	68
Dr. Brissa	24	7	31
Dr. Rossner	22	12	34
Dr. Damm	19	1	20
Dr. Görler	2	0	2
Dr. Henß	2	0	2
Dr. H. J. Zimmermann	1	0	1
Dr. Beinert	1	0	1
Dr. Gärtner	1	0	1
Gesamtstimmenzahl			270

Die insgesamt zu vergebenden 3 Sitze entfallen daher nach Maßgabe der erhaltenen Stimmen auf:

	Stimmenzahl
1. Hans Walch	73
2. Dr. med. Martin Jacubeit	68
3. Dr. phil. Wolfgang Helbich	37

Ersatzleute sind, ebenfalls nach Maßgabe und in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen:

1. Dr. med. Johannes Rossner	34
2. Dr. phil. Ettore Brissa	31
3. Dr. rer. nat. Bernhard Damm	20
4. Dr. phil. Woldemar Görler	2
5. Dr. phil. Walter Henß	2
6. Dr. phil. Hans-Joachim Zimmermann	1
7. Dr. phil. Berthold Beinert	1
8. Dr. phil. Hans-Armin Gärtner	1

Die Reihenfolge der Ersatzleute mit gleicher Stimmenzahl wurde durch Losentscheid ermittelt.

D. In der Wahlgruppe der Wissenschaftlichen Assistenten und Angestellten

I. Zur Wahl standen die Vorschläge

"Demos" mit dem Bewerber

Dr.med.Wolfgang Dieter Huber

"Castor" mit den Bewerbern: und "Pollux" mit den Bewerbern:

1.Volker Wieland	1.Jürgen Welp
2.Dr.rer.nat.Thomas Höpner	2.Dr.med.Winfried Kahlke
3.Dr.med.Horst F.Kern	3.Dr.rer.nat.Theodor Bröcker
4.Paul Gerhard Liedke	4.Adrian Braunbehrens

Gewählt wurde in den Wahllokalen 1, 2 und 12. Die Wähler waren diesen Wahllokalen nach den gleichen Grundsätzen zugewiesen, die auch für die Wahlgruppe der Dozenten galten. Wegen der Einzelheiten wird auf das oben unter B I Gesagte verwiesen.

Wahlberechtigt waren:

Im Wahllokal 1	:	659
Im Wahllokal 2	:	444
Im Wahllokal 12	:	<u>27</u>
Zusammen		1130

II. Wegen der geringen Wählerzahl im Wahllokal 12 wurden die dort abgegebenen Stimmen zur Auszählung in das Wahllokal 2 verbracht (vgl. oben B II).

Ihre Stimme haben abgegeben:

Im Wahllokal	1	2 und 12	zusammen
Abgegebene Stimmzettel	288	211	497
Wahlbeteiligung			44,0% aus 1130
Ungültige Stimmzettel	10	8	18

III. Die Wahlvorschläge und ihre Bewerber haben folgende Stimmen-
zahlen erreicht:

1. Der Wahlvorschlag "Demos"

im Wahllokal	1	2 und 12	zusammen
Dr. Huber	39	51	90

Gesamtstimmenzahl des Wahlvorschlags: 90

2. Der Wahlvorschlag "Castor"

im Wahllokal	1	2 und 12	zusammen
Wieland	198	128	326
Dr. Höpner	201	121	322
Dr. Kern	88	95	183
Liedke	70	26	96

Gesamtstimmenzahl des Wahlvorschlags: 927

3. Der Wahlvorschlag "Pollux"

im Wahllokal	1	2 und 12	zusammen
Welp	173	140	313
Dr. Kahlke	125	82	207
Dr. Bröcker	81	59	140
Braunbehrens	54	48	102

Gesamtstimmenzahl des Wahlvorschlags: 762

Nach den Regeln der Verhältniswahl erhielten daher von den insgesamt zu vergebenden 4 Sitzen:

- | | |
|---------------------------|----------------|
| a) der Vorschlag "Demos" | <u>0 Sitze</u> |
| b) der Vorschlag "Castor" | <u>2 Sitze</u> |
| c) der Vorschlag "Pollux" | <u>2 Sitze</u> |

Sie entfallen nach Maßgabe der erhaltenen Stimmen auf:

- | | |
|------------------------------------|----------------------------------|
| a) bei dem Vorschlag "Castor" | b) bei dem Vorschlag "Pollux" |
| auf: | auf: |
| Stimmenzahl | Stimmenzahl |
| 1.Volker Wieland 326 | 1.Jürgen Welp 313 |
| 2.Dr.rer.nat.
Thomas Höpner 322 | 2.Dr.med.
Winfried Kahlke 207 |

Ersatzleute sind, ebenfalls nach Maßgabe und in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen

- | | |
|-------------------------------|--------------------------------------|
| a) bei dem Vorschlag "Castor" | b) bei dem Vorschlag "Pollux" |
| 1.Dr.med.Horst F.Kern 183 | 1.Dr.rer.nat.
Theodor Bröcker 140 |
| 2.Paul Gerh.Liedke 96 | 2.Adrian Braunbehrens 102 |

E. In der Wahlgruppe der Studenten

I. Zur Wahl standen die Vorschläge

- | | |
|------------------------------------|---|
| "Sievers" mit den Bewerbern: | "Demokratische Föderation" mit den Bewerbern |
| 1.cand.med.
Christoph Sievers | 1.stud.theol.Michael Brück |
| 2.cand.med.
Christoph Achenbach | 2. stud.iur. Evelyn Traeger |
| 3.cand.med.Walter Ott | 3.stud.phil.Ernst Lüdemann |
| 4.cand.med.Detlef Wykypiel | 4.stud.iur. et phil.
Stephanie Müller-Hohe |
| 5.cand.med.Malte Vieregge | 5.stud.phil.Karlheinz Deisenroth |
| | 6.stud.iur.Michael Rabel |
| | 7.stud.rer.nat. Stephan Eitel |

Wahllokal 12 (Klinikum Mannheim) von den Studenten des Klinikum Mannheim.

Wahlberechtigt waren:

In den Wahllokalen 3, 7 und 8:	4.079
Im Wahllokal 4:	1.315
In den Wahllokalen 5 und 6:	2.381
In den Wahllokalen 9 und 10:	1.834
Im Wahllokal 11:	1.072
Im Wahllokal 12:	<u>301</u>
zusammen	10.982

Benachbarte Wahllokale mit einer Wahlbeteiligung von weniger als 50 Stimmen wurden auf Anordnung des Wahlausschusses zur Stimmauszählung zusammengelegt, um das Wahlgeheimnis zu wahren.

Deshalb haben ihre Stimmen gemeinsam ausgezählt:

- a) Die Wahllokale 5 und 6 mit einer Wahlbeteiligung von 28 und 25 Stimmen
- b) Die Wahllokale 8 und 11 mit einer Wahlbeteiligung von 52 und 21 Stimmen
- c) Die Wahllokale 9 und 10 mit einer Wahlbeteiligung von 33 und 41 Stimmen

"Außerstudentenparlamentarische
Opposition" mit den Bewerbern:

- 1.cand.chem.Udo Bieller
- 2.cand.chem.Dieter Baumgarten
- 3.cand.chem.Wolfgang Buß
- 4.stud.geol.Pierre Cantarel

"Ring Christlich Demokratischer
Studenten" mit den Bewerbern:

- 1.stud.phil.Ad.-Dieter Friedrichs
- 2.stud.iur.Harald Rettelbach
- 3.stud.rer.nat.Jochen Fühling
- 4.stud.iur.Gerd Manz
- 5.stud.theol.R.-Alexander Thieke
- 6.stud.iur.Regina Weber
- 7.stud.iur.Hubert Schäfer
- 8.stud.iur.Willi Merkel
- 9.stud.phil.Eva-Maria Kieser
- 10.stud.iur.Karl-Heinz Gießen
- 11.stud.zar.nat.Hans-Joachim Kemper

Gewählt wurden in 10 Wahllokalen, und zwar im:

- Wahllokal 3 (Aula des CA) von den Studenten der Theologie und den Studenten der Philosophischen Fakultät mit den Anfangsbuchstaben A - F
- Wahllokal 4 (Jur.Seminar) von den Studenten der Juristischen Fakultät
- Wahllokal 5 (Altlinikum Gebäude 8) von den Studenten der Medizin mit den Anfangsbuchstaben A - M
- Wahllokal 6 (Altlinikum Gebäude 8) von den Studenten der Medizin mit den Anfangsbuchstaben N - Z
- Wahllokal 7 (Phil.Seminar) von den Studenten der Philosophischen Fakultät mit den Anfangsbuchstaben G - M
- Wahllokal 8 (Hist. Seminar) von den Studenten der Philosophischen Fakultät mit den Anfangsbuchstaben N - Z
- Wahllokal 9 (Geol.Institut) von den Studenten der Nat.-math.Fakultät mit den Anfangsbuchstaben A - M
- Wahllokal 10 (Geol.Institut) von den Studenten der Nat.-math.Fakultät mit den Anfangsbuchstaben N - Z
- Wahllokal 11 (Neue Uni.) von den Studenten des Dolmetscher-Instituts und des Studienkollegs.

II. Im einzelnen haben ihre Stimmen abgegeben:

Wahllokal:	3	4	5+6	7	8+11	9+10	12	Zus.
Abgegebene Stimmzettel	62	127	53	69	73	74	96	554
Wahlbeteiligung 1)	4,0%	9,6%	2,2%	2)	2)	4,0%	31,8%	
Ungültige Stimmzettel	4	6	5	7	6	9	4	41 ³

1) Soweit aufschlüsselbar 2) Bei Wahllokal 3 mitenthaltend

3) Die Angabe auf dem Plakat mit den Wahlergebnissen, nach der 48 Stimmzettel ungültig sind, beruht auf einem Druckfehler.

III. Die Wahlvorschläge und ihre Bewerber haben folgende Stimmzahlen erreicht:

1. Der Wahlvorschlag "Sievers"

Im Wahllokal	3	4	5+6	7	8+11	9+10	12	zus.
Sievers	14	20	33	17	20	14	82	200
Achenbach	8	15	34	8	13	10	88	181
Ott	7	15	33	7	12	7	88	169
Wykypiel	6	8	26	5	7	4	75	131
Vieregge	5	9	27	4	8	3	75	131

Gesamtstimmenzahl des Wahlvorschlags 812

2. Der Wahlvorschlag "Demokratische Föderation"

Im Wahllokal	3	4	5+6	7	8+11	9+10	12	zus.
Brück	20	34	8	17	10	17	26	136
Träger	14	44	7	14	13	18	21	131
Lüdemann	14	34	6	23	19	17	20	133
Müller-Hohe	12	36	2	15	11	19	15	110
Deisenroth	13	31	2	18	18	15	13	110
Rabel	12	44	7	11	14	19	23	130
Eitel	16	31	6	15	14	31	18	131

Gesamtstimmenzahl des Wahlvorschlags: 881

3. Der Wahlvorschlag "Außerstudentenparlamentarische Opposition"

Im Wahllokal	3	4	5+6	7	8+11	9+10	12	zus.
Bieller	5	8	8	11	9	28	5	74
Baumgarten	7	6	5	10	12	24	6	70
Buß	2	6	4	10	9	25	2	58
Cantarel	3	5	5	8	7	23	3	54
Gesamtstimmenzahl des Wahlvorschlags								<u>256</u>

4. Der Wahlvorschlag "Ring Christlich Demokratischer Studenten"

Im Wahllokal	3	4	5+6	7	8+11	9+10	12	zus.
Friedrichs	32	60	24	46	47	25	10	244
Rettelbach	20	77	22	33	32	29	11	224
Führung	26	48	23	32	33	30	5	197
Manz	27	72	23	33	35	24	10	224
Thieke	39	49	14	33	41	21	5	202
Weber	22	63	17	25	30	22	5	184
Schäfer	20	68	17	29	35	27	4	200
Merkel	20	66	16	26	33	24	7	192
Kieser	22	40	16	34	36	16	5	169
Gießen	19	65	15	25	28	21	5	178
Kemper	22	50	20	26	27	27	6	178
Gesamtstimmenzahl des Wahlvorschlags:								<u>2192</u>

Nach den Regeln der Verhältniswahl erhielten daher von den insgesamt zu vergebenen 10 Sitzen:

- a) Der Vorschlag "Sievers": 2 Sitze
- b) Der Vorschlag "Demokratische Föderation": 2 Sitze
- c) Der Vorschlag "Außerstudentenparlamentarische Opposition": 0 Sitze
- d) Der Vorschlag "Ring Christlich Demokratischer Studenten": 6 Sitze

Sie entfallen nach Maßgabe der erhaltenen Stimmen

a) Bei dem Vorschlag "Ring Christlich Demokratischer Studenten" auf:

	Stimmenzahl
1.stud.phil.Adolf-Dieter Friedrichs	244
2.stud.iur.Harald Rettelbach	224
3.stud.iur.Gerd Manz	224
4.stud.theol.Rolf-Alexander Thieke	202
5.stud.iur.Hubert Schäfer	200
6.stud.rer.nat.Jochen Fühning	197

Ersatzleute sind, ebenfalls nach Maßgabe der erhaltenen Stimmen:

1.stud.iur.Willi Merkel	192
2.stud.iur.Regina Weber	184
3.stud.iur.Karl-Heinz Gießen	178
4.stud.rer.nat.Hans-Joachim Kemper	178
5.stud.phil.Eva Maria Kieser	169

b) Bei dem Vorschlag "Demokratische Föderation"

1.stud.theol.Michael Brück	136
2.stud.phil.Ernat Lüdemann	133

Ersatzleute sind, ebenfalls nach Maßgabe und in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen:

1.stud.iur.Evelin Traeger	131
2.stud.rer.nat.Stephan Eitel	131
3.stud.iur.Michael Rabel	130
4.stud.iur.et phil. Stephanie Müller-Hohe	110
5.stud.phil.Karlheinz Deisenroth	110

C) Bei dem Vorschlag "Sievers" auf:

Stimmenzahl

1.cand.med.Christoph Sievers	200
2.cand.med.Christoph Achenbach	181

Ersatzleute sind ebenfalls nach Maßgabe und in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen

1.cand.med. Walter Richard Ott	169
2.cand.med.Detlev Wykypiel	131
3.cand.med.Malte Vieregge	131

Universität Karlsruhe (TH)
Rektorat

- 1 Anlage -

Karlsruhe, den 7. Okt. 1968

2039 WaII/Er

An den
Vorsitzenden der LRK Baden-Württemberg
Herrn Professor Dr.Dr. Baitsch

UNIVERSITÄT HOHENHEIM			
Empf.	- 9. OKT. 1968		
Nr.	-	Seit.	1
RL	He		

An die
Rektoren der
Universität Freiburg
" Heidelberg
" Hohenheim (LWH)
" Mannheim (WH)
" Stuttgart (TH)
" Tübingen

Magnifizenz, sehr geehrter Herr Professor!

Anliegend übersende ich die genehmigte Niederschrift über die erste Sitzung der Grundordnungsversammlung der Universität Karlsruhe (TH) am 16. Juli 1968.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag

Wagner

(Rektoratsassistent)

N i e d e r s c h r i f t
über die Sitzung der Grundordnungsversammlung
am 16. Juli 1968
um 10 Uhr c.t. im Senatssaal

Anwesende lt. Anwesenheitsliste:

Magnifizenz Professor Dr. R u m p f

Prorektor Professor Dr. L a n k h e i t

Professor Dr.	K a h l e
" "	C a t s c h
" "	L i n d e
" "	B l e y
" "	L e u t z b a c h
" "	M a r c i n o w s k i
" "	P r a s s l e r
" "	St. M ü l l e r
" "	F i t z e r
" "	F u n c k
" "	K r o e k e r
" "	F r i e d b u r g
" "	B i e r l e i n
" "	B l o h m
" "	B u c k e l
" "	F r a n c k
" "	G. F r i t z
" "	K r ü g e r
" "	K u n l e
" "	L e u s s i n k
" "	L i c h t e
" "	W e i d e n h a m m e r
" "	W e i s s i n g e r

Wiss. Rat Dr. Euteneuer
" " " Keßler
" " " Schwenker
" " " Teepe

Akadem. Rat Dr. Ernst
Oberstudienrat Klepper
Akadem. Oberrat Dr. Maab
Akadem. Rat Dr. Strassacker

Wiss. Assistent Dipl.-Ing. Goecke
" " Dr. Schmitz
" " Dipl.-Ing. Schulz
" " Dr. Straub
Oberassistent Dr. Tödheide
Wiss. Assistent Dr. Viesel

Herr Fehler
" Fink
" Hellat
" Henning
" Keller
" Muchowski
" Petersohn
" Preuß
" Rump
" Schrader
" v. Massow
" Wiedenmann

Nicht anwesend: Prof. Dr. Draheim
" " R. Günther
" " Grau
" " Illies
" " Leipholz

Herr Breth
" Göpfert

Protokoll: Assessor Wagner

Der Rektor begrüßt die Mitglieder der Grundordnungsversammlung. Er schlägt der Versammlung vor, folgende Punkte auf die Tagesordnung zu setzen:

1. Bestellung von Schriftführern
2. Grundsatzentscheidung zur Öffentlichkeit bzw. Nichtöffentlichkeit der Sitzungen der Grundordnungsversammlung und ihrer Ausschüsse
3. Einsetzung von Kommissionen
 - a) zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung
 - b) zur Zusammenstellung der in der Hochschulsatzung zu regelnden Punkte
 - c) zur Ausarbeitung von Modellen für die Arbeitsweise der ständigen Einheiten von Forschung und Lehre.

Die Versammlung genehmigt die Tagesordnung. Anträge auf Ergänzung oder Änderung der Tagesordnung werden nicht gestellt.

1. Die Versammlung bestellt einstimmig die Assessoren Wagner und Geier zu Schriftführern der Grundordnungsversammlung. Beide Herren sollen gemeinsam mit Dr. Schnädelbach (Geodätisches Institut) ein Büro bilden, dessen Aufgabe es sein soll, die Mitglieder der Grundordnungsversammlung über alle für die Ausarbeitung der neuen Hochschulsatzung wesentlichen Vorgänge zu unterrichten. Die Sammlung und Verteilung von Informationsmaterial soll in erster Linie Dr. Schnädelbach obliegen. Das Büro soll auch die Unterrichtung der übrigen Landesuniversitäten übernehmen. Die Mitglieder des Büros dürfen an den Sitzungen der Grundordnungsversammlung ohne weitere Genehmigung teilnehmen.

Die Professoren Fitzer, G. Fritz und Linde verlassen die Sitzung.

2. Nach ausführlicher Diskussion über die Frage der Öffentlichkeit bzw. Nichtöffentlichkeit der Sitzungen der Grundordnungsversammlung und ihrer Ausschüsse beschließt die Versammlung mit Mehrheit in dieser Sitzung einen Grundsatzbeschuß über diese Frage herbeizuführen.

Prof. Linde kommt zur Sitzung zurück.

Die Versammlung beschließt weiter mit Mehrheit, zunächst über die in der Diskussion vorgebrachte weitestgehende Alternative abzustimmen, die Sitzungen der Grundordnungsversammlung und ihrer Ausschüsse öffentlich abzuhalten. Die Versammlung stimmt mit Mehrheit gegen diese Alternative.

Die Versammlung beschließt sodann mit Mehrheit, daß die Plenarsitzungen grundsätzlich öffentlich sein sollen. Alle Hochschulangehörigen dürfen an den Sitzungen als Zuhörer teilnehmen. Von Nichthochschulangehörigen sind die Presse und weitere Personen in einem durch die Geschäftsordnung noch zu definierendem Umfang zuzulassen. Mit Ausnahme der Presse müssen alle Personen, die der Hochschule nicht angehören, ihre Teilnahme an den Sitzungen beantragen.

Der jeweilige Vorsitzende hat das Recht, Zuhörer, die die Sitzung stören, zu warnen und im Wiederholungsfalle des Sitzungssaales zu verweisen. Die Öffentlichkeit darf von einzelnen Sitzungen oder von der Beratung einzelner Tagesordnungspunkte durch Mehrheitsbeschluß ausgeschlossen werden.

- 3.a) Die Versammlung setzt eine Kommission ein, der Prof. Weidenhammer als Vorsitzender sowie die Herren Dr. Teepe, Klepper, Dr. Viesel, Henning und Muchowski angehören. Die Kommission erhält den Auftrag, der Grundordnungsversammlung rechtzeitig vor der nächsten Sitzung den Entwurf einer Geschäftsordnung vorzulegen.

Prof. Marcinowski verläßt die ~~Senat~~ Sitzung.

././.

- b) Die Versammlung setzt eine Kommission ein, der Prof. Kunle als Vorsitzender, Dr. Schwenker und Herr v. Massow angehören. Die Kommission erhält den Auftrag, der Grundordnungsversammlung rechtzeitig vor der nächsten Sitzung eine Aufstellung über die in der Hochschulsatzung zu regelnden Punkte vorzulegen und vorzuschlagen, welche Kommissionen eingesetzt werden sollen.
- c) Die Versammlung setzt eine vorläufige Kommission ein, der die Professoren Kahle (als Vorsitzender), Friedburg, R. Günther und Lände sowie die Herren Dr. Euteneuer, Dr. Schmitz, Dr. Tödheide, Petersohn und v. Massow angehören. Die Kommission erhält den Auftrag, möglichst bis zur nächsten Sitzung der Grundordnungsversammlung Modelle für die Arbeitsweise der ständigen Einheiten auszuarbeiten und der Versammlung vorzulegen.

Die Versammlung ist damit einverstanden, daß der Rektor designatus an den Sitzungen der Kommissionen teilnehmen kann.

Die nächste Sitzung der Grundordnungsversammlung wird auf Freitag, den 4. Oktober 1968, 15 Uhr c.t. anberaumt.

Karlsruhe, den 13. August 1968

Der Schriftführer

Wagner

Der Vorsitzende

Rumpf
(R u m p f)

A Gerichtsentscheidungen
 und Rechtsgutachten

B Erlässe des Kultusministeriums

C Gesetze

D Entwürfe für Grundordnungen
 anderer Universitäten

E Synopse

F Verschiedenes

7.11.1968

Aktenvermerk

=====

Über ein Telefongespräch mit Herrn Reg.Amtmann HUMMEL
(Kultusministerium) vom 5.11.68

1. Einsichtnahme in GOV-Protokolle durch das Kultus-
ministerium:

HUMMEL kommt zurück auf ein Schreiben des Unterzeichneten, in dem die Übersendung der Protokolle der GOV-Ausschüsse abgelehnt wurde. Er meint, aufgrund von § 64 Abs. 1 HSchG könne das Kultusministerium auch die Übersendung der Ausschussprotokolle verlangen, da es ein umfassendes Informationsrecht habe. HUMMEL verweist hierbei auf die nach der Gemeindeordnung geltende Regelung, die hier analog anzuwenden sei. Der Unterzeichnete tut seine abweichende Ansicht dahingehend kund, daß es sich hier um akademische Angelegenheiten handle, die nur der Rechtsaufsicht des Kultusministeriums unterlägen. Wenn also das Kultusministerium Einsicht in Ausschussprotokolle aus nichtöffentlichen Sitzungen verlange, so müsse analog der Regelung in der Gemeindeordnung mindestens die Besorgnis eines Rechtsverstoßes vorliegen. Die Gesprächspartner können sich über diesen Punkt nicht einigen. HUMMEL teilt mit, daß es dem Kultusministerium dabei in erster Linie darum gehe, frühzeitig zu erfahren, wie in der Grundordnung das Problem der Landesanstalten geregelt werden solle.

2. Landesanstalten in der Grundordnung

Der Unterzeichnete teilt mit, daß am Ende des Sommersemesters 1968 eine erste Besprechung über die Probleme der Landesanstalten stattgefunden habe und daß die Frage im Strukturausschuß der GOV bisher nur kurz gestreift worden sei. Ein weiteres Gespräch der Leiter der Landesanstalten mit dem Rektor sei für die nächste Zeit geplant. Es wird vereinbart, daß HUMMEL sich Anfang Dezember abermals nach dem neuesten Stand erkundigt.

3. Verbleiben eines Kanzlers für den Fall des
Verfassungswechsels

Das Problem, was aus einem Kanzler werde, wenn die Universität sich vor Ablauf seiner Amtszeit für die Präsidialverfassung entschiede, wird ausgiebig diskutiert. Das Kultusministerium hat zu dieser Frage noch keine endgültige Stellungnahme bereit. Die Gesprächspartner sind sich aber einig, daß hierfür nicht die Regelung vorgesehen werden könne, die im Gesetz für das reguläre Ausscheiden nach 8 Jahren verordnet ist. Auch eine Regelung durch Versetzung in den einstweiligen Ruhestand birgt noch erhebliche Probleme. Die Beteiligten sind sich einig, daß hier ein Ansatzpunkt für eine mögliche Novellierung des ~~Ausschusses~~ gegeben ist.

4. 6. 6

4c

gez. Hecksteden

Regierungsassessor

Verteiler:

1. Sr. Magnifizenz, Herrn Professor Dr. Röhm,
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
2. Akten GOV (Erlasse des KM)
3. " (Strukturausschuss)
4. " (Plenum)
5. Z.d.A. ex Landesanstalten

KULTUSMINISTERIUM
BADEN-WÜRTTEMBERG

Mehrfertigung

B 1704/10

(Im Schriftverkehr bitte stets angeben)

Postanschrift:
Kultusministerium Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Postfach 480

7 STUTTGART 1, den 16. Sept. 1968

Postfach 480

Schloßplatz 4 (Neues Schloß)

Fernsprecher 24931

Durchwahl über 2493/..... (Nr. d. Nebenst.)

Abteilungen H und J (Gaisburgstraße 2 A - 4 A)

Fernsprecher 23 44 67

An die

Universität Mannheim (WH)

68 Mannheim

Schloß

Auf den Bericht vom 6. August 1968 Nr. X/20 - D/G1

Betr.: Durchführung des Hochschulgesetzes;

hier: Verwendungsdauer für die der Grundordnungsversammlung angehörenden wissenschaftlichen Assistenten und Verwalter wissenschaftlicher Assistentenstellen

Beil.: 0

Die wissenschaftlichen Assistenten und Verwalter wissenschaftlicher Assistentenstellen, die nach § 66 Abs. 1 des HSchG zu Mitgliedern der Grundordnungsversammlung gewählt worden sind, sind gem. § 5 Abs. 2 HSchG verpflichtet, in dieser mitzuwirken. Die Tätigkeit in der Grundordnungsversammlung gehört insoweit zu ihren Dienstaufgaben. Es ist deshalb Aufgabe der Universität, durch entsprechende Massnahmen die o.g. Mitglieder der Grundordnungsversammlung von ihren Aufgaben nach § 36 Abs. 2 Satz 2 HSchG entsprechend zu entlasten. Das Kultusministerium ist jedoch bereit, in begründeten Ausnahmefällen den als Mitglieder der Grundordnungsversammlung angehörenden wissenschaftlichen Assistenten und Verwalter wissenschaftlicher Assistentenstellen die Zeit ihrer Zugehörigkeit zu der Grundordnungsversammlung nicht auf die Laufzeit ihrer Verwendungsdauer nach der Reichsassistentenordnung anzurechnen. Die Universität wird gebeten, entsprechende Fälle mit eingehender Begründung zur Verlängerung der Verwendungsdauer vorzulegen.

Im Auftrag

Rechts -

H 8704/18

Der

Universität Hohenheim (LWH)

7 Stuttgart-Hohenheim

mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

UNIVERSITÄT HOHENHEIM				
Eingl:		18. SEP. 1968		
Nr.		1159 Beil.		
1	2	3	4	5

Bekanntgabe in GOV, dann?
1/c

Stuttgart, den 16. September 1968

Kultusministerium
Baden-Württemberg

Im Auftrag

[Handwritten signature]

KULTUSMINISTERIUM
BADEN-WÜRTTEMBERG

H 0709/ 622

(Im Schriftverkehr bitte stets angeben)

Postanschrift:
Kultusministerium Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Postfach 480

7 STUTTGART 1, den 23. Juli 1968

Postfach 480

Schloßplatz 4 (Neues Schloß)

Fernsprecher 2 49 31

Durchwahl über 2493/..... (Nr. d. Nebenst.)

Abteilungen H und J (Gaisburgstraße 2A-4A)

Fernsprecher 23 44 67

An die

Universität Heidelberg
Universität H o h e n h e i m (LH)
Universität Karlsruhe (TH)
Universität Konstanz
Universität Mannheim (WH)
Universität Stuttgart (TH)
Universität Ulm (MNH)

UNIVERSITÄT HOHENHEIM	
Eing.:	26. JULI 1968
Nr.	938
Beil.:	1
<i>R</i>	<i>He</i>

Senat

Betr.: Inkrafttreten der Bestimmungen des Hochschulgesetzes

Beil.: 1

Bei der Besprechung mit den Herren Rektoren am 8.7.1968 wurde vorge-
tragen, daß das Kultusministerium nicht in allen Punkten mit dem Gut-
achten von Herrn Prof. Dr. Konrad Hesse vom 25.5.1968 übereinstimmt,
das den Universitäten durch die Landesrektorenkonferenz zugeleitet
worden war. In der Anlage wird eine Abschrift des Erlasses vom 21.6.1968
an die Universität Freiburg übersandt, in dem auf das Gutachten von
Prof. Hesse eingegangen ist.

Im Auftrag

Heim

Abschrift

KULTUSMINISTERIUM
BADEN-WÜRTTEMBERG

H 3004/6

(Im Schriftverkehr bitte stets angeben)

Postanschrift:
Kultusministerium Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Postfach 480

STUTTGART, den 21. Juni 1968
Schloßplatz 4 (Neues Schloß)
Fernsprecher 249 31
Durdwahl über 2493 / (Nr. 4. Nebenst.)

An die
Universität Freiburg

F r e i b u r g

Auf den Bericht vom 5.6.1968 Nr. 0100-1/30

Betr.: Verhältnis des Hochschulgesetzes vom 19.3.1968
zur Grundordnung der Albert-Ludwigs-Universität

Beil.: 1 Mehrf.

Das Kultusministerium stimmt mit der Rechtsauffassung von Herrn Prof. Dr. Hesse überein mit Ausnahme der Folgerungen in Abschn. III Nr. 2 b) und Nr. 3. Aus dem Umstand, daß die bisherigen Universitätsorgane für den Erlass der neuen Grundordnung nicht zuständig sind, sondern eine besondere konstituierende Versammlung vorgesehen ist, kann nicht gefolgert werden, dem Senat im Hochschulgesetz ausdrücklich aufgetragene Aufgaben könnten erst in Angriff genommen werden, wenn dieses Organ entsprechend den Bestimmungen im 2. Abschnitt gebildet sei. Wenn man der Auffassung ist, der Sinn des Hochschulgesetzes würde verfälscht, wenn der bisherige Senat - ohne Mitwirkung der Vertreter im Sinne des § 16 Abs. 2 Nr. 1-4 HSchG und der Studentenschaft - Entscheidungen treffe und dadurch u.U. die künftige Rechtslage in einer Weise beeinflussen könne, die dem Geist des Hochschulgesetzes nicht entspreche, dann wäre es ein Fehler, daß der Landtag es zuließ, daß dieses Organ in seiner bisherigen Zusammensetzung überhaupt noch tätig sein kann. Der Landtag war zwar der Ansicht, die im Hochschulgesetz geregelte Zusammensetzung der Organe entspreche besser dem Grundsatz der Universität als Körperschaft. Entscheidend kam es ihm aber darauf an, daß die der Universität gestellten Aufgaben wahrgenommen werden. Solange die neuen Organe noch nicht gebildet werden, müssen diese Aufgaben von den bisherigen Organen erfüllt werden. Würde z.B. der Disziplinarausschuß nicht gebildet, dann wäre das Immatrikulationsverfahren in Frage gestellt, denn über die Verzögerung der Immatrikulation entscheidet in den Fällen, wo ein Ermessensspielraum besteht, der Disziplinarausschuß. Wenn der Senat gem. § 51 HSchG der Festsetzung der Studentenschaftsbeiträge nicht zustimmen könnte, so wäre die Konsequenz, daß die Studentenschaft keine Beiträge erheben kann. Auch eine solche Konsequenz ist vom Gesetzgeber nicht gewollt. Weiter wäre es angesichts der Studentenunruhen in der letzten Zeit nicht zu vertreten,

wenn von Disziplinarmaßnahmen nur deshalb abgesehen werden müßte, weil der Senat in seiner bisherigen Zusammensetzung nicht zuständig wäre, den Disziplinarausschuß zu bilden. Die Nichtinangriffnahme dieser Verwaltungsaufgaben wäre sicher in größerem Maße eine Verfälschung des Sinnes des Hochschulgesetzes.

Im Auftrag
gez. Dr. Autenrieth

Nr. 1025

27.8.1968. Re/Ba.

An das

Kultusministerium
Baden-Württemberg

7 STUTTGART

Neues Schloß

Betr.: Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP

Bezug: Schreiben d. Kultusministeriums vom 2.8.1968,
Az. H 0709/616

Anl.: 02 Mf.

- a) Bei der Bildung der Grundordnungsversammlung der Universität Hohenheim sind keine wesentlichen Schwierigkeiten aufgetreten. Für alle Gruppen haben sich Bewerber zur Verfügung gestellt. Nur einige Bewerber haben wegen der unten näher geschilderten Umstände auf eine endgültige Kandidatur verzichtet.
- b) Bisher sind auch die beiden Plenarsitzungen der Grundordnungsversammlung glatt verlaufen. Die Geschäftsordnung wurde verabschiedet und Kommissionen gebildet. Auch für die Kommissionen haben sich genügend Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. In der zweiten Sitzung wurde allerdings auch über die Schwierigkeiten debattiert, die zu erwarten sind, wenn die Arbeit an der Grundordnung zu einer so großen zeitlichen Belastung führt, daß die normalen Dienstaufgaben bzw. das Studium dadurch beeinträchtigt werden.

2dA (GOV, Erlam)

Die Grundordnungsversammlung der Universität Hohenheim hält es für erwünscht,

- daß es möglich sein sollte, Angehörige des Lehrkörpers (Professoren, Dozenten, Assistenten) zumindest zeitweise von Lehrverpflichtungen freizustellen, ohne daß ihnen dadurch finanzielle Einbußen (Wegfall der Hörgeldpauschale) entstehen. Ein interner Ausgleich oder die Vergabe von Lehraufträgen bzw. Gastprofessuren ist nur sehr begrenzt möglich;
- daß Stipendienmittel für diejenigen studentischen Mitglieder der Grundordnungsversammlung zur Verfügung gestellt werden, die nachweislich wegen ihrer Mitarbeit in der Grundordnungsversammlung ein ganzes Semester verloren haben. Dies gilt nicht nur für Honnef-Stipendiaten, sondern auch für solche Studenten, die bisher wegen der Richtlinien kein Stipendium bekommen konnten. Zumindest sollte es möglich sein, den studentischen Mitgliedern der Grundordnungsversammlung Gebührenerlaß für das WS 1968/69 zu gewähren;
- daß die Möglichkeit geschaffen wird, befristet zusätzliche Schreibkräfte einzustellen, da die ohnehin zu schwach besetzte Universitätsverwaltung die zusätzlichen Schreibarbeiten neben den laufenden Aufgaben nicht übernehmen kann.

u

(Prorektor Prof.Dr.W.Rentschler)

KULTUSMINISTERIUM
BADEN-WÜRTTEMBERG

H 0709/616

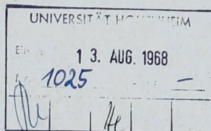
(Im Schriftverkehr bitte stets angeben)

Postanschrift:
Kultusministerium Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Postfach 480

STUTTGART, den 2. August 1968
Schloßplatz 4 (Neues Schloß)
Fernsprecher 24931
Durchwahl über 2493 / (Nr. d. Nebenst.)

An die

Universität Freiburg
Universität Heidelberg
Universität Tübingen
Universität Karlsruhe (TH)
Universität Stuttgart (TH)
Universität Hohenheim (LH)
Universität Mannheim (WH)



Betr.: Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP

Mit der Großen Anfrage der Fraktion der FDP/DVP - Drucksache V - 21 - wird die Landesregierung gefragt, wo sie die Schwierigkeiten sieht, die auftreten sind

- a) bei der Bildung der Grundordnungsgremien der Hochschulen,
- b) bei der Ausarbeitung von Grundordnungen für die Hochschulen.

Zur Vorbereitung der Beantwortung dieser Anfrage wird um Vorlage eines Be-
richts bis 1. September 1968 gebeten.

In Vertretung

gez. Gantert



Beglaubigt
[Signature]
Angestellte

Entwurf

Dem Herrn
Prorektor mit
der Bitte um Durch-
föhrung
Hallen, den 15.8.

Betr.: Große Anfrage der FDP

Bezug: HO 0709/16

Grundordnungsversammlung der Universität Hohenheim
Die Universität Hohenheim sieht die Schwierigkeiten in
erster Linie darin,

es möglich sein sollte
- daß Angehörige des Lehrkörpers (Professoren, Dozenten)
gestellt ohne daß ihm
von Lehrverpflichtungen freigestellt werden müssen. Ein
war die Vorgabe von Lehranfragen
interner Ausgleich, wie ihn der Herr Kultusminister in
den Vers. des LRK
seinem Schreiben vom 12.7. an Herrn Prorektor Prof.

Dr. Baitsch anregt, ist nur sehr begrenzt möglich. Ähn-
liche Schwierigkeiten gelten auch für die Assistenten,
soweit sie als Hilfskräfte in Vorlesungen oder Übungen
mit benötigt werden;

- jemandem*
- daß die Studenten, wenn sie richtig mitarbeiten sollen, ein ganzes Semester verlieren. Neben intensiver Mitarbeit in der Grundordnungsversammlung ist ein geordnetes Studium nicht möglich. Es muß dem Studenten daher mindestens ein Stipendium für ein Semester gewährt werden können. Soweit die studentischen Mitglieder der Grundordnungsversammlung bereits Stipendien nach dem Honnefer Modell bekommen, ist eine Verlängerung der Stipendiendauer ohne besondere Schwierigkeiten möglich. Stärker betroffen sind daher diejenigen Studenten, die bisher kein Stipendium bekommen haben und auch nach den Richtlinien des Honnefer Modells keine Stipendien bekommen können. Es sollte unbedingt darauf gesehen werden, daß für Stipendien dieser Art Gelder freigemacht werden;
 - daß die Grundordnungsversammlung, wenn sie eine gute Arbeit machen soll, sich einige Male zu Klausurtagungen zurückziehen muß. 3 Tage intensiver Beschäftigung im kleineren Kreis mit Fragen der neuen Grundordnung erbringen mehr als jede Plenardiskussion. Für die entstehenden Kosten hat die Universität keine Mittel zur Verfügung. Trotz des abschlägigen Bescheides des Herrn Kultusministers in dem oben genannten Schreiben sollte das Ministerium versuchen, zu dem genannten Zweck Mittel herbeizubekommen;

- daß die Verwaltung der Universität mit wesentlicher ^{Mehr-}Mit-
arbeit belastet wird. Die Universität Hohenheim befindet
sich in einem Aufbau, mit dem die Zunahme der Stellen in
der Verwaltung nicht Schritt gehalten hat. In der Verwal-
tung fehlt es z.Zt. sowohl an Sachbearbeitern wie auch
an Schreibkräften. Da die Arbeit an der Grundordnung vor-
dringlich ist, wird es nicht ausbleiben, daß wesentliche
Teile der sonstigen Arbeit liegen bleiben.

Der Herr Kultusminister hat in den Besprechungen mit den Rek-
toren und leitenden Verwaltungsbeamten mehrfach zugesichert,
daß er die Universitäten bei der Ausarbeitung der Grundordnung
in jeder Hinsicht unterstützen wird. Es wird vorgeschlagen,
daß den Universitäten Gelder zugewiesen werden, die insbeson-
dere für Stipendien und für Klausurtagungen verwendet werden
können, sowie zur befristeten Einstellung von Personal, bis
die Arbeiten an der Grundordnung im wesentlichen abgeschlossen
sind.

KULTUSMINISTERIUM
BADEN-WÜRTTEMBERG

DER MINISTER

7 STUTTGART 1, den 12. Juli 1968
Postfach 400
Schloßplatz 4 (Neues Schloß)
Fernsprecher 24931
Durchwahl über 2493/548 (Nr. d. Nebenl.)

An den

Vorsitzenden der baden-württ.
Rektorenkonferenz
Herrn Prof. Dr. Dr. Baitsch

7800 Freiburg
Belfortstraße 11

UNIVERSITÄT HOHENHEIM	
Empf:	17. JULI 1968
Nr.	897
	He P

Nachrichtlich
den Universitäten des Landes Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Kollege!

Die schriftliche Beantwortung Ihres Briefs vom 14.5.1968 hat sich leider verzögert. Das von Ihnen angesprochene Thema haben wir ja bereits wiederholt auf den Dienstbesprechungen mit den Rektoren behandelt. Ich darf folgendes bemerken:

Zu 1:

Bei der Besprechung mit den Rektoren habe ich bereits anerkannt, daß es angezeigt ist, die Lehrverpflichtung der Mitglieder des Lehrkörpers zu reduzieren, die in besonderem Maß an der Ausarbeitung der neuen Grundordnung beteiligt werden. Ich möchte aber davon absehen, das Maß der Reduzierung genau zu bestimmen. Dies ist eine Angelegenheit, die im Rahmen der Selbstverwaltung der Universitäten von Fall zu Fall abgestimmt werden muß. Die Fakultäten haben nach § 6 Hochschulgesetz die Aufgabe, für das erforderliche Lehrangebot zu sorgen. Angesichts der wichtigen Aufgabe der Ausarbeitung der neuen Grundordnung kann durchaus verlangt werden, daß die Lasten unter dem Lehrkörper in der Weise aufgeteilt werden, daß die Mitglieder, die besonders mit der Ausarbeitung der Grundordnung beschäftigt sind, von den übrigen Mitgliedern des Lehrkörpers etwas entlastet werden.

2 dA (GOV, ^{Erasmus des LK} ~~Mehring~~)

Zu 2:

Ich glaube, daß es möglich sein wird, Überplanmäßige Mittel für den Titel 125, Vergütungen und Auslagenersatz für Lehraufträge, Gastvorträge, Gastprofessuren und Gastdozenten zu bekommen. Voraussetzung ist allerdings für den Antrag beim Finanzministerium, daß die Verhältnisse im Einzelfall dargestellt werden und auch begründet wird, warum eine Übernahme der Lehrverpflichtungen durch die übrigen Mitglieder des Lehrkörpers nicht möglich ist.

Zu 3:

Ich anerkenne durchaus die Zweckmäßigkeit, zur Ausarbeitung der Grundordnung Klausurtagungen durchzuführen. Leider sehe ich keine Möglichkeit, hierfür Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Mittel aus Tit. 215 und 305 sind für solche Fälle nicht vorgesehen.

Mit freundlichem Gruß

Ihr

Adler

BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

VI. Wahlperiode

Hamburg, den 4. Juni 1968

Drucksache Nr. 1368

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle das nachstehende Gesetz beschließen:

Gesetz

über die Universität Hamburg (Universitätsgesetz — UniG)

Vom

Inhalt

ERSTER TEIL

Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Rechtsstellung und Aufgaben
- § 2 Akademische Selbstverwaltung
- § 3 Satzungsrecht der Universität
- § 4 Mitwirkung bei staatlichen Angelegenheiten
- § 5 Bedienstete an der Universität

ZWEITER TEIL

Mitglieder der Universität

- § 6 Mitglieder

Erster Abschnitt

Lehrkörper der Universität

- § 7 Angehörige des Lehrkörpers
- § 8 Aufgaben der Angehörigen des Lehrkörpers
- § 9 Berufung
- § 10 Honorarprofessoren, außerplanmäßige Professoren, Privatdozenten
- § 11 Habilitation
- § 12 Lehrbefähigung

Zweiter Abschnitt

Die Studenten

- § 13 Immatrikulation
- § 14 Versagungsgründe
- § 15 Exmatrikulation
- § 16 Zuständigkeit
- § 17 Zulassungsbeschränkungen
- § 18 Lehrveranstaltungen und Einrichtungen
- § 19 Zwischenprüfungen
- § 20 Fachwechsel
- § 21 Versagung der Fortführung des Studiums
- § 22 Studentisches Ordnungsrecht

Dritter Abschnitt

Gasthörer

- § 23 Ordnung für Gasthörer

Vierter Abschnitt

- § 24 Akademische Ehrungen

DRITTER TEIL

Aufbau und Organisation der Universität

Erster Abschnitt

Organe der Gesamtuniversität

Erster Unterabschnitt

Universitätspräsident

- § 25 Aufgaben
- § 26 Rechtsstellung
- § 27 Vizepräsident
- § 28 Syndikus

Zweiter Unterabschnitt

Akademischer Senat

- § 29 Aufgaben
- § 30 Zusammensetzung
- § 31 Ausschüsse und Senatsbeauftragte
- § 32 Ausschuß für die vorlesungsfreie Zeit
- § 33 Ausschuß für Haushalts- und Planungsangelegenheiten
- § 34 Ausschuß für Habilitations- und Promotionsverfahren
- § 35 Ausschuß für Studienangelegenheiten

Dritter Unterabschnitt

Großer Senat

- § 36 Aufgaben
- § 37 Zusammensetzung
- § 38 Einberufung, Verfahren

Zweiter Abschnitt

Fakultäten, Fachbereiche, wissenschaftliche Einrichtungen

- § 39 Aufgaben

Erster Unterabschnitt

Fakultäten und Fachbereiche

- § 40 Gliederung der Universität in Fakultäten und Fachbereiche

1. Fakultäten

- § 41 Aufgaben
- § 42 Organe
- § 43 Dekan
- § 44 Fakultätsrat
- § 45 Ausschüsse und Fakultätsbeauftragte
- § 46 Studienreformkommissionen

2. Fachbereiche

- § 47 Aufgaben
- § 48 Organe
- § 49 Sprecher des Fachbereichs
- § 50 Fachbereichsrat
- § 51 Ausschüsse und Fachbereichsbeauftragte

3. Fakultäten ohne Fachbereiche

- § 52 Aufgaben, Dekan, Fakultätsrat

Zweiter Unterabschnitt

Wissenschaftliche Einrichtungen

- § 53 Aufgaben, Errichtung
- § 54 Leitung
- § 55 Instituts-, Seminar-, Klinikrat
- § 56 Instituts-, Seminar-, Klinikordnung, Benutzungsordnung
- § 57 Wissenschaftliche Einrichtungen außerhalb der Universität

Dritter Abschnitt

Gemeinsame Bestimmungen

- § 58 Verfahrensgrundsätze, Wahlen, Verschwiegenheitspflicht
- § 59 Haushaltsangelegenheiten

Vierter Abschnitt

- § 60 Schlichtungsausschuß

VIERTER TEIL

Studentenschaft

- § 61 Mitglieder, Rechtsstellung
- § 62 Aufgaben
- § 63 Organe
- § 64 Satzung und andere Vorschriften
- § 65 Beitrag der Studenten
- § 66 Haushaltswirtschaft
- § 67 Haftung
- § 68 Aufsicht

FÜNFTER TEIL

Aufsicht

- § 69 Rechtsaufsicht
- § 70 Staatliche Genehmigung
- § 71 Haushaltswirtschaft
- § 72 Prüfungsordnungen
- § 73 Vorlesungszeiten
- § 74 Hochschulstatistik

SECHSTER TEIL

Universitätsbibliothek

§ 75 Aufgaben, Bestellung des Direktors

SIEBTER TEIL

Studentenwerk

§ 76 Aufgaben, Rechtsstellung, Organe

ACHTER TEIL

Übergangs- und Schlußbestimmungen

- § 77 Gliederung der Fakultäten
 § 78 Übergang zur Präsidialverfassung
 § 79 Ordentliche und außerordentliche Professoren
 § 80 Berufung von ordentlichen Professoren
 § 81 Frühere Zusagen
 § 82 Frühere Wahlen
 § 83 Außerkrafttreten von Vorschriften
 § 84 Vorläufige Vorschriften
 § 85 Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes
 § 86 Änderung des Hamburgischen Richtergesetzes
 § 87 Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. Januar 1960
 § 88 Änderung des Gesetzes über den Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg
 § 89 Inkrafttreten

ERSTER TEIL

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Rechtsstellung und Aufgaben

(1) Die Universität Hamburg, eine Einrichtung der Freien und Hansestadt Hamburg, ist eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(2) Die Universität pflegt die Wissenschaft im Zusammenwirken aller ihrer Mitglieder durch Forschung und Lehre. Sie bereitet die Studenten auf Berufe und Aufgaben vor, für die eine wissenschaftliche Ausbildung erforderlich ist. Sie nimmt sich der wissenschaftlichen Fortbildung an.

(3) Die Universität ist in allen Angelegenheiten der Forschung und Lehre frei; unberührt bleiben die Pflichten der Universität, die sich aus Rechtsvorschriften über die Berufsausbildung ergeben. Die Universität und ihre Mitglieder dürfen die Freiheit von Forschung oder Lehre beeinträchtigen.

§ 2

Akademische Selbstverwaltung

(1) Die Universität nimmt die akademischen Angelegenheiten selbständig unter der Rechtsaufsicht der zuständigen Behörde wahr (Akademische Selbstverwaltung).

(2) Zu den akademischen Angelegenheiten gehören die unmittelbar mit der Forschung und Lehre sowie der wissen-

schaftlichen Ausbildung und Fortbildung zusammenhängenden Aufgaben, insbesondere:

1. der akademische Unterricht und die akademischen Prüfungen,
2. die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses,
3. die Mitwirkung bei der Berufung der Angehörigen des Lehrkörpers,
4. die Regelung der sich aus der Mitgliedschaft zur Universität ergebenden Rechte und Pflichten,
5. die Entscheidung über Immatrikulation und Exmatrikulation,
6. die Verleihung der Lehrbefugnis (§ 10 Absatz 3) sowie akademischer Grade, Würden und Ehrungen,
7. die Verwaltung des eigenen Vermögens der Universität.

§ 3

Satzungsrecht der Universität

(1) Die Universität regelt ihre innere Ordnung durch eine Satzung.

(2) Sie kann weitere Rechtsvorschriften zur Regelung akademischer Angelegenheiten erlassen.

§ 4

Mitwirkung bei staatlichen Angelegenheiten

(1) Die Universität wirkt bei den sie betreffenden Angelegenheiten, die nicht zur Akademischen Selbstverwaltung gehören, nach Maßgabe dieses Gesetzes mit.

(2) Die Wahrnehmung staatlicher Angelegenheiten kann dem Universitätspräsidenten oder im Einvernehmen mit der Universität anderen Stellen der Universität als Auftragsangelegenheiten übertragen werden. In Auftragsangelegenheiten sind die staatlichen Vorschriften anzuwenden. Die zuständige Behörde kann Weisungen erteilen.

§ 5

Bedienstete an der Universität

(1) Die Beamten, Angestellten und Arbeiter an der Universität sind Bedienstete der Freien und Hansestadt Hamburg.

(2) Dienstvorsorgestellen aller Bediensteten an der Universität ist der Präses der zuständigen Behörde. Er kann seine Befugnisse im Rahmen der geltenden Vorschriften auch auf den Universitätspräsidenten übertragen.

ZWEITER TEIL

Mitglieder der Universität

§ 6

Mitglieder

(1) Mitglieder der Universität als Körperschaft sind:

1. der Universitätspräsident,
2. die Angehörigen des Lehrkörpers mit Ausnahme der Gastprofessoren und Gastdozenten,
3. der Syndikus,
4. die immatrikulierten Studenten,
5. die Ehrensensoren und Ehrenbürger.

Die sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Rechte und Pflichten regelt die Satzung der Universität, soweit dies Gesetz nichts bestimmt. Für Gastprofessoren, Gastdozenten und Gasthörer kann die Satzung der Universität Bestimmungen über ihre akademischen Rechte und Pflichten treffen.

(2) Der Universität gehören ferner die an ihr tätigen, nicht unter Absatz 1 fallenden Beamten, Angestellten und Arbeiter an.

Erster Abschnitt

Lehrkörper der Universität

§ 7

Angehörige des Lehrkörpers

Dem Lehrkörper gehören an:

1. die ordentlichen Professoren,
2. die außerordentlichen Professoren,
3. die Honorarprofessoren,
4. die außerplanmäßigen Professoren, Oberärzte am Universitäts-Krankenhaus Eppendorf, Oberassistenten, Oberingenieure, Universitätsdozenten und Privatdozenten,
5. die anderen in Forschung oder Lehre an der Universität tätigen wissenschaftlichen Beamten und Angestellten mit Ausnahme der wissenschaftlichen Hilfskräfte,
6. die Lehrbeauftragten,
7. die Wissenschaftlichen Assistenten einschließlich der Verwalter von Assistentenstellen,
8. die Gastprofessoren und Gastdozenten.

§ 8

Aufgaben der Angehörigen des Lehrkörpers

(1) Die ordentlichen Professoren sind Inhaber eines Lehrstuhls. Sie haben die Aufgabe, ein Fach in seiner ganzen Breite in Forschung und Lehre zu vertreten.

(2) Die außerordentlichen Professoren nehmen, in der Regel gemeinsam mit ordentlichen Professoren und anderen Angehörigen des Lehrkörpers, ein Fach in Forschung und Lehre wahr. Ihnen kann insbesondere die Leitung größerer Abteilungen in wissenschaftlichen Einrichtungen oder die Erfüllung spezieller Lehr- und Forschungsaufgaben in einem bei der Berufung zu bestimmenden Pflichtenkreis übertragen werden.

(3) Die Aufgaben der übrigen in einem Dienstverhältnis zur Freien und Hansestadt Hamburg stehenden Angehörigen des Lehrkörpers werden im Benehmen mit oder auf Vorschlag der Universität bestimmt.

§ 9

Berufung

(1) Zum Angehörigen des Lehrkörpers darf nur berufen werden, wer die für seine Aufgabe erforderliche Eignung und Befähigung zum Forschen und Lehren hat. Die Berufung setzt die Habilitation nicht voraus.

(2) Die Angehörigen des Lehrkörpers werden auf Vorschlag der Universität berufen; für die Berufung von ordentlichen Professoren legt die Universität einen Berufungsvorschlag vor, der begründet sein muß und mindestens drei Namen enthalten soll. Bei der Berufung kann von einer vorgeschlagenen Reihenfolge abgewichen werden. Nach Anhörung der Universität kann auch eine nicht vorgeschlagene Person berufen werden.

(3) Lehrstühle sind zur Vorbereitung des Berufungsvorschlags vom Universitätspräsidenten im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde rechtzeitig auszuschreiben. Innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Bewerbungsfrist stellt der Fachbereich aus den eingegangenen Bewerbungen den Berufungsvorschlag (Berufungsliste) auf und leitet ihn der Fakultät und dem Akademischen Senat zu. Die Fakultät kann sich zu dem Vorschlag äußern. Der Akademische Senat legt die Berufungsliste mit einer eigenen Stellungnahme innerhalb eines weiteren Monats unter Beifügung sämtlicher eingegangenen Bewerbungen der zuständigen Behörde vor. Die zuständige Behörde kann die vorgesehenen Fristen in begründeten Ausnahmefällen verlängern.

(4) Für Honorarprofessoren, außerplanmäßige Professoren und Privatdozenten gelten die besonderen Bestimmungen des § 10.

§ 10

Honorarprofessoren, außerplanmäßige Professoren,
Privatdozenten

(1) Der Senat kann Personen, die sich durch hervorragende wissenschaftliche Leistungen ausgezeichnet haben und bereit sind, an der Universität zu lehren, auf Antrag des Akademischen Senats zu Honorarprofessoren bestellen. Die Rechte eines Honorarprofessors können nach Anforderung des Akademischen Senats wieder entzogen werden, wenn sich der Honorarprofessor durch sein Verhalten der Stellung als Angehöriger des Lehrkörpers unwürdig erwiesen oder wenn er ohne hinreichenden Grund eine unangemessene lange Zeit seine Lehrtätigkeit nicht erfüllt hat.

(2) Der Senat kann Privatdozenten, die den an ordentliche oder außerordentliche Professoren zu stellenden Anforderungen entsprechen, auf Antrag des Akademischen Senats die Bezeichnung außerplanmäßiger Professor verleihen. Die Verleihung kann widerrufen werden

1. aus Gründen, die bei einem Beamten auf Lebenszeit zur Nichtigkeit oder Rücknahme der Ernennung, zum Verlust der Beamteneigenschaft oder zur Entfernung aus dem Dienst führen würden, oder

2. wenn die Lehrtätigkeit aus anderen Gründen als infolge Dienstunfähigkeit endet.

(3) Die Universität verleiht habilitierten Wissenschaftlern, die die Eignung und Befähigung zum Lehren haben, auf Antrag die Lehrtätigkeit als Privatdozent. Damit gewährt sie keinen Anspruch auf einen Arbeitsplatz in der Universität.

§ 11

Habilitations

(1) Die Habilitation dient dem Nachweis der Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Forschung.

(2) Die Habilitation berechtigt zur Führung des akademischen Grades eines habilitierten Doktors (Dr. habil.). Sie gewährt keinen Anspruch auf einen Arbeitsplatz in der Universität.

(3) Die Zulassung zur Habilitation setzt ein mit einer Promotion abgeschlossenes Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule voraus. Von dem Erfordernis der Promotion kann in Ausnahmefällen abgesehen werden. In den Habilitationsordnungen können weitere, die Befähigung und den wissenschaftlichen Werdegang des Bewerbers betreffende Anforderungen vorgesehen werden. Sie dürfen die Zulassung nicht davon abhängig machen, daß der Bewerber von einem Angehörigen des Lehrkörpers für die Habilitation vorgeschlagen wird.

(4) Die Befähigung zu selbständiger Forschung kann durch eine Habilitationsschrift, eine oder mehrere frühere wissenschaftliche Veröffentlichungen oder Leistungen oder eine hervorragende Dissertation nachgewiesen werden. Die Habilitationsordnungen können weitere Habilitationsleistungen vorsehen.

(5) Über das Gesuch um Zulassung zur Habilitation ist binnen zwei Monaten zu entscheiden. Über die Anerkennung der Schriften oder Leistungen soll innerhalb von neun Monaten entschieden werden. Werden zusätzliche Habilitationsleistungen gefordert, so soll das Verfahren innerhalb weiterer drei Monate abgeschlossen werden.

§ 12

Lehrbefähigung

Die Universität hat die Aufgabe, Grundsätze über Erwerb und Nachweis der akademischen Lehrbefähigung zu entwickeln und aufzustellen.

Zweiter Abschnitt

Die Studenten

§ 13

Immatrikulation

(1) Die Studenten werden durch die Immatrikulation Mitglieder der Universität.

(2) Voraussetzung für die Immatrikulation ist das Bestehen der Kieprüfung an einem staatlichen oder staatlich anerkannten Gymnasium im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder eine von der zuständigen Behörde als gleichwertig anerkannte Vorbildung.

(3) Bewerber mit einer Vorbildung, die nur zu einem Studium in einer bestimmten Fachrichtung berechtigt (fachgebundene Hochschulreife), können nur in dieser Fachrichtung ein Fachstudium aufnehmen und Prüfungen ablegen. Haben sie nach einem Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule eine Abschlussprüfung bestanden, können sie auch in anderen Fachrichtungen ein Fachstudium aufnehmen und Prüfungen ablegen.

§ 14

Versagungsgründe

(1) Die Immatrikulation ist zu versagen, wenn die in § 13 Absätze 2 und 3 genannten Voraussetzungen nicht vorliegen.

(2) Die Immatrikulation kann versagt werden, wenn

1. der Bewerber an einer übertragbaren Krankheit leidet, durch die er die Gesundheit anderer Personen gefährdet, mit denen er im Rahmen seines Studiums in engere Berührung kommt, oder trotz Verdachts einer solchen Krankheit ein gefordertes ärztliches Zeugnis nicht beibringt,

2. bei dem Bewerber, einer der Entmündigungsbestände des § 6 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gegeben ist,

3. der Bewerber an einer anderen Hochschule dauernd oder auf Zeit vom Studium ausgeschlossen worden ist,

4. der Bewerber an einer Hochschule exmatrikuliert worden ist, weil er die Immatrikulation durch Zwang, arglistige Täuschung oder Bestechung herbeigeführt hatte,

5. der Bewerber auf Grund des § 15 Absatz 2 Nummer 2 oder einer entsprechenden Vorschrift exmatrikuliert worden ist,

6. ein Bewerber mit einem als gleichwertig anerkannten ausländischen Bildungsnachweis keine ausreichenden Kenntnisse der deutschen Sprache nachweist.

§ 15

Exmatrikulation

(1) Ein Student ist zu exmatrikulieren, wenn

1. die Immatrikulation durch Zwang, arglistige Täuschung oder Bestechung herbeigeführt wurde,

2. er auf Grund des § 19 bis 21 das Studium weder in seiner ursprünglichen noch in einer anderen Fachrichtung fortführen darf,

3. er das Studium in seiner ursprünglichen Fachrichtung auf Grund des § 19 oder des § 21 nicht fortführen darf und die Fachrichtung nicht wechselt.

(2) Ein Student kann exmatrikuliert werden, wenn

1. nach der Immatrikulation Tatsachen bekannt werden oder eintreten, die zur Versagung der Immatrikulation führen können,

2. sein Verhalten erkennen läßt, daß er sein Studium nicht ernsthaft verfolgt, insbesondere wenn er nach Ablauf einer unangemessenen langen Studienzeits sich einer vorgeschriebenen Vor- oder Zwischenprüfung nicht unterzogen oder eine Abschlussprüfung nicht abgelegt oder endgültig nicht bestanden hat,

3. er für das Rückmelde- oder Belegverfahren vorgeschriebene Fristen schuldhaft versäumt,

4. er von den Studenten zu entrichtende Gebühren oder den Beitrag der Studenten (§ 65) trotz Mahnung nicht zahlt; anstelle oder neben der Exmatrikulation kann angeordnet werden, daß Semester, für die die Gebühren oder der Beitrag der Studenten nicht entrichtet sind, nicht angerechnet werden.

§ 16

Zuständigkeit

In den in §§ 14 und 15 genannten Fällen entscheidet die Universität durch den Universitätspräsidenten.

§ 17

Zulassungsbeschränkungen

(1) Die Zulassung kann für einzelne Fachrichtungen beschränkt werden, wenn und solange dies mit Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit der Universität erforderlich ist, um ein ordnungsgemäßes Studium in der betreffenden Fachrichtung zu gewährleisten. Zulassungsbeschränkungen werden durch Zulassungsordnungen geregelt, in denen auch Bestimmungen über die Auswahl und die Zahl der zuzulassenden Bewerber zu treffen sind.

(2) Zulassungsordnungen werden vom Akademischen Senat beschlossen. Auf Verlangen der zuständigen Behörde ist er verpflichtet, die Frage der Einführung einer Zulassungsbeschränkung für eine bestimmte Fachrichtung innerhalb einer zu bestimmenden angemessenen Frist zu erörtern.

(3) Zulassungsordnungen können auch vom Senat durch Rechtsverordnung erlassen werden. Der Akademische Senat ist vorher zu hören.

§ 18

Lehrveranstaltungen und Einrichtungen

(1) Die Studenten haben das Recht, Lehrveranstaltungen aller Fakultäten zu besuchen und im Rahmen der dafür erlassenen Ordnungen die Einrichtungen der Universität zu benutzen.

(2) Die Fachbereiche können den Besuch einzelner Lehrveranstaltungen beschränken oder von bestimmten Voraussetzungen abhängig machen, wenn dies zur ordnungsgemäßen Durchführung der Lehrveranstaltungen geboten ist. Die zuständige Behörde kann die Aufhebung oder Änderung solcher Bestimmungen verlangen. Die Zugangsbeschränkungen oder -voraussetzungen sind im Vorlesungsverzeichnis oder durch Aushang am Schwarzen Brett bekanntzugeben.

§ 19

Zwischenprüfungen

In staatlichen und akademischen Prüfungsordnungen kann bestimmt werden, daß Vor- oder Zwischenprüfungen in einer bestimmten Zeit abgelegt oder im einzelnen festzulegende Studienleistungen in einer bestimmten Zeit erbracht werden müssen. Ferner kann bestimmt werden, daß das Studium in derselben oder einer verwandten Fachrichtung nur fortgeführt werden darf, wenn in der vorgeschriebenen Zeit die Vor- oder Zwischenprüfungen abgelegt oder die festgesetzten Studienleistungen erbracht sind; für Härtefälle ist die Möglichkeit von Ausnahmen vorzusehen.

§ 20

Fachwechsel

Der zweite und jeder weitere Wechsel der Fachrichtung bedürfen der Genehmigung des Universitätspräsidenten. Das Nähere bestimmt die Universität.

§ 21

Versagung der Fortführung des Studiums

(1) Hat ein Student nach einem Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule eine Vor-, Zwischen- oder Abschlussprüfung im Geltungsbereich des Grundgesetzes endgültig nicht bestanden, so kann er an der Universität Hamburg in derselben Fachrichtung weder das Studium fortführen noch akademische Prüfungen ablegen. Die Universität kann Befreiung erteilen, wenn die Anwendung des Satzes 1 im Einzelfall zu einer außergewöhnlichen Härte führen würde.

(2) In staatlichen und akademischen Prüfungsordnungen kann bestimmt werden, daß Absatz 1 auch für verwandte Fachrichtungen anzuwenden ist.

§ 22

Studentisches Ordnungsrecht

(1) Gegen Studenten, die die Ordnung in der Universität und ihren Veranstaltungen, insbesondere die Wahrnehmung der Aufgaben der Universität stören, können Ordnungsmaßnahmen getroffen werden.

(2) Ordnungsmaßnahmen sind:

1. Verweis; zugleich kann die Verweisung von der Universität Hamburg für den Fall eines erneuten Verstoßes angedroht werden;
2. Versagung der weiteren Teilnahme an einzelnen Lehrveranstaltungen und der Benutzung von Einrichtungen der Universität bis zu sechs Monaten, wenn sich der Verstoß auf diese bezogen hat;
3. Verweisung von der Universität Hamburg für ein oder zwei Semester;
4. dauernde Verweisung von der Universität Hamburg;

(3) Ordnungsmaßnahmen werden von einem Ordnungsausschuß getroffen. Ihm gehören an:

1. ein vom Senat für drei Jahre bestellter Berufsrichter als Vorsitzender;
2. ein vom Akademischen Senat für ein Jahr bestellter Angehöriger des Lehrkörpers;
3. ein vom Studentenparlament für ein Jahr bestellter Student der Universität Hamburg.

Neben dem Vorsitzenden sind mindestens fünf weitere Berufsrichter, für die anderen Mitglieder mindestens je zwei Stellvertreter zu bestellen. Bei Verhinderung des Vorsitzenden oder eines anderen Mitglieds und seiner Stellvertreter treten die weiteren Berufsrichter an deren Stelle. Dies gilt entsprechend, wenn die zuständigen Organe keine Mitglieder gemäß Satz 2 Nummern 2 und 3 bestellen oder wenn diese Mitglieder und ihre Stellvertreter sich weigern, an einer Sitzung teilzunehmen.

(4) Die Befugnis des Universitätspräsidenten oder der von ihm Beauftragten, auf Grund des § 22 Absatz 3 Studenten die Teilnahme an Lehrveranstaltungen oder die Benutzung von Einrichtungen der Universität zu untersagen, bleibt unberührt. In solchen Fällen ist unverzüglich ein Ordnungsverfahren einzuleiten. Eine Maßnahme gemäß Satz 1 tritt spätestens mit dem Abschluß des Ordnungsverfahrens außer Kraft.

(5) Das Ordnungsverfahren wird durch vom Akademischen Senat zu erlassende Bestimmungen geregelt.

Dritter Abschnitt

Gasthörer

§ 23

Ordnung für Gasthörer

Die Universität kann nach Maßgabe einer vom Akademischen Senat zu erlassenden Ordnung Gasthörer, insbesondere Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen, einschreiben und sie an der Benutzung ihrer Einrichtungen teilnehmen lassen.

Vierter Abschnitt

§ 24

Akademische Ehrungen

(1) Die Universität kann für besondere Verdienste um die Universität die Würde eines Ehrensenators oder Ehrenbürgers verleihen. Sie kann auch andere Ehrungen aussprechen.

(2) Das Verfahren der Ehrung und die sich aus der Ehrung ergebenden Rechte bestimmt die Satzung der Universität.

DRITTER TEIL

Aufbau und Organisation der Universität

Erster Abschnitt

Organe der Gesamtuniversität

Erster Unterabschnitt

Universitätspräsident

§ 25

Aufgaben

(1) Der Universitätspräsident vertritt die Universität. Er sorgt für das Zusammenwirken der Organe der Universität, der Angehörigen des Lehrkörpers und der Studenten sowie, sofern dies erforderlich ist, für einen Ausgleich zwischen ihnen. Er fördert die Planung in der Universität und faßt Teilplanungen zusammen.

(2) Der Universitätspräsident leitet die Verwaltung der Universität. Er ist an die Beschlüsse des Akademischen Senats gebunden.

(3) Hält der Universitätspräsident einen Beschluß oder eine Maßnahme anderer Stellen der Universität für rechtswidrig, so hat er den Beschluß oder die Maßnahme zu beanstanden und auf Abhilfe zu dringen. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Wird keine Abhilfe geschaffen, ist die zuständige Behörde zu unterrichten.

(4) Der Universitätspräsident sorgt erforderlichenfalls für den ordnungsgemäßen Ablauf der Akademischen Selbstverwaltung. Er trifft insbesondere in unaufschiebbaren, zur Zuständigkeit anderer Stellen der Universität gehörenden Fällen die notwendigen Maßnahmen. Dagegen können die betroffenen Stellen oder Mitglieder der Universität die Entscheidung der zuständigen Behörde beantragen.

(5) Der Universitätspräsident ist auf Verlangen über jede Angelegenheit im Bereich der Universität zu unterrichten. Er kann Vorlage der Akten fordern. Der Universitätspräsident ist berechtigt, an den Sitzungen der Fakultätsräte, der Fachbereichsräte, der Instituts-, Seminar- und Klinikleitungen, der Instituts-, Seminar- und Klinikräte, des Studentenparlaments, des Allgemeinen Studentenausschusses und der Ausschüsse dieser Gremien beratend teilzunehmen. Der Universitätspräsident kann einen Vertreter entsenden. Er kann die kurzfristige Einberufung der genannten Gremien und ihrer Ausschüsse fordern.

(6) Der Universitätspräsident kann von den zuständigen Stellen der Universität die Beratung bestimmter Angelegenheiten und eine Entscheidung oder Stellungnahme verlangen.

(7) Der Universitätspräsident kann an Lehrveranstaltungen und akademischen Prüfungen teilnehmen.

(8) Der Universitätspräsident übt im Gelände und in den Einrichtungen der Universität das Hausrecht und die Ordnungsgewalt (§ 3 Absatz 1 des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) als Auftragsangelegen-

heiten (§ 4 Absatz 2) aus. Er kann mit der Wahrnehmung dieser Befugnisse für bestimmte Bereiche oder für bestimmte Fälle andere Universitätsangehörige beauftragen. Im Rahmen des Hausrechts trifft er Regelungen für die Benutzung der der Universität zur Verfügung gestellten Liegenschaften und Einrichtungen, soweit nicht die Benutzungsordnungen der wissenschaftlichen Einrichtungen (§ 56 Absatz 1 Satz 1) Bestimmungen enthalten.

§ 26

Rechtsstellung

(1) Der Universitätspräsident wird nach Anhörung des Akademischen Senats und im Einvernehmen mit dem Großen Senat durch den Senat bestellt. Ist neun Monate nach dem Freiwerden des Amts kein Einvernehmen hergestellt, so kann der Universitätspräsident ohne Zustimmung des Großen Senats bestellt werden.

(2) Die Amtszeit des Universitätspräsidenten beträgt neun Jahre. Sie kann bei der Bestellung nach Anhörung des Akademischen Senats und im Einvernehmen mit dem Großen Senat auf höchstens zwölf Jahre oder auf nicht weniger als sechs Jahre festgesetzt werden. Der Universitätspräsident ist nach Ablauf seiner Amtszeit auf Verlangen verpflichtet, das Amt bis zur Bestellung seines Amtsnachfolgers, längstens jedoch für neun Monate, weiterzuführen. Wiederbestellung ist zulässig.

(3) Der Universitätspräsident kann nach Anhörung des Akademischen Senats und im Einvernehmen mit dem Großen Senat durch den Senat abberufen werden. Der Beschluß des Großen Senats bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder.

§ 27

Vizepräsident

(1) Der Vizepräsident vertritt den Universitätspräsidenten und unterstützt ihn in seiner Amtsführung.

(2) Der Vizepräsident muß ordentlicher Professor sein. Er wird vom Großen Senat für zwei Jahre gewählt.

§ 28

Syndikus

(1) Der Syndikus erledigt nach den Weisungen des Universitätspräsidenten die Verwaltungsangelegenheiten der Universität. Er vertritt die Universität gerichtlich und außergerichtlich, soweit der Universitätspräsident die Vertretung nicht selbst wahrnimmt. Er unterstützt den Akademischen Senat und den Großen Senat bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. An den Sitzungen des Akademischen Senats, des Ausschusses für die vorlesungsfreie Zeit (§ 32), des Ausschusses für Haushalts- und Planungsangelegenheiten (§ 33) und des Großen Senats nimmt er mit beratender Stimme teil.

(2) Der Syndikus wird im Einvernehmen mit dem Akademischen Senat bestellt. Er muß die Befähigung zum Richteramt haben.

Zweiter Unterabschnitt

Akademischer Senat

§ 29

Aufgaben

(1) Der Akademische Senat leitet zusammen mit dem Universitätspräsidenten die Universität. Er ist für die Erfüllung der Aufgaben der Universität verantwortlich.

(2) Der Akademische Senat entscheidet in allen Angelegenheiten der Universität, soweit dies Gesetz oder die Satzung der Universität nichts anderes bestimmt. Er ist insbesondere zuständig für alle die gesamte Universität berührenden Angelegenheiten. Er koordiniert, soweit dies erforderlich ist, die Tätigkeit der Fakultäten. Er kann zu diesem Zweck Beschlüsse und Maßnahmen der Fakultäten aufheben und durch eigene Beschlüsse oder Maßnahmen ersetzen.

§ 30

Zusammensetzung

(1) Der Akademische Senat umfaßt 24 Mitglieder. Ihm gehören an:

1. der Universitätspräsident als Vorsitzender,
2. der Vizepräsident als stellvertretender Vorsitzender,
3. die Dekane,
4. vier ordentliche und außerordentliche Professoren,
5. vier Vertreter der in § 7 Nummern 4 und 5 genannten Angehörigen des Lehrkörpers,
6. vier Vertreter der Wissenschaftlichen Assistenten (§ 7 Nummer 7),
7. vier Vertreter der Studenten.

(2) Die in Absatz 1 Satz 2 Nummern 4, 5 und 6 genannten Mitglieder werden von den Angehörigen der jeweiligen Gruppe für zwei Jahre gewählt. Die Vertreter der Studenten werden vom Studentenparlament für ein Jahr gewählt.

§ 31

Ausschüsse und Senatsbeauftragte

(1) Der Akademische Senat setzt folgende ständige Ausschüsse ein:

1. Ausschuß für die vorlesungsfreie Zeit (§ 32),
2. Ausschuß für Haushalts- und Planungsangelegenheiten (§ 33),
3. Ausschuß für Habilitations- und Promotionsverfahren (§ 34),
4. Ausschuß für Studienangelegenheiten (§ 35).

(2) Der Akademische Senat kann für bestimmte Angelegenheiten weitere Ausschüsse oder Senatsbeauftragte einsetzen. Er kann ihnen mit der Akademischen Senat mit einer Behörde Entscheidungsbefugnisse einräumen.

(3) In den Ausschüssen nach Absatz 2 sollen in der Regel neben ordentlichen und außerordentlichen Professoren die in § 30 Absatz 1 Satz 2 Nummern 5, 6 und 7 genannten Gruppen angemessen vertreten sein. Über die Zusammensetzung der Ausschüsse entscheidet der Akademische Senat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder. Von der Mitwirkung in einem Ausschuß können Vertreter einer der in § 30 Absatz 1 Satz 2 Nummern 5, 6 und 7 genannten Gruppen nur mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Senatsmitglieder dieser Gruppe völlig ausgeschlossen werden.

(4) Die Mitglieder der Ausschüsse des Akademischen Senats (Absätze 1 und 2) und deren Stellvertreter werden vom Akademischen Senat gewählt. Sofern nichts anderes bestimmt ist, können auch Personen berufen werden, die nicht dem Akademischen Senat angehören. Die Wahl von Vertretern der in § 30 Absatz 1 Satz 2 Nummern 5, 6 und 7 genannten Gruppen bedarf der Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Senatsmitglieder der betreffenden Gruppe.

(5) Für Senatsbeauftragte gelten Absatz 4 Sätze 1 und 2 entsprechend.

§ 32

Ausschuß für die vorlesungsfreie Zeit

(1) Der Ausschuß für die vorlesungsfreie Zeit nimmt in dieser Zeit die Aufgaben des Akademischen Senats wahr.

(2) Der Ausschuß tritt in folgender Besetzung zusammen:

1. der Universitätspräsident oder der Vizepräsident als Vorsitzender,
2. ein Dekan,
3. ein ordentlicher oder außerordentlicher Professor,
4. ein Vertreter der in § 7 Nummern 4 und 5 genannten Angehörigen des Lehrkörpers,
5. ein Vertreter der Wissenschaftlichen Assistenten (§ 7 Nummer 7),
6. ein Vertreter der Studenten.

(3) Die in Absatz 2 genannten Personen müssen Mitglieder oder Stellvertreter von Mitgliedern des Akademischen Senats sein.

§ 33

Ausschuß für Haushalts- und Planungsangelegenheiten

(1) Der Ausschuß für Haushalts- und Planungsangelegenheiten bereitet die Entscheidungen des Akademischen Senats in diesen Angelegenheiten vor. Er wirkt bei der Verteilung der bewilligten Haushaltsmittel (§ 59 Absatz 4) beratend mit.

(2) Dem Ausschuß gehören an:

1. der Universitätspräsident als Vorsitzender,
2. drei ordentliche oder außerordentliche Professoren,
3. ein Vertreter der in § 7 Nummern 4 und 5 genannten Angehörigen des Lehrkörpers,
4. ein Vertreter der Wissenschaftlichen Assistenten (§ 7 Nummer 7),
5. ein Vertreter der Studenten.

§ 34

Ausschuß für Habilitations- und Promotionsverfahren

(1) Der Ausschuß für Habilitations- und Promotionsverfahren hat das Recht, sich jederzeit über den Stand der Habilitations- und Promotionsverfahren zu unterrichten. Auf Antrag eines Beteiligten oder Bewerbers ist er zur Überprüfung verpflichtet. Er sorgt, soweit dies erforderlich ist, für einen zeit- und sachgerechten Ablauf der Verfahren.

(2) Dem Ausschuß gehören an:

1. ein ordentlicher oder außerordentlicher Professor als Vorsitzender,
2. ein Vertreter der in § 7 Nummern 4 und 5 genannten Angehörigen des Lehrkörpers,
3. a) bei Habilitationsverfahren ein Vertreter der Wissenschaftlichen Assistenten (§ 7 Nummer 7),
b) bei Promotionsverfahren ein Vertreter der Studenten.

(3) Das Nähere bestimmt die Satzung der Universität.

§ 35

Ausschuß für Studienangelegenheiten

- (1) Der Ausschuß für Studienangelegenheiten kann von jedem Mitglied der Universität in Angelegenheiten des Studiums und der Lehre angerufen werden.
- (2) Der Ausschuß überprüft die Angelegenheit. Vermag er kein Einvernehmen zwischen den Beteiligten herzustellen, so legt er seine Stellungnahme mit einer Empfehlung den Beteiligten und dem Universitätspräsidenten vor.
- (3) Dem Ausschuß gehören fünf Mitglieder an, darunter zwei Studenten.
- (4) Das Nähere bestimmt die Satzung der Universität.

Dritter Unterabschnitt

Großer Senat

§ 36

Aufgaben

- (1) Der Große Senat beschließt die Satzung der Universität. Er nimmt den Jahresbericht des Universitätspräsidenten entgegen. Im übrigen übt er die Befugnisse nach den §§ 26 und 27 aus.

- (2) Der Große Senat hat das Recht, die zu den Aufgaben der Universität gehörenden Angelegenheiten zu erörtern. Er kann von den zuständigen Stellen der Universität eine Stellungnahme zu einer bestimmten Angelegenheit oder die Überprüfung einer getroffenen Entscheidung verlangen. Das Verlangen hat keine aufhebende Wirkung.

§ 37

Zusammensetzung

- (1) Der Große Senat umfaßt 120 Mitglieder. Ihm gehören an:
 1. der Vizepräsident als Vorsitzender,
 2. 39 ordentliche Professoren,
 3. 10 außerordentliche Professoren,
 4. 10 Vertreter der in § 7 Nummer 4 genannten Angehörigen des Lehrkörpers,
 5. 15 Vertreter der in § 7 Nummer 5 genannten Angehörigen des Lehrkörpers,
 6. 15 Vertreter der Wissenschaftlichen Assistenten (§ 7 Nummer 7),
 7. 30 Vertreter der Studenten.

- (2) Die in Absatz 1 Satz 2 Nummern 2 bis 6 genannten Mitglieder werden von den Angehörigen der jeweiligen Gruppe für zwei Jahre gewählt.

- (3) Unter den Vertretern der Studenten müssen sich zwei Vorsitzende des Allgemeinen Studentenausschusses und zwei Vertreter aus jeder Fakultät befinden. Die Fakultätsvertreter werden von den der jeweiligen Fakultät angehörenden Mitgliedern des Studentenparlaments gewählt. Die übrigen Vertreter der Studenten werden vom Studentenparlament gewählt. Die Amtszeit beträgt ein Jahr.

- (4) Die Satzung der Universität kann innerhalb der in Absatz 1 Satz 2 Nummern 4 und 5 genannten Gruppen eine andere Verteilung der Sitze vorsehen.

- (5) Der Universitätspräsident und die anderen Mitglieder des Akademischen Senats, sofern sie nicht zugleich dem Großen Senat angehören, nehmen an dessen Sitzungen mit beratender Stimme teil.

§ 38

Einberufung, Verfahren

- (1) Der Große Senat wird vom Vorsitzenden mindestens einmal im Semester einberufen. Der Vorsitzende muß ihn ferner einberufen, wenn der Universitätspräsident, der Akademische Senat oder 30 Mitglieder des Großen Senats es verlangen.

- (2) Eine Angelegenheit der in § 36 Absatz 2 bezeichneten Art wird auf die Tagesordnung gesetzt, wenn mindestens drei Viertel der Vertreter einer der in § 37 Absatz 1 Satz 2 Nummern 2 bis 7 genannten Gruppen es beantragen. Eine solche Angelegenheit wird erst erörtert, wenn die anderen auf der Tagesordnung stehenden Punkte behandelt sind.

Zweiter Abschnitt

Fakultäten, Fachbereiche, wissenschaftliche Einrichtungen

§ 39

Aufgaben

- (1) Die Fakultäten, Fachbereiche und wissenschaftlichen Einrichtungen erfüllen die fachlichen Aufgaben der Universität in Forschung und Lehre, Ausbildung und Fortbildung.

Erster Unterabschnitt

Fakultäten und Fachbereiche

§ 40

Gliederung der Universität in Fakultäten und Fachbereiche

- (1) Die Universität gliedert sich in folgende Fakultäten:

1. die Evangelisch-Theologische Fakultät,
2. die Rechtswissenschaftliche Fakultät,
3. die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät,
4. die Medizinische Fakultät,
5. die Philosophische Fakultät,
6. die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät.

- (2) Die Fakultäten sind in Fachbereiche zu gliedern, wenn dies zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben der Universität zweckmäßig ist. Die Entscheidung trifft der Akademische Senat nach Anhörung der betroffenen Fakultät. Der Beschluß bedarf der Genehmigung der zuständigen Behörde. § 70 Absatz 3 gilt entsprechend. Fachbereiche können auch von der zuständigen Behörde gebildet werden; der Akademische Senat und die betroffene Fakultät sind vorher zu hören.

1. Fakultäten

§ 41

Aufgaben

- (1) Die Fakultäten sind in ihrem Bereich der Wissenschaft neben den Fachbereichen für die Forschung und Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie für die Vollständigkeit und Ordnung des akademischen Unterrichts verantwortlich. Sie sind verpflichtet, für eine Zusammenarbeit mit anderen Fakultäten, insbesondere für eine Abstimmung der Lehr- und Forschungsaufgaben, zu sorgen.

- (2) Die Fakultäten erlassen die Habilitations- und Promotionsordnungen. Vor der Genehmigung durch die zuständige Behörde nimmt der Akademische Senat Stellung.

- (3) Die Fakultäten koordinieren, soweit dies erforderlich ist, die Tätigkeit der Fachbereiche. Sie können zu diesem Zweck Beschlüsse und Maßnahmen der Fachbereiche aufheben und durch eigene Beschlüsse oder Maßnahmen ersetzen.

§ 42

Organe

- (1) Organe der Fakultäten sind der Dekan und der Fakultätsrat.

§ 43

Dekan

- (1) Der Dekan vertritt die Fakultät und führt ihre laufenden Geschäfte. Er ist an die Beschlüsse des Fakultätsrats gebunden. Er kann an den Sitzungen der Fachbereiche und deren Ausschüsse beratend teilnehmen.

- (2) Der Dekan wird von den Mitgliedern der Fachbereichsräte aus dem Kreise der der Fakultät angehörenden ordentlichen Professoren für zwei Jahre gewählt. Ist der Dekan Sprecher eines Fachbereichs, so scheidet er aus diesem Amt mit der Annahme der Wahl aus.

- (3) Der Dekan vertritt bei Verhinderung der Prodekan. Er wird vom Fakultätsrat aus dem Kreise der ihm angehörenden ordentlichen Professoren für zwei Jahre gewählt.

§ 44

Fakultätsrat

- (1) Der Fakultätsrat entscheidet in allen Angelegenheiten der Fakultät, soweit dies Gesetz oder die Satzung der Universität nichts anderes bestimmt.

- (2) Der Fakultätsrat umfaßt 16 Mitglieder. Ihm gehören an:

1. der Dekan als Vorsitzender,
2. sieben ordentliche Professoren, darunter die Sprecher der Fachbereiche,
3. vier Vertreter der in § 7 Nummern 2, 4 und 5 genannten Angehörigen des Lehrkörpers,
4. zwei Vertreter der Wissenschaftlichen Assistenten (§ 7 Nummer 7),
5. zwei Vertreter der Studenten.

- (3) Die nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 zu wählenden Vertreter der ordentlichen Professoren sowie die in Absatz 2 Satz 2 Nummern 3 und 4 genannten Vertreter werden von den der Fakultät angehörenden Mitgliedern der jeweiligen Gruppe aus ihrer Mitte für zwei Jahre gewählt. Die Vertreter der Studenten werden von den Studenten der in der Fakultät vertretenen Fachrichtungen aus ihrer Mitte für ein Jahr gewählt.

§ 45

Ausschüsse und Fakultätsbeauftragte

- (1) Der Fakultätsrat kann für bestimmte Angelegenheiten Ausschüsse oder Fakultätsbeauftragte einsetzen.

- (2) Für Angelegenheiten, die mehrere Fakultäten betreffen, sollen gemeinsame Ausschüsse eingesetzt werden.

- (3) In den Ausschüssen sollen in der Regel neben ordentlichen Professoren die in § 44 Absatz 2 Satz 2 Nummern 3, 4 und 5 genannten Gruppen angemessen vertreten sein. Im übrigen gelten § 31 Absatz 2 Satz 2, Absatz 3 Sätze 2 und 3 sowie Absätze 4 und 5 entsprechend.

§ 46

Studienreformkommissionen

- (1) In jeder Fakultät wird eine ständige Kommission zur Beratung von Angelegenheiten der Studienreform gebildet. Die Kommission kann den zuständigen Stellen Vorschläge unterbreiten.

- (2) Die Kommission setzt sich je zur Hälfte aus Angehörigen des Lehrkörpers und Studenten zusammen.

- (3) Das Nähere bestimmt die Satzung der Universität.

2. Fachbereiche

§ 47

Aufgaben

- (1) Die Fachbereiche sind auf ihren Fachgebieten für die Forschung und Lehre, Ausbildung und Fortbildung sowie für die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses verantwortlich.

- (2) Die Fachbereiche koordinieren, soweit dies erforderlich ist, die Forschungsprogramme der ihnen zugeordneten wissenschaftlichen Einrichtungen.

- (3) Die Fachbereiche erlassen die akademischen Prüfungsordnungen. Vor der Genehmigung durch die zuständige Behörde nimmt der Akademische Senat Stellung. In den Prüfungsordnungen ist eine gestufte, auf das Wesentliche gerichtete Ausbildung vorzusehen. Die Prüfungsordnungen müssen insbesondere die Voraussetzungen für die Zulassung zu den Prüfungen, Zweck, Dauer und Verlauf der Prüfungen, die Zusammensetzung der Prüfungsausschüsse, Art und Umfang der Prüfungsleistungen, die Bewertung der Prüfungsergebnisse und die Wiederholungsmöglichkeiten regeln.

- (4) Die Fachbereiche verleihen nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen die Lehrbefugnis, den Doktorgrad und andere akademische Grade. Sie sind für die Durchführung der Habilitations- und Promotionsverfahren und sonstigen akademischen Prüfungen verantwortlich.

- (5) Die Fachbereiche sorgen für die Vollständigkeit und Ordnung des akademischen Unterrichts entsprechend den Erfordernissen der staatlichen, kirchlichen und akademischen Prüfungsordnungen. Den Studenten ist Gelegenheit zu geben, innerhalb der vorgeschriebenen Studiendauer für ihre Fachrichtung notwendigen Lehrveranstaltungen in sachgerechter Reihenfolge besuchen und ihr Studium abschließen zu können.

- (6) Die Fachbereiche stellen unter Beachtung der geltenden Prüfungsordnungen für die einzelnen Fachrichtungen Studienpläne auf. Diese sollen den Studenten einen sinnvollen Aufbau des Studiums ermöglichen, insbesondere den Studienstoff näher umreißen und auf die in der Prüfungsordnung vorgeschriebenen sowie weitere zu einem ordnungsgemäßen Studium gehörende Lehrveranstaltungen und deren sachgerechte Reihenfolge hinweisen. In die Studienpläne können Bestimmungen nach § 18 Absatz 2 aufgenommen werden. Vor der Aufstellung oder Änderung des Studienplans für eine Fachrichtung, für die eine staatliche Prüfungsordnung gilt, ist der zuständigen staatlichen Stelle Gelegenheit zu geben, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Die Studienpläne sind in ihrer jeweils maßgebenden Fassung der zuständigen Behörde einzureichen.

- (7) Die Fachbereiche sorgen für eine regelmäßige Studienberatung.

(8) Die Fachbereiche stellen für ein Semester oder einen längeren Zeitraum den Plan, der Lehrveranstaltungen auf. Zur Straffung, Vertiefung und Ergänzung des Studiums sollen dafür geeignete Lehrveranstaltungen auch in der vorleistungsfreien Zeit durchgeführt werden. Die Fachbereiche bestimmen, soweit es zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen akademischen Unterrichts erforderlich ist, die Lehraufgaben der Angehörigen des Lehrkörpers.

§ 48

Organe

Organe der Fachbereiche sind der Sprecher des Fachbereichs und der Fachbereichsrat.

§ 49

Sprecher des Fachbereichs

(1) Der Sprecher des Fachbereichs vertritt den Fachbereich und führt dessen laufende Geschäfte. Er ist an die Beschlüsse des Fachbereichsrats gebunden. Er wird erforderlichenfalls darauf hin, daß das Angehörigen des Lehrkörpers ihre Lehr- und Prüfungsverpflichtungen ordnungsgemäß erfüllen.

(2) Der Sprecher des Fachbereichs und sein Vertreter werden vom Fachbereichsrat aus dem Kreise der ihm angehörenden ordentlichen Professoren für zwei Jahre gewählt.

§ 50

Fachbereichsrat

(1) Der Fachbereichsrat entscheidet in allen Angelegenheiten des Fachbereichs, soweit dies Gesetz oder die Satzung der Universität nichts anderes bestimmt.

(2) Dem Fachbereichsrat gehören an:

- der Sprecher des Fachbereichs als Vorsitzender und die ordentlichen Professoren des Fachbereichs, jedoch zusammen nicht mehr als zwölf,
- insgesamt dieselbe Zahl von Vertretern
 - der in § 7 Nummern 2, 4 und 5 genannten Angehörigen des Lehrkörpers,
 - der Wissenschaftlichen Assistenten (§ 7 Nummer 7),
 - der Studenten.

Unter den Vertretern gemäß Satz 1 Nummer 2 Buchstaben a, b und c verteilen sich die Sitze grundsätzlich im Verhältnis zwei zu eins zu eins. Ergeben sich dabei Bruchteile von Zahlen, so ist auf volle Zahlen abzurunden. Von den verbleibenden Sitzen steht der erste den Studenten, der zweite den Wissenschaftlichen Assistenten (§ 7 Nummer 7) zu.

(3) Die in Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 Buchstaben a und b genannten Vertreter werden von den dem Fachbereich angehörenden Mitgliedern der jeweiligen Gruppe aus ihrer Mitte für zwei Jahre gewählt. Satz 1 gilt entsprechend für die Wahl von Vertretern der ordentlichen Professoren, sofern dem Fachbereich mehr als zwölf ordentliche Professoren angehören. Die Vertreter der Studenten werden von den Studenten der im Fachbereich vertretenen Fachrichtungen aus ihrer Mitte für ein Jahr gewählt.

(4) Werden Fragen eines Faches behandelt, das im Fachbereichsrat nicht durch einen ordentlichen Professor vertreten ist, so wird ein ordentlicher Professor dieses Faches mit beratender Stimme hinzugezogen. An der Erörterung von Haushaltsangelegenheiten nehmen die geschäftsführenden

Direktoren der dem Fachbereich zugeordneten wissenschaftlichen Einrichtungen mit beratender Stimme teil, sofern die Belange ihrer wissenschaftlichen Einrichtung berührt sind.

§ 51

Ausschüsse und Fachbereichsbeauftragte

(1) Der Fachbereichsrat kann für bestimmte Angelegenheiten Ausschüsse oder Fachbereichsbeauftragte einsetzen.

(2) Für Angelegenheiten, die mehrere Fachbereiche betreffen, sollen gemeinsame Ausschüsse eingesetzt werden.

(3) In den Ausschüssen sollen in der Regel neben ordentlichen Professoren die in § 50 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 Buchstaben a, b und c genannten Gruppen angemessen vertreten sein. Im übrigen gelten § 31 Absatz 2 Satz 2, Absatz 3 Satz 2 und 3 sowie Absätze 4 und 5 entsprechend.

3. Fakultäten ohne Fachbereiche

§ 52

Aufgaben, Dekan, Fakultätsrat

(1) Sind in einer Fakultät keine Fachbereiche gebildet, so nimmt die Fakultät auch die Aufgaben des Fachbereichs wahr.

(2) Für den Dekan und seinen Vertreter (Prodekan) gilt § 49, für den Fakultätsrat § 50 entsprechend.

Zweiter Unterabschnitt

Wissenschaftliche Einrichtungen

§ 53

Aufgaben, Errichtung

(1) Wissenschaftliche Einrichtungen sind die der Forschung und Lehre, Ausbildung und Fortbildung dienenden Institute, Seminare und Kliniken der Universität. Die klinischen und medizinischen Institute nehmen zugleich die ihnen übertragenen Aufgaben auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitsdienstes als Auftragsangelegenheiten (§ 4 Absatz 2 Satz 2 und 3) wahr.

(2) Die wissenschaftlichen Einrichtungen werden von der zuständigen Behörde errichtet, verändert und aufgehoben. Der Akademische Senat und die beteiligten Fachbereiche sind vorher zu hören. Sie können Vorschläge für die Errichtung, Veränderung oder Aufhebung einer wissenschaftlichen Einrichtung unterbreiten.

(3) Für Lehrstühle gleicher oder verwandter Fachrichtungen sind gemeinschaftliche wissenschaftliche Einrichtungen zu errichten. Eine wissenschaftliche Einrichtung kann auch für Aufgaben errichtet werden, die in die Zuständigkeit mehrerer Fachbereiche oder Fakultäten fallen oder die den Bedürfnissen der Gesamtuniversität dienen.

(4) Die wissenschaftlichen Einrichtungen werden von der zuständigen Behörde in der Regel einem Fachbereich oder einer nicht in Fachbereiche gegliederten Fakultät zugeordnet. Sie können auch einer in Fachbereiche gegliederten Fakultät oder dem Akademischen Senat zugeordnet werden. In diesem Falle gilt für die Erörterung von Haushaltsangelegenheiten der wissenschaftlichen Einrichtung im Fakultätsrat beziehungsweise Akademischen Senat § 50 Absatz 4 Satz 2 entsprechend.

(5) Für einzelne Aufgaben der Forschung, Lehre und herangezogen werden der Akademische Senat und die beteiligten Fachbereiche sind vorher zu hören.

§ 54

Leitung

(1) Die Instituts-, Seminar- oder Klinikleitung entscheidet in allen Angelegenheiten der wissenschaftlichen Einrichtung, soweit dies Gesetz nichts anderes bestimmt. Sie legt insbesondere das allgemeine Forschungsprogramm der wissenschaftlichen Einrichtung fest. Arealische Einzelentscheidungen fallen nicht in die Zuständigkeit der Leitung der wissenschaftlichen Einrichtung.

(2) Der Instituts-, Seminar- oder Klinikleitung gehören die der wissenschaftlichen Einrichtung zugeordneten ordentlichen und außerordentlichen Professoren sowie die Abteilungsleiter an.

(3) Die Leitung der wissenschaftlichen Einrichtung wählt aus ihrer Mitte für eine in der Ordnung der wissenschaftlichen Einrichtung festzulegende Amtszeit einen geschäftsführenden Direktor und dessen Vertreter. Die Wahl bedarf der Bestätigung durch die zuständige Behörde. Der geschäftsführende Direktor führt die laufenden Geschäfte der wissenschaftlichen Einrichtung. Er ist Vorsitzender der Leitung der wissenschaftlichen Einrichtung. Er ist an deren Beschlüsse gebunden.

(4) Die zuständige Behörde kann zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Leitung der wissenschaftlichen Einrichtung eine von Absatz 2 abweichende Regelung treffen. Der nach der Zuordnung der wissenschaftlichen Einrichtung zuständige Fachbereichsrat, Fakultätsrat oder Akademische Senat ist vorher zu hören.

§ 55

Instituts-, Seminar-, Klinikrat

(1) Zur Beratung von Angelegenheiten der wissenschaftlichen Einrichtung wird ein Instituts-, Seminar- oder Klinikrat gebildet. Die Leitung der wissenschaftlichen Einrichtung unterrichtet den Instituts-, Seminar- oder Klinikrat über alle wichtigen Angelegenheiten. Sie muß ihm Gelegenheit zur Beratung geben, bevor sie über die Instituts-, Seminar- oder Klinikordnung, die Benutzungsordnung, die Vorschläge für den Haushaltsvoranschlag sowie die Verteilung und Verwendung der Haushaltsmittel beschließt.

(2) Dem Instituts-, Seminar- oder Klinikrat gehören an:

- die Mitglieder der Leitung der wissenschaftlichen Einrichtung,
- zwei Vertreter der in § 7 Nummern 4 und 5 genannten Angehörigen des Lehrkörpers,
- zwei Vertreter der Wissenschaftlichen Assistenten (§ 7 Nummer 7),
- zwei Vertreter der Studenten.

Die in Satz 1 Nummern 2 und 3 genannten Vertreter werden von den der wissenschaftlichen Einrichtung zugeordneten Mitgliedern der jeweiligen Gruppe aus ihrer Mitte für zwei Jahre gewählt. Die Vertreter der Studenten werden von den Studenten der Fachrichtungen, denen die wissenschaftliche Einrichtung zuzurechnen ist, aus ihrer Mitte für ein Jahr gewählt.

§ 56

Instituts-, Seminar-, Klinikordnung, Benutzungsordnung

(1) Die Leitung der wissenschaftlichen Einrichtung erläßt Bestimmungen über die innere Ordnung und Verwaltung der wissenschaftlichen Einrichtung (Instituts-, Seminar- oder Klinikordnung) und Vorschriften über die Benutzung der wissenschaftlichen Einrichtung im Rahmen des Lehr- und Forschungsbetriebs (Benutzungsordnung). Vor der Genehmigung durch die zuständige Behörde ist der nach der Zuordnung der wissenschaftlichen Einrichtung zuständige Fachbereichsrat, Fakultätsrat oder Akademische Senat zu hören.

(2) In den wissenschaftlichen Einrichtungen arbeiten die in § 7 Nummern 1 bis 4 genannten Angehörigen des Lehrkörpers im Rahmen der Instituts-, Seminar- oder Klinikordnung und der Benutzungsordnung gleichberechtigt zusammen. Den anderen Mitgliedern des Lehrkörpers soll im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten und unter Berücksichtigung der jeweils übertragenden Aufgaben in angemessenem Umfang Gelegenheit zur eigenen Forschung gegeben werden. Die Bildung von Forschungsgruppen ist zu fördern.

§ 57

Wissenschaftliche Einrichtungen außerhalb der Universität

Die zuständige Behörde kann einer wissenschaftlichen Einrichtung außerhalb der Universität, an der der Freiheit von Forschung und Lehre gesichert ist, mit deren Zustimmung auf Antrag des Akademischen Senats die Befugnis verleihen, die Bezeichnung einer wissenschaftlichen Einrichtung an der Universität zu führen. Macht die Einrichtung von der Befugnis Gebrauch, gilt § 1 Absatz 3 Satz 2 entsprechend. Die Verleihung kann widerrufen werden; der Akademische Senat ist vorher zu hören.

Dritter Abschnitt

Gemeinsame Bestimmungen

§ 58

Verfahrensgrundsätze, Wahlen, Verschwiegenheitspflicht

(1) Der Akademische Senat, der Große Senat, die Fakultäten- und Fachbereichsräte, die Ausschüsse dieser Gremien und die Instituts-, Seminar- und Klinikleitungen sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend ist. Die Sitzung ordnungsgemäß einberufen ist. Die Beschlüsse werden, sofern dies Gesetz nichts anderes bestimmt, mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefaßt. Stimmenthaltungen gelten als Ablehnung. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(2) Der Akademische Senat trifft in einer Wahlordnung die nötigen näheren Bestimmungen für die nach dem Dritten Teil dieses Gesetzes erforderlichen Wahlen. Wiedewahl ist in allen Fällen zulässig.

(3) Bei den Wahlen zum Akademischen Senat, zum Großen Senat, zu den Fakultäts- und Fachbereichsräten und zu den Instituts-, Seminar- und Klinikräten werden zusammen mit den Vertretern jeder Gruppe Stellvertreter in ausreichender Zahl gewählt (Reserveliste). Ist ein Mitglied eines in Satz 1 genannten Gremiums verhindert, so nimmt der in der Reserveliste der Gruppe an erster Stelle stehende Stellvertreter, erforderlichenfalls ein weiterer Stellvertreter nach der Reihenfolge der Reserveliste an der Sitzung des Gremiums mit Stimmrecht teil.

(4) An der Universität tätige Wissenschaftler, die weder Bedienstete der Freien und Hansestadt Hamburg noch Mitglieder der Universität sind, können bei den Wahlen zu den in Absatz 3 Satz 1 genannten Gremien in der Gruppe wählen, der sie angehören würden, wenn sie Bedienstete der Freien und Hansestadt Hamburg oder Mitglieder der Universität wären.

(5) Die an den Sitzungen der Gremien der Universität Beteiligten sind zur Verschwiegenheit über die ihnen bei der Beratung von Personalangelegenheiten bekanntgewordenen Tatsachen verpflichtet.

§ 59

Haushaltsangelegenheiten

(1) Die Vorschläge für den Haushaltsvoranschlag werden von den wissenschaftlichen Einrichtungen, den Fachbereichen, den Fakultäten und dem Akademischen Senat jeweils für ihren Aufgabenbereich aufgestellt.

(2) Die Vorschläge der wissenschaftlichen Einrichtungen werden entsprechend der Zuordnung von den zuständigen Fachbereich, der zuständigen Fakultät oder dem Akademischen Senat beraten; diese können die Vorschläge ändern. Die Fachbereiche und Fakultäten legen ihre Vorschläge für die wissenschaftlichen Einrichtungen und für ihren eigenen Aufgabenbereich dem Akademischen Senat vor; die Vorschläge der wissenschaftlichen Einrichtungen sind beizufügen, wenn von ihnen abgewichen worden ist. Der Akademische Senat berät die Vorschläge der Fachbereiche und Fakultäten; er kann sie abändern. Der Akademische Senat legt seine Vorschläge für den gesamten Bereich der Universität der zuständigen Behörde vor; die Vorschläge der wissenschaftlichen Einrichtungen, Fachbereiche und Fakultäten sind beizufügen, wenn von ihnen abgewichen worden ist.

(3) Die Satzung der Universität kann bestimmen, daß die in Fachbereiche gegliederten Fakultäten an der Beratung der Vorschläge der Fachbereiche für die wissenschaftlichen Einrichtungen und für ihren eigenen Aufgabenbereich zu beteiligen sind.

(4) Bei der Verteilung der bewilligten Haushaltsmittel durch die zuständige Behörde wirkt der Ausschuss des

Akademischen Senats für Haushalts- und Planungsangelegenheiten (§ 33) beratend mit. Die zuständige Behörde kann bestimmen, daß bei der Verteilung der für das Universitäts-Krankenhaus, Eppendorf, bewilligten Haushaltsmittel ein Ausschuss der Medizinischen Fakultät an die Stelle des in Satz 1 genannten Ausschusses tritt.

(5) Die für Forschung und Lehre zur Verfügung stehenden Stellen, Räume und Sachmittel sind nach den jeweiligen Erfordernissen der Forschung und des akademischen Unterrichts zu verteilen.

Vierter Abschnitt

§ 60

Schlichtungsausschuss

Die Satzung der Universität hat zur Beilegung von Streitigkeiten und zur Erledigung von Beschwerden in allen die Universität betreffenden Angelegenheiten — mit Ausnahme der in den §§ 22 und 35 genannten — einen oder mehrere Schlichtungsausschüsse vorzusehen.

VIERTER TEIL

Studentenschaft

§ 61

Mitglieder, Rechtsstellung

(1) Die immatrikulierten Studenten bilden die Studentenschaft.

(2) Die Studentenschaft ist eine rechtsfähige Gliedkörperschaft der Universität.

§ 62

Aufgaben

(1) Die Studentenschaft nimmt ihre Angelegenheiten selbst wahr. Sie wirkt an der Selbstverwaltung der Universität nach Maßgabe dieses Gesetzes und der Satzung der Universität mit.

(2) Aufgabe der Studentenschaft ist es,

1. die fachlichen und sozialen Belange der Studenten zu vertreten,
2. die politische Bildung und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewußtsein der Studenten auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung zu fördern,
3. für die Freiheit von Forschung und Lehre öffentlich einzutreten; die Studentenschaft kann zu allen hochschulpolitischen Fragen Stellung nehmen,
4. für die wirtschaftliche Förderung und die gesundheitliche Betreuung der Studenten einzutreten,
5. die geistigen und musischen Interessen der Studenten zu unterstützen,
6. den Studentensport zu fördern,
7. die Beziehungen zu deutschen und ausländischen Studentenschaften zu pflegen.

§ 63

Organe

Organe der Studentenschaft sind das Studentenparlament und der Allgemeine Studentenausschuss. Die Satzung der Studentenschaft kann weitere Organe vorsehen.

§ 64

Satzung und andere Vorschriften

(1) Die Studentenschaft regelt ihre innere Ordnung durch eine Satzung. Sie wird vom Studentenparlament beschlossen.

(2) Die Satzung der Studentenschaft muß insbesondere Bestimmungen enthalten über:

1. die Zusammensetzung, die Wahl, die Einberufung, die Befugnisse und die Beschlussfassung der Organe der Studentenschaft,
2. die Amtszeit der Mitglieder der Organe der Studentenschaft und den Verlust der Mitgliedschaft,
3. die Gliederung der Studentenschaft in Fachschaften,
4. die Rechtsstellung der Gasthörer innerhalb der Studentenschaft,
5. die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Studentenschaft sowie die Rechnungslegung.

Die in Satz 1 Nummer 5 genannten Bestimmungen können auch in einer besonderen Ordnung (Wirtschaftsordnung) getroffen werden.

(3) Die Studentenschaft kann weitere Rechtsvorschriften zur Regelung ihrer Angelegenheiten erlassen.

(4) Vor der Genehmigung der Satzung und anderer Rechtsvorschriften der Studentenschaft durch die zuständige Behörde ist der Akademische Senat zu hören.

§ 65

Beitrag der Studenten

(1) Die Studenten leisten einen Beitrag, der der Studentenschaft und dem Studentenwerk zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung steht.

(2) Das Studentenparlament erläßt eine Beitragsordnung. Sie muß insbesondere Bestimmungen enthalten über die Beitragsordnung, die Höhe des Beitrags und seine Aufteilung nach den verschiedenen Zweckbestimmungen und Bedarfs-

trägern. Der Beitrag ist so festzusetzen, daß er unter Berücksichtigung anderer Einnahmen in einem angemessenen Verhältnis zu dem Umfang der von der Studentenschaft und dem Studentenwerk zu erfüllenden Aufgaben steht.

(3) Der Beitrag wird von der für die Universität zuständigen Kasse eingezogen.

§ 66

Haushaltswirtschaft

(1) Für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Studentenschaft sind die für die Freie und Hansestadt Hamburg geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, soweit die Satzung der Studentenschaft oder die Wirtschaftsordnung nicht anderes bestimmt. §§ 5 und 71 dieses Gesetzes gelten nicht.

(2) Zur Beratung der Studentenschaft bei der Aufstellung und Durchführung des Haushaltsplans sowie in allen ihren Wirtschafts- und Vermögensangelegenheiten hat die Satzung der Studentenschaft oder die Wirtschaftsordnung einen Wirtschaftsrat vorzusehen, dem ein vom Akademischen Senat zu bestellender Angehöriger des Lehrkörpers, der Syndikus oder sein Vertreter und drei vom Studentenparlament zu bestellende Studenten angehören.

(3) Der Genehmigung des Wirtschaftsrats bedürfen:

1. der Haushaltsplan der Studentenschaft und dessen Änderung,
2. Überschreitungen des Haushaltsplans,

3. das Eingehen von Verbindlichkeiten durch Organe der Studentenschaft für eine längere Zeit als ein Jahr.

(4) Der Allgemeine Studentenausschuss hat dem Wirtschaftsrat über die Haushalts-, Wirtschafts- und Kassenführung Rechenschaft abzulegen. Der Wirtschaftsrat beschließt über die Entlastung des Allgemeinen Studentenausschusses.

§ 67

Haftung

Für Verbindlichkeiten der Studentenschaft haftet nur deren Vermögen.

§ 68

Aufsicht

(1) Handelt die Studentenschaft oder eines ihrer Organe rechtswidrig, so hat der Universitätspräsident den Beschluß oder die Maßnahme zu beanstanden und auf Abhilfe zu drängen. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Wird keine Abhilfe geschaffen, ist die zuständige Behörde zu unterrichten.

(2) Die der zuständigen Behörde gemäß § 69 gegenüber der Studentenschaft zustehenden Befugnisse bleiben unberührt.

FÜNFTER TEIL

Aufsicht

§ 69

Rechtsaufsicht

(1) Die zuständige Behörde kann rechtswidrige Beschlüsse und Maßnahmen der Universität beanstanden oder aufheben.

(2) Erfüllt die Universität die ihr obliegenden Pflichten nicht, so kann die zuständige Behörde anordnen, daß die Universität innerhalb einer zu bestimmenden angemessenen Frist das Erforderliche veranlaßt. Kommt die Universität der Anordnung nicht innerhalb der festgesetzten Frist nach, so kann die zuständige Behörde die Anordnung anstelle der Universität durchführen, insbesondere auch die erforderlichen Vorschriften erlassen.

(3) Wenn und solange die Befugnisse nach den Absätzen 1 und 2 nicht ausreichen, kann die zuständige Behörde Beauftragte bestellen, die einzelne oder alle Befugnisse der Universität ausüben.

§ 70

Staatliche Genehmigung

(1) Die Satzung der Universität bedarf der Genehmigung des Senats. Andere von der Universität erlassene Rechtsvorschriften bedürfen der Genehmigung der zuständigen Behörde; dies gilt nicht für Zugangsbeschränkungen und -voraussetzungen für einzelne Lehrveranstaltungen gemäß § 15 Absatz 2. Die Instituts-, Seminar- und Klinikordnungen sowie die Wirtschaftsordnung der Studentenschaft bedürfen, auch soweit sie keine Rechtsvorschriften enthalten, der Genehmigung der zuständigen Behörde.

(2) Zu den Rechtsvorschriften gehören insbesondere:

1. die Bestimmungen über die Immatrikulation und Exmatrikulation,
2. die Zulassungsordnungen (§ 17),
3. die Bestimmungen über den Wechsel der Fachrichtung (§ 20),
4. die Bestimmungen für das Ordnungsverfahren (§ 22 Absatz 5),
5. die Ordnung für die Gasthörer (§ 23),
6. die Habilitationsordnungen (§ 41 Absatz 2),
7. die Promotionsordnungen (§ 41 Absatz 2),
8. die akademischen Prüfungsordnungen (§ 47 Absatz 3),
9. die Wahlordnung (§ 58 Absatz 2),
10. die Satzung der Studentenschaft (§ 64 Absatz 1),
11. die Beitragsordnung der Studentenschaft (§ 65 Absatz 2).

(3) Die Genehmigung kann aus Rechtsgründen oder Ermessenserwägungen versagt werden. Sie kann widerrufen werden; die Vorschrift tritt mit dem im Widerruf bezeichneten Zeitpunkt außer Kraft. Dies gilt auch für vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erteilte Genehmigungen.

(4) Die Satzung der Universität und die in Absatz 2 genannten Rechtsvorschriften sind im Amtlichen Anzeiger zu veröffentlichen.

§ 71

Haushaltswirtschaft

(1) Die die Universität betreffenden Einnahmen und Ausgaben werden im Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg veranschlagt.

(2) Die Unterlagen für die Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplans (Voranschläge) werden von der zuständigen Behörde aufgestellt. Sie ist nicht an die Vorschläge der Universität gebunden. Dem Universitätspräsidenten ist Gelegenheit zu geben, die Vorschläge der Universität vor der Deputation der zuständigen Behörde zu vertreten.

(3) Absatz 1 gilt nicht für das eigene Vermögen der Universität. Auf die Verwaltung dieses Vermögens sind die für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Freien und Hansestadt Hamburg geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden; die zuständige Behörde kann Abweichungen gestatten.

§ 72

Prüfungsordnungen

Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Prüfungsordnungen für Studiengänge an der Universität zu erlassen. Die beteiligten Fachbereiche sind vorher zu hören.

§ 47 Absatz 3 Sätze 3 und 4 sind anzuwenden. Satz 1 gilt nicht für Habilitations-, Promotions- und Magisterordnungen.

§ 73

Vorlesungszeiten

Die zuständige Behörde bestimmt im Benehmen mit der Universität Beginn und Ende der Vorlesungszeiten.

§ 74

Hochschulstatistik

Die zuständige Behörde oder der Universitätspräsident im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde kann Erhebungen an der Universität für Zwecke der Hochschulstatistik anordnen. Die §§ 10 bis 12 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzblatt I Seite 1314) gelten entsprechend.

SECHSTER TEIL

Universitätsbibliothek

§ 75

Aufgaben, Bestellung des Direktors

Die Staats- und Universitätsbibliothek nimmt die Aufgaben einer Universitätsbibliothek wahr. Vor der Bestellung des Direktors ist der Akademische Senat zu hören.

SIEBTER TEIL

Studentenwerk

§ 76

Aufgaben, Rechtsstellung, Organe

(1) Das Studentenwerk Hamburg hat die Aufgabe, für die wirtschaftliche Förderung und die gesundheitliche Betreuung der Studenten zu sorgen.

(2) Das Studentenwerk ist eine in rechtlich selbständiger Form betriebene Einrichtung der Universität.

(3) In den Organen des Studentenwerks sollen nach Maßgabe seiner Satzung vornehmlich Angehörige des Lehrkörpers, die vom Akademischen Senat bestellt werden, und vom zuständigen Organ der Studentenschaft bestellte Studenten zusammenwirken.

ACHTER TEIL

Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 77

Gliederung der Fakultäten

Bis zu einer Regelung gemäß § 40 Absatz 2 werden die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, die Philosophische Fakultät und die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät in folgende Fachbereiche gegliedert:

1. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät:
 - a) Fachbereich Volkswirtschaftslehre,
 - b) Fachbereich Betriebswirtschaftslehre,
 - c) Fachbereich Sozialwissenschaften;

2. Philosophische Fakultät:

- a) Fachbereich Philosophie, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaften,
- b) Fachbereich Moderne Sprachen,
- c) Fachbereich Geschichte,
- d) Fachbereich Orientalistik;

3. Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät:

- a) Fachbereich Mathematik,
- b) Fachbereich Physik,
- c) Fachbereich Chemie,

- d) Fachbereich Biologie,
e) Fachbereich Geowissenschaften.

§ 78

Übergang zur Präsidialverfassung

(1) Bis zum 1. Oktober 1970 tritt an die Stelle des Universitätspräsidenten der Rektor, an die Stelle des Vizepräsidenten der Amtsvorgänger des Rektors (Prorektor). Die Frist des § 26 Absatz 1 Satz 2 beginnt am 1. Dezember 1969.

(2) Der Rektor wird vom Großen Senat aus dem Kreise der ordentlichen Professoren für ein Jahr gewählt. Die Wahl bedarf der Bestätigung durch die zuständige Behörde. Wiederwahl ist zulässig.

(3) Der Große Senat kann die Übergangsfrist des Absatzes 1 Satz 1 mit Genehmigung der zuständigen Behörde abkürzen.

§ 79

Ordentliche und außerordentliche Professoren

(1) Ordentliche Professoren im Sinne dieses Gesetzes sind die in § 190 des Hamburgischen Beamtengesetzes (HmbBG) in der Fassung vom 16. Mai 1967 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 163) genannten ordentlichen und außerordentlichen Professoren.

(2) Außerordentliche Professoren im Sinne dieses Gesetzes sind die Abteilungsdirektoren und Professoren, Abteilungsvorsteher und Professoren, Wissenschaftlichen Räte und Professoren sowie die Leitenden Oberärzte am Universitäts-Krankenhaus Eppendorf.

§ 80

Berufung von ordentlichen Professoren

Abweichend von § 9 Absatz 3 Satz 2 können bis zum 31. Dezember 1970 in die Berufungsvorschläge auch Personen aufgenommen werden, die sich nicht beworben haben. Der Senat kann diese Frist durch Rechtsverordnung abkürzen.

§ 81

Frühere Zusagen

Bei der Verteilung der für Forschung und Lehre zur Verfügung stehenden Stellen, Räume und Sachmittel gemäß § 59 Absatz 5 kann, sofern sich die Verhältnisse verändert haben, von früheren Zusagen abgewichen werden.

§ 82

Amtszeiten des Rektors und der Dekane

Der Rektor und die Dekane bleiben, sofern sie ihr Amt vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes angetreten haben, bis zum Ablauf der jeweiligen Wahlperiode, längstens jedoch bis zum 31. März 1970 im Amt.

§ 83

Außerkräfttreten von Vorschriften

(1) Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden aufgehoben:

1. das Hochschulgesetz vom 4. Februar 1921 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts 221-a),
2. das Gesetz über die Errichtung einer Evangelisch-Theologischen Fakultät an der Universität Hamburg vom 24. Oktober 1952 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts 221-d),

3. das Gesetz über die Aufgliederung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Hamburg vom 21. Juni 1954 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts 221-e),

4. die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Aufgliederung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Hamburg vom 15. Oktober 1954 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts 221-e-1).

(2) Die vorläufige Satzung der Hamburgischen Universität vom 15. Juli 1921 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 473) und die Satzung der Studentenschaft der Universität Hamburg vom 25. Juni 1954 in ihrer geltenden Fassung bleiben, soweit sie nicht diesem Gesetz widersprechen, bis zum Inkrafttreten neuer Satzungen bestehen. Die Satzung der Studentenschaft vom 25. Juni 1954 ist in ihrer geltenden Fassung von der zuständigen Behörde im Amtlichen Anzeiger zu veröffentlichen. Neue Satzungen sind der zuständigen Behörde bis zum 31. Dezember 1969 zur Genehmigung vorzulegen.

(3) Andere vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes von der Universität und der Studentenschaft erlassene Rechtsvorschriften bleiben in Kraft. Soweit sie diesem Gesetz widersprechen, treten sie spätestens am 31. März 1970 außer Kraft.

§ 84

Vorläufige Vorschriften

(1) Soweit die vorläufige Satzung der Hamburgischen Universität für Angelegenheiten, die nach diesem Gesetz durch die Satzung der Universität zu regeln sind, keine Bestimmungen enthält oder ihre Bestimmungen gemäß § 83 Absatz 2 Satz 1 außer Kraft treten, erläßt der Akademische Senat erforderlichenfalls vorläufige Vorschriften. Dies gilt für die Wahlordnung (§ 8 Absatz 2) und für die Satzung der Studentenschaft entsprechend. Die vorläufigen Vorschriften der Studentenschaft erläßt das Studentenparlament. § 70 ist anzuwenden.

(2) Bei den ersten Wahlen zu den nach diesem Gesetz zu bildenden Kollegialorganen sowie zu den Instituts-, Seminar- und Klinikräten können für die Vertreter der einzelnen Gruppen unterschiedliche Amtszeiten festgelegt werden. Sie können von den in diesem Gesetz vorgesehenen Amtszeiten abweichen, dürfen jedoch nicht länger als drei Jahre dauern.

§ 85

Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes

Die Besoldungsordnung H (Anlage 3) des Hamburgischen Besoldungsgesetzes (HmbBesG) in der Fassung vom 23. April 1968 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 83) wird wie folgt geändert:

1. In der Besoldungsgruppe 3 werden eingefügt hinter den Wörtern „Außerordentlicher Professor der Universität“) 4)“ der Anmerkungshinweis „5)“

und

die neue Anmerkung 5) mit folgendem Wortlaut:

„5) Der Rektor der Universität erhält eine widerrufliche und nichtruhegehaltfähige Stellenzulage von 360 DM monatlich.“

2. Die Anmerkung 4) zur Besoldungsgruppe 3 erhält folgende Fassung:

„4) Der Vizepräsident der Universität erhält eine widerrufliche und nichtruhegehaltfähige Stellenzulage von 240 DM monatlich. Die Dekane und die Sprecher der

Fachbereiche erhalten eine widerrufliche und nicht-ruhegehaltfähige Stellenzulage von 120 DM monatlich.

3. In der Besoldungsgruppe 4 werden eingefügt hinter den Wörtern „Ordentlicher Professor der Universität“)“)“ der Anmerkungshinweis „“)

und die neue Anmerkung“) mit folgendem Wortlaut:

„“) Der Rektor der Universität erhält eine widerrufliche und nicht-ruhegehaltfähige Stellenzulage von 360 DM monatlich.“

4. Die Anmerkung“) zur Besoldungsgruppe 4 erhält folgende Fassung:

„“) Der Vizepräsident der Universität erhält eine widerrufliche und nicht-ruhegehaltfähige Stellenzulage von 240 DM monatlich. Die Dekane und die Sprecher der Fachbereiche erhalten eine widerrufliche und nicht-ruhegehaltfähige Stellenzulage von 120 DM monatlich.“

§ 86

Änderung des Hamburgischen Richtergesetzes

§ 65 des Hamburgischen Richtergesetzes (HmbRiG) vom 15. Juni 1964 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 109) erhält folgende Fassung:

„§ 65

Aufgabenzuweisung

Richtern können die Aufgaben

1. eines Vorsitzers der Öffentlichen Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle,
2. eines Mitgliedes oder stellvertretenden Mitgliedes im Ordnungsausschuß der Universität (§ 22 Absatz 3 des Gesetzes über die Universität Hamburg (Universitätsgesetz — UniG) vom (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite)

übertragen werden.“

§ 87

Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. Januar 1960

§ 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 29. März 1960 zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. Januar 1960 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 291) erhält folgende Fassung:

„(2) Absatz 1 gilt nicht für

1. Verwaltungsakte der Bürgerschaft,
2. Beschlüsse des Senats,

3. Anordnungen, Verfügungen oder sonstige Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf den Gebieten des bürgerlichen Rechts einschließlich des Handelsrechts, des Zivilprozesses, der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der Strafrechtsplege getroffen werden (§ 23 Absatz 1 Satz 1 Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz),

4. Widerspruchsbescheide, die gegenüber dem ursprünglichen Verwaltungsakt eine zusätzliche, selbständige Beschwerde enthalten,

5. Ordnungsmaßnahmen der Universität nach § 22 des Gesetzes über die Universität Hamburg (Universitätsgesetz — UniG) vom (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite).“

§ 88

Änderung des Gesetzes über den Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg

In der Anlage zu § 15 Absatz 2 des Gesetzes über den Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg (RHG) vom 10. Mai 1968 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 117) werden die Wörter „Universität Hamburg“ ersetzt durch die Wörter „Universität Hamburg einschließlich der Studentenschaft“.

§ 89

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des § 84 am 1. April 1969 in Kraft; § 84 tritt am Tage nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

Begründung

INHALTSÜBERSICHT

A. Allgemeines

I. Die Notwendigkeit der Reform

II. Das Universitätsgesetz im Rahmen der Hochschulreform

III. Die Grundgedanken des Gesetzes

1. Der Rahmen der Selbstverwaltung
2. Die Umgestaltung der Organisation
3. Der Lehrkörper
4. Die Stellung der Studenten

IV. Die organisatorischen Grundentscheidungen des Gesetzes

1. Gliederung der Universität in Fakultäten und Fachbereiche
2. Universitätspräsident
3. Zusammensetzung der Kollegialorgane
 - a) Fakultäten und Fachbereiche
 - b) Akademischer Senat
 - c) Großer Senat

V. Weitere Entwicklung

B. Einzelbegründung

A. Allgemeines

I.

Die Notwendigkeit der Reform

Die Entwicklung von Gesellschaft und Berufswelt hat der Universität seit Jahrzehnten immer mehr Aufgaben auf dem Gebiet der Vorbildung für eine wachsende Zahl von Bürgern mit ständig steigendem Nachwuchsbedarf gestellt. Dadurch werden ihre ursprünglichen Aufgaben, die Forschung und die Heranbildung des Forschernachwuchses, zum Nachteil für die Zukunft des ganzen Volkes in den Hintergrund geschoben oder zum Schaden der auszubildenden Studenten in Forschungszentren außerhalb der Universität abgedrängt.

Gleichzeitig stellt die Entwicklung der Wissenschaft — nicht nur der Naturwissenschaft und der Medizin, sondern auch zahlreicher Fächer der Geisteswissenschaften — mit wachsendem Tempo immer differenziertere Anforderungen, wobei der Wissensstoff ständig wächst und unübersichtlich wird. Das verändert nicht nur die Forschung, sondern erfordert auch völlig neue Formen der Lehre und Wissensvermittlung.

In den letzten 15 Jahren sind zudem die Zahl der Studenten und die Zahl der an der Universität in Forschung und Lehre tätigen Wissenschaftler so erheblich gestiegen, daß beide Gruppen in neue Dimensionen und Beziehungen gewachsen sind, die nicht mehr erlauben, ihre überkommene Stellung im Gefüge der Universität aufrechtzuerhalten.

Durch diese Entwicklungen sind zwangsläufig zahlreiche Mißstände der verschiedensten Art eingetreten, die sich in Kürze noch erheblich verschärfen werden. Daher besteht seit mehreren Jahren kein Zweifel, daß eine tiefgreifende Neuordnung der Universitäten erforderlich ist. Trotz frühzeitiger Ansätze und Vorschläge, nicht zuletzt aus den Universitäten selbst sowie aus dem Wissenschaftsrat, war jedoch keine ausreichend breite Übereinstimmung darüber herbeizuführen, in welchem Ausmaß und mit welchem Tempo die Reform einzuleiten sei. Nachdem die Erwartung, die Universitäten könnten aus sich heraus den Weg zur Umwandlung finden und erfolgreich beschreiten, sich nicht erfüllt hat, ist der Staat aufgerufen, den Universitäten eine neue Ordnung zu geben. Zugleich scheint auch der Prozeß der Meinungsbildung so weit zu einer Übereinstimmung über die neue Gestalt der Universitäten gekommen zu sein, wie es notwendig ist, wenn in einem auf Zusammenarbeit und Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse angewiesenen Bundesstaat der einzelne Gliedstaat reformierend tätig werden will.

Der Senat legt daher jetzt in dem Bewußtsein, seiner Verpflichtung zu fortschrittlicher Entwicklung des Bildungswesens und zugleich seiner Pflicht zu bundesfreundlichem Verhalten zu entsprechen, den Entwurf eines neuen hamburgischen Universitätsgesetzes vor. Er ist sich bewußt, daß damit nur ein Teilgebiet aus dem Gesamtkomplex der erforderlichen Reformen des Bildungswesens erfaßt wird und daß dieser Schritt für sich allein auch nicht ausreicht, um alle Probleme der Universität zu lösen. Die Neuordnung der übrigen zum gesamten Hochschul- und Akademiereich gehörenden Bildungsstätten, in die letzten Endes auch die Oberstufe der Gymnasien und die Fachschulen einzubeziehen

hen sind, wird ebenso erfolgen müssen wie es notwendig ist, den Bereich der Fortbildung unter Einfluß der Erwachsenenbildung und des Fernunterrichts grundsätzlich neu zu gestalten. Trotzdem ist es nach Auffassung des Senats erforderlich, jetzt den ersten Schritt zu tun, nicht zuletzt um die Universität in den Stand zu setzen, selbst an der Reform fruchtbar mitzuwirken.

Der Entwurf weicht in manchen Bestimmungen von bereits erlassenen neuen Hochschulgesetzen und bekanntgewordenen Entwürfen anderer Länder ab. Er hält sich aber in dem Rahmen, der durch gemeinsamen Beschluß der Ständigen Konferenz der Kultusminister gezogen ist. Der Senat hält es daher auch nicht für nötig, noch länger im Interesse der Bundes einheitlichkeit zu warten. Er ist der Auffassung, daß nur ein kleiner Teil der im Universitätsgesetz selbst zu treffenden Bestimmungen zwingend bundeseinheitlich sein muß, hat sich jedoch bemüht, auch die in den Debatten des Bundestags zum Ausdruck gekommenen übereinstimmenden Auffassungen zu beachten.

Im übrigen hat der Senat die vielfältigen, freilich auch in zahlreichen Punkten miteinander unvereinbaren Vorschläge, die in dem Anhörungsverfahren der Bürgerschaft gemacht worden sind, sowie eine Fülle sonstiger Anregungen und Vorschläge eingehend geprüft und bei seinen Entscheidungen verwertet.

II.

Das Universitätsgesetz im Rahmen der Hochschulreform

Die Neuordnung der Universität erfordert, selbst wenn man von der Verzahnung mit der Reform des Bildungswesens absieht, verschiedene Entscheidungen und Maßnahmen. Das Universitätsgesetz kann nur einen Teillausschnitt selbst regeln. Andere Ausschnitte muß es der Universität überlassen oder später, kontinuierlicher Einzelarbeit vorbehalten. Das Gesetz muß aber, soweit heute möglich, Weichen stellen und Entwicklungsrichtungen bestimmen, auch wo es nicht in der Lage ist, die soziale oder psychologische Wirklichkeit mit einem Schlag durch eine neue zu ersetzen.

Naturngemäß kann das Gesetz nicht den weiteren sachlichen und personellen Ausbau der Universität ersparen. Der Senat wird seine Vorstellungen hierüber in einer Denkschrift vorlegen. Das Gesetz soll jedoch dazu beitragen, die Planung des Ausbaus zu verbessern, indem es die dafür unerlässliche Mitwirkung der Universität verstärkt und strafft. Vor allem soll es aber eine bessere Voraussetzung dafür schaffen, daß die außerordentlich hohen laufenden Aufwendungen, die die Allgemeinheit für die Universität aufbringt, rationell und wirkungsvoll eingesetzt werden.

Hauptgegenstand des Gesetzes ist daher die Reform von Struktur und Verfassung der Universität. Ihre Grundgedanken werden unten in Abschnitt III näher erläutert.

Darüber hinaus soll das Gesetz aber auch der Studienreform dienen. Wieweil diese unsere wichtigste Aufgabe nur Schritt für Schritt und nur in besonders enger Abstimmung mit den übrigen Ländern — sowie bei der Veränderung der Berufsbilder und des Bewußtseins nur gemeinsam mit dem Bunde und der Wirtschaft — weiter vor-

anzutreiben ist, kann das Gesetz doch zahlreiche Richtpunkte und Anstöße geben. Am wichtigsten ist dabei der klare gesetzliche Auftrag an die Universität und die Aufsichtsbehörde, unter Beteiligung des ganzen Lehrkörpers und der Studenten sowohl die Studienpläne neu zu gestalten als auch die Lehrbefähigung der Hochschullehrer neu zu ordnen. Der Senat ist entschlossen, diesen Aufgaben seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Schließlich gehört zur Hochschulreform als eine oft unterschätzte Aufgabe die Reform des Lehrkörpers. Auch in diesem Bereich kann das Universitätsgesetz nur Ausschnitte regeln, da das Bundesrahmenrecht entscheidende Bestimmungen treffen muß. Aber das Gesetz kann und soll die schon jetzt völlig veränderte Situation im Personalbestand der Universität zum Ansatzpunkt wenigstens derjenigen Schritte nehmen, die das Land allein tun kann.

Die Tatsache, daß die Angehörigen des sogenannten Mittelbaus (d. h. der nicht in Lehrstühle eingewiesenen wissenschaftlichen Beamten und Angestellten) und die Wissenschaftlichen Assistenten in weiten Teilen der Universität in gewichtigem Umfang zu Mitträgern von Forschung und Lehre geworden sind, erfordert eine Bestimmung ihres Standorts in der Körperschaft Universität und in deren Lehrkörper. Das kann das Gesetz ebenso regeln wie die Voraussetzungen für die Berufung in die Ämter an der Universität. Es kann darüber hinaus die Absicht des Senats unterstützen, den Amtsinhalt der einzelnen Stellen, die für die Universität eingerichtet sind, allgemein und im einzelnen entsprechend den tatsächlichen Gegebenheiten und einer sinnvollen Planung neu zu bestimmen.

Damit wird zugleich die Studienreform gefördert, die Leistungsfähigkeit des Lehrkörpers gesteigert und dazu beitragen, die Forschung wieder zu ihrem Recht kommen zu lassen. Allerdings bedarf es dazu ergänzender Maßnahmen, die teils durch die Stellenpläne, teils durch einen veränderten Aufbau der beamteten- und besoldungsrechtlichen Vorschriften getroffen werden müssen. Der Senat wird mit seinen Anträgen zum Stellenplan 1969, darüber hinaus aber durch seine Mitwirkung im Bundestag, diesen Gesichtspunkten Rechnung tragen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Absicht des Senats, die Nebentätigkeit der wissenschaftlichen Beamten bis zum Ende des Jahres auf Grund der Ermächtigung in § 71 des Hamburgischen Beamtengesetzes neu zu ordnen.

III.

Grundgedanken des Gesetzes

Der Gesetzentwurf folgt, um den dargestellten Zielen zu entsprechen, einer Reihe von Grundgedanken, die sich jeweils in zahlreichen Bestimmungen, miteinander verzahnt und gegeneinander abgewogen, niederschlagen.

1. Der Rahmen der Selbstverwaltung

Die Universität soll Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung bleiben, obwohl sie nicht von ihren Mitgliedern finanziert wird, sondern eine Einrichtung des Staates ist und besonderes Interesse der Allgemeinheit findet und finden muß.

Die Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung wird nicht aus historischen Gründen vorgeschlagen. Die Selbstverwaltung hat vielmehr trotz aller Kritik an den Universitäten in ihrem gegenwärtigen Erscheinungsbild Sinn und Wert als Mittel, die Eigenverantwortung und die Initiative zu fördern und dabei zugleich die vom Grundgesetz in Artikel 5 Absatz 3 gewährleistete Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre zu sichern. Andererseits begrenzt die Tatsache, daß nicht die Mitglieder der Körperschaft, sondern die Allgemeinheit die Universität als ihre Einrichtung trägt und finanziert, das Ausmaß der Selbstverwaltung und der mitgliederspezifischen Rechte. Die Gesellschaft, repräsentiert durch die verfassungsmäßigen politischen Willensträger, darf und muß die Aufgaben und den Verantwortungsbereich der Universität als ganzes sowie ihrer einzelnen Glieder abgrenzen. Daher setzt der Gesetzentwurf in weitaus entscheidender Weise als frühere Regelungen solche Festpunkte und hebt die Aufgabe der Universität deutlich hervor, auch Stätte der Berufsausbildung und der Fortbildung zu sein.

Dies Verständnis der Universität, verbunden mit klarer Aufgabenbestimmung, macht es möglich, die im Klosterstaat Hamburg bewährte Abgrenzung zwischen Staat und Körperschaft in gewisser Hinsicht zugunsten der Universität zu verschieben und dabei die allgemeinen Grundsätze über die Staatsaufsicht beizubehalten. Der Gesetzentwurf fügt dem aber konsequenterweise das Subsidiaritätsprinzip als durchgängigen Grundsatz hinzu: Die Universität hat das Recht und die Pflicht, ihr Wirken zur Erfüllung ihrer Aufgaben selbst zu gestalten; der Staat kann jedoch ordnend und die Entwicklung fördernd anstelle ihrer Organe handeln, wenn die Universität — aus welchen Gründen auch immer — ihren Auftrag nicht erfüllt. Damit wird zugleich dem Grundsatz der parlamentarischen Demokratie, daß alles Wirken öffentlicher Organe sowie die Verwendung aller öffentlichen Mittel vom Senat gegenüber der Bürgerschaft verantwortet werden muß, besser als bisher Rechnung getragen.

2. Die Umgestaltung der Organisation

Die Wirksamkeit der Universität in Forschung, Lehre und Ausbildung zu steigern, ist das Hauptanliegen des Gesetzes. Der gegenwärtige, unbefriedigende Zustand, daß Aufgaben und Entscheidungsgewalt unharmonisch verteilt sind und Autorität einseitig formalisiert ist, daß zu viele Mitglieder des Lehrkörpers mit zu viel Verwaltungsarbeit belastet, daß die Entscheidungsgremien infolge ihrer Zusammensetzung zu starr und unbeweglich geworden sind, daß die Befugnisse der einzelnen Organe in ihrem Zusammenwirken zu unklar und ihr Handeln zu undurchsichtig sowie daß die Informationswege innerhalb der Universität den modernen Bedürfnissen nicht angepaßt sind — dieser Zustand muß geändert werden. Dazu sollen außer klarerer Aufgabenbestimmung und -abgrenzung zahlreiche, aufeinander abgestimmte organisatorische Bestimmungen dienen.

Die wichtigsten Änderungen sind die Untergliederung der großen Fakultäten in Fachbereiche, die zahlenmäßige Begrenzung der Entscheidungsgremien, die abgestufte Beteiligung aller Gruppen von Mitgliedern der Universität

an Beratungs- und Beschlußvorgängen sowie die Stärkung der für die ganze Universität verantwortlichen Organe.

Diese Organisationsprinzipien erfordern eine Abkehr sowohl von dem bisher herrschenden System der „Souveränität“ der Fakultäten als auch von dem ohnehin nicht mehr verwirklichten Gedanken der unmittelbaren Mitwirkung aller Lehrstuhlinhaber an den Entscheidungen. Das Repräsentationssystem muß fast überall Platz greifen. Es darf allerdings auch nicht die Funktionsfähigkeit des außerordentlich differenzierten Organismus gefährden. Die Unterteilung in kleinere Einheiten (Fachbereiche und wissenschaftliche Einrichtungen) macht es möglich, dem Gegenprinzip, nämlich der unerlässlichen Berücksichtigung der Fächervielfalt, an diesen Stellen genügend Raum zu lassen.

In einem so geordneten Aufbau wird es dann aber auch möglich, der umgekehrten Notwendigkeit zu folgen, nämlich die Vielzahl von kleinen und kleinsten Instituten, Seminaren und Kliniken zu größeren Einheiten mit kollegialer Leitung zusammenzufassen. Damit soll nicht nur eine rationellere Nutzung der Hilfsmittel und des Personals erzielt werden. In erster Linie muß auf diese Weise der in der heutigen Wissenschaft immer deutlicher werdenden Gefahr der Isolierung und Zersplitterung begegnet und ein wirksames Antriebsmittel für koordinierte Lehre und Forschung geschaffen werden.

3. Der Lehrkörper

Dies alles erfordert und bewirkt ein neues Bild von dem in Forschung, Lehre und Ausbildung zusammenwirkenden Lehrkörper. Die längst überholte Vorstellung von der Universität als einer Addition selbständiger Lehrstühle mit zugeordneten Hilfskräften und Lernenden muß aufgegeben werden, zumal sie meist nur noch formal und dann oft als Ärgernis in Erscheinung tritt. Diese Feststellung widerspricht keineswegs der grundgesetzlichen Freiheit in Forschung und Lehre. Eine Neuregelung des Zusammenwirkens des Lehrkörpers dient vielmehr einer größeren Effizienz dieses Grundrechts, das ja nicht nur den Lehrstuhlinhabern aller Fächer, sondern allen Gruppen des Lehrkörpers zur Seite steht. Nach Ansicht des Senats bestehen dabei keine verfassungsrechtlichen Bedenken, insofern auch gesetzlich in die innere Ordnung der Universität einzugreifen. Es kann — mit dem Bundesverfassungsgericht — dahingestellt bleiben, ob die grundgesetzliche Freiheit von Lehre und Forschung sich nur auf den einzelnen oder auch auf die Universität selbst bezieht. Denn auch im letzten Fall wäre das Grundrecht jedenfalls nicht im Sinne einer vollen Verfassungsautonomie der Universität auszulegen. Der Gesetzgeber ist nicht an organisationsrechtlichen Maßnahmen gebunden, die in bezug auf die Freiheit von Lehre und Forschung neutral sind, erst recht aber nicht an solchen Maßnahmen, die — wie die Verstärkung des kollegialen Prinzips — eine größere Wirksamkeit dieses Grundrechts herbeiführen geeignet sind.

Aus alledem folgt, daß das reine Lehrstuhlprinzip aufgegeben und durch das Bild eines kollegial zusammenwirkenden Lehrkörpers ersetzt werden muß, dessen Mitglieder mit unterschiedlichem Amtsinhalt und Auftrag,

daher auch mit unterschiedlicher Selbständigkeit und Verantwortlichkeit, unter der koordinierenden Leitung eines aus ihrer Mitte gewählten Entscheidungsgremiums zusammenwirken. Eine persönliche Abhängigkeit einzelner Mitglieder des Lehrkörpers kommt daher nur noch im Rahmen funktionaler Notwendigkeiten, insbesondere bei Hilfskräften und im Bereich der Krankenversorgung, in Betracht.

Damit muß eine neue Bestimmung der Rolle einbezogen, die der Habilitation und der Lehrbefähigung zusammen ist. Der Gesetzentwurf kann insoweit freilich an den vorhandenen Gegebenheiten nicht vorbeigehen und daher nur die Richtung bestimmen, in der die Heranbildung des künftigen wissenschaftlichen Nachwuchses geordnet werden soll. Wichtig ist aber, daß er bereits jetzt ernst macht mit der Absicht, die Stellen im Lehrkörper nach Eignung und Befähigung und ohne Rücksicht auf traditionelle Geplogenheiten, die nicht ihren Wert als Erkenntnisinstrumente neu erweisen, besetzen zu lassen.

4. Die Stellung der Studenten

Auch die Stellung der Studenten muß neu geordnet werden. Ebenso wenig wie die Angehörigen des Lehrkörpers sollen die Studenten künftig einer besonderen standes- oder korporationsartigen Disziplinarordnung unterliegen. Sie sollen jedoch, in einer Teilkörperschaft zusammengefaßt, als Mitglieder der Universität und nicht nur als Benützer ihrer Einrichtungen und Veranstaltungen am Wirken der Körperschaft beteiligt werden. Damit wird die Aufgabe der Universität und ihres Lehrkörpers unterstrichen, die Studenten nicht nur als Lernende, sondern auch als Mitverantwortliche bei der Erfüllung der ihnen gemeinsam gestellten Aufgabe — Dienst an der Wissenschaft und Ausbildung des Nachwuchses für Forschung und Berufsleben — zu betrachten. Zugleich wird auch den Studenten die Aufgabe gestellt, sich für das erfolgreiche Wirken der Universität als einer vom Volke mit einem bestimmten Auftrag geschaffenen Einrichtung einzusetzen.

Diese Mitgliedsstellung der Studenten und der Studentenschaft schließt es von der anderen Seite aber auch aus, daß das Gesetz der Studentenschaft und ihren Organen weitere Aufgaben und Befugnisse zuspricht, als der Universität als ganzer zustehen.

IV.

Die organisatorischen Grundentscheidungen des Gesetzes

1. Gliederung der Universität in Fakultäten und Fachbereiche

Der Entwurf hält an der Gliederung der Universität in die bestehenden sechs Fakultäten fest. Er sieht jedoch darüber hinaus vor, daß die Fakultäten in Fachbereiche zu gliedern sind, wenn dies zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben der Universität zweckmäßig ist (§ 40). Bis zu einer Regelung auf Grund des § 40 werden die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche, die Philosophische und die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

tät durch die Übergangsbestimmung des § 77 in die dort genannten Fachbereiche gegliedert.

Maßgebend für die Untergliederung der herkömmlichen Fakultäten in Fachbereiche sind vor allem zwei Überlegungen:

Zum einen besteht bei der fortschreitenden Spezialisierung und Differenzierung der Wissenschaft die Gefahr, daß die einzelnen Fächer in einer zu großen Fakultät den Kontakt mit den Nachbardisziplinen verlieren und sich abkapseln. Die somit drohende Spezialisierung muß vermieden werden. Gerade wegen der zunehmenden Spezialisierung ist eine enge Zusammenarbeit verwandter Fächer dringend geboten. Dazu soll die Bildung von Fachbereichen beitragen, weil der Zusammenschluß in einer kleineren Organisationseinheit geeignet ist, das Zusammenwirken benachbarter Disziplinen entscheidend zu fördern. Ferner wird es von dem sich homogenen Fachbereich aus leichter möglich sein, Verbindungen auch über die Fakultätsgrenzen hinweg herzustellen.

Zum anderen soll die Einrichtung von Fachbereichen dazu dienen, die Akademische Selbstverwaltung handlungsfähiger zu machen. In den großen Fakultäten müßten die Fakultätsräte, wenn in ihnen auch nur annähernd alle wichtigen Fächer vertreten sein sollten, verhältnismäßig groß sein. Dies gilt umso mehr, als allen Gruppen der Mitglieder der Universität eine angemessene Vertretung eingeräumt werden muß. Die Fakultätsräte wären somit, wie die Erfahrung zeigt, für eine effektive Arbeit mit Sicherheit zu schwerfällig. Die — theoretisch mögliche — radikale Herabsetzung der Zahl der Mitglieder der Fakultätsräte bietet keine annehmbare Lösung, weil dann die Gefahr besteht, daß wichtige Fächer nicht vertreten sind und infolgedessen ihre Belange in keinem akademischen Organ zur Geltung bringen können. Diese mißlichen Folgen werden bei der Aufgliederung der großen Fakultäten in Fachbereiche vermieden.

Der Senat hält es aber für nötig, daß die Fakultäten auch bei einer Gliederung in Fachbereiche als übergeordnete Einheiten bestehen bleiben. Hiergegen kann bei der vorgesehenen Aufgabenverteilung nicht eingewandt werden, daß auf diese Weise eine zusätzliche Verwaltungs- und Organisationsebene geschaffen werde. Der Entwurf stellt sicher, daß die Fakultät sich nicht als zusätzliche Ebene und daher hemmend auswirkt. Die Fakultät ist entweder allein zuständig — so für den Erlass der Habilitations- und Promotionsordnungen (§ 41 Absatz 2) —, oder sie ist auf eine koordinierende Tätigkeit beschränkt (§ 41 Absatz 3). Auf die Koordinierung durch die Fakultät, für die — etwa in Fragen, die zugleich einen anderen Fachbereich oder die Belange der gesamten Fakultät betreffen — ein dringendes Bedürfnis besteht, sollte nicht verzichtet werden, zumal sie auch die Möglichkeit eröffnet, daß einzelne Gruppen die Überprüfung einer im Fachbereich getroffenen Entscheidung herbeiführen können. Diese Koordinierungsaufgabe sollte auch nicht sogleich, wie es bei Fortfall der Fakultät erforderlich wäre, dem Akademischen Senat übertragen werden. Die Koordinierung kann, da es sich in aller Regel um fachliche Probleme handeln wird, wirkungsvoller von den Fachgruppen nächstestehenden Fakultät vorgenommen werden.

2. Universitätspräsident

Der Entwurf sieht — nach einer Übergangszeit (§ 78) — als Spitze der Universität einen Universitätspräsidenten mit einer Amtszeit von in der Regel neun Jahren vor (§§ 25, 26).

Die Universität ist heute zu einem komplizierten Großorganismus geworden. Nicht nur der Umfang, auch die Schwierigkeit der an der Spitze der Universität zu bewältigenden Aufgaben hat zugenommen. Planungen müssen sich naturgemäß über größere Zeiträume erstrecken. In zunehmendem Maße ist in grundsätzlichen Angelegenheiten der Forschung und Lehre eine Koordinierung der verschiedenen Teilbereiche der Universität geboten. Alle diese Gesichtspunkte verlangen gerade für die Spitze der Universität eine hinreichende Kontinuität der Amtsführung.

Diesem Erfordernis wird nach Auffassung des Senats am besten die Präsidialverfassung gerecht. Alle anderen Lösungen vermögen die erforderliche Kontinuität nicht in genügendem Maße zu sichern. Dies gilt auch für die verschiedentlich vorgeschlagene Modifizierung der Rektoratsverfassung in der Weise, daß die Amtszeit des Rektors auf zwei Jahre verlängert und ihm zuvor als Rektor designatus ein Jahr Gelegenheit zur Einarbeitung gegeben wird.

Mit der Einführung der Präsidialverfassung soll der Universität oder ihrem Präsidenten allerdings nicht — wie dies in dem Anhörungsverfahren des bürgerchaftlichen Ausschusses für Schule und Universität von verschiedenen Gruppen gefordert worden ist — die Wirtschafts- und Personalverwaltung übertragen werden. Der Entwurf hält an der bisherigen Abgrenzung der Aufgaben zwischen Universität und Staat in Hamburg fest: Die Universität nimmt die akademischen Angelegenheiten wahr (§ 2); die Verwaltung der anderen die Universität betreffenden Angelegenheiten, insbesondere die Wirtschafts- und Personalverwaltung, obliegt — wie es sich in Hamburg bewährt hat — den staatlichen Stellen. Es ist aber vorgesehen, daß dem Universitätspräsidenten (im Einvernehmen mit der Universität auch anderen Stellen der Universität) die Wahrnehmung einzelner staatlicher Angelegenheiten als Auftragsangelegenheit übertragen wird (§ 4 Absatz 2). Die wichtigsten Aufgaben des Universitätspräsidenten liegen jedoch auf dem Gebiet der akademischen Angelegenheiten. Abgesehen von der Leitung der Universität im Zusammenwirken mit dem Akademischen Senat (§ 29 Absatz 1 Satz 1) obliegt ihm die Planung im akademischen Bereich, die Sorge für das Zusammenwirken aller Teilbereiche und Mitglieder der Universität, die Verantwortung für den ordnungsgemäßen Ablauf der Akademischen Selbstverwaltung und die Leitung der Verwaltung der Universität (§ 25) — Aufgaben, die wirksam nur von einem hauptamtlichen Präsidenten mit hinreichend langer Amtszeit erfüllt werden können. In diesem Zusammenhang wird es erforderlich, die dem Universitätspräsidenten zugeordnete Verwaltung diesen Erfordernissen anzupassen.

3. Zusammensetzung der Kollegialorgane

Bei der Zusammensetzung der Kollegialorgane der Universität ist der Senat davon ausgegangen, daß es geboten

ist, allen Gruppen der Mitglieder der Universität eine angemessene Vertretung mit Stimmrecht einzuräumen. Jedoch wäre eine schematische Beteiligung der verschiedenen Gruppen für alle akademischen Organe — etwa nach bestimmten Paritäten — verfehlt. Dem steht entgegen, daß der Senat der Universität ganz bestimmte Aufgaben gestellt hat: die Forschung und Lehre sowie die Ausbildung der Studenten und die wissenschaftliche Fortbildung. Die Zusammensetzung der akademischen Organe muß die ordnungsgemäße Wahrnehmung dieser Aufgaben gewährleisten. Die Besetzung der Organe muß sich daher — unter Berücksichtigung der Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse des jeweiligen Gremiums — an der unterschiedlichen Verantwortung der einzelnen Gruppen für die Erfüllung der Aufgaben der Universität ausrichten. Schließlich darf die Zahl der Mitglieder der akademischen Organe im Interesse ihrer Arbeitsfähigkeit nicht zu groß sein.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, sieht der Entwurf folgende Regelungen vor:

a) Fakultäten und Fachbereiche

Die Erfüllung der fachlichen Aufgaben der Universität in Forschung und Lehre, Ausbildung und Fortbildung obliegt in erster Linie den Fachbereichen und den nicht in Fachbereiche gegliederten Fakultäten (vgl. §§ 39, 47, 52). Es erscheint daher im Interesse einer sachgemäßen, aufeinander abgestimmten Arbeit bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben geboten, daß den Leitungsorganen nach Möglichkeit Vertreter aller Fächer angehören und an der Willensbildung mitwirken. Aus diesem Grunde sollen nach dem Entwurf (§§ 50 Absatz 2, 52 Absatz 2) grundsätzlich alle ordentlichen Professoren als diejenigen Angehörigen des Lehrkörpers, die ein Fach in seiner ganzen Breite in Forschung und Lehre vertreten (§ 8 Absatz 1), Mitglieder des Fachbereichsrats oder des Fakultätsrats der nicht gegliederten Fakultäten sein. Um jedoch die Gesamtzahl der Mitglieder im Hinblick auf die Arbeitsfähigkeit nicht zu groß werden zu lassen, wird die Zahl der Lehrstuhlhaber auf höchstens zwölf beschränkt. Damit ist in Anbetracht der Tatsache, daß es Parallellehrstühle oder doch sehr eng verwandte Lehrstühle gibt, gewährleistet, daß im wesentlichen alle Fächer durch ordentliche Professoren im Kollegialorgan vertreten sind. Entsprechend ihrer Verantwortung für die Erfüllung der Aufgaben der Universität gibt der Entwurf den ordentlichen Professoren die Hälfte der Sitze. Die andere Hälfte wird — wiederum mit Rücksicht auf die unterschiedliche Verantwortung für die Erfüllung dieser Aufgaben — im Verhältnis 2 : 1 : 1 auf die anderen Angehörigen des Lehrkörpers, die Wissenschaftlichen Assistenten und die Studenten verteilt. Dieses Verhältnis ist umso mehr gerechtfertigt, als nicht zwischen habilitierten und nichthabilitierten Angehörigen unterschieden wird, diese Gruppe also verhältnismäßig breit ist und nach dem Entwurf selbständige Aufgaben in Forschung und Lehre erhalten soll.

Da in die Fachbereiche gegliederten Fakultäten weitgehend auf eine koordinierende Tätigkeit beschränkt

sind (§ 41), ist es hier von der Sache her nicht erforderlich, daß alle Fächer im Fakultätsrat vertreten sind. Der Entwurf sieht daher im Hinblick auf die Arbeitsfähigkeit eine Begrenzung der Zahl der dem Fakultätsrat angehörenden ordentlichen Professoren auf acht vor (§ 44 Absatz 2). Unter ihnen müssen sich — nicht zuletzt wegen der Fakultät obliegenden Koordinierung der Tätigkeit der Fachbereiche — die Sprecher der Fachbereiche befinden. Für die Sitzverteilung unter den übrigen Gruppen gelten die Überlegungen für die Fachbereiche entsprechend.

b) Akademischer Senat

Der Akademische Senat ist für die Erfüllung der Aufgaben der ganzen Universität verantwortlich. Dies bedeutet jedoch nicht, daß er die fachlichen Aufgaben selbst wahrnimmt. Das ist vielmehr Sache der Fakultäten, Fachbereiche und wissenschaftlichen Einrichtungen (vgl. § 39). Der Akademische Senat ist dagegen als das (zusammen mit dem Universitätspräsidenten) leitende Organ der Universität für die übergeordneten, insbesondere für die gesamte Universität berührenden Angelegenheiten zuständig; er koordiniert die Tätigkeit der Fakultäten (§ 29).

Auf Grund dieser anderen Aufgabenstellung sieht der Entwurf eine von der Regelung für die Fakultäts- und Fachbereichsräte — auch in der Beteiligung der einzelnen Gruppen — abweichende Zusammensetzung des Akademischen Senats vor (§ 30). Ihm gehören zunächst neben dem Universitätspräsidenten und dem Vizepräsidenten die sechs Dekane als Repräsentanten der Fakultäten an. Um zu vermeiden, daß der an sich notwendige Einfluß der Fakultäten auf die Arbeit des Akademischen Senats zu groß wird, soll ein ausreichendes Gegengewicht geschaffen werden. Dies können, zumal es im Akademischen Senat in aller Regel nicht um reine Fachfragen geht, nicht nur ordentliche, sondern auch außerordentliche Professoren (neuer Art) (§§ 8 Absatz 2, 79 Absatz 2) bilden. Demgemäß gehören dem Akademischen Senat vier ordentliche und außerordentliche Professoren an (§ 30 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4). Den bisher genannten Mitgliedern räumt der Entwurf, ihrer mit einer höheren Verantwortung verbundenen Stellung in der Universität Rechnung tragend, dieselbe Zahl von Sitzen ein wie der Gesamtheit der Vertreter der anderen Gruppen. Unter diesen Gruppen soll, da die außerordentlichen Professoren bereits berücksichtigt sind, die zweite Hälfte der Sitze gleichmäßig verteilt werden: der übrige Lehrkörper, die Wissenschaftlichen Assistenten und die Studenten entsenden je vier Vertreter.

c) Großer Senat

Der Große Senat beschließt die Satzung der Universität, wirkt bei der Bestellung und Abberufung des Universitätspräsidenten mit, wählt den Vizepräsidenten und nimmt den Jahresbericht des Universitätspräsidenten entgegen (§§ 36 Absatz 1, 26, 27). Im übrigen hat er das Recht, zu den Aufgaben der Universität gehörende Angelegenheiten zu erörtern (§ 36 Absatz 2). Angesichts dieser Aufgaben, insbesondere im

Hinblick auf seine Eigenschaft als Aussprachegremium, sollte die Zahl der Mitglieder des Großen Senats erheblich höher sein als die der bisher erwähnten Organe der Universität. Der Entwurf sieht demgemäß 120 bis 130 Mitglieder vor (§ 37), unter denen die Gruppe der ordentlichen Professoren eine Vertretung von 40 (einschließlich des Vizepräsidenten) entsendet. Andererseits erlaubt es die hohe Mitgliederzahl, im Großen Senat anders als in den übrigen Kollegialorganen in der verhältnismäßig breiten Gruppe des übrigen Lehrkörpers stärker zu differenzieren. Dementsprechend gehören dem Großen Senat 10 außerordentliche Professoren, 10 Vertreter der weiteren (in aller Regel) habilitierten Lehrpersonen (§ 7 Nummer 4) und 15 Vertreter der (in der Regel nicht habilitierten) wissenschaftlichen Beamten und Angestellten (§ 7 Nummer 5) an. Hinzu treten 15 Vertreter der Wissenschaftlichen Assistenten und 30 bis 40 Vertreter der Studenten.

V.

Weitere Entwicklung

Mit diesem Gesetz ist, auch was die Struktur und die Verfassung der Universität angeht, sicher nicht das letzte Wort gesprochen. Hochschulreform ist ihrem Wesen nach keine mit dem Erlaß des Universitätsgesetzes abgeschlossene Angelegenheit; sie ist eine ständige gemeinsame Aufgabe des Staates und der Universität. Die Erfahrungen mit den im Gesetz vorgesehenen neuen Organisationsformen und ihre Bewährung in dem mannigfaltigen Erscheinungsbild des Großorganismus Universität werden zeigen müssen, ob später Änderungen erforderlich werden, die geeignet sind, den Grundgedanken dieses Gesetzes noch besser zur Wirksamkeit zu verhelfen. Der Senat wird gegebenenfalls entsprechende Änderungsvorschläge unterbreiten.

B. Einzelbegründung

ERSTER TEIL

Allgemeine Bestimmungen

Zu § 1

1. Nach § 1 Absatz 1 ist die Universität eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts (Ebenso bereits § 5 Absatz 1 Satz 1 des Hochschulgesetzes vom 4. Februar 1921).

In der Literatur wird teilweise die Meinung vertreten, die Universitäten seien keine Körperschaften, sondern Anstalten. Nach einer anderen Ansicht sollen sie eine doppelte Rechtsnatur besitzen; neben der Körperschaft als einer rechtsfähigen Personenvereinigung soll eine unselbständige staatliche Anstalt stehen, in der der vom Staat bereitgestellten Mittel zusammengefaßt sind und verwaltet werden (vgl. die Nachweise bei Thieme, Deutsches Hochschulrecht, 1956, S. 98 ff.).

Der Entwurf folgt diesen Auffassungen nicht. Das wesentliche, die Körperschaft von der Anstalt unterscheidende Kennzeichen ist die mitgliedschaftliche Organisation.

Dieses Merkmal weist die Universität auf: § 6 Absatz 1 spricht ausdrücklich von Mitgliedern der Universität. Die der Universität übertragene Selbstverwaltung der akademischen Angelegenheiten wird durch Organe ausgeübt, die ausschließlich aus Mitgliedern der Universität zusammengesetzt sind (vgl. §§ 25, 30, 37, 43, 44, 49, 50, 52). Die Universität ist mithin ein mitgliedschaftlich organisierter Verband. Die ihr bereits durch das Hochschulgesetz von 1921 verliehene Rechtsform der Körperschaft des öffentlichen Rechts kann daher beibehalten werden.

Die Aufgaben der Forschung und Lehre können allerdings nur erfüllt werden, wenn der Staat die erforderlichen persönlichen und sächlichen Mittel bereitstellt. Es erscheint jedoch nicht gerechtfertigt, diese Mittel in ihrer Zusammenfassung als besondere, neben der Körperschaft stehende Anstalt anzusehen. Eine solche Betrachtungsweise würde zweierlei verkennen: Zum einen benötigt jede Körperschaft zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben in mehr oder minder großem Umfang Sachmittel und Personal und weist insoweit gewisse Züge einer Anstalt auf. Zum anderen werden Forschung und Lehre gerade in den vom Staat zur Verfügung gestellten Einrichtungen, insbesondere in den Instituten, Seminaren und Kliniken betrieben. Diese Einrichtungen erhalten somit ihr Gepräge durch die für die Universität als Körperschaft typischen Aufgaben. Für Hamburg kommt hinzu, daß die Wirtschafts- und Personalverwaltung nicht zu den Aufgaben der Universität gehört, sondern den staatlichen Stellen obliegt. Sie kann von der Universität, aus von den Instituten, Seminaren und Kliniken, nur als Auftragsangelegenheit (§ 4 Absatz 2) wahrgenommen werden.

Die anstaltlichen Elemente treten demnach soweit zurück, daß es richtig erscheint, die Universität (nur) als Körperschaft zu bezeichnen, ihr also keine doppelte Rechtsnatur — Körperschaft und unselbständige Anstalt — beizumessen.

Dem steht nicht entgegen, daß die Universität keine eigene Etat- und Personalhoheit besitzt. Das für eine Körperschaft entscheidende Merkmal — die mitgliedschaftliche Organisation — weist die Universität auf. Im übrigen ist der Gesetzgeber in der Ausgestaltung der Selbstverwaltung der Körperschaft frei.

2. Mit dem Hinweis in § 1 Absatz 1, daß die Universität eine Einrichtung der Freien und Hansestadt Hamburg ist, soll nicht nur hervorgehoben werden, daß die Freie und Hansestadt Hamburg die Universität errichtet hat, sondern vor allem unterstrichen werden, daß Hamburg sich als Träger für die Universität verantwortlich fühlt.

3. § 1 Absatz 2 umschreibt die Aufgaben der Universität.

a) Für die deutschen wissenschaftlichen Hochschulen ist die Verbindung von Forschung und Lehre charakteristisch. In den Erörterungen um die Hochschulreform ist darauf hingewiesen worden, daß die Hochschullehrer infolge des starken Anstiegs der Studentenzahlen in vielen Fächern durch die anwachsenden Unterrichts- und Prüfungspflichten so belastet seien, daß sie sich nicht mehr in dem wünschenswerten Maße der Forschung widmen könnten. Daraus ist die Forderung abgeleitet worden, die Forschung von der Lehre zu trennen und auf diese Weise die Voraussetzungen für die Forschungsarbeit zu verbes-

sern. Der Wissenschaftsrat hat sich demgegenüber mehrfach für die Beibehaltung der Verbindung von Forschung und Lehre an den wissenschaftlichen Hochschulen ausgesprochen.

Gegen eine institutionelle Trennung von Forschung und Lehre an den wissenschaftlichen Hochschulen spricht entscheidend, daß beide Bereiche sich gegenseitig befruchten und aufeinander angewiesen sind. Die Lehre bietet die notwendige Gelegenheit, Teilergebnisse der Forschung unter übergeordneten Gesichtspunkten und im systematischen Zusammenhang darzustellen und sie zugleich der Kritik zu unterwerfen. Andererseits würde eine völlig von Forschung getrennte Lehre nicht den Anforderungen einer Zeit gerecht werden, in der die Gesellschaft in allen Bereichen immer mehr Menschen braucht, die in den von der Forschung bestimmten wissenschaftlichen Arbeitsmethoden ihres Faches geschult und daher — anders als nur in die Verfahren der Praxis Eingeweihte — in der Lage sind, sich auch in neue Fragestellungen einzuarbeiten und aus eigener sachlicher Einsicht zu entscheiden, zu planen und zu handeln.

Aus diesen Gründen hält der Entwurf an der institutionellen Verbindung von Forschung und Lehre fest. Dies schließt nicht aus, daß im Zuge der Erörterungen über eine den Schul- und Hochschulbereich erfassende Neugestaltung (vgl. hierzu die Ausführungen im Allgemeinen Teil der Begründung unter I) auch geprüft wird, ob nicht in bestimmten Bereichen, in denen heute noch ein Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule üblich ist oder gefordert wird, die Ausbildung ganz oder teilweise auf andere Einrichtungen verlagert werden kann, die einen auf wissenschaftlicher Grundlage beruhenden, aber mehr auf die praktischen Berufserfordernisse ausgerichteten Studiengang bieten.

b) In allen Bereichen werden heute wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden in ständig steigendem Maße angewandt. Es besteht daher ein hoher Bedarf an Personen mit wissenschaftlicher Ausbildung. Der großen Bedeutung, die mithin der Vorbereitung der Studenten auf akademische Berufe zukommt, trägt der Entwurf dadurch Rechnung, daß er in § 1 Absatz 2 Satz 2 diese Aufgabe der Universität ausdrücklich erwähnt. Dabei kann nicht allein darauf abgestellt werden, ob für den angestrebten Beruf eine Ausbildung an der Universität gesetzlich vorgeschrieben ist. Nicht zuletzt mit Rücksicht auf die schnell fortschreitende Spezialisierung und Ausweitung der Wissenschaft muß es ausreichen, wenn eine wissenschaftliche Ausbildung erforderlich erscheint, d. h. wenn sie für die in Aussicht genommene Tätigkeit von der Sache her gerechtfertigt ist.

Die Reihenfolge der Aufzählung der Aufgaben der Pflege der Wissenschaft durch Forschung und Lehre einerseits und der Berufsvorbereitung andererseits bedeutet keine Rangfolge. Beide Aufgaben stehen gleichberechtigt nebeneinander.

c) Die rasche Entwicklung in fast allen Bereichen der Wissenschaft macht es unmöglich, „daß die Hochschulen dem Studenten eine als Vorrat für ein ganzes Leben ausreichende wissenschaftliche Ausbildung“ verschaffen kön-

nen (Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen, S. 15). Eine wissenschaftliche Fortbildung wird daher immer bedeutsamer. Dieser Aufgabe werden sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten in Zukunft die wissenschaftlichen Hochschulen in höherem Maße annähmen müssen. Auf diesen Überlegungen beruht § 1 Absatz 2 Satz 5 des Entwurfs.

d) § 1 Absatz 2 umschreibt in allgemeiner Weise die Aufgaben der Universität. Die Bestimmung steht jedoch, ohne daß dies ausdrücklich gesagt zu werden braucht, insoweit unter dem Vorbehalt der an der Universität gegebenen Möglichkeiten, als Dritte aus ihr keinen Anspruch gegen die Universität herleiten können, etwa einen in Hamburg bisher nicht vertretenen Studiengang einzuführen.

e) § 39 des Entwurfs überträgt die Erfüllung der fadhlichen Aufgaben der Universität in Forschung und Lehre, Ausbildung und Fortbildung den Fakultäten, Fachbereichen und wissenschaftlichen Einrichtungen.

4.

a) Nach Artikel 5 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes sind Forschung und Lehre frei. § 1 Absatz 3 Satz 1 des Entwurfs wiederholt diese Bestimmung für die Universität. Die Freiheit der Lehre wird allerdings in ihrem Gegenstand durch die der Universität obliegende Aufgabe der Berufsvorbereitung in gewissem Umfang begrenzt. Soll diese wichtige Aufgabe ordnungsgemäß erfüllt werden, muß der akademische Unterricht den Erfordernissen der maßgebenden Prüfungsordnungen Rechnung tragen (vgl. § 47 Absatz 5). Es erscheint zweckmäßig, dies durch einen entsprechenden Hinweis in der Bestimmung über die Freiheit von Forschung und Lehre ausdrücklich klarzustellen (§ 1 Absatz 3 Satz 1 Halbsatz 2).

b) Die Vorschrift des § 1 Absatz 3 Satz 2 dient der Sicherung der Freiheit von Forschung und Lehre. Die dienstrechtlichen Bestimmungen über die Annahme von Belohnungen und Geschenken bleiben unberührt.

Zu § 2

1. Der Entwurf hält an der bisherigen Abgrenzung der Aufgaben zwischen Universität und Staat in Hamburg fest: Die Universität nimmt die akademischen Angelegenheiten wahr; die Verwaltung der anderen die Universität betreffenden Angelegenheiten, insbesondere die Wirtschafts- und Personalverwaltung, obliegt den staatlichen Stellen. Diese Aufgabenverteilung hat sich in Hamburg bewährt.

Die Wirtschafts- und Personalverwaltung des Hochschulsektors muß sich, nicht zuletzt in Anbetracht des hohen, vom Staat getragenen Finanzbedarfs der Universität, in die Gesamtheit der staatlichen Aufgaben einordnen. Hierfür trägt der Senat die politische Verantwortung gegenüber dem Parlament und der Gesellschaft. Diese Gegebenheiten fördern die Wahrnehmung der Wirtschafts- und Personalangelegenheiten unmittelbar durch die staatlichen Stellen. Eine Ausnahme ließe sich nur rechtfertigen, wenn es in Flächenstaaten der Fall sein mag, durch eine — auch örtliche — Trennung der Wirtschafts- und Personalverwaltung von der Verwaltung der akademischen Angelegenheiten die Funktionsfähig-

keit der Universität beeinträchtigt wäre. Dies trifft jedoch für Hamburg nicht zu.

Die grundsätzliche Abgrenzung der Aufgaben zwischen Universität und Staat schließt nicht ein, daß dem Universitätspräsidenten oder anderen Stellen der Universität — in stärkerem Maße als bisher — einzelne, dafür geeignete Aufgaben der Wirtschafts- und Personalverwaltung als staatliche Auftragsangelegenheiten übertragen werden. Hierfür bietet § 4 Absatz 2 die gesetzliche Grundlage.

2. § 2 Absatz 2 enthält eine Definition der akademischen Angelegenheiten und zählt die wichtigsten dazugehörigen Aufgaben auf.

3. Die Universität nimmt die akademischen Angelegenheiten selbständig unter der Rechtsaufsicht des Staates, also als Selbstverwaltungsangelegenheit wahr. Die Rechtsaufsicht im einzelnen ist in §§ 69 ff. geregelt.

4. Der Entwurf enthält keine Bestimmung über die Siegföhrung. Nach Auffassung des Senats sollte diese Frage nicht durch das Universitätsgesetz, sondern in der Satzung der Universität geregelt werden. Zu einer gesetzlichen Festlegung besteht um so weniger Anlaß, als die Universität zur Zeit eigene Siegel föhrt, die mit staatlicher Genehmigung das Hamburger Landeswappen enthalten. Eine Änderung ist nicht beabsichtigt.

5. Der Entwurf sieht — im Gegensatz zu dem Entwurf der FDP-Fraktion der Bürgerschaft (Drucksache Nr. VI/919) — keinen Hochschulbeirat vor. Ein solches Gremium, das der Pflege des Kontaktes zwischen Universität und Öffentlichkeit dient, kann nach hamburgischem Recht ohne gesetzliche Grundlage eingesetzt werden.

Zu § 3

§ 3 verleiht der Universität die — von dem Recht auf Selbstverwaltung zu unterscheidende — Befugnis, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen in ihren eigenen Angelegenheiten selbst Rechtsvorschriften zu erlassen.

1. § 3 Absatz 1 gibt der Universität das Recht und verpflichtet sie zugleich, ihre innere Ordnung durch eine von ihr selbst — und zwar vom Großen Senat (§ 36 Absatz 1 Satz 1) — zu beschließende Satzung zu regeln. Es ist nicht erforderlich, im Universitätsgesetz den Mindestinhalt der Satzung ausführlich vorzuschreiben. Der Entwurf verweist vielmehr auf eine nähere Regelung durch die Satzung. Im übrigen läßt sich der Kreis der durch die Satzung zu treffenden Bestimmungen aus dem Begriff „innere Ordnung“ entnehmen.

2. § 3 Absatz 2 ermächtigt die Universität, weitere Rechtsvorschriften zur Regelung akademischer Angelegenheiten zu erlassen. Welche Stelle innerhalb der Universität im Einzelfall zuständig ist, bestimmt zum Teil das Universitätsgesetz selbst (z. B. in §§ 17 Absatz 2, 22 Absatz 5, 23, 41 Absatz 2, 47 Absatz 3, 58 Absatz 2, 64 Absatz 1, 65 Absatz 2). Im übrigen kann sich die Zuständigkeit aus der allgemeinen Aufgabenverteilung in der Universität oder aus der Satzung der Universität ergeben. Anderenfalls ist der Akademische Senat zuständig (§ 29 Absatz 2 Satz 1).

Die Befugnis der Universität, für die Akademische Selbstverwaltung Verwaltungsvorschriften zu erlassen, folgt aus ihrem Selbstverwaltungsrecht. Hierzu bedarf es keiner besonderen gesetzlichen Ermächtigung.

3. Die Satzung und andere Rechtsvorschriften der Universität bedürfen gemäß § 70 staatlicher Genehmigung und der Verkündung.

Zu § 4

1. Die die Universität betreffenden Angelegenheiten, die nicht zur Akademischen Selbstverwaltung gehören, werden grundsätzlich von den staatlichen Stellen wahrgenommen (vgl. Ziffer 1 der Begründung zu § 2, § 4 Absatz 1 weist darauf hin, daß die Universität dabei vielfach mitwirkt, etwa indem sie Vorschläge unterbreitet oder vor Entscheidungen staatlicher Stellen zu hören ist oder Stellung zu nehmen hat (vgl. z. B. §§ 8 Absatz 3, 9 Absatz 2 Satz 1, 26, 40 Absatz 2 Satz 4, 53 Absatz 2 Sätze 2 und 3 sowie Absatz 5 Satz 2, 54 Absatz 4 Satz 2, 59, 72 Satz 2, 73)).

2. Die grundsätzliche Abgrenzung der Aufgaben zwischen Universität und Staat soll es nicht hindern, der Universität die Wahrnehmung einzelner staatlicher Angelegenheiten als Auftragsangelegenheit zu übertragen. In Betracht kommt etwa die — bereits heute praktizierte — Bewirtschaftung bestimmter Haushaltsmittel durch die Universität. Die Wahrnehmung der Aufgabe kann entweder dem Universitätspräsidenten oder einer anderen Stelle der Universität übertragen werden, letzterer allerdings nur, wenn sich die Universität mit der Übertragung einverstanden erklärt. Da es sich trotz der Übertragung weiterhin um staatliche Angelegenheiten handelt, müssen die staatlichen Vorschriften angewandt werden. Ferner muß es dem Staat gestattet sein, in Auftragsangelegenheiten dem Universitätspräsidenten oder der anderen zuständigen Stelle der Universität allgemein oder im Einzelfall Weisungen zu erteilen. Aus der Tatsache, daß Auftragsangelegenheiten nur zur Wahrnehmung übertragen werden, folgt, daß es dem Staat unbenommen ist, die Übertragung rückgängig zu machen.

Zu § 5

1. Der Entwurf sieht in Übereinstimmung mit der bisherigen Rechtslage keine eigene Personalhoheit für die Universität vor. Die an der Universität tätigen Beamten, Angestellten und Arbeiter sind daher (unmittelbare) Landesbedienstete (§ 5 Absatz 1).

2. Zum Dienstvorgesetzten der Bediensteten an der Universität bestimmt § 5 Absatz 2 dementsprechend den Präsident der zuständigen Behörde. Der Dienstvorgesetzte ist nach § 3 Absatz 2 Satz 1 des Hamburgischen Beamtengesetzes (HmbBG) für beamtenrechtliche Entscheidungen über die persönlichen Angelegenheiten der ihm nachgeordneten Beamten zuständig; dies gilt für die Angestellten und Arbeiter entsprechend. Vorgesetzter (vgl. § 3 Absatz 2 Satz 2 HmbBG) der Bediensteten an der Universität ist der Präsident der zuständigen Behörde dagegen grundsätzlich nicht, da er ihnen für ihre dienstliche Tätigkeit auf Grund der Aufgabenabgrenzung zwischen Universität und Staat in aller Regel keine Anordnungen erteilen kann. Ausnahmen kommen nur bei Anordnungen im Wege der Rechtsaufsicht oder im Rahmen von Auftragsangelegenheiten (§ 4 Absatz 2) in Betracht.

Der Präsident der zuständigen Behörde kann seine Befugnisse als Dienstvorgesetzter im Rahmen der geltenden Vorschriften — dies sind zur Zeit die Verwaltungsvorschriften zu § 3 Absatz 2 HmbBG — auf andere Personen delegieren, und zwar, wie § 5 Absatz 2 darstellt, auch auf den Universitätspräsidenten. Die dem Universitätspräsidenten auf diesem Wege gegebenenfalls übertragenen personalrechtlichen Befugnisse sind Auftragsangelegenheiten im Sinne des § 4 Absatz 2.

ZWEITER TEIL

Mitglieder der Universität

Zu § 6

1. § 6 Absatz 1 legt den Kreis der Mitglieder der Körperschaft Universität fest. Als Angehörige des Lehrkörpers zählen auch die wissenschaftlichen Beamten und Angestellten (sog. nichthabilitierter Mittelbau) und die wissenschaftlichen Assistenten (§ 7 Nummern 5 und 7) zu den Mitgliedern der Universität. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß beide Gruppen heute wichtige Funktionen in der Universität wahrnehmen. Da Gastprofessoren, Gastdozenten und Gasthörer in aller Regel nur kurze Zeit an der Universität weilen, erscheint es nicht angemessen, sie in ein Mitgliedschaftsverhältnis zur Universität zu bringen (vgl. § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und Satz 3).

2. Zu den Angehörigen der Universität zählen neben den Mitgliedern alle Personen, die — auch im nichtwissenschaftlichen Bereich — an der Universität tätig sind (§ 6 Absatz 2). Das Universitätsgesetz verwendet den Begriff „Universitätsangehöriger“ zwar nur noch einmal (in § 25 Absatz 8 Satz 2). Unabhängig davon erscheint es jedoch richtig, im Gesetz zum Ausdruck zu bringen, wer zur Universität gehört.

ERSTER ABSCHNITT

Lehrkörper der Universität

Zu § 7

1. Der Wissenschaftsrat hat in seinen im November 1964 verabschiedeten Empfehlungen eine Neugliederung des Lehrkörpers an den wissenschaftlichen Hochschulen vorgeschlagen. Die wichtigsten Empfehlungen sind:

a) Lehrstuhlinhaber sollen in Zukunft nur die ordentlichen Professoren sein; das bisherige Extraordinariat soll entfallen.

Diese Empfehlung ist in Hamburg bereits weitgehend verwirklicht. Zur Zeit sind nur noch zwei Inhaber von Stellen für außerordentliche Professoren (alter Art) im Amt; neue Stellen werden nicht mehr geschaffen.

b) Der Wissenschaftsrat hat ferner vorgeschlagen, für Kräfte des habilitierten Mittelbaus ein Extraordinariat neuer Art zu schaffen. Den außerordentlichen Professoren neuer Art sollen Aufgaben übertragen werden, die heute von den „Abteilungsleitern/-direktoren und Professoren“ sowie den „Wissenschaftlichen Räten und Professoren“

wahrgenommen werden. Das für die Lehrkörperreform wichtige Extraordinariat neuer Art soll in Hamburg eingerichtet werden, sobald durch eine Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes des Bundes die notwendigen beamtenrechtlichen Voraussetzungen geschaffen sind.

- c) Für inhaltlich begrenzte Daueraufgaben in Forschung und/oder Lehre sind in den Empfehlungen des Wissenschaftsrats der Akademischen Räte (in Hamburg: Wissenschaftliche Räte) und die Kustoden (in Hamburg auch Observatoren) vorgesehen. Sie sollen die Arbeit der Professoren und Dozenten auf bestimmten Gebieten durch Übernahme von Unterrichtsaufgaben, Funktionen in der Forschung, Betreuung von wissenschaftlichen Sammlungen und Geräten usw. ergänzen und unterstützen.

Der Entwurf trägt den Empfehlungen des Wissenschaftsrats bereits insoweit Rechnung, als er die neuen Bezeichnungen verwendet (vgl. § 79). Er wandelt allerdings aus den im Allgemeinen Teil dieser Begründung dargestellten Gründen die Empfehlungen insoweit ab, als er das Lehrstuhlsprinzip, die Habilitation und die Stellenbesetzung neu ordnet.

2. Die Bestimmung des § 7 über die Zusammensetzung des Lehrkörpers trägt den Empfehlungen des Wissenschaftsrats Rechnung. Sie geht davon aus, daß die Aufgaben der Universität in Forschung und Lehre, Ausbildung und Fortbildung nicht mehr — wie früher üblich — vornehmlich von den Lehrstuhlinhabern, sondern in einer der unterschiedlichen Stellung und Verantwortung entsprechenden Verteilung von allen an der Universität tätigen Wissenschaftlern wahrgenommen werden.

Demgemäß gehören dem Lehrkörper auch die wissenschaftlichen Beamten und Angestellten und die wissenschaftlichen Assistenten an (vgl. Nummern 5 und 7). Aus den bereits in der Ziffer 1 der Begründung zu § 6 genannten Gründen ist es nicht gerechtfertigt, diese Gruppen von der Zugehörigkeit zum Lehrkörper auszuschließen. Zu den in § 7 Nummer 5 genannten wissenschaftlichen Beamten und Angestellten rechnen die an der Universität tätigen Studierende und Oberstudienräte, die Wissenschaftlichen Räte und Oberärzte, die Abteilungsleiter und Abteilungsdirektoren, die Kustoden und Hauptkustoden, die Observatoren und Hauptobservatoren sowie die wissenschaftlichen Angestellten mit Ausnahme der wissenschaftlichen Hilfskräfte.

Zu § 8

1. § 8 Absätze 1 und 2 umschreiben den Aufgabenbereich der ordentlichen Professoren und der außerordentlichen Professoren neuer Art. Die ordentlichen Professoren sind — entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrats — für die Vertretung eines Faches in seiner ganzen Breite in Forschung und Lehre verantwortlich. Das bedeutet nicht, daß sie alle Aufgaben ihres Faches selbst wahrnehmen müßten. Dazu wären sie heute, insbesondere in der Forschung, auch gar nicht mehr in der Lage. Sie sind vielmehr auf die Zusammenarbeit mit anderen Angehörigen des Lehrkörpers angewiesen. Dies ändert jedoch nichts an ihrer besonderen Verantwortung für das von ihnen vertretene Fach.

Die außerordentlichen Professoren nehmen in der Regel im Vergleich zu den ordentlichen Professoren spezielle Auf-

gaben wahr (vgl. § 8 Absatz 2). Das schließt nicht aus, daß ihnen die Vertretung eines kleineren Faches übertragen wird. Der Hinweis in § 8 Absatz 2 Satz 1, daß die außerordentlichen Professoren ihr Fach in der Regel gemeinsam mit ordentlichen Professoren und anderen Angehörigen des Lehrkörpers wahrnehmen, soll die grundsätzlich gleichberechtigte Zusammenarbeit deutlich machen.

2. Die Aufgaben der übrigen Angehörigen des Lehrkörpers sind nicht im Universitätsgesetz festgelegt. Soweit sie wie die Honorarprofessoren, außerplanmäßigen Professoren und Privatdozenten als solche nicht in einem Dienstverhältnis zum Freien und Hansestadt Hamburg stehen, muß die Satzung der Universität ihre Rechte und Pflichten regeln (§ 6 Absatz 1 Satz 2). Soweit sie Bedienstete Hamburgs sind, werden ihre Aufgaben durch allgemeine Ordnungen und Einzelzuweisungen bei der Berufung vom Staat im Benehmen mit oder auf Vorschlag der Universität bestimmt (§ 8 Absatz 3).

Insbesondere die von den wissenschaftlichen Beamten und Angestellten (§ 7 Nummer 5) zur Zeit wahrgenommenen Aufgaben sind sehr vielfältig und von Fakultät zu Fakultät unterschiedlich. Hinzu kommt, daß Aufgaben in Forschung und Lehre heute in nicht geringem Umfang von wissenschaftlichen Assistenten erfüllt werden. Die Stellen für wissenschaftliche Assistenten sollten aber — einer Empfehlung des Wissenschaftsrats folgend — nicht zuletzt im Interesse einer Beschleunigung der Habilitationsverfahren wieder ihrem eigentlichen Zweck als Durchgangsstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs zugeführt werden. Daueraufgaben in Forschung und Lehre sollten demgemäß, soweit wie möglich, auf wissenschaftliche Beamte und Angestellte übertragen werden. Die Aufgabenbereiche der genannten Gruppen, vor allem ihre Abgrenzung gegeneinander, sind noch nicht ausdiskutiert. Weitere Gespräche mit der Universität, insbesondere auch den betroffenen Gruppen, müssen noch geführt werden. Auf eine gesetzliche Festlegung der Aufgaben soll daher verzichtet und die Regelung, wie es § 8 Absatz 3 vorsieht, besonders, im Zusammenwirken mit der Universität zu erarbeitenden Ordnungen überlassen bleiben.

In diesen Ordnungen werden auch Bestimmungen über die Zuordnung und die Weisungsbefugnis zu treffen sein. Der Senat ist der Auffassung, daß auf Weisungsbefugnisse im Interesse eines ordnungsgemäßen Lehr- und Forschungsbetriebes nicht verzichtet werden kann, daß es andererseits aber — mit Rücksicht auf die wahrzunehmenden wissenschaftlichen Aufgaben — auf das unumgänglich notwendige Maß beschränkt und grundsätzlich den Kollegialorganen zugewiesen werden sollten.

Zu § 9

1. § 9 verwendet den Ausdruck „berufen“ nicht mehr — wie es bisher üblich war — nur für Lehrstuhlinhaber, sondern für alle Angehörigen des Lehrkörpers. Die Berufung setzt die für die jeweilige Aufgabe erforderliche Eignung und Befähigung zum Forschen und Lehren voraus (§ 9 Absatz 1 Satz 1). Die Anforderungen werden je nach der wahrzunehmenden Aufgabe unterschiedlich sein. Von einem wissenschaftlichen Assistenten etwa werden bei der Berufung ein Nachweis der Befähigung zum Forschen nur insoweit, als der Assistent in aller Regel promoviert sein muß, und ein

Nachweis der Befähigung zum Lehren überhaupt nicht verlangt werden können. Bei allen Angehörigen des Lehrkörpers kann das Schwergewicht, der jeweiligen Aufgabe entsprechend, einmal mehr auf der Befähigung zum Forschen, ein anderes Mal mehr auf der Befähigung zum Lehren liegen.

Die Berufung von Angehörigen des Lehrkörpers setzt in keinem Falle zwingend die Habilitation voraus (§ 9 Absatz 1 Satz 2). Dies bedeutet andererseits nicht, daß die Befähigung zum Forschen nicht durch die Habilitation nachgewiesen werden kann (vgl. § 11). § 9 Absatz 1 Satz 2 stellt jedoch im Interesse einer Auflockerung deutlich heraus, daß die Habilitation nicht der ausschließliche Befähigungsnachweis ist. Hinsichtlich der Lehrbefähigung wird auf § 12 und die Begründung zu dieser Vorschrift verwiesen.

2. § 9 Absatz 2 Satz 1 gibt der Universität, da sie in aller Regel den besseren Überblick über die in Betracht kommenden Personen hat, das Recht, dem Staat Vorschläge für die Berufung von Angehörigen des Lehrkörpers zu unterbreiten. Die Vorschläge sind allerdings nicht bindend: Die staatlichen Stellen können von einer etwa vorgeschlagenen Reihenfolge abweichen; sie können nach Anhörung der Universität aus einer nicht vorgeschlagenen Person berufen (§ 9 Absatz 2 Satz 2 und 3). Diese Bestimmungen gelten nicht nur für die Berufung von Professoren, sondern für die Berufung aller Angehörigen des Lehrkörpers. Lediglich für Honorarprofessoren, außerplanmäßige Professoren und Privatdozenten sind die besonderen Vorschriften des § 10 maßgebend.

3. Für die Berufung von ordentlichen Professoren schreibt § 9 Absatz 3 Satz 1 die Aussdreibung zwingend vor. Die Stellen anderer Angehöriger des Lehrkörpers können nach der allgemeinen Bestimmung des § 7 Absatz 2 des Hamburgischen Beamtengesetzes ausgeschrieben werden, wenn dies von besonderem Vorteil für die dienstlichen Belange ist.

Die Aussdreibung soll zu einer besseren Übersicht über die für den Ruf in Betracht kommenden Personen führen. Vor allem erhalten auf diese Weise auch diejenigen Gelegenheit, sich zu bewerben, die der Fachbereich oder die Fakultät, aus welchen Gründen auch immer, gar nicht berücksichtigt würde. Ferner kann die Aussdreibung insofern zu einer Beruhigung des Berufungswesens führen, als bei denen, die sich auf die Aussdreibung hin bewerben, an sich ein ernsthaftes Interesse an der Übernahme des Amtes bestehen mußte.

Das mit der Aussdreibung angestrebte Ziel läßt sich nur erreichen, wenn zugleich vorgeschrieben wird, daß in die Berufungsvorschläge nur Personen aufgenommen werden dürfen, die sich beworben haben. Andernfalls besteht die Gefahr, daß das bisher für die Vorbereitung der Berufungsvorschläge übliche Verfahren beibehalten und die Aussdreibung daneben zu einer leeren Form wird. Die zwingende Aussdreibung mit der zusätzlichen Bestimmung, daß nur Personen, die sich beworben haben, in den Berufungsvorschlägen berücksichtigt werden dürfen, kann andererseits an sich nicht an einer Universität allein eingeführt werden. Die Aussdreibung begegnet heute vor allem unter Hochschullehrern noch vielen Vorbehalten. Es muß daher, solange nicht in anderen Ländern der Bundesrepublik eine Regelung in dem obigen Sinne getroffen ist, befürchtet werden, daß sich auf eine Aussdreibung gerade die besonders qualifizierten

Wissenschaftler nicht bewerben. Auf Grund dieser Erwägungen schreibt § 9 Absatz 3 Satz 2 zwar grundsätzlich vor, daß die Berufungsvorschläge allein aus den eingegangenen Bewerbungen aufzustellen sind. Abweichend können aber während einer Übergangsfrist auch Personen in die Berufungsvorschläge aufgenommen werden, die sich nicht beworben haben (§ 80). Der Senat geht dabei von der Erwartung aus, daß bis zum Ablauf der Frist die anderen Länder der Bundesrepublik ebenfalls die Aussdreibung zwingend vorgeschrieben und zusätzlich bestimmt haben, daß in den Berufungsvorschlägen der Hochschulen nur Bewerber berücksichtigt werden dürfen.

Die Aussdreibung wird dem Universitätspräsidenten übertragen (§ 9 Absatz 3 Satz 1). Er bedarf jedoch in Anbetracht der Tatsache, daß in die Aussdreibung auch die jeweilige personelle und sachliche Ausstattung wird aufgenommen werden müssen, des Einverständnisses der zuständigen Behörde. Auch ist es denkbar, daß vor der Aussdreibung im Zusammenwirken zwischen Staat und Universität entschieden werden muß, ob ein Lehrstuhl überhaupt mit der bisherigen oder eventuell einer anderen Zweckbestimmung wieder besetzt werden soll.

Der Universitätspräsident muß zu besetzenden Professorenstellen rechtzeitig aussdreiben. Bestimmte Fristen sollten für die Aussdreibung im Hinblick darauf, daß es eine Reihe höchst unterschiedlicher Fälle gibt (langfristiger vorübergehender Emeritierung, in der Regel auf nicht allzu kurze Zeit absehbarer Fortgang an eine andere Hochschule oder in die Wirtschaft, plötzliches Ausscheiden z. B. durch Tod), im Universitätsgesetz nicht festgelegt werden. Die zuständige Behörde kann erforderlichenfalls auf Grund ihrer Aufsichtsbefugnisse auf eine den jeweiligen Gegebenheiten entsprechende rechtzeitige Aussdreibung hinwirken. Für das Verfahren nach Abschluß der Aussdreibung sind dagegen im Interesse eines zügigen Ablaufs Fristen vorgeschrieben (§ 9 Absatz 3 Satz 2, 4 und 5).

Der Berufungsvorschlag wird von dem Fachbereich oder der nicht in Fachbereiche gegliederten Fakultät aufgestellt (§§ 9 Absatz 3 Satz 2, 52 Absatz 1). Da bei einer in Fachbereiche gegliederten Fakultät die Belange anderer Fachbereiche oder der Gesamtfakultät berührt sein können, erhält die Fakultät — unabhängig davon, daß diese Interessen bereits bei der Aufstellung der Berufungsliste durch eine geeignete Abstimmung berücksichtigt werden sollten — Gelegenheit, sich zu dem Vorschlag des Fachbereichs zu äußern (§ 9 Absatz 3 Satz 3). Die Verfahrensfristen verlängern sich dadurch nicht, die dem Akademischen Senat zur Verfügung stehende Monatsfrist beginnt ohne Rücksicht auf eine Äußerung der Fakultät mit der Vorlage der Berufungsliste durch den Fachbereich (vgl. § 9 Absatz 3 Satz 2 und 4). Der Akademische Senat ist gemäß § 9 Absatz 3 Satz 4 verpflichtet, zu dem Berufungsvorschlag eine eigene Stellungnahme abzugeben. Damit ist der Tatsache Rechnung getragen, daß Berufungen von ordentlichen Professoren auch für die Belange der Gesamtuniversität von besonderer Bedeutung sind.

Zu § 10

1. § 10 Absatz 1 Satz 1 legt die Voraussetzungen fest, unter denen der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg Honorarprofessoren bestellen kann. Dabei verzichtet der Entwurf auf das Erfordernis des bisherigen Rechts (vgl. § 9

Abst 2 des Hochschulgesetzes von 1921), daß der Honorarprofessor zuvor außerhalb der Universität gestanden haben muß. Auf diese Weise soll es ermöglicht werden, auch Mitglieder der Universität, die nicht Privatdozenten sind, aber hervorragende wissenschaftliche Leistungen aufzuweisen haben, durch Bestellung zum Honorarprofessor zu ehren. § 10 Absatz 1 Satz 2 regelt, in welchen Fällen die Rechte eines Honorarprofessors wieder entzogen werden können.

2. Außerplanmäßige Professoren wurden bis vor kurzem auf Grund des § 195 des Hamburgischen Beamtengesetzes (HmbBG) in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf berufen, obwohl sie als solche keine Dienstbezüge erhielten. Da die Begründung eines Beamtenverhältnisses in diesen Fällen nicht erforderlich ist, ist § 195 HmbBG in der alten Fassung vom 27. Januar 1967 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 9) aufgehoben worden. Der Titel „Außerplanmäßiger Professor“ ist in Zukunft eine vom Staat auf Antrag des Akademischen Senats verliehene akademische Bezeichnung (vgl. § 10 Absatz 2 Satz 1 des Entwurfs). Bei den Voraussetzungen für die Verleihung steht der Entwurf von dem in § 12 Absatz 2 des Hochschulgesetzes von 1921 verankerten Erfordernis ab, daß der Privatdozent in der Regel eine sechsjährige Lehrtätigkeit an deutschen Hochschulen ausgeübt haben muß. Entscheidend kann nur sein, ob der Privatdozent die zu stellenden Anforderungen erfüllt. Eine Bindung an starre Fristen ist demgegenüber nicht gerechtfertigt.

§ 10 Absatz 2 Satz 1 geht von der korporationsrechtlichen Stellung als Privatdozent aus. Es ist unerheblich, ob der Privatdozent zugleich Bediensteter Hamburgs ist und als solcher etwa die Amtsbezeichnung „Universitätsdozent“ oder „Oberarzt“ führt.

§ 10 Absatz 2 Satz 2 bestimmt, wann die Verleihung widerrufen werden kann. Endet die Lehrbefugnis dadurch, daß der Außerplanmäßige Professor aus dem Lehrkörper der Universität ausscheidet (vgl. § 10 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2), so soll er — im Gegensatz zum bisherigen Recht (vgl. § 12 Absatz 2 des Hochschulgesetzes von 1921) — nicht ohne weiteres die Befugnis verlieren, die Bezeichnung „Außerplanmäßiger Professor“ weiter zu führen. Es sind Gründe denkbar, aus denen ein Entzug nicht angebracht ist. Daher soll bei Ausscheiden aus der Universität von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der Gegebenheiten entschieden werden, ob die Verleihung widerrufen werden soll.

3.

a) § 10 Absatz 3 ist im Zusammenhang mit § 11 zu sehen. Diese Bestimmung beschränkt die Habilitation — aus den in der Begründung zu § 11 erläuterten Gründen — auf den Nachweis der Befähigung zu selbständiger Forschung. Da von einem Angehörigen des Lehrkörpers jedoch auch die für seine Aufgabe erforderliche Befähigung zum Lehren verlangt werden muß (vgl. § 9 Absatz 1), sieht § 10 Absatz 3 Satz 1 vor, daß die Lehrbefugnis als Privatdozent nur an den Habilitierten verliehen werden darf, der zusätzlich seine Lehrbefähigung nachgewiesen hat (vgl. dazu § 12). Zuständig für die Verleihung der Lehrbefugnis sind die Fachbereiche oder die nicht in Fachbereiche gegliederten Fakultäten (§§ 47 Absatz 4 Satz 1, 52 Absatz 1).

b) Da weder bei der Zulassung zur Habilitation (vgl. die Begründung zu § 11) noch bei der Verleihung der Lehrbefugnis als Privatdozent eine Bedürfnisprüfung zulässig ist, darf auch nicht mehr darauf abgestellt werden, ob für den Privatdozenten ausreichende Arbeitsmöglichkeiten in den Privatdozenten zur Verfügung stehen. Da aber andererseits der Staat, insbesondere bei einem starken Anstieg der Zahl der Privatdozenten, möglicherweise einmal nicht mehr in der Lage sein wird, die wissenschaftlichen Einrichtungen so auszubauen, daß jedem Privatdozenten ein Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden kann, schreibt § 10 Absatz 3 vor, daß mit der Lehrbefugnis kein Anspruch auf einen Arbeitsplatz in der Universität verbunden ist. Damit soll keineswegs ausgeschlossen werden, daß den Privatdozenten die Benutzung der Lehr- und Forschungseinrichtungen, soweit dies möglich ist, eingeräumt wird. Nur ein Rechtsanspruch auf einen Arbeitsplatz kann aus den erwähnten Gründen nicht gewährt werden.

Zu § 11

In der Diskussion um die Hochschulreform ist im Hinblick auf verschiedene Unzulänglichkeiten, die sich in den vergangenen Jahren bei den Habilitationsverfahren gezeigt haben, vielfach gefordert worden, in Zukunft auf die Habilitation zu verzichten. Der Entwurf folgt dieser Ansicht nicht. Nach Meinung des Senats kann die Habilitation bei entsprechender Umgestaltung ein durchaus geeigneter Befähigungsnachweis für den Hochschullehrenachweis sein. Sie darf andererseits allerdings nicht der einzige Weg des Befähigungsnachweises bleiben (vgl. § 9 Absatz 1).

1. Bereits das bisherige Habilitationsverfahren, das mit der Verleihung der Lehrbefugnis (venia legendi) als Privatdozent abschloß, beschränkte sich weitgehend auf eine Prüfung der Befähigung zu selbständiger Forschung. Die Lehrbefähigung wurde, wenn überhaupt, so nur in einem im Hinblick auf ihre Bedeutung unzureichenden Maße überprüft. Der Senat ist der Auffassung, daß hieraus die Konsequenz gezogen werden sollte. Die Habilitation soll demgemäß in Zukunft nur noch dem Nachweis der Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Forschung dienen (§ 11 Absatz 1) — nicht zuletzt, um der Lehrbefähigung durch einen gesonderten Nachweis den ihr gebührenden Rang einzuräumen (vgl. hierzu § 12).

Da die Bezeichnung Privatdozent mit der Verleihung der Lehrbefugnis verbunden bleibt (§ 10 Absatz 3 Satz 1), wird bei erfolgreichem Abschluß des Habilitationsverfahrens der Grad eines Dr. habil. verliehen (§ 11 Absatz 2 Satz 1). Zu der Vorschrift des § 11 Absatz 2 Satz 2 wird auf Ziffer 3 b der Begründung zu § 10 verwiesen.

2. § 11 Absatz 3 Satz 1 legt die Grundvoraussetzung für die Zulassung zur Habilitation fest. Nach § 11 Absatz 3 Satz 3 können die Habilitationsordnungen weitere Zulassungsvoraussetzungen vorsehen. Die Anforderungen müssen jedoch die Befähigung oder den wissenschaftlichen Werdegang des Bewerbers betreffen (z. B. bestimmte Mindestnoten in Vorexamen). Daraus ergibt sich, daß die Zulassung nicht von einer Prüfung des Bedürfnisses abhängig gemacht werden darf. Maßgebend für die Habilitation soll und kann nur die wissenschaftliche Befähigung des Bewerbers, nicht aber die Bedarfslage sein. Bei einer Bedürfnis-

prüfung bestünde zudem die Gefahr, daß der zukünftige Bedarf falsch eingeschätzt würde. Der Entwurf räumt daher demjenigen, der die Voraussetzung des § 11 Absatz 3 Satz 1 und gegebenenfalls die weiteren in der Habilitationsordnung festgelegten, seine Befähigung und seinen wissenschaftlichen Werdegang betreffenden Anforderungen erfüllt, einen Anspruch auf Zulassung zur Habilitation ein. § 11 Absatz 3 Satz 4 bestimmt ergänzend, daß die Zulassung nicht von der Befürwortung durch einen „Habilitationsvater“ abhängig gemacht werden darf.

3. Nicht zuletzt mit Rücksicht auf den heute in vielen Fakultäten bestehenden erheblichen Mangel an Hochschullehrenachweis ist es erforderlich, das Habilitationsverfahren zu beschleunigen und die zum Teil allzu starre Formalisierung aufzulockern. Dies wird in erster Linie Sache der Fakultäten und Fachbereiche sein. Gewisse grundlegende Bestimmungen muß jedoch das Universitätsgesetz treffen.

In diesem Zusammenhang ist neben dem Fortfall der Bedürfnisprüfung und der Vorschrift des § 11 Absatz 3 Satz 4 (keine Abhängigkeit von einem „Habilitationsvater“) die Regelung des § 11 Absatz 4 Satz 1 zu nennen. Danach kann die Befähigung zu selbständiger Forschung nicht nur durch eine besondere Habilitationschrift, sondern auch durch eine oder mehrere frühere wissenschaftliche Veröffentlichungen oder (nicht publizierte) Leistungen oder durch eine hervorragende Dissertation nachgewiesen werden. Da es sich nach dem Gesetz nicht um Einzelveröffentlichungen oder -leistungen zu handeln braucht, können auch gemeinsam mit anderen durchgeführten Arbeiten in Betracht. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß wissenschaftliche Arbeit heute in einer Reihe von Fachrichtungen in steigendem Maße gemeinschaftlich geleistet wird.

Ferner sieht § 11 Absatz 5 im Interesse eines zügigen Ablaufs bestimmte Fristen für das Habilitationsverfahren vor.

Auf die Bestimmung des § 34 (Ausschuß für Habilitations- und Promotionsverfahren) wird verwiesen.

4. Die Habilitationsordnungen werden — auch bei einer Gliederung in Fachbereiche — von den Fakultäten erlassen (§ 41 Absatz 2). Für die Durchführung der einzelnen Habilitationsverfahren sind dagegen die Fachbereiche oder die nicht in Fachbereiche gegliederten Fakultäten verantwortlich (§§ 47 Absatz 4 Satz 2, 52 Absatz 1).

Zu § 12

Den für einen erfolgreichen akademischen Unterricht wichtigen Problemen der Hochschuldidaktik ist in der Vergangenheit nicht die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet worden. Gerade in der Massenuniversität ist es aber geboten, zu untersuchen, ob die bisherigen Methoden und Formen der Lehre den grundlegend gewandelten Verhältnissen noch gerecht werden und durch welche neuen Methoden und Formen sie erforderlichenfalls ersetzt werden müssen. In diesem Zusammenhang ist auch der pädagogischen und didaktischen Befähigung der Angehörigen des Lehrkörpers heute eine hohe Bedeutung beizumessen. § 9 Absatz 1 Satz 1 verlangt daher für alle Angehörigen des Lehrkörpers die für ihre jeweilige Aufgabe erforderliche Lehrbefähigung. Die Frage, in welcher Weise die Lehrbefähigung erworben und nachgewiesen werden kann, ist jedoch noch nicht ausdis-

kutiert. Die Universität wird sich diesem für den akademischen Unterricht bedeutsamen Problem in verstärktem Maße zuwenden müssen. § 12 erklärt es deshalb ausdrücklich zur Aufgabe der Universität, Grundsätze über Erwerb und Nachweis der akademischen Lehrbefähigung zu entwickeln und aufzustellen.

ZWEITER ABSCHNITT

Die Studenten

Zu §§ 13 bis 16

Die Voraussetzungen der Immatrikulation und Exmatrikulation sind für die Studenten bzw. Studienbewerber, aber auch für den Staat so bedeutsam, daß die entsprechenden Bestimmungen nicht dem Satzungsrecht der Universität überlassen, sondern im Universitätsgesetz selbst getroffen werden sollen (§§ 13 bis 15).

1. § 13 Absatz 2 schreibt — entsprechend der bisherigen Regelung — als Grundvoraussetzung für die Immatrikulation das Bestehen der Referprüfung an einem staatlichen oder staatlich anerkannten Gymnasium in der Bundesrepublik vor. Daneben gibt es eine Reihe weiterer Möglichkeiten zur Erlangung der Hochschulreife. Sie werden mit dem Begriff der gleichwertigen Vorbildung erfaßt. Erforderlich ist insoweit, falls nicht ausnahmsweise eine gesetzliche Regelung besteht (vgl. z. B. § 14 des Gesetzes über die Akademie für Wirtschaft und Politik vom 30. Oktober 1961 — Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 331), eine Anerkennung der Gleichwertigkeit seitens der zuständigen Behörde im Einzelfall oder allgemein für bestimmte Prüfungen. Dadurch werden die im Interesse einer möglichst einheitlichen Handhabung in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik notwendigen Vereinbarungen der Ständigen Konferenz der Kultusminister in die Praxis umgesetzt.

Für Bewerber mit fachgebundener Hochschulreife trifft § 13 Absatz 3 die erforderlichen einschränkenden Bestimmungen. Ein Fachstudium dürfen sie nur in den Fachrichtungen aufnehmen, auf die sich ihre Hochschulreife erstreckt. Einzelne Lehrveranstaltungen können sie auch in anderen Fachrichtungen besuchen.

2. § 14 regelt, unter welchen Voraussetzungen die Immatrikulation zu versagen ist (Absatz 1) bzw. nach pflichtgemäßem Ermessen versagt werden kann (Absatz 2). § 15 bestimmt die Tatbestände, bei denen ein Student zu exmatrikulieren ist (Absatz 1) bzw. nach pflichtgemäßem Ermessen exmatrikuliert werden kann (Absatz 2).

a) Eine gerichtliche Bestrafung eines Studenten bzw. Studienbewerbers bildet nach dem Entwurf weder ein Immatrikulationshindernis noch einen Exmatrikulationsgrund. Der Senat hält es mit Rücksicht darauf, daß ein Studium heute einer unter mehreren Ausbildungswegen ist und nicht mehr als besonderes Vorrecht betrachtet werden darf, nicht für gerechtfertigt, einen vorbestraften Studenten oder Studienbewerber vom Studium auszuschließen. Dies gilt umso mehr, als gerade das Studium der geeignete Weg für die Wiedereingliederung in die Gesellschaft sein kann. Demgegenüber greift auch der Hinweis nicht

durch, daß dem Vorbestraften eine ganze Reihe von Berufen, auf die das Studium vorbereiten soll, verschlossen sind. Denn es gibt in jeder Fachrichtung Berufe, die auch ein Vorbestrafter ergreifen kann. Im übrigen sollte ihm die Entscheidung, ob er ein Studium aufnehmen oder fortführen will, obwohl er weiß, daß ihm nicht mehr alle Berufe offenstehen, selbst überlassen bleiben.

- b) Von den Bestimmungen der §§ 14 und 15 ist § 15 Absatz 2 Nummer 2 hervorzuheben. Die von der Westdeutschen Rektorenkonferenz und dem Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen befürwortete, von vornherein auf eine bestimmte Zeit befristete Immatrikulation wird mit dieser Vorschrift nicht eingeführt. Dies erschiene im Hinblick auf die in manchen Fachrichtungen noch ungünstigen Studienbedingungen zumindest verfrüht. Von jedem Studenten muß jedoch im Hinblick auf die für jeden Studienplatz zur Verfügung gestellten erheblichen Mittel erwartet werden, daß er sein Studium ernsthaft betreibt. Fehlen ihm hierzu der Wille oder die erforderliche Befähigung, dehnt er insbesondere sein Studium unangemessen lange aus, so muß es zulässig sein, ihn auch gegen seinen Willen vom weiteren Studium auszuschließen. Im übrigen ist die Fassung des Entwurfs auch für Sonderfälle elastisch genug. Aus der Wendung „unangemessen lange Studienzeit“ geht hervor, daß auch ein sehr langes, über die durchschnittliche Studienzeit unter Umständen weit hinausgehendes Studium bei Vorliegen besonderer Gründe gerechtfertigt sein kann.

- c) Die Tatbestände des § 15 Absatz 1 Nummern 2 und 3 sowie Absatz 2 Nummern 3 und 4 sind in § 14 nicht als Immatrikulationshindernis angeführt. Dies ist — wie das folgende Beispiel zeigt — auch nicht erforderlich. Beantragt ein Bewerber, der zuvor seine Studiengebühren nicht entrichtet hat und aus diesem Grunde exmatrikuliert worden ist (§ 15 Absatz 2 Nummer 4), erneut die Immatrikulation, obwohl er immer noch nicht gezahlt hat, so könnte er, würde er immatrikuliert, sogleich auf Grund des § 15 Absatz 2 Nummer 4 wiederum exmatrikuliert werden. Könnte die Immatrikulation mithin sofort zurückgenommen werden, so darf sie — ohne daß es einer ausdrücklichen Regelung im Gesetz bedarf — nach allgemeinen Grundsätzen auch von vornherein verweigert werden. Dieselben Überlegungen gelten für § 15 Absatz 1 Nummern 2 und 3 sowie Absatz 2 Nummer 3.

3. Die Durchführung des Immatrikulations- und Exmatrikulationsverfahrens ist Aufgabe der Universität (vgl. § 2 Absatz 2 Nummer 5, § 16). Die Universität kann daher gemäß § 3 Absatz 2 die erforderlichen Verfahrensbestimmungen als Rechtsvorschriften (§ 70 Absatz 2 Nummer 1) erlassen. Die sachlichen Immatrikulations- und Exmatrikulationsvoraussetzungen sind hingegen abschließend im Universitätsgesetz geregelt.

Durch die Versagung der Immatrikulation und die Exmatrikulation wird der einzelne Student in seinen Rechten betroffen. Da es sich mithin nicht um Gruppenrechte handelt, ist es angemessen, daß über die Immatrikulation und Exmatrikulation in den Fällen der §§ 14 und 15 nicht durch ein Kollegialorgan, sondern durch einen vom Universitätspräsidenten zu erlassenden Verwaltungsakt entschieden wird

(§ 16). Der Verwaltungsakt kann nach den Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung durch Widerspruch — über den auch der Universitätspräsident zu entscheiden hat — und anschließend mit der Klage vor dem Verwaltungsgericht angefochten werden.

Zu § 17

1. Die Aufnahmefähigkeit der Universität ist durch die jeweils für die Lehre zur Verfügung stehenden Einrichtungen — z. B. Institute, Seminare, Bibliotheken — und durch die vorhandenen Lehrkräfte begrenzt. Dies wird in den experimentellen Fachrichtungen, in denen jeder Student auf einen festen Arbeitsplatz angewiesen ist, besonders deutlich, gilt jedoch auch für die anderen Fachrichtungen. Geraten die Zahl der Studenten einerseits und die vorhandenen Einrichtungen und/oder Lehrkräfte andererseits so sehr außer Verhältnis zueinander, daß ein ordnungsgemäßes Studium nicht mehr gewährleistet ist, muß es möglich sein, die Zulassung in der betreffenden Fachrichtung zu beschränken. Diesem Erfordernis trägt § 17 Rechnung.

Das in Artikel 12 Absatz 1 des Grundgesetzes verankerte Grundrecht der freien Wahl der Ausbildungsstätte steht der Anordnung von Zulassungsbeschränkungen nicht entgegen. Die der Universität übertragene Aufgabe der Ausbildung der Studenten ist von so hoher Bedeutung, daß eine Einschränkung des Rechts auf freie Wahl der Ausbildungsstätte durch Begrenzung der Zahl der zuzulassenden Studenten gerechtfertigt ist, wenn infolge Überfüllung ein ordnungsgemäßes Studium nicht mehr sichergestellt werden kann.

Nach § 17 Absatz 1 Satz 1 kann eine Zulassungsbeschränkung nicht generell, sondern jeweils nur für die Fachrichtungen angeordnet werden, für die sie sich als notwendig erweist. Sie darf nur solange aufrechterhalten bleiben, wie es im Interesse eines ordnungsgemäßen Studiums geboten ist.

Ob die Voraussetzungen des § 17 Absatz 1 Satz 1 gegeben sind, muß für jede Fachrichtung unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten geprüft werden. Welche Umstände dabei im einzelnen von Bedeutung sind und welches Gewicht ihnen beizumessen ist, wird von Fach zu Fach verschieden sein. Eine nähere Regelung im Universitätsgesetz ist daher nicht möglich, aber auch nicht erforderlich. Die vorgesehene Bestimmung zwingt ohnehin dazu, daß bei der Entscheidung über eine Zulassungsbeschränkung alle in Betracht kommenden Umstände gebührend berücksichtigt werden müssen.

2.

- a) Über die Anordnung von Zulassungsbeschränkungen beschließt im Regelfall der Akademische Senat (§ 17 Absatz 2 Satz 1). Da aber auch dem Staat an der Gewährleistung eines ordnungsgemäßen akademischen Unterrichts gelegen sein muß, räumt § 17 Absatz 2 Satz 2 der zuständigen Behörde das Recht ein, den Akademischen Senat um eine Prüfung der Frage zu ersuchen, ob nicht für eine bestimmte Fachrichtung eine Zulassungsbeschränkung eingeführt werden muß.

Die vom Akademischen Senat beschlossenen Zulassungsordnungen bedürfen als Rechtsvorschriften staatlicher Genehmigung (§ 70 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Nummer 2).

b) Da der Staat ein erhebliches Interesse daran hat, in welcher Weise gerade bei Zulassungsbeschränkungen die Zugangsvoraussetzungen gestaltet werden, und andererseits nicht auszuschließen ist, daß Staat und Universität sich z. B. über die Auswahlkriterien einmal nicht zu einigen vermögen, bestimmt § 17 Absatz 3 Satz 1, daß auch der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg durch Rechtsverordnung Zulassungsbeschränkungen anordnen und Bestimmungen über die Auswahl und die Zahl der zuzulassenden Bewerber erlassen kann. Diese Befugnis steht dem Senat nicht nur für den Fall zu, daß die Universität zuvor eine Regelung beschlossen hat, die nicht die Billigung der zuständigen Behörde gefunden hat. Der Senat kann vielmehr auch von sich aus, d. h. ohne daß ein Beschluß der Universität vorliegt, von dem in § 17 Absatz 3 Satz 1 vorgesehenen Recht Gebrauch machen. In jedem Fall ist aber dem Akademischen Senat vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben (§ 17 Absatz 3 Satz 2). Inhalt, Zweck und Ausmaß der Verordnungsmächtigung ergeben sich aus § 17 Absatz 1.

Zu § 18

§ 18 Absatz 1 stellt klar, daß die Studenten grundsätzlich berechtigt sind, Lehrveranstaltungen aller Fakultäten — also nicht nur in ihrer Fachrichtung oder in ihrer Fakultät — zu besuchen und im Rahmen der dafür erlassenen Ordnungen (vgl. §§ 25 Absatz 8 Satz 3, 56 Absatz 1 Satz 1) die Einrichtungen der Universität zu benutzen. Eine Ausnahme gilt für Fachrichtungen, in denen Zulassungsbeschränkungen bestehen (§ 17).

Ferner muß es den Fachbereichen bzw. den nicht in Fachbereiche gegliederten Fakultäten (vgl. § 52 Absatz 1) möglich sein, den Besuch einzelner Lehrveranstaltungen, soweit dies zu ihrer ordnungsgemäßen Durchführung geboten ist, entweder — etwa aus ähnlichen Gründen wie bei der Zulassungsbeschränkung für einzelne Fachrichtungen — zu begrenzen oder von bestimmten Voraussetzungen — z. B. dem erfolgreichen Besuch anderer Lehrveranstaltungen — abhängig zu machen (vgl. § 18 Absatz 2). Unter diese Bestimmungen fallen in aller Regel auch die privatistische angelegten Lehrveranstaltungen. In ihnen soll meistens ein bestimmtes Thema intensiv durchgearbeitet werden. Die ordnungsgemäße Durchführung hängt daher entscheidend von der Möglichkeit ab, die Zahl der Teilnehmer beschränken und sie nach ihrer Eignung auswählen zu können. § 18 Absatz 2 erlaubt auch die klinischen Lehrveranstaltungen der Medizinischen Fakultät, deren Besuch grundsätzlich auf Studenten der Medizinischen Fakultät beschränkt bleiben muß. Bestimmungen, die den Besuch einzelner Lehrveranstaltungen beschränken oder von bestimmten Voraussetzungen abhängig machen, sind Rechtsvorschriften. Sie sollen jedoch — abweichend von dem Grundsatz des § 70 Absatz 1 Satz 2 — aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung einer staatlichen Genehmigung nicht bedürfen (vgl. § 70 Absatz 1 Satz 2 Halbsatz 2). Da andererseits auch Zulassungsbeschränkungen für einzelne Lehrveranstaltungen von einschneidender Bedeutung für die Studenten sein können, muß dem Staat die Befugnis vorbehalten bleiben, aus Rechtsgründen oder Ermessensbegründungen die Aufhebung oder Änderung der Beschränkung oder der Zugangsvoraussetzungen zu verlangen (vgl. § 18 Absatz 2 Satz 2).

Zu § 19

Der Wissenschaftsrat hat in seinen Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen vorgeschlagen, zwischen die erste und die zweite (freiere) Phase des Studiums eine Zwischenprüfung zu legen. Sie soll nicht nur — letztlich im eigenen Interesse der Betroffenen — dazu dienen, frühzeitig die für das gewählte Fachstudium ungeeigneten Studenten auszuscheiden, sondern den Studenten auch Gelegenheit zu einer Selbstkontrolle geben. Zugleich soll sie durch die Leistungen, die in ihr verlangt werden, zu einem von Anfang an intensiven Studium zwingen und damit mittelbar die erste Phase des Studiums steuern.

Zwischenprüfungen sollten im Zuge der Verwirklichung der Studienreform aus den vom Wissenschaftsrat angeführten Gründen in möglichst vielen Fachrichtungen eingeführt werden. Die Zwischenprüfung kann die ihr zugedachten Aufgaben letztlich aber nur erfüllen, wenn vorgeschrieben wird, daß sie bis zu einem bestimmten, in den einzelnen Prüfungsordnungen jeweils genau festzusetzenden Zeitpunkt abgelegt werden muß und daß das Studium in derselben — oder auch in einer verwandten (z. B. Volkswirtschaftslehre/Betriebswirtschaftslehre) — Fachrichtung nicht fortgeführt werden darf, wenn die Zwischenprüfung bis zu dem vorgeschriebenen Zeitpunkt nicht abgelegt ist (vgl. § 19).

§ 19 stellt ausdrücklich klar, daß die vorstehende Regelung auch gilt, wenn keine Vor- oder Zwischenprüfung im eigentlichen Sinne vorgesehen, aber bestimmt ist, daß im einzelnen festgelegte Studienleistungen in einer bestimmten Zeit erbracht werden müssen.

Die näheren Bestimmungen — z. B. Anforderungen in der Zwischenprüfung, Wiederholungsmöglichkeiten — sind in Prüfungsordnungen für die einzelnen Fachrichtungen zu treffen. Diese müssen für Härtefälle die Möglichkeit von Ausnahmen vorsehen (§ 19 Satz 2 Halbsatz 2). Über diese Vorschrift können und sollten auch die Fälle geregelt werden, in denen die vorgesehenen Fristen nicht eingehalten werden konnten, weil das Lehrangebot unzureichend war. Eine besondere Bestimmung, daß die Fortführung des Fachstudiums bei nicht fristgerechtem Ablegen der Zwischenprüfung nur dann nicht zulässig ist, wenn das Lehrangebot ausreichend war, ist mithin entbehrlich.

Akademische Prüfungsordnungen bedürfen, auch wenn sie nur die Vor- oder Zwischenprüfung oder die in einer bestimmten Zeit zu erbringenden Studienleistungen regeln, als Rechtsvorschriften der staatlichen Genehmigung (§ 47 Absatz 3, § 70 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Nummer 8). Die Fachbereiche und die nicht in Fachbereiche gegliederten Fakultäten werden gehalten sein, die bereits bestehenden akademischen Prüfungsordnungen, die gemäß § 83 Absatz 3 zunächst in Kraft bleiben, entsprechend zu überarbeiten.

Zu § 20

§ 20 ergänzt die Vorschrift des § 19. Hat ein Student in zwei Fachrichtungen, für die die in § 19 vorgesehenen Regelungen erlassen sind, nacheinander die Zwischenprüfung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zeit abgelegt, so wäre er, falls er weiterstudieren will, gezwungen, die Fachrichtung zum zweiten Mal zu wechseln. In einem solchen Fall ist es

auf Grund des zweimaligen Versagens gerechtfertigt, den ersten Fachwechsel von einer besonderen Genehmigung abhängig zu machen. Aber auch ohne vorheriges Scheitern in einer Prüfung sollten ein zweiter und jeder weitere Fachwechsel nicht willkürlich, sondern nur in begründeten Fällen möglich sein. § 20 bestimmt daher, daß der zweite und jeder weitere Wechsel der Fachrichtung nur mit Genehmigung der Universität zulässig sind. Die nähere Regelung, insbesondere der Frage, unter welchen Voraussetzungen ein zweiter Fachwechsel zulässig sein soll, soll die Universität treffen. Diese Bestimmungen bedürfen als Rechtsvorschriften staatlicher Genehmigung (§ 70 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Nummer 3).

Zu § 21

§ 21 beruht auf der Überlegung, daß es sinnlos wäre, einem Studenten, dessen mangelnde Befähigung bereits in einer — nicht mehr wiederholbaren — Vor-, Zwischen- oder Abschlußprüfung festgestellt worden ist, die Fortführung des Studiums in derselben Fachrichtung zu gestatten. Eine Ausnahme läßt sich nur rechtfertigen, wenn ganz außergewöhnliche Umstände gegeben sind (vgl. § 21 Absatz 1 Satz 2). Die Fortführung des Studiums im Sinne des § 21 Absatz 1 Satz 1 liegt auch vor, wenn der Student beabsichtigt, sein gesamtes Fachstudium zu wiederholen; denn auch in diesem Falle studiert er nach wie vor in derselben Fachrichtung.

Zu § 22

1. Nach der für die Universität Hamburg zur Zeit geltenden Disziplinarordnung haben die Studenten sich in und außerhalb der Universität so zu verhalten, wie es ihre Zugehörigkeit zur akademischen Gemeinschaft erfordert; sie haben ferner die Anordnungen der akademischen Behörden zu befolgen.

Diese weite Fassung ermöglicht es, den Studenten auch in seiner privaten Sphäre besonderen moralischen und ethischen Pflichten zu unterwerfen. Dagegen bestehen jedoch verfassungsrechtliche Bedenken. Eine Einschränkung der Grundrechte der Studenten durch ein besonderes Disziplinarrecht läßt sich nur insoweit rechtfertigen, als die Disziplinarmaßnahmen dazu dienen, die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben der Universität zu gewährleisten.

Der Entwurf ersetzt daher das bisherige umfassende Disziplinarrecht durch ein neues studentisches Ordnungsrecht, das nur noch Störungen der Ordnung in der Universität und ihren Veranstaltungen, insbesondere Störungen der Wahrnehmung der Aufgaben der Universität erfafßt. Jedes andere Verhalten der Studenten, insbesondere in ihrer privaten Sphäre außerhalb der Universität, ist für dieses Ordnungsrecht ohne Belang.

2. Bei Störungen der Ordnung in dem oben bezeichneten Sinne können Ordnungsmaßnahmen getroffen werden. Es besteht also keine Verpflichtung, bei Vorliegen eines Verstoßes ein Ordnungsverfahren einzuleiten. Vielmehr ist es über nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden. Dies findet seinen Grund darin, daß bei der Frage, in welcher Weise die Ordnung in der Universität aufrechtzuerhalten ist, in erster Linie Zweckmäßigkeitsentscheidungen maßgebend sind.

Die einzelnen Ordnungsmaßnahmen sind wegen ihrer Bedeutung im Universitätsgesetz selbst aufgeführt (§ 22 Absatz 2).

3. Dem in § 22 Absatz 3 vorgesehenen Ordnungsausschuß gehören grundsätzlich ein Berufsrichter, ein Angehöriger des Lehrkörpers und ein Student an. Um zu verhindern, daß durch eine Nichtbeteiligung eines der beiden zuletzt genannten Mitglieder das Ordnungsverfahren lahmeigelt wird, bestimmt § 22 Absatz 3, daß gegebenenfalls weitere Berufsrichter an deren Stelle treten.

4. § 22 Absatz 4 regelt die Konkurrenz mit Maßnahmen, die der Universitätspräsident oder ein von ihm Beauftragter bei Störungen der Ordnung auf Grund des Hausrechts oder der Ordnungsgewalt (vgl. § 25 Absatz 8 Sätze 1 und 2) getroffen haben.

5. Die vom Akademischen Senat zur Regelung des Ordnungsverfahrens zu erlassenden Bestimmungen (§ 22 Absatz 5) bedürfen als Rechtsvorschriften staatlicher Genehmigung (§ 70 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Nummer 4). Aus der in § 87 vorgesehenen Ergänzung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (vgl. dort § 6 Absatz 2 Nummer 5) ergibt sich, daß ein Vorverfahren (Widerspruchsverfahren) gemäß § 68 der Verwaltungsgerichtsordnung nicht stattfindet. Gegen Entscheidungen des Ordnungsausschusses kann mithin unmittelbar das Verwaltungsgericht angerufen werden.

DRITTER ABSCHNITT

Gasthörer

Zu § 23

Auf Grund des § 23 hat der Akademische Senat in einer Ordnung, die als Rechtsvorschrift der staatlichen Genehmigung bedarf (§ 70 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Nummer 5), die Voraussetzungen festzulegen, unter denen Gasthörer eingeschrieben werden und an der Benutzung der Einrichtungen der Universität teilnehmen können. Welche Rechte den Gasthörern innerhalb der Studentenschaft, der sie ebenso wie der Universität (vgl. § 6 Absatz 1 Satz 3) nicht als Mitglieder angehören, eingeräumt werden sollen (z. B. Wahlrecht zu den Organen der Studentenschaft), ist in der Satzung der Studentenschaft zu regeln (§ 64 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4).

DRITTER TEIL

Aufbau und Organisation der Universität

ERSTER ABSCHNITT

Organe der Universität

Erster Unterabschnitt

Universitätspräsident

Zu § 25

Der Entwurf sieht für die Universität — nach einer Übergangszeit (vgl. § 78) — die Präsidialverfassung vor.

1. Der Universitätspräsident steht an der Spitze der Universität. Er leitet sie zusammen mit dem Akademischen Senat

(§ 29 Absatz 1 Satz 1). Er ist in umfassendem Sinne zur Vertretung der Universität berufen (§ 25 Absatz 1 Satz 1). Auf die Notwendigkeit, an die Spitze der zu einem komplizierten Großorganismus gewordenen Universität einen hauptamtlichen Universitätspräsidenten zu stellen, ist bereits im Allgemeinen Teil der Begründung hingewiesen worden (vgl. dort IV 2).

2. § 25 umschreibt die Aufgaben des Universitätspräsidenten und die ihm im Interesse der Erfüllung dieser Aufgaben zustehenden Rechte.

Die Bedeutung einer gegenseitigen Abstimmung und der Zusammenarbeit aller Glieder der Universität ist schon im Allgemeinen Teil der Begründung hervorgehoben worden. § 25 Absatz 1 Satz 2 verpflichtet auch den Universitätspräsidenten, in dieser Richtung tätig zu werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Universitätspräsidenten nennt § 25 Absatz 1 Satz 3. Der Universitätspräsident fördert — insbesondere auch durch eigene Anregungen und Vorschläge — die Planung in der Universität und sorgt für eine Koordinierung der Teilplanungen der Fakultäten, Fachbereiche und wissenschaftlichen Einrichtungen.

Der ordnungsgemäße Ablauf der Akademischen Selbstverwaltung ist für die Erfüllung der Aufgaben der Universität in Forschung und Lehre, Ausbildung und Fortbildung von ausschlaggebender Bedeutung. Aus diesem Grunde macht § 25 Absatz 4 den Universitätspräsidenten für das Funktionieren der gesamten Akademischen Selbstverwaltung — auf allen Ebenen der Universität, nicht nur auf der des Akademischen Senats — verantwortlich. Er kann erforderlichenfalls statt der an sich zuständigen Stelle der Universität die notwendigen Maßnahmen treffen.

§ 25 Absatz 8 Satz 1 überträgt dem Universitätspräsidenten die Ausübung des Hausrechts und der Ordnungsgewalt in der Universität als Auftragsangelegenheit. Die Aufrechterhaltung der Ordnung in ihrem Bereich soll in erster Linie der Universität überlassen bleiben. Da Störungen der Ordnung in der Universität und die zu treffenden Maßnahmen aber zugleich staatliche Belange berühren können, müssen dem Staat entsprechende Einwirkungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Aus diesem Grunde übt der Universitätspräsident das Hausrecht und die Ordnungsgewalt als Auftragsangelegenheiten (§ 4 Absatz 2) aus. Der Universitätspräsident kann mit der Wahrnehmung dieser Befugnisse für bestimmte Bereiche oder für bestimmte Fälle andere Universitätsangehörige (§ 6 Absatz 2) beauftragen (§ 25 Absatz 8 Satz 2). In Betracht kommen vor allem für die Institute, Seminare und Kliniken deren geschäftsführenden Direktoren und für die Lehrveranstaltungen die jeweiligen Dozenten.

§ 25 Absatz 8 Satz 3 ermächtigt den Universitätspräsidenten, im Rahmen des Hausrechts Regelungen für die Benutzung der der Universität zur Verfügung gestellten Liegenschaften und Einrichtungen zu treffen. Dieses Recht umfaßt einmal den Erlaß von Vorschriften für die Benutzung durch Mitglieder der Universität, insbesondere im Rahmen des Lehr- und Forschungsbetriebs. Darüber hinaus soll aber, soweit keine staatlichen Regelungen bestehen (vgl. § 4 Absatz 2 Satz 2), der Universitätspräsident auch die Befugnis haben, allgemeine Bestimmungen über die Überlassung der Räume und Einrichtungen an Dritte festzulegen. Für die In-

stitute, Seminare und Kliniken sieht § 56 Absatz 1 Satz 1 eine Sonderregelung vor. Ihre Benutzung im Rahmen des Lehr- und Forschungsbetriebs — nicht dagegen ihre anderweitige Benutzung, vor allem durch Dritte — soll, um den unterschiedlichen Gegebenheiten Rechnung tragen zu können, durch Benutzungsordnungen der einzelnen wissenschaftlichen Einrichtungen geregelt werden.

Zu § 26

1. Für das Amt des Universitätspräsidenten kommen im Hinblick auf die ihm obliegenden Leitungs-, Planungs- und Verwaltungsaufgaben auch entsprechend qualifizierte Persönlichkeiten aus Bereichen außerhalb der Universität in Betracht. Der Universitätspräsident braucht daher nach dem Entwurf nicht Hochschullehrer zu sein.

2. Der Universitätspräsident kann die ihm übertragenen Aufgaben wirksam nur erfüllen, wenn er — anders als bisher der Rektor — hauptamtlich tätig ist. Gehalt und Versorgung des Universitätspräsidenten sollen, um qualifizierte Persönlichkeiten gewinnen zu können, durch Sonderdienstvertrag geregelt werden. Ist der Universitätspräsident Beamter der Freien und Hansestadt Hamburg, so kann er für die Dauer der Wahrnehmung des Amtes des Universitätspräsidenten aus dem Beamtenverhältnis ohne Dienstbezüge beurlaubt werden. Auf diese Weise wird es ihm ermöglicht, nach dem Ausscheiden aus dem Amt des Universitätspräsidenten seine frühere Tätigkeit als Bediensteter Hamburgs — z. B. als Professor der Universität — wieder aufzunehmen.

3. Der Universitätspräsident bedarf des gemeinsamen Vertrauens von Universität und Staat. Er wird daher vom Staat im Einvernehmen mit der Universität bestellt (vgl. § 26 Absatz 1 Satz 1). In der Universität entscheidet mit Rücksicht darauf, daß die Vertrauensbasis möglichst breit sein sollte, der Große Senat; dem Akademischen Senat ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Es kann nicht von vornherein ausgeschlossen werden, daß sich Universität und Staat einmal nicht zu einigen vermögen. Andererseits darf die Universität angesichts der Bedeutung des Amtes nicht längere Zeit ohne Präsidenten bleiben. Aus diesem Grunde sieht § 26 Absatz 1 Satz 2 vor, daß der Universitätspräsident, falls neun Monate nach dem Freiwerden des Amtes kein Einvernehmen hergestellt ist, auch ohne Zustimmung des Großen Senats bestellt werden kann.

4. Die dem Universitätspräsidenten obliegenden Aufgaben verlangen eine hinreichende Kontinuität der Amtsführung. Der Entwurf schreibt eine regelmäßige Amtszeit von neun Jahren vor. Um jedoch besonderen Gegebenheiten im Einzelfall Rechnung tragen zu können, soll es möglich sein, bei der Bestellung auch eine andere Amtszeit zwischen sechs und zwölf Jahren festzusetzen (§ 26 Absatz 2 Sätze 1 und 2).

5. Die besondere Stellung des Universitätspräsidenten fordert es nach Auffassung des Senats, die Möglichkeit einer vorzeitigen Abberufung zu eröffnen. Zur Sicherung der nötigen Unabhängigkeit des Universitätspräsidenten bedarf allerdings auch die Abberufung des Einvernehmens zwischen Universität und Staat; für den Beschluß des Großen Senats ist zudem eine qualifizierte Mehrheit (zwei Drittel der Mitglieder) erforderlich (§ 26 Absatz 3).

Zu § 27

Der Vizepräsident soll den Universitätspräsidenten nicht nur bei dessen Verhinderung vertreten, sondern ihn bei der Wahrnehmung seiner Amtsaufgaben unterstützen (§ 27 Absatz 1). Der Vizepräsident ist zugleich Vorsitzender des Großen Senats (§ 27 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1).

Der Vizepräsident soll aus dem Kreise der ordentlichen Professoren kommen (§ 27 Absatz 2 Satz 1). Seine Amtszeit sollte nicht allzu kurz sein. Der Senat hält zwei Jahre für angemessen (§ 27 Absatz 2 Satz 2). Diese Zeit ist auch einem ordentlichen Professor zumutbar.

Zu § 28

1. Die laufenden Verwaltungsangelegenheiten werden, um den Universitätspräsidenten hiervon möglichst weitgehend zu entlasten, vom Syndikus — gegebenenfalls nach den Weisungen des Universitätspräsidenten — erledigt (§ 28 Absatz 1 Satz 1). Der Syndikus unterstützt ferner den Akademischen und den Großen Senat bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, beispielsweise durch die verwaltungsmäßige Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse (§ 28 Absatz 1 Satz 3). Um die Kenntnisse und Erfahrungen des Syndikus auch für die Beratungen des Akademischen Senats, des Ausschusses für die vorlesungsfreie Zeit (§ 32), des Ausschusses für Haushalts- und Planungsangelegenheiten (§ 33) und des Großen Senats nutzbar zu machen, ist er verpflichtet, an den Sitzungen dieser Gremien mit beratender Stimme teilzunehmen (§ 28 Absatz 1 Satz 4).

2. Der Syndikus wird, da er Bediensteter Hamburgs ist, vom Staat bestellt. Da er jedoch das Vertrauen der Universität besitzen muß, kann er nur mit Zustimmung des Akademischen Senats bestellt werden (§ 28 Absatz 2 Satz 1).

Der Syndikus muß in der Lage sein, die Rechtsangelegenheiten der Universität zu bearbeiten. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, daß er die Befähigung zum Richteramt hat (§ 28 Absatz 2 Satz 2).

Zweiter Unterabschnitt

Akademischer Senat

Zu § 29

§ 29 behandelt die Aufgaben und Befugnisse des Akademischen Senats. Er ist das zentrale Beschlussgremium der Universität.

1. Die Entscheidungs- und Einwirkungsbefugnisse des Akademischen Senats sind für die Gesamtentwicklung der Universität von ausschlaggebender Bedeutung. Die Notwendigkeit der Koordination innerhalb der Universität ist bereits im Allgemeinen Teil der Begründung unterstrichen worden. Soll ein die Leistungsfähigkeit der Universität gefährdendes Auseinanderfallen in eine Vielzahl kleiner, sich beziehungslos nebeneinander entwickelnder Teile vermieden werden, muß der Akademische Senat in der Lage sein, für den akademischen Bereich einen systematischen, an den Bedürfnissen der Gesamtuniversität ausgerichteten Ausbau zu planen und die Interessen der Teilbereiche je nach Gewicht und Dringlichkeit in diese Gesamtkonzeption einzuordnen.

2. Der Entwurf trägt diesem Erfordernis Rechnung. Er erklärt den Akademischen Senat — zusammen mit dem Universitätspräsidenten — zum leitenden Organ der Universität (§ 29 Absatz 1 Satz 1). § 29 Absatz 1 Satz 2 überträgt dem Akademischen Senat ausdrücklich die Verantwortung für die Erfüllung der Aufgaben der ganzen Universität. Dies bedeutet nicht, daß er die fachlichen Aufgaben in Forschung und Lehre, Ausbildung und Fortbildung selbst wahrnimmt. Das ist vielmehr Sache der Fakultäten, Fachbereiche und wissenschaftlichen Einrichtungen (vgl. § 39). Insoweit hat der Akademische Senat, da das Universitätsgesetz durch den § 39 eine von der Zuständigkeitsvermutung für den Akademischen Senat (vgl. § 29 Absatz 2 Satz 1) abweichende Bestimmung trifft, zunächst keine Entscheidungsbefugnisse. Der Akademische Senat ist jedoch aus den oben dargelegten Gründen, auch soweit es um die fachlichen Aufgaben der Universität geht, für alle übergeordneten Fragen zuständig; er entscheidet nach § 29 Absatz 2 Satz 2 in allen die gesamte Universität berührenden Angelegenheiten. Hierunter fallen etwa die bereits angesprochene Planung der künftigen Entwicklung der Universität im akademischen Bereich, die Vorbereitung wissenschaftspolitischer Stellungnahmen, Grundsätze für die Verwirklichung der Studienreform, die Bildung von Sonderforschungsbereichen und die Errichtung neuer wissenschaftlicher Einrichtungen. Ferner gehören in diesen Zusammenhang die Vorschläge für den Haushaltsvoranschlag; sie werden wegen ihrer Bedeutung für den weiteren systematischen Ausbau der Gesamtuniversität — zwar auf Grund von Vorschlägen der wissenschaftlichen Einrichtungen, Fachbereiche und Fakultäten, aber ohne Bindung an sie — letztlich vom Akademischen Senat aufgestellt (vgl. § 59 Absätze 1 bis 3).

Ergänzend bestimmt § 29 Absatz 2 Satz 3, daß der Akademische Senat, soweit dies erforderlich ist, die Tätigkeiten der Fakultäten koordiniert. Um dem Akademischen Senat die Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe zu ermöglichen, ist ihm die Befugnis eingeräumt, Beschlüsse und Maßnahmen der Fakultäten aufzuheben und durch eigene Beschlüsse oder Maßnahmen zu ersetzen (§ 29 Absatz 2 Satz 4).

Schließlich sieht der Entwurf an verschiedenen Stellen vor, daß der Akademische Senat vor Entscheidungen staatlicher Stellen, die für die Gesamtuniversität bedeutsam sind, zu hören ist oder Stellung zu nehmen hat (vgl. z. B. § 9 Absatz 3 Satz 4, § 17 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 Satz 2, § 41 Absatz 2 Satz 2, § 47 Absatz 3 Satz 2, § 53 Absatz 2 Satz 2).

Zu § 30

1. Die Zusammensetzung des Akademischen Senats ist bereits im Allgemeinen Teil der Begründung behandelt worden (vgl. dort IV 3 b).

Aus der Formulierung in § 30 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 „vier ordentliche und außerordentliche Professoren“ ergibt sich, daß sich unter den insgesamt vier Vertretern dieser Gruppe mindestens ein ordentlicher, andererseits aber auch mindestens ein außerordentlicher Professor befinden muß.

2. § 30 Absatz 2 sieht für die Mitglieder des Akademischen Senats zur Sicherung einer hinreichenden Kontinuität eine Amtszeit von zwei Jahren vor. Die Amtszeit der Vertreter der Studenten ist in ihrem eigenen Interesse auf ein

Jahr beschränkt. Eine — auch mehrfache — Wiederwahl ist zulässig (§ 58 Absatz 2 Satz 2).

3. Der Entwurf sieht davon ab, die Vertreter des sog. Mittelbaus, der Wissenschaftlichen Assistenten und der Studenten von der Behandlung bestimmter Angelegenheiten in den Kollegialorganen der Universität auszuschließen. Ein solcher Ausschluss ist nach Auffassung des Senats nicht gerechtfertigt. Vielmehr sollten die Vertreter der genannten Gruppen Gelegenheit erhalten, sich zu allen Fragen nicht nur zu äußern, sondern ihre Auffassung auch durch Teilnahme an der Abstimmung zur Geltung zu bringen und auf diese Weise zu der Willensbildung des betreffenden Gremiums beizutragen.

Zu § 31

Die Einsetzung von Senatsausschüssen und Senatsbeauftragten, die entweder zur Entlastung des Akademischen Senats an dessen Stelle tätig werden (vgl. § 31 Absatz 2 Satz 2) oder die Beratungen und Entscheidungen des Akademischen Senats vorbereiten, kann wesentlich zu einer zügigen und sachgemäßen Erledigung der Aufgaben der Akademischen Selbstverwaltung beitragen. Dies gilt nicht zuletzt deswegen, weil die Mitglieder der Ausschüsse und die Senatsbeauftragten, die in aller Regel nicht zugleich dem Akademischen Senat angehören müssen (vgl. § 31 Absatz 4 Satz 2; Ausnahme: § 32 Absatz 3), über längere Zeit amtierten und sich auf diese Weise für den (zumeist begrenzten) Aufgabenkreis einen besonders hohen Sachverstand erwerben können.

§ 31 Absatz 1 schreibt demgemäß vier besonders wichtige Ausschüsse zwingend vor (vgl. §§ 32 bis 35) und die Begründung zu diesen Bestimmungen). § 31 Absatz 2 Satz 1 läßt die Einsetzung weiterer Ausschüsse und die Bestellung von Senatsbeauftragten zu.

Die Zusammensetzung der weiteren Ausschüsse wird sich an den jeweiligen Aufgaben ausrichten und kann somit sehr unterschiedlich sein. Sie kann daher nicht im einzelnen durch das Universitätsgesetz geregelt werden. Die Vorschriften des § 31 Absatz 3 gewährleisten den notwendigen Minderheiten-schutz.

Zu § 32

Der Akademische Senat tritt gegenwärtig, von äußerst seltenen Ausnahmen abgesehen, in der vorlesungsfreien Zeit nicht zusammen. Die Akademische Selbstverwaltung ist mithin, jedenfalls soweit es sich um über die laufende Verwaltung hinausgehende Angelegenheiten handelt, fünf Monate im Jahr praktisch nicht handlungsfähig. Dieser Zustand ist unerfreulich. Zumindest für dringende Fälle muß Abhilfe geschaffen werden. Da es immer auf Schwierigkeiten stoßen wird, den gesamten Akademischen Senat in der vorlesungsfreien Zeit zusammenzutreten zu lassen, bestimmt § 32 Absatz 1, daß die Aufgaben des Akademischen Senats in dieser Zeit von einem Sechser-Ausschuss wahrgenommen werden.

Die Zusammensetzung des Ausschusses entspricht in dem Verhältnis der einzelnen Gruppen zueinander der des Akademischen Senats (vgl. § 32 Absatz 2). Für den Ausschuss sind, wie sich aus dem Wortlaut des § 32 Absatz 2 ergibt, keine festen Mitglieder vorgeschrieben. Dies muß in Kauf genommen werden, da die vorlesungsfreie Zeit vielfach für Forschungsreisen, Kongreßbesuche, Exkursionen u. a.

benutzt wird, feste Mitglieder also ohnehin häufig verhindert wären. § 32 Absatz 2 schließt andererseits nicht aus, daß die einzelnen Gruppen für die Teilnahme an den Sitzungen des Ausschusses eine feste Reihenfolge bestimmen.

Da der Ausschuss anstelle des Akademischen Senats tätig wird, bestimmt § 32 Absatz 3, daß die Sitzungsteilnehmer Mitglieder oder Stellvertreter von Mitgliedern des Akademischen Senats sein müssen.

Zu § 33

Haushalts- und Planungsangelegenheiten gehören zu den wichtigsten Aufgaben des Akademischen Senats. Die Bedeutung und die Schwierigkeit dieser Angelegenheiten verlangen, daß die Beratungen und Entscheidungen des Akademischen Senats von einem möglichst kleinen Ausschuss, dessen Mitglieder über längere Zeit amtierten sollten, gründlich vorbereitet werden (vgl. § 33 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2). Außerdem soll der Sachverstand dieses Ausschusses bei der Verteilung der für globale Zwecke bewilligten Haushaltsmittel genutzt werden; er wirkt bei der Verteilung dieser Mittel durch die zuständige Behörde beratend mit (§§ 33 Absatz 1 Satz 2, 59 Absatz 4).

Zu § 34

Der Ausschuss für Habilitations- und Promotionsverfahren soll einen zügigen und sachgemäßen Ablauf dieser Verfahren gewährleisten. Der Ausschuss ist auf eine Nachprüfung des Verfahrensanges beschränkt (vgl. § 34 Absatz 1 Satz 1 und 2). Befugnisse zu Entscheidungen in der Sache sind ihm nicht eingeräumt. Hierzu wäre der Ausschuss auch nicht in der Lage, da ihm in aller Regel der erforderliche Sachverstand fehlen würde. Der Ausschuss kann jedoch von sich aus die Maßnahmen treffen, die zur Sicherung eines zeit- und sachgerechten Ablaufs des Verfahrens erforderlich sind (§ 34 Absatz 1 Satz 3).

Die Verfahrensweise des Ausschusses und seine Befugnisse im einzelnen sollen in der Satzung der Universität geregelt werden (§ 34 Absatz 3).

Zu § 35

Mit dem Ausschuss für Studienangelegenheiten soll in der Universität eine Instanz geschaffen werden, die von den Mitgliedern der Universität, insbesondere also auch von den Studenten, in allen Angelegenheiten des Studiums und der Lehre angerufen werden kann (vgl. § 35 Absatz 1). Die Tätigkeit des Ausschusses soll dazu beitragen, vor allem Studenten das bei ihnen — zu Recht oder zu Unrecht — entstandene Gefühl zu nehmen, mit ihren Anliegen bei der zuständigen Stelle der Universität kein Gehör zu finden oder in anderer Weise ungerecht behandelt worden zu sein.

Dem Ausschuss sind keine Entscheidungsrechte übertragen (vgl. § 35 Absatz 2). Es kann jedoch erwartet werden, daß eine sachlich fundierte Stellungnahme des Ausschusses mit einer entsprechenden Empfehlung bei den Beteiligten Beachtung findet.

Die nähere Regelung des Verfahrens und der Befugnisse des Ausschusses bei der Überprüfung der an ihn herangeträgten Angelegenheiten bleibt der Satzung der Universität überlassen (§ 35 Absatz 4).

Dritter Unterabschnitt

Großer Senat

Zu § 36

1. Der Beschluß über die Satzung der Universität und deren Änderungen ist wegen der grundlegenden Bedeutung dem Großen Senat übertragen (§ 36 Absatz 1 Satz 1). Der Große Senat wirkt ferner bei der Bestellung und Abberufung des Universitätspräsidenten mit (§ 26), wählt den Vizepräsidenten (§ 27 Absatz 2 Satz 2) und nimmt den Jahresbericht des Universitätspräsidenten entgegen (§ 36 Absatz 1 Satz 2).

2. In der Universität sollte ein Gremium geschaffen werden, in dem Gelegenheit zu einer Aussprache im möglichst großen Kreise über alle zum Aufgabenbereich der Universität gehörenden Angelegenheiten einschließlich der von anderen Stellen der Universität getroffenen Maßnahmen und Entscheidungen besteht. Das geeignete Gremium hierfür ist der Große Senat. § 36 Absatz 2 räumt ihm daher die Befugnis ein, die zu den Aufgaben der Universität gehörenden Angelegenheiten zu erörtern sowie andere Stellen der Universität um eine Stellungnahme zu einer bestimmten Angelegenheit oder um die Überprüfung einer getroffenen Entscheidung zu ersuchen. Entscheidungsrechte werden dem Großen Senat damit nicht übertragen. Die Ersuchen des Großen Senats an andere Stellen der Universität dürfen auch, wenn die Gefahr einer Lahmlegung der Akademischen Selbstverwaltung vermieden werden soll, keine aufschiebende Wirkung haben (vgl. § 36 Absatz 2 Satz 3).

Zu § 37

Die Zusammensetzung des Großen Senats ist bereits im Allgemeinen Teil der Begründung behandelt worden (vgl. dort IV 3 c).

Vorsitzender des Großen Senats ist der Vizepräsident (§ 37 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1). Eine Übertragung des Vorsitzes auf den Universitätspräsidenten erscheint nicht tunlich, da gerade die von ihm getroffenen Maßnahmen und Entscheidungen im Großen Senat zur Diskussion gestellt werden können.

Zu § 38

§ 38 enthält Verfahrensvorschriften für den Großen Senat.

Wenn er seiner Funktion als Ausspruchsgremium gerecht werden soll, muß er verhältnismäßig kleinen Minderheit das Recht zugestanden werden, eine Angelegenheit der in § 36 Absatz 2 bezeichneten Art auf die Tagesordnung zu bringen. § 38 Absatz 2 Satz 1 sieht hierfür drei Viertel der Vertreter einer der in § 37 Absatz 1 Satz 2 Nummern 2 bis 7 genannten Gruppen vor. Andererseits muß vermieden werden, daß eine allzu kleine Minderheit der Mitglieder den Großen Senat zwingt, laufend zur Erörterung von Angelegenheiten gemäß § 36 Absatz 2 zusammenzutreten. Der Große Senat ist daher mindestens einmal im Semester einzuberufen; für die Einberufung weiterer Sitzungen ist jedoch — abgesehen von einem Ersuchen des Universitätspräsidenten oder des Akademischen Senats — ein Antrag von mindestens 30 Mitgliedern des Großen Senats erforderlich (§ 38 Absatz 1).

Durch die Beratung von Fragen der in § 36 Absatz 2 bezeichneten Art darf die Erledigung von Angelegenheiten, über die der Große Senat nach § 36 Absatz 1 zu entscheiden hat, nicht verzögert werden. Aus diesem Grunde werden Angelegenheiten gemäß § 36 Absatz 2 erst erörtert, wenn die anderen auf der Tagesordnung stehenden Punkte behandelt sind (§ 38 Absatz 2 Satz 2).

ZWEITER ABSCHNITT

Fakultäten, Fachbereiche, wissenschaftliche Einrichtungen

Zu § 39

§ 39 überträgt die Erfüllung der fachlichen Aufgaben der Universität in Forschung und Lehre, Ausbildung und Fortbildung den Fakultäten, Fachbereichen und wissenschaftlichen Einrichtungen (Instituten, Seminaren, Kliniken). Die Abgrenzung der Aufgaben zwischen den genannten Institutionen ergibt sich aus den folgenden Bestimmungen.

Erster Unterabschnitt

Fakultäten und Fachbereiche

Zu § 40

1. Der Entwurf hält an der Gliederung der Universität in die bestehenden sechs Fakultäten fest. Er sieht jedoch darüber hinaus vor, daß die Fakultäten in Fachbereiche zu gliedern sind, wenn dies zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben der Universität zweckmäßig ist (§ 40). Bis zu einer Regelung auf Grund des § 40 werden die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche, die Philosophische und die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät durch die Übergangsbestimmung des § 77 in die dort genannten Fachbereiche gegliedert (vgl. die Begründung zu dieser Vorschrift).

Die für die Untergliederung der herkömmlichen Fakultäten in Fachbereiche maßgebenden Gründe sind bereits im Allgemeinen Teil der Begründung dargelegt worden (vgl. dort IV 1).

Der Senat hält es für nötig, daß die Fakultäten auch bei einer Gliederung in Fachbereiche als übergeordnete Einheiten bestehen bleiben (siehe dazu im einzelnen die Erläuterungen im Allgemeinen Teil der Begründung unter IV 1).

2. Die Entscheidung über die Gliederung einer Fakultät in Fachbereiche ist zunächst der Universität überlassen. Innerhalb der Universität entscheidet mit Rücksicht auf die Bedeutung einer solchen Untergliederung für die Gesamtuniversität der Akademische Senat (§ 40 Absatz 2 Satz 2). Der Beschluß bedarf staatlicher Genehmigung (§ 40 Absatz 2 Satz 3).

Die Gliederung einer Fakultät in Fachbereiche ist für die Leistungsfähigkeit der Universität unter Umständen von entscheidender Bedeutung. Damit sind zugleich wesentliche staatliche Belange berührt, § 40 Absatz 2 Satz 4 räumt daher auch der zuständigen Behörde die Befugnis ein, nach Anhörung des Akademischen Senats und der betroffenen Fakultät Fachbereiche zu bilden.

1. Fakultäten

Zu § 41

§ 41 regelt die Aufgaben der in Fachbereiche gegliederten Fakultäten. Sind in einer Fakultät keine Fachbereiche gebildet, so nimmt die Fakultät zusätzlich die sonst dem Fachbereich obliegenden Aufgaben wahr (§ 52 Absatz 1).

1. Für die Forschung und die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie für die Vollständigkeit und Ordnung des akademischen Unterrichts sind in erster Linie die Fachbereiche verantwortlich (vgl. § 47 Absatz 1 und 5). Daneben muß die Verantwortung für diese Aufgaben auch den Fakultäten als den den Fachbereichen übergeordneten Einheiten übertragen werden (vgl. § 41 Absatz 1 Satz 1). Dies bedeutet nicht, daß die Fakultäten diese Aufgaben selbst wahrzunehmen hätten. Das ist vielmehr Sache der Fachbereiche und wissenschaftlichen Einrichtungen. Die Fakultäten sollen jedoch neben den Fachbereichen auf die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben achten und notfalls auf sie hinwirken.

2. Für Habilitation und Promotion sollten, da sie dem Nachweis der wissenschaftlichen Befähigung auf einer breiteren Grundlage dienen, einheitliche Anforderungen für die in der Fakultät zusammengeschlossene Gruppe verwandter Fächer gelten. § 41 Absatz 2 sieht demgemäß vor, daß die Habilitations- und Promotionsordnungen von den Fakultäten beschlossen werden. Die Durchführung der einzelnen Habilitations- und Promotionsverfahren auf der Grundlage der einheitlichen Bestimmungen kann hingegen den Fachbereichen überlassen bleiben (vgl. § 47 Absatz 4).

Die für Habilitation und Promotion angestellten Erwägungen treffen für andere akademische Prüfungen nicht zu. Diese bilden den Abschluß eines bestimmten Fachstudiums, das in der Regel nur einem Fachbereich zugeordnet ist. Die Ordnungen für diese Prüfungen können mithin von den Fachbereichen beschlossen werden (vgl. § 47 Absatz 3). Soweit der Studiengang ausnahmsweise in mehrere Fachbereiche hineinreicht, ist es Sache der Fakultät, erforderlichenfalls bei dem Erlaß der Prüfungsordnung koordinierend tätig zu werden.

3. Die Fakultäten sind — abgesehen von dem Erlaß der Habilitations- und Promotionsordnungen — im Verhältnis zu den Fachbereichen auf eine koordinierende Tätigkeit beschränkt (vgl. § 41 Absatz 3 Satz 1). Um die Fakultäten in die Lage zu versetzen, diese bedeutsame Aufgabe wirksam erfüllen zu können, räumt § 41 Absatz 3 Satz 2 ihnen die Befugnis ein, Beschlüsse und Maßnahmen der Fachbereiche aufzuheben und durch eigene Beschlüsse oder Maßnahmen zu ersetzen.

4. Im Interesse der vielfach gebotenen Zusammenarbeit über die Fakultätsgrenzen hinweg, insbesondere einer inter-fakultären Abstimmung der Lehr- und Forschungsprogramme, verpflichtet § 41 Absatz 1 Satz 2 die Fakultäten, in dieser Richtung tätig zu werden. Die Fakultätsräte sollen für Angelegenheiten, die mehrere Fakultäten betreffen, gemeinsame Ausschüsse einsetzen (§ 45 Absatz 2).

Zu § 42

§ 42 nennt die Organe der Fakultät: den Dekan und den Fakultätsrat. Sie sind für ihren Aufgabenbereich zugleich Organe der Universität.

Zu § 43

§ 43 regelt die Stellung des Dekans der in Fachbereiche gegliederten Fakultäten. Für den Dekan der nicht gegliederten Fakultäten gilt § 49 entsprechend (§ 52 Absatz 2).

Bei der Festlegung der Amtszeit des Dekans ist einerseits zu berücksichtigen, daß ein Hochschullehrer dieses Amt zusätzlich zu seinen Aufgaben in Forschung und Lehre übernimmt. Andererseits muß die Amtszeit eine hinreichende Kontinuität der Amtsführung gewährleisten. Der Entwurf sieht demgemäß eine Amtszeit von zwei Jahren mit der Möglichkeit der — auch mehrfachen — Wiederwahl vor (§§ 43 Absatz 2 Satz 1, 58 Absatz 2 Satz 2).

§ 43 Absatz 2 Satz 2 schließt es, um Interessenkollisionen zu vermeiden, aus, daß der Dekan zugleich Sprecher eines Fachbereichs ist.

Zu § 44

§ 44 bestimmt die Aufgaben und die Zusammensetzung des Fakultätsrats der in Fachbereiche gegliederten Fakultäten. Für den Fakultätsrat der nicht gegliederten Fakultäten gilt § 50 entsprechend (§ 52 Absatz 2).

Die Zusammensetzung des Fakultätsrats der in Fachbereiche gegliederten Fakultäten (vgl. § 44 Absatz 2) ist bereits im Allgemeinen Teil der Begründung näher erläutert worden (vgl. dort IV 3 a).

Zu § 45

Aus den in der Begründung zu § 31 (Senatsausschüsse und Senatsbeauftragte) dargelegten Gründen muß es auch dem Fakultätsrat möglich sein, Ausschüsse oder Fakultätsbeauftragte einzusetzen, die an seiner Stelle tätig werden (§ 45 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit § 31 Absatz 2 Satz 2) oder seine Beratungen und Entscheidungen vorbereiten.

Zu § 46

Die Durchführung der Studienreform ist nicht nur gegenwärtig eine der wichtigsten Aufgaben der Universität; sie wird auch auf lange Sicht ihre Bedeutung behalten. Der für die einzelnen Fachrichtungen wesentliche Lehr- und Prüfungsstoff, die Formen und Methoden des akademischen Unterrichts, die Gestaltung der Prüfungen — dies alles sind Fragen, die einer laufenden Überprüfung bedürfen. Der Entwurf sieht daher in jeder Fakultät die Bildung einer ständigen Kommission zur Beratung von Angelegenheiten der Studienreform vor (§ 46 Absatz 1 Satz 1). Der Kommission sind keine Entscheidungsbefugnisse eingeräumt. Sie kann jedoch Empfehlungen erarbeiten und ihre Vorschläge — etwa für die Änderung einer Prüfungsordnung — den jeweils zuständigen Stellen unterbreiten (§ 46 Absatz 1 Satz 2).

Die Kommission soll sich je zur Hälfte aus Angehörigen des Lehrkörpers und Studenten zusammensetzen (§ 46 Absatz 2). Die hohe Beteiligung der Studenten beruht auf der Überlegung, daß für die hier zu erörternden Fragen gerade die Studenten aus ihrer Sicht wertvolle Beiträge zu liefern vermögen.

2. Fachbereiche

Zu § 47

§ 47 regelt die Aufgaben der Fachbereiche. In den nicht in Fachbereiche gegliederten Fakultäten werden diese Aufgaben von den Fakultäten wahrgenommen (§ 52 Absatz 1).

1. § 47 enthält eine Reihe von Bestimmungen, die der Studienreform den Weg ebnen sollen. Die Verwirklichung der Studienreform hängt zwar sehr wesentlich von der Bereitstellung der erforderlichen Stellen, Räume und Sachmittel ab. Sie betrifft aber auch die Gestaltung des Studiums. Der Wissenschaftsrat hat hierzu in seinen Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen folgende Maßnahmen vorgeschlagen: eine intensive Studienberatung, die verstärkte Einrichtung von Lehrveranstaltungen in kleinen Gruppen zur Intensivierung des Studiums, die Aufstellung von Studienplänen, die Einführung von Zwischenprüfungen zur Kontrolle und Selbstkontrolle der Studenten, eine Konzentration des Lehrstoffes auf das Wesentliche unter gleichzeitiger Begrenzung der obligatorischen Lehrveranstaltungen und eine dieser exemplarischen Ausbildung entsprechende exemplarische Prüfung. Alle diese Maßnahmen sollen einer Straffung des heute in vielen Fachrichtungen überlangen und stofflich ausgefüllten Studiums dienen und damit eine Rückführung der Studiendauer auf ein vernünftiges Maß — in der Regel vier Jahre — ermöglichen. Die Durchführung der Studienreform in diesem Bereich der Gestaltung des Studiums ist in erster Linie Sache der Universität. Das Universitätsgesetz kann hier nur, muß andererseits aber auch Richtpunkte setzen. Die in diesem Zusammenhang bedeutsamen Bestimmungen des § 47 sind:

Nach Absatz 3 Satz 3 ist in den von den Fachbereichen zu erlassenden akademischen Prüfungsordnungen eine gestaffelte, auf das Wesentliche gerichtete Ausbildung vorzusehen. Gemäß Absatz 5 sorgen die Fachbereiche für die Vollständigkeit und Ordnung des akademischen Unterrichts entsprechend den Erfordernissen der geltenden Prüfungsordnungen; sie geben den Studenten Gelegenheit, innerhalb der vorgeschriebenen Studiendauer die für ihre Fachrichtung notwendigen Lehrveranstaltungen in sachgerechter Reihenfolge besuchen und ihr Studium abschließen zu können. Die Fachbereiche stellen ferner Studienpläne für die einzelnen Fachrichtungen auf und sorgen für eine regelmäßige Studienberatung (Absätze 6 und 7). Zur Straffung, Vertiefung und Ergänzung des Studiums sollen dafür geeignete Lehrveranstaltungen auch in der an sich vorlesungsfreien Zeit durchgeführt werden (Absatz 8 Satz 2).

2. Die Fachbereiche stellen in Erfüllung ihrer Verpflichtung, für einen vollständigen, den Erfordernissen der geltenden Prüfungsordnungen entsprechenden akademischen Unterricht zu sorgen, jeweils für ein Semester oder einen längeren Zeitraum den Plan der Lehrveranstaltungen auf. Sie können dabei erforderlichenfalls die Lehraufgaben auf die einzelnen Angehörigen des Lehrkörpers verteilen (§ 47 Absatz 8 Satz 1 und 3).

3. Die Durchführung der Forschung ist Sache der wissenschaftlichen Einrichtungen. Den Fachbereichen ist jedoch, um auf eine Zusammenarbeit der ihnen zugeordneten wissenschaftlichen Einrichtungen hinwirken zu können, die Befugnis eingeräumt, deren Forschungsprogramme erforderlichenfalls aufeinander abzustimmen (§ 47 Absatz 2).

Zu § 48

§ 48 nennt die Organe des Fachbereichs: den Sprecher des Fachbereichs und den Fachbereichsrat. Sie sind für ihren Aufgabenbereich zugleich Organe der Universität.

Zu § 49

§ 49 regelt die Stellung des Sprechers des Fachbereichs. Die Vorschrift gilt für den Dekan der nicht in Fachbereiche gegliederten Fakultäten entsprechend (§ 52 Absatz 2).

Hinsichtlich der Amtszeit des Sprechers des Fachbereichs (vgl. § 49 Absatz 2) wird auf die Begründung zu § 43 (Amtszeit des Dekans) verwiesen.

§ 49 Absatz 1 Satz 3 erklärt es im Interesse der Vollständigkeit des akademischen Unterrichts zur Aufgabe des Sprechers des Fachbereichs, erforderlichenfalls darauf hinzuwirken, daß die Angehörigen des Lehrkörpers die ihnen im Rahmen des Lehrplans (vgl. § 47 Absatz 8 Sätze 1 und 3) obliegenden Lehrverpflichtungen ordnungsgemäß erfüllen. Dies gilt für Prüfungsverpflichtungen entsprechend.

Zu § 50

§ 50 bestimmt die Aufgaben und die Zusammensetzung des Fachbereichsrats. Die Vorschrift gilt für den Fakultätsrat der nicht in Fachbereiche gegliederten Fakultäten entsprechend (§ 52 Absatz 2).

1. Die Zusammensetzung des Fachbereichsrats und des Fakultätsrats der nicht in Fachbereiche gegliederten Fakultäten ist bereits im Allgemeinen Teil der Begründung behandelt worden (vgl. dort IV 3 a).

Auf Grund der in § 50 Absatz 2 getroffenen Regelung ergibt sich folgende Sitzverteilung:

Ordentliche Professoren	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Andere Angehörige des Lehrkörpers	1	2	2	3	3	4	4	5	5	6
Assistenten	1	1	1	1	2	2	2	2	3	3
Studenten	1	1	2	2	2	3	3	3	3	3

2. In größeren Fachbereichen oder nicht in Fachbereiche gegliederten Fakultäten ist es infolge der Beschränkung der Zahl der Sitze für ordentliche Professoren auf höchstens zwölf (§ 50 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1) möglich, daß nicht alle Fächer durch ordentliche Professoren im Fachbereichs- bzw. Fakultätsrat vertreten sind. Um auch in solchen Fällen sachgemäße Entscheidungen des Fachbereichs- oder Fakultätsrats zu gewährleisten, bestimmt § 50 Absatz 4 Satz 1, daß zu der Behandlung von Fragen eines nicht durch einen ordentlichen Professor vertretenen Faches ein ordentlicher Professor dieses Faches mit beratender Stimme hinzugezogen wird.

3. Nach § 59 Absatz 2 Satz 1 werden die Vorschläge der wissenschaftlichen Einrichtungen für den Haushaltsvorschlag von dem nach der Zuordnung zuständigen Fachbereichs- oder Fakultätsrat erörtert; dieser kann die Vorschläge abändern. Den wissenschaftlichen Einrichtungen muß infolgedessen Gelegenheit gegeben werden, bei derartigen Beratungen im Fachbereichs- oder Fakultätsrat ihre Inter-

essen zu vertreten. § 50 Absatz 4 Satz 2 sieht daher vor, daß die geschäftsführenden Direktoren der dem Fachbereich bzw. der nicht untergeordneten Fakultät zugeordneten wissenschaftlichen Einrichtungen an der Erörterung von Haushaltsangelegenheiten im Fachbereichs- oder Fakultätsrat mit beratender Stimme teilnehmen, sofern die Belange ihrer wissenschaftlichen Einrichtung berührt sind.

Zu § 51

Die Ausführungen in der Begründung zu § 45 gelten entsprechend.

3. Fakultäten ohne Fachbereiche

Zu § 52

§ 52 trifft die — in den vorstehenden Erläuterungen bereits berücksichtigten — ergänzenden Bestimmungen für die nicht in Fachbereiche gegliederten Fakultäten.

Zweiter Unterabschnitt

Wissenschaftliche Einrichtungen

Zu § 53

1. Die Institute, Seminare und Kliniken (zusammenfassend als wissenschaftliche Einrichtungen bezeichnet) sind die Stätten der Universität, in denen die gesamte Forschung und ein wesentlicher Teil des akademischen Unterrichts durchgeführt werden (vgl. § 53 Absatz 1 Satz 1).

Die Kliniken und medizinischen Institute nehmen zugleich Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere der allgemeinen Krankenversorgung wahr, und zwar, da es sich dabei um staatliche Aufgaben handelt, als Auftragsangelegenheit (§ 53 Absatz 1 Satz 2). Durch die Wendung „... nehmen zugleich die ihnen übertragenen Aufgaben auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitsdienstes wahr“ und den Hinweis allein auf die Sätze 2 und 3 — also nicht auf Satz 1 — des § 4 Absatz 2 ist klargestellt, daß es für die Übertragung dieser Aufgaben nicht auf das Einverständnis der Universität ankommt. An das Erfordernis einer Zustimmung der Universität kann sich der Staat für diesen Bereich angesichts der hohen Aufwendungen für das Universitäts-Krankenhaus Eppendorf nicht binden.

2. Der Mittelbedarf der wissenschaftlichen Einrichtungen ist mit der fortschreitenden Spezialisierung und Differenzierung der Forschung und den steigenden Studentenzahlen stark angewachsen. Organisatorische Maßnahmen bei den Instituten, Seminaren und Kliniken haben infolgedessen in der Regel erhebliche finanzielle Auswirkungen. Der Staat muß sich daher deren Errichtung, Veränderung und Aufhebung selbst vorbehalten (§ 53 Absatz 2 Satz 1). Die Berücksichtigung der fachlichen Belange ist dadurch gewährleistet, daß die beteiligten Fachbereiche (bzw. nicht in Fachbereiche gegliederten Fakultäten) und — wegen der Bedeutung im Rahmen des systematischen Ausbaus der Gesamtuniversität — der Akademische Senat vorher zu hören sind. Diese Stellen der Universität können auch von sich aus Vorschläge für die Errichtung, Veränderung oder Aufhebung einer wissenschaftlichen Einrichtung unterbreiten (vgl. § 53 Absatz 2 Sätze 2 und 3).

3. Trotz der Errichtung der Institute, Seminare und Kliniken durch den Staat handelt es sich nicht etwa um besondere, neben der Universität stehende staatliche Einrichtungen. Wie bereits in der Begründung zu § 1 unter Ziffer 1 ausgeführt, werden Forschung und Lehre gerade in den Instituten, Seminaren und Kliniken betrieben. Die wissenschaftlichen Einrichtungen erhalten somit ihr Gepräge durch die der Universität in § 1 Absatz 2 übertragenen Aufgaben. Auf Grund dieser Gegebenheiten können die Institute, Seminare und Kliniken nicht als eigenständige staatliche Einrichtungen betrachtet werden; sie bilden vielmehr einen integrierenden Bestandteil der Universität. Soweit in ihnen nicht zu den akademischen Angelegenheiten gehörende Verwaltungsaufgaben wahrgenommen werden (z. B. Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln), handelt es sich um Auftragsangelegenheiten im Sinne des § 4 Absatz 2.

4. Einer zweckmäßigen Organisation der Institute, Seminare und Kliniken kommt für die Leistungsfähigkeit der Universität bei der Erfüllung ihrer Aufgaben entscheidende Bedeutung zu. In der Diskussion um die Hochschulreform wird immer wieder gefordert, in verstärktem Maße das Departementsystem einzuführen, d. h. eine Gruppe von Lehrstühlen gleicher oder verwandter Fachrichtungen in einem gemeinsamen Institut (Seminar, Klinik) zusammenzufassen. Solche Einrichtungen sind an den deutschen Hochschulen, auch an der Universität Hamburg, nichts Unbekanntes. In der Tat stellt das gemeinsame, unter Umständen in mehr oder minder selbständige Abteilungen gegliederte Institut für mehrere Lehrstühle gleicher oder verwandter Disziplinen die zweckmäßigere Organisationsform dar und ist eigenen Instituten für jeden Lehrstuhlinhaber vorzuziehen. Maßgebend dafür sind nicht nur wirtschaftliche Gründe — eine Reihe von Hilfseinrichtungen z. B. braucht nur einmal und nicht für jeden Lehrstuhlinhaber gesondert bereitgestellt zu werden —, sondern vor allem die Überlegung, daß auf diese Weise die Zusammenarbeit verwandter Fachrichtungen gefördert und damit der sich aus der fortschreitenden Spezialisierung und Differenzierung der Wissenschaft ergebenden Gefahr der Zersplitterung begegnet werden kann. Gemeinschaftsinstitute sind mithin leistungsfähiger. § 53 Absatz 3 Satz 1 schreibt daher für Lehrstühle gleicher oder verwandter Fachrichtungen die Errichtung gemeinschaftlicher wissenschaftlicher Einrichtungen vor.

§ 53 Absatz 3 Satz 2 bestimmt ausdrücklich, daß auch die Errichtung sog. übergreifender wissenschaftlicher Einrichtungen für Aufgaben, die in die Zuständigkeit mehrerer Fachbereiche oder Fakultäten fallen oder die den Bedürfnissen der Gesamtuniversität dienen, zulässig ist.

5. § 53 Absatz 4 schreibt im Interesse einer festen Eingliederung der wissenschaftlichen Einrichtungen in die Akademische Selbstverwaltung und zur Schaffung klarer Verantwortlichkeiten vor, daß die Institute, Seminare und Kliniken von der zuständigen Behörde in der Regel einem Fachbereich oder einer nicht in Fachbereiche gegliederten Fakultät zugeordnet werden. Sie können auch, wie es vor allem bei sog. übergreifenden Instituten denkbar, aber nicht zwingend ist, einer in Fachbereiche gegliederten Fakultät oder dem Akademischen Senat zugeordnet werden.

6. § 53 Absatz 5 stellt klar, daß für einzelne Aufgaben der Forschung, Lehre und Ausbildung auch Einrichtungen außerhalb der Universität herangezogen werden können. In

Betracht kommt etwa die — in Hamburg bereits praktizierte — Heranziehung der Allgemeinen Krankenhäuser für Zwecke des Studiums der Medizin.

Zu §§ 54 und 55

1. In der Diskussion um die Hochschulreform ist die Monokratie der Direktoren der wissenschaftlichen Einrichtungen (Institute, Seminare, Kliniken) einer der von vielen Seiten am heftigsten kritisierten Punkte. Demgemäß wird vielfach — in unterschiedlichem Maße — eine Beteiligung weiterer Personen an der Leitung der wissenschaftlichen Einrichtungen gefordert.

Der Senat ist der Auffassung, daß das monokratische Direktorialprinzip in der Tat aufgegeben werden muß. § 54 Absatz 2 des Entwurfs schreibt daher vor, daß der Instituts-, Seminar- oder Klinikleitung die der wissenschaftlichen Einrichtung zugeordneten ordentlichen und außerordentlichen Professoren (neuer Art; vgl. § 79 Absatz 2) und alle Abteilungsleiter angehören. Die Beteiligung von Vertretern des übrigen Lehrkörpers — soweit es sich nicht um außerordentlichen Professoren oder Abteilungsleiter handelt —, der wissenschaftlichen Assistenten und der Studenten ist hingegen nicht vorgesehen. Die mit dem Universitätsgesetz angestrebte Auflockerung des Direktorialprinzips darf nicht zu weit getrieben werden. In den wissenschaftlichen Einrichtungen müssen klare Verantwortlichkeiten erhalten bleiben. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß die vom Staat der Universität zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellten beträchtlichen Mittel zu einem wesentlichen Teil den wissenschaftlichen Einrichtungen als den eigentlichen Lehr- und Forschungsstätten zufließen. Die Verantwortung für die Verwendung dieser Mittel kann nicht — wie es bei einer Beteiligung aller Gruppen an der Instituts-, Seminar- oder Klinikleitung geschehen würde — völlig verwässert werden; der Staat würde sich anderenfalls praktisch jeder Kontroll- und Einflußmöglichkeit begeben. Hinzu kommt, daß in den wissenschaftlichen Einrichtungen die Forschung im Vordergrund steht. Hier liegt ein entscheidender Unterschied zu den Fachbereichen und Fakultäten, die mit der unmittelbaren Durchführung der Forschung nichts zu tun haben. Andererseits soll nicht verkannt werden, daß in den wissenschaftlichen Einrichtungen auch ein nicht unwesentlicher Teil des akademischen Unterrichts stattfindet. Die wesentlichen Entscheidungen für den Bereich der Lehre werden jedoch nach der im Entwurf vorgesehenen Aufgabenverteilung im Fachbereich bzw. in der nicht in Fachbereiche gegliederten Fakultät getroffen. Dies gilt z. B. für den Erlass der akademischen Prüfungsordnungen, die Aufstellung der Studienpläne, die Organisation der Studienberatung und die Aufstellung des Plans der Lehrveranstaltungen (§ 47 Absätze 3, 6, 7 und 8; § 52 Absatz 1). In den Fachbereichs- und Fakultätsräten wirken aber Vertreter der weiteren Gruppen, insbesondere der Studenten mit.

Der Senat ist aus allen diesen Gründen der Ansicht, daß die Instituts-, Seminar- oder Klinikleitung auf die in § 54 Absatz 2 genannten Personen beschränkt bleiben sollte. Andererseits sollten die weiteren Angehörigen des Lehrkörpers, die wissenschaftlichen Assistenten und die Studenten auch in den wissenschaftlichen Einrichtungen die Möglichkeit der Mitwirkung erhalten. Der Entwurf sieht daher einen Instituts-, Seminar- oder Klinikrat vor, dem neben den Mit-

gliedern der Leitung der wissenschaftlichen Einrichtung je zwei Vertreter des übrigen Lehrkörpers, der wissenschaftlichen Assistenten und der Studenten angehören (§ 55). Wenn dem Instituts-, Seminar- oder Klinikrat aus den erörterten Gründen auch keine Entscheidungsbefugnisse eingeräumt sind, so kann er doch Angelegenheiten der wissenschaftlichen Einrichtung beraten. Die Instituts-, Seminar- oder Klinikleitung unterrichtet ihn über alle wichtigen Angelegenheiten. Sie muß ihm Gelegenheit zur Beratung geben, bevor sie über die Instituts-, Seminar- oder Klinikordnung, die Benutzungsordnung, die Vorschläge für den Haushaltsvoranschlag sowie die Verteilung und Verwendung der Haushaltsmittel beschließt. Das Gewicht und die Bedeutung des Beratungszwanges sollten nicht unterschätzt werden.

Mit der vorgesehenen Regelung ist den Interessen der anderen Angehörigen des Lehrkörpers, der wissenschaftlichen Assistenten und der Studenten nach Meinung des Senats in dem vertretbaren Maße Rechnung getragen.

2. Die Instituts-, Seminar- oder Klinikleitung entscheidet in allen Angelegenheiten des Instituts, soweit das Universitätsgesetz nichts anderes bestimmt (§ 54 Absatz 1 Satz 1). Eine solche abweichende Bestimmung findet sich u. a. in § 54 Absatz 3 Satz 3. Danach führt der von der Leitung der wissenschaftlichen Einrichtung aus ihrer Mitte gewählte geschäftsführende Direktor die laufenden Geschäfte; in diesem Rahmen kann er auch Entscheidungen treffen.

Im Interesse der Abstimmung der Forschungsvorhaben innerhalb der wissenschaftlichen Einrichtung aufeinander erklärt § 54 Absatz 1 Satz 2 es zur Aufgabe der Leitung, das allgemeine Forschungsprogramm der wissenschaftlichen Einrichtung festzulegen.

Ärztliche Entscheidungen folgen eigenen Regeln. Sie sind von den nach der Klinikorganisation jeweils verantwortlichen Ärzten zu treffen und müssen daher aus der Zuständigkeit der Klinikleitung ausgeklammert werden (vgl. § 54 Absatz 1 Satz 3). Dies gilt jedoch nur für ärztliche Einzelentscheidungen. Die Organisation des Klinikbetriebes z. B. gehört zu den Aufgaben der Klinikleitung.

3. In größeren wissenschaftlichen Einrichtungen kann die Zahl der Mitglieder der Leitung so hoch werden, daß deren Arbeitsfähigkeit gefährdet wird. Für diesen Fall ermächtigt § 54 Absatz 4 die zuständige Behörde, eine von § 54 Absatz 2 abweichende Zusammensetzung der Leitung zu bestimmen.

4. Bei dem Instituts-, Seminar- oder Klinikrat sieht der Entwurf bewußt von einer Sonderregelung für kleine wissenschaftliche Einrichtungen ab. Zum einen sind nach § 53 Absatz 3 Satz 1 in Zukunft Lehrstühle gleicher oder verwandter Fachrichtungen in gemeinschaftlichen, d. h. größeren wissenschaftlichen Einrichtungen zusammenzufassen. Zum anderen kann es in Kauf genommen werden, wenn in einer kleinen wissenschaftlichen Einrichtung einmal ein Sitz im Instituts-, Seminar- oder Klinikrat unbesetzt bleibt, weil etwa nur ein wissenschaftlicher Assistent in der wissenschaftlichen Einrichtung tätig ist.

Zu § 56

1. Die nähere Regelung der inneren Ordnung und Verwaltung der wissenschaftlichen Einrichtungen muß den je

nach Größe, Fachrichtung usw. unterschiedlichen Gegebenheiten angepaßt sein. Die entsprechenden Bestimmungen (Instituts-, Seminar- oder Klinikordnung) sollen daher von den einzelnen wissenschaftlichen Einrichtungen selbst erlassen werden. Dasselbe gilt für die Vorschriften über die Benutzung der wissenschaftlichen Einrichtungen im Rahmen des Lehr- und Forschungsbetriebs (Benutzungsordnung).

Die Instituts-, Seminar- und Klinikordnungen bedürfen im Hinblick auf die Bedeutung der in ihnen zu regelnden Fragen auch insoweit der staatlichen Genehmigung, als sie keine Rechtsvorschriften enthalten (§ 70 Absatz 1 Satz 3).

2. § 56 Absatz 2 stellt einige Grundsätze für die wissenschaftliche Arbeit in den Instituten, Seminaren und Kliniken auf.

Zu § 57

§ 57 ermöglicht es, einer wissenschaftlichen Einrichtung außerhalb der Universität die Befugnis zur Führung der Bezeichnung einer wissenschaftlichen Einrichtung an der Universität zu verleihen. Dies kann sich insbesondere dann als notwendig erweisen, wenn die Einrichtung auf Grund der von ihr wahrgenommenen Aufgaben zwar in einer engen Verbindung mit der Universität steht, dieser aber aus bestimmten Gründen nicht oder noch nicht eingegliedert werden kann. Mit der Verleihung ist — abgesehen davon, daß § 1 Absatz 3 Satz 2 des Universitätsgesetzes entsprechend anzuwenden ist — keine Änderung der Rechtsstellung verbunden.

DRITTER ABSCHNITT

Gemeinsame Bestimmungen

Zu § 58

1. § 58 Absatz 1 enthält Vorschriften über die Beschäftigung und die Abstimmung in den Kollegialorganen der Universität und deren Ausschüssen sowie in den Instituts-, Seminar- und Klinikleitungen. Sofern das Universitätsgesetz nichts anderes bestimmt, genügt die einfache Mehrheit (Satz 2). Eine abweichende Regelung trifft § 26 Absatz 3 für die Entscheidung des Großen Senats über die vorzeitige Abberufung des Universitätspräsidenten (zwei Drittel der Mitglieder).

2. Für die Wahlen sollten, soweit es sich wie z. B. bei den Wahlen zum Akademischen Senat, zum Großen Senat und zu den Fakultäts- und Fachbereichsräten um vergleichbare Fälle handelt, weitgehend einheitliche Bestimmungen gelten. Die Wahlordnung für alle nach dem Dritten Teil des Universitätsgesetzes erforderlichen Wahlen soll daher vom Akademischen Senat erlassen werden (§ 58 Absatz 2 Satz 1). Sie bedarf als Rechtsvorschrift staatlicher Genehmigung (§ 70 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Nummer 9).

§ 58 Absatz 4 soll es ermöglichen, daß insbesondere die aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft bezahlten Wissenschaftler, die nach den Bewilligungsbedingungen nicht in einem Dienstverhältnis zur Freien und Hansestadt Hamburg, sondern in einem privatrechtlichen Vertragsverhältnis zu den einzelnen Zuwendungsempfängern stehen, an

den Wahlen zu den Kollegialorganen der Universität und zu den Instituts-, Seminar- und Klinikräten teilnehmen können.

3. Personalangelegenheiten sind ihrem Wesen nach vertraulich zu behandeln. § 58 Absatz 5 bestimmt demgemäß ausdrücklich, daß die an den Sitzungen der Gremien der Universität Beteiligten zur Verschwiegenheit über die ihnen bei der Beratung von Personalangelegenheiten bekanntgewordenen Tatsachen verpflichtet sind.

Zu § 59

1. § 59 Absätze 1 bis 3 regeln das Verfahren in der Universität für die Aufstellung der Vorschläge für den Haushaltsvoranschlag. Dazu gehören im Hinblick darauf, daß der Stellenplan Bestandteil des Haushaltsplans ist, auch die Vorschläge für den Stellenplan.

Die Aufstellung der Vorschläge für den Haushaltsvoranschlag ist für die weitere Entwicklung der Universität von besonderer Bedeutung. Soll es hier nicht bei einer bloßen Weitergabe gesammelter Forderungen und Wünsche bleiben, so müssen die Einzelvorschläge anhand einer Planung für den systematischen, an den Bedürfnissen der Gesamtuniversität ausgerichteten Ausbau überprüft und je nach Gewicht und Dringlichkeit in diese Gesamtkonzeption eingeordnet werden. An dieser Aufgabe soll die Universität — in stärkerem Maße, als es bisher vielfach üblich war — mitwirken.

Das in § 59 Absätze 1 und 2 vorgesehene Verfahren trägt diesen Erfordernissen Rechnung. Danach werden die Vorschläge zunächst von den einzelnen Institutionen jeweils für ihren unmittelbaren Aufgabenbereich aufgestellt (Absatz 1). Die Vorschläge der wissenschaftlichen Einrichtungen gehen jedoch anschließend an die Einheiten, denen sie zugeordnet sind (Fachbereich, Fakultät oder Akademischer Senat); diese prüfen die Vorschläge und ändern sie gegebenenfalls ab (Absatz 2 Satz 1). Die Vorschläge aus dem Gesamtbereich der Universität werden sodann vom Akademischen Senat als dem für die Gesamtplanung verantwortlichen Gremium beraten; er kann die Vorschläge aus den oben dargelegten Gründen abändern (Absatz 2 Satz 3). Der Gesamtvorschlag des Akademischen Senats wird der zuständigen Behörde vorgelegt (Absatz 2 Satz 4). Sie ist bei der ihr obliegenden Aufstellung des Haushaltsvoranschlags nicht an die Vorschläge der Universität gebunden (§ 71 Absatz 2 Satz 1 und 2). Bei der Beratung des Haushaltsvoranschlags in der Deputation der zuständigen Behörde ist dem Universitätspräsidenten Gelegenheit zu geben, die Vorschläge der Universität zu vertreten (§ 71 Absatz 2 Satz 3).

2. Die Ausführung des Haushaltsplans gehört als staatliche Angelegenheit, soweit sie nicht dem Universitätspräsidenten oder anderen Stellen der Universität als Auftragsangelegenheit (§ 4 Absatz 2) übertragen ist, zu den Aufgaben der zuständigen Behörde. Ihr obliegt es daher auch, die bewilligten Haushaltsmittel, soweit es auf Grund ihrer globalen Zweckbestimmung erforderlich ist, im einzelnen zu verteilen. An der Verteilung, die bisher von der zuständigen Behörde allein vorgenommen worden ist, soll die Universität durch den Ausschuß des Akademischen Senats für Haushalts- und Planungsangelegenheiten (§ 33) beratend mitwirken (§ 59 Absatz 4 Satz 1). Da die Haushaltsmittel für das Universitäts-Krankenhaus Eppendorf in einem be-

sonderen Abschnitt des Haushaltsplans veranschlagt werden, ist es nicht unbedingt geboten, daß bei der Verteilung dieser Mittel der genannte Ausschuss des Akademischen Senats hinzugezogen wird. § 59 Absatz 4 Satz 2 ermächtigt daher die zuständige Behörde, zu bestimmen, daß bei der Verteilung der für das Universitäts-Krankenhaus Eppendorf bewilligten Haushaltsmittel anstelle des Senatsausschusses ein Ausschuss der Medizinischen Fakultät mitwirkt.

3. Ein systematischer, an den Bedürfnissen der Gesamtuniversität orientierter Ausbau verlangt, daß bei der Zuweisung der Stellen, Räume und Sachmittel eine Verlagerung und Umverteilung in Anpassung an die wechselnden Erfordernisse möglich sein muß. § 59 Absatz 5 trägt dem durch die Bestimmung Rechnung, daß die für Forschung und Lehre zur Verfügung stehenden Stellen, Räume und Sachmittel nach den jeweiligen Erfordernissen der Forschung und des akademischen Unterrichts zu verteilen sind. Eine Bindung an frühere Verteilungen und ein Anspruch auf Beibehaltung der einmal zugewiesenen Stellen, Räume und Sachmittel bestehen also nicht. Zur Frage der Bindung an frühere Zusagen wird auf die Übergangsvorschrift des § 81 verwiesen.

VIERTER ABSCHNITT

Schlichtungsausschuss

Zu § 60

In der Universität sollte es zur Beilegung von Streitigkeiten und zur Erledigung von Beschwerden eine oder mehrere neutrale Instanzen geben, die in allen Angelegenheiten der Universität angerufen werden können. § 60 schreibt demgemäß die Einsetzung eines oder mehrerer Schlichtungsausschüsse zwingend vor, weil sie eine wesentliche Hilfe zum Ausgleich der Meinungen bilden und damit zu einer Integration in der Universität beitragen können. Es wird eine wichtige Aufgabe der durch dieses Gesetz neuerrichteten Universität sein, hierfür selbst im einzelnen die richtige Form zu finden. Die nähere Regelung ist daher der Satzung der Universität überlassen. Aus der Zuständigkeit der Schlichtungsausschüsse sind lediglich die Angelegenheiten des Studiums und der Lehre — für sie ist der Ausschuss des Akademischen Senats für Studienangelegenheiten eingesetzt (§ 35) — sowie die Entscheidungen im Ordnungsverfahren (§ 22) ausgenommen.

VIERTER TEIL

Studentenschaft

Zu § 61

1. Die Studenten werden mit der Immatrikulation zugleich Mitglieder der Universität (§§ 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4, 13 Absatz 1) und der Studentenschaft (§ 61 Absatz 1).

2. Die Studentenschaft ist nach § 61 Absatz 2 eine Gliedkörperschaft der Universität mit eigener Rechtsfähigkeit. Das entspricht ihrer heutigen Stellung im Gefüge der Universität.

Außerdem sind für die Verleihung der Rechtsfähigkeit auch haftungsrechtliche Erwägungen maßgeblich. Die Studentenschaft nimmt heute in beträchtlichem Umfang am Ge-

schaftsverkehr teil. Für von ihr eingegangene Verbindlichkeiten haftet, solange die Studentenschaft nicht rechtsfähig ist, die Universität. Die damit verbundenen, oft erheblichen finanziellen Risiken können aber der Universität nicht zugemutet werden, zumal sie keinen Einfluß auf das Geschäftsgeschehen der Studentenschaft hat. Es ist mithin geboten, die Haftung zugunsten der Universität auf das Vermögen der Studentenschaft zu beschränken. Dieses kann in rechtlich zweifelsfreier Weise durch Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Studentenschaft geschehen. Demgegenüber greift der Einwand, damit werde der Auszug der Studentenschaft aus der Universität gefördert, nicht durch. Die Frage, ob die Studentenschaft sich als Glied der Universität betrachtet oder nicht, hängt von einer Reihe anderer Umstände, sicherlich aber nicht ausschlaggebend von dem formellen Rechtsstatus ab. Im übrigen wird der Kreis der Aufgaben, die die Studentenschaft wahrnehmen darf (vgl. § 62), durch die Zuerkennung der Rechtsfähigkeit in keiner Weise erweitert. Um deutlich hervorzuheben, daß die Studentenschaft durch die Verleihung eigener Rechtsfähigkeit nicht außerhalb der Universität gestellt werden soll, bezeichnet § 61 Absatz 2 sie ausdrücklich als Gliedkörperschaft der Universität.

Für die Verbindlichkeiten der Studentenschaft haftet, da sie eigene Rechtsfähigkeit besitzt, nur deren Vermögen (§ 67). Diese Vorschrift soll klarstellen, daß nicht etwa neben der Teilkörperschaft Studentenschaft die Gesamtkörperschaft Universität für die Verbindlichkeiten der Studentenschaft einzustehen hat. Auch eine Ausfallhaftung der Universität ist ausgeschlossen.

Zu § 62

1. § 62 Absatz 1 nennt die beiden Aufgabenbereiche der Studentenschaft. Zum einen nimmt sie ihre eigenen Angelegenheiten — unter der Rechtsaufsicht des Universitätspräsidenten und der zuständigen Behörde (vgl. § 68) — selbst wahr (Satz 1). Zum anderen wirkt sie an der Selbstverwaltung der Universität mit (Satz 2), insbesondere durch die Beteiligung studentischer Vertreter in den Kollegialorganen der Universität.

2. § 62 Absatz 2 zählt die eigenen Angelegenheiten der Studentenschaft auf.

Die Bestimmung räumt der Studentenschaft ein hochschulpolitisches Mandat ein (vgl. Nummer 3). Der Entwurf lehnt damit — auch aus rechtlichen Gründen — das von den Vertretern der Studentenschaft vielfach geforderte allgemeinen politischen Mandat ab. Ein allgemeines politisches Mandat einer juristischen Person des öffentlichen Rechts würde gegen das Prinzip der Repräsentation des ganzen Volkes durch die Parlamente verstoßen; eine ständige Komponente wäre unzulässig in unser Verfassungsleben eingeführt. Ferner kann nicht unbeachtet bleiben, daß die Studentenschaft kein freiwilliger Zusammenschluß ist; jeder Student gehört ihr automatisch mit der Immatrikulation an. Diesem Zwangsverband der Studenten können, soll nicht die aus Artikel 9 des Grundgesetzes abgeleitete negative Koalitionsfreiheit verletzt werden, nur solche Aufgaben übertragen werden, die in einem inneren Zusammenhang mit dem Status „Student“ stehen. Das trifft für Fragen der allgemeinen Politik nicht zu, wenn die besonderen Belange der Hochschulen oder der Studenten berührt sind, ist jener innere Zusammenhang gegeben. Gegen die Zubilligung eines allgemeinen politischen

Mandats spricht auch, daß der Studentenschaft als einer Teilkörperschaft der Universität nicht mehr Aufgaben und Befugnisse zugesprochen werden können, als der Universität als ganzes zustehen. Der Studentenschaft kann mithin kein allgemeines politisches, wohl aber ein hochschulpolitisches Mandat eingeräumt werden. § 62 Absatz 2 Nummer 3 erklärt es demgemäß zur Aufgabe der Studentenschaft, für die Freiheit der Forschung und Lehre öffentlich einzutreten; die Studentenschaft kann ferner zu allen hochschulpolitischen Fragen Stellung nehmen.

Zu § 63

§ 63 nennt — in Übereinstimmung mit der gegenwärtigen Rechtslage — die beiden wichtigsten Organe der Studentenschaft: das Studentenparlament und den Allgemeinen Studentenausschuß. In der Satzung der Studentenschaft können weitere Organe vorgesehen werden.

Zu § 64

Die Studentenschaft soll ihre innere Ordnung durch eine von ihr selbst — und zwar vom Studentenparlament — zu beschließende Satzung regeln (§ 64 Absatz 1). § 64 Absatz 2 schreibt für die Satzung einen Mindestinhalt vor.

§ 64 Absatz 3 ermächtigt die Studentenschaft, weitere Rechtsvorschriften zur Regelung ihrer Angelegenheiten zu erlassen.

Die Satzung und die übrigen Rechtsvorschriften der Studentenschaft bedürfen, da die Studentenschaft Teil der Universität ist, wie andere Rechtsvorschriften der Universität der staatlichen Genehmigung (vgl. § 70 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 Nummern 10 und 11). Dem Akademischen Senat soll Gelegenheit gegeben werden, sich zu der Satzung und den weiteren Rechtsvorschriften der Studentenschaft aus der Sicht der Gesamtuniversität zu äußern; er ist daher vor Erteilung der staatlichen Genehmigung zu hören (§ 64 Absatz 4).

Zu § 65

§ 65 Absatz 1 verpflichtet — in Übereinstimmung mit der gegenwärtigen Regelung — die Studenten, einen Beitrag zu leisten, der der Studentenschaft und dem Studentenwerk — neben anderen Einnahmen (z. B. Zuschuß des Staates zum Mensaeßen) — zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung steht.

Die näheren Bestimmungen sind in einer Beitragsordnung zu treffen. Sie soll im Gegensatz zu der bisherigen Übung nicht mehr vom Akademischen Senat, sondern mit Rücksicht darauf, daß die Vertretung der sozialen Belange der Studenten zu den Aufgaben der Studentenschaft gehört (§ 62 Absatz 2 Nummer 1), vom Studentenparlament beschlossen werden (vgl. § 65 Absatz 2). Die Beitragsordnung bedarf als Rechtsvorschrift staatlicher Genehmigung (§ 70 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Nummer 11); der Akademische Senat ist vorher zu hören (§ 64 Absatz 4).

Zu § 66

1. Die Satzung der Studentenschaft oder eine (besondere) Wirtschaftsordnung muß Bestimmungen über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Studenten-

schaft sowie über die Rechnungslegung treffen (§ 64 Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 und Satz 2). Im übrigen sind für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Studentenschaft grundsätzlich die staatlichen Vorschriften entsprechend anzuwenden. Um jedoch die Berücksichtigung besonderer Gegebenheiten zu ermöglichen, läßt § 66 Absatz 1 Satz 1 abweichende Regelungen durch die Satzung der Studentenschaft oder die Wirtschaftsordnung zu.

Die Wirtschaftsordnung bedarf wegen ihrer grundlegenden Bedeutung für die Haushaltswirtschaft der Studentenschaft auch insoweit staatlicher Genehmigung, als sie keine Rechtsvorschriften enthält (§ 70 Absatz 1 Satz 3).

Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Studentenschaft muß wie die der Universität vom Rechnungshof geprüft werden. Die in § 88 des Entwurfs vorgesehene Änderung der Anlage zu § 13 Absatz 2 des Gesetzes über den Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg stellt dies ausdrücklich klar.

§ 66 Absatz 1 Satz 2 sieht in Übereinstimmung mit der gegenwärtigen Regelung vor, daß § 5 (Bedienstete an der Universität sind Landesbedienstete) und § 71 (Veranschlagung der der Universität betreffenden Einnahmen und Ausgaben im staatlichen Haushaltsplan) für die Studentenschaft nicht gelten.

2. In der geltenden Satzung der Studentenschaft ist ein Vermögensrat vorgesehen, dem im wesentlichen die in § 66 Absatz 2 bis 4 genannten Aufgaben übertragen sind. Diese Einrichtung hat sich bewährt. Sie soll daher unter der wachzunehmenden Aufgaben besser entsprechenden Bezeichnung Wirtschaftsrat beibehalten werden (vgl. im einzelnen § 66 Absätze 2 bis 4).

Zu § 67

Auf die Ziffer 2 der Begründung zu § 61 wird verwiesen.

Zu § 68

§ 68 Absatz 1 überträgt die Rechtsaufsicht über die Studentenschaft — wie dies auch für den übrigen Bereich der Universität geschieht (vgl. § 25 Absatz 3) — auf den Universitätspräsidenten. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß die Studentenschaft Glied der Universität ist.

Daneben bleiben die der zuständigen Behörde gemäß § 69 gegenüber der Studentenschaft (als Teil der Universität) zustehenden Aufsichtsbefugnisse unberührt (§ 68 Absatz 2). Die zuständige Behörde kann also unabhängig von einem Einschreiten des Universitätspräsidenten von ihren Rechten Gebrauch machen.

FÜNFTER TEIL

Aufsicht

Zu § 69

Die Universität nimmt die akademischen Angelegenheiten selbständig unter der Rechtsaufsicht des Staates wahr (§ 2 Absatz 1). § 69 regelt die der zuständigen Behörde im Rahmen der Rechtsaufsicht zustehenden Befugnisse.

Der Entwurf geht davon aus, daß die zuständige Behörde — ohne daß dies ausdrücklich im Gesetz gesagt zu werden braucht — berechtigt ist, sich zur Durchführung der Rechtsaufsicht über die Selbstverwaltungsangelegenheiten der Universität zu unterrichten.

Rechtswidrige Beschlüsse und Maßnahmen der Universität kann die zuständige Behörde nach § 69 Absatz 1 bestanden oder aufheben.

Auf diese Mittel kann sich die Rechtsaufsicht aber nicht beschränken. Sofern die Universität — aus welchen Gründen auch immer — die ihr obliegenden Pflichten oder Aufgaben nicht ordnungsgemäß erfüllt, muß es der Aufsichtsbehörde möglich sein, die Universität anzuweisen, das Erforderliche zu veranlassen, und, falls die Universität der Anordnung nicht nachkommt, selbst anstelle der Universität zu handeln. Kann die Angelegenheit nicht geregelt werden, ohne neue Bestimmungen zu erlassen, muß die Aufsichtsbehörde auch das Recht haben, die erforderlichen Vorschriften anstelle der Universität zu erlassen (§ 69 Absatz 2). Die Universität kann selbstverständlich die von der Aufsichtsbehörde getroffenen Bestimmungen im Rahmen dieses Gesetzes durch eigene Vorschriften ersetzen. Handelt es sich um Rechtsvorschriften, bedürfen sie allerdings, bevor sie an die Stelle der von der Aufsichtsbehörde erlassenen Bestimmungen treten können, der staatlichen Genehmigung (vgl. § 70 Absatz 1 Satz 2).

Als schärfstes Aufsichtsmittel nennt § 69 Absatz 3 die Bestellung von Staatskommissaren. Die zuständige Behörde kann, aber nur wenn und solange die bisher genannten Befugnisse nicht ausreichen, Beauftragte bestellen, die einzelne oder alle Befugnisse der Universität ausüben.

Die Rechte der Aufsichtsbehörde gemäß § 69 sind unabhängig von der dem Universitätspräsidenten in den §§ 25 Absatz 3 und 68 Absatz 1 übertragenen Rechtsaufsicht. Die zuständige Behörde kann also ohne Rücksicht auf ein Einschreiten des Universitätspräsidenten von ihren Befugnissen Gebrauch machen.

Zu § 70

1. Die Satzung der Universität bedarf der Genehmigung des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg (§ 70 Absatz 1 Satz 1). Alle anderen von der Universität erlassenen Bestimmungen, die nicht bloße Verwaltungsvorschriften sind, sondern Rechtsnormen enthalten, bedürfen der Genehmigung der zuständigen Behörde (§ 70 Absatz 1 Satz 2). Dies gilt, ohne daß dies im Gesetz ausdrücklich erwähnt zu werden braucht, auch für Änderungen der genannten Bestimmungen.

Rechtsvorschriften der Universität sind alle von ihr erlassenen abstrakt-generellen Regelungen, die die bestehende Rechtslage dadurch verändern, daß sie Rechte und/oder Pflichten begründen, ändern oder aufheben. § 70 Absatz 2 zählt die wichtigsten zu den Rechtsvorschriften der Universität gehörenden Bestimmungen beispielhaft auf.

2. Durch die von der Universität zur Regelung akademischer Angelegenheiten erlassenen Rechtsvorschriften werden in aller Regel — z. B. bei der Festlegung eines Studienganges durch eine Prüfungsordnung — zugleich staatliche Belange, nicht zuletzt in finanzieller Hinsicht, in erheblichem

Maße berührt. Diesen Gegebenheiten trägt der Entwurf dadurch Rechnung, daß dem Staat die Befugnis eingeräumt wird, die Genehmigung nicht nur aus Rechtsgründen, d. h. bei einem Verstoß gegen übergeordnetes Recht, sondern auch aus Ermessenserwägungen zu versagen (§ 70 Absatz 3 Satz 1). Diese Regelung entspricht der bisherigen Übung.

Mit Rücksicht auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 3. September 1965 (BVerwGE Bd. 16 S. 312) ist es erforderlich, im Gesetz ausdrücklich zu bestimmen, daß die staatliche Genehmigung aus Ermessenserwägungen versagt werden kann. Denn das Bundesverwaltungsgericht hat die Auffassung vertreten (aaO, insbesondere S. 314 f.), daß einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, die das Recht der Selbstverwaltung habe und lediglich der staatlichen Rechtsaufsicht unterliege, die Genehmigung zu einer von ihr erlassenen Vorschrift ebenfalls nur aus Rechtsgründen verweigert werden könne, wenn der Gesetzgeber nicht ausdrücklich etwas anderes angeordnet habe.

3. Die Genehmigung kann nach § 70 Absatz 3 Satz 2 widerrufen werden. Der Widerruf setzt nach allgemeinen Grundsätzen des Verwaltungsrechts einen sachlichen Grund voraus. Ein derart begründeter Anlaß zum Widerruf kann sich z. B. daraus ergeben, daß sich nach Erteilung der Genehmigung eine Entwicklung vollzieht, die eine Änderung der früher erlassenen Vorschrift nahelegt. So kann es im Zuge der Studienreform geboten sein, eine Prüfungsordnung zu überarbeiten, insbesondere den ausgearbeiteten Lehr- und Prüfungsstoff auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. Einen äußeren Anlaß hierzu kann zusätzlich die Tatsache geben, daß die von der Kultusministerkonferenz und der Westdeutschen Rektorenkonferenz gemeinsam eingesetzte Kommission für Prüfungs- und Studienordnungen für einen bestimmten Studiengang eine neue Rahmenordnung ausgearbeitet hat, die eine gestraffte, auf das Wesentliche gerichtete Ausbildung vorsieht. Erläßt die Universität in derartigen Fällen nicht von sich aus entsprechend abgeänderte Vorschriften, so soll der Staat die Möglichkeit haben, durch Widerruf der Genehmigung die alten Bestimmungen außer Kraft zu setzen und damit die Universität mittelbar zu veranlassen, neue Vorschriften zu beschließen.

4. Rechtsnormen müssen nach allgemeinen Grundsätzen bekanntgemacht werden. § 70 Absatz 4 schreibt daher vor, daß die Satzung der Universität und die in § 70 Absatz 2 genannten Rechtsvorschriften im Amtlichen Anzeiger zu veröffentlichen sind. Über die Bekanntmachung anderer als die in § 70 Absatz 2 genannten Rechtsvorschriften werden die Satzung der Universität und die Satzung der Studentenschaft Bestimmungen treffen müssen.

Zu § 71

1. Der Finanzbedarf der Universität wird von der Freien und Hansestadt Hamburg gedeckt. § 71 Absatz 1 sieht dem entsprechend in Übereinstimmung mit der gegenwärtigen Rechtslage vor, daß die die Universität betreffenden Einnahmen und Ausgaben im staatlichen Haushaltsplan zu veranschlagen sind.

Das Verfahren innerhalb der Universität bei der Aufstellung der Vorschläge für den Haushaltsvoranschlag (§ 59 Absatz 1 bis 3) und die sich daran anschließende Aufstellung

des Haushaltsvoranschlags durch die zuständige Behörde (§ 71 Absatz 2) sind bereits in der Begründung zu § 59 erläutert worden (vgl. dort Ziffer 1).

2. Die Universität verwaltet ihr eigenes Vermögen selbstständig unter der Rechtsaufsicht der zuständigen Behörde (§ 2 Absatz 1 und Absatz 2 Nummer 7). § 71 Absatz 3 Satz 1 stellt klar, daß die das eigene Vermögen der Universität betreffenden Einnahmen und Ausgaben nicht in den staatlichen Haushaltsplan einzustellen sind. Für die Verwaltung dieses Vermögens sind grundsätzlich die für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Freien und Hansestadt Hamburg geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Um jedoch besondere Gegebenheiten berücksichtigen zu können, läßt § 71 Absatz 3 Satz 2 abweichende Regelungen zu. Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Universität unterliegt nach § 13 Absatz 2 des Gesetzes über den Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg (vgl. dazu § 88 dieses Entwurfs) der Prüfung durch den Rechnungshof.

Zu § 72

Angesichts der in allen Bereichen ständig zunehmenden Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden haben Staat und Gesellschaft ein erhebliches Interesse an der Ausbildung entsprechend qualifizierter Fachkräfte. Es muß daher dem Staat möglich sein, gegebenenfalls für bestimmte Bereiche den Ausbildungsgang durch staatliche Vorschriften festzulegen. Demgemäß ermächtigt § 72 Satz 1 den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg — soweit nicht bundesrechtliche Regelungen bestehen (Artikel 31 Grundgesetz) —, durch Rechtsverordnung Prüfungsordnungen für Studiengänge an der Universität zu erlassen. Die beteiligten Fachbereiche sollen zuvor Gelegenheit erhalten, aus ihrer fachlichen Sicht Stellung zu nehmen; sie sind daher von dem Erlass einer Prüfungsordnung zu hören (§ 72 Satz 2). Auch in den staatlichen Prüfungsordnungen ist eine gestraffte, auf das Wesentliche gerichtete Ausbildung vorzusehen (§ 72 Satz 3 in Verbindung mit § 47 Absatz 3 Satz 3).

Zu § 73

In Anbetracht des erheblichen Interesses des Staates an der Ausbildung der Studenten einerseits (vgl. die Begründung zu § 72) und der hohen finanziellen Aufwendungen des Staates für diese Aufgabe der Universität andererseits sieht § 73 vor, daß Beginn und Ende der Vorlesungszeiten von der zuständigen Behörde im Benehmen mit der Universität festgelegt werden.

Die Ständige Konferenz der Kultusminister hat sich in ihrem Beschluß über Grundsätze für ein modernes Hochschulrecht vom 10. April 1968 im Interesse der Intensivierung des Studiums und der besseren Ausnutzung der Ausbildungskapazitäten für die Einführung des Studienjahres ausgesprochen. § 73 ermöglicht den Übergang zum Studienjahr, dessen Ausgestaltung im einzelnen allerdings noch weiterer Erörterungen bedarf.

Zu § 74

Statistische Erhebungen sind vielfach unentbehrliche Grundlagen für die im Hochschulbereich zu treffenden Entscheidungen. So können etwa die vor kurzem auf freiwilliger Grundlage eingeführten Erhebungen über den Verlauf des Studiums jedes einzelnen Studenten wertvolle Aufschlüsse

über die sachgemäße Gestaltung des Studienganges in den einzelnen Fachrichtungen, die an den einzelnen Hochschulen unterschiedlichen Ausbildungsbedingungen, die Bedeutung der sozialen Herkunft und der Finanzierungsquelle für die Dauer des Studiums und ähnliche Fragen geben.

§ 74 Satz 1 ermächtigt daher die zuständige Behörde oder den Universitätspräsidenten im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde, Erhebungen an der Universität für Zwecke der Hochschulstatistik anzuerkennen. § 74 Satz 2 erklärt die §§ 10 bis 12 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) für entsprechend anwendbar. Demgemäß sind die Mitglieder und sonstigen Angehörigen sowie alle Stellen der Universität verpflichtet, die angeordneten Fragen wahrheitsgemäß, vollständig und fristgemäß zu beantworten; sondergesetzliche Bestimmungen über Berufsgewinnisse und Amtsvorwissenheiten bleiben unberührt (§ 10 StatGes). Ferner ist sichergestellt, daß Einzelerhebungen über persönliche und sachliche Verhältnisse, die im Rahmen der angeordneten Erhebungen gemacht werden, von den Auskunftsberechtigten geheimzuhalten sind (§ 12 StatGes).

SECHSTER TEIL

Universitätsbibliothek

Zu § 75

Die Aufgaben der Universitätsbibliothek werden in Hamburg von der Staats- und Universitätsbibliothek wahrgenommen. Der Entwurf trägt dem Interesse der Universität an der Staats- und Universitätsbibliothek durch die Bestimmung Rechnung, daß vor der Bestellung des Direktors dem Akademischen Senat Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben ist (§ 75 Satz 2).

SIEBTER TEIL

Studentenwerk

Zu § 76

§ 76 Absatz 1 umschreibt die wichtige Aufgabe des Studentenwerks.

Das Studentenwerk Hamburg ist ein eingetragener Verein. Diese Rechtsform hat bewährt. Es ist nicht zu erwarten, daß eine andere Lösung — etwa Anstalt des öffentlichen Rechts — entscheidende Vorteile mit sich bringen würde. Aus diesem Grund ist zur Zeit nicht beabsichtigt, an der gegenwärtigen Rechtsform etwas zu ändern. Andererseits sollte das Universitätsgesetz einer denkbaren Entwicklung Raum geben. § 76 Absatz 2 sieht daher bewußt davon ab, eine bestimmte Rechtsform zwingend vorzuschreiben.

In den Organen des Studentenwerks sollen wie bisher in erster Linie Angehörige des Lehrkörpers und Vertreter der Studentenschaft zusammenwirken (§ 76 Absatz 3).

ACHTER TEIL

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Zu § 77

Nach § 40 Absatz 2 sind die Fakultäten — in erster Linie durch den Akademischen Senat, aber auch durch die zuständige Behörde — in Fachbereiche zu gliedern, wenn dies zur

ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben der Universität zweckmäßig ist. Da jedoch eine Untergliederung der drei großen Fakultäten, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen, der Philosophischen und der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, besonders dringlich erscheint, sollen sie durch das Universitätsgesetz selbst in die in § 77 genannten Fachbereiche gegliedert werden.

Die Aufgliederung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät in die in § 77 Nummer 1 genannten Fachbereiche bietet sich nach den in der Fakultät vertretenen Fachrichtungen ohne weiteres an. Die Untergliederung der Philosophischen Fakultät in die in Nummer 2 erwähnten Fachbereiche stimmt mit den Vorstellungen der Fakultät über eine Aufteilung überein. Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät hat bereits seit einigen Jahren zur Vorbereitung ihrer Entscheidungen Sparten gebildet; sie stimmen mit den in Nummer 3 aufgezählten Fachbereichen überein.

Die Untergliederung der genannten Fakultäten ist nicht für alle Zukunft bindend. § 77 läßt, wie sich aus den Eingangsworten der Bestimmung ergibt, eine abweichende Regelung gemäß § 40 Absatz 2 zu. Damit ist eine Anpassung an spätere Entwicklungen möglich.

Die gesamte Erziehungswissenschaft einschließlich der heute noch — nach der Einführung des Referendariats für Volks- und Realschullehrer — vom Pädagogischen Institut wahrgenommenen Aufgaben soll in den in § 77 Nummer 2 Buchstabe a genannten Fachbereich der Philosophischen Fakultät eingegliedert werden.

Zu § 78

Die Präsidialverfassung soll erst nach einer Übergangszeit in Kraft treten. Bis zu diesem Zeitpunkt nimmt der Rektor die Stellung des Universitätspräsidenten, der Prorektor die Stellung des Vizepräsidenten ein (§ 78 Absatz 1 Satz 1).

Zu § 79

§ 79 enthält Begriffsbestimmungen für die Bezeichnungen ordentlicher Professor, außerordentlicher Professor, die der Entwurf, den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Neugliederung des Lehrkörpers an den wissenschaftlichen Hochschulen Rechnung tragend, bereits in dem neuen Sinne verwendet (vgl. dazu im einzelnen Ziffer 1 der Begründung zu § 7).

Zu § 80

Die Bestimmung des § 80 ist bereits in der Begründung zu § 9 erläutert worden (vgl. dort Ziffer 2).

Zu § 81

Die Ständige Konferenz der Kultusminister hat sich in ihrem Beschluß über Grundsätze für ein modernes Hochschulrecht vom 10. April 1968 dafür ausgesprochen, in Zukunft Berufungsverhandlungen auf die persönlichen Bezüge zu beschränken, also keine Zusagen über Stellen, Räume und Sachmittel mehr zu geben.

Der Beschluß der Kultusministerkonferenz beruht auf denselben Überlegungen wie die Vorschrift des § 59 Absatz 5 dieses Entwurfs, nach der die für Forschung und Lehre zur Verfügung stehenden Stellen, Räume und Sachmittel

nach den jeweiligen Erfordernissen der Forschung und des akademischen Unterrichts, d. h. ohne Bindung an frühere Zuweisungen, zu verteilen sind (vgl. Ziffer 3 der Begründung zu § 59). Ein systematischer, an den jeweiligen Bedürfnissen der Gesamtuniversität ausgerichteter Ausbau kann durch frühere Zusagen, insbesondere in Berufungsverhandlungen, entscheidend behindert werden. Aus diesem Grunde muß es zulässig sein, bei der Zuweisung von Stellen, Räumen und Sachmitteln unter den in § 81 genannten Voraussetzungen von solchen früheren Zusagen abzuweichen.

Zu § 82

§ 82 stellt klar, daß der Rektor und die Dekane, sofern sie ihr Amt vor dem Inkrafttreten des Universitätsgesetzes angetreten haben, trotz der umfassenden Neuordnung der Struktur und der Verfassung der Universität nicht aus dem Amt scheiden.

Für alle Kollegialorgane der Universität müssen hingegen, da sie entweder durch das Universitätsgesetz erst gebildet oder aber anders als heute zusammengesetzt werden, die Mitglieder neu gewählt werden. Eine rechtzeitige Wahl wird durch die Bestimmung des § 84 Absatz 1 ermöglicht, die bereits am Tage nach der Verkündung des Universitätsgesetzes in Kraft tritt (§ 89 Satz 2) und den (amtierenden) Akademischen Senat verpflichtet, die für die Wahlen erforderlichen vorläufigen Vorschriften zu erlassen.

Zu § 83

1. Mit der Aufhebung des Hochschulgesetzes von 1921 (vgl. § 83 Absatz 1 Nummer 1) verlieren die in § 59 dieses Gesetzes genannten Wissenschaftlichen Anstalten ihre besondere Rechtsstellung. Die Sonderstellung der Wissenschaftlichen Anstalten ist historisch begründet. Heute besteht kein Anlaß mehr, sie aufrechtzuerhalten. Eine Reihe der Anstalten steht praktisch Universitätsinstituten gleich und erfüllt die gleichen Funktionen wie diese. Hierzu gehören die Sternwarte, das Physikalische Staatsinstitut, das Chemische Staatsinstitut, das Geologische Staatsinstitut, das Zoologische Staatsinstitut und Zoologisches Museum, das Staatsinstitut für Allgemeine Botanik und der Botanische Garten sowie das Staatsinstitut für Angewandte Botanik. Diese Einrichtungen sollen nach Aufhebung des Hochschulgesetzes von 1921 durch Organisationsverfügung den Status von Universitätsinstituten erhalten.

2. Auf Grund der Neuordnung des Rechts für die Universität Hamburg durch das Universitätsgesetz ist es notwendig, der veränderten Rechtslage angepaßt neue Satzungen für die Universität (§ 3 Absatz 1) und die Studentenschaft (§ 64 Absatz 1) zu erlassen. Für die Übergangszeit müssen die vorläufige Satzung der Hamburgischen Universität vom 15. Juli 1921 und die Satzung der Studentenschaft vom 25. Juni 1954 in ihrer geltenden Fassung, soweit sie nicht dem Universitätsgesetz widerspricht, zunächst bestehen bleiben (vgl. § 83 Absatz 2 Satz 1). Die neuen Satzungen sollen sobald wie möglich in Kraft gesetzt werden. Andererseits muß der Universität und der Studentenschaft für die Beratung ein ausreichender Zeitraum zur Verfügung stehen. § 83 Absatz 2 Satz 3 schreibt demgemäß vor, daß die neuen Satzungen der zuständigen Behörde bis zum 31. Dezember 1969, d. h. neun Monate nach dem für das Inkrafttreten des Universitätsgesetzes vorgesehenen Zeitpunkt (vgl. § 89 Satz 1), zur Genehmigung vorzulegen sind.

3. § 83 Absatz 3 stellt klar, daß andere von der Universität einschließlich der Studentenschaft vor dem Inkrafttreten des Universitätsgesetzes erlassene Rechtsvorschriften trotz der umfassenden Neuordnung des Rechts für die Universität in Kraft bleiben. Die dem Universitätsgesetz widersprechenden Bestimmungen müssen, um unüberbrückbare Lücken in den geltenden Regelungen zu vermeiden, für eine Übergangsfrist weiter anwendbar bleiben. Sie sollten jedoch so schnell wie möglich der neuen Rechtslage angepaßt werden. Spätestens am 31. März 1970 treten sie außer Kraft (§ 83 Absatz 3 Satz 2).

Zu § 84

Der Erlaß vorläufiger Vorschriften wird vor allem für die Wahlen zu den Kollegialorganen der Universität erforderlich sein (vgl. die Begründung zu § 82).

Zu § 85

§ 85 enthält die notwendigen Änderungen des Hamburgischen Besoldungsgesetzes.

Zu § 86

Im Ordnungsausschuß sollen gemäß § 22 Absatz 3 Berufsrichter mitwirken. Es ist erforderlich, durch eine entsprechende Ergänzung des § 65 des Hamburgischen Richtergesetzes klarzustellen, daß Richtern diese Aufgabe übertragen werden kann.

Zu § 87

Da im Ordnungsverfahren bereits ein Ausschuß entscheidet (vgl. § 22 Absatz 3), soll ein Vorverfahren (Widerspruchsverfahren) gemäß § 68 der Verwaltungsgerichtsordnung nicht stattfinden. Gegen Entscheidungen des Ordnungsausschusses soll vielmehr unmittelbar das Verwaltungsgericht angerufen werden können. § 87 sieht die für diese Regelung erforderliche Ergänzung des § 6 Absatz 2 des hamburgischen Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung um eine neue Nummer 5 vor.

Zu § 88

Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Studentenschaft muß wie die der Universität vom Rechnungshof geprüft werden. Dies soll, obwohl die Studentenschaft Teil der Universität ist, durch die in § 88 vorgesehene Änderung der Anlage zu § 13 Absatz 2 des Gesetzes über den Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg ausdrücklich klar gestellt werden.

Zu § 89

Mit dem Universitätsgesetz werden Struktur und Verfassung der Universität grundlegend umgestaltet. Das Gesetz sollte daher zu Beginn eines Semesters in Kraft treten. Der Entwurf sieht demgemäß den 1. April 1969 vor.

Beilage 5821

Ausgegeben am 1. März 1968

betr. Hochschulgesetz

**Entwurf
eines Hochschulgesetzes**

nach den Beschlüssen Zweiter Beratung

Der Landtag hat am das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

ERSTER ABSCHNITT**Die Universitäten im allgemeinen****§ 1***Geltungsbereich*

Dieses Gesetz gilt für die

Universität Freiburg,
Universität Heidelberg,
Universität Hohenheim (Landwirtschaftliche Hochschule),
Universität Karlsruhe (Technische Hochschule),
Universität Konstanz,
Universität Mannheim (Wirtschaftshochschule),
Universität Stuttgart (Technische Hochschule),
Universität Tübingen,
Universität Ulm (Medizinisch-Naturwissenschaftliche Hochschule).

Die Änderung des Geltungsbereichs und die Anerkennung bestehender Einrichtungen als wissenschaftliche Hochschulen bedürfen eines besonderen Gesetzes.

§ 2*Grundsätze der Hochschulreform*

Die Hochschulreform ist eine ständige gemeinsame Aufgabe des Landes und der Universitäten. Die zur Weiterentwicklung des Hochschulwesens erforderliche Planung erfolgt unter Berücksichtigung eines Hochschulgesamtplans durch das Kultusministerium im Zusammenwirken mit den Universitäten. Im Rahmen dieser Planung fördert das Kultusministerium die Entwicklung und Erprobung neuer Strukturen, Organisationsformen und Ausbildungsgänge. Hierzu kann es im Einvernehmen mit den betroffenen Universitäten neue Einrichtungen schaffen, bestehende mit ihnen verbinden und Hochschulversuche vornehmen. Die Zusammenarbeit der Universitäten ist zu fördern. Das Zusammen-

§ 3*Aufgaben*

(1) Die Universitäten vereinigen Forschung und Lehre im Dienste an den Wissenschaften. Sie bereiten zugleich auf Berufe vor, für die ein wissenschaftliches Studium vorgeschrieben oder nützlich ist. Darüber hinaus nehmen sie sich der wissenschaftlichen Fortbildung an.

(2) Im Rahmen dieser Aufgaben obliegt den Universitäten auch die soziale Förderung ihrer Angehörigen.

§ 4*Rechtsnatur*

(1) Die Universitäten des Landes Baden-Württemberg sind vom Staat eingerichtete und unter seiner Aufsicht stehende rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts. Sie geben sich nach Maßgabe dieses Gesetzes Grundordnungen, die der Genehmigung der Landesregierung bedürfen. Die in § 2 niedergelegten Grundsätze sind bei der Aufstellung der Grundordnung zu beachten.

(2) Die Universitäten sind frei in Forschung und Lehre. Im Rahmen der Gesetze und ihrer Grundordnungen ist ihnen das Recht der Selbstverwaltung gewährleistet.

(3) Alle Einnahmen und Ausgaben der Universitäten müssen in den Staatshaushaltsplan eingesetzt werden.

(4) Die an den Universitäten tätigen Bediensteten stehen in einem unmittelbaren Dienstverhältnis zum Land Baden-Württemberg.

(5) Die Universitäten führen eigene Siegel. Sie haben ein Recht auf ihre bisherigen Wappen. Das Kultusministerium kann Universitäten auf ihren Antrag das Recht verleihen, neue Wappen zu führen. Universitäten ohne eigenes Wappen führen das kleine Landeswappen.

§ 5

Angehörige

(1) Der Universität gehören an

1. als Mitglieder:

- a) die Angehörigen des Lehrkörpers,
- b) der Universitätspräsident,
- c) der Kanzler,
- d) die immatrikulierten Studenten,
- e) die Ehrensatoren und Ehrenbürger,

2. die an ihr tätigen, nicht unter Nr. 1 fallenden Beamten, Angestellten und Arbeiter.

(2) Die Mitglieder haben nach Maßgabe der Grundordnung Pflichten in der Selbstverwaltung der Universität zu übernehmen und darauf hinzuwirken, daß die Universität ihre Aufgaben erfüllen kann.

§ 6

Organisation

(1) Die Gliederung der Universität in ständige Einheiten für Forschung und Lehre (Fakultäten, Abteilungen, Fachbereiche usw.) und die Vertretung dieser Einheiten wird durch die Grundordnung geregelt. Diese Einheiten tragen unbeschadet der Gesamtverantwortung der Universität in ihrem Bereich die Verantwortung für die Pflege der Wissenschaften in Forschung und Lehre. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere die Aufstellung von Studienplänen und die Sorge für die erforderlichen Lehrveranstaltungen, die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die Mitwirkung bei der Ergänzung des Lehrkörpers sowie die Aufstellung von Prüfungs-, Promotions- und Habilitationsordnungen. Sie fördern in ihrem Bereich gemeinsame Forschungsvorhaben mehrerer Universitätslehrer und die Koordinierung der Forschungsprogramme. Sie bestimmen, soweit es zur Gewährleistung eines geordneten Studiengangs erforderlich ist, die Lehraufgaben der Angehörigen des Lehrkörpers entsprechend ihrem Fachgebiet.

(2) Die Universität beschließt über die Einführung und Aufhebung von Studiengängen sowie über die Bildung, Veränderung und Aufhebung der Universitätseinrichtungen (Institute, Seminare, Kliniken, Bibliotheken, zentrale Werkstätten u. a.). Die Beschlüsse bedürfen der Zustimmung des Kultusministeriums.

(3) Allen Mitgliedern der Universität stehen die Universitätseinrichtungen ihres Fachgebiets nach näherer Regelung durch die Verwaltungs- und Benutzungsordnungen zur Verfügung. Diese Ordnungen müssen, soweit nicht zwingende Gründe der Forschung, Lehre oder Krankenversorgung entgegenstehen, eine kollegiale oder turnusmäßig wechselnde Leitung vorsehen. Vor Erlass der Ordnungen sind die Mitglieder des Lehrkörpers, die Vertreter der Studentenschaft ihres Fachgebiets sowie Vertreter der an den Einrichtungen tätigen Bediensteten zu hören. Die Ordnungen der Kliniken und der Universitätsbibliothek bedürfen der Zustimmung des Kultusministeriums.

§ 7

Akademische Grade und Ehrungen

Die Universitäten haben das Recht der Habilitation sowie der Verleihung akademischer Grade und akademischer Ehrungen.

ZWEITER ABSCHNITT

Organ der Universität

§ 8

Organe

(1) In der Grundordnung wird festgelegt, ob die Präsidialverfassung oder die Rektoratsverfassung Anwendung findet.

(2) Bei der Präsidialverfassung sind Organe der Universität:

1. der Universitätspräsident,
2. der Große Senat,
3. der Senat,
4. der Verwaltungsrat.

(3) Bei der Rektoratsverfassung sind Organe der Universität:

1. der Rektor,
2. der Große Senat,
3. der Senat,
4. der Verwaltungsrat,
5. der Kanzler.

§ 9

Universitätspräsident

(1) Der Universitätspräsident vertritt die Universität. Er ist Vorsitzender des Senats und des Verwaltungsrats sowie Leiter der Verwaltung. Der Universitätspräsident bereitet die Beschlüsse des Großen Senats und des Senats sowie des Verwaltungsrats vor und führt sie aus. Hält er die Beschlüsse für rechtswidrig, so hat er sie zu beanstanden und auf Abhilfe zu dringen. Kommt keine Einigung zustande, ist die Rechtsaufsichtsbehörde zu unterrichten. Der Universitätspräsident erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung. Er übt das Hausrecht aus. Er wird durch den leitenden Verwaltungsbeamten unterstützt, der die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst haben muß. Die Stellvertretung des Universitätspräsidenten in akademischen Angelegenheiten und seine Vertretung im Großen Senat, im Senat und im Verwaltungsrat wird durch die Grundordnung geregelt. In Wirtschafts- und Personalangelegenheiten ist der leitende Verwaltungsbeamte Stellvertreter des Universitätspräsidenten.

(2) Der Universitätspräsident ist Beamter auf Zeit. Die Grundordnung kann die Bezeichnung Rektor vorsehen. Der Universitätspräsident wird aufgrund eines gemeinsamen Vorschlags des Kultusministers und des Großen Senats vom Ministerpräsidenten ernannt. Die Amtszeit beträgt acht Jahre. Sie beginnt mit dem Amts-

antritt, im Falle der unmittelbaren Wiederernennung schließt sich die neue Amtszeit an das Ende der vorangegangenen an.

(3) Der Universitätspräsident ist nach Ablauf seiner Amtszeit oder bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, falls er vorher Landesbeamter war, auf seinen Antrag mindestens mit einer vergleichbaren Rechtsstellung, die er im Zeitpunkt der Ernennung zum Universitätspräsidenten hatte, in den Landesdienst zu übernehmen. Der Antrag ist spätestens drei Monate nach Beendigung der Amtszeit als Universitätspräsident zu stellen. Die Ernennung ist abzulehnen, wenn er ein Dienstvergehen begangen hat, das die Entfernung aus dem Dienst rechtfertigen würde. Ist keine entsprechende Planstelle verfügbar, so wird der bisherige Universitätspräsident entsprechend der Rechtsstellung, die er im Zeitpunkt der Ernennung zum Universitätspräsidenten hatte, wieder in das Landesbeamtentverhältnis berufen und gleichzeitig in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Die Bestimmungen über die Versetzung in den Ruhestand bleiben unberührt. Im Falle der Wiederanstellung eines in den Ruhestand getretenen Universitätspräsidenten gilt § 10 Abs. 2 Satz 1 Landesbesoldungsgesetz in der Fassung vom 6. Juli 1965 (GesBl. S. 151) nicht. War der Universitätspräsident vor seiner Ernennung Inhaber eines Lehrstuhls und soll er einen Lehrstuhl an der Universität erhalten, der er als Universitätspräsident angehört hat, entfällt das Berufungsverfahren.

§ 10

Großer Senat

(1) Der Große Senat hat folgende Aufgaben:

1. Beschluß über die Änderung der Grundordnung,
 2. Mitwirkung bei der Bestellung des Universitätspräsidenten,
 3. Wahl des Rektors,
 4. Entgegennahme und Erörterung des jährlichen Rechenschaftsberichts des Universitätspräsidenten oder des Rektors,
 5. Behandlung von Angelegenheiten, die durch die Grundordnung oder den Beschluß des Senats oder Verwaltungsrats dem Großen Senat zugewiesen sind.
- (2) Dem Großen Senat gehören kraft Amtes an:
1. der Universitätspräsident oder der Rektor sowie deren Stellvertreter,
 2. je zwei leitende Vertreter der ständigen Einheiten für Forschung und Lehre,
 3. der Kanzler mit beratender Stimme.

Aufgrund von Wahlen sind folgende Gruppen berechtigt, entsprechend der Zahl der Vertreter der ständigen Einheiten für Forschung und Lehre Mitglieder zu entsenden:

1. die ordentlichen und außerordentlichen Professoren auf die Dauer von vier Jahren,
2. a) die Dozenten auf die Dauer von zwei Jahren,
- b) die Angehörigen des Lehrkörpers nach § 16 Abs. 2 Nr. 1 und 2 auf die Dauer von zwei Jahren,

c) die Angehörigen des Lehrkörpers nach § 16 Abs. 2 Nr. 3 und 4 auf die Dauer von zwei Jahren,

3. die Studentenschaft auf die Dauer von einem Jahr.

Die Sitze nach Nr. 2 werden so aufgeteilt, daß jede Untergruppe ein Drittel der Sitze erhält und eventuelle Restsitze nach dem Verhältnis der Zahl der Mitglieder der Untergruppen aufgeteilt werden. Bei den in Absatz 1 Nr. 3 und 4 aufgeführten Aufgaben wirken sämtliche Lehrstuhlinhaber mit Stimmrecht mit.

(3) Die Wahl der Mitglieder des Großen Senats nach Absatz 2 Satz 2 und deren Stellvertreter wird in der Grundordnung geregelt. Die Grundsätze des § 66 Absatz 1 bis 3 sind dabei zu berücksichtigen. Der Große Senat wählt aus seiner Mitte für die Dauer von zwei Jahren einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Der Universitätspräsident oder der Rektor sind nicht wählbar. Der Große Senat wird mindestens einmal jährlich vom Vorsitzenden, solange dieser nicht gewählt ist vom Universitätspräsidenten oder dem Rektor einberufen. Der Große Senat ist ferner einzuberufen, wenn der Universitätspräsident oder der Rektor, der Senat oder ein Drittel der Mitglieder des Großen Senats es fordern. Die Änderung der Grundordnung bedarf der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder.

§ 11

Senat

(1) Der Senat entscheidet über alle Angelegenheiten der Universität, soweit sie nicht durch Gesetz oder Grundordnung einem anderen Organ, den ständigen Einheiten für Forschung und Lehre oder den Universitätseinrichtungen übertragen sind. Die Grundordnung kann bestimmen, daß der Senat beschließende und beratende Ausschüsse bilden kann, in denen der Universitätspräsident oder der Rektor den Vorsitz führt. Der Universitätspräsident oder der Rektor kann mit Zustimmung des Senats den Vorsitz auf ein Mitglied des Ausschusses übertragen. Die beschließenden und beratenden Ausschüsse können sachkundige Mitglieder der Universität und Sachverständige zu den Beratungen zuziehen.

(2) Dem Senat gehören kraft Amtes an:

1. der Universitätspräsident oder der Rektor als Vorsitzender,
2. der Stellvertreter des Universitätspräsidenten oder des Rektors,
3. je ein leitender Vertreter der ständigen Einheiten für Forschung und Lehre,
4. der Kanzler mit beratender Stimme.

Aufgrund von Wahlen sind

1. die ordentlichen und außerordentlichen Professoren,
2. die Dozenten,
3. die in § 16 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 aufgeführten Angehörigen des Lehrkörpers,
4. die Studentenschaft

berechtigt, in den Senat je zwei Mitglieder, bei mehr als vier ständigen Einheiten für Forschung und Lehre je drei Mitglieder zu entsenden.

§ 13
Rektor

(3) Die Wahl der Mitglieder des Senats nach Absatz 2 Satz 2 und deren Stellvertreter sowie ihre Amtszeit werden in der Grundordnung geregelt. Die Vertreter der in § 16 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 aufgeführten Angehörigen des Lehrkörpers und der Studentenschaft wirken bei der Behandlung von Berufungsvorschlägen und persönlichen Angelegenheiten beratend mit. Die Sitzungen des Senats sind nichtöffentlich.

§ 12
Verwaltungsrat

(1) Der Verwaltungsrat berät den Universitätspräsidenten, den Rektor und den Kanzler in allen wichtigen Angelegenheiten der Universität. Der Verwaltungsrat bereitet die Planung für die Entwicklung der Universität und die Zusammenarbeit mit anderen Bildungseinrichtungen vor und sorgt im Zusammenwirken mit den anderen Organen der Universität für einen wirtschaftlichen Einsatz der der Forschung und Lehre dienenden Mittel.

(2) Der Verwaltungsrat beschließt in folgenden Angelegenheiten:

1. Aufstellung des Haushaltsvoranschlags,
2. Verteilung der der Universität zugewiesenen Mittel und Stellen,
3. Entscheidungen über das Universitätsvermögen, soweit sie über den Rahmen der laufenden Verwaltung hinausgehen,
4. Planung der baulichen Entwicklung,
5. Entscheidungen über Grundstücks- und Raumverteilung,
6. Erlass von Ordnungen über die Verwaltung und Benutzung der Universitätseinrichtungen.

(3) Dem Verwaltungsrat gehören an:

1. der Universitätspräsident oder der Rektor als Vorsitzender,
2. der Kanzler,
3. vier vom Senat auf vier Jahre zu wählende Mitglieder, von denen eines Dozent sein muß,
4. der leitende Verwaltungsbeamte mit beratender Stimme.

(4) Von den in Absatz 3 Nr. 3 bezeichneten Mitgliedern scheidet jedes Jahr ein Mitglied aus; Wiederwahl ist zulässig. Bei der ersten Wahl zum Verwaltungsrat wird je ein Mitglied auf die Dauer von vier Jahren, drei Jahren, zwei Jahren und einem Jahr gewählt.

(5) An Sitzungen des Verwaltungsrats, in denen Beschlüsse nach Absatz 2 gefaßt werden, sind ein Vertreter der Angehörigen des Lehrkörpers nach § 16 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 und ein Vertreter der Studentenschaft mit beratender Stimme zur Teilnahme berechtigt. Sie werden vom Senat aus seinen Mitgliedern für die Dauer eines Jahres gewählt. Der Verwaltungsrat kann sachkundige Mitglieder der Universität und Sachverständige zu den Beratungen einzelner Angelegenheiten zuziehen. Die Sitzungen des Verwaltungsrats sind nichtöffentlich.

(1) Der Rektor leitet die akademische Verwaltung und vertritt insoweit die Universität. Er erledigt in diesem Bereich in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung, § 9 Abs. 1 Satz 2 bis 5 und 7 gilt entsprechend. Der Kanzler unterstützt ihn hierbei und ist insoweit an die Weisungen des Rektors gebunden.

(2) Der Rektor wird vom Großen Senat aus der Reihe der ordentlichen Professoren gewählt. Die Amtszeit beträgt mindestens ein Jahr, mehrfache Wiederwahl ist zulässig. Die Bestimmungen über die Wahlordnung, die Vertretung und die Amtszeit trifft die Grundordnung.

§ 14
Kanzler

(1) Der Kanzler ist Leiter der Wirtschafts- und Personalverwaltung und vertritt insoweit die Universität. Er erledigt in diesem Bereich in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung. In wichtigen Angelegenheiten handelt er im Benehmen mit dem Verwaltungsrat. Er informiert den Rektor regelmäßig über seine Geschäftsführung und erteilt dem Senat auf dessen Verlangen über sie Auskunft. Der Kanzler bereitet die Beschlüsse des Verwaltungsrats vor und führt sie aus. Hält er Beschlüsse des Verwaltungsrats für rechtswidrig, so hat er sie zu beanstanden und auf Abhilfe zu dringen. Kommt keine Einigung zustande, ist die Rechtsaufsichtsbehörde zu unterrichten.

(2) Der Kanzler ist Beamter auf Zeit. Er wird aufgrund eines gemeinsamen Vorschlags des Kultusministers und des Senats vom Ministerpräsidenten ernannt. Die Amtszeit beträgt acht Jahre, bei unmittelbarer Wiederernennung nach Ablauf der Amtszeit zwölf Jahre. Die Amtszeit beginnt mit dem Amtsantritt; im Falle der Wiederernennung schließt sich die neue Amtszeit an das Ende der vorangegangenen an. Der Kanzler soll die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst haben.

(3) Der Stellvertreter des Kanzlers wird vom Kultusministerium bestellt. Er muß die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst haben, wenn nicht der Kanzler diese Befähigung hat. Der Senat hat ein Vorschlagsrecht.

(4) Nach Ablauf seiner Amtszeit oder bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ist der Kanzler, falls er vorher Landesbeamter war, auf seinen Antrag mindestens mit einer vergleichbaren Rechtsstellung, die er im Zeitpunkt der Ernennung zum Kanzler hatte, in den Landesdienst zu übernehmen. § 9 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 15
Verfahrensgrundsätze

(1) Die Kollegialorgane sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend und die Sitzung entsprechend den näheren Bestimmungen der Grundordnung ordnungsgemäß einberufen ist. Die Mitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und stimmen in der Regel offen ab. Die Be-

schlüsse werden mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefaßt. Stimmenthaltungen gelten als Ablehnung. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(2) Die Vorschriften über die Befähigung von Mitgliedern der Kollegialorgane werden in der Grundordnung festgelegt.

(3) Verstößt ein zur Teilnahme an einer Sitzung Berechtigter grob oder wiederholt gegen die Ordnung, so kann er vom Vorsitzenden aus dem Beratungsraum verwiesen werden. Bei wiederholten Ordnungswidrigkeiten kann das Kollegialorgan einen zur Teilnahme an den Sitzungen Berechtigten für höchstens zwei Sitzungen ausschließen.

(4) Über die Verhandlungen der Kollegialorgane sind Niederschriften zu fertigen. Diese müssen Tag und Ort der Sitzung, die Zahl der anwesenden und die Namen der abwesenden Mitglieder, die Namen der sonstigen Anwesenden, die behandelten Gegenstände, die Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis ersehen lassen. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen.

(5) Scheidet ein Mitglied vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so wird das an dessen Stelle tretende Mitglied nur für die restliche Amtszeit bestellt.

(6) Die an den Sitzungen Beteiligten sind zur Verschwiegenheit und zur Geheimhaltung von Beratungsunterlagen verpflichtet, soweit dies durch Gesetz, Grundordnung oder Beschluß vorgeschrieben ist. Sie dürfen die Kenntnis von geheimzuhaltenden Angelegenheiten nicht unbefugt verwerten. Diese Verpflichtungen bestehen auch nach dem Ausscheiden aus der Organstellung fort. Die Geheimhaltung kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohls oder zum Schutz berechtigter Interessen Einzelner besonders angeordnet werden. Die Anordnung ist aufzuheben, sobald sie nicht mehr gerechtfertigt ist.

DRITTER ABSCHNITT

Der Lehrkörper

§ 16
Gliederung

(1) Den Lehrkörper im engeren Sinne bilden die Universitätslehrer:

1. die ordentlichen und außerordentlichen Professoren (Lehrstuhlinhaber) und die entsprechenden ordentlichen und außerordentlichen Professoren,
2. die Abteilungsvorsteher und wissenschaftlichen Räte,
3. die Honorarprofessoren,
4. die außerplanmäßigen Professoren,
5. die Universitätsdozenten,
6. die Privatdozenten, wenn sie an der Universität in ihrem Fachbereich tätig sind.

(2) Dem Lehrkörper im weiteren Sinne gehören außerdem an:

1. die Direktoren der Universitätsbibliotheken, der Universitätsinstitute für Leibesübungen, der Studienkollegs, des Dolmetscherinstituts und vergleichbarer Universitätseinrichtungen,
2. die Akademischen Räte und Oberärzte und die ihnen vergleichbaren in Lehre und Forschung tätigen Beamten des höheren Dienstes,
3. die Wissenschaftlichen Assistenten, Oberassistenten und Oberingenieure (wissenschaftliche Assistenten),
4. die wissenschaftlichen Angestellten,
5. die Lehrbeauftragten,
6. die Gastprofessoren und Gastdozenten.

(3) Die in Absatz 1 Nr. 2, 4 bis 6 aufgeführten Personen sind Dozenten im Sinne dieses Gesetzes. Die Grundordnung kann bestimmen, daß die Honorarprofessoren zu den Dozenten gehören.

§ 17
Aufgaben der Universitätslehrer

(1) Die Universitätslehrer haben ihr Fachgebiet als Forscher und Lehrer zu vertreten. Sie bilden in ihrem Fachgebiet und den dafür geschaffenen Einrichtungen Arbeitsgruppen von in Forschung und Lehre gleichberechtigten Wissenschaftlern. Auf dem Gebiet der Krankenversorgung ist der vorgesezte Arzt befugt, Weisungen zu erteilen.

(2) Beamtete Universitätslehrer sind verpflichtet, in den Universitätseinrichtungen ihres Fachgebiets Leitungsaufgaben zu übernehmen.

(3) Beamtete Universitätslehrer sind verpflichtet, Gutachten einschließlich der hierfür erforderlichen Untersuchungen ohne Vergütung zu erstatten, wenn diese vom Kultusministerium oder von den Organen der Universität angefordert werden.

(4) Beamtete Universitätslehrer sind verpflichtet, bei akademischen Prüfungen und bei staatlichen Prüfungen, durch die ein Hochschulstudium abgeschlossen wird, mitzuwirken. Für ihre Mitwirkung bei anderen staatlichen Prüfungen gilt § 76 des Landesbeamtengesetzes.

§ 18
Forschungsmuster

Für die Dauer eines Semesters oder ausnahmsweise für einen längeren Zeitraum kann das Kultusministerium im Einvernehmen mit der Universität beamtete Universitätslehrer auf Antrag zur Förderung einer Forschungstätigkeit von der Verpflichtung zur Abhaltung des akademischen Unterrichts und der Teilnahme an Prüfungen unter Belassung ihrer Dienstbezüge einschließlich der Unterrichtsgeldabfindung in angemessenen Zeitabständen befreien, wenn eine ausreichende Vertretung gewährleistet ist. Die Belassung der Unterrichtsgeldabfindung bedarf der Zustimmung des Finanzministeriums, wenn die Befreiung länger als ein Semester dauern soll, oder wenn seit der zuletzt gewährten Befreiung noch nicht fünf Jahre verstrichen sind.

§ 19

Beamtenrechtliche Bestimmungen

(1) Auf Universitätslehrer und sonstige Beamte, die an der Universität tätig sind, finden die für Landesbeamte allgemein geltenden Vorschriften Anwendung, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.

(2) Die Vorschriften über Laufbahnen, die Probezeit, die Abordnung, die Versetzung, den einstweiligen Ruhestand und die Arbeitszeit sind auf Universitätslehrer nicht anzuwenden. Die Vorschriften über die Laufbahnen finden auf die wissenschaftlichen Assistenten, die Vorschriften über die Stellenausschreibung finden auf die Universitätslehrer im Sinne des § 16 Abs. 1 Nr. 2 bis 6 und auf die wissenschaftlichen Assistenten keine Anwendung.

(3) Wird ein Universitätslehrer zur Vertretung eines Lehrstuhls an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule ohne Gewährung von Dienstbezügen beurlaubt und besteht ein dienstliches Interesse, daß er auch weiterhin an seiner Universität eine begrenzte Lehrtätigkeit ausübt, so kann ihm dafür eine Vergütung entsprechend den Lehrauftragsvergütungen gewährt werden.

§ 20

Unfallfürsorge

(1) Erleiden Mitglieder des Lehrkörpers, die als solche weder Beamte noch Angestellte sind, in Ausübung oder infolge ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit an der Universität einen Unfall im Sinne von § 152 des Landesbeamtengesetzes, erhalten sie Unfallfürsorgeleistungen in entsprechender Anwendung der §§ 154 bis 156 des Landesbeamtengesetzes, soweit sie nicht anderweitig Anspruch auf entsprechende Leistungen haben. Das Kultusministerium kann ihnen im Einvernehmen mit dem Finanzministerium einen nach billigem Ermessen festzusetzenden Unterhaltsbeitrag bewilligen. Entsprechendes gilt für die Hinterbliebenen.

(2) Unfallfürsorge kann Mitgliedern des Lehrkörpers gewährt werden, die im Interesse ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit beurlaubt worden sind und in Ausübung oder infolge dieser Tätigkeit einen Unfall erleiden.

Die ordentlichen

und außerordentlichen Professoren

§ 21

Berufung

(1) Die ordentlichen und außerordentlichen Professoren werden auf Vorschlag der Universität durch das Kultusministerium berufen und durch den Ministerpräsidenten ernannt. Die Habilitation ist keine notwendige Voraussetzung für die Berufung. Der Berufungsvorschlag muß begründet sein und soll drei Namen enthalten. An der Beschlüßfassung über die Vorschlagsliste müssen sowohl die betroffenen ständigen Einheiten für Forschung und Lehre als auch der Senat der Universität beteiligt werden. Zur Vorbereitung des Vorschlags soll der Lehrstuhl ausgeschrieben werden. Das Nähere über das Verfahren bestimmt die Grundordnung.

(2) Lehnen alle Vorgeschlagenen den an sie ergangenen Ruf ab oder bestehen begründete Bedenken gegen den Vorschlag, so ist die Universität zu einem neuen Vorschlag aufzufordern.

(3) Legt die Universität nicht innerhalb von sechs Monaten nach dem Freiwerden oder der Errichtung des Lehrstuhls oder nicht innerhalb von drei Monaten nach der Aufforderung, eine neue Liste einzureichen (Absatz 2), oder im Falle der Entpflichtung des bisherigen Lehrstuhlinhabers wegen Erreichens der Altersgrenze nicht bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Entpflichtung wirksam wird, einen Berufungsvorschlag vor, so kann wirksam, einen Berufungsvorschlag nach Anhörung des Universitätspräsidenten oder des Rektors von sich aus eine geeignete Persönlichkeit berufen, es sei denn, daß zwingende Gründe für die Verzögerung des Vorschlags bestanden haben.

(4) Beabsichtigt das Kultusministerium, abgesehen von dem Fall des Absatzes 3, ausnahmsweise einen nicht Vorgeschlagenen zu berufen, so ist der Universität vor der Berufung Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.

§ 22

Rechtsstellung

(1) Die ordentlichen und außerordentlichen Professoren werden zu Beamten auf Lebenszeit ernannt.

(2) Sie sind nach Erreichen der Altersgrenze von ihren amtlichen Verpflichtungen entbunden (Entpflichtung).

(3) Die Entpflichtung wird zum Ende des Semesters wirksam, in dem der ordentliche oder außerordentliche Professor das 68. Lebensjahr vollendet. Auf seinen Antrag kann die Entpflichtung schon zum Ende des Semesters ausgesprochen werden, in dem der ordentliche oder außerordentliche Professor das 65. Lebensjahr vollendet.

(4) Im Falle der Entlassung aus dem Beamtenverhältnis darf die bisherige Amtsbezeichnung weitergeführt werden. Der Ministerpräsident kann die Weiterführung untersagen, wenn der Entlassene sich ihrer als nicht würdig erweist.

§ 23

Rechtsstellung nach der Entpflichtung

(1) Durch die Entpflichtung wird die allgemeine beamtenrechtliche Stellung der ordentlichen und außerordentlichen Professoren nicht verändert. Sie erhalten ihre Dienstbezüge weiter, steigen jedoch in Dienstaltersstufen nicht mehr auf. Die Unterrichtsgeldabfindung entfällt und kann nicht neu begründet werden.

(2) Die Entpflichtetenbezüge gelten hinsichtlich der Anwendbarkeit der Vorschriften des allgemeinen Beamtenrechts über die Zahlung der Versorgungsbezüge, das Ruhen der Versorgungsbezüge, das Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge und die Anzeigepflicht als Ruhegehalt, die Empfänger insoweit als Ruhestandsbeamte. Bezieht ein entpflichteter Professor aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst ein Ein-

kommen, so gelten als Höchstgrenze im Sinne des § 175 Abs. 2 Landesbeamtengesetz die Entpflichtetenbezüge und die zuletzt bezogene Unterrichtsgeldabfindung.

(3) Die Vorschriften über Nebentätigkeit, Urlaub und Wohnung finden auf entpflichtete Universitätslehrer keine Anwendung.

§ 24

Ruhegehalt

(1) Ist für einen ordentlichen oder außerordentlichen Professor das Ruhegehalt zu berechnen, so ist den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen ein Betrag in Höhe eines Zwölftels des im Landesbesoldungsgesetz bestimmten Mindestbetrags der jährlichen Unterrichtsgeldabfindung hinzuzurechnen.

(2) Ruhegehaltfähig ist auch die Zeit, in der die ordentlichen und außerordentlichen Professoren nach der Habilitation dem Lehrkörper einer wissenschaftlichen Hochschule angehört haben.

(3) Zur Gewinnung oder Erhaltung hervorragender Lehrkräfte kann das Kultusministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium Zeiten einer für den Beruf des ordentlichen oder außerordentlichen Professors förderlichen Tätigkeit auf die ruhegehaltfähige Dienstzeit in einem über die Vorschriften des allgemeinen Beamtenrechts hinausgehenden Maße anrechnen und entsprechende Zusicherungen erteilen.

§ 25

Hinterbliebenenbezüge

(1) Bei der Bemessung des Witwen- und Waisengeldes für Hinterbliebene der entpflichteten Professoren ist das Ruhegehalt zugrunde zu legen, das der Verstorbene erhalten hätte, wenn er im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Entpflichtung in den Ruhestand getreten wäre. Bei der Bemessung des Sterbegeldes werden die Entpflichtetenbezüge zugrunde gelegt.

(2) Für die Anwendung des § 140 Satz 2 Nr. 2, § 143 Abs. 1 und § 144 Abs. 3 des Landesbeamtengesetzes gelten die Empfänger von Entpflichtetenbezügen als Ruhestandsbeamte.

§ 26

Nebentätigkeit

(1) Zur Übernahme einer Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst sind die ordentlichen und außerordentlichen Professoren nur insoweit verpflichtet, als die Nebentätigkeit in unmittelbarem Zusammenhang mit ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit steht.

(2) Nicht genehmigungspflichtig ist die mit der Forschungs- und Lehrtätigkeit zusammenhängende selbständige Gutachter- und Beratertätigkeit.

(3) Durch die Ausübung einer Nebentätigkeit darf die ordnungsmäßige Vertretung des Fachgebiets in Forschung und Lehre nicht beeinträchtigt werden.

§ 27

Akademische Rechte

(1) Die akademischen Rechte und Pflichten der ordentlichen und außerordentlichen Professoren einschließlich der entpflichteten Professoren werden durch die Grundordnung geregelt.

(2) Einem außerordentlichen Professor können die Amtsbezeichnung sowie im Einvernehmen mit der Universität die akademischen Rechte eines ordentlichen Professors verliehen werden. Seine beamtenrechtliche Stellung wird dadurch nicht verändert.

Die Privatdozenten und außerplanmäßigen Professoren, die Universitätsdozenten, die Abteilungsvorsteher und Wissenschaftlichen Räte

§ 28

Privatdozenten und außerplanmäßige Professoren

(1) Die Universität verleiht den Personen, die sich habilitiert haben, auf Antrag die mit dem Recht zur Führung der Bezeichnung Privatdozent verbundene Lehrbefugnis. Mit der Verleihung in den Landesdienst verbunden. Die Tätigkeit eines Privatdozenten in seinem Fachbereich an der Universität kann nur versagt werden, wenn durch sie ein ordnungsgemäßer Lehr- und Forschungsbetrieb erheblich beeinträchtigt würde. Die Grundordnung regelt die mit der Tätigkeit des Privatdozenten in seinem Fachbereich verbundenen Rechte und Pflichten einschließlich deren Dauer und Beendigung.

(2) Privatdozenten, die sich in Forschung und Lehre bewährt haben, auf Antrag die mit dem Recht zur Führung der Bezeichnung Privatdozent verbundene Lehrbefugnis. Mit der Verleihung in den Landesdienst verbunden. Die Tätigkeit eines Privatdozenten in seinem Fachbereich an der Universität kann nur versagt werden, wenn durch sie ein ordnungsgemäßer Lehr- und Forschungsbetrieb erheblich beeinträchtigt würde. Die Grundordnung regelt die mit der Tätigkeit des Privatdozenten in seinem Fachbereich verbundenen Rechte und Pflichten einschließlich deren Dauer und Beendigung.

§ 29

Universitätsdozenten

(1) Privatdozenten, die keinen anderen Hauptberuf haben, können auf Vorschlag der Universität als solche zu Beamten auf Widerruf ernannt werden. Sie führen die Amtsbezeichnung Universitätsdozent.

(2) Universitätsdozenten können unter den Voraussetzungen des § 28 Abs. 2 zu außerplanmäßigen Professoren als Beamte auf Widerruf ernannt werden. Sie können, sofern sie nicht nach den Vorschriften des allgemeinen Beamtenrechts zu entlassen sind, nur entlassen werden,

1. wenn sie eine Handlung begehen, die bei einem Beamten auf Lebenszeit eine Disziplinarstrafe zur Folge hätte, die nur im förmlichen Disziplinarverfahren verhängt werden kann, oder

2. bei Auflösung der Universität oder bei einer wesentlichen Änderung ihres Aufbaus, wenn eine andere Verwendung nicht möglich ist, oder

3. wenn ihr wirtschaftliches Auskommen durch eine andere Berufstätigkeit voraussichtlich dauernd gesichert ist, oder
4. wenn die Lehrbefugnis aus anderen Gründen als infolge Dienstunfähigkeit endet.

Eine Entlassung nach Nr. 4 ist ausgeschlossen, wenn seit der Ernennung zum außerplanmäßigen Professor zehn Jahre verstrichen sind; die allgemeinen Bestimmungen über die Abordnung und Versetzung sind in diesem Falle anwendbar. Entlassungen nach den Nr. 2 bis 4 können nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres unter Einhaltung einer Frist von mindestens drei Monaten ausgesprochen werden.

(3) Die Vorschriften der §§ 24 Abs. 2 und 26 gelten entsprechend.

§ 30

Versorgung

(1) Ein Universitätsdozent ist in den Ruhestand zu versetzen, wenn er infolge Krankheit, Verwundung oder sonstiger Beschädigung, die er sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, dienstunfähig geworden ist oder die Altersgrenze erreicht hat. Er ist in der Regel in den Ruhestand zu versetzen, wenn er aus anderen Gründen dienstunfähig geworden ist.

(2) Einem Universitätsdozenten, der wegen Dienstunfähigkeit entlassen wird, wird im Einvernehmen mit dem Finanzministerium in der Regel ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Ruhegehalts gewährt. Die Bewilligung eines Unterhaltsbeitrags schließt das Übergangsgeld aus.

(3) Ist ein Universitätsdozent aus einer der in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Ursache gestorben, so wird Hinterbliebenenversorgung nach den Vorschriften des allgemeinen Beamtenrechts gewährt.

(4) Der Witwe, dem Witwer, dem geschiedenen Ehegatten und den Kindern eines Universitätsdozenten, der aus anderen als den in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Ursachen verstorben oder dem nach Absatz 2 ein Unterhaltsbeitrag bewilligt worden ist oder hätte bewilligt werden können, wird im Einvernehmen mit dem Finanzministerium in der Regel ein Unterhaltsbeitrag im Rahmen und nach Maßgabe der Vorschriften des allgemeinen Beamtenrechts gewährt.

(5) Auf außerplanmäßige Professoren, die als solche zu Beamten auf Widerruf ernannt sind, finden die für Beamte auf Lebenszeit geltenden Vorschriften über den Eintritt in den Ruhestand und die Hinterbliebenenversorgung entsprechende Anwendung.

§ 31

Abteilungsleiter und Wissenschaftliche Räte

(1) Die Abteilungsleiter und Wissenschaftlichen Räte werden zu Beamten auf Lebenszeit ernannt. Die Ernennung zum Abteilungsleiter oder Wissenschaftlichen Rat setzt in der Regel die Habilitation vor-

aus. Dem Ernennungsvorschlag der Universität sollen gutachtliche Äußerungen von zwei Lehrstuhlinhabern an anderen Hochschulen beigelegt werden. Die zuständige Einheit für Forschung und Lehre bestimmt die Gutachter.

(2) Die Vorschriften der §§ 24 Abs. 2 und 26 gelten entsprechend.

Die Honorarprofessoren,

Lehrbeauftragten, Gastprofessoren
und Gastdozenten

§ 32

Honorarprofessoren

(1) Zum Honorarprofessor kann bestellt werden, wer auf einem bestimmten Wissenschaftsgebiet den Anforderungen entspricht, die an die Inhaber akademischer Lehrstühle gestellt werden. Die Bestellung erfolgt durch das Kultusministerium auf Vorschlag der Universität.

(2) Honorarprofessoren sollen über die zu ihrem Wissenschaftsgebiet gehörenden Fächer Vorlesungen und Übungen halten. Im übrigen werden ihre Rechte und Pflichten durch die Grundordnung geregelt.

(3) Die Mitgliedschaft des Honorarprofessors zur Universität endet

1. durch schriftlichen Verzicht gegenüber dem Kultusministerium,
2. bei Einweisung in eine Planstelle derselben Universität als ordentlicher Professor, außerordentlicher Professor, Wissenschaftlicher Rat oder Abteilungsvorsteher.

Die Bestellung zum Honorarprofessor kann zurückgenommen werden, wenn der Honorarprofessor sich durch sein Verhalten seiner Stellung als Universitätslehrer unwürdig erweist. Die Entscheidung trifft nach Anhörung der Universität und des Betroffenen das Kultusministerium.

§ 33

Lehrbeauftragte

Im Bedarfsfalle können Personen, die ein bestimmtes wissenschaftliches Gebiet in Vorlesungen und Übungen angemessen zu vertreten in der Lage sind, befristete Lehraufträge erhalten oder im Angestelltenverhältnis beschäftigt werden.

§ 34

Gastprofessoren und Gastdozenten

Die Universität kann jeweils für einen im voraus begrenzten Zeitraum Professoren und Dozenten anderer Hochschulen als Gastprofessoren oder Gastdozenten verpflichten. Ihre Rechte und Pflichten innerhalb der Universität werden in der Grundordnung geregelt.

Die akademischen Räte
und wissenschaftlichen Assistenten

§ 35

Akademische Räte

Zur Durchführung von Unterrichts- und Forschungsaufgaben, zur Krankenversorgung in Kliniken, zur Verwaltung von Geräten und Sammlungen, für das wissenschaftliche Beschaffungswesen, für die Institutsverwaltung und ähnliche Aufgaben können auf Vorschlag der Universität akademische Räte ernannt werden.

§ 36

Wissenschaftliche Assistenten

(1) Die Wissenschaftlichen Assistenten sind Mitarbeiter in den ständigen Einheiten für Forschung und Lehre. Sie sind zur eigenen wissenschaftlichen Arbeit und Fortbildung verpflichtet und unterstützen Universitätslehrer, denen sie zugeordnet sind, in den Aufgaben, die sich aus deren Stellung als Universitätslehrer ergeben. Die ständigen Einheiten für Forschung und Lehre oder die von ihnen bestimmten Einrichtungen können Wissenschaftlichen Assistenten auch ohne Zuordnung zu einem Universitätslehrer Aufgaben übertragen. Die Universität hat die Fortbildung der Wissenschaftlichen Assistenten zu fördern. Sie können von dem Universitätslehrer, dem sie zugeordnet sind, angewiesen werden, unter seiner Leitung Lehrveranstaltungen durchzuführen.

(2) Die Wissenschaftlichen Assistenten werden zu Beamten auf Widerruf ernannt. Ihre Ernennung setzt voraus, daß sie die Doktorprüfung bestanden haben. Auf Vorschlag der Universität kann das Kultusministerium im Einzelfall, oder für bestimmte Fachgebiete allgemein, bestimmen, daß anstelle der Promotion eine andere mit Erfolg abgelegte akademische oder staatliche Prüfung genügt.

(3) Ein Wissenschaftlicher Assistent kann nach dem ersten Halbjahr seit dem Tag der Ernennung frühestens zum Ende des zweiten Dienstjahres entlassen werden. Der Widerruf des Beamtenverhältnisses aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

(4) Auf die Wissenschaftlichen Assistenten finden die für Beamte auf Probe geltenden Vorschriften über den Eintritt in den Ruhestand, die Bewilligung eines Unterhaltsbeitrags und die Hinterbliebenenversorgung entsprechende Anwendung.

(5) Spätestens vier Jahre nach der Ernennung zum Wissenschaftlichen Assistenten muß die zuständige ständige Einheit für Forschung und Lehre vorschlagen, ob der Assistent zu entlassen ist, von der ständigen Einheit für Forschung und Lehre als Akademischer Rat zu übernehmen ist oder sich innerhalb einer Zeit von höchstens vier Jahren auf die wissenschaftliche Laufbahn vorbereiten soll.

§ 37

Oberassistenten, Obergeringen

(1) Oberassistenten und Obergeringen sind Mitarbeiter in den ständigen Einheiten für Forschung und

Lehre. Sie werden zu Beamten auf Widerruf ernannt. Die Ernennung setzt in der Regel eine mindestens dreijährige Tätigkeit als Wissenschaftlicher Assistent und die Habilitation voraus, die Ernennung zum Obergeringen außerdem eine mindestens zweijährige praktische Berufstätigkeit. Das Kultusministerium kann Ausnahmen von den Voraussetzungen der Ernennung gemäß Satz 3 zulassen. Der Widerruf des Beamtenverhältnisses soll sechs Monate vorher mitgeteilt und nur zum Schluß eines Semesters ausgesprochen werden.

(2) Auf die Oberassistenten und Obergeringen finden die §§ 19 Abs. 3, § 24 Abs. 2, § 30 Abs. 1 bis 4 und, wenn sie außerplanmäßige Professoren sind, § 30 Abs. 5 Anwendung.

§ 38

Wissenschaftliche Angestellte

Die wissenschaftlichen Angestellten sind Mitarbeiter in den Universitätseinrichtungen. Sie unterstützen die ihnen vorgesetzten Universitätslehrer in der Forschung. Sie können von den ihnen vorgesetzten Universitätslehrern angewiesen werden, unter ihrer Leitung Lehrveranstaltungen durchzuführen.

§ 39

Assistentenordnung

Das Dienstverhältnis der wissenschaftlichen Assistenten, der mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines wissenschaftlichen Assistenten Betrauten und der wissenschaftlichen Hilfskräfte wird durch eine Assistentenordnung geregelt, die das Kultusministerium nach Anhörung der Universitäten im Einvernehmen mit dem Innenministerium als Rechtsverordnung erläßt. Soweit in dieser Verordnung die Rechtsverhältnisse der nichtbeamteten Personen geregelt werden, ist das Einvernehmen mit dem Finanzministerium erforderlich. Die Ordnung hat Bestimmungen über die Dauer des Dienstverhältnisses, die Ausübung des Widerrufs und unter Berücksichtigung der allgemeinen beamtenrechtlichen Vorschriften, Bestimmungen über allgemeine Dienstverhältnisse und Dienstobliegenheiten zu treffen.

Zuordnung und Mitwirkung
in der Selbstverwaltung

§ 40

Zuordnung und Mitwirkung in der Selbstverwaltung

(1) Die in § 16 Abs. 2 Nr. 2 bis 6 aufgeführten Lehrkräfte sind grundsätzlich den ständigen Einheiten für Forschung und Lehre oder Universitätseinrichtungen zuzuordnen.

(2) Die Mitwirkung der Dozenten und der in § 16 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 aufgeführten Angehörigen des Lehrkörpers in den ständigen Einheiten für Forschung und Lehre wird in der Grundordnung geregelt.

VIERTER ABSCHNITT

Die Studenten

§ 41

Rechte und Pflichten der Studenten

Der Student wird durch die Immatrikulation Mitglied der Universität. Der Student hat die Pflicht, sich im Dienst an der Wissenschaft zu bilden. Er hat das Recht, Lehrveranstaltungen aller Art zu besuchen. Die Zulassung für einzelne Lehrveranstaltungen kann von den ständigen Einheiten für Forschung und Lehre beschränkt werden, soweit dies im Interesse von Forschung und Lehre notwendig ist. Die Zulassung zu den akademischen, staatlichen und kirchlichen Prüfungen richtet sich nach den Prüfungsordnungen. Studenten mit fachgebundener Hochschulreife können nur in den entsprechenden Fächern zu Prüfungen zugelassen werden.

§ 42

Immatrikulation

(1) Voraussetzung für die Immatrikulation ist das Bestehen der Reifeprüfung an einem staatlichen oder staatlich anerkannten Gymnasium im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder der Nachweis einer gleichwertigen Vorbildung. Die Gleichwertigkeit der Vorbildung wird vom Kultusministerium festgestellt. Wer die fachgebundene Hochschulreife besitzt, kann nur dann immatrikuliert werden, wenn an der Universität diese Fachrichtung in ausreichendem Umfang vertreten ist.

(2) Das Kultusministerium kann nach Anhörung der Universitäten durch Rechtsverordnung bestimmen, ob und in welchem Umfang vor der Aufnahme des Universitätsstudiums eine diesem dienende praktische Tätigkeit abzuleisten ist.

(3) Die Zahl der aufzunehmenden Studenten kann für einzelne Fachrichtungen im Einvernehmen mit dem Kultusministerium auf Zeit begrenzt werden. Die Begrenzung ist nur zulässig, soweit und solange dies im Hinblick auf die Aufnahmefähigkeit der Universitäten des Landes zwingend erforderlich ist. Die näheren Vorschriften erläßt die Universität aufgrund von Richtlinien des Kultusministeriums.

§ 43

Versagungsgründe

(1) Die Immatrikulation muß versagt werden, wenn

1. die in § 42 Abs. 1 und 2 genannten Voraussetzungen nicht vorliegen,
2. der Bewerber nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist,
3. der Bewerber im Disziplinarverfahren vom Studium an allen wissenschaftlichen Hochschulen des Landes ausgeschlossen ist.

(2) Die Immatrikulation kann versagt werden, wenn

1. der Bewerber in einem Dienst-, Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis steht, oder sonst beruflich tätig ist, sofern er nicht über ausreichend freie Zeit für ein gründliches Studium verfügt,

2. der Bewerber an einer Krankheit leidet, durch die er die Gesundheit der anderen Studenten ernstlich gefährdet oder den ordnungsmäßigen Studienbetrieb ernstlich zu beeinträchtigen droht, oder der Gesundheitszustand des Bewerbers ein ordnungsgemäßes Studium ausschließt; zur Prüfung des Gesundheitszustandes kann die Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses verlangt werden,
3. der Bewerber nach § 6 des Bürgerlichen Gesetzbuches unmündig ist,
4. eine frühere Immatrikulation des Bewerbers zurückgenommen worden ist oder hätte zurückgenommen werden können, weil er eine akademische Zwischenprüfung oder eine akademische, staatliche oder kirchliche Abschlussprüfung, ohne sie wiederholen zu können, nicht bestanden hat, oder den Prüfungsanspruch nach § 52 Abs. 2 verloren hat; die Möglichkeit, den Studiengang zu wechseln, bleibt unberührt.

§ 44

Rücknahme

(1) Die Immatrikulation ist zurückzunehmen, wenn sie

1. durch Zwang, arglistige Täuschung oder Bestechung herbeigeführt wurde,
2. in Unkenntnis des Vorliegens der Versagungsgründe des § 43 Abs. 1 erfolgte.

(2) Die Immatrikulation kann zurückgenommen werden, wenn sie in Unkenntnis des Vorliegens der Versagungsgründe des § 43 Abs. 2 Nr. 1 und 3 erfolgte.

§ 45

Exmatrikulation

Die Exmatrikulation kann ausgesprochen werden, wenn

1. nachträglich Umstände eintreten, welche die Versagung der Immatrikulation nach § 43 rechtfertigen würden,
2. die Immatrikulation in Unkenntnis des Vorliegens des Versagungsgrundes des § 43 Abs. 2 Nr. 2 erfolgte,
3. der Student eine akademische Zwischenprüfung oder eine akademische, staatliche oder kirchliche Abschlussprüfung, ohne sie wiederholen zu können, nicht bestanden hat, oder den Prüfungsanspruch nach § 52 Abs. 2 verloren hat.

§ 46

Zuständigkeit

(1) Über die Immatrikulation, ihre Versagung und ihre Zurücknahme entscheidet in den Fällen des § 43 Abs. 1 und des § 44 Abs. 1 Nr. 2 der Universitätspräsident oder der Rektor.

(2) Über die Versagung in den Fällen des § 43 Abs. 2, über die Zurücknahme in den Fällen des § 44 Abs. 1

Nr. 1 und Abs. 2 sowie über die Exmatrikulation in den Fällen des § 45 entscheidet der Disziplinarausschuß.

§ 47

Studentenschaft

Alle immatrikulierten Studenten einer Universität bilden die Studentenschaft. Die Studentenschaft hat als Gliedkörperschaft der Universität Rechtsfähigkeit.

§ 48

Selbstverwaltung

(1) Die Studentenschaft hat im Rahmen der Grundordnung der Universität das Recht und die Pflicht, durch Organe, die von den an der Universität immatrikulierten Studenten gewählt werden müssen, ihre Angelegenheiten unter der Rechtsaufsicht des Universitätspräsidenten oder des Rektors selbst zu verwalten. Der Universitätspräsident oder der Rektor kann sich zur Wahrnehmung seines Aufsichtsrechts über einzelne Angelegenheiten der Studentenschaft unterrichten.

(2) Die Studentenschaft hat folgende Aufgaben:

1. die Vertretung der Gesamtheit der Studenten im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse,
2. die Wahrnehmung der Belange der Studenten als Mitglieder der Universität,
3. die Förderung des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins der Studenten für die freiheitliche demokratische Grundordnung,
4. die Wahrnehmung wirtschaftlicher Selbsthilfe, soweit sie nicht dem Studentenwerk übertragen ist,
5. die Unterstützung der geistigen und musischen Interessen der Studenten,
6. die Pflege des freiwilligen Studentensports,
7. die Pflege internationaler Studentenbeziehungen.

§ 49

Mitwirkung in der Selbstverwaltung der Universität

(1) Die Studentenschaft wirkt durch ihre Vertreter mit

1. im Großen Senat, im Senat und im Verwaltungsrat nach § 12 Abs. 5 Satz 1,
2. in den ständigen Einheiten für Forschung und Lehre nach Maßgabe der Grundordnung; dabei ist zumindest in Angelegenheiten, die die Studentenschaft unmittelbar betreffen, ein Mitbestimmungsrecht vorzusehen,
3. im Schlichtungsausschuß nach Maßgabe des § 54 Abs. 1 und im Disziplinarausschuß nach Maßgabe des § 55 Abs. 2,
4. in den sozialen Einrichtungen (§ 61).

(2) Die Studentenschaft hat das Recht, Vorschläge, die die Interessen der Studenten betreffen, den zuständigen Stellen der Universität vorzulegen.

§ 50

Satzungsbefugnis

Die Studentenschaft gibt sich eine Satzung, die der Genehmigung des Großen Senats bedarf. Die Satzung

muß Bestimmungen über die Gliederung der Studentenschaft, über die Bildung und Befugnisse ihrer Organe, über die Beitragsfestsetzung und die Aufstellung des Haushaltsplans enthalten, sowie darüber, daß ein Student in der Selbstverwaltung der Universität nicht länger als zwei Studienjahre tätig sein soll. Der Haushaltsplan bedarf der Genehmigung des Universitätspräsidenten oder des Rektors; § 4 Abs. 3 findet keine Anwendung.

§ 51

Beiträge

Die Studentenschaft hat das Recht, von ihren Mitgliedern zur Erfüllung ihrer Aufgaben Beiträge zu erheben. Die Festsetzung der Höhe der Beiträge bedarf der Zustimmung des Senats. Das Kultusministerium kann Höchstsätze festsetzen. Die Einziehung der Beiträge obliegt der Universitätskasse.

FÜNFTER ABSCHNITT

Akademische Prüfungen

§ 52

Prüfungsordnungen

(1) Das nach der Grundordnung zuständige Organ der Universität erläßt auf Vorschlag der ständigen Einheiten für Forschung und Lehre Ordnungen über die akademischen Zwischen- und Abschlussprüfungen, die Promotion und die Habilitation. Die Ordnungen bedürfen der Zustimmung des Kultusministeriums. Sie sind im Amtsblatt des Kultusministeriums bekanntzumachen. Mündliche Prüfungen müssen mindestens vor einem Prüfer und einem Beisitzer abgelegt werden.

(2) In den Ordnungen für Zwischen- und Abschlussprüfungen kann bestimmt werden, daß nach Ablauf einer bestimmten Studiendauer kein Prüfungsanspruch mehr besteht.

§ 53

Habilitation

(1) Die Habilitation ist die Anerkennung einer besonderen wissenschaftlichen Lehrbefähigung. Sie setzt die Promotion und in der Regel eine mehrjährige erfolgreiche wissenschaftliche Tätigkeit voraus.

(2) Als Bewerber ist zuzulassen, wer die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt und die in den Habilitationsordnungen geforderten Leistungen erfolgreich erbracht hat. Folgende Leistungen müssen erbracht werden:

1. die Vorlage einer Habilitationsschrift oder wissenschaftlicher Veröffentlichungen, aus denen die Eignung des Bewerbers zu der den Universitätslehrern aufgegebenen Forschungstätigkeit hervorgeht. In besonderen Fällen kann eine Dissertation als Habilitationsschrift anerkannt werden;
2. ein wissenschaftlicher Vortrag vor dem durch die Habilitationsordnung bestimmten Gremium mit anschließender Aussprache.

SECHSTER ABSCHNITT

Wahrung der Ordnung

§ 54

Schlichtungsausschuß

(1) Zur Erledigung von Beschwerden und zur Beilegung von Streitigkeiten im Rahmen der Aufgaben der Universität hat der Senat einen Schlichtungsausschuß einzurichten. Die Zuständigkeit des Personals nach dem Landespersonalvertretungsgesetz bleibt unberührt. Der Schlichtungsausschuß kann von jedem Angehörigen der Universität angerufen werden. Gegen Entscheidungen der Organe der Universität sowie des Disziplinarausschusses kann der Schlichtungsausschuß nicht angerufen werden. Der Schlichtungsausschuß besteht aus:

1. dem Vorsitzenden und zwei Angehörigen des Lehrkörpers im engeren Sinne (§ 16 Abs. 1) in Angelegenheiten, die ausschließlich die Angehörigen des Lehrkörpers im engeren Sinne betreffen,
2. in allen übrigen Angelegenheiten aus weiteren vier Mitgliedern, von denen zwei Angehörige des Lehrkörpers im weiteren Sinne (§ 16 Abs. 2) und zwei Angehörige der Studentenschaft sein müssen.

Der Senat bestellt den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter. Die weiteren Mitglieder des Schlichtungsausschusses und ihre Stellvertreter werden vom Senat aufgrund von Vorschlägen der einzelnen Gruppen, die mindestens zehn Namen enthalten müssen, bestellt. Die Amtsdauer beträgt ein Jahr. Wiederbestellung ist zulässig.

(2) Für das Verfahren gilt § 15 entsprechend. Die Sitzungen sind nichtöffentlich. Der Schlichtungsausschuß hat das Recht, Unterlagen einzusehen, Angehörige der Universität vorzuladen oder zu einer schriftlichen Stellungnahme aufzufordern. Die Angehörigen der Universität haben einer Vorladung Folge zu leisten. Hält der Schlichtungsausschuß die Beschwerde für begründet, ohne ihr abhelfen zu können, so hat er sie mit einer eigenen Stellungnahme der zuständigen Stelle der Universität auf Verlangen des Beschwerdeführers zu übermitteln.

§ 55

Disziplinarrecht

(1) Gegen Mitglieder der Universität, die die Wahrung der Aufgaben der Universität stören oder in anderer Weise gegen die Ordnung der Universität innerhalb oder außerhalb des Universitätsbereichs verstoßen, können Disziplinarmaßnahmen getroffen werden. Die Verhängung von Disziplinarmaßnahmen gegen Mitglieder der Universität, die als solche Beamte des Landes Baden-Württemberg sind, erfolgt ausschließlich nach der Landesdisziplinarordnung. Disziplinarmaßnahmen sind:

- a) mündliche Verwarnung,
- b) schriftlicher Verweis,

c) Androhung des Ausschlusses als Mitglied der Universität,

d) Ausschuß als Mitglied der Universität.

Gegen Studenten können darüber hinaus folgende Disziplinarmaßnahmen getroffen werden:

e) Versagung der weiteren Teilnahme an einzelnen Lehrveranstaltungen für ein Semester, soweit sich der Verstoß auf diese Lehrveranstaltung bezieht,

f) Ausschuß vom Studium an allen wissenschaftlichen Hochschulen des Landes.

(2) Disziplinärbehörden sind der Universitätspräsident oder der Rektor und der Disziplinarausschuß. Dieser besteht aus dem Vorsitzenden, drei Mitgliedern des Lehrkörpers und drei weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Disziplinarausschusses und sein Vorsitzender werden vom Senat auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Der Vorsitzende muß die Befähigung zum Richteramt haben. Die Studentenschaft ist bei Verfahren gegen Studenten berechtigt, drei Studenten, die von ihr auf die Dauer eines Jahres bestellt werden müssen, in den Disziplinarausschuß zu entsenden; diese treten dann an die Stelle der drei weiteren Mitglieder. Für das Verfahren gilt § 15 entsprechend.

(3) Maßnahmen nach Absatz 1 Buchstabe a) und b) werden vom Universitätspräsidenten oder vom Rektor getroffen. Maßnahmen nach Absatz 1 Buchstabe c) bis f) trifft der Disziplinarausschuß in einem förmlichen Verfahren.

(4) Das Verfahren der Disziplinärbehörden wird durch eine Ordnung geregelt, die vom Senat im Benehmen mit der Vertretung der Studentenschaft erlassen wird. Sie bedarf der Genehmigung durch das Kultusministerium.

SIEBTER ABSCHNITT

Verwaltung

§ 56

Verwaltung

der Wirtschafts- und Personalangelegenheiten

In Wirtschafts- und Personalangelegenheiten wird die Verwaltung nach den staatlichen Vorschriften geführt.

§ 57

Vermögensverwaltung

(1) Gegenstände, die überwiegend mit Mitteln des Landes erworben werden, sind dem Vermögen des Landes zuzuführen. Ausnahmen kann das Kultusministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zulassen.

(2) Das eigene Vermögen der Universität wird in entsprechender Anwendung des Landeshaushaltsrechts verwaltet.

§ 58

Einstellung von Bediensteten

Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, werden die Beamten, Angestellten und Arbeiter auf Vorschlag des Leiters derjenigen Universitätseinrichtung, in deren Dienst sie tätig werden sollen, ernannt oder eingestellt.

§ 59

Dienstvorsorgesetzer

(1) Dienstvorsorgesetzer des Universitätspräsidenten, des Rektors, des Kanzlers sowie der ordentlichen und außerordentlichen Professoren ist der Kultusminister. Dienstvorsorgesetzer der übrigen beamteten Mitglieder des Lehrkörpers ist der Universitätspräsident oder der Rektor. Dienstvorsorgesetzer der sonstigen Beamten ist der Universitätspräsident oder der Kanzler.

(2) Vorgesetzter der Bediensteten bei den ständigen Einheiten für Forschung und Lehre und der Universitätseinrichtungen ist der Leiter der Einheit oder Einrichtung, der sie zugewiesen sind.

§ 60

Gebühren

Die Universitäten erheben für Amtshandlungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse einzelner vornehmen, Verwaltungsgebühren. Für die Benutzung ihrer Einrichtungen können sie Benutzungsgebühren erheben. Für die Erhebung dieser Gebühren findet das Landesgebührengesetz entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß die Gebührensätze in einer Rechtsverordnung festgelegt werden, die das Kultusministerium nach Anhörung der Universitäten im Einvernehmen mit dem Finanzministerium erläßt.

§ 61

Soziale Einrichtungen

(1) Wirtschaftliche Einrichtungen für die soziale Förderung der Studenten sollen im Studentenwerk zusammengefaßt werden, das in der Rechtsform des eingetragenen Vereins, des Eigenbetriebs oder der Anstalt des öffentlichen Rechts geführt werden kann.

(2) Soll das Studentenwerk als Eigenbetrieb der Universität geführt werden, ist es in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des Eigenbetriebsgesetzes vom 19. Juli 1962 (GesBl. S. 67) und der Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung des Eigenbetriebsgesetzes vom 29. Oktober 1962 (GesBl. S. 213) zu errichten und zu führen. Die danach dem Gemeinderat und dem Werksausschuß obliegenden Aufgaben werden von einem Ausschuß, die Aufgaben des Bürgermeisters von dem Vorsitzenden dieses Ausschusses wahrgenommen. Dem Ausschuß müssen von Senat gewählte Mitglieder des Lehrkörpers und von der Studentenschaft gewählte Vertreter in gleicher Zahl angehören. Der Kanzler ist stimmberechtigtes Mitglied. In der Grundordnung kann vorgesehen werden, daß durch den Ausschuß zwei Persönlichkeiten zugewählt werden können, die weder dem Lehrkörper noch der Studentenschaft angehören. Die Betriebsatzung wird auf Vorschlag des Ausschusses vom Senat erlassen.

(3) Soll das Studentenwerk als Anstalt des öffentlichen Rechts betrieben werden, ist dies durch die Universität beim Kultusministerium zu beantragen. Die Errichtung der Anstalt erfolgt durch Rechtsverordnung des Kultusministeriums. Dabei sind als Organe ein Vorstand, ein Kuratorium und ein Geschäftsführer vorzusehen. Dem Vorstand und dem Kuratorium müssen vom Senat gewählte Mitglieder des Lehrkörpers und von der Studentenschaft gewählte Vertreter in gleicher Zahl angehören. Im Vorstand ist der Geschäftsführer, im Kuratorium der Kanzler stimmberechtigtes Mitglied. Der Geschäftsführer wird vom Kuratorium bestellt. Das Kuratorium erläßt für die Anstalt eine Satzung, die der Zustimmung durch den Senat und der Genehmigung durch das Kultusministerium, das auch die Rechtsaufsicht führt, bedarf. In der Satzung kann vorgesehen werden, daß der Vorstand und das Kuratorium Persönlichkeiten zuwählen können, die weder dem Lehrkörper noch der Studentenschaft angehören. Wirtschaftsführung und Rechnungswesen sind sinngemäß nach dem 3. Abschnitt des Eigenbetriebsgesetzes vom 19. Juli 1962 (GesBl. S. 67) zu regeln.

(4) Zur Deckung der Kosten des Studentenwerks können von den Studenten Beiträge erhoben werden. Die Höhe der Beiträge wird nach Anhörung der Studentenschaft vom Senat oder, wenn ein Eigenbetrieb besteht, von dem hierfür zuständigen Ausschuß festgesetzt. § 51 Satz 3 und 4 findet entsprechende Anwendung.

(5) Die sonstigen wirtschaftlichen Einrichtungen für die soziale Förderung der Angehörigen der Universität können in einer für das Studentenwerk vorgesehenen Rechtsform geführt werden. Vertreter der Studentenschaft wirken in den Organen der Einrichtungen mit, sofern diese auch der sozialen Förderung der Studenten dienen. Die Absätze 2 bis 4 sind entsprechend anzuwenden.

ACHTER ABSCHNITT

Staatliches Mitwirkungsrecht und Aufsicht

§ 62

Staatliches Mitwirkungsrecht

(1) Das Kultusministerium kann Änderungen der Grundordnung anregen. Aus wichtigen Gründen kann es die Bildung neuer, die Änderung oder Aufhebung bestehender Einrichtungen und Studiengänge der Universität verlangen. Die Universitäten sind vorher zu hören.

(2) Das Kultusministerium kann der Universität Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung übertragen, wenn Forschung und Lehre dadurch nicht beeinträchtigt werden.

§ 63

Aufsicht

(1) Die Aufsicht in weisungsfreien Angelegenheiten beschränkt sich darauf, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sicherzustellen (Rechtsaufsicht). Rechtsaufsichtsbehörde ist das Kultusministerium.

(2) Das Kultusministerium kann Weisungen erteilen (Fachaufsicht)

1. in Personalangelegenheiten der an der Universität tätigen Bediensteten,
2. für die Bewirtschaftung der im Haushaltsplan veranschlagten Mittel und für die Verwendung der durch diese Mittel erworbenen Vermögensgegenstände,
3. auf dem Gebiet des Haushalts-, Kassen- und Rechnungs- und des Gebührenwesens,
4. für die Verwaltung der den Zwecken der Universität dienenden Grundstücke,
5. für die Verwaltung der Kliniken als Krankenanstalten.

§ 64

Informationsrecht

(1) Das Kultusministerium kann sich, soweit es zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist, über einzelne Angelegenheiten der Universität unterrichten.

(2) Das Kultusministerium kann statistische Erhebungen anordnen. Die Anordnung muß die zu erfassenden Tatbestände und den Kreis der Befragten bestimmen. Die Universitäten und ihre Angehörigen sind zur Beantwortung der ordnungsmäßig angeordneten Fragen verpflichtet.

§ 65

Ersatzvorname

Kommt die Universität einer Anordnung des Kultusministeriums im Rahmen der Rechts- oder Fachaufsicht nicht innerhalb einer bestimmten Frist nach, kann das Kultusministerium die Anordnung an Stelle der Universität durchführen.

NEUNTER ABSCHNITT

Schlußbestimmungen

§ 66

Erlaß der Grundordnung

(1) Die nach diesem Gesetz zu erlassende Grundordnung wird durch eine Versammlung beschlossen, der angehören:

1. der Rektor als Vorsitzender,
2. der Prorektor,
3. die Dekane,
4. die Prodekane,
5. Mitglieder, die jeweils in doppelter Zahl der Dekane gewählt werden von
 - a) den ordentlichen und außerordentlichen Professoren,
 - b) aa) den Dozenten,
 - bb) den Angehörigen des Lehrkörpers nach § 16 Abs. 2 Nr. 1 und 2,
 - cc) den Angehörigen des Lehrkörpers nach § 16 Abs. 2 Nr. 3 und 4,
 - c) der Studentenschaft.

Die Sitze nach Nr. 5 b) werden so aufgeteilt, daß jede Untergruppe ein Drittel der Sitze erhält und eventuelle Restsitze nach dem Verhältnis der Zahl der Mitglieder der Untergruppen aufgeteilt werden.

(2) Der Rektor stellt die nach Absatz 1 Satz 2 auf die Untergruppen nach Absatz 1 Nr. 5 b) entfallenden Sitze fest und veranlaßt die Wahl. Die nach Absatz 1 Nr. 5 zu wählenden Mitglieder werden von den Mitgliedern der jeweiligen Gruppe, bei Nr. 5 b) der Untergruppen, in getrennten Wahlzügen in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt. Gewählt wird aufgrund von Wahlvorschlägen unter Berücksichtigung der Grundsätze der Verhältniswahl. Die Wahlvorschläge dürfen höchstens doppelt so viel Bewerber enthalten, wie Mitglieder zu wählen sind. Die Verbindung von Wahlvorschlägen ist unzulässig. Jeder Wähler hat so viel Stimmen, wie Mitglieder zu wählen sind. Der Wähler kann Bewerber aus anderen Wahlvorschlägen seiner Wahlgruppe übernehmen. Der Wahlvorschlag der ordentlichen und außerordentlichen Professoren muß mindestens von zehn ordentlichen und außerordentlichen Professoren, die Wahlvorschläge der Dozenten, der in § 16 Abs. 2 Nr. 1 und 2 und der in § 16 Abs. 2 Nr. 3 und 4 aufgeführten Angehörigen des Lehrkörpers müssen mindestens von jeweils zehn Angehörigen dieser Untergruppen, der Wahlvorschlag der Studenten mindestens von 50 Studenten unterzeichnet sein. Mit dem Wahlvorschlag ist eine unterschriebene Erklärung jedes Bewerbers einzureichen, daß er der Aufnahme in den Wahlvorschlag zugestimmt hat. Ein Bewerber darf sich nicht in mehrere Wahlvorschläge aufnehmen lassen; ein Wahlberechtigter kann für dieselbe Wahl nicht mehrere Wahlvorschläge unterzeichnen. Wird nur ein gültiger oder kein Wahlvorschlag eingereicht, findet Mehrheitswahl ohne Bindung an die vorgeschlagenen Bewerber statt. Ein Wahlberechtigter, der verschiedenen Gruppen angehört, ist nur in einer Gruppe wahlberechtigt. Er hat vor der Wahl eine Erklärung darüber abzugeben, welcher Gruppe er als Wahlberechtigter angehören will.

(3) Zur näheren Regelung der Wahl erläßt das Kultusministerium durch Rechtsverordnung Vorschriften über

- a) die Vorbereitung der Wahl und die Wahlorgane,
 - b) die Abstimmung,
 - c) die Ermittlung, Feststellung und Bekanntmachung des Abstimmungs- und Wahlergebnisses,
 - d) die Wahlprüfung.
- (4) § 15 gilt entsprechend.

(5) Die Grundordnung ist binnen eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu beschließen. Bis zum Inkrafttreten der Grundordnung gelten die bisherigen Vorschriften weiter.

§ 67

Vorlesungszeiten

Das Kultusministerium bestimmt im Benehmen mit den Universitäten Beginn und Ende der Vorlesungszeiten.

§ 68

Abgabefreiheit bei Auflösung der Studentenwerke e. V.

Für Rechts handlungen, die für die Übernahme von Rechten und Pflichten der Studentenwerke e. V. auf die Universitäten oder eine Anstalt des öffentlichen Rechts (§ 61) erforderlich werden, werden vom Land Baden-Württemberg und von den Gemeinden keine Steuern, Abgaben oder Gerichtskosten erhoben. Die Befreiung von den Gerichtskosten erstreckt sich auf die Beurkundungs- und Beglaubigungsgebühren.

§ 69

Sonderbestimmungen für die Universitäten Konstanz und Ulm

(1) Auf die Universitäten Konstanz und Ulm finden die §§ 8 bis 14 und 66 bis auf weiteres keine Anwendung. Anstelle der nach diesem Gesetz zuständigen Organe treten die in den Grundordnungen bestimmten entsprechenden Organe.

(2) § 4 Abs. 1 Satz 1 und 2 findet während des Aufbaus der Universitäten Konstanz und Ulm keine Anwendung. Das Kultusministerium bestimmt durch Rechtsverordnung, wann die Universitäten Konstanz und Ulm Körperschaften des öffentlichen Rechts werden.

§ 70

Verträge mit den Kirchen

Rechte und Pflichten, die sich aus den Verträgen mit den Kirchen im Hinblick auf die theologischen Fakultäten ergeben, werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

§ 71

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten die Vorschriften, die diesem Gesetz entsprechen oder widersprechen, außer Kraft, insbesondere

1. das Gesetz über die besonderen Rechtsverhältnisse der beamteten Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen vom 9. April 1938 (RGBl. I S. 377),
2. die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die besonderen Rechtsverhältnisse der beamteten Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen vom 10. Juni 1939 (RGBl. I S. 1010),
3. § 4 Abs. 2 des Gesetzes über die Führung akademischer Grade vom 7. Juni 1939 (RGBl. I S. 985),
4. § 5 des Gesetzes über die Altersgrenze der Beamten und Richter vom 21. Juli 1958 (GesBl. S. 187),
5. das Gesetz über die Bildung von Studentenschaften an den wissenschaftlichen Hochschulen vom 22. April 1933 (RGBl. I S. 215),
6. die badische Studentenrechtsverordnung vom 20. Mai 1933 (GVBl. S. 89),
7. die Verordnung des württ. Kultusministeriums über die Bildung von Studentenschaften an den Hochschulen vom 1. Mai 1933 (RegBl. S. 124),
8. das Gesetz über die Wiederherstellung der Rechtsfähigkeit der Universität Tübingen vom 3. Juni 1957 (GesBl. S. 67).

Stuttgart, den

Stuttgart, den 27. Juni 1968

Aufgaben des Rektors einer Universität nach Hochschulgesetz
(Reihenfolge nicht nach Wichtigkeit oder Umfang)

- Repräsentation der Gesamtuniversität
- Wahrnehmung der Gesamtinteressen der Universität
- Vorsitzender des Senats
- Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse des Senats
- Leiter der akademischen Verwaltung, das sind u. a.:
 - die unmittelbar mit der Forschung und Lehre zusammenhängenden Aufgaben, die Mitwirkung bei der Berufung von Lehrstuhlinhabern sowie der Ernennung der übrigen Angehörigen des Lehrkörpers und der in Forschung und Lehre tätigen Bediensteten
- Wird ständig vom Kanzler über die laufenden Aufgaben der Personal- und Wirtschaftsverwaltung unterrichtet
- Vorbereitung der Sitzungen des Verwaltungsrats zusammen mit dem Kanzler
- Durchführung der Wahlen zum Großen Senat, zum Senat und zum Verwaltungsrat
- Dienstvorgesetzter des gesamten wissenschaftlichen Personals außer den Lehrstuhlinhabern
- Die Sorge für den akademischen Nachwuchs, Habilitation, Promotion, Stipendien dafür
- Antrittsvorlesungen für Lehrstuhlinhaber und Habilitierte
- Die akademischen Prüfungsangelegenheiten (Mitwirkung bei der Genehmigung von Prüfungsordnungen, Ausstellung der Diplome, Entscheidung über Ausnahmen, z. B. Wiederholungsprüfung und alle Beschwerden in diesem Zusammenhang)
- Aufstellung des Vorlesungsverzeichnisses
- Sämtliche Studienangelegenheiten, z. B. Zulassung, Einführung von Zulassungsbeschränkungen, Disziplinarmaßnahmen
- Berufsberatung, Studienlenkung
- Verleihung akademischer Ehrungen, Ehrensensator, Dr. h. c.
- Mitwirkung bei der Aufstellung des Haushaltsvoranschlags
- Mitwirkung bei der Verteilung der Stellen und Sachmittel
- Planung der Universität in fachlicher, personeller und räumlicher Hinsicht
- Vorsitz in Senatskommissionen, soweit nicht ein besonderer Vorsitzender bestellt ist
- Wahrnehmung des Hausrechts

- Rechtsaufsicht über die Studentenschaft
- Wahrnehmung des Sozialbereiches der Universität (§ 3 Abs. 2 HSchG) einschließlich Studentenwerk
- Jährlicher Rechenschaftsbericht im Großen Senat
- Durchführung der Hochschulabende
- Studium Generale
- Durchführung von Feiern wie
 - Rektoratsübergabe
 - Immatrikulationsfeier
 - Hochschulsportfeste
 - Einweihung von Gebäuden
- Kontrollfunktionen im gesamten Universitätsbereich, auch Selbstkontrolle
- Schlichtungsfunktionen im gesamten Universitätsbereich
- Verbindung zur Vereinigung von Freunden
- Verbindung zur Stadt Stuttgart
- Verbindung zum Ministerpräsidenten und den Ministern
- Verbindung zum Landtagspräsidenten und den Abgeordneten
- Verbindung zur Industrie und den Verbänden
- Verbindung zu anderen Bildungseinrichtungen (Universitäten bis Gymnasien)
- Kontakte mit den konsularischen Vertretern anderer Länder, die Interessen von Studenten und Lehrern ihrer Länder vertreten
- Empfang von in- und ausländischen Besuchern der Universität
- Verbindung zu Stiftungen in der Hochschule und nach außen (VW-, Thyssen-Stiftung u. a.)
- Kontaktpflege nach innen
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Wahrnehmung der hochschulpolitischen Aufgaben
- Wahrnehmung der bildungspolitischen Aufgaben
- Wahrnehmung der Forschungspolitik (Bundesministerien, insbesondere Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung)
- Wahrnehmung der Aufgaben gegenüber anderen Hochschulen
- Hochschulgesamtplan
- Einrichtung neuer Studiengänge
- Wahrnehmung der Aufgaben in der Landesrektorenkonferenz
- Wahrnehmung der Aufgaben in der Westdeutschen Rektorenkonferenz
- Wahrnehmung der Aufgaben in der Europäischen Rektorenkonferenz und der AIU (Internationale Vereinigung der wissenschaftlichen Hochschulen)
- Wahrnehmung der Aufgaben in der Deutschen Forschungsgemeinschaft
- Wahrnehmung der Interessen gegenüber Wissenschafts- und Bildungsrat
- Wahrnehmung der Interessen gegenüber dem Hochschulverband

- Wahrnehmung der Interessen gegenüber dem Deutschen Akademischen Austauschdienst
- Wahrnehmung der Interessen gegenüber der Alexander von Humboldt-Stiftung u. ä.

Aus der vorstehenden, sicher nicht vollständigen Aufzählung ergibt sich die gewaltige Arbeitslast, die ein Rektor zu bewältigen hat. Wenn er alle aufgeführten Aufgaben voll wahrnehmen will, ist er an sich schon überfordert. Daraus ergibt sich aber eindeutig, daß ein Rektor in heutiger Zeit von den sonstigen Verpflichtungen eines Hochschullehrers ganz freigestellt werden muß. Er kann nicht beide Aufgaben nebeneinander bewältigen; beide leiden darunter Not.

Das zeigt aber auch die Notwendigkeit einer längeren Amtszeit als bisher. Wenn die alte Satzungskommission 4 Jahre mit der Möglichkeit mehrmaliger Wiederwahl vorgeschlagen hat, war dies wohlbegründet. Allein zur Herstellung der Kontakte, um die Aufgaben richtig bewältigen zu können, vor allem im Land und im Bund, ist eine längere Amtszeit als bisher erforderlich. Auch zum Anpacken schwieriger Probleme, die nicht immer gleich bekannt sind, muß eine gewisse Kontinuität sein.

Es sollte daher dringend dem Vorschlag der bisherigen Satzungskommission entsprechend eine 4-jährige Amtszeit des Rektors in der Grundordnung vorgesehen werden.

G E G E N Ü B E R S T E L L U N G

Präsidential- und Rektoratsverfassung

1. Vorbemerkung

Es ist auszugehen von der Regelung, wie sie in den §§ 9 und 13 des Hochschulgesetzes (HSchG) vom 19.3.1968 für den Präsidenten und den Rektor getroffen wurde.

2. Aufgaben

a) des Präsidenten

- vertritt die Universität in akademischen und in Personal- und Wirtschaftsangelegenheiten
- Vorsitzender des Senats
- Vorsitzender des Verwaltungsrats
- Vorbereitung der Beschlüsse des Großen Senats, des Senats und des Verwaltungsrats und Ausführung dieser Beschlüsse
- Erledigung der Geschäfte der laufenden Verwaltung

b) des Rektors

- vertritt die Universität in akademischen Angelegenheiten; steht an der Spitze der Hochschule und repräsentiert die Gesamtuniversität (s. S. 12 der Überlegungen der Satzungskommission)
(in Personal- und Wirtschaftsangelegenheiten vertritt der Kanzler die Universität, z. B. in Arbeitsgerichts- oder Zivilprozessen)
- Vorsitzender des Senats
- Vorsitzender des Verwaltungsrats
- Vorbereitung der Beschlüsse des Großen Senats und des Senats. Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse des Verwaltungsrats durch den Kanzler
- Geschäfte der laufenden Verwaltung erledigt der Kanzler nach den allgemeinen Beschlüssen des Verwaltungsrats. Er muß nach § 14 HSchG den Rektor regelmäßig über seine Geschäftsführung informieren und dem Senat auf dessen Verlangen Auskunft darüber erteilen

Aufgaben (Fortsetzung)

a) des Präsidenten

- Ausübung des Hausrechts
- Stellvertreter in akademischen Angelegenheiten der Prorektor
- Stellvertreter in Personal- und Wirtschaftsangelegenheiten der ltd. Verwaltungsbeamte

b) des Rektors

- Ausübung des Hausrechts
- Stellvertreter in allen Angelegenheiten des Rektors der Prorektor
- Stellvertreter des Kanzlers in Personal- und Wirtschaftsangelegenheiten der Vertreter des Kanzlers

Aus dieser Aufzählung der Aufgaben ergibt sich, daß der Präsident bis, auf die Erledigung der Geschäfte der laufenden Verwaltung keine größeren oder anderen Befugnisse hat als der Rektor. Die Erledigung der Geschäfte der laufenden Verwaltung ist nach den vom Verwaltungsrat zu erlassenden generellen Regelungen zu erledigen und geschieht bisher schon praktisch durch den Verwaltungsdirektor nach den vom Kleinen Senat erlassenen Richtlinien. Der Kanzler hat den Rektor ständig über diese laufenden Angelegenheiten zu informieren, wie das auch heute schon praktiziert wird, und dem Senat auf Verlangen Auskunft darüber zu erteilen.

Die Präsidialverfassung hätte nur dann von den Aufgaben her Vorteile, wenn man dem Präsidenten weitere Zuständigkeiten zur eigenen Entscheidung übertragen könnte, als dies beim Rektor der Fall ist. Dies ist aber nach dem gegenwärtigen Hochschulgesetz nicht möglich. In allen übrigen Angelegenheiten unterscheiden sich die Wirkungsmöglichkeiten des Präsidenten nicht von denen des Rektors.

Daraus ergibt sich, daß von den Aufgaben her gesehen die Einführung der Präsidialverfassung nach § 9 HSchG gegenüber der Rektorsverfassung keine Vorteile bringen würde.

3. Rechtsstellung

a) des Präsidenten

- wird Beamter auf Zeit 8 Jahre, bei Wiederwahl weitere 8 Jahre
- wird mit Ablauf der Amtszeit, spätestens mit 65 Jahren, in den Ruhestand versetzt (kann nach Landesbeamtengesetz im Einzelfall vom Ministerpräsidenten hinausgeschoben werden)
- Bezüge nach Besoldungsgruppe B 5 (= Ministerialdirigent) bzw. B 6
- nach Ablauf der Amtszeit oder bei Vorliegen eines wichtigen Grundes Rechtsanspruch auf Wiederverwendung in der früheren Rechtsstellung, z. B. als Hochschullehrer; kein neues Berufungsverfahren notwendig. Nach Auskunft des KM wird dieses auch in dem Fall, in dem der Präsident vor Ablauf seiner Amtszeit aus Gründen der Altersgrenze ausscheidet, versuchen, ihn wieder als Hochschullehrer in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu berufen (im Hochschulgesetz nicht ausdrücklich als Rechtsanspruch vorgesehen)
- Ernennung vom Ministerpräsidenten aufgrund eines gemeinsamen Vorschlags des Kultusministers und des Großen Senats

b) des Rektors

- bleibt als Hochschullehrer Beamter auf Lebenszeit
- Grundordnung legt die Amtszeit fest, mindestens 1 Jahr, Wiederwahl möglich
- wird mit 68 Jahren emeritiert
- behält dieselben Bezüge, die er als Hochschullehrer hatte + Amtszulage z. Zt. jährlich DM 2.000.-- (kann durch den Haushaltsplan geändert werden, keine Änderung des Besoldungsgesetzes notwendig)
- Wahl durch den Großen Senat. Die Grundordnung kann vorsehen, daß der Große Senat bei der Wahl des Rektors um sämtliche Lehrstuhlinhaber erweitert wird

Für den Präsidenten könnte angeführt werden, daß er auf 8 Jahre ernannt wird und bei der als Regel zu erwartenden Wiederwahl dann 16 Jahre lang sein Amt behielte. Dagegen spricht, daß er während der 8-jährigen Amtszeiten nicht abgewählt werden kann. Beim Rektor

kann die Grundordnung eine längere Amtszeit als 1 Jahr vorsehen, theoretisch sogar bis auf Lebenszeit, also sogar länger als beim Präsidenten. Nur beim Rektor kann auch eine Abwahl in der Grundordnung ermöglicht werden (z. B. mit 2/3 Mehrheit des Großen Senats). Vorschlag der bisherigen Satzungskommission: Amtszeit des Rektors 4 Jahre.

Für den Präsidenten spricht, daß es auch eine Persönlichkeit sein kann, die vorher nicht Hochschullehrer war. Der Rektor wird meist ordentlicher Professor gewesen sein. Wenn bei der Rektoratsverfassung jemand zum Rektor gewählt werden soll, der bisher nicht Ordinarius ist, dann müßte er vorher über ein Berufungsverfahren zum ordentlichen Professor ernannt werden (wird kaum praktisch werden).

Nachteil der Rektoratsverfassung, die in kürzerer Amtszeit liegen könnte, kann durch die Grundordnung aufgehoben werden (z. B. bei Wahl auf 4 Jahre).

Nachteil, daß Rektor Hochschullehrer bleibt mit Belastung durch Verpflichtung in Lehre und Forschung, kann beseitigt werden, daß, wenn der Gewählte es will (unterschiedlich von Fach und Größe des Instituts), ein Parallellehrstuhlinhaber berufen werden kann, der die Aufgaben des zum Rektor gewählten Ordinarius in Lehre und Forschung ganz oder teilweise übernimmt (s. auch Erste Überlegungen der Satzungskommission, S. 13).

Für die Rektoratsverfassung spricht, daß er allein aufgrund einer Wahl im Großen Senat, der durch alle Lehrstuhlinhaber erweitert werden kann, bestellt wird. Der Präsident wird vom Ministerpräsidenten ernannt. Dem muß ein gemeinsamer Vorschlag des Kultusministers und des Großen Senats vorausgehen.

Für den Präsidenten, der vorher Hochschullehrer war, bedeutet die Übernahme des Amtes in der Regel bei älteren Hochschullehrern eine Verschlechterung der Bezüge, außerdem eine Änderung des Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit mit dem Recht der Emeritierung in ein Beamtenverhältnis auf Zeit mit der Folge der Zuruhesetzung (allerdings bei Ablauf der Amtszeit und bei wichtigem Grund Anspruch auf Übernahme in die frühere Rechtsstellung).

Bedenken gegen die Rektoratsverfassung bestanden früher auch, daß die Hochschulverwaltung in diesem Falle von einem Kanzler geleitet wird. Diese Bedenken waren bei dem alten Regierungsentwurf

von 1963 zutreffend. Dort war der Kanzler unmittelbar dem Kultusminister unterstellt. Jetzt ist der Verwaltungsrat als Organ der Hochschule eingebaut, dem der Rektor vorsteht. Der Verwaltungsrat ist nun zuständig für alle allgemeinen Entscheidungen auf dem Gebiet der Personal- und Wirtschaftsverwaltung, ferner für die Aufstellung des Haushaltsplans, für die Verteilung der Globalmittel, für die Bauplanung u. ä. Der Kanzler führt die laufende Verwaltung nicht mehr, wie früher vorgesehen, im Auftrag des Kultusministeriums, sondern im Auftrag des Verwaltungsrats, ist also Organ der Universität. Daher dürften diese Bedenken jetzt ausgeräumt sein.

Zur Ergänzung wird noch ein Auszug aus einer Rede des Rektors der Universität Bochum und Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz Nordrhein-Westfalen vom 9.11.1967 beigelegt, der weitere Argumente für die Bevorzugung der Rektoratsverfassung mit 4-jähriger Amtszeit enthält.

Auszug aus der Rede des Rektors der Universität Bochum v. 9.11.67

"Es ist heute modern, im langjährigen Präsidenten den Schlüssel zur Verwaltungsreform der Universität zu sehen. Man erwartet von ihm die Gewährung einer kraftvollen Führung der Hochschule und die Wahrung der Kontinuität ihrer Administration. Angesichts der ebenfalls erhobenen Forderung nach einem politischen Verständnis der Funktion der Universität ist langjährige Präsidentschaft jedoch unlogisch. Wenn die Universität eine politische Veranstaltung ist, und das ist sie, so hat der Rektor der Universität ein politisches Amt. Es ist seine Aufgabe, die Bedingungen zu erhalten, unter denen allein die Wissenschaft ihren Auftrag erfüllen kann: Die Bedingungen der offenen Universität. Nichts ist jedoch weniger realistisch, als die ständige Bemühung um die Offenheit der Korporation von einem Amtsträger zu erwarten, der selbst dem Wechsel ganz oder weitgehend entzogen ist. Niemand käme in anderen Bereichen des demokratischen Staates auf die Idee, einen politischen Mandatsträger auf Lebenszeit zu wählen. Es gibt nur eine Wahl auf Zeit. Vier Jahre sind die Regel, Wiederwahl ist möglich. Es ist kein Grund ersichtlich, der ein Abweichen von diesen bewährten Grundsätzen in der Universität rechtfertigen könnte. Der langjährige Amtsträger wird die Universität nicht gestalten, sondern verwalten. Verwaltung ist jedoch ihrer ganzen Tendenz nach auf Planrationalität, auf die Sicherung des Bestehenden, auf die Einhaltung von Kompetenzen und Zuständigkeiten und damit auf die Wahrung von Besitzständen angelegt. Ständige Erneuerung durch Wandel ist nicht ihr Element. Die Universität sollte schon aus diesem Grunde auf die mit dem Wechsel ihrer Amtsträger verbundene Selbstkontrolle nicht verzichten."

Berlin, den 14. Juni 1968

Die Vollversammlung der Angehörigen des Otto-Suhr-Instituts vom
13.6.68 verabschiedete bei 30 Gegenstimmen folgenden Entwurf einer

S a t z u n g

des Otto-Suhr-Instituts an der Freien Universität Berlin
(vormals Deutsche Hochschule für Politik)

§ 1 - Allgemeines

Das Institut ist eine Einrichtung der Freien Universität Berlin und vertritt in Lehre und Forschung den Fachbereich der Wissenschaft von der Politik (Politologie). Es ist Rektor und Senat der Freien Universität unmittelbar unterstellt.

§ 2 - Aufgaben

Das Institut

- a) untersucht in Forschung und Lehre die Gestaltung des öffentlichen Lebens unter empirisch-analytischen und normativen Aspekten mit einer Vielfalt wissenschaftlicher Methoden; es erarbeitet damit Voraussetzungen für die Erweiterung der Freiheit und Selbstbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft; es arbeitet mit anderen Einrichtungen der Freien Universität unter weitgehender Selbstbestimmung und Kooperation aller Beteiligten zusammen;
- b) ist verantwortlich für das politologische Studium, für die politologische Ausbildung der Lehrer und für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses;
- c) betreibt Öffentlichkeitsarbeit und fördert die Erwachsenenbildung, einschliesslich der Weiterbildung von Lehrern;
- d) widmet sich der Pflege der internationalen Beziehungen auf seinem Lehr- und Forschungsgebiet durch personellen Austausch und Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und politischen Institutionen.

§ 3 - Mitglieder

Das Institut setzt sich zusammen aus

- a) den Inhabern der Lehrstühle für die Wissenschaft von der Politik;
- b) den Dozenten, soweit sie Daueraufgaben in der Lehre und Forschung des Fachbereichs wahrnehmen (u.a. Ausserplanmäßige Professoren, Wissenschaftliche Räte, Privatdozenten, Akademische Räte und Ober-
räte, hauptamtliche Lektoren);

- c) den Wissenschaftlichen Assistenten sowie den Wissenschaftlichen Hilfskräften und den Wissenschaftlichen Tutoren, soweit sie eine akademische oder staatliche Abschlussprüfung abgelegt haben;
- d) den Arbeitern, Angestellten und Beamten des Instituts (Universitätsbedienstete),
- e) den Studenten der Politologie (Hauptfach- und Nebenfachpolitologen).

Doppelmitgliedschaft ist ausgeschlossen.

§ 4 - Gliederung in Facheinheiten

Das Institut gliedert sich in Facheinheiten. Sie stellen dezentralisierte Arbeitsbereiche dar, in denen von allen Beteiligten Lehr- und Forschungsvorhaben diskutiert, geplant, koordiniert, durchgeführt und kritisiert werden.

Sie fassen jeweils mehrere Lehrstühle als Sachbereiche zusammen. Über die genaue Einteilung entscheidet der Institutsrat.

Jede Facheinheit bildet eine Fachkommission, sie setzt sich zusammen aus

- a) den jeweiligen Lehrstuhlinhabern,
- b) einer ebenso grossen Zahl von Dozenten und Assistenten der Facheinheit (gemäss § 3 b) und c)), die für ein Jahr von einer Wahlversammlung aller Dozenten und Assistenten der Facheinheit bestimmt werden;
- c) einer ebenso grossen Zahl von Studenten, die von dem Plenum der studentischen Mitglieder aller Übungen und Seminare der Facheinheit gewählt werden,
- d) einem Personalvertreter (gemäß § 3 d), der für ein Jahr von der Betriebsversammlung gewählt wird.

Die Fachkommissionen beraten öffentlich. Sie haben ein Vorschlagsrecht für Lehre und Forschung und in Haushalts- und Personalangelegenheiten. Sie entwickeln Formen der Kritik von Lehrveranstaltungen und Forschungsergebnissen. In den Facheinheiten können sich jederzeit zur Bearbeitung bestimmter Projekte Forschungs- und ad hoc-Arbeitsgruppen bilden.

Ausserhalb der Facheinheiten können 10 % der Mitglieder zweier der folgenden Gruppen Lehr- und Forschungsvorhaben durchführen:

- a) Lehrstuhlinhaber (gemäss § 3 a),
- b) Dozenten und Assistenten (gemäss § 3 b) und c)),
- c) Studenten (gemäss § 3 e).

Diese Lehr- und Forschungsgruppen haben das gleiche Vorschlagsrecht gegenüber dem Institutsrat wie die Facheinheiten. Ihre Mitglieder sind zugleich Mitglieder der Facheinheiten.

§ 5 - Institutsorgane

Organe des Instituts sind

- a) die Institutsvollversammlung,
- b) der Institutsrat,
- c) die Institutsleitung.

§ 6 - Institutsvollversammlung

Die Institutsvollversammlung ist die Versammlung aller Mitglieder des Instituts (gemäss § 3). Sie wird mindestens zweimal im Semester vom Vorsitzenden des Institutsrates unter Angabe der Tagesordnung 7 Tage vorher einberufen. Ausserdem tritt sie zusammen

- a) auf Antrag der Mehrheit der Mitglieder des Institutsrates,
- b) auf Antrag von je 30 % der Mitglieder zweier der in § 3 genannten Gruppen,
- c) auf Antrag von 30 % der Mitglieder des Instituts.

Der Geschäftsführende Direktor und der Vorsitzende des Institutsrates sind verpflichtet, einen Semesterbericht zu geben. Die Vollversammlung erörtert wesentliche Probleme des Instituts und der Universität; sie kann dazu in Entschliessungen Stellung nehmen, wenn mindestens 30 % der Mitglieder anwesend sind. Die Vollversammlung kann verlangen, daß andere Institutsorgane über den Inhalt einer Entschliessung beraten und entscheiden.

§ 7 - Institutsrat

Der Institutsrat besteht aus

- a) den Inhabern der Lehrstühle für die Wissenschaft von der Politik,
- b) einer gleich grossen Zahl von Vertretern der Studenten der Politik,
- c) einer insgesamt gleich grossen Zahl von Vertretern der Assistenten, der Dozenten und des Personals im Verhältnis 3 : 2 : 1.

Die Kandidaten der unter b) bis c) genannten Gruppen und die Lehrstuhlinhaber stellen sich der Institutsvollversammlung vor. Die Vertreter der unter c) genannten Gruppen werden in Wahlversammlungen ihrer Gruppen, die studentischen Vertreter in einem dreitägigen Wahlakt, geheim für ein Jahr gewählt. Nach demselben Modus können diese Gruppen auf Antrag von 10 % ihrer Mitglieder ihre Vertreter im Institutsrat abwählen.

Die Mitglieder des Institutsrates können im Falle der Verhinderung ihr Stimmrecht auf andere Mitglieder übertragen. Jedoch darf auf kein Mitglied des Institutsrates mehr als eine Stimme übertragen werden.

Der Institutsrat hat folgende Aufgaben:

1. Verabschiedung des Lehrplans und Koordination der Forschungspläne auf der Grundlage von Vorschlägen der Facheinheiten;
2. Verabschiedung des Haushaltsvoranschlags;

3. Beratung der Personalvorschläge der Facheinheiten; Entscheidung in Personalangelegenheiten unterhalb der Ebene der Lehrstuhlinhaber, soweit sie in der Kompetenz des Instituts liegt; Vorschläge für Berufungslisten, soweit möglich nach öffentlicher Vorstellung der Kandidaten;
4. Verabschiedung der Prüfungsordnungen;
5. jährliche Wahl des Vorsitzenden des Institutsrates;
6. jährliche Wahl der Institutsleitung und des Geschäftsführenden Direktors, die dem Institutsrat verantwortlich sind.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben kann der Institutsrat Ausschüsse bilden, die grundsätzlich öffentlich tagen.

Der Institutsrat tagt unter Leitung des Vorsitzenden des Institutsrates im Institut grundsätzlich öffentlich. Näheres regelt eine Geschäftsordnung.

§ 8 - Institutsleitung

Die Institutsleitung besteht aus

- 2 Lehrstuhlinhabern (gemäß § 3 a),
- 1 Dozenten (gemäß § 3 b),
- 1 Assistenten (gemäß § 3 c),
- 1 Personalvertreter (gemäß § 3 d), der nicht Leiter der Verwaltung ist,
- 1 Studenten der Politologie.

Den Vorsitz führt der Geschäftsführende Direktor, der Hochschullehrer sein muss. Die Institutsleitung nominiert aus ihrer Mitte einen Stellvertreter des Geschäftsführenden Direktors.

Die Institutsleitung führt die laufenden Geschäfte gemäß den Beschlüssen des Institutsrates. Sie prüft den Haushaltsvoranschlag und leitet ihn an den Institutsrat weiter.

Die Institutsleitung wird als Prüfungsausschuss tätig. Mitglieder, die nach den gesetzlichen Bestimmungen im Prüfungsausschuss kein volles Stimmrecht haben können, nehmen an seinen Sitzungen nur mit beratender Stimme teil.

Mitglieder der Institutsleitung, die nicht zugleich Mitglieder des Institutsrates sind, nehmen an dessen Sitzungen mit beratender Stimme teil.

§ 9 - Urabstimmungen

Die Mehrheit der Mitglieder des Institutsrates oder je 30 % von zweien bzw. je 20 % von dreien der in § 3 genannten Gruppen können eine Urabstimmung verlangen. Die zur Urabstimmung vorgelegte Frage muss mit "Ja" oder "Nein" beantwortet werden können.

Die in § 3 genannten Gruppen stimmen getrennt ab. Ergibt sich eine Mehrheit der Mitglieder in mindestens drei Gruppen und eine Mehrheit der Institutsmitglieder, so ist der Institutsrat an diese Entscheidung gebunden.

3. Beratung der Personalvorschläge der Facheinheiten; Entscheidung in Personalangelegenheiten unterhalb der Ebene der Lehrstuhlinhaber, soweit sie in der Kompetenz des Instituts liegt; Vorschläge für Berufungslisten, soweit möglich nach öffentlicher Vorstellung der Kandidaten;
4. Verabschiedung der Prüfungsordnungen;
5. jährliche Wahl des Vorsitzenden des Institutsrates;
6. jährliche Wahl der Institutsleitung und des Geschäftsführenden Direktors, die dem Institutsrat verantwortlich sind.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben kann der Institutsrat Ausschüsse bilden, die grundsätzlich öffentlich tagen.

Der Institutsrat tagt unter Leitung des Vorsitzenden des Institutsrates im Institut grundsätzlich öffentlich. Näheres regelt eine Geschäftsordnung.

§ 8 - Institutsleitung

Die Institutsleitung besteht aus

- 2 Lehrstuhlinhabern (gemäß § 3 a),
- 1 Dozenten (gemäß § 3 b),
- 1 Assistenten (gemäß § 3 c),
- 1 Personalvertreter (gemäß § 3 d), der nicht Leiter der Verwaltung ist,
- 1 Studenten der Politologie.

Den Vorsitz führt der Geschäftsführende Direktor, der Hochschullehrer sein muss. Die Institutsleitung nominiert aus ihrer Mitte einen Stellvertreter des Geschäftsführenden Direktors.

Die Institutsleitung führt die laufenden Geschäfte gemäß den Beschlüssen des Institutsrates. Sie prüft den Haushaltsvoranschlag und leitet ihn an den Institutsrat weiter.

Die Institutsleitung wird als Prüfungsausschuss tätig. Mitglieder, die nach den gesetzlichen Bestimmungen im Prüfungsausschuss kein volles Stimmrecht haben können, nehmen an seinen Sitzungen nur mit beratender Stimme teil.

Mitglieder der Institutsleitung, die nicht zugleich Mitglieder des Institutsrates sind, nehmen an dessen Sitzungen mit beratender Stimme teil.

§ 9 - Urabstimmungen

Die Mehrheit der Mitglieder des Institutsrates oder je 30 % von zweien bzw. je 20 % von dreien der in § 3 genannten Gruppen können eine Urabstimmung verlangen. Die zur Urabstimmung vorgelegte Frage muss mit "Ja" oder "Nein" beantwortet werden können.

Die in § 3 genannten Gruppen stimmen getrennt ab. Ergibt sich eine Mehrheit der Mitglieder in mindestens drei Gruppen und eine Mehrheit der Institutsmitglieder, so ist der Institutsrat an diese Entscheidung gebunden.

§ 10 - Satzungsänderungen

Satzungsänderungen bedürfen der Zustimmung von 2/3 der Mitglieder des Institutsrates.

§ 11 - Übergangsbestimmung

§ 1 dieser Satzung tritt in Kraft, sobald die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen sind. Bis dahin gilt sinngemäß § 1 der bisher gültigen Institutsordnung.

UNIVERSITÄT MANNHEIM (WH)

DER REKTOR

Mannheim, den 4.4.1968

A/1 - W1/Th

Zur gefälligen Kenntnis

An die
Mitglieder des Senats

Sehr geehrte Frau Kollegin, sehr geehrter Herr Kollege,

als Anlage übersende ich Ihnen eine Zusammenstellung über die Probleme und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem Hochschulgesetz und der Ausarbeitung einer Grundordnung entstehen. Ich habe mich darauf beschränkt, die wichtigsten Probleme aufzuführen.

Das neue Hochschulgesetz ist mir nur in 30 Exemplaren zugegangen. Ich habe bereits weitere Exemplare angefordert und darf sie Ihnen nach Eingang zustellen.

Mit den besten Empfehlungen
Ihr

Rudolf Kildermann

Anlage

I.

Wahl der Grundordnungsversammlung

Der Entwurf des Erlasses des Kultusministeriums zur Wahl der Grundordnungsversammlung ist mir zugegangen. Zusammen mit Rektor Baitsch, Freiburg, werde ich auf Bitten der Landesrektorenkonferenz am 11.4.1968 in Stuttgart verhandeln, um eine Vereinfachung des Entwurfes zu erreichen. Der Entwurf wurde abschriftlich dem Prorektor, dem Rektor designatus und den Dekanen zugestellt mit der Bitte um Stellungnahme.

Nach diesem vorgesehenen Wahlverfahren muss innerhalb von drei Monaten nach Erlass gewählt werden. Dabei sind folgende Fristen vorgesehen:

- 1.) Bekanntmachung: Wahltag ./ 40 Tage,
- 2.) Einreichung der Wahllisten: Wahltag ./ 21 Tage,
- 3.) Aushängen der überprüften Listen: Wahltag ./ 10 Tage,
- 4.) Auslage des Wählerverzeichnisses: Wahltag ./ 10 Tage,
- 5.) Schluss der Auslage: Wahltag ./ 3 Tage,
- 6.) endgültiger Abschluss des Wählerverzeichnisses: Wahltag ./ 2 Tage

Die Wahl hat für alle Gruppen an einem Tag stattzufinden. Dazu müssen vom Senat ein Wahlausschuss und verschiedene Abstimmungsausschüsse gebildet werden. Da die Mitglieder dieser Ausschüsse nicht zugleich Wahlbewerber sein können, schlage ich für den Wahlausschuss vor (ausser mir als Vorsitzenden): die drei Dekane und ein Prodekan (da diese als geborene Mitglieder ohnehin der Grundordnungsversammlung angehören).

Über die Abstimmungsausschüsse muss ebenfalls vom Senat zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

Nach erster Durchsicht der Verfahrensordnung brauchen wir sechs Wahllokale und damit sechs Abstimmungsausschüsse: vier für Studenten, einen für Assistenten und Akademische Räte und einen für Ordinarien und Dozenten. (Die Wahlen finden jeweils getrennt statt.)

Die Wahlen können nach den vorgesehenen Fristen in der Zeit von Ende Mai bis Mitte Juni stattfinden. Eine Verkürzung der Laufzeiten ist gegebenenfalls anzustreben.

Hinsichtlich der Wahlberechtigten sind folgende Fragen zu klären:

1.) Bei den Studenten:

Wie verhält es sich bei nicht-immatrikulierten Examenssemestern, bzw. Examenssemestern, die sich im Sommer aus diesem Grunde nicht zurückgemeldet haben? Soll hier die Bestätigung, dass sie sich zur Prüfung angemeldet haben, anerkannt werden?

2.) Bei Assistenten:

Geklärt ist die Wahlberechtigung für Vollassistenten, für Verwalter von Assistentenstellen und für wissenschaftliche Angestellte. Offen ist die Frage der geprüften wissenschaftlichen Hilfskräfte. Nach dem Gesetz sind wissenschaftliche Angestellte wahlberechtigt, die nicht vorübergehend beschäftigt sind.

Vorschlag: Geprüfte wissenschaftliche Hilfskräfte, die mindestens sechs Monate tätig sind. Geprüft werden muss die Frage der Tutoren. Ausserdem machen die Bibliotheksangestellten geltend, dass sie zu den wissenschaftlichen Angestellten zu rechnen seien.

Die Bestellung des Wahlausschusses hat voraussichtlich bei der Senatssitzung Ende April zu erfolgen.

II

Vordringliche Grundlagenentscheidungen
der Grundordnungsversammlung

Die Grundordnungsversammlung hat folgende vordringliche Fragenkreise zu klären:

1.) eine Entscheidung darüber, ob eine Rektorats- oder Präsidialverfassung gewählt wird. (Nach neueren Informationen wollen die Kultusminister generell in der Bundesrepublik die Präsidialverfassung anstreben. Nach Gesetz sind wir jedoch in dieser Entscheidung frei.) Die Entscheidung dieser Frage muss im Lichte anderer Strukturfragen, etwa der Verteilung der Kompetenzen zwischen den Organen oder der gewählten Organisationsgliederung, gesehen werden. Auch die Stellung der Verwaltung ist dabei zu beachten.

2.) Es muss entschieden werden, ob Fakultäten oder Abteilungen als Einheiten von Forschung und Lehre gelten sollen. Im Falle von Fakultäten wird der spätere Grosse Senat 26 Mitglieder (14 : 12), der Senat 13 Mitglieder (7 : 6) umfassen.

Falls die Abteilungen als Einheiten von Forschung und Lehre gelten, wird der Grosse Senat 58 Mitglieder (30 : 28), der kleine Senat 22 Mitglieder (12 : 10) umfassen.

3.) Welche Kompetenzverteilung soll zwischen den Organen stattfinden? Nach Gesetz sind Organe: der Grosse Senat, der Senat, Verwaltungsrat, Rektor und Kanzler. Sollen Personal-Unionen geschaffen werden? Welche Kompetenzen sind dem Grossen Senat evtl. zu übertragen (§ 10, (1), 5)? Bei dieser Frage bitte beachten, dass der Vorsitz im Kleinen und Grossen Senat unterschiedlich geregelt ist, nur im Falle des Kleinen Senats ausdrückliche Vorschriften über nicht-öffentliche Sitzungen enthalten sind, ebenso Einschränkungen der Kompetenzen für die Vertreter nach § 16, Absatz 2, Nr 1 - 4 hinsichtlich der Behandlung von Berufungsvorschlägen und personellen Angelegenheiten. Auch die Art der Delegation ist im Grossen Senat und im Senat verschieden geregelt.

4.) Welche Aufgaben sollen die Fakultäten und Abteilungen erhalten?

5.) Welche Art von Repräsentation soll in Fakultäten und Abteilungen für Privatdozenten, Akademische Räte, Assistenten und Studenten geschaffen werden? Welche Wahlverfahren sind dafür vorgesehen?

6.) Welche Stellung (Rechte und Pflichten) sollen die Professoren, Privatdozenten, Honorarprofessoren und Gastprofessoren erhalten? Dabei muss die Frage der Mitwirkung in den Organen und Einheiten von Forschung und Lehre sowie in Instituten und bei Prüfungen geklärt werden.

7.) Welche Regelungen sollen bei Berufungen und Habilitationen gelten?

8.) Die Prüfungs-, Studien- und Instituts-Ordnungen sind auf ihre Gesetzmässigkeit zu überprüfen. Welche Übergangsfristen müssten gegebenenfalls geschaffen werden?

Wahl-

9.) Welche Ordnung soll für die Organe gelten? Ebenso welche Planung für Wahlen zum Asta, Studenten-Parlament, zur Assistentenversammlung etc.?

10.) Welche Grundsätze sollen in den Satzungen für Dozenten, Akademische Räte, Assistenten und Studenten gelten? Die Satzungen müssen durch den späteren Senat genehmigt werden. Wie steht es mit der Rechtsfähigkeit der Gliedkörperschaften?

11.) Soll eine Versammlung für Ordinarien geschaffen werden? Welche Grundsätze sind dabei anzuwenden?

12.) Vordringlich ist eine Geschäftsordnung für die Grundordnungsversammlung. Darüber hinaus muss über die Geschäftsordnung der Organe der Fakultäten und Abteilungen, der Organe der Assistenten und Studenten entschieden werden.

13.) Welche Grundsätze hat eine Assistentenordnung zu enthalten? Dabei müssten Regeln für die Zuordnung der Assistenten zu den Einheiten von Forschung und Lehre, bzw. Lehrstuhlinhabern erarbeitet werden.

14.) Überprüft werden muss die Immatrikulationsordnung im Hinblick auf die sich daraus ergebenden satzungsmässigen Rechte.

15.) Neu geschaffen werden muss eine Disziplinarordnung. Die Grundsätze sind in die Satzung aufzunehmen.

16.) Welche Grundsätze haben für die Verfahrensordnung des Schlichtungsausschusses zu gelten?

17.) Welche Grundsätze der Verwaltungsvorschriften für das wissenschaftliche Personal?

18.) Die Frage einer neuen Satzung des Studentenwerks muss geprüft werden.

III

Personalfragen

Nach dem Gesetz hat die Grundordnungsversammlung geborene und gekorene Mitglieder. Geborene Mitglieder sind: Rektor, Prorektor, Dekane, Prodekane. Da unsere Ämter im Herbst wechseln, muss eine sinnvolle Regelung erfolgen. Ausserdem ist der Rektor designatus nicht von vorneherein geborenes Mitglied. Infolgedessen sind folgende Fragen zu klären:

1.) Dekane: Sollen die Dekane, die ab Wintersemester amtieren, bereits jetzt sofort gewählt werden und bis zur Amtsübernahme als Prodekane amtieren?

2.) Rektor, Prorektor: Zur Lösung des auftretenden Kontinuitätsproblems sind vier Möglichkeiten denkbar:

- a) Der Rektor designatus wird als gekorenes Mitglied zugewählt, es sei denn,
- b) er würde sofort zum Prorektor gewählt. In diesem Fall müsste der jetzige Prorektor als gekorenes Mitglied gewählt werden.

Sofern die Lösung a) gewählt wird, müsste im Herbst eine Nachwahl stattfinden. Nach Gesetz und Verfahren kann der jetzige Prorektor nicht als Vertreter des - bei Lösung a) - gekorenen Rektor designatus gewählt werden. Diese Möglichkeit scheidet also aus.

- c) Die Amtsperiode für den amtierenden Rektor und den Prorektor wird um ein halbes Jahr verlängert. Der Rektor designatus wird als gekorenes Mitglied gewählt.
- d) Die Amtsperiode für den amtierenden Rektor wird um ein halbes Jahr verlängert. Der Rektor designatus wird als Prorektor gewählt, der jetzige Prorektor als gekorenes Mitglied.

Ich bitte dringend um eine vorrangige Klärung dieser Fragen bei den Fakultätssitzungen.

UNIVERSITÄT STUTTGART
TECHNISCHE HOCHSCHULE STUTTGART

DER REKTOR

Univ. Hohenheim
STUTTGART 1 POSTFACH 560

HUBERSTR. 16 TELEFON 29973201 - 29973702 *R*

Nr. V 1002-1/23

den 10. Juni 1968 - K/G1

An die

Rektoren der Universitäten
des Landes Baden-Württemberg

Sehr geehrte Herren Kollegen,

anliegend erlaube ich mir, Ihnen 2 Exemplare einer Ausarbeitung zu übersenden, die die vom bisherigen Großen Senat bereits vor Verabschiedung des Hochschulgesetzes eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Grundordnung vorgelegt hat.

Mit freundlichen Grüßen

Leonhardt

(Prof. Dr.-Ing. F. Leonhardt)

-2- Beilagen!

den 15. Mai 1968 - K/GI

Nr. V 1002-1/17

An die

Mitglieder des Lehrkörpers
und des Studentenparlaments
der Universität Stuttgart

Betr.: Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen für eine
neue Grundordnung

Beil.: -1-

Sehr geehrte Damen und Herren,

die vom Großen Senat noch vor der Verabschiedung des Hochschulgesetzes eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen für eine neue Grundordnung hat in mehreren Sitzungen und in verschiedenen Diskussionen im größeren Kreis die anliegenden ersten Überlegungen für die neue Grundordnung ausgearbeitet. Es ist dies noch keine vollständige Zusammenstellung aller Punkte, die in der neuen Grundordnung zu regeln sind. Die wesentlichsten Fragen sind jedoch angesprochen. Diese anliegende Zusammenstellung soll der am 11. Juni 1968 zu wählenden Versammlung zur Verabschiedung der neuen Grundordnung als Material für ihre Beratungen dienen.

Die Mitglieder der Kommission waren der Ansicht, daß es für die Arbeit dieser neuen Grundordnungsversammlung nur förderlich sein könnte, wenn sie schon ein erstes Konzept für ihre Beratungen vorgelegt bekommt. Ich brauche nicht zu betonen, daß es allein Sache der neuen Versammlung sein wird, zu entscheiden, wie die neue Grundordnung aussehen soll. Ich würde es nun für richtig halten, wenn alle interessierten Mitglie-

den 15. Mai 1968 - K/G1

Nr. V 1002-1/17

An die

Mitglieder des Lehrkörpers
und des Studentenparlaments
der Universität Stuttgart

Betr.: Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen für eine
neue Grundordnung

Beil.: -1-

Sehr geehrte Damen und Herren,

die vom Großen Senat noch vor der Verabschiedung des Hochschulgesetzes eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen für eine neue Grundordnung hat in mehreren Sitzungen und in verschiedenen Diskussionen im größeren Kreis die anliegenden ersten Überlegungen für die neue Grundordnung ausgearbeitet. Es ist dies noch keine vollständige Zusammenstellung aller Punkte, die in der neuen Grundordnung zu regeln sind. Die wesentlichsten Fragen sind jedoch angesprochen. Diese anliegende Zusammenstellung soll der am 11. Juni 1968 zu wählenden Versammlung zur Verabschiedung der neuen Grundordnung als Material für ihre Beratungen dienen.

Die Mitglieder der Kommission waren der Ansicht, daß es für die Arbeit dieser neuen Grundordnungsversammlung nur förderlich sein könnte, wenn sie schon ein erstes Konzept für ihre Beratungen vorgelegt bekommt. Ich brauche nicht zu betonen, daß es allein Sache der neuen Versammlung sein wird, zu entscheiden, wie die neue Grundordnung aussehen soll. Ich würde es nun für richtig halten, wenn alle interessierten Mitglie-

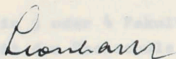
Stuttgart, den 13. Mai 1968

der der Universität die Diskussion über den Inhalt der neuen Grundordnung beginnen bzw. fortsetzen würden. Dadurch könnte erreicht werden, daß die neue Grundordnungsversammlung bald nach ihrer Konstituierung Material von allen Seiten für ihre Beratungen bekommen könnte.

Sollten Sie Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge zu den anliegenden ersten Überlegungen haben, dann wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir eine schriftliche Stellungnahme zuleiten würden, die ich dann ebenfalls der neuen Grundordnungsversammlung als Material vorlegen würde.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



(Prof. Dr.-Ing. F. Leonhardt)

ERSTE ÜBERLEGUNGEN FÜR DIE NEUE GRUNDORDNUNG

Stand der Beratungen der Satzungskommission

I. Ständige Einheiten für Forschung und Lehre

Die Senate und der Verwaltungsrat sind für die Aufgaben der Gesamthochschule zuständig. Unter ihnen tragen die ständigen Einheiten in ihrem Bereich die Verantwortung für Forschung und Lehre. Daher sollen überschaubare Einheiten gebildet werden, in denen die fachliche Arbeit am wirkungsvollsten ist, weil alle Sitzungsteilnehmer sachlich etwas beitragen können.

Die Gliederung der Hochschule in 3 oder 4 Fakultäten birgt die Gefahr in sich, daß die Einheit der Hochschule nicht mehr gewährleistet ist, sondern daß sich die Hochschule in 3 oder 4 sehr selbständige Fakultäten auflöst. Außerdem wären die bisher vorhandenen 2 Instanzen, nämlich Fakultäten und Abteilungen, beibehalten und keine Vereinfachung erzielt. Ideal wäre es, wenn für jede Studienrichtung eine ständige Einheit zuständig wäre. Dies ist z. Zt. nicht möglich, da die Zahl und die fachliche Richtung der an einzelnen Studiengängen beteiligten Lehrstühle zu unterschiedlich sind.

Daher wird vorgeschlagen, als "Ständige Einheiten der Lehre und Forschung" Fachbereiche zu wählen, die nicht zu groß und nicht zu klein sind (im Mittel etwa 12 Lehrstühle, mindestens 8 und nicht mehr als 16 Lehrstühle). Diesen Fachbereichen können alle fachbezogenen Aufgaben zur Entscheidung zugewiesen werden, so daß die bisherige Fakultät als Zwischenstufe zwischen der bisherigen Abteilung und dem Senat überflüssig wird und eine Reihe von Aufgaben, die bisher den Senaten zustanden, ebenfalls auf die Fachbereiche verlagert werden kann. Die Mindestgröße wurde vorgesehen, um die Zahl der Fachbereiche nicht zu groß werden zu lassen (z. B. 12 bis 16), da sonst der Senat zu groß wird (bei 12 Fachbereichen 27 Mitglieder, bei 16 Fachbereichen 31 Mitglieder). Zu unterschied-

lich darf die Größe der einzelnen Fachbereiche nicht sein, da sie dann in den Senaten auch zu ungleich vertreten wären.

Ein Lehrstuhl kann - wenn fachlich bedingt - 2 oder mehreren Fachbereichen angehören. Dadurch kann aber die Mindest- oder Höchstzahl der Fachbereiche nicht beeinträchtigt werden. Jeder Lehrstuhl hat in einem Fachbereich seinen Hauptsitz mit Stimmrecht. In dem Fachbereich, in dem er einen Nebensitz hat, ist er nicht stimmberechtigt. Er soll in diesen Fällen auch einen Vertreter entsenden können.

In der Anlage 1 ist als Vorschlag eine Aufteilung erstellt worden, die von den Abteilungen zu erörtern wäre.

Aufgaben der Fachbereiche:

Bei den Beratungen über alle nachstehend aufgeführten Aufgaben nehmen alle Mitglieder teil. Bis auf die Punkte 1 und 2 sollen sie auch in allen Angelegenheiten Stimmrecht haben.

Bemerkungen:

1. Berufungen

Festlegung des Lehrgebiets in Beratung mit allen Mitgliedern des Fachbereichs. Bericht über den Stand der Arbeit der Berufungskommission im Fachbereich. Vorträge hochschulöffentlich mit der Möglichkeit für die Akademischen Mitarbeiter und Studenten, dazu ein Votum abzugeben (Ankündigung nicht als Vorstellungsvortrag, sondern als Fachvortrag).

2. Habilitationen

3. Ehrungen

(Ehrenbürger entfällt künftig)

4. Habilitationsordnung

Aufgaben der Fachbereiche:

Bemerkungen:

5. Promotionen

(soweit Fachbereich nach der Promotionsordnung zuständig ist)

Inwieweit Akademische Mitarbeiter bei der einzelnen Promotion beteiligt werden können, soll in der Promotionsordnung festgelegt werden, ebenfalls soll dort künftig eine Frist für das Promotionsverfahren eingeführt werden.

6. Promotionsordnung

7. Prüfungsordnungen

Allgemeine Rahmenordnung durch Senat, Sonderbestimmungen durch Fachbereiche unter Rechtsaufsicht des Rektors, von dort zum KM zur Genehmigung

8. Studienplan

nach Vorschlägen der ständigen Studienplankommission

9. Besprechung des Vorlesungsangebots

10. Forschungsbesprechung

Unterrichtung über Forschungsvorhaben und Koordinierung der Forschungsanträge auch für Sonderforschungsbereiche

11. Zuordnung der wissenschaftlichen Assistenten zu den Universitäts-einrichtungen

Zuordnung:

Die wissenschaftlichen Räte und Dozenten sind als Personen dem Fachbereich zugeteilt. Die Zahl von Assistentenstellen bei den Lehrstühlen und Instituten ist von Zeit zu Zeit vom Verwaltungsrat zu überprüfen. Als Versuch soll jeder Lehrstuhl bzw. jedes Institut, der/das mehr als 4 Stellen für wissenschaftliche Assistenten hat, je eine Stelle in einen pool des Fachbereichs abgeben; bei Freiwerden der Stelle wird vom Fachbereich oder, wenn keine Einigung erzielt wird, vom Verwaltungsrat entschieden, welcher Universitätseinrichtung sie zugeordnet wird (als Experiment).

Aufgaben der Fachbereiche: Bemerkungen:

12. Haushaltsanträge personeller und sachlicher Art, soweit sie die Fachbereiche und nicht die einzelnen Universitätseinrichtungen betreffen

13. Personalfragen

Anträge für Einstellungen und Beförderungen für die dem Fachbereich direkt zugeordneten wissenschaftlichen Mitarbeiter

14. Bau- und Raumprogramm, Entwicklungsplan, soweit Fachbereich betroffen

15. Lehraufträge

16. Wahlen im Fachbereich, Wahlordnung für Fachbereich, Geschäftsordnung für Fachbereich

17. Semesterbesprechungen mit Verbesserungsvorschlägen der Lehrveranstaltungen und der Prüfungen

Ein bis vier Lehrstuhlinhaber und die dazugehörenden Akademischen Mitarbeiter diskutieren mindestens einmal in jedem Semester mit den interessierten Studenten (soll u. a. Vorlesungskritik ersetzen). Es wird nicht abgestimmt.

Studienplan- und Prüfungskommissionen

(kann mehrere Fachbereiche übergreifen)

Für jede Fachrichtung muß eine ständige beratende Studienplankommission gebildet werden. Sie ist aus je 1/3 Lehrstuhlinhabern + Dozenten, 1/3 Akademischen Mitarbeitern und 1/3 Studenten zusammengesetzt. Die Studentenvertreter müssen der betroffenen Fachschaft angehören. Die Wahl der Lehrstuhlinhaber und Dozenten soll auf 4 Jahre, die der Akademischen Mitarbeiter auf 2 Jahre und die der Studenten auf 1 Jahr mit der Möglichkeit der Wiederwahl festgelegt werden. Wenn eine Fachrichtung mehrere Fachbereiche berührt, wird vom Senat der Fachbereich festgelegt, der federführend sein soll. Bei Sitzungen des federführenden Fachbereiches, in denen über Vorschläge der Studienplankommission zu entscheiden ist, wird der Fachbereich erweitert um die zuständigen Lehrstuhlinhaber und die entsprechende Zahl von Vertretern der anderen Gruppen (Dozenten, Akademische Mitarbeiter und Studenten).

Für jede Fachrichtung ist eine Prüfungsordnung vorzusehen. Soweit eine Prüfungskommission darin gebildet wird, sind alle prüfenden Universitätslehrer, 2 Akademische Mitarbeiter und 2 Studenten zu beteiligen. Das Wahlverfahren wird vom Senat festgelegt. Sie sind beschließende Kommissionen. Sie sind nicht in die Grundordnung aufzunehmen.

Mitglieder der Fachbereiche für Fachbereichssitzungen

(kann Fakultätssitzung genannt werden)

1. Alle Lehrstuhlinhaber

Bei 10 Lehrstuhlinhabern sind die Gruppen wie folgt beteiligt:
(bei anderer Zahl siehe Tabelle Anlage 2)

2. 3 Universitätslehrer nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 bis 6 Hochschulgesetz.

Alle unter § 16 Abs. 1 Nr. 2 bis 6 fallenden Personen sind teilnahmeberechtigt, stimmberechtigt sind nur 3. Der Senat

kann Honorarprofessoren, die wichtige Lehr- und Forschungsaufgaben wahrnehmen, auf Vorschlag des Fachbereiches Stimmrecht verleihen. Diese Stimmen werden bei den Gruppenanteilen nicht berücksichtigt. Es soll noch untersucht werden, ob es möglich ist, in den einzelnen Fachbereichen unterschiedlich zu verfahren, da z. B. die jetzige Abteilung für Geisteswissenschaften und Bildungsfächer allen Universitätslehrern nach § 16 Abs. 1 des Hochschulgesetzes Stimmrecht geben will.

3. 3 Akademische Mitarbeiter

4. 3 Studenten

Die Zahl der beteiligten Studenten soll mindestens zwei betragen.

5. 1 Vertreter der nichtakademischen Mitarbeiter aus dem Fachbereich (beratend). Wahlverfahren hierfür ist noch festzulegen.

Alle Lehrenden des Fachbereiches, also der Lehrkörper im engeren und weiteren Sinne (§ 16 Hochschulgesetz), bilden das Kollegium der Fakultät.

Dazu gehören auch die aus Beiträgen Dritter vergüteten wissenschaftlichen Angestellten, die nicht in einem Dienstverhältnis zur Hochschule stehen, und die wissenschaftlichen Mitarbeiter von Instituten an der Hochschule, die von einem Universitätslehrer geleitet werden, wenn die Mitarbeiter hauptamtlich in der Hochschule arbeiten. Dasselbe gilt für die geprüften wissenschaftlichen Hilfskräfte. Sie sollen aktives und passives Wahlrecht haben.

Wahl der Vertreter in den Fachbereich

Sie erfolgt auf jeweils 2 Jahre, um 1 Jahr gestaffelt. Die Dozenten sowie die Akademischen Mitarbeiter wählen ihre Vertreter je aus ihrer Gruppe jeweils im Fachbereich.

Die Studenten benennen ihre Vertreter für die Fachbereiche aus der Fachschaft, Amtszeit 2 Jahre, je 1 Jahr übergreifend.

Jede der Gruppen kann je nach Sachfrage zwei Berater ohne Stimmrecht zuziehen.

Leitung des Fachbereiches

Der Leiter des Fachbereiches (Dekan) ist auf 4 Jahre, sein Stellvertreter (Prodekan) auf mindestens zwei Jahre zu wählen, Wiederwahl ist möglich. Die Amtszeit des Prodekans muß um ein Jahr gegenüber der Amtszeit des Dekans verschoben sein. Für die längere Amtszeit des Dekans gilt dieselbe Begründung wie für die längere Amtszeit des Rektors. Die Aufgaben im Fachbereich sind so vielfältig, daß sie nur dann wirkungsvoll bearbeitet werden können, wenn der Dekan in alle Probleme eingearbeitet ist. Bei einer Aufteilung der Aufgaben, wie sie hier vorgeschlagen wird, hat der Dekan künftig die Aufgaben der bisherigen Dekane teilweise, der bisherigen Abteilungsleiter in ganzem Umfang und weitere Aufgaben, die durch Verlagerung von Zuständigkeiten von den Senaten auf die Fachbereiche dazukommen, zu bewältigen.

Er kann dies nur richtig tun, wenn er eine längere Amtszeit hat. Auch für die im Senat zu entscheidenden hochschulpolitischen Aufgaben ist es außerordentlich wichtig, daß die Mitglieder möglichst lange mitwirken und nicht zu häufig wechseln. Es wäre auch gut, wenn die Amtszeit der Dekane mit der des Rektors, der Lehrstuhlinhaber im Großen Senat und im Verwaltungsrat übereinstimmen würde.

Der Dekan und der Prodekan müssen Lehrstuhlinhaber sein. Beide werden von den stimmberechtigten Mitgliedern des Fachbereiches gewählt.

II. Senat (früher Kleiner Senat):

Zusammensetzung des Senats in § 11 Hochschulgesetz festgelegt, danach bei 12 Fachbereichen (bei größerer Zahl siehe Anlage 2)

insgesamt 27 Mitglieder, bestehend aus: Rektor, Prorektor, 12 Leitern der Fachbereiche, Kanzler, 3 Lehrstuhlinhabern, 3 Dozenten, 3 Akademischen Mitarbeitern und 3 Studenten.

Alle Mitglieder des Senats haben bei allen Angelegenheiten Stimmrecht (Ausnahme Kanzler).

Aufgaben:

Bemerkungen:

1. Hochschulpolitik
2. Hochschulgesamtplan
3. Hochschulreform - als ständige Aufgabe
4. Bildungspolitik
5. Überwachung und Koordination der Arbeiten der Fachbereiche
6. Sicherung der funktionsgerechten Repräsentation bzw. Mitwirkung der Gruppen
7. Berufungen

Zustimmung zur Berufsliste auf Antrag des Fachbereiches (stark abgekürzter Vortrag); Bestimmung von je 1 bis 2 Senatsberichtern für Berufungskommissionen aus verschiedenen Fachbereichen mit erweiterten Kompetenzen zur Kontrolle, weil Fakultät alter Art als 2. Instanz entfällt.
8. Habilitationsordnung

einheitlich für die ganze Hochschule
9. Promotionsordnung

einheitlich für die ganze Hochschule
10. Einrichtung neuer Studiengänge
11. Rahmenordnung für die Prüfungsordnungen aller Fachrichtungen

Bemerkungen:

- | | |
|--|--|
| 12. <u>Ehrungen: Ehrensensator
Ehrendoktor</u> | Senat beschließt und verleiht,
Fachbereich beschließt und
verleiht mit Zustimmung des
Senats |
| 13. <u>Errichtung von Lehrstüh-
len oder Änderung ihrer
Fachrichtung</u> | im allgemeinen auf Antrag der
Fachbereiche |
| 14. <u>Personalangelegenheiten</u> | z. B. Richtlinien für Gleich-
mässigkeit der Behandlung, z.
B. in der Beurteilung der Lei-
stung |
| 15. <u>Ernennung von apl. Profes-
soren, Abteilungsvorstehern
und Wissenschaftl. Räten</u> | auf Vorschlag des Fachbereiches |
| 16. <u>Ernennung von Honorar-
professoren</u> | auf Vorschlag des Fachbereiches |
| 17. <u>Festsetzung der Zulassungs-
quoten</u> (numerus clausus) | Aufnahmebeschränkung nach prüf-
baren Kriterien unter Beachtung
des Hochschulgesetzes
(§ 42 Abs. 3) |
| 18. <u>Bestellung der Mitglieder
des Schlichtungsausschus-
ses nach § 54</u> | |
| 19. <u>Disziplinar-Verfahrens-
ordnung nach § 55 Abs. 4</u> | im Benehmen mit allen Gruppen |
| 20. <u>Förderung des wissenschaft-
lichen Nachwuchses</u> | |
| 21. <u>Besetzung der Stellen der
Leiter zentraler Universi-
tätseinrichtungen</u> | |

Bemerkungen:

22. Genehmigung der Ordnungen
der Fachbereiche als stän-
dige Einheiten
23. Wahl der Mitglieder des
Verwaltungsrates
24. Einsetzen von Senats-
kommissionen
25. Genehmigung der Ordnungen
der Gruppen, z. B. Satzung
und Wahlordnung der Studen-
tenschaft (nur Rechtsaufsicht)
26. Wahlordnung für Wahl der
Professoren, Dozenten, As-
sistenten und dgl. in die
Organe
27. Wahl der Mitglieder des Stu-
dentenwerks nach § 61
28. Wahl der Mitglieder des Dis-
ziplinarausschusses nach § 55
29. Wahl des Kanzlers für den Vor-
schlag an das Kultusministerium
nach § 14
30. Wahl des Stellvertreters des
Kanzlers für den Vorschlag an
das Kultusministerium

vorwiegend aus Mitgliedern des
Senats (siehe auch unter Mit-
glieder des Verwaltungsrates,
Abschnitt V)

Wahl der Mitglieder des Senats,
soweit sie nicht von Amts wegen
Mitglieder sind, also Wahl der
Gruppenvertreter:

Ordinarien:

aus der Vollversammlung
der Ordinarien

Dozenten:

aus der Vollversammlung
der Dozenten

Akademische Mitarbeiter:

zuerst Wahl im Fachbereich
zur Ermittlung der Vertre-
ter im Fachbereich. Fachbe-
reichsvertreter wählen einen
Sprecher. Die Sprecher aller
Fachbereiche wählen die Ver-
treter

Studenten:

werden von der Studenten-
schaft (Parlament) benannt

Es muß noch ein Wahlverfahren ausgearbeitet werden, das für
die Wahl der Vertreter aller Gremien (Großer Senat, Senat, Ver-
waltungsrat, Fachbereiche) gelten kann.

III. Großer Senat:

Zusammensetzung des Großen Senats nach § 10 Hochschulgesetz.
Von der Möglichkeit, an der Rektorwahl und der Entgegennahme so-
wie Erörterung des Rechenschaftsberichtes sämtliche Lehrstuhlin-
haber teilnehmen zu lassen, soll Gebrauch gemacht werden.

Zusammensetzung bei 12 Fachbereichen 99 Mitglieder, bestehend
aus: Rektor, Prorektor, 24 Lehrstuhlinhabern als Leiter und stell-
vertretende Leiter von Fachbereichen, Kanzler, 24 Lehrstuhlinha-
bern, 24 Dozenten und Akademischen Mitarbeitern, 24 Studenten.

Aufgaben:

Hochschulgesetz, § 10

1. Beschluß über die Änderung der Grundordnung
2. Wahl des Rektors
3. Entgegennahme und Erörterung des jährlichen Rechenschaftsberichtes des Rektors
4. Behandlung von Angelegenheiten, die durch Beschluß des Senats oder Verwaltungsrates dem Großen Senat zugewiesen sind

Keine zusätzlichen Aufgaben sollen vorgesehen werden.

Es sollte das gleiche Wahlverfahren gelten wie für den Senat.

IV. Präsidial- oder Rektoratsverfassung

Wenn die Autonomie der Universität erhalten bleiben soll, muß die Führung der Universität gestärkt werden und mehr Kontinuität erhalten.

Vorteil bei Präsidialverfassung: Präsident muß auf 8 Jahre, bei Wiederwahl auf weitere 8 Jahre gewählt werden. Rektor ist auf mindestens 1 Jahr zu wählen, die Amtszeit kann aber durch Grundordnung beliebig länger festgelegt werden. Präsident ist nicht vorzeitig abwählbar, bei Rektor sollte die Grundordnung diese Möglichkeit vorsehen (2/3 Mehrheit des Großen Senats). Präsident Beamter auf Zeit, Besoldung für Hochschullehrer nicht attraktiv. Rektor bleibt beamten- und besoldungsrechtlich Hochschullehrer, Kommission daher übereinstimmend der Auffassung, daß

Rektoratsverfassung vorzuziehen ist.

Der Rektor steht an der Spitze der Universität und repräsentiert sie nach außen. Wesentlich aber, daß Rektor länger als bisher gewählt wird. Vorschlag: 4 Jahre, mehrmalige Wiederwahl möglich; bleibt Lehrstuhlinhaber mit vollen Bezügen einschließlich Unterrichtsgeldpauschale; frei von Verpflichtung,

zu lehren und zu forschen. Die Wahl soll 1 Jahr vor Amtsantritt erfolgen, damit bei großen Lehrstühlen bzw. Instituten erforderlichenfalls ein Nachfolger oder Vertreter berufen werden kann. Für jede Neuwahl eines Rektors muß Leer-Lehrstuhl zur Verfügung stehen, damit, wenn der zum Rektor Gewählte es wünscht, auf seinem Fachgebiet ein neuer Lehrstuhlinhaber berufen werden kann. Für den Rektor muß eine Arbeitsmöglichkeit im Institut erhalten bleiben (soviel Räume und Personal, wie der Rektor zur Fortsetzung seiner eingeschränkten wissenschaftlichen Arbeit für erforderlich hält). Soweit ein neuer Lehrstuhlinhaber berufen wird, soll dieser zum geschäftsführenden Mitdirektor bestellt werden. Der Rektor hat die Möglichkeit, in seinem Institut - soweit er kann und will - mitzuarbeiten und nach Ablauf seiner Amtszeit als Mitdirektor in sein altes Institut zurückzukehren.

Die Aufgaben des Rektors einer Universität sind in den letzten Jahren so angewachsen, daß er seine volle Arbeitskraft dafür verwenden muß. Die Aufgaben sind auch nach innen und außen so vielfältig und kompliziert geworden, daß sie nur gemeistert werden können, wenn eine längere Amtszeit als bisher festgelegt wird. Ohne die längere Amtszeit und die Freistellung von der Verpflichtung, zu lehren und zu forschen, kann ein Rektor die Hochschule ohne Schaden für die Gesamthochschule nicht leiten. Die Möglichkeit einer Wahl von Persönlichkeiten außerhalb der Universität zum Rektor soll vorgesehen werden.

Wahl des Rektors

Vorbesprechung in den Fachbereichen unter Beteiligung der drei Gruppen. Im erweiterten Großen Senat geheime Nominierung. Kandidaten mit mehr als 10 Nominierungsstimmen werden in alphabetischer Reihenfolge festgehalten. Die so Nominierten werden gefragt, ob sie bereit sind, eine evtl. Wahl anzunehmen. Danach ist Wortmeldung möglich zum Vorbringen schwerwiegender Bedenken. Gewählt ist in geheimer Wahl der Kandidat, der im 1. oder 2. Wahlgang eine 2/3 Mehrheit erreicht; im 3. Wahlgang ist einfache Mehrheit ausreichend.

V. Prorektor

Amtsduer 2 Jahre, mehrmals wiederwählbar. Die Amtszeit des Prorektors muß um ein Jahr gegenüber der Amtszeit des Rektors verschoben sein; Prorektor soll nicht wie bisher der gewesene Rektor sein.

Wahlverfahren wie beim Rektor.

VI. Pflege der Offenheit aller Akte der Selbstverwaltung (gemäß Godesberger Rektorenerklärung zur Hochschulreform vom 6. Januar 1968). Die erweiterten Großen Senats-Sitzungen für Rechenschaftsberichte des Rektors und Rektorwahl sind hochschulöffentlich. Die Presse erhält den Rechenschaftsbericht des Rektors.

Der Vorsitzende des Großen Senats und sein Stellvertreter werden im nichterweiterten Großen Senat durch geheime Nominierung bei einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Zur Wahl gestellt werden Kandidaten, die mit mehr als fünf Stimmen nominiert sind. Es sollen die Tagesordnungen und Protokolle der Sitzungen der Fachbereiche, des Senats und des Großen Senats jeweils offen an alle Einrichtungen (Lehrstühle und Institute usw.) gehen und dort für alle Angehörigen zugänglich mindestens vier Wochen lang ausgelegt werden.

Bei allen Sitzungen der Fachbereiche und des Großen Senats sind außer den gewählten Vertretern der Gruppen je drei Gäste zur direkten Information zugelassen. Für den Großen Senat werden bei den Akademischen Mitarbeitern die Gäste von der Assistentenversammlung bestimmt; bei den Studenten sollen die Gäste dem Studentenparlament angehören. In den Fachbereichen sollen die Gäste aus den Akademischen Mitarbeitern und Studenten des Fachbereiches bestellt werden. Die Gäste können je nach Tagesordnung von Sitzung zu Sitzung verschiedene Personen sein. Die Gäste sind zur vertraulichen Behandlung nichtprotokollierter Vorgänge verpflichtet.

Bei der Fachbereichsordnung soll festgelegt werden, daß sich alle Mitglieder in begründeten Fällen mit Stimmrecht vertreten lassen können. Bei Lehrstuhlinhabern ist dafür zu sorgen, daß ein strenger Maßstab an die Begründung für die Vertretung gelegt wird.

VII. Verwaltungsrat:

Zusammensetzung des Verwaltungsrates nach § 12 Hochschulgesetz, danach Rektor, 4 vom Senat gewählte Mitglieder (1 davon muß Dozent sein) und Kanzler.

Die vier Mitglieder des Verwaltungsrates sollen nach Möglichkeit Mitglieder des Senats sein.

Unter den drei Mitgliedern, die Lehrstuhlinhaber sein sollen, muß der Prorektor sein, damit er als Stellvertreter des Rektors an den Beratungen genügend beteiligt ist.

An den Beratungen des Verwaltungsrates kann je ein dafür gewählter Student (vom Studentenparlament) und ein Akademischer Mitarbeiter als Gast mit beratender Stimme teilnehmen.

Aufgaben:

1. Aufstellung des Haushaltsvoranschlags
2. Verteilung der der Universität zugewiesenen Mittel und Stellen
3. Entscheidungen über das Universitätsvermögen, soweit sie über den Rahmen der laufenden Verwaltung hinausgehen
4. Planung der baulichen Entwicklung
5. Entscheidungen über Grundstücks- und Raumverteilung
6. Erlaß von Ordnungen über die Verwaltung und Benutzung der Universitätseinrichtungen
7. Bestellung von Gastprofessoren und Gastdozenten

VIII. Einrichtungen zur Kontaktpflege

Kontaktpflege in Fachbereichen:

Monatlich werden zwei Kontaktabende festgelegt. Eingeladen sind alle Mitglieder des erweiterten Lehrkörpers eines oder einiger Fachbereiche und die Fachschaftsvertreter der Studentenschaft zur zwanglosen Kontaktpflege.

Kontaktpflege zwischen den Fachbereichen:

Monatlich wird ein Kontaktabend festgelegt. Eingeladen sind alle Ordinarien und habilitierten Nichtordinarien sowie die Assistenten- und Studentenvertreter des Senats. Evtl. Vortrag von allgemeinem Interesse.

Hochschulabende wie bisher, öffentlich, d. h. unter Beteiligung der an der Universität interessierten Öffentlichkeit im weiten Sinn.

Zur Kontaktpflege muß sobald wie möglich ein geeignetes Kontaktzentrum gebaut werden, das mehrere Klubräume erhalten muß, um auch Gäste der Universität in kleinem Kreis zu betreuen. Hierfür wird in Zukunft auch das Gastdozentenhaus zur Verfügung stehen.

IX. Appellation

Außer dem nach § 54 zwingend vorgeschriebenen Schlichtungsausschuß für die Gesamtuniversität sollte für jeden Fachbereich ein besonderer Vertrauensmann bestellt werden. Erst wenn er keine Lösung zustandebringt, sollte der Rektor oder der Schlichtungsausschuß angerufen werden. Der Schlichtungsausschuß ist nach dem Hochschulgesetz allerdings nicht zuständig in Angelegenheiten, die von Organen der Hochschule erledigt werden.

Die Zusammensetzung des Schlichtungsausschusses soll nicht in der Grundordnung behandelt, sondern vom Senat besonders festgelegt werden.

- X. Die Selbstkontrolle soll in der Grundordnung in der Weise vorgesehen werden, daß jeder Fachbereich und jede einzelne Universitätseinrichtung jedes Jahr einen Bericht über die Tätigkeit in Lehre und Forschung abgeben muß. Dieser Bericht soll vom Rektor in seinem Rechenschaftsbericht mit behandelt werden. In diesem Bericht soll eine Statistik über die Studentenzahlen, Diplomkandidaten, Doktoranden, Publikationen, Mittel Dritter, Forschungsarbeiten usw. aufgeführt werden. Ein Fragebogen, der die zu beantwortenden Fragen im einzelnen festlegt, wäre vom Verwaltungsrat zusammen mit dem Senat auszuarbeiten.

XI. Verschiedenes

Eine stärkere Vertretung der Dozenten in den Senaten ist nach dem Hochschulgesetz nicht möglich. Die Ergänzung ausscheidender Mitglieder ist in der Grundordnung zu regeln.

Die Frage der Nebentätigkeit ist eine Beziehung zwischen dem Land als Dienstherrn und dem einzelnen Mitglied der Universität. Daher kann Grundsätzliches in der Grundordnung nicht gesagt werden. Diese Regelung ist dem Beamten-gesetz bzw. der danach zu erlassenden Nebentätigkeitsverordnung vorzubehalten. In der Grundordnung könnte nur z. B. die Anwesenheit innerhalb der Hochschule geregelt werden. Ausfall von Vorlesungen bei Krankheit, Auslandsreisen bis zu 3 Tagen vom Dekan und darüber vom Rektor (vgl. § 49 der neuen Verfassung der TH Darmstadt).

Novelle zum Hochschulgesetz

Nach der gegenwärtigen Regelung kann im Verwaltungsrat der Vorsitzende des Personalsrats nicht mitwirken. Das gleiche

gilt im Großen Senat und im Senat. Da dies für notwendig anerkannt wird, soll eine entsprechende Änderung des Hochschulgesetzes vorgeschlagen werden.

Die Herren Bach, Güth und Kammerer wurden gebeten, einen Vorschlag über die Neugliederung der Akademischen Mitarbeiter auszuarbeiten. Dabei soll eine Neugliederung entsprechend der verschiedenartigen Funktionen überlegt werden.

1. Naturwissenschaften	5	(2 weitere von Wissenschaftsrat angf.)
2. Physik	10	
3. Chemie, Biologie, Mineralogie und Botanik	15	(größere Abzweigung vorgesehen)
4. Architektur	11	
5. Bauordnung (Städtebau, Landesplanung, Landesvermessung, evtl. Verkehr oder kleine Maschinen und Konstruktion)	3	(+ mindestens 3 weitere Lehrstühle)
6. Bauingenieurwesen (Grundlagen und Bauwerke)	10	
7. Bauingenieurwesen (Konstruktiver Ingenieurbau, Wasser und Verkehr)	9	
8. Energietechnik	10	
9. Fortschrittslehre	5	
10. Verfahrenstechnik	5	
11. Elektrotechnik	11	
12. Luftfahrttechnik	5	(+ mindestens 3 weitere Lehrstühle)

Die Einteilung der unter Diff. 1 - 5 und 12 aufgeführten Fachbereiche ist nicht umstritten. Es müssen daher in erster Linie die Abteilungen Bauingenieurwesen, Maschinenbau und Luftfahrttechnik eingehend darüber beraten.

Folgende Einteilung in Fachbereiche wird als Beispiel zur Diskussion gestellt:

<u>Fachbereiche</u>	<u>Lehrstühle</u>
1. Geisteswissenschaften	15 (bei Vergrößerung spätere Teilung vorgesehen)
2. Mathematik	8 (2 weitere vom Wissenschaftsrat empf.)
3. Physik	10
4. Chemie, Geologie, Mineralogie und Botanik	16 (spätere Abzweigung vorgesehen)
5. Architektur	11
6. Raumordnung (Städtebau, Landesplanung, Landschaftspflege, evtl. Verkehr oder kleines Wasser und Soziologie)	5 (+ mindestens 3 weitere Lehrstühle)
7. Bauingenieurwesen (Grundlagen und Geodäsie)	10
8. Bauingenieurwesen (Konstruktiver Ingenieurbau, Wasser und Verkehr)	9
9. Energietechnik	10
10. Fertigungstechnik	8
11. Verfahrenstechnik	8
12. Elektrotechnik	11
13. Luftfahrttechnik	5 (+ mindestens 3 weitere Lehrstühle)

Die Einteilung der unter Ziff. 1 - 5 und 12 aufgeführten Fachbereiche ist nicht umstritten. Es müssen daher in erster Linie die Abteilungen Bauingenieurwesen, Maschinenbau und Luftfahrttechnik eingehend darüber beraten.

Anlage 2

Beispiele für die Zusammensetzung des Senats und des Großen Senats bei 4 verschiedenen Zahlen von ständigen Einheiten für Forschung und Lehre:

	Zahl der ständigen Einheiten von Forschung und Lehre			
	4	8	12	16
Senat	15	23	27	31
Großer Senat	35	67	99	132

Zusammensetzung der Fachbereiche, abhängig von der Zahl der zugehörigen Lehrstuhlinhaber:

Zahl der Lehrstühle	8 bis 9	10 bis 13	14 bis 16
der Universitätslehrer	2	3	4
der Akad. Mitarbeiter	2	3	4
der Studenten	2	3	4

§ 3

- (3) Der Kleine Senat besteht aus dem Rektor als Vorsitzenden, dem Sprecher des Großen Senates, den Dekan und zwei weiteren Mitgliedern, die vom Großen Senat auf die Dauer von einem Jahr gewählt werden.

§ 14

Zuständigkeit

- (1) Der Kleine Senat ist das oberste beschließende Organ der Universität. Er ist für die Beratung und Beschlußfassung über alle Angelegenheiten zuständig, soweit nicht durch Gesetz oder Satzung die Zuständigkeit einem anderen Organ übertragen ist.
- (2) Insbesondere hat der Kleine Senat
 1. die für die Gesamtuniversität geltenden Satzungen zu beschließen,
 2. allgemeine Richtlinien für den akademischen Bereich sowie unbeschadet staatlicher Vorschriften Verwaltungsrichtlinien zu erlassen und für die Zusammenarbeit der Fakultäten, Fachbereiche und Zentralinstitute zu sorgen,
 3. über die Verleihung akademischer Würden sowie über die Zustimmung zur Verleihung eines Ehrendoktorgrades zu beschließen,
 4. über Vorschläge auf Errichtung, Verlegung, Zusammenlegung, Umbenennung oder Aufhebung von Lehrstühlen zu beschließen,
 5. zu beschließen über Anträge an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus auf
 - a) Verleihung der Bezeichnung sowie der akademischen Rechte und Pflichten eines ordentlichen Professors an einen außerordentlichen Professor,
 - b) Bestellung von Honorarprofessoren

I, 2
1

- a) Verleihung der Bezeichnung sowie der akademischen Rechte und Pflichten eines ordentlichen Professors an einen außerordentlichen Professor,
- b) Bestellung von Honorarprofessoren
- c) Ernennung von Abteilungsvorstehern, Abteilungsvorstehern und Professoren Wissenschaftlichen Räten sowie Wissenschaftlichen Räten und Professoren,
- d) Verleihung der Bezeichnung eines außerplanmäßigen Professors,
- e) Ernennung von Universitätsdozenten sowie beamteten außerplanmäßigen Professoren,

6. Stellung zu nehmen zu Vorschlägen über die Besetzung von Lehrstühlen,
7. über Vorschläge für die Ernennung des Kanzlers und seines Vertreters zu beschließen,
8. über Vorschläge für die Ernennung des Leiters der Universitätsbibliothek zu beschließen,
9. über die Zustimmung zur Erteilung der Lehrbefugnis und über den Widerruf der Lehrbefugnis zu beschließen,
10. über die Berufung der Mitglieder der Zentralinstitute zu beschließen.

§ 16

Wahlen zum Kleinen Senat

- 1) Die Amtszeit der vom Großen Senat gewählten Wahlsektoren beträgt drei Jahre. Die Wahlen sind so durchzuführen, daß jedes Jahr ein Wahlsektor neu gewählt wird.

§ 45 ✓

Der Senat ist, unbeschadet der Befugnisse des Großen Senats, das oberste Organ der akademischen Verwaltung in allen Angelegenheiten der Gesamtuniversität.

§ 49 ✓

- (1) Der Senat berät und beschließt über

1. alle grundsätzlich bedeutsamen Angelegenheiten der Gesamtuniversität, soweit dafür nicht andere Organe zuständig sind;
2. sonstige Angelegenheiten, die ihm durch Gesetz oder Satzung zugewiesen sind.

- (2) Seine Zuständigkeit umfaßt insbesondere:

1. den Erlaß von Richtlinien für die akademische Verwaltung;
2. den Erlaß von Vorschriften über die Gliederung des akademischen Jahres, besonders die Festlegung der Vorlesungszeiten;
3. die Stellungnahme zu den Vorschlägen der Fakultäten für die Errichtung, Benennung, Verlegung, Zusammenlegung oder Aufhebung von Lehrstühlen;
4. die Mitwirkung bei der Errichtung, Benennung, Teilung, Verlegung, Zusammenlegung oder Aufhebung von wissenschaftlichen Anstalten sowie bei der Bestellung ihrer Direktoren nach Maßgabe der §§ 84, 85;
5. die Vorschläge
 - a) für die Aufstellung des Haushaltsvorschlages,
 - b) für die Zuteilung von Personalplanstellen für Hochschullehrer, die der Universität global zur Bewirtschaftung zugewiesen werden,
 - c) für die Verteilung der Exkursionsmittel;
6. die Stellungnahme zu den Beschlüssen des Verwaltungsrats über Entwicklungspläne, Bauprogramme und Reihenfolge der Bauvorhaben;
7. akademische Ehrungen, soweit sie nicht in die Zuständigkeit der Fakultäten fallen.

(3) Der Senat nimmt zu den Berufungsvorschlägen der Fakultäten Stellung. Er kann die Fakultät zur erneuten Beratung auffordern, wenn es das allgemeine Universitätsinteresse verlangt. Der darauf von der Fakultät beschlossene Vorschlag ist dem Kultusminister weiterzuleiten. Der Senat kann in jedem Fall seine abweichende Stellungnahme beifügen.

(4) Für Anträge der Fakultäten auf Ernennung zum Wissenschaftlichen Rat und Professor sowie auf Verleihung der Bezeichnung außerplanmäßiger Professor gilt Abs. 3 entsprechend.

§ 29 ✓

- (1) Dem Senat obliegen folgende, die Lehrtätigkeit der Hochschule betreffende Angelegenheiten:

1. Vorschläge für eine Studienordnung und die Sorge für ihre Durchführung,
2. die Vorschläge für die Berufung von ordentlichen und von außerordentlichen Professoren und für die Ernennung von Abteilungsvorstehern und Wissenschaftlichen Räten,
3. die Vorschläge für die Einrichtung neuer Lehrstühle und Abteilungen,
4. die Anträge auf Ernennung von außerplanmäßigen Professoren und Hochschuldozenten,
5. die Anträge auf Verleihung des Titels außerplanmäßiger Professor,
6. die Erteilung der *venia legendi*,
7. die Anträge auf Erteilung von Lehraufträgen,
8. die Verleihung des Doktorgrades,
9. die Anträge auf Verleihung des Titels Honorarprofessor,
10. die Vorschläge zur Wahl von Ehrenbürgern,
11. alle anderen durch den Minister dem Senat übertragenen Aufgaben.

- (2) Grundlage der Beschlußfassung des Senats sind die Vorschläge und Anträge der Sektionen, der Ausschüsse oder einzelner Mitglieder des Senats.

§ 30 ✓

- (1) Der Senat bildet beratende Ausschüsse für:

1. die studentische Ausbildung und die Studienordnung unter dem Vorsitz des Dekans für studentische Angelegenheiten,
2. die ärztliche Fortbildung unter dem Vorsitz des Dekans für ärztliche Fortbildung,
3. das Bibliotheks- und das Dokumentationswesen,
4. die bauliche Entwicklung der Medizinischen Hochschule,
5. die Zulassung der Studenten,
6. Fragen der Verfassung der Habilitations- und der Promotionsordnung sowie der Geschäftsordnung,
7. die Vorbereitung des Haushaltsplans.

- (2) Der Senat bildet beratende Ausschüsse für die Berufung ordentlicher und außerordentlicher Professoren. Er ernennt Referenten für Habilitationen und Promotionen.

(3) Außerdem kann der Senat für andere Aufgaben Ausschüsse einsetzen. In sämtlichen Ausschüssen müssen alle vier Sektionen vertreten sein. In Ausschüsse können auch Angehörige der Medizinischen Hochschule gewählt werden, die dem Senat nicht angehören.

2. Der Akademische Senat

§ 17 Der Akademische Senat ist das oberste beschließende Organ der Universität.

Er ist zuständig in allen Angelegenheiten der Gesamtkörperschaft, soweit diese Satzung nicht etwas anderes bestimmt.

Er ist insbesondere zuständig für:

- a) den Erlass von Richtlinien für die Führung der Verwaltung,
- b) die Anordnung der Verwendung nicht-zweckgebundener Vermögenserträge und Zuwendungen Dritter, sofern diese DM 10 000,— übersteigen,
- c) die Zustimmung zu Rechtsgeschäften, die das Vermögensvermögen wesentlich mindern, belasten oder in Gestalt und Wert verändern,
- d) die Zustimmung zur Veräußerung von Gegenständen, die einen geschichtlichen oder künstlerischen Wert haben.

Vor der Beschlußfassung des Senats über Richtlinien zur Führung der Verwaltung hat der Kanzler, in den übrigen Fällen des Abs. 3 der Verwaltungsausschuß dem Senat seine Vorschläge zu unterbreiten; der Kanzler nimmt zu den Vorschlägen des Verwaltungsausschusses Stellung.

Der Akademische Senat hat Anträge der Fakultäten mit eigener Stellungnahme an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus insbesondere in folgenden Angelegenheiten weiterzuleiten:

- a) Besetzung von Lehrstühlen,
- b) Bestellung von Honorarprofessoren,
- c) Ernennung von Universitätsdozenten zum „außerplanmäßigen Professor“,
- d) Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ an Privatdozenten.

VII. Der Senat

§ 64 ✓

(1) Der Senat ist, unbeschadet der Befugnisse des Konvents, das oberste Organ der Universität in allen Angelegenheiten, welche die Universität als Ganzes betreffen.

(2) Die Entscheidungen und Beschlüsse des Senats bilden die Richtlinien für die Selbstverwaltung der Universität.

(3) Der Senat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 65 ✓

(1) Der Senat ist zuständig für die Gestaltung und Entwicklung der Universität sowie für alle ihre Angelegenheiten, die nicht einem anderen Organ vorbehalten sind.

(2) Ihm obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Koordinierung der Aufgaben und Tätigkeiten der Abteilungen,
2. Abstimmung der Aufgaben der einzelnen Fakultäten an den übergreifenden Instituten im Sinne der §§ 52 und 88,
3. Genehmigung der Gründung neuer Institute der Universität und an der Universität,
4. Festsetzung der Dringlichkeitsfolge im Bauprogramm für Neu- und Umbauten,
5. Feststellung des Raumbedarfs sowie Regelung der Raumverteilung, soweit sie über die Zuständigkeit der Abteilungen und Institute hinausgeht,
6. Verabschiedung des Haushaltsplanentwurfs,
7. Behandlung der Berufungsvorschläge gemäß § 49 Abs. 6 und 7,
8. Festsetzung der Dringlichkeitsfolge von Anträgen auf wissenschaftliche Personalstellen, besonders auf Errichtung neuer Lehrstühle,
9. Verteilung der Stellen und Mittel, die der Universität als ganzer zugewiesen werden,
10. Förderung des akademischen Nachwuchses,
11. Herausgabe des Personal- und Vorlesungsverzeichnisses,
12. Fernhaltung universitätsfremder Einflüsse, die die Erfüllung der Forschungs- und Lehraufgaben beeinträchtigen,
13. Schlichtung von Streitfragen, die zwischen anderen akademischen Behörden und Organen entstehen.

(1)

Der Akademische Senat ist das oberste beschließende Organ der Universität. Er ist zur Beratung und Beschlußfassung über alle Angelegenheiten zuständig, soweit nicht durch Gesetz oder diese Satzung die Zuständigkeit einem anderen Organ übertragen ist.

(2)

Der Akademische Senat hat insbesondere

1. allgemeine Richtlinien für den akademischen Bereich zu erlassen und für die Zusammenarbeit der Fakultäten und Zentralinstitute zu sorgen,
2. zu beschließen über Anträge an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus auf
 - a) Verleihung der Bezeichnung sowie der akademischen Rechte und Pflichten eines ordentlichen Professors an den Inhaber einer außerordentlichen Professur,
 - b) Bestellung von Honorarprofessoren,
 - c) Verleihung der Bezeichnung eines außerplanmäßigen Professors,
 - d) Ernennung zum Universitätsdozenten sowie zum außerplanmäßigen Professor,
 - e) Ernennung zum Abteilungsvorsteher, zum Abteilungsvorsteher und Professor, zum Wissenschaftlichen Rat oder zum Wissenschaftlichen Rat und Professor,

3. eine Stellungnahme abzugeben zu Vorschlägen für die Besetzung von Lehrstühlen,
4. über die Zustimmung zur Erteilung der Lehrbefugnis und über den Widerruf der Lehrbefugnis zu beschließen,
5. die Fakultätsvertreter im Verwaltungsausschuß zu berufen.

(3)

Der Akademische Senat kann zur Behandlung bestimmter Angelegenheiten beratende oder beschließende Ausschüsse bilden. In den Ausschüssen sollen die in Artikel 2 Absatz 2 Nr. 1, 4 und 5 aufgeführten Mitglieder der Universität angemessen vertreten sein. In den Ausschüssen können auch solche Mitglieder der Universität berufen werden, die dem Akademischen Senat nicht angehören.

(4)

Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder des Akademischen Senates ist vor der Beschlußfassung über einen Gegenstand die Stellungnahme anderer Universitätsorgane einzuholen.

(5)

Der Akademische Senat gibt sich eine Geschäftsordnung, in der insbesondere die Durchführung der Abstimmungen sowie die Zuständigkeit und Zusammensetzung der Ausschüsse geregelt werden.

14

- (1) Der Kleine Senat führt die Bezeichnung " Senat ".
Ihm gehören an:
1. die Mitglieder des Rektorenkollegiums
 2. die Dekane
 3. je ein Wahlsenator der Fakultäten
 4. der Kanzler
 5. zwei Wahlsenatoren der Nichtordinarien
 6. zwei Wahlsenatoren der Akademischen Mitarbeiter
 7. zwei Wahlsenatoren der Studentenschaft.
- (2) Die Amtsdauer der Wahlsenatoren der Studenten beträgt ein Jahr, die der anderen Wahlsenatoren zwei Jahre. Das Verfahren für die Wahl der Wahlsenatoren wird durch die Satzungen der entsendenden Gremien geregelt.
- (3) Die Mitglieder des Senats haben das Gesamtinteresse der Universität wahrzunehmen.
- (4) Der Rektor kann mit Zustimmung des Senats jedes Mitglied der Universität zur Beratung in einzelnen Tagesordnungspunkten hinzuziehen.

(1) Der Senat berät und beschließt über alle gemeinsamen Angelegenheiten der akademischen Verwaltung, die nicht durch Gesetz oder Satzung einem anderen Organ übertragen sind. Er bestimmt die Richtlinien für die akademische Verwaltung und sorgt für die Zusammenarbeit der Fakultäten.

(2) Dem Senat obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Vorschläge für die Aufstellung des Voranschlages über die zu erwartenden Haushaltseinnahmen und -ausgaben,
2. Stellungnahme zu den Vorschlägen der Fakultäten auf Errichtung, Verlegung, Zusammenlegung oder Aufhebung von Lehrstühlen und wissenschaftlichen Anstalten sowie die Begutachtung der Entwicklungspläne und der Bauprogramme
3. Koordinierung der Vorschläge für die Errichtung von zentralen wissenschaftlichen Anstalten und Stellungnahme zur Besetzung der entsprechenden Lehrstühle
4. Stellungnahme zur Ernennung zum Honorarprofessor und zum apl. Professor
5. Bestellung eines Habilitationsausschusses
6. Beratung und Beschlußfassung über den Vorschlag zur Ernennung des Kanzlers und seines ständigen Vertreters
7. Beratung und Beschlußfassung über die Verleihung der Philipps-Plakette
8. Beratung und Beschlußfassung über Vorschläge zur Besetzung der Direktorenstellen der allgemeinen Einrichtungen der Universität
9. Beratung und Beschlußfassung über Vorlagen an den Großen Senat
10. Beratung und Beschlußfassung über die Besetzung der Planstellen für Dozenten, soweit sie der Gesamtuniversität zugewiesen sind.

Paragr. 55

(2) Der Rektor sorgt für das Zusammenwirken der Mitglieder der Universität und der Universitätsorgane und für ein gutes Einvernehmen zwischen ihnen. Ihm obliegt die Wahrnehmung des Hausrechts und die Sorge für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Universität.

Regensburg vorl. 5.6.67

§ 19

Zuständigkeit

Der Große Senat hat

1. den Rektor und die Wahlsekatoren für den Kleinen Senat zu wählen,
2. über Vorschläge auf Errichtung und Aufhebung von Fakultäten und Zentralinstituten zu beschließen,
3. den Jahresbericht entgegenzunehmen.

Giessen 28.8.67

§ 53 ✓

- (1) Der Große Senat wählt den Rektor und die Konrektoren. Er beschließt nach Maßgabe des § 38 Abs. 4 Sätze 2-5 über ihre Abberufung.
- (2) Er beschließt Änderungen der Universitätssatzung.
- (3) Er nimmt die Berichte des Rektors über die Amtsführung des Rektorats und die Arbeit des Senats entgegen.

Artikel 11

(1)

Der Große Senat ist zuständig für

1. die Wahl des Rektors,
2. akademische Ehrungen,
3. den Erlass der Organisationssatzung und die weiteren für die gesamte Universität geltenden Satzungen,
4. Stellungnahmen zu
 - a) Vorschlägen auf Errichtung, Verlegung, Zusammenlegung, Umbenennung oder Aufhebung von Lehrstühlen oder Instituten,
 - b) Anfragen des Akademischen Senats
5. Stellungnahmen zur beabsichtigten Ernennung der leitenden Beamten der Universität.

(2)

In den Sitzungen des Großen Senats werden außerdem vom Rektor Informationen über die Universität und Fragen der Hochschulpolitik gegeben. Die Teilnehmer an den Sitzungen des Großen Senats haben das Recht, an den Rektor Fragen zu stellen. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

(3)

Der Große Senat tritt mindestens einmal in jedem Semester zusammen. Auf ein mit Begründung versehenes Verlangen von mindestens zehn Mitgliedern des Großen Senats ist der Rektor verpflichtet, eine Sitzung des Großen Senats für bestimmte bezeichnete Gegenstände (auch informatorischer Natur) anzuberaumen.

(1)

Die Aufgaben des Großen Senats sind:

1. Die Wahl des Rektors und der übrigen Mitglieder des
Rektorenkollegiums
2. Beratung und Beschlußfassung über Vorschläge des Kleinen
Senats zur Ernennung von Ehrensenatoren
3. Beratung und Beschlußfassung über die Satzung der Uni-
versität
4. Beratung und Beschlußfassung über Angelegenheiten, die der
Großen Senat von dem Kleinen Senat oder dem Rektoren-
kollegium zur Erledigung überwiesen sind.
5. Entgegennahme von Berichten des Rektors und des Rektoren-
kollegiums
6. Stellungnahme zu wichtigen allgemeinen Fragen des Hoch-
schulwesens.

(2)

Zweifel darüber, ob die Behandlung einer Angelegenheit dem
Großen Senat zusteht, entscheidet der Rektor.

III, 1 Giessen 28.8.67

IV. Verwaltungsrat und Kanzler

§ 58

- (1) Der Verwaltungsrat ist das oberste Organ der Wirtschafts- und Personalverwaltung.
- (2) Der Kanzler ist der leitende Verwaltungsbeamte der Universität.
- (3) Verwaltungsrat und Kanzler sorgen dafür, daß die Wirtschafts- und Personalverwaltung im Einklang mit der akademischen Verwaltung den Aufgaben der Universität dient.

Gliederung der Universität

(1) Die Universität Regensburg ist in fünf Fakultäten gegliedert:

1. Katholisch-Theologische Fakultät
2. Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
3. Medizinische Fakultät
4. Philosophische Fakultät
5. Naturwissenschaftliche Fakultät

(2) Die in Abs. 1 Nr. 2 bis 5 genannten Fakultäten gliedern sich in folgende Fachbereiche:

1. Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät:
 - a) Fachbereich Rechtswissenschaft
 - b) Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
2. Medizinische Fakultät:
 - a) Fachbereich Theoretische Medizin
 - b) Fachbereich Klinische Medizin
 - c) Fachbereich Zahnmedizin
3. Philosophische Fakultät:
 - a) Fachbereich Philosophie, Psychologie, Pädagogik
 - b) Fachbereich Geschichte, Gesellschaft, Politik
 - c) Fachbereich Sprach- und Literaturwissenschaften
4. Naturwissenschaftliche Fakultät:
 - a) Fachbereich Mathematik
 - b) Fachbereich Physik
 - c) Fachbereich Chemie
 - d) Fachbereich Biologie
 - e) Fachbereich Geowissenschaft

IV, 2

Stellung und Aufgaben

- (1) Die Fakultäten sind nichtrechtsfähige Teilkörperschaften der Universität.
- (2) Die Fakultäten erfüllen für ihre Bereiche die Aufgaben der Universität, soweit hierfür nicht nach dieser Satzung die Zuständigkeit anderen Institutionen übertragen ist. Sie entscheiden in den in der Satzung vorgesehenen Fällen und koordinieren die Tätigkeit der Fachbereiche.
- (3) Zu den Aufgaben der Fakultäten gehören insbesondere
 1. die Erteilung der Lehrbefugnis,
 2. die Ausübung der Befugnisse im Berufungsverfahren nach Maßgabe dieser Satzung,
 3. die Durchführung des Ehrenpromotionsverfahrens.

✓ § 32

Fakultätsversammlung

- (1) Die Fakultätsversammlung setzt sich zusammen aus den der Fakultät angehörenden
 1. ordentlichen und außerordentlichen Professoren,
 2. Honorarprofessoren,
 3. außerplanmäßigen Professoren,
 4. Universitäts- und Privatdozenten.

gült!

§ 34 ✓

Fachkommissionen

- (1) In jeder Fakultät werden eine oder mehrere Fachkommissionen gebildet. Sie haben die akademischen Prüfungs- und Studienordnungen sowie die Richtlinien für die Durchführung der Unterrichtsveranstaltungen auszuarbeiten.

IV, 3

§ 35 ✓

Stellung und Aufgaben

Der Fachbereich trägt die Verantwortung für die Erfüllung von Forschungsaufgaben und die vollständige Durchführung des akademischen Unterrichts. Ihm obliegt die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die Durchführung der Promotionsverfahren (mit Ausnahme der Ehrenpromotionsverfahren) und der akademischen Prüfungen. Der Fachbereich führt nach Maßgabe der Habilitationsordnung die Habilitationsverfahren durch.

§ 36 ✓

Zuständigkeit

In allen Fachbereichsangelegenheiten entscheidet der Fachbereichsrat; § 39 Abs. 1 Halbsatz 1 bleibt unberührt. Der Fakultätsrat kann durch Satzung eine abweichende Regelung treffen; die Zuständigkeiten des Fachbereichsrats nach dieser Satzung bleiben unberührt.

IV, 4

Giessen

28.8.67

§ 72

(1) Die Fakultäten sind für die Pflege von Forschung und Lehre auf ihren Fachgebieten zuständig. Sie sind verpflichtet, für eine sachgerechte Gestaltung des akademischen Unterrichts zu sorgen und ihren wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern.

(2) Den Fakultäten steht das Recht zu, den Doktorgrad und andere akademische Grade zu verleihen und die *venia legendi* zu erteilen. Sie können im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften Abschlüßprüfungen für bestimmte Studiengänge und Zwischenprüfungen für bestimmte Studienabschnitte festlegen.

(3) Die Fakultäten haben das Vorschlagsrecht zur Ergänzung des Lehrkörpers.

(4) Im Rahmen der Gesetze und dieser Satzung sind die Fakultäten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben selbständig. Sie geben sich ihre Satzungen und erlassen ihre Promotions- und Habilitationsordnungen sowie die übrigen akademischen Prüfungsordnungen. Vor der Beschlußfassung über die Fakultätssatzung ist dem Senat Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 73

(1) Die Fakultäten stellen für die einzelnen Studiengänge Studienordnungen auf.

(2) Die Fakultäten sorgen dafür, daß die in den Studienordnungen vorgesehenen Lehrveranstaltungen in der erforderlichen Semesterfolge durchgeführt werden. Hierzu haben alle Mitglieder des Lehrkörpers im Rahmen ihrer Lehrverpflichtung zusammenzuwirken. Entstehen über die Verteilung dieser Lehrveranstaltungen Meinungsverschiedenheiten, die die Durchführung der Studienordnung gefährden, entscheidet die Fakultät.

(3) Bei der Festsetzung der Studienordnungen und Vorlesungspläne ist auf die Sicherung der Forschungstätigkeit Bedacht zu nehmen. Bei unzumutbaren Belastungen der Angehörigen des Lehrkörpers und der Wissenschaftlichen Mitarbeiter hat die Fakultät die zur Durchführung der Studienordnung erforderlichen Anträge auf Erteilung von Lehr- oder Vertretungsaufträgen zu stellen.

§ 74

(1) Angehörige einer Fakultät sind die Mitglieder ihres Lehrkörpers, die Wissenschaftlichen Mitarbeiter und die bei ihr eingeschriebenen Studenten.

(2) Organe der Fakultät sind die Engere Fakultät, die Weitere Fakultät und der Dekan. Die Fakultätssatzung kann weitere Organe einsetzen.

Hannover

5.4.65

§ 34

Den Sektionen obliegt die Sorge für die Forschung und die geordnete Durchführung des Lehrprogramms sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Zu diesem Zweck werden vier Sektionen eingerichtet für:

- I das vorklinische Studium,
- II die klinischen Fächer,
- III die klinische Forschung,
- IV die theoretisch-klinischen Fächer.

§ 35

Aufgaben der Sektion sind:

1. Wahl eines Vorsitzenden und eines Stellvertreters für die Dauer von 2 Jahren,
2. Wahl eines zweiten Vertreters im Senat für die Dauer von 2 Jahren,
3. Vorschläge für die Wahl der Dekane und ihrer Vertreter,
4. Vorbereitung und Anträge zur Habilitation an den Senat,
5. Vorbereitung und Anträge zur Promotion an den Senat,
6. Anträge auf Einrichtung neuer Lehrstühle und Abteilungen an den Senat,
7. Vorbereitung der Berufungs- und Ernennungsvorschläge,
8. Anträge auf Ernennung zum außerplanmäßigen Professor, Hochschuldozenten, akademischen Rat, Lektor und Konsiliararzt an den Senat,
9. Anträge auf Verleihung der Titel außerplanmäßiger Professor und Honorarprofessor an den Senat,
10. Anträge auf Verleihung des Grades eines Ehrendoktors an den Senat,
11. Vorbereitung des Haushaltsplanes der im Bereich einer Sektion zusammengefaßten Lehr- und Forschungseinrichtungen,
12. Beratung und Durchführung des Lehrprogramms,
13. Förderung übergreifender Forschungsaufgaben,
14. Verwaltung von Einrichtungen, die von mehreren Abteilungen gemeinsam benutzt werden.

(1) Für die Angelegenheiten der Fakultät ist die Engere Fakultät zuständig, soweit sie nicht durch Gesetz oder Satzung einem anderen Fakultätsorgan zugewiesen sind.

(2) Der Engeren Fakultät gehören an:

1. die Lehrstuhlinhaber;
2. die verpflichteten Professoren mit beratender Stimme;
3. die Direktoren wissenschaftlicher Anstalten, auch wenn sie keine Lehrstuhlinhaber sind;
4. drei Nichtordinarien, die von der Fakultätsversammlung der Nichtordinarien gewählt werden; die Zahl erhöht sich, wenn mehr als zwanzig Nichtordinarien der Fakultät angehören, auf vier, bei mehr als fünfzig Nichtordinarien auf fünf;
5. zwei Nichthabilitierte, die von der Fakultätsversammlung der Nichthabilitierten gewählt werden; die Zahl erhöht sich, wenn mehr als hundert Nichthabilitierte der Fakultät angehören, auf drei, bei mehr als zweihundert Nichthabilitierten auf vier;
6. zwei Studenten, die als Fakultätssprecher nach Maßgabe der Satzungen der Studentenschaft und der zuständigen Fachschaften bestellt werden; die Zahl erhöht sich, wenn drei Fachschaften der Fakultät zugeordnet sind, auf drei, bei vier oder mehr Fachschaften auf vier. Die Studentenvertreter müssen bei der Fakultät eingeschrieben sein und sollen verschiedenen Fachschaften angehören.

(3) Die Engere Fakultät kann mit einer Mehrheit von drei Vierteln ihrer Mitglieder einem Nichtordinarius auf Zeit oder auf Dauer die persönliche Mitgliedschaft in der Engeren Fakultät verleihen.

(4) Die Fakultätssatzung bestimmt, ob die Vertreter nach Abs. 2 Nr. 4 und 5 für ein oder für zwei Jahre gewählt werden und ob Wiederwahl zulässig ist. Die Amtszeit der Vertreter nach Abs. 2 Nr. 4—6 beginnt am 1. März.

§ 76

(1) Die Weitere Fakultät ist für die Angelegenheiten zuständig, die ihr durch die Fakultätssatzung übertragen oder von der Engeren Fakultät zur Stellungnahme oder Entscheidung vorgelegt werden. Der Dekan, die Leiter der Sektionen, die Vorsitzenden der Fakultätsversammlungen der Nichtordinarien und der Nichthabilitierten sowie die Fachschaftssprecher sind verpflichtet, der Weiteren Fakultät regelmäßig über die Vorgänge in ihren Bereichen zu berichten, die für die Gesamtfakultät bedeutsam sind.

§ 78

(1) Die Engere und die Weitere Fakultät können durch die Fakultätssatzung in Sektionen gegliedert werden. Die Fakultätssatzung regelt die Aufgaben und Befugnisse der Sektionen, Geschäftsgang und Vorsitz in den Sektionsitzungen sowie die Mitgliedschaft in den Sektionen; einzelne Fächer können in mehreren Sektionen vertreten sein.

§ 38/ Die Fakultäten haben, jede in ihrem Bereich, die Verantwortung für die Pflege der Wissenschaft in Forschung und Lehre.

Zu den Aufgaben der Fakultäten gehören insbesondere die Durchführung des akademischen Unterrichts, die Verleihung akademischer Grade und der Aufbau des Lehrkörpers.

Jede Fakultät gibt sich eine Satzung, die über den Akademischen Senat dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus zur Genehmigung vorzulegen ist.

§ 41/ Die Fakultät setzt sich zusammen:

1. als engere Fakultät aus den planmäßigen Professoren, einem Vertreter der außerplanmäßigen Professoren für je angefangene zwanzig Angehörige dieser Gruppe und einem Vertreter der Universitäts- und Privatdozenten,
2. als weitere Fakultät aus allen Professoren, Universitäts- und Privatdozenten, die in der betreffenden Fakultät die *venia legendi* besitzen.

Zur Fakultät in jeder Form gehören die Professoren auch nach ihrer Entpflichtung.

Die Vertreter der außerplanmäßigen Professoren, der Universitäts- und Privatdozenten in der engeren Fakultät werden in eigenen Wahlversammlungen dieser Gruppen unter dem Vorsitz des Dekans auf zwei Jahre gewählt. Die Wahlberechtigten sind zur Teilnahme an der Wahl verpflichtet. Wählbar ist nur ein außerplanmäßiger Professor, Universitäts- oder Privatdozent, der seit wenigstens einem Jahre der Fakultät angehört. Die Abstimmung ist geheim. Es entscheidet absolute Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit das Los. Ist in einer Fakultät nur ein außerplanmäßiger Professor, Universitäts- oder Privatdozent vorhanden, so ist dieser, sobald er die Wählbarkeit besitzt, ohne weiteres Mitglied der engeren Fakultät. Bei zwei Wählbaren entscheidet das Los.

§ 42/ Die engere Fakultät entscheidet in allen Fakultätsangelegenheiten. Es bleibt jedoch den Fakultäten überlassen, in ihren Satzungen festzulegen, daß die Beratung und die Beschlußfassung über Berufungen und über rein persönliche Angelegenheiten der ordentlichen Professoren, durch die Fakultätsinteressen berührt werden, dem Kreis der ordentlichen Professoren vorbehalten bleiben.

Fakultätsmitglieder, die nicht zur engeren Fakultät gehören, haben in Angelegenheiten, die ihre Person oder ihre Lehrtätigkeit betreffen, ein Recht auf Gehör in der engeren Fakultät. Sie sind gegebenenfalls rechtzeitig zu verständigen und auf Wunsch zur Darlegung ihres Standpunktes in einer Sitzung der engeren Fakultät zuzulassen.

In der weiteren Fakultät sollen akademische Standesfragen, wichtige Vorgänge im Hochschulleben und allgemeine Fragen des akademischen Unterrichts erörtert werden.

§ 63/ Über Anträge zur Bestellung eines Lektors oder Lehrbeauftragten beschließt die Fakultät mit absoluter Stimmenmehrheit.

§ 72 ✓

- (1) Die Universität erfüllt ihre wissenschaftlichen Aufgaben durch die Fakultäten. Ihnen obliegt die Pflege von Forschung und Lehre innerhalb ihrer Wissenschaftsgebiete sowie die Förderung ihres wissenschaftlichen Nachwuchses.
- (2) Im Rahmen dieser Verfassung sind die Fakultäten bei Erfüllung ihrer Aufgaben selbständig.
- (3) Die Fakultäten führen ein eigenes Siegel.
- (4) Jede Fakultät gliedert sich in die Engere und die Weitere Fakultät.
- (5) Jede Fakultät gibt sich eine Satzung, die der Genehmigung des Kultusministers bedarf.

§ 73 ✓

- (1) Der Fakultät gehören die ihr zugewiesenen Universitätslehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter sowie die bei ihr eingeschriebenen Studenten an.
- (2) Mit Zustimmung der beteiligten Fakultäten kann der Kultusminister für planmäßige Professoren die persönliche Mitgliedschaft in mehreren Fakultäten zulassen.

§ 82 ✓

- (1) Der Dekan führt die Geschäfte der Fakultät.
- (2) Bei feierlichen Anlässen trägt der Dekan Amtstracht. Er wird mit „Spektabilität“ angeredet.

§ 98 ✓

- (1) Der Dekan soll die Weitere Fakultät mindestens einmal im Semester einberufen.
- (2) Zur Weiteren Fakultät gehören
 - die Mitglieder des Weiteren Lehrkörpers,
 - die in die Engere Fakultät entsandten Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studentenschaft sowie ihre Stellvertreter.
- (3) Die Weitere Fakultät hat folgende Aufgaben:
 - a) Entgegennahme und Erörterung der Berichte des Dekans über wichtige Universitäts- und Fakultätsangelegenheiten,
 - b) Stellungnahme zu Änderungen der Fakultätssatzung sowie der Habilitations- und Promotionsordnungen,
 - c) Stellungnahme zur Rechtsstellung der akademischen Lehrer,
 - d) Stellungnahme zum Vorlesungsplan sowie zu besonderen Fragen des akademischen Unterrichts.
- (4) Die Stellungnahmen der Weiteren Fakultät haben gutachtlichen Charakter und vermögen die Engere Fakultät bei den ihr vorbehaltenen Entscheidungen nicht zu binden.
- (5) Auf besonderen Beschluß ist die Stellungnahme der Weiteren Fakultät unter Beifügung der Auffassung der Engeren Fakultät dem Rektor und dem Kultusminister vorzulegen.

V. Die Abteilung und die Fakultät

§ 33

(1) Die Universität erfüllt ihre wissenschaftlichen Aufgaben durch die Abteilungen.

(2) Die Abteilung wird gebildet aus der Gesamtheit ihrer Lehrenden, deren amtlich bestellten wissenschaftlichen Mitarbeitern und den bei ihr eingeschriebenen Studenten.

(3) Die Organe der Abteilung sind die Fakultät und die Große Fakultät.

§ 34

(1) Die Fakultät verwaltet die Angelegenheiten der Abteilung.

(2) Der Fakultät gehören an: alle ordentlichen Professoren sowie die hauptberuflich an der Universität tätigen außerplanmäßigen Professoren und Privatdozenten, sofern deren Zahl die Hälfte der Zahl der ordentlichen Professoren nicht übersteigt. Ist das der Fall, so bestimmen die Nichtordinarien die aus ihrem Kreise zur Fakultät Tretenen durch Wahl. Die übrigen können auf Einladung der Fakultät mit beratender Stimme an Fakultätssitzungen teilnehmen.

(3) Wer mit der Vertretung eines Lehrstuhls betraut ist, kann durch Beschluß der Fakultät zu ihrem Mitglied auf Zeit ernannt werden. § 11 Abs. 3 bleibt hiervon unberührt.

(4) Ein Sitz mit beratender Stimme kann Gastprofessoren verliehen werden, die an ihrer eigenen Universität die Rechte eines planmäßigen Professors innehaben oder -gehabt haben.

IV⁹
(1) Durch Einbeziehung aller an den Lehr- und Forschungsaufgaben der Abteilung Beteiligten, mit Ausnahme der Hilfskräfte, erweitert sich die Fakultät zur Großen Fakultät.

(2) Die Große Fakultät ist vom Dekan nach Bedarf einzuberufen. Ein Viertel der Mitglieder kann unter schriftlicher Angabe der Gründe die Einberufung einer Sitzung veranlassen.

(3) Die Große Fakultät wird vom Dekan über bedeutsame Vorgänge in Fakultät und Senat unterrichtet.

(4) Sie nimmt Stellung

1. zu akademischen Standesangelegenheiten,
2. zu Angelegenheiten des Unterrichts, welche die Abteilung betreffen,
3. zu Angelegenheiten, die ihr von der Fakultät überwiesen werden.

(5) Stellungnahmen der Großen Fakultät haben den Charakter von Empfehlungen an die Fakultät. Auf besonderen Beschluß der Großen Fakultät werden sie mit einem Begleitbericht der Fakultät weitergeleitet.

Artikel 17 ✓

(geschlossen)

(1)

Die Organe der Fakultät sind

1. der Dekan,
2. die Engere Fakultät,
3. die Weitere Fakultät.

(2)

Die Engere Fakultät besteht aus

1. den ordentlichen und den außerordentlichen Professoren, einschließlich der entpflichteten Professoren,
2. den Vertretern der übrigen Mitglieder des Lehrkörpers,
3. zwei Vertretern der wissenschaftlichen Mitarbeiter,
4. zwei Vertretern der Studenten.

Die Fakultätssatzung kann Bestimmungen über eine zahlenmäßig weitergehende Beteiligung von Vertretern der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten treffen.

Gehören einer Fakultät weniger als fünfzehn ordentliche und außerordentliche Professoren an, kann in der Fakultätssatzung bestimmt werden, daß die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten in die Engere Fakultät nur je einen Vertreter entsenden.

(3)

Die Weitere Fakultät besteht aus allen Mitgliedern des Lehrkörpers und den in die Engere Fakultät gewählten Vertretern der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten.

(1) IV, 11

Art. 18

Die Fakultäten haben vorbehaltlich der Genehmigung nach Artikel 26 Absatz 3 das Recht, sich in Fachbereiche zu gliedern oder übergreifende Fachbereiche einzurichten.

(2)

Interfakultative Institute müssen einer bestimmten Fakultät zugeordnet sein.

(3)

Nähere Bestimmungen treffen die Fakultätssatzungen.
Artikel 19 ✓

(beschlossen)

(1)

Zur Zuständigkeit der Weiteren Fakultät gehören Angelegenheiten des Unterrichts und der Studienordnung. Die Weitere Fakultät berät die Fakultätssatzung, die Habilitations-, die Promotions- und die sonstigen akademischen Prüfungsordnungen.

(2)

Die Weitere Fakultät soll in jedem Semester mindestens einmal einberufen werden.

(3)

Die Engere Fakultät beschließt die Fakultätssatzung, die Habilitationsordnung und akademische Prüfungsordnungen. Sie ist zuständig für Berufungs-, Habilitations- und Prüfungsangelegenheiten. Die Fakultätssatzungen können die Zuständigkeitsbereiche der Engeren und Weiteren Fakultät abweichend abgrenzen.

(4)

Die Engere Fakultät hat dafür zu sorgen, daß die für einen ordnungsgemäßen Ausbildungsgang der Studenten erforderlichen Lehrveranstaltungen abgehalten werden.

- (1) Die Fakultäten tragen in ihrem Bereich die Verantwortung für die Pflege der Wissenschaft in Forschung und Lehre. Zu ihren Aufgaben gehören die Gestaltung des Unterrichts und der akademischen Prüfungen.
- (2) Jeder Hochschullehrer einer Fakultät trägt die Verantwortung für Forschung und Lehre auf seinem Fachgebiet. Dabei sollen die Hochschullehrer, die in gleichen oder verwandten Fachgebieten tätig sind, auf Zusammenarbeit bedacht sein.
- (3) Die Fakultäten fördern gemeinsame Forschungsvorhaben mehrerer Hochschullehrer und die Koordinierung der Forschungsprogramme.

- (1) Die Fakultätsversammlung kann sich durch Beschluß, der einer Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder bedarf, in Sektionen gliedern, sofern dies nicht bereits durch die Fakultätssatzung gesehen ist.
- (2) Der Beschluß muß die Aufgaben und Befugnisse der Sektionen, die Mitgliedschaft in den Sektionen und den Vorsitz in den Sektionssitzungen regeln. Er kann vorsehen, daß in den Sitzungen der Sektionen auch solche der Fakultät angehörende Mitglieder des Lehrkörpers Sitz und Stimme haben, die nicht Mitglieder der Fakultätsversammlung sind. Soweit den Sektionen Entscheidungsbefugnisse übertragen sind, kann ein Viertel der Mitglieder der Sektion jederzeit verlangen, daß eine Angelegenheit der Entscheidung der Fakultätsversammlung vorbehalten wird.
- (3) Mehrere Fakultäten können durch Vereinbarung eine interfakultäre Sektion bilden. Für den Inhalt der Vereinbarung gilt Abs. 2 sinngemäß.
- (4) Beschlüsse und Vereinbarungen zur Bildung von Sektionen bedürfen der Zustimmung des Senats.

§ 85

(1) Die Direktoren der wissenschaftlichen Anstalten werden in der Regel von den Fakultäten zur Bestellung vorgeschlagen. Der Senat kann zu den Vorschlägen Stellung nehmen; die Sätze 2—4 des § 49 Abs. 3 gelten entsprechend.

§ 86

(1) Der Direktor leitet die wissenschaftliche Anstalt, vertritt sie nach außen und übt im Anstaltsbereich das Hausrecht nach Maßgabe des § 105 aus. Ihm steht grundsätzlich das Verfügungsrecht über die Einrichtungen der Anstalt zu.

(2) Hat die Anstalt mehrere Direktoren, nehmen sie die Leitungs- und Verfügungsbefugnisse grundsätzlich gemeinsam wahr. Vertretungs- und Hausrecht werden von dem geschäftsführenden Direktor ausgeübt. Die Anstaltsordnung kann ihm weitere Aufgaben übertragen.

(3) Zur Durchführung ihrer Forschungs- und Lehraufgaben haben die Nichtordinarien, sofern sie nicht eigene Haushaltsmittel selbständig verwalten, Anspruch auf angemessene Beteiligung an den Sach- und Personalmitteln der Anstalt, der sie angehören. Die Vorhaben, die in den Forschungsprogrammen der wissenschaftlichen Anstalten nach § 87 Abs. 2 festgelegt sind, dürfen dadurch nicht beeinträchtigt werden.

(4) Die an der Anstalt tätigen Nichtordinarien sind nicht verpflichtet, bei Tätigkeiten der Direktoren und der Abteilungsleiter mitzuwirken, die keine Amts- oder Dienstgeschäfte sind.

§ 87

(1) An jeder wissenschaftlichen Anstalt, an der mehr als fünf Universitätslehrer und Nichthabilitierte tätig sind, wird ein Anstaltsrat gebildet. Ihm gehören unter dem Vorsitz des (geschäftsführenden) Direktors an: alle an der Anstalt tätigen Universitätslehrer, die Abteilungsleiter, auch wenn sie keine Universitätslehrer sind, sowie mindestens zwei Vertreter der Nichthabilitierten. Die Zahl dieser Vertreter erhöht sich in Anstalten mit mehr als zwanzig Nichthabilitierten auf mindestens drei.

(2) Der Anstaltsrat hat besonders die Aufgabe, das allgemeine Forschungsprogramm der Anstalt festzulegen und für die entsprechende Förderung der Forschungsvorhaben zu sorgen. Er hat dabei der Verantwortung des Direktors (der Direktoren) der Anstalt Rechnung zu tragen.

§ 103 ✓

(1) Die für Lehre und Forschung bestimmten personellen und sachlichen Mittel (Bücher, Lehrmittel, räumliche und apparative Ausstattung) werden, soweit nicht besondere Regelungen getroffen sind, in den Instituten, Seminaren und Kliniken bereitgestellt.

(2) Die Institute, Seminare und Kliniken werden einem oder mehreren Fachgebieten einer Fakultät oder Abteilung zugeordnet. Sie können auch Fachgebieten zugeordnet werden, die in den Wissenschaftsbereich mehrerer Fakultäten oder Abteilungen fallen (interfakultative Institute).

(3) Die Errichtung oder Angliederung neuer Institute, Seminare und Kliniken soll in Übereinstimmung mit der fachlich zuständigen Fakultät sowie mit dem Senat erfolgen.

(4) Mit Genehmigung des Kultusministers können in den Instituten und Seminaren selbständige Abteilungen mit eigenen personellen und sachlichen Mitteln für ihren Bereich gebildet werden. Soweit nichts Besonderes bestimmt ist, sind für ihre Leitung die §§ 110 und 111 sinngemäß anzuwenden. Durch die Bildung von Abteilungen wird die zentrale Verwaltung in allen Angelegenheiten des Gesamtinstituts nicht berührt.

(5) Die Institute, Seminare und Kliniken berichten dem Kurator unmittelbar; Rektor und Senat sowie die fachlich zuständigen Fakultäten können Berichte über Vorgänge anfordern, die für das Gesamtinteresse der Universität von Bedeutung sind.

§ 110 ✓

(1) In der Leitung der Institute und Seminare (im folgenden: Institute) werden die Direktoren von einem Beirat unterstützt. Dem Beirat gehören an: die dem Institut zugeordneten Mitglieder des engeren Lehrkörpers und zwei gewählte Vertreter der übrigen wissenschaftlichen Beamten und wissenschaftlichen Angestellten.

(2) Der Beirat berät die Direktoren. Die Direktoren unterrichten den Beirat über alle wichtigen, das Institut betreffenden Angelegenheiten, insbesondere auch über den Haushaltsentwurf und die Verteilung der Haushaltsmittel und der Räume, und holen eine Stellungnahme ein.

(3) Die Direktoren (der geschäftsführende Direktor) verfügen über die Räume sowie die Forschungs- und Lehrmittel und sorgen für eine sachgerechte Aufteilung und Verwendung der Haushaltsmittel. Hierbei sind sie gehalten, den wissenschaftlichen Angehörigen des Instituts Räume und Haushaltsmittel in angemessenem Umfang zur Verfügung zu stellen.

(4) Den wissenschaftlichen Angehörigen des Instituts steht das Recht zu, gegen die Entscheidung des Direktors ein Schlichtungsgesuch an den Dekan zu richten, der auf Wunsch der Beteiligten ihre Vertrauensleute hinzuziehen muß. Gegen den Schlichtungsspruch ist Berufung an den Minister zulässig.

(1) Soweit für die Durchführung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre notwendig und zweckmäßig, werden an der Universität Institute, Kliniken und Seminare errichtet. Sie sind im folgenden zusammenfassend "Institute" genannt. Für die Kliniken gilt zusätzlich § 91.

(2) Institute, deren Tätigkeit im Rahmen einer Abteilung der Universität liegt, werden der betreffenden Fakultät zugeordnet. Betrifft die Tätigkeit eines Institutes mehrere Abteilungen, so kann es entweder deren Fakultäten (siehe § 52) oder unmittelbar Rektor und Senat zugeordnet werden. Dasselbe gilt für Institute, deren Tätigkeit im Rahmen keiner der an der Universität bestehenden Abteilungen liegt.

(3) Die Institute sind Einrichtungen der Universität. Ihre Errichtung, Teilung, Auflösung geschieht durch den Rektor der Universität auf Vorschlag der betroffenen Fakultäten, nach Befürwortung durch den Senat und Genehmigung durch den Kultusminister.

(4) In der Regel werden mehrere Fachgebiete in einem Institut zusammengefaßt. Über die Zugehörigkeit eines Fachgebietes zu einem Institut entscheidet der Senat auf Vorschlag der betreffenden Abteilung.

§ 89

(1) Die Institutseinrichtungen stehen im Rahmen der Benutzungs- und Institutsordnung allen Mitgliedern des Lehrkörpers der Universität zur Verfügung, deren wissenschaftliche Tätigkeit in den Bereich eines Fachgebietes des Instituts fällt.

(2) Die Leitung eines Instituts liegt in den Händen eines Instituts-Direktoriums, das aus den dem Institut angehörigenden ordentlichen Professoren besteht.

(3) Das Direktorium bestimmt in regelmäßigem Wechsel aus seiner Mitte einen geschäftsführenden Direktor, der den ihm vom Direktorium übertragenen Aufgabenbereich hat. Ein entpflichteter Professor kann innerhalb eines Direktoriums nicht geschäftsführender Direktor sein.

(4) Jedes Mitglied des Direktoriums ist verpflichtet, in regelmäßigem Turnus die Stellung des geschäftsführenden Direktors zu übernehmen.

V(5) Bestehende Weisungsbefugnisse in fachlicher Hinsicht werden durch den Wechsel in der Geschäftsführung nicht berührt.

(6) Der innere Institutsbetrieb wird durch eine Institutsatzung geregelt, die das Direktorium aufstellt und die vom Senat zu genehmigen ist. In ihr müssen Bestimmungen enthalten sein über

- a) das Zusammentreten des Direktoriums,
- b) den regelmäßigen Wechsel der Stellung des geschäftsführenden Direktors,
- c) die Beteiligung sämtlicher im Institut selbständig wissenschaftlich Tätigen an der Beratung über die Aufstellung des Entwurfs zum Institutsetat und über die Gesamtplanung von Forschung und Lehre im Institut,
- d) die anteilmäßige finanzielle und personelle Beteiligung der im Institut selbständig wissenschaftlich Tätigen an der Erhaltung und Förderung der gemeinsamen Einrichtungen des Instituts aus den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln und ihrem Stellenplan,
- e) die Raumaufteilung innerhalb des Instituts.

(7) Bei Meinungsverschiedenheiten hat der Dekan, im Fall übergreifender Institute der Rektor, auf Antrag der Parteien eine Schlichtung zu versuchen. Gegen den Schlichtungsanspruch kann der Senat angerufen werden.

§ 90 ✓

(1) Der Institutsetat besteht aus den Mitteln für die im Institut selbständig Tätigen und aus den Mitteln, die dem Institut als ganzem zugewiesen werden.

(2) Für die Verwaltung eines Instituts kann beim Institut auf Vorschlag des Institutsdirektoriums ein Beamter eingesetzt werden. Mehrere Institute können eine gemeinsame Verwaltung vereinbaren.

(3) Die Leiter der Verwaltungen können nur in Übereinstimmung mit denjenigen handeln, deren Konten sie führen. Die haushaltsrechtliche Aufsicht des Kanzlers und die Verantwortung der Lehrstuhlinhaber für die Organisation der Forschung auf ihren Fachgebieten, insbesondere ihr sachliches Verfügungsrecht über die ihnen im Rahmen ihrer Berufung zugesicherten oder sonst zugewiesenen personellen und sachlichen Mittel, werden von den durch den Verwaltungsbeamten ausgeübten Befugnissen nicht berührt.

- (1) Wissenschaftliche Anstalten sind die der Forschung und Lehre dienenden Institute, Seminare, Kliniken und Betriebe der Philipps-Universität. Sie können als Fakultätsanstalten einer Fakultät, als interfakultäre Anstalten mehrerer Fakultäten oder als zentrale Anstalten dem Senat zugeordnet sein. Sie werden als Anstalten (Institut usw.) der Philipps-Universität bezeichnet. Wissenschaftliche Anstalten, die nicht dem Senat oder den Fakultäten zugeordnet sind, können nicht Anstalten der Philipps-Universität sein.
- (2) Die wissenschaftlichen Anstalten werden auf Antrag der Fakultäten oder des Senats vom Kultusminister errichtet. Die Anträge für Fakultäts- und interfakultäre Anstalten werden von den Fakultäten, diejenigen für zentrale Anstalten vom Senat gestellt. Den Anträgen auf Errichtung interfakultärer Anstalten ist der Entwurf der Verwaltungs- und Benutzungsordnung der geplanten Anstalt beizufügen.
- (3) Die Anträge der Fakultäten bedürfen der Zustimmung des Senats. Der Senat prüft insbesondere, ob die Errichtung und die beabsichtigte Zuordnung zweckmäßig sind und ob die Errichtung oder die vorgesehene Bezeichnung der Anstalt die Interessen anderer Fakultäten berühren. Ist das letztere der Fall, gibt er den betroffenen Fakultäten Gelegenheit zur Äußerung.
- (4) Der Senat kann nach Anhörung der betroffenen Fakultäten beantragen, daß bestehende Anstalten aufgelöst, geteilt,
zusammengelegt oder anders als bisher zugeordnet werden. Solche Anträge können auch von den Fakultäten mit Zustimmung des Senats für die ihnen zugeordneten Anstalten gestellt werden.
- (5) Die Anträge nach Abs. 3 und 4 bedürfen der Zustimmung des Verwaltungsrates.

- (1) Forschungsinstitute, die nach Arbeitsrichtung und Standort in engem Zusammenhang mit der Philipps-Universität stehen und in denen die Unabhängigkeit der Forschung gewahrt ist, können der Universität angegliedert werden. Sie werden als "Institut für an der Philipps-Universität" bezeichnet.
- (2) Grundlage der Angliederung ist eine vertragliche Vereinbarung zwischen dem Rechtsträger des Instituts und der Universität. Sie bedarf der Zustimmung von Senat und Verwaltungsrat. Fakultäten, deren Interessen durch die Angliederung berührt werden, sind zuvor zu hören.
- (3) Die Vereinbarung soll kündbar sein. Sie soll in der Regel festlegen, daß das Institut von Universitätslehrern der Philipps-Universität geleitet wird und daß diese bei der Bestellung der leitenden Personen mitwirkt. Sie soll ferner die Art der Zusammenarbeit und die Finanzierung regeln und vorsehen, daß den Organen der Universität jederzeit Auskunft über die wissenschaftlichen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten des Instituts zusteht.
- (4) Es können auch Institute des Landes Hessen angegliedert werden, sofern sie nicht Anstalten der Universität sind.
- (5) Durch die Angliederung wird eine rechtliche Zugehörigkeit der Institute zur Universität nicht begründet. Insbesondere bewirkt die Angliederung der Institute nicht, daß deren Mitarbeiter Angehörige der Universität werden.

Stellung und Aufgaben

- (1) Zentralinstitute sind organisatorisch außerhalb der Fakultäten und Fachbereiche stehende Einrichtungen.
- (2) Die Zentralinstitute werden vor allem in der Forschung tätig. Sie nehmen in ihrem Arbeitsbereich auch Lehrfunktionen wahr.
- (3) Die Errichtung eines Zentralinstitutes kann nur beantragt werden, wenn umfassende wissenschaftliche, über einen Fachbereich hinausgreifende Fragen vorliegen, deren Bearbeitung einen vieljährigen Zeitraum erfordert und die nicht durch Forschungseinrichtungen der Fachbereiche (§ 40 Abs. 1) gelöst werden können.

Ernährungs-
forschung

VI 2

Marburg .vorl.

§ 97 ✓

Die nichtwissenschaftlichen Anstalten und Betriebe der Universität unterstehen dem Kanzler. Verwaltungsrat und Senat können im beiderseitigen Einvernehmen derartige Anstalten und Betriebe dem Senat zuordnen, wenn diese unmittelbare Hilfsfunktionen für die wissenschaftliche Arbeit erfüllen. Sie können ferner Einrichtungen, die der nichtwissenschaftlichen Ausbildung dienen, einer Fakultät oder einer wissenschaftlichen Anstalt zuordnen.

§ 98 ✓

Der Senat kann für eine zentrale wissenschaftliche Anstalt oder eine ihm gemäß § 97 zugeordneten Anstalt einen ständigen Senatsausschuß einsetzen. Dieser Ausschuß hat gegenüber der Anstalt die Aufgaben, die eine Fakultät gegenüber einer ihr zugeordneten Anstalt wahrnimmt.

- (2) Der Rektor wird auf Vorschlag des Großen Senates vom Ministerpräsidenten auf unbestimmte Zeit - bis zur Erreichung der Altersgrenze für Lehrstuhlinhaber - bestellt. Er kann auf Vorschlag oder mit Zustimmung des Großen Senates vom Ministerpräsidenten abberufen werden.

Stellung des Rektors

- ✓ (1) Der Rektor repräsentiert und vertritt die Universität. Er trägt die Verantwortung für die Universität, soweit durch übergeordnete Rechtsvorschriften, Verwaltungsanordnungen oder diese Satzung nichts anderes bestimmt ist. Er hat den Vorsitz in den Akademischen Senaten.
- ✓ (4) Der Rektor ist für den wissenschaftlich-fachlichen Bereich der zentralen Einrichtungen, die der gesamten Universität unmit-
telbar dienen, verantwortlich. Er kann insoweit deren Leitern Weisungen erteilen.
- ✓ (5) Der Rektor übt im Universitätsbereich das Hausrecht und die Ordnungsgewalt aus.
- ✓ (6) Der Rektor führt die Ehrenbezeichnung "Magnifizenz".

Prorektor

- (1) Den Rektor vertritt im Falle seiner Verhinderung der Prorektor. Prorektor ist der Rektor des Vorjahres. Ist dieser entpflichtet, nicht in der Lage oder nicht bereit, das Amt des Prorektors zu übernehmen, so ist ein neuer Prorektor nach dem gleichen Verfahren wie bei der Wahl des Rektors zu wählen.
- (2) Ist der Prorektor verhindert, so wird der Rektor von dem Amtsvorgänger vertreten, der ihm unter den anwesenden noch nicht entpflichteten Professoren nach der Reihenfolge der Amtsjahre am nächsten steht und an der Übernahme des Geschäfts nicht verhindert ist.

VII, 3

Giessen

28.8.67

(Rektor und Konrektoren)

§ 33 ✓

(1) An der Spitze der Universität stehen der Rektor und zwei Konrektoren. Sie bilden das Rektorat (Direktorium im Sinne des Hessischen Hochschulgesetzes).

(2) Die Amtsgeschäfte des Rektorats werden von dem Rektor und den Konrektoren selbständig im Rahmen ihrer Zuständigkeit geführt, soweit nicht das Rektorat als Kollegialorgan (Rektorenkollegium) zur Entscheidung berufen ist.

§ 34 ✓

(1) Die Rektoratsmitglieder werden für die Dauer von drei Jahren vom Großen Senat gewählt.

(2) Wählbar ist jeder ordentliche Professor, der seit mindestens drei Jahren der Universität angehört und höchstens 65 Jahre alt ist.

(3) Die Rektoratsmitglieder sollen verschiedenen Fakultäten angehören.

(4) Dreimalige Wiederwahl für je ein Jahr ist zulässig. Jedoch sollen in der Regel nicht zwei Rektoratsmitglieder gleichzeitig wiedergewählt werden. Mindestens in jedem zweiten Jahr ist ein neues Mitglied in das Rektorat zu wählen.

§ 104 ✓

(1) Der schriftliche Dienstverkehr der Organe und der fakultätsfreien Einrichtungen mit dem Kultusminister geht in akademischen Angelegenheiten über den Rektor, in Wirtschaft-

schafts- und Personalangelegenheiten über den Kanzler; dieser leitet Vorlagen von besonderer Bedeutung über den Rektor weiter.

(2) Der schriftliche Dienstverkehr der Angehörigen der Universität und der fakultätszugehörigen Einrichtungen mit dem Kultusminister geht über den Dekan. Für die Weiterleitung gilt Abs. 1 entsprechend.

(3) Das Nähere regelt die in § 100 Abs. 2 genannte Geschäftsordnung.

5. Hausrecht

Hannover

5.4.65

1. Der Rektor

§ 21 ✓

(1) Der Rektor steht an der Spitze der akademischen Selbstverwaltung. Ihm steht der Prorektor zur Seite.

(2) Der Rektor trägt bei feierlichen Anlässen eine Amtskette. Er sorgt im Zusammenwirken mit dem Senat und dem Konzil dafür, daß die inneren und äußeren Voraussetzungen für Forschung und Lehre in einer Weise gesichert und entwickelt werden, die den Aufgaben der Hochschule entspricht.

§ 22 ✓

(1) Die Amtszeit des Rektors beträgt 2 Jahre. Sie beginnt jeweils am 1. April. Der neue Rektor wird im Laufe des Monats Februar des dem Amtsantritt des

Vorgängers folgenden Jahres als Rektor

designatus gewählt und übernimmt am

darauffolgenden 1. April das Amt des Prorektors. Der schiedende Rektor ist in dem seiner Amtszeit folgenden Jahr Prorektor.

(2) Der Rektor wird aus der Mitte der ordentlichen Professoren von dem Konzil gewählt. Das Wahlverfahren wird durch die Geschäftsordnung geregelt (§ 28 Abs. 3). Die Wahl bedarf der Bestätigung durch den Minister. Eine unmittelbare Wiederwahl ist ausgeschlossen. Nicht wählbar ist, wer zum Zeitpunkt der Wahl das 64. Lebensjahr überschritten hat.

VII, 4

München

1. 9. 65

1. Der Rektor

§ 6. Der Rektor ist das Haupt der Universität. Er hat den Vorsitz im Akademischen Senat sowie im Verwaltungsausschuß. Er ist Dienstvorgesetzter der nicht zu den planmäßigen Professoren gehörenden Mitglieder des Lehrkörpers und der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Universität.

§ 10. Zur Vorbereitung der Wahlhandlung beruft der Rektor eine Vertrauensmännerversammlung ein, zu der jede Fakultät zwei gewählte Vertreter entsendet. Der Rektor nimmt an der Versammlung nicht teil und kann nicht als Vertrauensmann entsandt werden. Die Versammlung wird von dem dienstältesten Vertrauensmann geleitet. Sie bespricht Wahlvorschläge und legt der Wahlversammlung das Ergebnis ihrer Beratungen vor. Nach altem Herkommen ist tunlichst an der Reihenfolge der Fakultäten festzuhalten.

§ 14¹. Der Rektor wird im Falle seiner Verhinderung durch den Prorektor vertreten. Prorektor ist der Rektor des Vorjahres.

Ist der Prorektor verhindert, so wird der Rektor von dem Amtsvorgänger vertreten, der ihm unter den anwesenden noch nicht entpflichteten Professoren nach der Reihenfolge der Amtsjahre jeweils am nächsten steht und an der Übernahme der Geschäfte nicht verhindert ist.

Zur Wahrnehmung von Repräsentationspflichten kann sich der Rektor von Fall zu Fall durch einen ordentlichen Professor vertreten lassen.

§ 41 ✓

- (1) Der Rektor leitet als Vorsitzender die Verhandlungen des Senats, des Konsistoriums, der Senatsausschüsse und der interfakultativen Ausschüsse. Der Senat kann in besonderen Fällen für die Ausschüsse eine andere Regelung treffen.
- (2) Der Rektor kann dem Prorektor, dem Rektor designatus oder mit Zustimmung des Senats einem anderen Senatsmitglied einzelne Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen.
- (3) Der Rektor ist für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit im Bereich der Universität verantwortlich. In Notfällen kann er hierfür staatliche Hilfe in Anspruch nehmen.
- ✓ (4) Der Rektor übt das Hausrecht auf dem Gelände der Universität aus. In seinem Namen wird dieses Recht von den Direktoren der Kliniken, Institute, Seminare in den entsprechenden Gebäuden sowie von den Professoren und Dozenten bei Lehrveranstaltungen in den Hörsälen, Seminarräumen usw. ausgeübt.
- (5) Der Rektor übt die Disziplinargewalt im Rahmen der Disziplinarordnung aus.
- (6) Der Rektor hat die Dienstaufsicht über die seinen Weisungen unterstellten Angehörigen der Rektorats- und Fakultätsverwaltung.
- (7) Der Rektor sorgt für ein gutes Einvernehmen zwischen den Universitätsangehörigen und bemüht sich um die Beilegung von Streitigkeiten, soweit nicht andere Zuständigkeiten gegeben sind.

VII, 6

Bochum

vom 10. 5. 67

§ 55

Der Rektor hat das Recht auf allseitige Information durch alle anderen akademischen Behörden und Organe.

Artikel 5 ✓

Bei Verhinderung wird der Rektor durch den Prorektor vertreten. Prorektor ist der letzte Amtsvorgänger des Rektors.

Bei Verhinderung des Prorektors tritt an seine Stelle der zeitlich nächste Amtsvorgänger. Lehnt dieser aus triftigen Gründen das Amt ab, so bestimmt der Große Senat einen Prorektor nach den Regeln der Rektorwahl.

Der Rektor kann für besondere Aufgaben einen ordentlichen Professor mit seiner Vertretung beauftragen.

Aufgaben

- (1) Der Kanzler führt die Verwaltung der Universität im Rahmen der staatlichen Vorschriften im Auftrag des Rektors, und nach Maßgabe der Beschlüsse der Organe der Universität, die diese in ihrer gesetz- und satzungsgemäßen Zuständigkeit fassen. Ihm können vom Rektor nur in Selbstverwaltungsangelegenheiten Weisungen erteilt werden. Er vollzieht als Sachbearbeiter des Haushalts den staatlichen und Körperschaftshaushalt.
- (2) Der Kanzler ist Dienstvorgesetzter der nichtwissenschaftlichen Dienstkräfte.
- (3) Der Kanzler ist berechtigt, an allen Sitzungen der Akademischen Senate mit beratender Stimme teilzunehmen. Er kann zuständige Sachbearbeiter beiziehen.

IV. Verwaltungsrat und Kanzler

§ 58

- (1) Der Verwaltungsrat ist das oberste Organ der Wirtschafts- und Personalverwaltung.
- (2) Der Kanzler ist der leitende Verwaltungsbeamte der Univesität.
- (3) Verwaltungsrat und Kanzler sorgen dafür, daß die Wirtschafts- und Personalverwaltung im Einklang mit der akademischen Verwaltung den Aufgaben der Universität dient.

VIII

3

München

1.9.65

K

§ 16

Dem Rektor steht zur Erledigung der Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten ein Kanzler zur Seite. Er führt im Auftrag des Rektors und nach Maßgabe der Beschlüsse, die Senat und Verwaltungsausschuß in ihrer satzungsmäßigen Zuständigkeit fassen, die Verwaltung der Universität.

Habi

IX, 1 Giessen 28.8.67

Hannover 5.4.65

§ 13/

(1) Die Wissenschaftlichen Räte und Professoren vertreten die Fachgebiete, für die sie ernannt sind, in Forschung und Lehre. Sie sind verpflichtet, sich an der Durchführung des Lehrprogramms ihrer Fakultät zu beteiligen und die Forschungs- und Lehraufgaben wahrzunehmen, die ihnen bei ihrer Ernennung übertragen worden sind. Ein Recht auf alleinige Vertretung eines bestimmten Faches haben sie nicht.

(2) Waren sie vorher Privatdozenten oder außerplanmäßige Professoren, behalten sie die *venia legendi* auch für diejenigen Fachgebiete, die nicht zu ihrem Aufgabenbereich nach Abs. 1 gehören. Eine Lehrverpflichtung besteht insoweit nicht.

§ 17/

(1) Privatdozenten, die sich in Forschung und Lehre bewährt haben und den Anforderungen entsprechen, die an Lehrstuhlinhaber gestellt werden, sind von ihrer Fakultät für die Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ vorzuschlagen. Hierüber muß spätestens nach zwölf Semestern Lehtätigkeit des Privatdozenten von der Fakultät beraten und abgestimmt werden. Bevor die Verleihung beantragt wird, sind drei Gutachten auswärtiger Fachvertreter einzuholen.

(2) Für die außerplanmäßigen Professoren gelten die §§ 15 und 16 entsprechend. Endet die der außerplanmäßigen Professur zugrunde liegende Eigenschaft als Privatdozent nach § 16 Abs. 4 Nr. 2, ohne daß ihr Inhaber sich einer Verletzung korporativer Pflichten schuldig gemacht hätte, soll die Fakultät mit Zustimmung des Senats dem Kultusminister die Belassung des Titels „Professor“ empfehlen.

§ 11/

(1) Die Abteilungsvorsteher und die Wissenschaftlichen Räte leiten ständige Forschungsabteilungen der Medizinischen Hochschule oder werden mit besonderen Aufgaben in Forschung und Lehre betraut.

(2) Für die allgemeinen akademischen Rechte und Pflichten der Abteilungsvorsteher und der Wissenschaftlichen Räte gelten die §§ 7, 8 und 9 entsprechend.

(3) Die Abteilungsvorsteher und die Wissenschaftlichen Räte haben nach dem Eintritt oder der Versetzung in den Ruhestand das Recht, an den Sitzungen des Konzils mit beratender Stimme teilzunehmen. Mit diesem Zeitpunkt gilt für sie § 10 Abs. 2 entsprechend.

§ 12/

(1) Die weiteren Rechte und Pflichten der Abteilungsvorsteher und der Wissenschaftlichen Räte ergeben sich aus den Aufgaben der von ihnen geleiteten Abteilungen innerhalb der Institute, der Kliniken oder der gesamten Organisation der Krankenversorgung an der Medizinischen Hochschule, darüber hinaus aus den besonderen Anordnungen des Ministers.

(2) Die Abteilungsvorsteher und die Wissenschaftlichen Räte haben die volle Forschungs- und Lehrfreiheit. Dazu steht ihnen ein eigener Sach- und Personalhaushalt sowie ein angemessener Laboratoriumsbereich zur Verfügung. Handelt es sich um klinische Abteilungen, so steht ihnen die Möglichkeit der Diagnostik und Behandlung von Kranken der einzelnen Kliniken sowie im Rahmen des Poliklinikums offen.

(3) Gutachten erstatten die Abteilungsvorsteher und die Wissenschaftlichen Räte auf ihrem Fachgebiet in eigener Verantwortung.

(4) Sie haben als Konsiliarier, insbesondere zu Lehrzwecken, Zugang zu allen Kranken des Klinikums, die in ihr Fachgebiet gehören.

(5) Die Abteilungsvorsteher und die Wissenschaftlichen Räte sind zum Vorsitzenden einer Sektion sowie in alle Ausschüsse und in den Senat wählbar. Sie können ihre Mitarbeiter zur Promotion und Habilitation für ihr Fachgebiet vorschlagen.

(6) Die Art der Einordnung in ein Institut oder eine Klinik regeln die allgemeine vom Senat zu beschließende Dienstordnung, die der Genehmigung des Ministers bedarf, sowie besondere Anordnungen des Ministers im Einzelfall.

IX

2

Kiel

20.7.67

§ 22 ✓

(1) Die Wissenschaftlichen Räte und Professoren sind in ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit selbständig.

(2) Die Wissenschaftlichen Räte und Professoren haben sich in angemessenem Umfang an den allgemeinen Aufgaben der Kliniken, Institute und Seminare zu beteiligen, in denen ihnen ausreichende Arbeitsmöglichkeiten einzuräumen sind, insbesondere auch durch Bereitstellung eines angemessenen Anteils an dem Institutsetat. In bezug auf die Benutzung der Kliniken, Institute und Seminare sowie hinsichtlich der ihnen übertragenen Institutsaufgaben unterliegen sie unbeschadet der Bestimmung des Abs. 1 den Weisungen des zuständigen Direktors. Die Rechte und Pflichten der Wissenschaftlichen Räte und Professoren in den Kliniken, Instituten und Seminaren werden, soweit erforderlich, im Benehmen mit dem zuständigen Direktor vom Kultusminister im Einzelfalle oder in der jeweiligen Institutsordnung geregelt.

§ 24 ✓

(1) Die Privatdozenten haben das Recht, im Rahmen der ihnen erteilten *venia legendi* Vorlesungen, Seminare und Übungen abzuhalten. Sie sind verpflichtet, im Semester mindestens zwei Wochenstunden zu lesen. Die Fakultät kann eine Wochenstunde erlassen oder eine andere Unterrichtsleistung als gleichwertig anerkennen. Für eine Unterbrechung der Lehrtätigkeit über drei Wochen hinaus ist die Zustimmung der Fakultät notwendig; dauert die Unterbrechung länger als zwei Semester, bedarf sie der Zustimmung des Kultusministers.

(2) Durch Lehrauftrag können die Privatdozenten zur Abhaltung bestimmter Lehrveranstaltungen verpflichtet werden. Für die Beurlaubung von Privatdozenten mit Lehrauftrag gilt § 23 Abs. 2 entsprechend.

X, 1 Regensburg vorl. 5.6.67

§ 7 ✓

Ehrensensatoren, Ehrenbürger

Zu Ehrensensatoren und Ehrenbürgern der Universität können Persönlichkeiten ernannt werden, die sich um die Universität besonders verdient gemacht haben. Die Fakultäten, Fachbereiche und Zentralinstitute können dem Kleinen Senat Persönlichkeiten zur Ernennung vorschlagen.

X, 2

Giessen

28.8.67

§ 32

Die Würde eines Ehrensensors kann Persönlichkeiten verliehen werden, die sich um die Universität in hervorragendem Maße verdient gemacht haben.

§ 4 ✓

Die Universität kann Persönlichkeiten, die sich um sie verdient gemacht haben, ehren durch Verleihung einer silbernen Plakette, die das Bild des Gründers der Universität trägt und auf deren Rückseite der Name des Geehrten und die Worte " Philipps-Plakette " eingraviert werden. Zur Verleihung ist ein Beschluß des Kleinen Senats mit Dreiviertel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

§ 5 ✓

- (1) Zu Ehrensensatoren können vom Großen Senat Persönlichkeiten ernannt werden, die sich um die Universität besonders verdient gemacht haben. Der Ernennungsbeschluß bedarf der Dreiviertel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder.
- (2) Die Ehrensensatoren werden mit ihrer Ernennung Mitglieder des Großen Senats. Zu feierlichen Anlässen werden sie besonders eingeladen.
- (3) Den Ehrensensatoren wird mit ihrer Ernennung eine goldene Medaille verliehen, die das Bild des Gründers der Universität trägt und auf deren Rückseite der Name des Ehrensensors sowie die Worte " für besondere Verdienste " eingraviert werden.

XI

Giessen

28.8.67

§ 105 ✓

(1) Das Hausrecht im Gelände und in den Gebäuden der Universität steht dem Rektorat zu.

(2) Das Rektorat sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Universität. In den Universitätsanstalten wird diese Befugnis von den (geschäftsführenden) Direktoren ausgeübt, in den Hörsälen von den dort tätigen Mitgliedern des Lehrkörpers.

(3) Das Rektorat entscheidet über die Benutzung der Gebäude und Räume, soweit sie nicht bestimmten Zwecken dauernd gewidmet sind; es verteilt insbesondere die allgemeinen Hörsäle der Universität. Die (geschäftsführenden) Direktoren der Universitätsanstalten entscheiden über die Benutzung der Räume im Anstaltsbereich. Sie sind jedoch verpflichtet, auf Anforderung des Rektorats die Räume für Veranstaltungen, die außerhalb der Anstaltsaufgaben liegen, zur Verfügung zu stellen, sofern der Forschungs- und Lehrbetrieb der Anstalt dadurch nicht beeinträchtigt wird. Satz 3 gilt nicht für die Universitätsbibliothek.

(4) Im Rahmen seiner Zuständigkeit wirkt der Kanzler bei den Entscheidungen über die Benutzung der Gebäude und Räume mit.

(5) Die Benutzung des Geländes sowie der Gebäude und Räume der Universität durch Vereine, Gesellschaften, Körperschaften u. dgl. wird durch eine Benutzungsordnung geregelt, die von Senat und Verwaltungsrat zu erlassen ist. Die Zuständigkeit des Senats, Richtlinien für die Ausübung der Entscheidungsbefugnisse nach Abs. 2 und 3 zu erlassen, bleibt unberührt.

6. Dienstsiegel- und Dienststempel

XI, 2 München 1.9.65

§ 79⁶ Das Hausrecht und die Ordnungsgewalt in der Universität und ihren Anstalten wird von dem Rektor, in den Unterrichtsräumen auch von den dort amtlich tätigen Mitgliedern des Lehrkörpers ausgeübt. In Anstalten außerhalb des Universitätsgebäudes stehen diese Befugnisse den Anstaltsvorständen zu, soweit es sich um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im akademischen Leben handelt, dem Rektor, in dessen Stellvertretung den Anstaltsvorständen.

Kiel 2.7.67

§ 41

- (4) Der Rektor übt das Hausrecht auf dem Gelände der Universität aus. In seinem Namen wird dieses Recht von den Direktoren der Kliniken, Institute, Seminare in den entsprechenden Gebäuden sowie von den Professoren und Dozenten bei Lehrveranstaltungen in den Hörsälen, Seminarräumen usw. ausgeübt.

XI, 3

Bochum

votl.
10.5.17

Erlangen

§ 56

Der Rektor sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Universität. Er ist Hausherr auf dem Gelände und in den Gebäuden der Universität und entscheidet als solcher über die Benutzung der Räume, soweit nicht der Leiter eines Instituts, einer Klinik oder eines Seminars zuständig ist.

- (2) Der Rektor sorgt für das Zusammenwirken der Mitglieder der Universität und der Universitätsorgane und für ein gutes Einvernehmen zwischen ihnen. Ihm obliegt die Wahrnehmung des Hausrechts und die Sorge für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Universität.

EVANGELISCHE AKADEMIE

LOCCUM

Pressestelle

Betr.: LOCCUMER PROTOKOLLE 14/1968

UNIVERSITÄT HOHENHEIM

30. AUG. 1968

Nr.

Beil.

3055 Loccum

Fernruf:

(05766)321/322/217

Zu Ihrer Information!

DIE

POLITISCHE DIMENSION

DER

WISSENSCHAFT

Grundfragen der gesellschaftlichen Zuordnung von Wissenschaft, Kommunikationsprobleme zwischen den Wissenschaften, Verwissenschaftlichung des gesellschaftlichen Zusammenlebens, Demokratisierung der Wissenschaften - das waren einige der Kernthemen, die amerikanische und deutsche Wissenschaftler und Politiker mehrere Tage lang in Loccum erörterten.

Das gebundene Protokoll (99 Seiten) liegt jetzt vor; es enthält u.a. Beiträge von

Akademiedirektor Dr. Hans BOLEWSKI (Die politische Dimension der Wissenschaft); Prof. Dr. Hermann SCHWEPPENHAUSER (Thesen über 'Kritische Vernunft und wissenschaftliches Denken'); Prof. Dr. Herbert SPIRO (Das Erkenntnisinteresse der Wissenschaft); Prof. Dr. Janpeter KOB, Prof. Dr. Hans-Hermann GROOT-HOFI, Prof. Dr. Oskar ANWEILER (Die Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse durch das Erziehungssystem als politisches Problem); Prof. Dr. Martin GREIFFENHAGEN (Die Intentionen pragmatisch orientierter Wissenschaften und ihre sozialen Auswirkungen); Prof. Dr. Karl DEUTSCH (Die technologischen Prozesse und ihre politische Adoption); Dr. Hans Jürgen KRYMANSKI (Die technologischen Prozesse und ihre politische Adoption - Korreferat); Die politische Dimension der Wissenschaft: ein Gespräch, eingeleitet von Prof. Dr. Abraham YESELSON, Prof. Dr. Jiri NEHNEVAJSA; Dr. Dr. h.c. Heinz KREKELER, Regierungsdirektor Dr. Peter MENKE-GLÜCKERT (Wissenschaftliche Voraussetzungen politischer Entscheidungen) sowie Diskussionen.

Sie erhalten das Protokoll über die Evangelische Akademie Loccum gegen einen Unkostenbeitrag von DM 5.-, den wir nach Erhalt auf das Konto 215 004 bei der Sparkasse Loccum zu überweisen bitten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Werner von Hadel
(Dr. Werner von Hadel)

BESTELLZETTEL

Ich bestelle bei Ihnen Exemplare des Protokolls

DIE POLITISCHE DIMENSION DER WISSENSCHAFT (14/1968)

Name

Anschrift

Datum Unterschrift

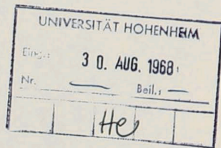
FORSCHUNGSSTÄTTE DER
EVANGELISCHEN STUDIENGEMEINSCHAFT
CHRISTOPHORUS-STIFT
HEIDELBERG

PROF. DR. GEORG PICHT

69 Heidelberg, den 29. 8. 1968
Schneidweg 9
Telefon 25317

An die
Universität Hohenheim
Landwirtschaftliche Hochschule
Rektoramt

7 Stuttgart - Hohenheim
Postfach 73



Sehr geehrter Herr Regierungsassessor

Im Auftrage von Herrn Professor Picht beantworte ich kurz Ihre Anfrage vom 16. August wegen 30 Sonderdrucken "Was erwarten Staat und Gesellschaft von der Universität?". Es tut Herrn Professor Picht sehr leid, daß er Ihnen keine Sonderdrucke mehr zur Verfügung stellen kann, aber Sie könnten sich dieserhalb an den Klett-Verlag wenden. Die Exemplare, die hier zur Verfügung standen, sind inzwischen restlos vergriffen.

Mit den besten Empfehlungen
i.A. *J. Combecher*
(Sekr.)

EVANGELISCHE AKADEMIE
LOCCUM
Pressestelle

3055 LOCCUM den 23.8.68
FERNRUF (05766) 321/322/217

Universität Hohenheim (LH)
Stuttgart-Hohenheim

UNIVERSITÄT HOHENHEIM			
Betreff		26. AUG. 1968	
Nr.		Seite	
		He	

Betr.: LOCCUMER PROTOKOLLE, Nr. 8/1968, Ihre Karte vom 15.8.68
Herrn Regierungsassessor: Name unleserlich

Sehr geehrter Herr Regierungsassessor!

In Beantwortung Ihrer Anfrage vom 15. August, 30 möglichst kostenlos zu liefernde Protokolle der Tagung "Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik" betreffend, muß ich Ihnen zu meinem Bedauern mitteilen, daß wir Ihnen im äußersten Falle noch 15 Exemplare zur Verfügung stellen könnten, und dies leider nicht kostenlos, da wir keine Zuschüsse für den Druck der Protokolle erhalten und ihren Druck durch Unkostenbeiträge finanzieren müssen.

Wir könnten Ihnen die 15 Exemplare zum Vorzugspreis von DM 4.50 je Stück liefern, und bitten um Ihre Mitteilung, ob Sie unter diesen Umständen an einer Lieferung interessiert sind. Ihr Schreiben richten Sie bitte an die Pressestelle der Akademie.

Mit vorzüglicher Hochachtung

M. Bartholomeyczky
(Maria Bartholomeyczky)

HOHENHEIM

hule)

1919



DEUTSCHE
BUNDESPOST

020



UNIVERSITÄT HOHENHEIM (LH)
~~Landes-Hochschule Hohenheim~~

Postscheckkonto Stuttgart 45 57
Girokonto 56 010 Städt. Girokasse Stuttgart

An die
Pressestelle
der Evangelischen Akademie

3055 L o c c u m

Stuttgart-Hohenheim, den 15.8.1968.
Fernsprecher ~~XXXX~~ 2591/230

Betr.: Loccumer Protokolle Nr.8/1968
(Tagg. v.18.-21.3.1968)

Das von Ihnen herausgegebene Protokoll Nr.8/1968 ist für unsere Universität zur Ausarbeitung einer neuen Grundordnung von Interesse. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns hiervon - möglichst kostenlos - 30 Exemplare zur Verfügung stellen würden.

Im Auftrag

Huckmolen

Regierungsassessor

An die
Drucksachenabteilung
d. Landtags
von Baden-Württemberg
7 STUTTGART
Landtagsgebäude

16.8.1968.

Ich bitte um Zusendung folgender Drucksachen:

- 1) 3. Landtag Beilage 3080 vom 4.6.1963,
Entwurf eines Hochschulgesetzes
- 2) 4. Landtag Beilage 4650 vom 14.7.1967,
Entwurf eines Hochschulgesetzes.

Im Auftrag

He
Regierungsassessor

WV sofort

An den

Nannen-Verlag

2 H a m b u r g 1
Cürrienstr.1
Pressehaus

16.8.1968.

Betr.: Die "Zeit" Nr.21 vom 24.5.1968.

Der in der "Zeit" Nr.21, Seite 32, erschienene Artikel von Harmut v.Hentig: 'Wer Flaute sät, wird Sturm ernten' ist für uns von Interesse. Ich möchte Sie deshalb bitten, uns 30 Exemplare dieses Artikels, notfalls 30 Exemplare der "Zeit" vom 24.5.1968 zur Verfügung zu stellen.

Im Auftrag

WV sofort

He

Regierungsassessor

16.8.1968.

Herrn

Privatdozent
Dr. Hermann Bauer
Arbeitskreis für die
Neue Universität München

8 M Ü N C H E N 22

Geschwister Scholl - Platz 1

Betr.: Leitsätze zur Hochschulreform;
Hrsg.: Arbeitskreis für die Neue Universität München

Sehr geehrter Herr Dr. Bauer!

Die von Ihnen mitverfassten 'Leitsätze zur Hochschulreform' sind für unsere Universität zur Ausarbeitung einer neuen Grundordnung von Interesse. Ich wäre Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie veranlassen würden, daß uns 30 Exemplare dieser Schrift zur Verfügung gestellt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrag

Hc

Regierungsassessor

WU sofort

16.8.1968. He/Ba.

Herrn

Professor Dr. G. H u e c k
Universität Hamburg2 H A M B U R G 13

Edmund Siemersallee 1

Sehr geehrter Herr Professor!

Die von Ihnen mitverfassten "Leitsätze zur Universitätsreform in Hamburg" sind für unsere Universität zur Ausarbeitung einer neuen Grundordnung von Interesse. Ich wäre Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie veranlassen würden, daß uns 30 Exemplare der genannten Schrift zur Verfügung gestellt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrag

Hc

Regierungsassessor

WJ 20/Jan

16.8.1968. He/Ba.

Herrn

Hans L. M e r k l e
Vorsitzender der Geschäftsführung
der Robert Bosch GmbH

7 S T U T T G A R T - W
Breitscheidstr.4

Sehr geehrter Herr Merkle!

Ihr Vortrag am 6.12.1967 an der Universität Stuttgart:
"Was erwartet die Gesellschaft von der Universität?", der
inzwischen im Druck erschienen ist, wäre für unsere Uni-
versität zur Ausarbeitung einer neuen Grundordnung von
Interesse. Ich darf Sie vielleicht deshalb bitten, uns
30 Exemplare dieser Druckschrift zur Verfügung zu stel-
len.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrag

He

Regierungsassessor

Wu Report

An die
Pressestelle
der Evangelischen Akademie
3055 L o c c u m

15.8.1968.

Betr.: Loccumer Protokolle Nr.8/1968
(Tagg. v.18.-21.3.1968)

Das von Ihnen herausgegebene Protokoll Nr.8/1968 ist für unsere Universität zur Ausarbeitung einer neuen Grundordnung von Interesse. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns hiervon - möglichst kostenlos - 30 Exemplare zur Verfügung stellen würden.

Im Auftrag

WV 10/27
He
Regierungsassessor

Dozentenversammlung
der Philipps-Universität
355 Marburg/Lahn
Biegenstraße 10

Marburg/Lahn, den 29.3.1968

15

An die
Herren Kanzler, Kuratoren, Verwaltungsdirektoren
der Wissenschaftlichen Hochschulen

UNIVERSITÄT HOHENHEIM				
Eing.:	- 2. APR. 1968			
Nr.		Beil.:	1	
<i>W</i>		<i>h</i>		

Ble 22.4 an He, 24.

Sehr geehrte Herren !

Erlauben Sie uns bitte, Ihnen höflichst die " Gemeinsame Erklärung " der Vorsitzenden der Nichtordinarien- Versammlungen der wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen vorzulegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

i.A.

Dozinski

2 d A (Grundordnung) Ble 22.4

DIE VORSITZENDEN DER
NICHTORIGINARIEN-VERSAMMLUNGEN DER
WISSENSCHAFTLICHEN HOCHSCHULEN DES
LANDES HESSEN

Gemeinsame Erklärung

=====

Durch die Unruhen bei den Studenten ist die seit vielen Jahren diskutierte, allenfalls vereinzelt und nur in Bruchstücken realisierte Hochschulreform in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses gerückt. In Hessen erfaßt diese Bewegung die Hochschulen in einem Stadium der Beratungen oder Neuberatungen über die Satzungen. Die Zielsetzungen dieser Arbeit, von vielen zunächst als bloße Anpassung des Bestehenden an das Hessische Hochschulgesetz verstanden, müssen nunmehr neu bestimmt und zu einer wirklichen Reform ausgebaut werden.

Die unterzeichnenden Vorsitzenden der Nichtordinarien-Versammlungen an den hessischen Wissenschaftlichen Hochschulen halten sich für verpflichtet, zu diesen Reformbestrebungen Stellung zu nehmen. Der Kreis der von ihnen vertretenen Hochschullehrer steht weder in dem Verdacht, tatsächliche oder vermeintliche Machtpositionen der Lehrstuhl-Inhaber verteidigen zu wollen, noch kann ihm mangelnde Einsicht in die Zusammenhänge des Hochschullebens oder gar Unerfahrenheit vorgeworfen werden. Die Nichtordinarien wollen auch keineswegs dort in wohlbegründete Rechte eingreifen, wo, von der Sache her, durch Funktion und besondere Verantwortung, Differenzierungen geboten sind.

Die Diskussionen der letzten Monate sind weitgehend beherrscht vom Schlagwort von der "Drittelparität" zwischen Lehrstuhl-Inhabern, Assistenten und Studenten. Diejenigen Hochschullehrer, die als sogenannte "Nichtordinarien" keinen Lehrstuhl innehaben, also die Extraordinarien neuer Art, die Honorarprofessoren, die außerplanmäßigen Professoren und die Privatdozenten - ihre Zahl ist in der Regel sogar erheblich größer als die der Lehrstuhl-Inhaber -, werden dabei entweder ignoriert oder auf eine Art Gastrolle, je nach "Bedürfnis", bald bei den Ordinarien, bald bei den Assistenten verwiesen. Dies veranlaßt die Unterzeichner, der Öffentlichkeit folgende Erklärung vorzulegen:

1. Die Strukturkrise der Hochschulen

Staat und Hochschulen geben sich gegenseitig die Schuld an der gegenwärtigen Krise. Den Hochschulen wird vorgeworfen, sie hätten es nicht verstanden, ihre veraltete Struktur den Anforderungen der neuen Zeit anzupassen, sie hätten sich jeder durchgreifenden Reform versperrt. Den Staat trifft der Vorwurf, er habe den Hochschulen die notwendigen Mittel verweigert, so daß diese den Anforderungen in Forschung und Lehre nicht gerecht werden konnten. Der unvoreingenommene Beobachter wird zu dem Schluß kommen müssen, daß beide Vorwürfe letztlich zu Recht bestehen: Versäumnisse auf b e i d e n Seiten haben das Ausmaß der gegenwärtigen Krise bestimmt.

- Die Zusammensetzung der akademischen Gremien

In den hochschulpolitischen Entscheidungsgremien müssen alle akademischen Bürger vertreten sein. Der Anteil der Vertretung hat sich nach der Verantwortung und der Funktion innerhalb der Hochschule zu richten. Er läßt sich nicht nach der augenblicklichen Kampfsituation an manchen Hochschulen bestimmen, in der einzelne Gruppen von anderen majorisiert zu werden fürchten; er sollte vielmehr unter Voraussetzungen festgelegt werden, die die Glieder der Hochschule am ehesten veranlassen, sich überall zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit bereitzufinden.

- Großer Senat (Konzil)

Von hier aus bietet sich für das verfassungsgebende Organ, das auch die repräsentative Spitze der Hochschule zu wählen hat, eine abgestufte Beteiligung der Ordinarien, der Nichtordinarien, der nicht-habilitierten Akademischen bzw. Wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten nach dem Marburger Beispiel (40:20:20:20) an, das zur sachlichen Zusammenarbeit zwingt.

- (Kleiner) Senat

Ein etwa entsprechendes Zahlverhältnis empfiehlt sich auch für dasjenige Gremium, das Entscheidungen für die gesamte Hochschule zu treffen hat. Im Interesse der Arbeitsfähigkeit sollte dieses Gremium möglichst klein gehalten werden. Die Frage der Zusammensetzung wäre leichter zu lösen, wenn sich die Überzeugung durchsetzte, daß die Belange der Hochschule auch bei einem Nichtordinarius oder einem Akademischen Mitarbeiter in guten Händen liegen können.

- Fakultäten

Die traditionellen Fakultäten, die früher in überschaubarer Weise von fünf bis 15 Ordinarien geleitet wurden, sind auf ein Mehrfaches angewachsen und haben damit den Rahmen gesprengt, in dem ein Kollegialorgan arbeitsfähig ist.

Eine Aufspaltung bestehender Fakultäten in mehrere neue, selbständige Fakultäten ist nicht erwünscht. Vorgeschlagen wird eine Verbesserung der Arbeitsfähigkeit der großen und der nunmehr größer werdenden Fakultäten auf folgende Weise:

- a) Der Grundsatz, daß jeder Ordinarius kraft Amtes dem Kollegium der Engeren Fakultät angehört, sollte überall dort preisgegeben werden, wo die Gesamtzahl der Mitglieder 30 übersteigt. Wohl aber sollte eine Vertretung jeweils einer gesamten Disziplin oder einer Gruppe eng verwandter Fächer gewährleistet sein.
Auch für den Rahmen des Fakultätskollegiums (Engere Fakultät) gilt im übrigen, daß die Belange eines Lehrstuhl-Instituts auch von Nichtordinarien und von Akademischen Mitarbeitern sehr wohl vertreten werden können.
Für Erlaß und Änderung der Fakultätssatzung sowie für die Wahl des Dekans sollte ein besonderes, erweitertes Gremium zuständig sein, das eine breite Vertrauensbasis sichert.
- b) Die 30 Mitglieder übersteigenden Fakultäten werden in Sektionen gegliedert, so wie dies bei manchen Fakultäten bereits der Fall ist. In großen Sektionen könnte ebenfalls die Notwendigkeit gegeben sein, daß nicht jeder Ordinarius vertreten ist.

Prinzipiell sollte in allen Fällen eine angemessene Mitwirkung aller Gruppen nach Maßgabe ihrer Funktionen für Forschung und Lehre gewährleistet sein, bei den Studenten eine Mitwirkung gemäß Fachschaften bzw. Studienrichtungen.

Ein allgemein verbindliches Zahlenverhältnis läßt sich hier kaum festlegen. Die Beteiligung von Nichtordinarien im Verhältnis zu den Ordinarien wird je nach Situation größer oder kleiner sein müssen als im Großen Senat (Konzil).

- Verwaltungsrat

Das oberste Gremium der Wirtschaftsverwaltung ist erst durch das Hessische Hochschulgesetz geschaffen worden. Erfahrungen darüber liegen noch nicht vor. Die Zusammensetzung ist zwar durch Gesetz im wesentlichen festgelegt, sollte aber im Licht der jüngsten Entwicklung überprüft werden. Einzelne Hochschulsatzungen haben nämlich die gesetzlich geforderte Beteiligung von m i n d e s t e n s einem Nichtordinarius zu einer H ö c h s t grenze gemacht. Darüber hinaus ist kaum einzusehen, mit welcher Begründung den Lehrstuhl-Inhabern in den Verwaltungsgremien eine erheblich höhere Beteiligung eingeräumt werden soll als in den übrigen akademischen Gremien.

- Vertraulichkeit

Die Beschlüsse aller Gremien sollten veröffentlicht werden, sofern nicht im Einzelfall mit entsprechender Begründung Vertraulichkeit beschlossen wird. Die bisher übliche geheime Verfahrensweise ist in entscheidendem Maße für die gegenwärtige Krise mitverantwortlich.

- Institute, Seminare, Kliniken

In den Instituten der Hochschule wird die Lehr- und Forschungsarbeit geleistet. Deren Struktur ist in vielen Fällen gekennzeichnet durch einen nahezu allmächtigen Direktor, dem eine große Anzahl von Mitarbeitern gegenübersteht, die, selbst als Hochschullehrer, zum Teil in unwürdiger Abhängigkeit gehalten werden. Die Freiheit aller Hochschullehrer in Forschung und Lehre sowie das Recht des Assistenten auf eigene wissenschaftliche Arbeit bleibt Deklamationen, solange der Direktor das alleinige und unkontrollierte Verfügungsrecht über Personal- und Sachmittel sowie über Institutsräume hat.

Folgende Reformen sind dringend erforderlich: Übergroße Anstalten sind in überschaubare und funktionsfähige Abteilungen aufzugliedern, deren Hochschullehrer selbständig über Personal- und Sachmittel verfügen. Die Gliederung sollte elastisch sein; nicht jede Änderung sollte der ministeriellen Genehmigung bedürfen. Institute oder Abteilungen gleicher oder eng benachbarter Fachgebiete sollten zu größeren Einheiten ("Departments") zusammengefaßt werden. Diese könnten auch über Fakultätsgrenzen hinwegreichen. Viele Einrichtungen (Bibliotheken, Werkstätten, Großgeräte) könnten gemeinsam rationeller genutzt werden.

Die Last der Verwaltungsarbeit könnte durch turnusmäßigen Wechsel in der geschäftsführenden Leitung für den einzelnen Wissenschaftler erträglicher gemacht werden. Staatlich gewährte Sachmittel und Personalstellen sollten dem gesamten Institut zur Verfügung stehen. Die Verteilung auf die einzelnen Abteilungen sollte ein Anstaltsbeirat mitentscheiden. Großprojekte sollten innerhalb der Institute, der "Departments" und gegebenenfalls der Sektionen abgestimmt werden.

Man könnte einwenden, daß die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Forschung auf diese Weise beeinträchtigt werde. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die moderne Forschung meist zu teuer ist, als daß die Gemeinschaft es sich leisten könnte, unter Aufwand hoher Kosten jede beliebige Forschungsarbeit zu ermöglichen. Wenn aber Kontrolle nötig ist, dann ist Selbstkontrolle der unmittelbar benachbarten Fachkollegen die mildeste und zugleich sachgerechte Form, wenigstens im Prinzip und in der Regel.

Wenn Personalstellen nicht mehr ausschließlich dem einzelnen Institutsdirektor unterstehen, werden die Wissenschaftlichen Mitarbeiter von dem bisweilen bedrückenden Gefühl befreit, daß ihre wirtschaftliche Existenz und ihre wissenschaftliche Zukunft ausschließlich von der gelegentlich willkürlichen Disposition eines Einzelnen abhängen.

Hieraus ergibt sich die zentrale Bedeutung der vom Hessischen Hochschulgesetz vorgesehenen Anstaltsordnungen. Sie sind in jedem Fall unter Beteiligung aller Gruppen von Mitarbeitern aufzustellen.

- Berufungen

Das bisherige Berufungsverfahren hat große Mängel. Es müßte durch die obligatorische Ausschreibung vakanter Lehrstühle objektiviert werden. Unerlässlich ist es auch, daß die Begründungen für die Kandidatenvorschläge veröffentlicht werden.

Die Berufungskommission sollte Fachvertreter unabhängig von ihrem Status umfassen.

Die Berufs- und Bleibeverhandlungen in ihrer jetzigen Form rechtfertigen sich allein aus der Tatsache, daß sie nahezu die einzige Möglichkeit darstellen, die staatlichen Stellen zur Bewilligung der

nötigen Mittel zu bewegen. Im übrigen hat dieses Verfahren zu einem völlig unorganischen, vielfach unverantwortlichen Wachstum geführt. Künftig sollte deshalb der Ausbau der Institute mehr vom Sachverstand der Hochschulen als vom Verhandlungsgeschick des zu Berufenden bzw. von der zufälligen "Marktlage" des Faches abhängen.

- Habilitation

Unbestritten ist laut Hessischem Hochschulgesetz das Recht auf Habilitation ohne Berücksichtigung der Bedürfnisfrage. Es sollte mehr von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, bereits veröffentlichte Arbeiten als Grundlage der Habilitation (auf die nicht verzichtet werden soll) anzuerkennen und damit auf die Anfertigung einer besonderen Habilitationsschrift zu verzichten.

Durch entsprechende Anreize könnten mehr qualifizierte Wissenschaftler für eine Habilitation zu gewinnen sein. Insbesondere sollte man endlich die Anregung des Wissenschaftsrates ernst nehmen, attraktive Dauerstellungen auch für diejenigen zu schaffen, die nicht auf einen Lehrstuhl berufen werden. Dazu bieten sich in erster Linie die selbständigen Abteilungen an. In denjenigen Fächern, in denen die Habilitation häufig nicht als Zugang zum Hochschullehrerberuf angestrebt wird, wie vor allem in den klinischen Fächern der Medizin, sollte die Einführung eines eigenen Grades ("Dr. habil.") erwogen werden, der die besondere wissenschaftliche Qualifikation bestätigt.

2. Zur Stellung der Nichtordinarien

Im Rahmen der Hochschulreform sollten die mit der Position der Nichtordinarien zusammenhängenden Fragen besonders hervorgehoben werden:

- Korporationsrechtliche Stellung

Mit der ständigen Ausweitung und mit der wachsenden Anforderung in Forschung und Berufsausbildung steigt zwangsläufig auch die Bedeutung der Nichtordinarien in entsprechendem Maß. Es möge genügen, hierzu die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1964 zu zitieren: "Die traditionelle Struktur der Lehrkörper, die im wesentlichen nur die für das Fachgebiet verantwortlichen Lehrstuhl-Inhaber, die gewissermaßen ständig in 'Wartstellung auf einen Lehrstuhl' befindlichen Dozenten sowie die den Lehrstuhlinhabern zugeteilten und von ihnen abhängigen Assistenten kennt, genügt den heutigen Bedürfnissen nicht mehr."

Bei der Verwirklichung der Reform gilt es, gemäß den Intentionen des Hessischen Hochschulgesetzes, hinsichtlich der Besetzung der akademischen Ämter von der Unterscheidung der Hochschullehrer in Ordinarien und Nichtordinarien abzugehen.

- Beamtenrechtliche Stellung

Das Bestreben, die sogenannten "Diatendozenturen" nur als Durchgangsstellungen zu betrachten und für die außerordentlichen Professoren neuer Art entsprechende Stellen als Lebenszeitbeamte zu schaffen, ist zu begrüßen. Leider gibt es derzeit noch nicht genügend Dauerstellen dieser Art, vor allem viel zu wenig Stellen der Besoldungsgruppe H 3. Hier hat das Ministerium versagt. Es blockiert seine eigenen, im Hessischen Hochschulgesetz angestrebten Reformen.

Es ist ferner untragbar, daß habilitierte Oberassistenten, Oberingenieure und Oberärzte beamtenrechtlich noch immer nicht als Hochschullehrer anerkannt sind, sondern als Beamte auf Widerruf im Status Wissenschaftlicher Assistenten belassen werden. Von Seiten des Ministeriums wird die Fiktion aufrechterhalten, daß sich diese Personengruppen gewissermaßen nur nebenbei und zum Privatvergnügen habilitiert hätten. Tatsächlich handelt es sich in erster Linie um Hochschullehrer, die hohe Verantwortungen tragen.

Ferner wird es höchste Zeit, daß die merkwürdigen Zwitterpositionen der "Wissenschaftlichen Räte und Professoren" entsprechend den Vorschlägen des Wissenschaftsrates in Stellen für außerordentliche Professoren (neuer Art) umgewandelt werden. Die entsprechende Novelle zum Bundesbeamtenrechtsrahmengesetz ruht seit Jahr und Tag beim Bundestagsausschuß für Inneres. Eine zusätzliche Barriere türmt sich bei den Finanzministerien der Länder auf, die unter dem Vorwand fehlender Mittel sogar die bereits jetzt möglichen Reformen verhindern.

- Besoldungsrecht

Die Laufbahnbeamten des höheren Dienstes haben es inzwischen durchgesetzt, daß die Beförderung auf eine Stelle der Besoldungsgruppe A 14 (Oberrat) die Regel ist. Ein Dozent hingegen bleibt, auch als außerplanmäßiger Professor, in der ungünstigeren Gehaltsgruppe H 1. Wer durch die Habilitation den Nachweis höherer wissenschaftlicher Qualifikation erbracht hat, wird dafür gewissermaßen finanziell bestraft, während die Akademischen Räte, Kustoden und Studienräte im Hochschuldienst mit der Regelbeförderung in die Gehaltsgruppe A 14 rechnen können.

Besonders unzureichend ist die Besoldung nach H 1 für Oberärzte in leitenden Stellungen. Sie tragen neben ihrer Tätigkeit in Forschung und Lehre auch noch eine hohe Verantwortung für die Patienten auf den Stationen der Kliniken. Ihre Besoldung ist geringer als die eines "regelbeförderten" Rates irgend einer Gruppe des Höheren Dienstes. Diesem offensichtlichen Unrecht sollte durch die Schaffung einer Kategorie "Leitender Oberarzt" in der Besoldungsgruppe H 3 abgeholfen werden.

- Möglichkeiten des Fortkommens

Die nahe Zukunft wird zweifellos einen großen Bedarf an Hochschullehrern bringen. Mit Recht wird deshalb darauf gedrängt, die Habilitationsquote zu erhöhen. Wenn aber die Zahl der ordentlichen Lehrstühle nicht in gleichem Maße wachsen wird - die finanzielle Lage bietet hierfür kein günstiges Bild -, dann müssen wenigstens mehr Dauerstellungen für außerordentliche Professoren neuer Art geschaffen, und es müssen die Übergangsmöglichkeiten für die habilitierten Hochschullehrer in Berufe außerhalb der Hochschule erleichtert werden.

Die Unterzeichner wünschen im Interesse des Ganzen für die Zukunft einen gemeinsam gangbaren Weg innerhalb der Hochschule. Sie hoffen auch auf die Einsicht der politischen Kräfte im Staat, deren Hilfe bei der Reform unentbehrlich ist. Freilich wäre es dazu unvermeidlich, daß die verantwortlichen Stellen die Verteilung ihrer finanziellen Mittel noch einmal überdenken.

Frankfurt a.M.-Höchst, den 20. März 1968

gez. Schmidt

(Professor Dr. Dr. Robert H. Schmidt)
Technische Hochschule Darmstadt

gez. Müser

(Professor Dr. Helmut A. Müser)
Universität Frankfurt

gez. Schmutterer

(Professor Dr. Heinz Schmutterer)
Universität Gießen

gez. Nachtigall

(Professor Dr. Horst Nachtigall)
Universität Marburg

Der Rektor
der Technischen Hochschule
Braunschweig

UNIVERSITÄT HANNOVER	
Braunschweig, den 1.3.1968	
11. MRZ. 1968	
Dr.	Urk.
R	

13
Interessantes
Beispiel!
2. d. Akten der
Jahresordnung
Kommunikation

Antwort auf INFORMATIONEN Nr. 8 der Studentenschaft der
Technischen Hochschulen Braunschweig vom 6. Februar 1968

Der Senat der Technischen Hochschule Braunschweig hat in seiner Sitzung vom 14.2.1968 die in INFO 8 von der Studentenschaft gestellten Fragen besprochen. Es wurde festgestellt, daß für die Entscheidung über die Exmatrikulation der Rektor als Behörde und für die Beurteilung der fachlichen Qualifikationen die Abteilung Architektur verantwortlich sind. Daher wird dem Rektor und der Abteilung die Beantwortung der Fragen in INFO 8 übertragen.

Einleitend wird festgestellt, daß der Rektor seine Kriterien für eine Exmatrikulation bereits im SS 1967 in Gesprächen mit dem AstA sowie mit Studenten und Assistenten der Architektur-Abteilung dargelegt hat. Aus diesen offenen Besprechungen sind die Rechtsgrundlage und die besondere Bedeutung der fehlenden Leistungen in den letzten Semestern für die Entscheidung klar zu erkennen gewesen. Die Besprechung am 29. Januar 1968 kam auf Initiative des Rektors zustande, der diese Besprechung mit dem Ziel der gemeinsamen Beseitigung von Unklarheiten bereits den Studentenvertretern im Senat im Dezember 1967 angeboten hatte. An dem Gespräch nahmen teil Rektor, Prorektor, Dekan der Fakultät für Bauwesen, Abteilungsleiter der Architekturabteilung, 2 Vertreter von Assistenten der Architekturabteilung, Vorsitzender des AstA und 3 Vertreter der Fachschaft Architektur. Da die anstehenden Fragen nicht alle geklärt werden konnten, war von den Beteiligten ein weiteres Gespräch vereinbart worden. Ohne dieses Gespräch abzuwarten, veröffentlichte die Studentenschaft die INFORMATIONEN Nr. 8 vom 6.2.1968.

Die Darstellung der Studentenschaft unterstellt als Hauptargument, daß ein Beschluß der Abteilung Architektur zur Zwangsexmatrikulation nicht vorläge. Diese Darstellung ist falsch: In der Abteilungssitzung vom 10.7.1967 hat die

Architekturabteilung den Beschluß gefaßt, die Exmatrikulation der 4 Studierenden zu beantragen.

1. Sachverhalt

Die Pflichtsemesterzahl in der Fachrichtung Architektur beträgt 8 Semester, die durchschnittliche Anzahl beträgt etwa 15 Semester. Bereits im November 1964 sind von der Abteilung Architektur die Studierenden, die überlange Studiendauer aufwiesen, darüber informiert und durch Anschlag darauf hingewiesen, daß ihnen im eigenen Interesse dringend nahegelegt wird, das Studium nunmehr zum Abschluß zu bringen. Diese Empfehlung haben die 4 Studierenden nicht befolgt, denn die erbrachten Studienleistungen in den letzten 6 Semestern sind mit folgender Arbeitszeit zu veranschlagen:

bei dem Studierenden a.	mit 21 Wochen
bei dem Studierenden b.	mit 19 Wochen
bei dem Studierenden c.	mit 22 Wochen
bei dem Studierenden d.	mit 8 Wochen.

Die exmatrikulierten 4 Studenten haben einschl. WS 1967/68 folgende Semesterzahlen erreicht:

Student a.	31 Semester
Student b.	27 Semester
Student c.	23 Semester
Student d.	17 Semester.

Alle 4 Studierenden haben demnach die Pflichtsemesterzahl bereits weit und auch die Durchschnittssemesterzahl überschritten und in den letzten 6 Semestern nur sehr geringe Leistungen erbracht.

Wenn man unterstellt, daß die 4 Studierenden sich ernsthaft um den Studienabschluß bemühen würden, benötigen sie - nach Überprüfung ihrer bisherigen Studienleistung - mindestens noch 5 - 7 Semester bis zum Studienabschluß.

Bei diesem Sachverhalt mußte die Abteilung Architektur feststellen, daß die 4 Studierenden für das angestrebte Studienziel nicht geeignet sind und die Studienfreiheit mißbrauchen.

Gegen den Exmatrikulationsbescheid haben alle 4 Betroffenen Widerspruch eingelegt mit der Begründung, eine Exmatrikulation sei rechtlich unzulässig.

Unter dem 6.2.1968 sind die betreffenden Studierenden gebeten worden, ihren Widerspruch hinsichtlich des Tatsachenvortrages zu ergänzen, insbesondere mitzuteilen, welche Umstände die überlange Studiendauer begründen und um Angaben, welche Studienarbeit sie in Angriff genommen hätten. Die Betroffenen haben eine Ergänzung des Tatsachenvortrages abgelehnt und auf der Entscheidung über den Widerspruch bestanden.

2. Antworten.

Frage 1

Hat der Rektor allein das Recht, die Kriterien für eine Zwangsexmatrikulation festzulegen und zu entscheiden, ob die vorliegenden Informationen eine Zwangsexmatrikulation rechtfertigen, obwohl

- (1) keine Richtlinien für solche Entscheidungen zur Verfügung stehen;
- (2) bis heute die TH Braunschweig keine gültige Verfassung hat;
- (3) die Rechtsstellung der Studentenschaft nach wie vor ungeklärt ist;
- (4) das Verhältnis zwischen Professoren und Studenten durch autoritäre Entscheidungen über das Schicksal von Studenten belastet wird?

Antwort: Der Rektor ist von Amts wegen verpflichtet, über einen Antrag auf Zwangsexmatrikulation zu entscheiden. Seine Entscheidung unterliegt der Überprüfung durch die Verwaltungsgerichte. Voraussetzungen für eine Zwangsexmatrikulation sind im Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts vom 29.4.1966 genannt. Der Rektor hat - wie mehrfach vorher angekündigt - seine Entscheidung auf Grund der fachlichen Beurteilung der Architekturabteilung und auf der rechtlichen Grundlage des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts getroffen.

Die unter Frage 1, (2) und (3) aufgeführten Hinweise stehen in keinem sachlichen Zusammenhang mit der Entscheidung zur Zwangsexmatrikulation, da diese zur Zeit unabhängig von Verfassung und Rechtsstellung der Studentenschaft bestimmt wurde. Daher kann auch nicht, wie unter 1 (4) behauptet, von einer "autoritären" Entscheidung gesprochen werden.

Frage 2

Welcher Professor der Architekturabteilung ist verantwortlich für die Entscheidung, daß 4 Architektenstudenten dem Rektor zur Zwangsexmatrikulation vorgeschlagen werden sollten ?

Antwort: Die Abteilung Architektur hat in der Abteilungssitzung vom 10.7.1967 beschlossen, die 4 Studierenden wegen mangelnder Eignung zum Studium der Architektur zur Exmatrikulation vorzuschlagen.

Damit entfallen alle Schlußfolgerungen, die sich im INFO 8 auf den angeblich fehlenden Abteilungsbeschuß gründen.

Frage 3

Kann eine Entscheidung über Eignung oder Nichteignung gefällt werden, ohne daß schriftlich fixierte verbindliche Kriterien für die Eignung zum Studium aufgestellt und veröffentlicht diskutiert worden sind ?

Antwort: Das Abteilungskollegium hat nach frühzeitiger Benachrichtigung und sorgfältiger Prüfung der betreffenden Studenten seine Entscheidung getroffen. Dazu bedarf es keiner schriftlich fixierten Kriterien.

Frage 4

Kann eine Entscheidung über Eignung oder Nichteignung zum Studium gefällt werden, ohne den Betroffenen in einem persönlichen Gespräch Gelegenheit zu geben, zu ihrer Studiensituation Stellung zu nehmen ?

Antwort: Ein Anhörverfahren ist nicht vorgeschrieben. Die Betroffenen sind jedoch vom Leiter der Abteilung Architektur im Juli 1967 und vor der Entscheidung durch den

Rektor bzw. Prorektor persönlich gehört worden. Keiner der 4 Studierenden hat zudem von der jederzeit bestehenden Gelegenheit Gebrauch gemacht, über seine Lage mit einem Professor der Architektur-Abteilung zu sprechen.

Frage 5

Ist es zu rechtfertigen, daß vom Rektor für die Beurteilung der Leistungen der 4 Studenten in verschiedenen Architekturbüros nur Gutachten von Ordinarien der Architektur-Abteilung eingeholt wurden ?

Antwort: Außenstehende Dritte dürften wohl nicht in der Lage sein, Studieneignung und -leistungen zu beurteilen, die allein maßgebend für die Entscheidung innerhalb der Hochschule sind.

Frage 6

Kann die Entscheidung über die Nichteignung nachträglich dadurch gerechtfertigt werden, daß die Betroffenen angeblich keine fachlichen Fortschritte gemacht hätten, seitdem sie dem Rektor zur Exmatrikulation vorgeschlagen wurden, obwohl sie niemals verbindlich von der Möglichkeit unterrichtet wurden, daß sofortige intensive Arbeit für das Studium den Ausspruch der Exmatrikulation verhindern könnte.

Antwort: Ein derartiger Rechtfertigungsversuch ist niemals unternommen worden.

Frage 7

Stellt der am 23. Januar 1968 in der Architekturabteilung gefaßte Beschluß zur fraglichen Qualifikation der Betroffenen eine nachträgliche Rechtfertigung der am 31. Oktober 1967 ausgesprochenen Nichteignung zum Studium dar ?

Antwort: Nein.

Die Architekturabteilung hat pflichtgemäß am 23. Januar 1968 auf eine Rückfrage des Rektors vor Entscheidung über die Widersprüche der Betroffenen den Beschluß vom 10. Juli 1967 erneut überprüft und bestätigt.

Frage 8

Hat der Rektor aus den Ergebnissen seiner Nachforschungen seit dem 26. Juli 1967 (Datum des Antrages der Abteilung auf Exmatrikulation) selbst die fachliche Nichteignung gefolgert, obwohl er mehrfach betont hat, daß diese Folgerung nur der Fachabteilung möglich sei ?

Antwort: Hinsichtlich der Frage mangelnder Eignung für den angestrebten Studienabschluß ist der Rektor der Auffassung der Architektur-Abteilung gefolgt.

Frage 9

Hat der Rektor aufgrund von Fehlinformationen

- a. seiner juristischen Sachbearbeiter,
- b. einzelner Professoren oder des Sekretärs der Architektur-Abteilung

die Exmatrikulationsbescheide unterschrieben ?

Antwort: Nein.

Abschließend ist festzustellen, daß die Angaben in INFO 8 unvollständig sind; es fehlen wesentliche Tatsachen, die zur Beurteilung der Fragen erforderlich sind.

gez. G e r k e

V e r t e i l e r :

Professoren
Studenten der Technischen Hochschule Braunschweig
Assistenten

Politische Parteien des Landtages

Mitglieder des Kultusausschusses des Nds. Landtages

Studentischer Rat der TH Braunschweig

AStA

Landesverband Niedersachsen des Verbandes Deutscher
Studentenschaften

Fachverband Architektur im VDS

Hochschulen und Universitäten der BRD

Presse

Zusammenstellung der in der Grundordnung nach dem Hochschulgesetz zu regelnden Fragen geordnet nach den §§ des Hochschulgesetzes

1. § 3 bestimmt die Aufgaben der Universität: In der Grundordnung sollte in einer Präambel diese Bestimmung noch verdeutlicht werden.
2. Nach § 4 Abs. 1 sind in der Grundordnung "die Grundsätze des § 2" zu beachten.
3. In § 5 wird festgelegt, daß in der Grundordnung auch die Verpflichtung zur Mitwirkung der Angehörigen der Universität an der Selbstverwaltung festzulegen ist.
4. § 6 bringt eine grobe Abgrenzung der Zuständigkeit der ständigen Einheiten für Forschung und Lehre und der Gesamtuniversität. Die Grundordnung muß im einzelnen festlegen, welche ständige Einheiten sie als Institutionen der Universität schaffen will und in welchem Verhältnis diese Glieder zur Gesamtuniversität stehen sollen. Es wird wohl zu einer enumerativen Aufgabenabgrenzung zwischen den ständigen Einheiten der Forschung, der Lehre und der Gesamtuniversität kommen müssen. Im wesentlichen kann für Hohenheim von der bewährten Ergänzung der Hochschulsatzung bei der Schaffung der Fakultäten ausgegangen werden. Geprüft werden müßte nur, ob man ständigen Einheiten in der Forschung gegenüber den bisherigen Fakultäten eine eigenständige Stellung einräumt.
5. § 6 Absatz 3 bringt die Verpflichtung zur Aufstellung von Institutsordnungen. Hier müssen sowohl das Verfahren über das Zustandekommen wie die Grundbestimmungen in der Grundordnung geregelt sein.

6. § 8 In der Grundordnung muß über die Präsidial- oder Rektoratsverfassung entschieden werden.
7. Nach § 9 Absatz 1 muß bei der Entscheidung für die Präsidialverfassung auch die Vertretung des Universitätspräsidenten in der Grundordnung geregelt werden.
8. § 9 Absatz 2: In der Grundordnung kann für den Universitätspräsidenten die Bezeichnung "Rektor" vorgesehen werden. Für die Vorbereitung des gemeinsamen Vorschlags sollte in der Grundordnung ein Wahlverfahren vorgesehen werden.
9. § 10 Absatz 1: In der Grundordnung ist über die mögliche Zuweisung von Angelegenheiten zur Entscheidung durch den Großen Senat zu befinden.
10. § 10 Absatz 2: In der Grundordnung ist über die Erweiterung des Senats in dort näher bestimmten Angelegenheiten eine Regelung zu treffen.
Ebenso ist nach Absatz 3 entweder in der Grundordnung oder als Durchführungsbestimmung zur Grundordnung eine Wahlordnung aufzustellen.
11. § 11 Absatz 1 setzt voraus, daß im Zusammenhang mit § 6 ein Aufgabenkatalog erstellt wird, der die Zuständigkeiten des Großen Senats, des Senats, des Verwaltungsrats, der Fakultäten und der Forschungseinheiten festgestellt hat, soweit dies nicht im Gesetz bereits für die Grundordnung bindend geschehen ist. Dabei ist auch darüber zu bestimmen, ob beschließende und beratende Ausschüsse gebildet werden.
12. ^{Nach} § 11 Absatz 3 ist für die Wahl der Mitglieder des Senats eine Wahlordnung aufzustellen, die entweder in der Grundordnung oder in Durchführungsbestimmungen enthalten sein muß.

13. § 12 Absatz 1 bestimmt, daß die Entwicklungsplanung und die Zusammenarbeit mit anderen Bildungseinrichtungen vom Verwaltungsrat vorbereitet wird.
- In Absatz 2 wird dem Verwaltungsrat zur Beschlußfassung die Planung der baulichen Entwicklung und die Entscheidung über Grundstücks- und Raumverteilung übertragen, während im § 6 Absatz 2 die Universität über die Einführung und Aufhebung von Studiengängen, sowie über die Bildung, Veränderung und Aufhebung der Universitätseinrichtungen beschließt. Es muß deshalb in der Grundordnung genau geregelt werden, wer insgesamt über alle Planungsgebiete beschließt, weil Bauplanung, Einführung neuer Studiengänge, allgemeine Entwicklungsplanung, Errichtung von Universitätseinrichtungen usw. nicht voneinander getrennt werden können.
14. § 12 Absatz 5: In der Grundordnung sollte die Wahl geregelt werden.
15. Nach § 13 Absatz 2 muß die Grundordnung Wahlordnung, Vertretung und Amtszeit des Rektors bei der Rektoratsverfassung bestimmen.
16. § 14 Absatz 2: Bei der Entscheidung für die Kanzlerverfassung muß ähnlich wie bei der Präsidialverfassung der Wahlmodus geregelt werden.
17. § 15 Geregelt werden muß in der Grundordnung das Verfahren über die Einberufung der Sitzung der akademischen Gremien und der Abstimmungsmodus (geheime bzw. offene Abstimmung). Nach Absatz 2 sind Bestimmungen über die Befangenheit der Mitglieder und nach Absatz 6 Bestimmungen über die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle zu treffen.

18. § 15 Absatz 4: Es ist die Frage zu klären, wer als Protokollführer in den verschiedenen Organen tätig ist.
19. § 16 Absatz 3: Die Rechtsstellung der Honorarprofessoren ist zu klären.
20. § 21 Das Berufungsverfahren ist in der Grundordnung zu regeln, wobei die Zuständigkeit der einzelnen Organe noch festzulegen ist.
21. Nach § 27 sind die akademischen Rechte der ordentlichen und außerordentlichen Professoren sowie der emeritierten Professoren durch die Grundordnung zu regeln.
22. § 28 Die Stellung der Privatdozenten ist in der Grundordnung zu regeln.
23. § 32 Absatz 2: Die Rechte und Pflichten der Honorarprofessoren sind in der Grundordnung zu regeln.
24. § 34 Die Rechte und Pflichten der Gastprofessoren und Gastdozenten sind in der Grundordnung zu regeln.
25. § 40 Absatz 2: Die Mitwirkung der Dozenten sowie der Angehörigen des Lehrkörpers nach § 16 Absatz 2 Nr. 1-4 in den ständigen Einrichtungen für Forschung und Lehre ist in der Grundordnung zu regeln.
26. § 42 Absatz 3: Das Verfahren über die Einführung des Numerus clausus sollte in der Grundordnung geregelt werden und zwar einschließlich der Zuständigkeit über die Feststellung, daß der Numerus clausus einzuführen ist.

27. § 48 Absatz 1, § 49 Abs.1: Bestimmungen über die Studentenschaft sind vorzusehen.

28. § 52 In der Grundordnung ist das zuständige Organ für den Beschluß über die Prüfungsordnungen zu bestimmen. In der Grundordnung sollte auch geregelt werden und zwar generell für alle Prüfungsordnungen, unter welchen Voraussetzungen der Student das nicht rechtzeitige Ablegen der Prüfung nicht selbst verschuldet hat.

29. § 61 In der Grundordnung sollte auch die Rechtsform des Studentenwerks festgelegt werden.

16.4.1968



Gliederung der Fakultäten in Sektionen - Ein Vorschlag der Planungskommission



Professor Dr. phil. Wolf Freiherr von Engelhardt, Ordinarius für Mineralogie und Direktor des Mineralogischen Instituts

Der Große Senat hat im Jahr 1965 eine Planungskommission gebildet, der die Aufgabe gestellt ist, Pläne und Vorschläge für die künftige Entwicklung der Universität zu entwerfen. Neben verschiedenen Empfehlungen zu einzelnen Fragen der Organisation und Selbstverwaltung hat diese Kommission 1965 ein Memorandum über die Lage der Universität und 1966 einen umfangreichen Entwicklungsplan über den Personal-, Sach- und Raumbedarf der Universität in den nächsten Jahren vorgelegt. Die im folgenden behandelte Empfehlung für die Gliederung der Fakultäten in Sektionen wurde im Jahr 1967 ausgearbeitet. Der Kommission gehörten zu dieser Zeit die Professoren Bollnow (Philosophie und Pädagogik), Harms (Augenheilkunde) und Kloten (Volkswirtschaftslehre) sowie der Autor (Mineralogie) an.

Fakultäten

Die Planungskommission hat zu Beginn des Wintersemesters 1967/68 dem Großen Senat empfohlen, die Fakultäten in Sektionen zu gliedern. Damit wurde zur Revision eines altherwürdigen Ordnungsprinzips aufgerufen, das die Struktur der Universität durch alle Jahrhunderte ihres Bestehens hindurch bestimmt hat.

Die Einteilung der deutschen Universitäten in Fakultäten geht auf die Gründungszeit der ersten europäischen Universitäten im 13. Jahrhundert zurück. Name und Abgrenzung der vier klassischen Fakultäten haben sich seit dem Mittelalter nicht wesentlich geändert. Sie wurden nicht als Unterglieder einer vorher schon bestehenden Universität gebildet, sondern es entstand umgekehrt die Universität durch den Zusammenschluß vorher selbständiger Schulen, die später Fakultäten genannt wurden. Die in der Gründungssituation verwurzelte Selbständigkeit hat sich im Verlauf der Geschichte nicht verwischt, sondern erhalten und verstärkt, bedingt durch die Spezialisierung aller Wissenschaften und Berufe. In den Verfassungen der überkommenen Universitäten wird daher den Fakultäten eine

weitgehende Souveränität garantiert. Verhältnismäßig locker ist die Zusammenfassung zur Gesamtuniversität und verhältnismäßig schwach die Kontrolle durch die übergeordneten Gremien der Senate.

Die Tübinger Universität bestand zur Zeit ihrer Gründung im Jahr 1477 aus den Fakultäten der Theologen, Juristen, Mediziner und Philosophen. Nach der Reformation wurde aus der Theologischen eine Evangelisch-Theologische Fakultät, im Jahr 1817 kam eine Katholisch-Theologische Fakultät dazu und im Jahr 1863 wurde aus Teilen der Medizinischen und der Philosophischen Fakultät eine Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät gebildet.

Die Fakultäten werden vertreten durch Fakultätsversammlungen, die ursprünglich reine Kollegialorgane waren. Mitglieder des Fakultätskollegiums waren ursprünglich kraft ihres Amtes alle, die in alleiniger Verantwortung die einzelnen Fächer in Lehre und Forschung vertraten, d. h. die Professoren. Das reine Kollegialprinzip wurde später leicht durchbrochen, als auch ein bis zwei Vertreter der Privatdozenten aufgenommen und zur Beratung sogenannter studentischer Angelegenheiten die Hinzuziehung eines Vertreters der Studierenden zugelassen wurde.

Im Wintersemester 1967/68 hat der Große Senat zusammen mit der Neugliederung von Großem und Kleinem Senat eine wesentliche Veränderung in der Zusammensetzung der Fakultätsversammlung beschlossen; diese Veränderung wurde durch Erlass des Kultusministeriums am 13. Januar 1968 zur geltenden Verfassung erhoben. Danach treten zu den Professoren, die kraft ihres Amtes und als Personen der Fakultät angehören, noch zwölf bis sechzehn Mitglieder, die von ihren Gruppen gewählt werden und diese repräsentieren: fünf habilitierte Nicht-Ordinarien, zwei Akademische Räte, drei Wissenschaftliche Assistenten und zwei bis sechs Studenten (je zwei in den bei-

den Theologischen Fakultäten, je vier in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen und in der Medizinischen Fakultät und je sechs in der Philosophischen und in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät). Damit ist erstens der Umfang der Fakultätsversammlungen wesentlich erhöht und zweitens ihr Charakter vom Typus des Kollegiums zu einer Mischform zwischen Kollegium und Delegiertenversammlung verändert worden.

Gründe für die Bildung von Sektionen

Durch die Erweiterung der Fakultätsversammlung hat der Große Senat das während vieler Jahrhunderte für die Selbstverwaltung der Universität benutzte Instrument der Fakultäten in eine neue Form gebracht, die den veränderten Bedingungen der Gegenwart besser entspricht. Gewichtige Argumente sprechen jedoch dafür, es hierbei nicht bewenden zu lassen, sondern darüber hinaus die bisher einheitlichen Fakultäten durch die Begründung neuer, in ihrem Feld souveräner Unter-einheiten der Selbstverwaltung zu gliedern.

Mit der Zunahme der Lehrstühle, der Institute, der Mittelbau- und Assistentenstellen und der Studentenzahlen sind die von der Fakultätsversammlung zu behandelnden Aufgaben so stark angewachsen, daß es in den großen Fakultäten während der letzten Jahre immer weniger möglich wurde, die Geschäfte in der bisher üblichen Weise zu führen. Durch die neue Vergrößerung der Fakultätsversammlungen werden sich sowohl die Gegenstände als auch die Dauer der Verhandlungen vermehren.

Verschiedene Wege wurden versucht, um Abhilfe zu schaffen, so zum Beispiel die Delegierung bestimmter Aufgaben an kleinere Gremien, sogenannte Fakultätskommissionen. Wenn dadurch auch wirksame Entlastungen der Fakultätsversammlung erreicht wurden, so können die Schwierigkeiten auf die Dauer doch nicht auf diese Weise umgangen werden. Sobald nämlich diese Gremien selbständige Entscheidungen fällen, muß die Entwicklung zu einer Schichtenbildung zwischen den an sich gleichberechtigten Fakultätsmitgliedern führen, wodurch die mit der Verbreiterung der Fakultätsversammlung erstrebte mitverantwortliche Zusammenarbeit aller Glieder gefährdet wird. Sobald man sich auf eine bloße Vorberatung beschränkt, muß alles Wesentliche doch vor das Plenum kommen, und es wäre wenig gewonnen.

So dürfte schon die quantitative Vermehrung der bisher von den Fakultäten geleisteten Arbeit dazu zwingen, Unter-einheiten der Selbstverwaltung zu schaffen, die bestimmte Aufgaben in eigener Verantwortung übernehmen. Die wichtigsten Gründe für die Einrichtung von Sektionen leiten sich aber nicht in erster Linie aus dem Bedürfnis ab, die Fakultätsversammlung von routinemäßigen Formalien und langwierigen Verhandlungen im Rahmen ihrer konventionellen Aufgaben zu entlasten. Vielmehr gilt es zu bedenken, daß erstens die bisher an der Selbstverwaltung der Universität nicht beteiligten Per-

sonen und Gruppen auch in der neuen Fakultätsversammlung nicht in dem Maß zu Wort kommen können, wie dies wünschenswert ist, und daß es zweitens auf den Gebieten von Forschung und Lehre gemeinsam zu lösende Probleme und Aufgaben gibt, die von den Fakultätsversammlungen bisher gar nicht oder nur unzureichend behandelt wurden, weil entweder die Zeit nicht reichte oder jeweils nur einzelne Fakultätsmitglieder an den betreffenden Fragen interessiert waren.

Seit langem und insbesondere seit der durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrats ausgelösten bedeutenden Vermehrung der Stellen des Mittelbaus und der Assistenten üben die Inhaber der Lehrstühle nicht mehr allein selbständige Funktionen in Lehre und Forschung aus. Unter Vernachlässigung der vielfach sehr großen Unterschiede, die für die einzelnen Universitätslehrer bezüglich des Umfangs und der Verantwortung der Lehrtätigkeit bestehen, seien einige Zahlen für den Lehrbetrieb in zwei großen Fakultäten genannt: in der Philosophischen Fakultät finden sich im Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1968 52 Ordinarien und 158 sonstige Lehrpersonen, nämlich 39 habilitierte Nicht-Ordinarien, 28 Akademische Räte und Oberärzte, 14 Lehrbeauftragte und 9 lehrbeauftragte Assistenten; in der Philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät stehen laut Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1968 52 Ordinarien und 158 sonstige Lehrpersonen, nämlich 39 habilitierte Nicht-Ordinarien, 34 Akademische Räte und Oberärzte, 22 Lehrbeauftragte, 44 lehrbeauftragte Assistenten und 19 Lektoren.

In welchem Ausmaß darüber hinaus Angehörige aller Ränge des Mittelbaus und der Assistenten in den Instituten, Seminaren, Kliniken, Sammlungen und Laboratorien wichtige Funktionen in der Forschung, in der Betreuung von Diplomanden, Doktoranden und anderen Examenkandidaten, in der Pflege von Geräten und Bibliotheken sowie in sonstigen Tätigkeiten einnehmen, die den laufenden Betrieb der vielfältigen Institutionen der Universität in Gang halten, kann man auch mit Hilfe der Aufzählung der Assistenten und wissenschaftlichen Angestellten im Vorlesungsverzeichnis nicht vollständig ermitteln. Niemand kennt nämlich die Zahl der nicht wenigen jungen Wissenschaftler, die aus Mitteln Dritter (vornehmlich der Deutschen Forschungsgemeinschaft) bezahlt werden und vor allem in den naturwissenschaftlichen Instituten einen wesentlichen Teil der Forschungsarbeit leisten und auch zur Ausbildung fortgeschrittener Studenten beitragen. Sie gehören ebenso zu den Mitarbeitern in Forschung und Lehre wie die gleichfalls selten genannte Gruppe der sogenannten wissenschaftlichen Hilfskräfte, aus Universitätsmitteln bezahlten fortgeschrittenen Studenten und nicht mehr immatrikulierten Doktoranden, die sowohl im Unterrichtsbetrieb als auch in der Forschung tätig sind.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die großen und vielfältigen Gruppen des Mittelbaus und der Assistenten in den Selbstverwaltungsorganen der Universität immer noch unzureichend vertreten sind, auch wenn man die Neuordnung der

Zusammensetzung der Fakultätsversammlung und die entsprechenden Veränderungen der Zusammensetzung von Großem und Kleinem Senat in Betracht zieht, wie sie in Tübingen seit dem Wintersemester 1967/68 in Kraft sind. Die Repräsentanten dieser Gruppen in der Fakultätsversammlung werden sich im wesentlichen darauf beschränken müssen, die Interessen ihrer Gruppe in allgemeinen Fragen zu vertreten. Selten — nur dann nämlich, wenn zufällig Angelegenheiten aus dem speziellen Fachbereich eines Delegierten zur Sprache kommen — wird er Gelegenheit haben, seinen Sachverstand zur Wirkung zu bringen oder selberlebte Gravamina vorzutragen. Auf der anderen Seite ist der Ordinarius auch bei bestem Willen nicht mehr in der Lage, alle Anliegen und Erfahrungen der seinem Lehrstuhl zu- oder untergeordneten habilitierten und nichthabilitierten Mitarbeiter zu kennen und zu vertreten. Wenn diese Situation nicht grundlegend geändert wird, kann es nicht gelingen, die vielen in Forschung und Lehre Tätigen in der Universität zu integrieren und dem einzelnen eine nicht nur materiell, sondern auch menschlich gesicherte Position zu bieten. Eine Vermehrung der Repräsentanten in Fakultätsversammlung und Senaten (»Drittelparität«) kann das Problem nicht lösen, da in den großen Gremien in erster Linie doch immer nur die allgemeinsten Fragen zur Sprache kommen und die vor allem brennenden Probleme der engeren Fachbereiche nicht erörtert werden können.

Ähnlich verhält es sich mit den Studenten. Sie haben an der Selbstverwaltung der Fakultäten bisher nicht teilgenommen. In der neuen Fakultätsversammlung haben sie zwar Sitz und Stimme, aber nur als Delegierte, die große Studentengruppen verschiedener Fachzugehörigkeit vertreten. Daher werden sich die studentischen Mitglieder der Fakultätsversammlungen eher als an bestimmte Mandate gebundene Beauftragte von Interessengruppen fühlen denn als persönlich engagierte Glieder eines Kollegiums. Für viele Aufgaben, insbesondere für Fragen der Studien-, Prüfungs- und Unterrichtsreform, der Koordinierung von Lehrveranstaltungen und anderes, sind aber gerade persönliche Erfahrungen, persönliches Engagement und persönliche Mitarbeit der direkt betroffenen Studenten dringend erwünscht. Diese Kräfte können nur in kleineren Einheiten der Selbstverwaltung mobilisiert werden, deren reale Strukturen und Probleme auch von jüngeren Studenten eher erkannt und überblickt werden können als die komplizierten Verhältnisse vor allem in den großen, viele Fächer umfassenden Fakultäten.

Die neuen Aufgaben und Probleme, die im Bereich der Fakultäten heute zu lösen sind und welche die Kapazität der bestehenden Organe übersteigen, haben sich vornehmlich aus der Zunahme der Studentenzahlen, der Vermehrung des Lehr- und Forschungspersonals, der Vergrößerung, Vermehrung und Spezialisierung der Institute und Kliniken und dem Anwachsen des für den Forschungsbetrieb erforderlichen Apparates ergeben. Es stellen sich hier Fragen ein, die im klassischen Katalog der auf den Tagesordnungen der Fakultätssitzungen zu behan-

delnden Punkte nicht vorkommen. Sie betreffen vielfach nur bestimmte Disziplinen oder wenige Fächer, so daß eine Behandlung vor dem Plenum unangebracht ist. Manche Fragen gelten als Einbruch in den geheiligten Bereich der Lehrfreiheit und werden deshalb nicht behandelt. Andere kommen einfach deshalb nicht zur Sprache, weil die Tagesordnungen der Fakultätssitzungen mit Routineaufgaben schon bis an den Rand gefüllt sind.

Zu solchen in den großen Fakultäten nicht oder nicht ausreichend behandelten Angelegenheiten gehört zum Beispiel die Diskussion aller aktiv und passiv Beteiligten über die im Rahmen bestimmter Studiengänge zu bietenden Lehrveranstaltungen, ihre zeitliche Reihenfolge und Koordination; Absprachen über das gesamte Vorlesungsprogramm eines Fachbereichs, insbesondere auch zur Vermeidung von Parallelveranstaltungen; Absprachen über die Ordnung neuer Studiengänge und über die Modalitäten von Prüfungen. Ferner wird die Zunahme interdisziplinärer Forschungsrichtungen und die gemeinsame Aufstellung, Betreuung und Benutzung von Großgeräten, Laboratorien und Bibliotheken in der Zukunft neue Formen der Zusammenarbeit bisher organisatorisch getrennter Institutionen erfordern, Formen, die ebenfalls nicht im Stil der bisherigen Fakultätsverwaltung zu verwirklichen sind. Die Fakultäten werden sich voraussichtlich auch mit einer Ordnung der Institutsverfassungen zu befassen haben. Schließlich werden sich aus der großen Vermehrung der verschiedenen Arten von Assistenten, der Akademischen Räte und der Dozenten allgemeine und besondere Fragen ergeben, denen eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden ist.

Zusammenfassend führen alle diese Erwägungen über die im Bereich der Fakultäten an der Selbstverwaltung zu beteiligenden Gruppen und Personen sowie über die zu bewältigenden Aufgaben konventioneller und neuer Art zu dem Schluß, daß die Fakultätsversammlung auch in ihrer neuen Form diesen Anforderungen nicht zu genügen vermag. Sie muß daher ergänzt werden durch kleinere Einheiten der Selbstverwaltung, für welche die Planungskommission den Namen Sektionen vorgeschlagen hat.

Aufgaben und Zusammensetzung der Sektionen

Bei den Überlegungen darüber, wie solche Sektionen zu organisieren seien, ist die Planungskommission von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Fakultäten als übergeordnete Einheiten erhalten bleiben, weil es eine Reihe von Aufgaben und Problemen gibt, deren Art es verlangt, daß sie nicht nur im kleinen Kreis einer Sektion, sondern vor einem größeren Forum wie etwa dem Plenum der Fakultätsversammlung behandelt werden müssen. Dazu gehören einerseits Fragen von allgemeiner Art und besonderem Gewicht, welche die gesamte Fakultät angehen und daher in gemeinsamer Willensbildung beantwortet werden sollten. Andererseits gibt es Entscheidungen wichtiger Art, die einzelne Lehrstühle, Personen und Insti-

tutionen betreffen, wie zum Beispiel Berufungen oder Neueinrichtung von Instituten. Sie könnten sachlich von der zuständigen Sektion vorbereitet werden. Doch sollte im Interesse einer objektivierenden Kontrolle die letzte Entscheidung von einem größeren Kreis getroffen werden, dem auch fachlich nicht unmittelbar Betroffene angehören.

Alle Aufgaben traditioneller und neuer Art, die nach diesen Kriterien nicht dem Fakultätsplenum vorbehalten bleiben, sollen den Sektionen zur selbständigen Entscheidung überlassen sein. Im einzelnen wird es Sache der Universitätsverfassung sein, die Kompetenzen von Fakultät und Sektion in Form von Aufgabenkatalogen festzulegen. Nach den Vorstellungen der Planungskommission sollten den Sektionen die folgenden Aufgaben zugewiesen werden:

Koordinierung von Forschungsvorhaben;

Aufstellung von Studienplänen, Abstimmung des Programms der Lehrveranstaltungen, Organisation des Unterrichts in kleinen Gruppen und ähnliche Fragen der Lehre und Ausbildung; Studienberatung;

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses;

Arbeitsbereich und Dienstpflichten der Akademischen Räte;

Vorschläge für die Besetzung der Stellen für den habilitierten und nichthabilitierten Mittelbau;

Personalangelegenheiten der Wissenschaftlichen Assistenten;

Vorbereitung von Prüfungsordnungen;

Durchführung von Prüfungen;

Abhaltung von Habilitationskolloquien;

Bau- und Raumplanung;

Vorbereitung des Haushaltsplanes.

Der Beratung und Beschlußfassung in der Fakultätsversammlung würden dann alle Fragen allgemein-hochschulpolitischer Natur verbleiben, alle Berufsangelegenheiten (die in den Sektionen vorbereitet werden könnten), die Ehrenpromotionen und Ernennungen zum Honorarprofessor, Anträge auf Bewilligung von Stellen für Abteilungsvorsteher, Wissenschaftliche und Akademische Räte, die Einweisung von Privatdozenten in Diätendozentenstellen, die Beschlußfassung über Prüfungsordnungen, Anträge auf Neuerrichtung und Umorganisation von Instituten, Bauangelegenheiten und Haushaltsanträge der Gesamtfakultät.

Nach den Vorschlägen der Planungskommission soll das Sektionskollegium bestehen aus sämtlichen habilitierten Sektionsmitgliedern, welche ein Hauptamt an der Universität wahrnehmen, aus einem Viertel der Akademischen Räte (mindestens jedoch drei Vertretern) und aus je drei Vertretern der Assistenten und der Studenten. Der Vorsitzende des Kollegiums soll Lehrstuhlinhaber sein. Er wird auf ein Jahr gewählt. Der Dekan der Fakultät hat das Recht, an den Sektionssitzungen teilzunehmen. Die Fakultät wird durch Protokolle und Berichte des Vorsitzenden über die Sektionsbeschlüsse unterrichtet. Der Dekan hat gegenüber den Sektionsbeschlüssen das Recht eines aufschließenden Einspruchs; in diesem Fall wird die Angelegenheit von der Fakultätsversammlung besprochen und gege-

benenfalls der Sektion zu erneuter Behandlung zurückgegeben.

Gliederung der Fakultäten

Für die Zusammenfassung der Fächer und Institutionen zu Sektionen ergeben sich die folgenden drei Grundsätze:

(1) Es sollen solche Fächer und Institutionen zu einer Sektion zusammengefaßt werden, zwischen denen nach Maßgabe wichtiger Studiengänge, infolge Benutzung gemeinsamer Einrichtungen und gemäß der Forschungsgegenstände und -methoden Beziehungen bestehen, welche die Institutionalisierung einer ständigen Fühlungnahme zweckmäßig und wünschenswert erscheinen lassen. Wie die Gliederung der Fakultäten ursprünglich und weitgehend auch heute noch auf den Grundtypen akademischer Berufe beruht, so sollten auch in einer Sektion vorzugsweise solche Fächer vereinigt sein, die aufgrund wichtiger Studiengänge zusammengehören.

(2) Die Größe der Sektion ist so zu bemessen, daß einerseits eine wirkliche Mitarbeit aller Gruppen und Personen gewährleistet ist und daß andererseits das Gremium arbeitsfähig bleibt, d. h. nicht zu viele Mitglieder enthält. Dadurch ergibt sich eine obere Grenze.

(3) Andererseits soll eine Sektion aber auch nicht zu klein sein. Sie soll daher nach Möglichkeit nicht nur ein einziges Institut, eine einzige Klinik oder ein einziges Seminar umfassen. Es wäre sonst die erstrebte Objektivität und Öffentlichkeit gefährdet und die durch die Sektionen zu bewirkende Verklammerung verschiedener Institutionen nicht realisiert.

Eine Gliederung in Sektionen kommt zunächst vor allem für die großen Fakultäten, nämlich die Medizinische, die Philosophische und die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät in Frage. In jeder dieser Fakultäten stellen sich besondere Probleme.

Am einfachsten ist die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät zu gliedern. Die Disziplinen dieser Fakultät sind nach Gegenstand und Methode sowie nach Studiengängen und besonderen Diplomprüfungsordnungen in die Fachgruppen Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Erdwissenschaften und Pharmazie gesondert, welche leicht als Sektionen organisiert werden könnten. Die Pharmazie sollte sich mit der zur Medizinischen Fakultät gehörigen Pharmakologie zu einer interfakultären Sektion vereinigen.

In der Philosophischen Fakultät bietet sich aus verschiedenen Gründen keine einfache und sozusagen natürliche Gliederung in Sektionen an. Erschwerend ist der große Unterschied der Institutionen hinsichtlich Größe, Art und Aufgabe, ihre große Anzahl, die komplizierte Weise der wissenschaftlichen Verflechtung der Disziplinen und die vielfältigen Verbindungen, welche nach Maßgabe der Studiengänge und der Prüfungen zwischen den Fächern bestehen. Es wird daher keine Kombination geben, die allen Einzelheiten der vielschichtigen Verflechtungen innerhalb dieser Fakultät gerecht wird. Man wird

eine Kompromißlösung finden müssen, welche in optimaler Weise den Hauptzielen der Sektionsgliederung entspricht; nämlich einmal dem Ziel, nicht zu große Gremien zu schaffen, in denen Studenten, Assistenten, Mittelbau und Ordinarien zusammenarbeiten können, und zweitens dem Ziel, die Sektion in der Weise abzugrenzen, daß bevorzugt auf diejenigen Verbindungen und Beziehungen Rücksicht genommen wird, die besonderes Gewicht haben. Gesichtspunkte der Lehre dürften dabei im allgemeinen den Vorrang vor denen der Forschung haben.

Ein Institut wie das Deutsche Seminar mit sechs Ordinarien und 1250 Hauptfachstudenten wäre wohl groß genug, um ausnahmsweise eine eigene Sektion zu bilden. Englische und Romanische Philologie könnten eine weitere Sektion ausmachen. Die Historischen Fächer bilden eine einigermaßen geschlossene Gruppe. Die Wissenschaften der Antike, Klassische Philologie und Archäologie, werden jedenfalls zusammengehören, ebenso wohl auch Politologie und Soziologie, Slawische Philologie und Osteuropakunde. So zeichnen sich verschiedene Möglichkeiten ab, die praktisch probiert werden müssen. In manchen Fällen mag die Zugehörigkeit einzelner Personen oder auch ganzer Disziplinen zu zwei Sektionen zweckmäßig sein.

Wieder anders ist die Situation in der Medizinischen Fakultät. Die große Zahl der in Lehre und Forschung Tätigen und der Studenten sowie die vielen verschiedenen Institute und Kliniken lassen auch hier eine Aufgliederung in kleinere Einheiten

wünschenswert erscheinen, da es einerseits viele Angelegenheiten gibt, die eine intensive Beratung unter Beteiligung aller Gruppen in kleinerem Kreise erfordern und da andererseits die Fakultätsversammlung durch Übertragung bestimmter Aufgaben an Sektionen entlastet werden könnte. Auf der anderen Seite ist die Abgrenzung selbständiger Sektionen in der Medizinischen Fakultät deshalb schwierig, weil alle Kliniken funktional vielfältig zusammenhängen und auch durch den einheitlichen Ausbildungsgang eng miteinander verbunden sind. Als mögliche Einheiten mit gemeinsamen Problemen zeichnen sich die drei Gruppen der Theoretischen, Medizinischen und Chirurgischen Fächer ab.

Hochschulgesetz

Die Empfehlung der Planungskommission zur Gliederung der Fakultäten in Sektionen geht von der bisher gültigen Ordnung und Fassung der Universität aus. Am 1. April ist das Hochschulgesetz in Kraft getreten, nach dessen Normen die Universität sich nun eine neue Verfassung zu geben hat. Es ist zu hoffen, daß die von der Planungskommission gesetzten Impulse zur Gliederung der alten Fakultäten, zur Überwindung der Isolation von Fächern und Institutionen und zur Verbreiterung der Basis der Selbstverwaltung auch im Rahmen des neuen Hochschulgesetzes eine sinnvolle Verwirklichung finden werden.

Vorschläge zur Hochschulreform

vorgelegt von den Nichtordinarien*)

der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt a. M.

Präambel

Die Nichtordinarien der Johann Wolfgang Goethe-Universität veröffentlichen hiermit eigene Vorschläge zur Reform der Universität, nicht zuletzt im Hinblick auf die beabsichtigte Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes. Die Nichtordinarien sehen es als eine Aufgabe der **Universität** an, die für eine grundlegende Reform notwendigen Pläne auszuarbeiten, während der Regierung auf Grund der ihr zufallenden Verantwortung die Schaffung des für die Reform notwendigen gesetzlichen Rahmens und die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel obliegt. Bedingt durch die Überfälligkeit der Reformen ist es nicht mehr möglich, nur eine Verbesserung der jetzigen Universitätsstruktur vorzunehmen, es muß vielmehr ihre völlige Neuorientierung erfolgen. Hierbei sind vor allem zwei gleichwertige Bedingungen zu erfüllen, die sich nur scheinbar ausschließen: Demokratisierung der Universität und Steigerung ihrer Effektivität. Jeder der die Universität tragenden Gruppen ist optimale Entwicklungsmöglichkeit zu geben, bei gerechtem Ausgleich ihrer Rechte und Pflichten.

In dem Ausmaß, in dem die Resultate wissenschaftlicher Forschung für den Fortbestand der menschlichen Gesellschaft an Bedeutung zunehmen, erwächst der Universität die Verpflichtung, nicht nur Ergebnisse mitzuteilen,

sondern sich zugleich um ein Bewußtsein dessen, was wissenschaftliches Forschen ist, zu bemühen. So kann der Gesellschaft mit den notwendigen Lebensgrundlagen zugleich ein rationales Verhältnis zur Welt, in der sie existiert, vermittelt werden.

Um ihre Aufgaben erfüllen zu können, muß die Universität in ihrer Organisation vom jeweiligen politischen Kräftefeld soweit wie möglich unabhängig sein. Eine kritische Funktion gegenüber der Gesellschaft kann sie nur erfüllen, wenn ihr ihre Aufgaben nicht von organisierten Instanzen partikulärer Interessen vorgeschrieben werden. Zu dieser Unabhängigkeit gehören ein hohes Maß an finanzieller Autonomie und eine weitgehende Unabhängigkeit der inneren Organisation (Selbstverwaltung). Neben dieser Lösung der Universität aus ihrer bisherigen Scheinautonomie und der Verleihung einer echten Autonomie sind in unserem Konzept innerhalb der Universität Entscheidungsbefugnis und Kontrolle durchgehend getrennt. Die Universität wird von einem kleinen, hochqualifizierten Gremium, dem Direktorium, geleitet, dem auch die Planung obliegt. Das Direktorium wird

*) Entsprechend dem Hessischen Hochschulgesetz § 36 gehören zur Gruppe der Nichtordinarien die Hochschullehrer, die keine Lehrstuhlinhaber und keine entpflichteten Professoren sind.

von Vertretern aller Gruppen, dem Konzil, kontrolliert. Die nachgeordneten Entscheidungsbefugnisse sind immer auf die Ebene verlagert, in der sie zum Tragen kommen.

Zur ungehinderten Entwicklungsmöglichkeit des Nachwuchses wird eine wissenschaftliche Laufbahn gefordert, die unabhängig vom seitherigen Stellenplan und dadurch neu gestaltet ist, daß der wissenschaftliche Assistent auf ein und derselben Stelle durch eine

entsprechend seiner Qualifikation erfolgende Höherstufung bis zum Professor aufsteigen kann. Die Institutstruktur wird in ihrer bisherigen Form aufgelöst. Allen an der Forschung Beteiligten wird das Recht zur Mitsprache in ihr gegeben und durch Zuweisung persönlicher Forschungsmittel größeres Eigengewicht verliehen. Durch die leistungsabhängige Zuweisung dieser Forschungsgelder und Arbeitshilfsmittel wird das Leistungsprinzip gefördert.

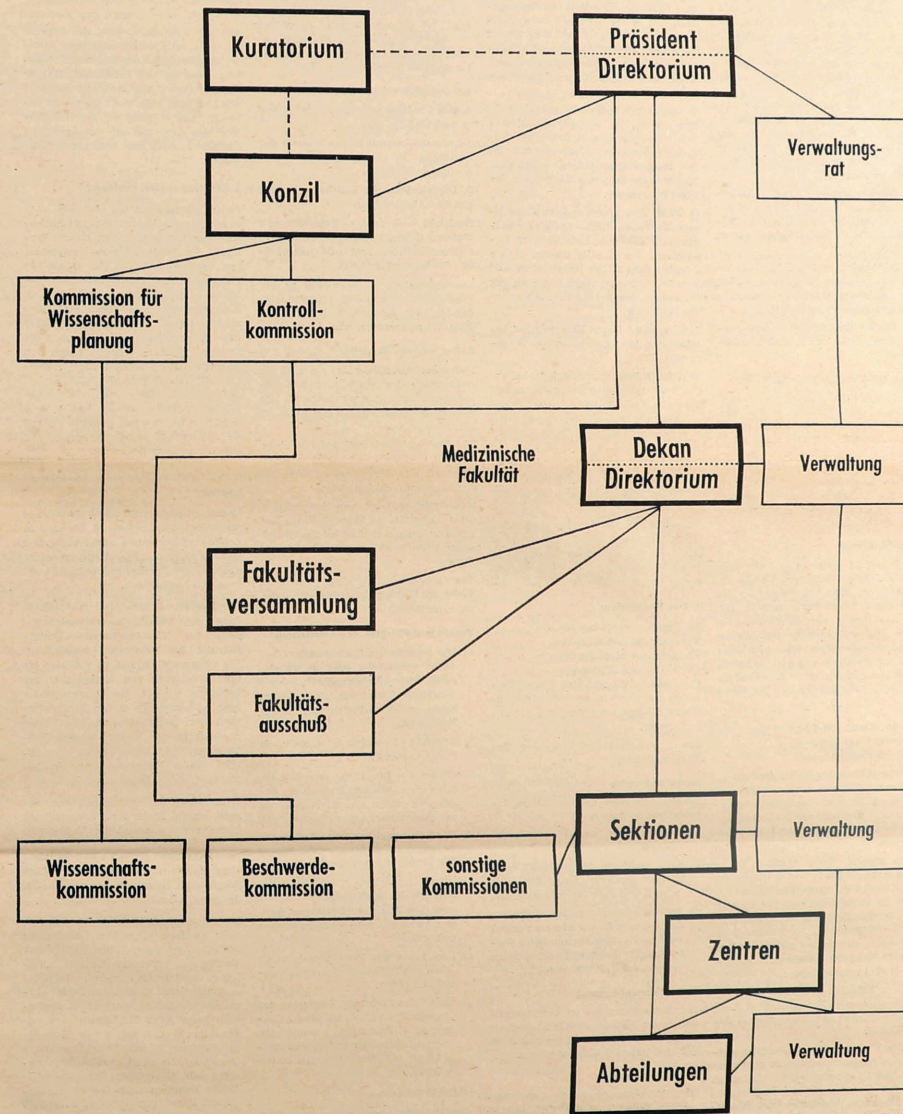
Allgemeine Ziele und Grundsätze der Hochschulreform

Die Nichtordinarien der Johann Wolfgang Goethe-Universität sind zur Entwicklung eigener Vorschläge zur Hochschulreform schon deshalb berechtigt, weil das Schwergewicht der selbständigen Forschung und Lehre in weiten Bereichen der Universität bei ihnen liegt. Die die Hochschule tragenden vier Gruppen „Ordinarien“, „Nichtordinarien“, „Nichthabilitierte“ und „Studenten“, die auch im Hessischen Hochschulgesetz durch eigene Vertretungen an der Universität berücksichtigt wurden, sind aufgerufen, zu der dringend erforderlichen Hochschulreform ihre Vorstellungen zu entwickeln.

Diese Aufgabe ist um so drängender, als der Hochschule von der Öffentlich-

keit bis heute zu Recht mangelnde Einsicht und Kraft zur Durchführung der notwendigen Reformen vorgeworfen wird. Diese Situation wird jetzt vor allem auch unter dem Druck der Unruhe unter den Studenten von Kräften innerhalb der politischen Parteien zu dem Vorschlag ausgenutzt, der Hochschule von staatlicher Seite eine Reform zu diktieren, die die Hochschule der letzten Reste ihrer Autonomie beraubt. Hiermit wird gleichzeitig von den mindestens ebenso schwerwiegenden Versäumnissen der politischen Parteien und der von ihnen gebildeten Regierungen abgelenkt, die die für die Entwicklung der modernen Wissenschaft benötigten Mittel bisher nicht durch eine zweckgerechte Finanz-

Gliederung der Universität



gewählt. Seine Amtszeit dauert vier Jahre. Wiederwahl ist möglich.

Das Direktorium gibt sich eine Geschäftsordnung und beschließt über die Geschäftsführung einschließlich der gegenseitigen Vertretung seiner Mitglieder.

Beschlüsse des Direktoriums können durch das Konzil mit mindestens 60 Prozent der Stimmen aufgehoben werden.

Aufgabenbereich

Das Direktorium beschließt über alle gemeinsamen Angelegenheiten der akademischen Verwaltung und sorgt für die Zusammenarbeit der Fakultäten. Es ist verpflichtet, die Dekane der Fakultäten zu hören. Insbesondere obliegen dem Direktorium die Beschließung über Personal- und Sachhaushalt der Universität, die Bestätigung von Berufungen und Ernennungen von Professoren. Es beschließt über wissenschaftliche Planungen innerhalb der Universität und ist für die Bauplanung und Bauleitungsplanung der Universität verantwortlich.

Das Direktorium sorgt für die Einrichtung und die Aufsicht über zentrale wissenschaftliche Anstalten der Universität (Bibliothek, Rechenzentrum usw.).

Das Direktorium erstellt Jahresberichte und trägt sie dem Konzil vor. Es hat dem Kontrollausschuss des Konzils Einsicht in die Akten zu gewähren.

Zur Vorbereitung seiner Beschlüsse erkennt das Direktorium **Fachkommissionen**.

2. Der Präsident der Universität

wird vom Direktorium aus seinem Kreis gewählt. Die Ernennung des Präsidenten der Universität erfolgt durch die Landesregierung. Die Ablehnung des gewählten Präsidenten durch die Regierung bedarf der Begründung und ist dem Konzil bekanntzugeben. Die Amtszeit des Präsidenten endet spätestens mit seiner Amtszeit als Direktor. Wiederwahl ist möglich.

Aufgabenbereich

Der Präsident vertritt die Hochschule nach außen, er führt den Vorsitz im Direktorium und unterzeichnet für die Hochschule. Er ist verantwortlich für die Ausführung der Beschlüsse des Direktoriums. Er wird von den anderen Mitgliedern des Direktoriums im Rahmen der Geschäftsordnung vertreten. Bei Stimmengleichheit im Direktorium entscheidet die Stimme des Präsidenten.

3. Das Konzil (Wahl- und Kontrollorgan des Direktoriums)

setzt sich zusammen aus: 40 Prozent Vertreter der Professoren 20 Prozent Vertreter der Dozenten 20 Prozent Vertreter der Assistenten 20 Prozent Vertreter der Studenten und dem Direktorium mit beratender Stimme.

Seine absolute Mitgliederzahl sollte nicht mehr als 200 Personen umfassen. Das Konzil tagt mindestens einmal im Jahr. Es kann außerdem jeweils auf Antrag des Kontrollausschusses oder wenn ein Drittel seiner Mitglieder es verlangen, zusammenberufen werden. Für die Wahl des Konzils wird folgendes Modell vorgeschlagen:

a) Jede Fakultät entsendet vier Professoren, zwei Dozenten, zwei Assistenten und zwei Studenten in das Konzil.

b) Die restlichen Konzilsvertreter werden entsprechend dem prozentualen Anteil der einzelnen Fakultäten an der Gesamtzahl der Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten von den jeweiligen Fakultäts-

versammlungen (Fachschaften) gewählt.

Aufgaben des Konzils

a) Wahl des Direktoriums mit einfacher Mehrheit der Stimmen der Anwesenden (mindestens 50 Prozent der Konzilsmitglieder müssen anwesend sein).

b) Aufhebung der Beschlüsse des Direktoriums mit einer Mehrheit von 60 Prozent der Stimmen der Anwesenden.

c) Beschlußfassung über Satzungsänderungen und -änderungen mit 60 Prozent der Stimmen der Anwesenden. Das Direktorium erhält bei Satzungsänderungen ein aufschiebendes Vetorecht. Das Veto muß vom Konzil begründet werden. Innerhalb einer gesetzten Frist muß das Direktorium dem Konzil einen eigenen Vorschlag unterbreiten.

d) Wahl einer unabhängigen Kontrollkommission, in der die Fakultäten paritätisch vertreten sind. Sie legt dem Konzil einen eigenen Jahresbericht vor. Die Kontrollkommission schlägt dem Konzil außerdem die Entlastung des Direktoriums vor.

e) Wahl einer unabhängigen Kommission für Wissenschafts- und Hochschulplanung, die entsprechend den Beschlüssen des Konzils diesem eigene Berichte vorlegt. Die Kommission faßt ihre Beschlüsse nur nach Beratung mit den entsprechenden Fachkommissionen der Sektionen.

f) Konzil und Kontrollkommission besitzen das Antragsrecht an das Direktorium.

g) Entscheidung von Angelegenheiten, die ihm vom Direktorium vorgelegt werden.

h) Auforderung neuer Mitglieder zum Eintritt in das Kuratorium kann nur in Übereinstimmung mit den anderen Mitgliedern des Kuratoriums erfolgen. Das Direktorium und die Sektionen können Vorschläge für neue Mitglieder unterbreiten.

i) Das Konzil wählt aus dem Kreise der Hochschullehrer einen Vorsitzenden und aus den anderen drei Gruppen je einen Stellvertreter. Der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Konzils ein.

4. Das Kuratorium

Im Kuratorium wirken mit: Vertreter des Landes Hessen Vertreter der Stadt Frankfurt Die Stifter und Förderer Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben und der Wissenschaft. Mit beratender Stimme zwei Vertreter des Direktoriums.

Das Kuratorium gibt sich eine Geschäftsordnung.

Aufgabenbereich

Beratung in allen Universitätsangelegenheiten, besonders

a) Begutachtung des Haushaltsvorschlages,

b) Stellungnahme zu grundsätzlichen Fragen der Verwaltung der Universität und ihrer Vermögenswerte,

c) Beratung der Universität in Fragen, die ihm vom Direktorium vorgelegt werden. Das Kuratorium kann Vorschläge für die Gestaltung und den Aufbau der Universität machen.

5. Der Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat ist entsprechend der neuen Autonomie der Hochschule zu gestalten. Er tritt an die Stelle des jetzigen Universitätskuratoriums.

Aufgabenbereich

Dem Verwaltungsrat obliegt die allgemeine Verwaltung des Universitätsvermögens und der Gebäude, die Rege-

lung der Personalangelegenheiten von nichtakademischen Bediensteten der Universität. Er ist für die Durchführung von Aufgaben, die ihm vom Direktorium zugewiesen werden, verantwortlich.

II. Die Fakultäten, Sektionen (Subfakultäten), Zentren und Abteilungen der Universität

Die Universität gliedert sich in Fakultäten.

Die Fakultätsverfassungen sind auf die Bedürfnisse der entsprechenden Fakultäten abzustimmen (es ist keine generelle und einheitliche Regelung möglich und wünschenswert). Vorschläge zur Gliederung der Medizinischen Fakultät und der Philosophischen Fakultät sind den Leitsätzen angefügt.

III. Die akademische Laufbahn

1. Das Studium soll vier bis höchstens sechs Jahre dauern.

Die Promotionszeit ist Fortsetzung des Studiums. Sie soll zwei bis höchstens drei Jahre betragen.

2. Die akademische Laufbahn besteht aus drei Abschnitten:

Assistent — Dozent — Professor (die Unterscheidung zwischen ordentlichen, außerordentlichen und außerplanmäßigen Professoren entfällt)

Vorbemerkung: Im folgenden ist für die Fakultäten, an denen es keine Sektionen gibt, sinngemäß für Sektion Fakultät einzusetzen.

3. Der wissenschaftliche Assistent

Der wissenschaftliche Assistent ist die erste Stufe der akademischen Laufbahn. Als Status wird derjenige des Angestellten oder der des Beamten auf Zeit empfohlen.

Die Assistentenzeit soll auf höchstens zweimal drei Jahre begrenzt werden. Während der Dreijahresperioden ist der Assistent nicht kündbar.

Der Assistent wird von der Sektion (bzw. Fakultät) im Einvernehmen mit dem zuständigen Hochschullehrer durch deren Vorsitzenden angestellt und entlassen.

Der Assistent hat die wissenschaftliche Stelle der Sektion (bzw. Fakultät) oder der einer Abteilung inne.

Rechte und Pflichten des Assistenten

a) Der wissenschaftliche Assistent arbeitet selbständig oder in wissenschaftlicher Zusammenarbeit mit den Hochschullehrern einer Abteilung an den Problemen dieses Faches mit.

b) Er erhält einen kleinen persönlichen Forschungsetat.

c) Er hat das Recht, die von ihm erzielten wissenschaftlichen Ergebnisse unter seinem Namen zu veröffentlichen.

d) Für Lehre und Institutsarbeiten hat er insgesamt 20 Stunden der Woche zur Verfügung zu stehen.

e) Die Unterrichtsveranstaltungen, die ihm von der Sektion (bzw. Fakultät) oder dem Zentrum übertragen werden, kann er unter eigenem Namen ankündigen.

f) Ihm kann ein Forschungsjahr an einer ausländischen Universität gewährt werden.

g) Er hat das Recht, die Eröffnung des Habilitationsverfahrens bei der Sektion (bzw. Fakultät) zu beantragen oder sich bei einer anderen Universität um eine Dozentenstelle zu bewerben.

4. Die Habilitation

Das Habilitationsverfahren ist auf Antrag des Trägers eines wissenschaft-

lichen Doktorgrades selbst oder auf Antrag eines Hochschullehrers der Sektion (bzw. Fakultät) durch den Sektionsausschuß (bzw. Fakultätsausschuß) zu eröffnen und im allgemeinen innerhalb von sechs Monaten zu entscheiden. Der Habilitand reicht zur Stellung des Antrages alle von ihm bis dahin veröffentlichten Arbeiten ein. Eine Ablehnung durch die Sektion ist ausführlich schriftlich zu begründen. Der Universitätspräsident hat nach der Erteilung der venia legendi die Ernennung zum Dozenten vorzunehmen.

Näheres regelt die Habilitationsordnung.

Mit der Ernennung wird der Dozent, wenn er eine wissenschaftliche Stelle im Haushaltsplan der Universität innehat, Beamter auf Lebenszeit. Hat er keine wissenschaftliche Stelle inne und wird er auch nicht auf eine solche berufen, dann entsteht mit der Habilitation kein Anspruch auf eine Änderung der arbeitsrechtlichen Stellung des Dozenten.

5. Ernennung zum Professor

Jeder Dozent kann bei dem Sektionsausschuß seine Ernennung zum Professor beantragen oder von einem Professor der Sektion hierzu vorgeschlagen werden. Hat sich der Dozent in Forschung und Lehre bewährt, entscheidet der Sektionsausschuß nach Einholung von mindestens drei Gutachten auswärtiger Sachverständiger über den Antrag und befürwortet die Ernennung zum Professor durch den Universitätspräsidenten. Eine Ablehnung ist ausführlich schriftlich zu begründen. Dozenten, die noch keine wissenschaftliche Stelle haben und nicht berufen werden, erwerben durch die Ernennung keinen Anspruch auf eine wissenschaftliche Stelle.

Rechte und Pflichten des Hochschullehrers

Hochschullehrer sind alle habilitierten Mitglieder der Universität. Sie sind in Lehre und Forschung unabhängig und können über die Pflichtlehreveranstaltungen ihres Faches hinaus eigene Vorlesungen ankündigen.

Die Hochschullehrer sind zur Abhaltung der Pflichtlehreveranstaltungen sowie zur ordnungsgemäßen Durchführung der Prüfungen verpflichtet. Die Lehrverpflichtung ist mit vier bis acht Wochenstunden abgegolten. Bei Dozenten beträgt die Lehrverpflichtung während der ersten fünf Jahre nach der Habilitation maximal vier Stunden in der Woche, zu den Prüfungsverpflichtungen werden sie während dieses Zeitraumes nur in beschränktem Umfang herangezogen.

Während kein Hochschullehrer ein zum ersten Male ihm übertragenes Selbstverwaltungsamt der Universität außer demjenigen des Universitäts- oder Fakultätsdirektors ablehnen kann, steht als Ausnahme dem Dozenten diese Möglichkeit innerhalb der ersten fünf Jahre nach der Habilitation offen.

Den Hochschullehrern steht jedes 6. Jahr als freies Forschungsjahr unter Beibehaltung ihrer vollen Bezüge zur Verfügung. Verbringt der Hochschullehrer das Jahr im Ausland, erfolgt ein ausreichender Gehaltsausgleich entsprechend der Kaufkraftparität. Außerdem kann jeder Hochschullehrer unbezahlten Forschungsururlaub beantragen. Ferner ist jeder Hochschullehrer berechtigt, bis zu 25 Prozent der regulären Arbeitszeit eines öffentlich-rechtlichen Beamten ohne Genehmigungspflicht Forschungsvorhaben außerhalb der Universität durchzuführen. Neben der Vergütung für den Hochschullehrer,

der, die zusätzlich zu seinem Gehalt erfolgt, ist an die Universität noch eine angemessene Pauschale für den Ausfall des Hochschullehrers und die Benutzung der Universitätseinrichtungen zu zahlen.

IV. Der Universitätsrat

Das Prinzip besteht in der scharfen Trennung der Haushaltsmittel für die wissenschaftliche Forschung und für die Durchführung der Lehre von der Haushaltsmittel für die allgemeine Verwaltung.

1. Aufstellung

Die Haushaltsmittel für Forschung und Lehre werden von den Fakultäten und den zentralen wissenschaftlichen Anstalten bei dem Direktorium der Universität beantragt. Die Haushaltsmittel für die allgemeine Verwaltung werden durch den Verwaltungsrat der Universität aufgeteilt und dem Universitätsdirektorium gemeldet. Das Direktorium der Universität erstellt den Gesamthaushalt der Universität aus den Anforderungen der Fakultäten und des Verwaltungsrates.

Nach Begutachtung des Haushalts durch das Kuratorium wird der Universitätsrat dem Kultusministerium bzw. dem Ministerium für Hochschulfragen weitergereicht.

2. Verteilung der Haushaltsmittel

Das Direktorium der Universität entscheidet über die Verteilung der bewilligten Mittel an die einzelnen Fakultäten, an die zentralen Universitätseinrichtungen und an die Sonderforschungsbereiche.

Die Haushaltsmittel für die wissenschaftliche Forschung und für die Durchführung des Unterrichts werden von den zuständigen Fakultätsdirektoren an die selbständigen Fakultätsorgane verteilt. Die Haushaltsmittel für die allgemeine Verwaltung werden auf Anweisung des Direktoriums der Universität durch den Verwaltungsrat an die Verwaltungsstellen der einzelnen Fakultäten verteilt.

Modellvorschlag für die Medizinische Fakultät

Spitze der Fakultät

1. Das Fakultätsdirektorium

besteht aus je einem Hochschullehrer pro Sektion (z. B. 4) und der Qualifikation für den höheren Verwaltungsdienst besitzen sollte.

Das Fakultätsdirektorium wird von der Fakultätsversammlung in geheimer und direkter Wahl auf vier Jahre gewählt, der Verwaltungsdirektor auf acht Jahre. Wiederwahl ist möglich.

Aufgabenbereich

a) Aufstellung und Verteilung der Mittel für Lehre und Forschung.

b) Verteilung der Sachmittel, die zum Zwecke der Lehre und Forschung direkt an die Hochschullehrer und die wissenschaftlich arbeitenden Assistenten gebunden sind.

c) Koordination des Unterrichts.

d) Koordination der Forschung.

e) Einrichtung und Verwaltung zentraler wissenschaftlicher Institutionen (Bibliothek, Rechenzentrum, Tierhaus usw.).

f) Planung und Koordination von Sonderforschungsvorhaben.

g) Allgemeine Verwaltung.

2. Der Dekan

wird aus dem Fakultätsdirektorium gewählt.

lich sein. Bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen, an denen er mitgearbeitet hat, ist er zu nennen.

IV. Der Universitätsrat

Das Prinzip besteht in der scharfen Trennung der Haushaltsmittel für die wissenschaftliche Forschung und für die Durchführung der Lehre von der Haushaltsmittel für die allgemeine Verwaltung.

1. Aufstellung

Die Haushaltsmittel für Forschung und Lehre werden von den Fakultäten und den zentralen wissenschaftlichen Anstalten bei dem Direktorium der Universität beantragt. Die Haushaltsmittel für die allgemeine Verwaltung werden durch den Verwaltungsrat der Universität aufgeteilt und dem Universitätsdirektorium gemeldet. Das Direktorium der Universität erstellt den Gesamthaushalt der Universität aus den Anforderungen der Fakultäten und des Verwaltungsrates.

Nach Begutachtung des Haushalts durch das Kuratorium wird der Universitätsrat dem Kultusministerium bzw. dem Ministerium für Hochschulfragen weitergereicht.

2. Verteilung der Haushaltsmittel

Das Direktorium der Universität entscheidet über die Verteilung der bewilligten Mittel an die einzelnen Fakultäten, an die zentralen Universitätseinrichtungen und an die Sonderforschungsbereiche.

Die Haushaltsmittel für die wissenschaftliche Forschung und für die Durchführung des Unterrichts werden von den zuständigen Fakultätsdirektoren an die selbständigen Fakultätsorgane verteilt. Die Haushaltsmittel für die allgemeine Verwaltung werden auf Anweisung des Direktoriums der Universität durch den Verwaltungsrat an die Verwaltungsstellen der einzelnen Fakultäten verteilt.

Modellvorschlag für die Medizinische Fakultät

Aufgabenbereich

Der Dekan vertritt die Fakultät nach außen, er führt den Vorsitz im Fakultätsdirektorium und unterzeichnet für die Fakultät. Er ist verantwortlich für die Ausführung der Beschlüsse des Fakultätsdirektoriums. Er wird von den anderen Mitgliedern des Fakultätsdirektoriums im Rahmen der Geschäftsordnung vertreten. Bei Stimmengleichheit im Fakultätsdirektorium entscheidet die Stimme des Dekans.

3. Der Fakultätsausschuß

besteht mindestens aus vier Mitgliedern je Sektion.

Aufgabenbereich

a) Beratung des Fakultätsdirektoriums in Fragen, die die gesamte Fakultät betreffen.

b) Schlichtungsinstanz für strittige Fragen zwischen und innerhalb der Sektionen.

c) Durchführung von Aufgaben, die Gesamtfakultät betreffen, die ihm vom Direktorium zugewiesen werden.

4. Die Fakultätsversammlung

setzt sich aus höchstens 40 Mitgliedern pro Sektion im Verhältnis 40 Prozent Professoren und je 20 Prozent Dozenten, Assistenten und Studenten zusammen. Die Mitglieder werden anteilmä-

Big gleich aus allen Sektionen jeweils von allen Professoren, allen Dozenten, allen Assistenten sowie allen Studenten der Fakultät gewählt.

Aufgabenbereich

a) Wahl des Fakultätsdirektoriums.

b) Entgegennahme des Jahresberichts und Entlastung des Direktoriums.

c) Diskussionsorgan für Grundsatzen und Grundsatzentscheidungen.

d) Bildung einer paritätisch besetzten Beschwerdekommision. Die Kommission hat das Recht der direkten Berichterstattung an das Direktorium der Universität und die Kontrollkommission des Konzils.

Die Fakultät gliedert sich in Sektionen (Subfakultäten).

Ihr Aufgabenbereich entspricht demjenigen, den die jetzige Fakultät aufweist.

Zentren

Die Sektionen setzen sich aus Zentren, den erweiterten, ehemaligen Instituten, zusammen. Die Zentren sind die Verwaltungseinheiten für verschiedene Forschungsgruppen eines klassischen Faches. Diese Forschungsgruppen werden Abteilungen genannt.

5. Die Sektionen (Subfakultäten)

Die Medizinische Fakultät gliedert sich in vier Sektionen. Der Sektionsausschuß besteht aus höchstens 40 Mitgliedern. Er setzt sich aus 35 Prozent Hochschullehrern, 20 Prozent Assistenten und 10 Prozent Studenten der Medizin zusammen. Jedes Zentrum (Klinik, Institut) muß mindestens durch einen Hochschullehrer vertreten sein.

Die Mitglieder des Sektionsausschusses werden jeweils von allen Abteilungsleitern, von allen sonstigen Hochschullehrern und von allen Assistenten der Sektion sowie von der Studentenschaft gewählt. Der Sektionsausschuß wählt aus dem Kreise der Hochschullehrer einen Vorsitzenden und aus den drei anderen Gruppen je einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Aufgabenbereich

a) Bildung einer paritätisch aus Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten besetzten Kommission für Grundsatzen und der Fortbildung sowie Aufstellung der Lehrpläne.

b) Bildung einer Kommission für Promotionen, Habilitationen, Berufungen und Ehrungen.

c) Bildung einer Kommission für Fragen der Forschung.

d) Anforderung von Sachmitteln, soweit sie die Arbeit der Sektion betreffen.

e) Zuweisung der wissenschaftlichen Planstellen und der wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen, die der Sektion zur Verfügung stehen.

f) Behandlung von Strukturproblemen der Sektion, Baupläne.

g) Bildung einer paritätisch besetzten Beschwerdekommision. Diese Kommission hat das Recht der direkten Berichterstattung an das Direktorium der Universität und die Kontrollkommission des Konzils.

h) Einsetzung von Kommissionen für spezielle Fragen und Aufgaben.

i) Wahl der Delegierten für den Fakultätsausschuß.

6. Das Zentrum

Die Sektionen gliedern sich in Zentren, bzw. Kliniken und selbständige Abtei-

lungen. Das Zentrum integriert Abteilungen bzw. Institute und den Klinikern verwandte Fachrichtungen.

a) Die Leiter der selbständigen Abteilungen bilden das Direktorium des Zentrums (Vorstand).

Der geschäftsführende Direktor wird aus dem Kreis der Hochschullehrer für ein Jahr vom Zentrumsausschuß gewählt. Wiederwahl ist möglich. Seine Aufgaben entsprechen den Verwaltungsaufgaben des seitherigen Klinik- bzw. Institutsdirektors, insbesondere auch die Aufstellung des Haushaltsplanes gemeinsam mit den Abteilungsleitern des Zentrums. Er erhält Aufwandsentschädigung.

Aufgaben des Direktoriums

Koordination der ärztlichen Versorgung, der Lehr- und Prüfungsverpflichtungen, Verwaltung und Vertretung des Zentrums nach außen. Erstattung des Jahresberichts.

Für die Zentren der theoretischen Medizin entfällt das Direktorium. Seine Aufgaben werden sinngemäß auf den geschäftsführenden Direktor und den Zentrumsausschuß verteilt.

b) Der Zentrumsausschuß

Der Zentrumsausschuß umfaßt alle Hochschullehrer sowie Vertreter der Assistenten (50 Prozent der Zahl der Hochschullehrer). Für Fragen des Unterrichts, der Prüfung und der Fortbildung werden ebenso viele Vertreter der Studenten wie der Assistenten hinzugezogen.

c) Die Abteilung

Die Abteilung wird von einem Hochschullehrer geführt, der von dem Sektionsausschuß vorgeschlagen und vom Universitätspräsidenten ernannt wird (Berufung). Dozenten führen die Abteilung kommissarisch. Der Abteilungsleiter ist unabhängig und selbst verantwortlich für Forschung und Lehre auf seinem Fachgebiet und für die ärztliche Versorgung. Er hat im Einvernehmen mit den Hochschullehrern, Assistenten und Doktoranden der Abteilung den Sach- und Personalrat zu befragen und zu vertreten.

Gliederung der Medizinischen Fakultät

Sektion I (Vorklinik):

Anatomisches Institut
Institut für vegetative Physiologie
Institut für animalische Physiologie

Sektion II (Theoretische Klinik):

Senckenbergisches Pathologisches Institut
Neurologisches Institut
Institut für gerichtliche und soziale Medizin
Institut für Humangenetik und Erpatothologie
Pharmakologisches Institut
Abteilung für Experimentelle Medizin
Institut für therapeutische Biochemie
Hygiene-Institut
Klinische Arbeitsgruppe für Immunohistologie und Transfusionskunde
Institut für Zoonosenforschung

Sektion III (Interne Klinik):

Zentrum für Innere Medizin
Universitäts-Kinderklinik und -Poliklinik
Universitäts-Klinik und -Poliklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten
Universitäts-Nervenklinik
Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie
Universitäts-Klinik und -Poliklinik für Neurochirurgie

Sektion IV (Operative Klinik):

Chirurgische Universitäts-Klinik und -Poliklinik

Orthopädische Universitäts-Klinik- und -Poliklinik
Universitäts-Frauenklinik und -Poliklinik
Universitätsklinik für Strahlentherapie und Nuklearmedizin
Universitäts-Klinik und -Poliklinik für Augenkrankheiten
Universitäts-Klinik und -Poliklinik für

Ohren-, Hals- u. Nasenkrankheiten
Zahnärztliches Institut der Fhr. Carl von Rothschil'schen Stiftung
"Carolinum"
Nicht zugeleitet:
Sendenbergsches Institut für Geschichte der Medizin
Die der Fakultät angeschlossenen Institute.

Modellvorschlag für die Philosophische Fakultät

Für die Philosophische Fakultät wird im folgenden ein abweichendes Modell angeboten. Sowohl der Reformvorschlag für die Medizinische Fakultät als auch der unten skizzierte gehen davon aus, die Fakultät in Sektionen zu gliedern. Beide Vorschläge verfolgen das Ziel, die notwendigen Sachentscheidungen in die unteren Gremien zu verlagern, um sie dann von der Fakultät vollziehen zu lassen. Die Fakultät soll dadurch entlastet werden. Ein kleines Gremium, der Fakultätsausschuss, der in der Lage ist, rasch Entscheidungen zu fällen, soll die Professoren von Verwaltungslasten entlasten. Der Unterschied zwischen der Medizinischen und der Philosophischen Fakultät besteht erstens darin, daß es in der Philosophischen Fakultät kleine und kleine Institute gibt und zweitens, daß die Fächer sich vielfach überlagern. Es ist auf zu berücksichtigen, daß bei Promotionen nahezu alle Fächer der Fakultät miteinander verbunden werden können. Aus diesen sachlichen Gründen müssen drei wichtige Aufgaben, die in der Medizinischen Fakultät den Sektionen übertragen werden, hier Aufgaben der Gesamtfakultät (des Fakultätsausschusses) bleiben. Es handelt sich um die Berufungen, die Habilitationen und die Promotionen.

Den Funktionen der Medizin:

Dekan
Fakultätsdirektorium
Fakultätsausschuss
Fakultätsversammlung
Sektionsausschüsse
Sollten nach dem Vorschlag der Philosophischen Fakultät drei Gremien entsprechen:

Dekankollegium
Fakultätsausschuss
Sektionsversammlung

1. Das Dekankollegium

Das Dekankollegium setzt sich zusammen aus dem Dekan, Prodekan (Vorgänger des Dekans) und dem designierten Dekan.

Die Dekane werden vom Fakultätsausschuss aus den Reihen der als Sektionsvertreter ernannten Institutsdirektoren gewählt. Die Sektionen sollen im Turnus den Dekan stellen, so daß immer drei Sektionen im Dekankollegium vertreten sind. Die Amtsdauer des Dekans beträgt ein Jahr. Der designierte Dekan wird ein Jahr vor seinem Amtsantritt als Dekan gewählt.

2. Der Fakultätsausschuss

Der Fakultätsausschuss setzt sich zusammen aus dem Dekankollegium, aus den Sektionsvertretern und aus je einem Vertreter der Dozenten, Assistenten und Studenten aus jeder Sektion. Die Professoren werden von der Sektionsversammlung in den Fakultätsausschuss gewählt. Die Dozenten, Assistenten und Studenten werden von ihren entsprechenden Gremien gewählt (d. h. von den Fakultätsversammlungen der Dozenten, Assistenten und

Studenten). Die Wahl in den Fakultätsausschuss erfolgt für ein Jahr. Der Fakultätsausschuss hat die Aufgaben der bisherigen engeren Fakultät. Da Teilnahmepflicht in den Sitzungen bestehen soll, sind für alle Mitglieder Stellvertreter zu wählen.

3. Die Sektionsversammlung

Die Sektionsversammlung setzt sich zusammen aus allen Professoren und Dozenten der Sektion (50 Prozent) und einer proportionalen Beteiligung von je 25 Prozent der Assistenten und Studenten (Fachschaftsvertreter).

(Alternativ für eine kleinere Sektionsversammlung: Die Versammlung setzt sich zusammen aus den Institutsdirektoren und den Institutsleitungen.)

Sie wählt aus dem Kreis der Institutsdirektoren die beiden Vertreter in den Fakultätsausschuss. Die Institute leiten ihre Anträge an die Fakultät über die Sektionsvertreter. Beide vertreten in der Fakultät die Belange aller Institute ihrer Sektion. Die Amtszeit des einen Sektionsvertreters soll ablaufen, wenn die Amtszeit des anderen zur Hälfte abgelaufen ist. Die Sektionsvertreter werden für ein Jahr gewählt.

4. Institut bzw. Seminar

Dem Institut entspricht in der Medizinischen Fakultät die Abteilung.

Organe: Institutsdirektor, Institutsleitung, Institutsversammlung.

Der Institutsdirektor wird aus dem Kreis der Hochschullehrer, in der Regel aus dem Kreis der Professoren, von der Institutsversammlung gewählt. Wiederwahl ist möglich. Er führt die Geschäfte des Instituts und wird dabei von der Institutsleitung beraten und unterstützt. Die Aufgabenverteilung regelt die Institutsatzung.

Die Institutsleitung setzt sich aus gewählten Vertretern (je 1 der Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten) zusammen. Sie berät den Institutsdirektor. Der Vertreter der Professoren ist stellvertretender Institutsdirektor.

Die Institutsversammlung setzt sich zusammen aus den Professoren, den Dozenten und den Assistenten des Instituts (bis zur Hälfte der Anzahl der Hochschullehrer). Für Fragen des Unterrichtes, der Prüfung und der Fortbildung werden ebenso viele Vertreter der Studenten wie der Assistenten hinzugezogen.

Die Institutsversammlung berät und entscheidet über die Institutsordnung, über allgemeine Richtlinien für die Verwendung der Institutsmittel und deren Beauftragung (Bücheranschaffungen, Sonderausgaben usw.), Studienpläne, Personalfragen, soweit sie in die Zuständigkeit des Instituts fallen (Anstellung von Mitarbeitern und Assistenten). Sie wählt die übrigen Organe des Instituts.

Vorschlag für eine Gliederung in vier Sektionen

Sektion I:
Philosophisches Seminar
Soziologisches Seminar
Pädagogisches Seminar
Psychologisches Institut
Seminar für Katholische Religionsphilosophie
Seminar für Evangelische Theologie

Sektion II:
Historisches Seminar
Seminar für Alte Geschichte
Seminar für Vor- und Frühgeschichte
Seminar für Hilfswissenschaften der Altertumskunde
Seminar für osteuropäische Geschichte

Sektion III:
Seminar für Klassische Philologie
Romanisches Seminar
Englisches Seminar mit Amerika-Institut
Slawisches Seminar
Deutsches Seminar mit Institut für Deutsche Sprechkunde

Sektion IV:
Archäologisches Institut
Kunstgeschichtliches Institut
Musikwissenschaftliches Institut
Indogermanisches Seminar
Orientalisches Seminar
Ostasiatisches Seminar
Seminar für Volkskunde
Institut für deutsche Volkskunde

Außerhalb der Sektionen:
Institut für Leibesübungen

Vorschlag für eine Gliederung in drei Sektionen:

Seminar für Vor- und Frühgeschichte
Seminar für Hilfswissenschaften der Altertumskunde
Seminar für osteuropäische Geschichte
werden der IV. Sektion zugeordnet.
Historisches Seminar
Seminar für Alte Geschichte
werden der III. Sektion zugeordnet.
Die II. Sektion entfällt.

Diese Aufteilung hätte den Vorteil, daß alle Schulfächer in einer Sektion zusammengeschlossen wären. In der III. Sektion befinden sich nun alle Fächer, für die es kein Staatsexamen und kein Diplom gibt. Sie kennen nicht die Probleme der sogenannten Massenfächer.

Kommentar

zu I. Spitzenorgane der Universität

zu 1. u. 2. Direktorium und Präsident
In der Einleitung wurde für die Hochschule weitgehende Autonomie gefordert, um eine ungehinderte Entfaltung der Wissenschaften und eine moderne rationale Wissenschaftsplanung im Bereich der Hochschule zu ermöglichen. Deshalb erhält die Hochschule auch die völlige Finanzautonomie, d. h. sie erhält ihre gesamten Haushaltsmittel pauschal, die sie dann entsprechend dem von ihr erstellten Haushaltsplan verteilt. Die Hochschule ist zwar eine Körperschaft des öffentlichen Rechts wie andere Körperschaften öffentlichen Rechts und kann hieraus kein Recht auf Autonomie ableiten. Während aber die anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts delegierte Kontrollfunktionen und Regelungen innerhalb staatlich gesetzter Normen wahrnehmen, ergibt sich die Sonderstellung der Hochschule aus der einzigen ihre Freiheit beschränkenden staatlichen Norm der Bindung von Forschung und Lehre an die verfassungsgemäße Ordnung durch das Grundgesetz. Innerhalb dieses Rahmens ist sie zur ständigen kritischen Analyse der Gesellschaft und ihrer staatlichen Organisation aufgerufen.

Anhang

1. Habilitationsordnung. Die Habilitation wird beim Dekan beantragt. Der Dekan bildet einen Habilitationsausschuß, dem die Professoren und Dozenten des betreffenden Faches sowie weitere, dem Fach nahestehende Hochschullehrer angehören, die in Übereinstimmung mit dem Fakultätsausschuß bestimmt werden. Die Mitglieder dieses Ausschusses beurteilen gutschichtlich die wissenschaftliche Qualifikation des Bewerbers auf Grund der eingereichten veröffentlichten und nichtveröffentlichten Arbeiten. Die Anfertigung einer besonderen Habilitationsschrift soll nicht zwingend vorgeschrieben sein. Neben dem Kolloquium vom Habilitationsausschuß, erweitert durch den Fakultätsausschuß, soll bei der Beurteilung der Lehrbefähigung die etwaige bisherige Lehrtätigkeit berücksichtigt werden.

Die Entscheidung über die Habilitation fällt der Erweiterte Habilitationsausschuß mit einfacher Mehrheit nach Anhören des Engeren Habilitationsausschusses, gegen die Mehrheit des Engeren Ausschusses nur mit Zweidrittelmehrheit. Wenn diese Mehrheit nicht zustande kommt, gilt die Entscheidung des Engeren Ausschusses. — Allen Hochschullehrern der Fakultät steht es frei, Einsicht in die Bewerbungsunterlagen nehmen, sich schriftlich dazu zu äußern und am Kolloquium teilzunehmen. Das Verfahren soll spätestens zehn Monate nach Beginn abgeschlossen sein.

2. Für die Ernennung zum Professor und für Berufungen von Dozenten oder Professoren könnte formal dasselbe Verfahren wie bei der Habilitation angewendet werden. Die Ausschüsse setzen sich wie bei den Habilitationen zusammen und stimmen in gleicher Weise ab. Bei der Ernennung zum Professor sind gemäß der Rahmensezung drei auswärtige Gutachten einzuholen.

3. Promotion. Antrag beim Dekan. Verfahren wie bisher, nur sind alle Hochschullehrer (evtl. auch wissenschaftliche Assistenten) des Fachs berechtigt, in die Dissertation Einsicht zu nehmen und schriftliche Gutachten abzugeben. Alle Hochschullehrer sind im Haupt- und Nebenfach prüfungsberechtigt.

Zur Wahrnehmung dieser Funktionen, die von keiner anderen Körperschaft des öffentlichen Rechts in nur annähernd vergleichbarer Weise ausgeübt werden, dürfen die Zielsetzungen der Hochschule nicht fremdbestimmt, d. h. staatlich reglementiert werden. Somit leitet sich aus dieser Seite her ihr Anspruch auf weitestgehende Selbstverwaltungs- und Finanzautonomie ab.

Die Beschlußfassung über die allgemeinen akademischen, die Verwaltungs- und Planungsfragen kann prinzipiell auf zwei Wegen erfolgen: Das (umfangreiche) Universitätskonzil oder ein kleines vom Konzil gewähltes Gremium, an dessen Spitze ein mit alleiniger Entscheidungsbefugnis ausgestatteter Präsident stehen kann.

Für die Alternative, das Konzil mit allen Entscheidungsbefugnissen zu betrauen, spricht die dadurch gebotene Möglichkeit, alle Gruppen der Hochschule an der Beschlußfassung zu beteiligen. Die Vertreter der Gruppen müssen, um rasch gerechte Entscheidungen fällen zu können, u. a. jedoch fortlaufend schnell und umfassend über die Strömungen und Erfordernisse ihrer Wissenschaft orientiert sein und Kenntnisse im modernen Manage-

ment besitzen. Der Erwerb dieser Kenntnisse erfordert heute noch eine andauernde intensive Beschäftigung mit diesem Problem. Hierzu ist der Mehrzahl der Konzilmitglieder entsprechend ihren anderen Aufgaben in Wissenschaft und Studium keine Möglichkeit gegeben. Die Entscheidungen des Konzils laufen in dieser Situation Gefahr, auf das Niveau eines reinen Ausscheidens der Interessen der einzelnen Gruppen abzusinken, während die aus der Funktion sich ergebenden Sachzwänge in der Hintergrund treten. Andererseits sind die von der Gesellschaft für die Wissenschaft und Erziehung aufgewendeten großen Summen besonders auch zur Erzielung eines ökonomischen Effektes gedacht, um wirtschaftlich in der Welt bestehen zu können. Während heute in der Politik funktionsbezogenen Fragestellungen immer mehr der Vorrang gegeben wird, gebietet es die einfachste Verantwortlichkeit der Universität, die Effektivität ihres Wirkens als eines ihrer wesentlichen Kontrollkriterien anzusehen. Um diese Effektivität zu gewährleisten, wird in dem vorliegenden Reformvorschlag die Ebene der Entscheidungsbefugnis streng von derjenigen der Kontrolle getrennt.

Das zur Leitung der Universität vorgesehene Direktorium wird aus mehreren Gründen mit dieser großen Entscheidungsbefugnis ausgestattet. Einmal muß das Direktorium das von ihm erarbeitete Gesamtkonzept der Wissenschafts- und Finanzplanung wirkungsvoll durchführen und die Verwaltung entsprechend den Erfordernissen der Hochschule leiten können. Deshalb sind die Direktoren während ihrer vierjährigen Amtszeit nicht abwählbar. Es können nur einzelne Beschlüsse des Direktoriums vom Konzil mit einer qualifizierten Mehrheit aufgehoben werden.

Zum anderen muß das Direktorium als Verhandlungspartner eine starke Position besitzen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wird von den Direktoren eine hohe Qualifikation gefordert. Um diese Stellung für Bewerber mit solcher Qualifikation attraktiv zu gestalten, wurde sie mit der großen Entscheidungsbefugnis ausgestattet. Außerdem erhalten die Direktoren für die Dauer ihrer Amtsführung eine Vergütung entsprechend B 8 oder, wenn das mehr ist, eine zuzügliche Vergütung von 25 Prozent zu ihren bisherigen Bezügen, um auch befähigte Bewerber aus der Wirtschaft zu gewinnen.

Wegen der Vielschichtigkeit der Aufgaben des Direktoriums werden die Direktoren gleichberechtigt, jährlich je einer neu oder wieder gewählt; gleichzeitig wird die Kontinuität in der Arbeit des Direktoriums gewährleistet. Demgegenüber wird bei Ausscheiden des Präsidenten mit großer Wahrscheinlichkeit die gesamte Führungsspitze abgelöst, eine neue muß sich erst einarbeiten, während bei dem Direktoriumsprinzip jeweils nur ein Direktoriumsmitglied zu ersetzen ist, und so die Möglichkeit besteht, durch Zuwahl mit der Zeit eine gut aufeinander eingespielte Führungsspitze zu gewinnen.

Aus diesen Gründen wird dieser Form der Universitätsspitze der Vorrang gegeben gegenüber derjenigen eines allein entscheidungsberechtigten Präsidenten, der sich aus Mitteln selbst wählt. Die letztere Form besitzt den Vorteil größerer Straffheit und wurde deshalb von einigen Mitgliedern unserer Versammlung bevorzugt. Es wird aber gerade auf das gute Zusammenwirken gleichberechtigter und damit gleichqualifizierter Direktoren Wert gelegt, die deshalb den Präsidenten selbst aus ihrer Mitte wählen. Darum wird auch darauf verzichtet, den Prä-

sidenten vom Konzil direkt wählen zu lassen.

zu 1.3. Konzil

Die Reformvorschlüge der Nichtordinarien gehen davon aus, daß eine direkte Reform gegenüber der heutigen Situation jeder Gruppe an der Hochschule nicht nur einer Gruppe günstiger Arbeitsbedingungen bringen soll. Dies bedingt u. a., daß jede Gruppe ihre Belange wirksam zur Geltung bringen kann. Neben der Kontrolle der Effektivität der Arbeit der Universität muß auch gewährleistet werden, daß diese Effektivität nicht einseitig, auf Kosten einer Gruppe, erzielt wird, sondern ein möglichst gerechter Ausgleich der Rechte, Pflichten und Erwartungen für alle Hochschulangehörigen hergestellt wird.

Wird eine Gruppe gegenüber den Arbeits- und Lebensbedingungen der übrigen Gesellschaft benachteiligt, so wird sie die Hochschule verlassen oder aber, wenn ihr kein anderer Weg zur Erreichung ihres Berufsziels offen bleibt, revoltieren. Es ist Aufgabe des Direktoriums, einen gerechten Ausgleich der verschiedenen Gruppeninteressen herbeizuführen.

Das Konzil besteht durch Wahl die Direktoren und übt mit Hilfe der von ihm bestimmten Kontrollkommission die Kontrolle über deren Amtsführung aus. Damit soll es in die Lage versetzt werden, Mißstände wirksam zu beheben. Verweigert das Konzil dem Direktorium auf Grund eines Vorschlages der Kontrollkommission die Entlastung, so ist dies für das Direktorium kein zwingender Grund zum Rücktritt. Das Konzil kann nur durch die Aufhebung eines Beschlusses des Direktoriums auf dessen Amtsführung direkt einwirken. Außerdem ist dem Konzil durch die Kommission für Wissenschafts- und Hochschulplanung die Möglichkeit gegeben, Vorstellungen in Konkurrenz zu denjenigen des Direktoriums zu entwickeln und damit neben der Kontrollfunktion zur Belebung der geistigen Auseinandersetzung beitragen. Die Kommission hat darüber hinaus die Aufgabe, Vorschläge für Satzungsänderungen auszuarbeiten und dadurch eine permanente Kontrollfunktion über die Satzungen und ihre Funktionstüchtigkeit zu gewährleisten. Damit das Direktorium, obwohl es nicht abwählbar ist, von dem Konzil nicht ohne weiteres durch eine Satzungsänderung entmachtet werden kann, erhält es bei Satzungsänderungen ein aufhebendes Vetorecht, sowie das Recht, dem Konzil einen eigenen Vorschlag zu unterbreiten, dem letzteres mit 60 Prozent Stimmenmehrheit zustimmen kann.

Bei der schnellen Entwicklung der Wissenschaft und der gesellschaftlichen Strukturen sowie der modernen Wirtschaftsführung kann eine Satzung nur fortwährende Entwicklung durch Impulse von den Mitgliedern des Kuratoriums aus, während andererseits durch Konzil und Direktorium eine wirkungsvolle Teilnahme des Kuratoriums an den Universitätsentscheidungen zu gewährleisten ist. Es sind deshalb solche Mitglieder für das Kuratorium zu gewinnen, von denen eine aktive Teilnahme am Universitätsleben zu erwarten ist.

zu 1.5. Verwaltungsrat
Der Verwaltungsrat ist ebenso wie die gesamte Verwaltung der Weisungsbefugnis des Direktoriums unterstellt. Der höchste Verwaltungsrat, der aus dem Verwaltungsrat, dem Kuratorium und damit wählbar, dadurch soll eine eindeutige Einordnung der Verwaltung in die Autonomie der Universität erreicht werden.

erläutert wird. Da in der Übergangsphase, bedingt durch die derzeitige Situation, die Zahl der Professoren relativ groß sein wird, sprach sich die Mehrzahl der Nichtordinarien für die im Plan angegebene Stimmverteilung von 40:20:20 aus, entgegen dem ursprünglichen Vorschlag (angeregt durch die Nichtordinarien der Medizinischen Fakultät), der eine partielle Stimmverteilung von je 25% vorsah.

Andererseits sind die Vorstellungen über die prozentualen Anteile der einzelnen Gruppen für die Besetzung der Universitätsorgane heute mit einseitigen, sachlich völlig ungerechtfertigten Prestigeforderungen verbunden. Um diese Prestigeforderungen auf politisch-irrationale Weise durchzusetzen, werden sie schon für die heutige Struktur zu Vorbedingungen für jegliche Verhandlungen von allen Seiten erhoben. Dies gilt besonders für die Forderung nach der sogenannten Drittel-Parität, die die Interessen der derzeit an der Universität vorhandenen Gruppen vollständig ignoriert. Letztere Forderung kann deshalb nicht auf Unwissenheit oder auf bewußt falscher Darstellung beruhen. In ähnlicher Weise trifft dies für jede Forderung zu, die durch eine ungerechtfertigt einseitig gewichtete prozentuale Verteilung einer Gruppe eine höhere Macht erreicht. Solange diese Standpunkte beibehalten werden, sind die Möglichkeiten zu sachlichen Gesprächen und rationaler Argumentation nicht vorhanden. Unter diesen Bedingungen ist es an vielen Hochschulen zu tiefgehenden Kontrollversuchen gekommen, bei denen das gemeinsame Anliegen aller Gruppen, die Universität, auf der Strecke zu bleiben droht.

Die Zahl der Mitglieder des Konzils wurde mit etwa 20 relativ hoch angesetzt, um eine gute, repräsentative Verteilung der Hochschulangehörigen zu erhalten. Die von den verschiedenen Gruppen gewählten Vertreter üben ein freies Mandat aus, das dem parlamentarischen, auf Herstellung von Konsens zielenden Prinzip entspricht. Aus dem gleichen Grunde würde die Einführung eines Gruppenvetorechts den hier verfolgten Prinzipien widersprechen. Die Konzilsvertreter werden für 2 Jahre gewählt: 50% jeder Gruppe im alternierenden Zyklus. Die Studentenvertreter werden für ein Jahr gewählt.

zu 1.4. Kuratorium

Das Kuratorium soll entsprechend unseren Vorstellungen aktiv an der Arbeit der Universität, besonders der des Direktoriums teilnehmen und ein wesentliches Bindeglied zwischen der Öffentlichkeit und der Universität darstellen, um diese bisher vernachlässigten Wechselbeziehungen zu verstärken. Hierbei müssen wesentliche als statisches Element aufzufassen werden. Allerdings sind bei diesen Anpassungen auch die Gesetzmäßigkeiten solcher dynamischer Prozesse zu beachten. Den durch Beschlüsse in Gang gesetzten Entwicklungen ist genügend Zeit zu lassen, damit sie voll wirksam werden können und nicht durch instabile Eingriffe im Keime erstickt werden. Die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kontroll- und der Wissenschaftskommission ist durch eine Geschäftsordnung zu bestimmen. Die Kontrollkommission entspricht in ihrer Zusammensetzung der des Konzils.

Der Modus zur Festlegung des prozentualen Anteils der Vertreter der einzelnen Gruppen geht von der völlig veränderten Gestaltung der Laufbahn des Hochschullehrers aus, die später

zu III. Die akademische Laufbahn

zu III. 1. Studium und Promotion

Als Voraussetzung für die Neuordnung der akademischen Laufbahn sind Studiengang und Promotion neu zu ordnen. Das Studium sollte nach 4, maximal nach 6 Jahren abgeschlossen sein. In der Fachrichtung Medizin wird der Doktorat (Dr. med.) mit dem Staatsexamen verknüpft. Die Promotionsarbeit wird durch eine kurze, auf drei Monate beschränkte Studienarbeit ersetzt. Jedes Studium hat mit einem staatlich anerkannten Examen abzuschließen, das zur Ausübung eines der akademischen Vordiplome entsprechenden Berufes berechtigt.

Für diejenigen Mediziner, die die wissenschaftliche Laufbahn einschlagen wollen, wird durch die Promotion der Titel Dr. med. erworben. Wir befürworten darüber hinaus eine Neuordnung des Medizinstudiums entsprechend den Vorschlägen des Wissenschaftsrats.

Das Dissertationsthema ist so zu wählen, bzw. im Verlauf der Arbeit so zu ändern, daß die Anfertigung der Arbeit in der Regel nicht länger als zwei Jahre in Anspruch nimmt. Der Abschluß muß spätestens nach drei Jahren erfolgt sein. Um die Doktorandenzeit voll für die Ausbildung nutzbar zu machen, wird sie ganz in die Studienstunde einbezogen. Während dieser Zeit hört der Doktorand auf Vordiplom des Doktorats betreuenden Hochschullehrers ausgewählte Unterrichtungsveranstaltungen. Um die Promotion von der finanziellen Situation des Doktoranden unabhängig zu machen, wird ein Promotionsstipendium gewährt, das heute für Ledige DM 600,— bis 800,— betragen sollte. Dem Doktoranden kann gewährt werden, eine höchstens ein- bis zweiwöchige Anfangsverlorenheit oder -kurs zu halten, wofür er ein Entgelt von ca. DM 300,— pro Semester erhält.

zu III. 2. Die akademische Laufbahn

Um dem wissenschaftlichen Nachwuchs die Möglichkeit zum schnellen Eindringen in die Probleme der Wissenschaft und die dafür benötigten Arbeitsmöglichkeiten zu öffnen, wird die akademische Laufbahn neu gestaltet.

Der Stellenplan sieht nicht mehr wie bisher Planstellen für die einzelnen Dienststellungen, sondern allgemeine wissenschaftliche Stellen vor, deren jede je nach Qualifikation von einem Assistenten, Dozenten oder Professor besetzt sein kann. Hiermit wird ein kontinuierlicher Übergang von einem akademischen Grad zum anderen auf derselben Stelle ermöglicht, die seitherige Trennung von der Dienststellung entfällt. Die Verleihung des nächsthöheren Grades und damit die höhere Bezahlung erfolgt aus haushaltstechnischen Gründen jeweils zum Jahreswechsel.

(Eine Gruppe von Nichtordinarien hat gegen diesen Punkt haushaltspolitische Bedenken geäußert, die jedoch hinsichtlich sein dürften, wenn die Universität die Haushaltsautonomie besitzt).

zu III. 3. Der wissenschaftliche Assistent

Die vorgeschlagene Abstufung der Laufbahn erfolgte nach folgenden Gesichtspunkten:

Der wissenschaftliche Assistent hat während der Promotionszeit die wissenschaftliche Arbeitsmethode erlernt und sich in ein Gebiet eingearbeitet. Auf dieser Grundlage kann er seine weitere wissenschaft-

liche Tätigkeit aufbauen und erwirbt gleichzeitig Erfahrung in der Lehre. Er befindet sich in der Abschlussphase seiner Ausbildung.

Die Vertreter der Assistenten überweisen die Berechtigung der dem Assistenten erteilten Weisungen.

Besonders ist auch an der Stellung des wissenschaftlichen Assistenten hervorzuheben, daß er nicht mehr von einer Einzelperson, sondern von einem Gremium, der Sektion oder Fakultät, eingestellt und entlassen wird.

zu III. 4. Der Dozent

Die Habilitation ist jetzt als Regelfall ohne spezielle Habilitationsarbeit möglich, d. h. sie verliert ihren derzeitigen Charakter als Prüfung und stellt nur eine Qualifikation für die nächste Stufe der Laufbahn dar. Die Möglichkeit, das Verfahren selbst zu beantragen, befreit den Habilitanden von persönlichen Abhängigkeiten. Der Erwerb der wissenschaftlichen Qualifikation ist für die Bewerber, die nicht aus dem Bereich der Hochschule kommen, zu denselben Bedingungen wie für Hochschullehrer möglich.

Berufung und Bewerbung stehen für alle wissenschaftlichen Stellen gleichwertig nebeneinander.

Die Unhabilitation ist in jedem Fall ohne Einschränkung möglich.

Der Dozent hat mit der Verleihung der venia legendi die Berechtigung zu eigenverantwortlicher Lehre und Forschung erworben. Hierfür hat er sich bislang nur im Bereich der eigenen Hochschule qualifiziert. Nun muß er sich, über den Rahmen seiner speziellen Forschung hinaus, den ganzen Bereich seines Faches erarbeiten. Deshalb darf er noch nicht, wie die älteren Dozenten und Professoren, in vollem Umfang mit Lehrverpflichtungen und akademischer Verwaltungsarbeit belastet werden.

Die Vertreter der Dozenten überwachen, daß den jüngeren Dozenten in Forschung und Lehre für eine Übergangszeit ausreichende Möglichkeit zu weiteren Qualifikationen gegeben und die Weisungsfreiheit bewahrt wird.

zu III. 5. Der Professor

Der Professor hat in seinem Fachgebiet über den Rahmen der Hochschule hinaus gewirkt. Er hat die höchste Qualifikationsstufe der wissenschaftlichen Laufbahn erreicht, somit kann auf eine weitere Unterteilung dieser Gruppe verzichtet werden.

(Eine starke Minderheit der Nichtordinarien sah eine Preisgabe der derzeitigen Unterteilung in Ordinarien und Nichtordinarien zumindest als verfrüht an.)

Damit bei der jetzt gegebenen schnellen Aufstiegsmöglichkeit nicht alle zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Stellen sehr rasch nur mit Hochschullehrern besetzt sind, müssen die Hochschulen im Interesse einer gewissen Personalpolitik und um ihren Standard möglichst hoch zu halten, strenge Auswahlkriterien bei den Ernennungen anwenden.

Besoldung

Um bei der benötigten Anzahl von Hochschullehrern die Laufbahn attraktiv zu gestalten, wird die Besoldung von der wissenschaftlichen Qualifikation und nicht von der Dienststellung abhängig gemacht. Aus diesem Grund sind Besoldungsverbesserungen bei der Habilitation und bei der Ernennung zum Professor vorgesehen, damit auch auf internationaler Ebene die Konkurrenzfähigkeit erreicht wird. Mit der Hochschulreform fällt die Position des „deutschen Ordinarius“ als wesent-

licher Anreiz zur Rückgewinnung deutscher Wissenschaftler aus dem Ausland weg. Die Besoldungsverbesserung muß auch hierfür einen Ausgleich schaffen.

Der wissenschaftliche Assistent soll im Angestelltenverhältnis nach BAT 1b eingestuft werden. Zugleich sollte ihm auch die Möglichkeit zu begrenzter Nebenamtlichkeit eingeräumt werden.

Der Dozent wird entsprechend der jetzigen H 3-Stufe besoldet, der Professor nach B 3. Kollegeldpauschalen und Sondergehälter bleiben erhalten.

Zur Ablösung des alten und umständlichen Besoldungssystems wird eine Einbeziehung der Kollegeldpauschalen sowie der Sondergehälter in die Grundgehälter empfohlen. Die Stufe H 3 wird damit um DM 100,— angehoben. Die Besoldungsstufen der Professoren reichen dann von B 4 bis B 10.

Zur Stärkung der Unabhängigkeit aller, besonders der experimentell arbeitenden Wissenschaftler erhält jeder wissenschaftliche Assistent und Hochschullehrer einen persönlichen Mindestetat für die Forschung. Dieser Etat wird je nach Fachgebiet und wissenschaftlicher Aktivität des Forschers aufgestockt. Wollen mehrere Wissenschaftler ein größeres Forschungsobjekt bearbeiten, wird die Zusammenarbeit durch Zusammenlegen der Etats gefördert. Über den persönlichen Etat kann bei mehreren gleichwertigen Wissenschaftlern innerhalb einer Abteilung ein Ausgleich der unterschiedlichen Stellung von Abteilungsleiter und den übrigen Hochschullehrern erzielt werden.

Übergangsregelungen sind durch die Universitätsstatuten festzulegen. Hierbei dürfen schon bestehende Rechte nicht geschmälert werden.

Prüfungen

Soweit möglich, sollen die Prüfungen schriftlich durchgeführt werden und die Prüfungsarbeiten einheitlich für die ganze Bundesrepublik gestellt werden. Nachprüfungen haben, wenn es durchführbar ist, mündlich zu erfolgen.

Hierdurch wird eine bessere Vergleichbarkeit der Prüfung erzielt und eine Anhebung des Leistungsniveaus angestrebt.

Kommentar zur Gliederung der Medizinischen Fakultät

Die Fakultäten sind heute in den meisten Fällen zu groß, um Vertreter aller Gruppen wirkungsvoll an den Entscheidungen zu beteiligen. Das gilt besonders auch für die Medizinische Fakultät. Deshalb wird für sie eine Aufteilung in Sektionen vorgeschlagen, die in ihrer Funktion an die Stelle der jetzigen Fakultät treten. Es ist jedoch aus einer Reihe von Gründen erforderlich, die FakultätsEbene beizubehalten:

Sie bildet den unbedingt notwendigen Rahmen für die Zusammenarbeit der verschiedenen theoretischen und klinischen Disziplinen. Nur auf diese Weise kann die Berufsausübung mit den Gesundheitsbehörden gewährleistet werden.

Die Fakultät muß für die wesentliche Verbindung zwischen den Sektionen und dem Direktorium Sorge tragen, indem sie die Belange ihrer Sektionen bei dem Direktorium der Universität wirkungsvoll vertritt.

Andererseits hat sie innerhalb ihres Rahmens für einen Ausgleich der Interessen der einzelnen Sektionen zu sorgen und hierbei das Interessenpaß zu verhindern, das die Entwicklungs-

lichkeit junger oder gerade besonders forschungstintensiver Disziplinen unmöglich macht.

zu 1. Fakultätsdirektorium

An die Fakultätsspitze wird deshalb ein Direktorium ähnlich demjenigen der Universität gestellt, um alle diese Funktionen wirkungsvoll erfüllen zu können. Der höchste Verwaltungsbeamte der Fakultät ist ebenfalls wählbar, damit die Verwaltung auch auf der FakultätsEbene und in den nachgeordneten Verwaltungsbereichen effektiver gestaltet wird.

Weitere wesentliche Aufgaben des Direktoriums liegen in der Erfassung des Bedarfs an Mitteln für Lehre und Forschung sowie deren Verteilung. Die Zugehörigkeit je eines Mitgliedes der verschiedenen Sektionen (Subfakultäten) zum Fakultätsdirektorium schafft die Voraussetzung für eine intensive interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb der Fakultät und soll die Einrichtung zentraler Institutionen, die allen Sektionen zur Verfügung stehen, sowie die zeitweilige Einrichtung interdisziplinärer Forschungsgruppen ermöglichen.

zu 3. Fakultätsausschuß

Der von den Vertretern der Sektionen gebildete Fakultätsausschuß berät das Fakultätsdirektorium in schwierigen Fragen. Er nimmt die wichtige Funktion der Schlichtungsinstanz bei strittigen Fragen zwischen und innerhalb der Sektionen wahr. Hierzu gehören u. a. Berufungs-, Habilitations- und Promotionsfragen.

zu 4. Fakultätsversammlung

Die Fakultätsversammlung wählt das Fakultätsdirektorium, wobei die Vertretung jeder Sektion durch einen entsprechenden Wahlvorschlagn gewährleistet sein muß. Durch die Entgegennahme des Jahresberichts und durch die Entlastung des Direktoriums wird die Fakultätsversammlung zum demokratischen Kontrollorgan des Spitzengremiums der Fakultät.

Die Bildung einer Beschwerdekommision soll die Möglichkeit geben, in besonders gelagerten Fällen dem Universitätsdirektorium und der Kontrollkommission des Konzils direkt zu berichten.

zu 5. Sektionen

Die Sektion umfaßt die früheren Kliniken und Institute, d. h. die jetzigen Zentren, fachlich benachbarter Disziplinen. Hierdurch ist die Gewähr für qualifizierte Sachentscheidungen gegeben. Dies ist besonders wesentlich, weil die Sektionen die oberste Ebene darstellen, auf der Forschung und Lehre dominieren. In ihrem Bereich wird die akademische Tätigkeit überwiegend wirksam. Aus diesem Grunde sollen die für die wissenschaftliche Forschung wichtigen Grundsatzentscheidungen auf SektionsEbene gefaßt oder zumindest abgeklärt werden.

Durch die Zuweisung wissenschaftlicher Plan- und wissenschaftlicher Mitarbeiterstellen und durch die permanente oder vorübergehende Pflege von Spezialgebieten aus eigenen Mitteln kann die Sektion entscheidenden Einfluß auf die Weiterentwicklung spezieller Zweige der medizinischen Forschung nehmen. Um diesen Aufgaben nachkommen zu können, sind verschiedene Kommissionen zu bilden, deren Zusammensetzung von den speziellen Erfordernissen abhängig ist. Die Kommission für Grundsatzfragen des Unterrichts, der Prüfungen und Fortbildung ist paritätisch aus Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten

zu besetzen. Die Kommission für Promotions-, Habilitations- und Ernennungen sollte dagegen nur aus Hochschullehrern bestehen. Das Ergebnis der Kommissionsarbeit ist dem Sektionsausschuß zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen.

zu 6a u. b. Zentrum

Die zunehmende Aufgliederung der bisherigen umfassenden Fachgebiete der Medizin in wissenschaftliche Spezialbereiche macht die Einrichtung zahlreicher spezieller Abteilungen notwendig. Aus Gründen einer intensiven wissenschaftlichen Zusammenarbeit, der Koordination der ärztlichen Versorgung und der Fachausbildung sowie der Verwaltungvereinfachung ist ein Zusammenschluß zu übergeordneten Verwaltungseinheiten — den Zentren — notwendig. Dem Direktorium des Zentrums kommen im wesentlichen Verwaltungsaufgaben zu, die auch die Schaffung der notwendigen klinischen Einrichtungen zur Versorgung der Patienten, den Einsatz des Pflege- und medizinisch-technischen Personals umfassen. In der Regel sind das Direktorium oder der geschäftsführende Direktor nicht für Fragen der Forschung und des wissenschaftlichen Personals zuständig. Um in großen klinischen Zentren die Übersichtlichkeit auch in diesen Bereichen zu erhalten, können von den Sektionen gewisse Entscheidungsbefugnisse für Forschung und wissenschaftliches Personal an das Zentrum delegiert werden.

zu 6c. Abteilung

Die Abteilung ist die kleinste selbständige Einheit der Medizinischen Fakultät. Die Anzahl der Abteilungen im Rahmen eines Zentrums richtet sich nach der Zahl der verschiedenen wissenschaftlichen Spezialbereiche. Die wissenschaftliche Entwicklung kann eine Vermehrung, aber auch eine Reduzierung dieser Zahl bedingen. Eine Entscheidung hierüber wird auf SektionsEbene gefaßt und vom Direktorium der Universität bestätigt. Wird eine Abteilung aufgelöst, so erlischt auch der Anspruch des Professors auf seine Stellung als Abteilungsleiter. Die wissenschaftliche Entwicklung kann es außerdem erfordern, die Zentrums- bzw. Sektionszugehörigkeit einer Abteilung neu zu bestimmen. Hierüber kann der Abteilungsleiter mit dem Fakultäts- bzw. Universitätsdirektorium beraten.

Die Größe der Abteilungen sollte sich nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates richten. Die Abteilung verfügt über einen eigenständigen wissenschaftlichen Personal- und Sachapparat. Darüber hinaus können ihr zusätzliche Personal- und Sachmittel von der Sektion und der Fakultät auf Zeit zur Verfügung gestellt werden.

Bei klinischen Abteilungen ist die Zahl der Privatbetten auf 10 Prozent der Gesamtbettenzahl der Abteilung zu begrenzen.

Über die Verteilung der Nebeneinnahmen treffen die Abteilungsleiter mit den Hochschullehrern und Oberärzten des Zentrums entsprechende Vereinbarungen. Soweit Dienstleistungen von Einrichtungen des Zentrums geleistet werden, bestimmt die Zentrumsordnung die Verteilung dieser zusätzlichen Einnahmen. Grundsatz sollte sein, daß demjenigen, der die ärztliche Leistung vollbringt und die Verantwortung dafür trägt, die entsprechende Einnahme zufließt.

Frankfurt am Main, den 4. 7. 1968
Für den Rat der Nichtordinarien
gez. Vossius

Druck: Druck- und Verlagshaus
Frankfurt a. M. GmbH, Frankfurt

Reformuniversität oder Wissensfabrik?

Zwei Milliarden für die Hohe Schule im Revier

Bis 1972 soll Bochum 18 000 Studenten aufnehmen / Von Manfred Thier

Fast auf den Tag sind es drei Jahre her, daß die neue Ruhr-Universität in Bochum eröffnet worden ist. Der Beschluß des nordrhein-westfälischen Landtags, mitten im „Revier“ eine neue Hochschule zu errichten, datiert jedoch schon aus dem Jahr 1961. Inzwischen sind drei der dreizehn riesigen, aus Fertigteilbau zusammengesetzten Baukörper bezogen, vier weitere werden es zu Beginn des Wintersemesters. Die übrigen sechs stehen im Rohbau da. Einschließlich der verbindenden Trakte für die Laboratorien und Werkstätten, der großen Auditorien und des Verwaltungszentrums wird das ganze Projekt, sechs Kilometer vom Stadtzentrum auf hügeligen Gelände angesiedelt, bis zum Jahr 1972 fertig sein. Dann wird es das Land Nordrhein-Westfalen rund zwei Milliarden Mark gekostet haben.

Daß sich das Düsseldorfer Parlament dazu entschlossen hat, eine solche Summe aufzubringen, hat seinen Grund vor allem darin, daß die vorhandenen Hochschulen nicht ausreichen, um die ständig wachsenden Studentenzahlen aufzunehmen. Die Bochumer Ruhr-Universität ist als Entlastungsuniversität gegründet worden. Von den 18 000 Studenten, denen sie Platz bieten soll, bevölkern schon über 6000 den Campus, also das Doppelte der Zahl, welche die Neugründungen in Konstanz, Ulm, Bielefeld jemals haben sollen. Außerdem soll die neue Hohe Schule eine Erschließungsuniversität für das Ruhrgebiet sein. Tatsächlich kommen 60 Prozent der derzeitigen Studenten aus dem Revier. Der Anteil der Arbeiterkinder ist mit 13 Prozent höher als an anderen Universitäten.

Ist die Ruhr-Universität nun aber auch — wie die anderen Neugründungen — eine Reformuniversität? Ihr Rektor, der nur wenig über vierzig Jahre alte Wirtschaftsjurist Biedenkopf, bejaht diese Frage. Er begründet seine Antwort mit dem Hinweis, daß die Ruhr-Universität ohne historischen Ballast, wenn gleich nicht ohne historische Führung aufgebaut werde. Das müsse nicht bedeuten, daß man in Bochum alles anders mache. Es bedeute aber, daß man alles bewußter mache. Der Assistentensprecher, Dr. Westphalen, schränkt die Bezeichnung als Reformuniversität jedoch auf den Vergleich mit den alten Universitäten ein. Und der ASTA-Vorsitzende spricht schlichtweg von einer Massenuniversität mit Ausbildungsfunktion, einer „Wissensfabrik“.

Rektor Biedenkopf sieht die Chance Bochums, eine Reformuniversität zu sein, darin, daß die Professoren jeweils unterschiedliche Erfahrungen mitbringen und jeder somit die Vorstellungen des anderen in Frage stellt. Es gibt nicht die Sicherheit wie anderswo jene Sicherheit, die auch Erstarrung sein kann. Jede Form muß sich beständig bewähren. Da Bochum eine Universität im Werden ist, gibt es auch keine Bestände, die von den Professoren verteidigt werden könnten. Rund zwei Drittel von ihnen haben ihren ersten Ruf nach Bochum erhalten. Das führt dazu, daß Begriffe wie Anciennität und Hierarchie keine nennenswerte Rolle spielen.

Eine unzufriedenstellende Neuerung gegenüber den alten Universitäten besteht darin, daß die Ruhr-Universität nicht in Fakultäten, sondern in Abteilungen gegliedert ist. Es gibt 18 solcher Abteilungen. Es sind dies: die evangelisch-theologische Abteilung, die katholisch-theologische Abteilung, die Abteilung für Philosophie, Pädagogik und Psychologie, die Abteilung für Geschichtswissenschaft, die Abteilung für Sprach- und Literaturwissenschaft, die rechtswissenschaftliche Abteilung, die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung, die sozialwissenschaftliche Abteilung, die Abteilung für Maschinenbau und konstruktiven Ingenieurbau, die elektrotechnische Abteilung, die mathematische Abteilung, die physikalische Abteilung, die geowissenschaftliche und astronomische Abteilung, die chemische Abteilung, die biologische Abteilung, die naturwissenschaftliche medizinische Abteilung, die theoretische medizinische Abteilung und die praktische medizinische Abteilung. Jede Abteilung entsendet einen Senator in den Senat, dem außerdem der Rektor und der Prorektor, drei Vertreter der Nichtordinarien,



Eine der größten Baustellen Europas: die neue Bochumer Universität.

Funkbild: AP

zwei Sprecher der nichthabilitierten wissenschaftlichen Beamten und zwei Delegierte der Studentenschaft angehören. Außerdem gibt es den Konvent, dem vor allem die Wahl des Rektors — die eine Personenwahl ohne Bindung an eine Reihenfolge der Abteilungen ist — und Beschlüsse über Änderungen der Universitätsverfassung obliegen. Ihm gehören alle habilitierten Universitätslehrer — derzeit rund 160 — und je 43 Vertreter des Mittelbaus und der Studentenschaft an. Der Assistentensprecher rechnet es zu den Merkmalen Bochums als Reformuniversität, daß es auf Grund dieser Zusammensetzung praktisch unmöglich ist, einen Rektor ohne die Zustimmung der Dozenten, Assistenten und Studenten zu wählen. Auf jeden Fall ist durch diese Öffnung erreicht, daß die Dozenten und Assistenten nicht als Blöcke verhalten müssen.

Die Abteilungen sind jedoch noch nicht das, was

man anderswo Fachbereiche oder Departements nennt. Sie sind eher wie verkleinerte Fakultäten strukturiert, jedoch für eine Unterteilung in kleinere Einheiten offen. In den naturwissenschaftlichen und technischen Abteilungen zwingen sachliche Notwendigkeiten schon jetzt zum Teamwork, aber auch in den anderen gibt es eine „relative Kooperation“ der Professoren. In der Strukturkommission, einem Fachausschuß des Senats, dem vier Professoren, ein Assistentenführer, ein Student unter Vorsitz des Betriebsleiters, Busse von Colbe angehören, gibt es Erwägungen, in manchen Abteilungen das Departementssystem auszubauen. Diese Überlegungen treffen sich mit einer Tendenz des Kultusministeriums in Düsseldorf, zu Globalisierungen an die Universitäten überzugehen. Rektor Biedenkopf, der die Empfehlungen der Landesrektorenkonferenz zur Organisation der Hochschulselbstverwaltung mäßigend bezieht, hat, ist ein energischer Fürsprecher einer zweistufigen zentralen akademischen Instanz und Fachbereiche gegliederten Universität mit Finanzautonomie. Nach seinen Vorstellungen sollen die Fachbereiche eine finanzielle Grundausstattung als Sockelgarantie erhalten, zu denen zentrale Mittel so wohl für die Fachbereiche als auch für die Universität als solche kommen sollen. Mit den letzteren soll die Universität interdisziplinäre Vorhaben und Sonderprojekte finanzieren. Er will also die personelle und sachliche Ausstattung der einzelnen Lehrstühle von den Berufungsverhandlungen zwischen Kultusministerium und einzelnen Professoren lösen, um diesem System von den jeweiligen Ordinarien abhängig ob und wie sie ihren wissenschaftlichen Apparat für Dritte öffnen, was eine Begrenzung der Zugänge bei diesem System die Bedarfsschätzung von den jeweiligen Ordinarien vorgenommen. Die Korrektur von Fehlschätzungen sei außerordentlich schwierig, ein Ausgleich zwischen zu hohen und zu niedrigen Vorausschätzungen unmöglich.

Vorderhand ist man in Bochum freilich noch nicht soweit. Personal- und Sachmittel werden auch in Bochum noch individuell zugesagt, aber die Verhandlungen führt im Auftrag des Kultusministers der Kanzler der Universität. Außerdem unterliegen die Absprachen der Einschränkung, daß sie sich in die strukturelle Planung einfügen müssen. Aus diesem Grund nimmt der Dekan der betreffenden Abteilung

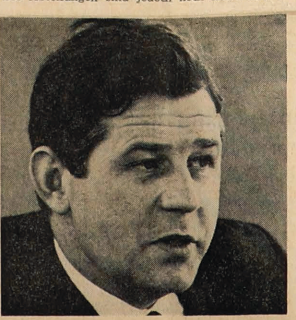


Foto: dpa

Rektor Biedenkopf: wir sind noch nicht festgeföhren.

Fortsetzung von Seite 11:

Bericht des Rektors vor der Vollversammlung

tanten der Universität das Gewicht seines wissenschaftlichen Faches und der Wissenschaft überhaupt steht, und ich sehe eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion darin, daß sich die Universität in der wechselnden Person des Rektors in ihren verschiedenen Wissenschaftsbereichen immer neu der Öffentlichkeit darstellt. Ich werde es daher immer als Verlust ansehen, wenn die Rektoratsverfassung durch das Präsidialsystem abgelöst wird.

2. Das böse Wort von der Ordinarien-Universität hat in seiner ständigen Wiederholung dazu geführt, daß der intendierte Angriff auf die inneruniversitäre Stellung des Ordinarius sich zu einem Angriff auf die Position des Hochschullehrers überhaupt, und zwar

Anzeige

Tag und Nacht für Sie erreichbar:
Vertriebsabteilung DIE WELT
Leserdienst-Anrufautomat
Telefon: Hamburg (0411) 34 53 35

vom Assistenten bis zum Ordinarius, ausgeweitet hat. Ein Angriff, der sich gegen die mancherorts seit jeher mißbilligte eigentümliche Freiheit der Tätigkeit an der Hochschule und die spezifische Mittelstellung des Hochschullehrers zwischen freiem Beruf und Beamten richtet. Eine zweifelhafte — und zwar in allen Evidenzen privilegierte Stellung, der es aber doch in erster Linie zu danken ist, daß Talente und profilierte Persönlichkeiten trotz vergleichsweise ungünstiger materieller

Bedingungen in der Universität gehalten werden konnten.

Meine Sorge geht dahin, daß wir mit der Abschaffung dieser privilegierten Stellung — ich scheue mich gar nicht, es so zu nennen — und der Umwandlung in ein System aufsteigend dotierter Beamtenspositionen die großen Forscher- und Lehrerpersönlichkeiten nicht mehr gewinnen, die allein der Universität ihr Gepräge geben können.

3. Meine letzte und größte Sorge betrifft die Autonomie der Universität, insbesondere die Freiheit und Effizienz unserer Forschung. Die hier festzustellende Gefährdung entspringt offenbar dem heute üblichen Mißtrauen, die Hochschullehrer seien nicht mehr in der Lage, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln. Das Problem gewinnt um so größeres Gewicht, je umfangreicher die Mittel werden, die die Forschung benötigt. Es ist für uns schwer zu lösen, weil wir über konkurrierende Wünsche in unseren eigenen Reihen zu entscheiden haben. Daher auch lag es nahe, diese Entscheidung den staatlichen Stellen zu überlassen.

Wir müssen uns jedoch darüber im klaren sein, daß es sich nicht mehr darum handelt, wer einige Assistentenstellen mehr bekommt, sondern welche Universität auf welchen Gebieten ihren Ruf erhalten oder steigern kann und welche Universitäten zu bloßen Lehranstalten absinken. Wenn es uns nicht gelingt, Organisationsformen zu finden, die uns selbst die Bewältigung dieser Schwierigkeiten erlauben, werden in nicht allzu ferner Zeit wissenschaftsfremde Stellen darüber bestimmen, was wo und wie geforscht wird.

Kurz notiert

Vier Personen wurden in der letzten Woche bei 56 Verkehrsunfällen getötet, unter den 333 Verletzten befanden sich 56 Kinder. In 93 Fällen entnahm die Polizei den Unfallbeteiligten Blutproben, die Funkstreifen kamen 1186mal zum Einsatz, davon 2239mal nachts.

Ihren 100. Geburtstag begeht heute Frau Dora Schütz, Oberaltenallee 60. Senator Weiß wird ihr um 11 Uhr die Glückwünsche des Senats überbringen.

Für etwa acht Wochen wird die Bundesstraße morgen zwischen den Straßen An der Verbindungsbahn und Papendamm in Fahrtrichtung Eimsbüttel für den Fahrverkehr gesperrt.

Zuschüsse an Erzeugerorganisationen auf dem Obst- und Gemüsemarkt werden aus Mitteln zur Förderung der vertikalen Verbundwirtschaft in diesem Jahr gewährt. Die Mittel sind nur für Erzeuger bestimmt, die die Form eines rechtskräftigen Zusammenschlusses haben und wirtschaftlich und gewinnbringend arbeiten. Anträge können bis zum 30. September bei der Behörde für Ernährung und Landwirtschaft, Hamburg 11, Postfach, gestellt werden (34 91 28 38).

Ein Unternehmegerspräch der Landesgruppen Hamburg, Berlin, Bremen und Niedersachsen des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft findet vom 24. bis 26. Oktober in Soltau statt. Die Tagung steht unter dem Leitwort „Entscheidungsfindung im modernen Management“. Auskunft und Anmeldung beim RKW Hamburg, Goetheallee 9 (38 14 23).

Aus Hamburger Firmen

Hugo H. Schlenovogt, Prokurist bei der Teechemie AG für Chemische & Teeerzeugnisse, Hamburg 36, Jungfernstieg 51, begeht heute 25jähriges Dienstjubiläum.

Treffpunkte Mittwoch

Konzert: St. Petri, 17.15 Uhr: Werke von Rosenmüller, Campa, Telemann, Stanley, Pachelbel und Bach. **Vorträge:** Planetarium, 18 Uhr: „Andre Linder — Andere Sterne“ — CVJM, 19.30 Uhr: Schulpastor Piening, „Demokratie und Dogma im Neuen Testament“. An der Alster 40 — Hbg. Fortbildungslehrgang für ausländ. Deutschlehrer und Germanisten, 20 Uhr: Dr. Holthausen liest aus eigenen Werken, Pädagog. Institut Von-Melle-Park 6. **Wanderungen:** Gemeinschaftswerk Hbg. Wanderer, 7.45 Uhr: ZOB Wandelspiel nach Großensee-Forst, Bergen; 8.40 Uhr: Horner Rennbahn nach Trittau — Südl. Hahnheide; 8.45 Uhr Hbg. Hbf. nach Neugraben-Fistelberge-Heimfeld; 8.50 Uhr Hbg. Hbf. nach Aumühle-Wildpark-Riesenbett (nur für Eltern mit Kindern).

Schiffsankünfte

Gestern: Dt. Iris Clausen, 69 C-46 A, Stgt. — Dt. Mellila, 23 B-23-24 Torweg, Ost, Stgt. — Fr. La Hague, 63 B, Hott, lehr. — Dt. Bleidlin, 54 A-27 A, Gehren, Stgt. — Ph. Lublin, 82 B, Röver, lehr. — Ph. Jozef Wybiel, 57 B, Bange, Stgt. — Gr. Omala, K.-W.-Hfn. — World Shipping, Stgt. — Gr. Egypt, 53 A — Dt. Hell, Schiff-Agt., Stgt. — Dt. Mandan, Hansamatex 2, Atlantic Rhed, Melase, — Dt. Hansa, 10 A, Mathies, lehr. — No. Petrocopter Altona Müller Schoonbeek, Stgt. — No. Sannoli, Sluisgrove Vlg., Hanseat. Seefr.-Ktr., Benzin, — Dt. Orion, Querkanal, Volker, Stgt. — Ph. Sienkiewicz, 84 B, Bange, lehr. — Dt. Waalcker, 85 A, Röver, Stgt. — Dt. Persimmon, 56 B, Russ-Geuther, Bananen. — Dt. Fl. Castor, 27 A-B, Russ, Paer. — Dt. Maestries, Alt. Ausrüst., Alt. Müller-Kalka, Müller, Splitt. — Dt. Kehdingen, 22 A, Fuhrmann, Stgt. — Br. Ionic, 43 B, Sloman, Frucht. — Gr. Germania, Seegehl., Dt. Hell, Schiff-Agt., Stgt. — Br. Otaki, 63 A-B, Gen. Steam, Stgt. — Il. Mare Boreale, Bananenschuppen, Horn-Linie, Renzell, Stgt. — Br. Bencieux, Greenhof A-B, Menzeli, Stgt. — Ph. Modlin, 51 B, Spierdier, Stgt. — Du. Ardeas, 41 A, Pott & Körner, Stgt. — Dt. Vileum, Steine, — Dt. Jens, Küstenschiff, 89 A, Elmbeck, lehr. — Dt. Hessestein, 71 A, Stoman, lehr. — Dt. Alster, Predohlkai-10 A, Stahl, Stgt. — Dt. Helios, 40 A-B, Sloman, Frucht u. Meeresfrucht, TUL, Nord Lloyd, Stgt. — No. Barok, 60 Norw. Schiff-Agt., Stgt. — Dt. Marburg, 71 B, Bolten, Stgt. — Dt. Thorvald, 51 A, Fries, Ol. — Dt. Belgrano, HDW Ross, Hanseat. Seefr.-Ktr., Reparatur. — Dt. Rostock, Dienstmal C. F. H., lehr. (Ausschnitt vom Schiffsankunftsdiens).

Naiver Märchenzauber

Ein neuer „Freischütz“ in Eutin — Regie: Ulrich Wenk

Nur das Drumherum hat sich nicht geändert: die Auffahrt der Wagen und Busse am Rande des großherzoglichen Parks; die Blechfanfaren, die wie in Bayreuth den Beginn der Aufführung einläuten; die Mäntel und Decken, die an Stelle der Nerzcapen und Smokings an diesem grünen Hügel getragen werden; das fröstelnde, rauschende Spiel des Windes in den Blättern; das Quaken des Wassergeters in die drohenden Wolfsschlucht-Klänge hinein.

Auf der Bühne aber ist alles neu: die frisch-farbenfrohen Kostüme Erwin Raths, die knapp-funktionelle und doch stimmungsvollen Bühnengestaltung Günther Villkows und vor allem die Inszenierung. Siebzehn Jahre lang, seit 1951, ist Kurt Brincks Einstudierung gespielt worden. Im achtzehnten Jahr nun zeigt uns Ulrich Wenk, der neue Leiter der Park-Stationen in der Rosenstadt, daß sich selbst „Der Freischütz“ in dieser idealen Kulisse grüner Waldesromantik keineswegs von selbst spielt, sondern inszeniert werden kann, inszeniert werden will. Wenk hält die Züge straff in der Hand. Der Chor, präzise geführt, hat wieder eine sinnvolle dramaturgische Funktion bekommen. Lebendig und natürlich bewegen sich die Solisten. Große Opemgestik, falsches Opernpathos ist ihnen verstaubt.

Eine spektakuläre neue Inszenierungs-idee darf man hier am lieblichen Seeruf füglich nicht erwarten. Wenk hütet sich auch, gottlob, vor solchem Ehrgeiz. Er beläßt dem Werk seinen naiven Märchenzauber, seinen volkstümlichen Charme, seine gradlinige Herzlichkeit. Die gefühlvolle Agathe, das muttere Anchen, der unglückliche Max, der allseits Kaspar, der weise Eremit, sie alle erstehen vor uns wie die Figuren eines alten, lieb und vertraut gewordenen Bilderbuches.

Altbekannte Gestalten, doch neue Gesichter werden auf der Bühne präsentiert. Dieter Weller singt mit starker stimmlicher Emphase den Max. Ruth Inden, die einen kraftvollen, nicht immer tremolofreien Sopran ihr Eigen nennt, ist eine eher dramatische als lyrische Agathe. Eine kleine Entdeckung ist das Anchen von Jutta Ilhoff: eine frische, volle Stimme, die die engen Subreutenmaße schon ein wenig sprengt. Ein drahtiger junger Bursche, mit wohlunterrichteter, noch ein wenig unprofilierter Bariton begabt, ist Karl Fäths Kaspar. Im ganzen: eine Besetzung, die sich hören läßt.

Halten die nächsten Einstudierungen, was dieser „Freischütz“ — von Erwin Jamros musikalisch routiniert geleitet — verspricht, dann hat Eutin die Chance, auch künstlerisch künftighin wieder ganz ernst genommen zu werden.

Peter Dannenberg

Notizen

Zeitgenössische belgische Künstler stellen für die nächsten drei Monate 40 Werke im Restaurant „Alte Kate“ (kurz vor Travemünde an der Bundesstraße 75) aus. Vertreter sind die Lütticher Akademieprofessoren Georges Debatty, Bernhard Desfrère, Albert Jaminon, Willy Helleweegen und Georges Polus.

Das Große Haus der Lübecker Bühnen hat sich in eine lärmende Baustelle verwandelt. Während der jetzigen Theaterferien soll das in diesem Jahr 60 Jahre alte Gebäude im Innern ein neues Gesicht erhalten. Bis Ende August soll der renovierte Zuschauerraum im Glanz der renovierten Ausstattung erstrahlen. Größere Bequemlichkeit wird künftig die Theaterbesucher im neu beschafften Gestühl erleben. P. D.

Kriterien der Qualitativen Repräsentation der Mitglieder der Universität in den Organen der akademischen Selbstverwaltung

Entschließung der 62. Westdeutschen Rektorenkonferenz
Saarbrücken, 22. Mai 1968

I.

Aufgaben der Universität und Grundlagen ihrer Selbstverwaltung

1. Die Universität ist die korporative Institution, in der Wissenschaft umfassend betrieben wird. Ihre Mitglieder haben zur Aufgabe Forschung, Lehre und Studium:

- die Bemühung um Fortschritt der Erkenntnis einschließlich der Einsicht in ihre menschlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen und die öffentliche Darlegung wissenschaftlicher Fragen, Methoden und Ergebnisse;
- die Vermittlung dieser Erkenntnis einschließlich der Gewährleistung von Studiengängen und der Ausbildung zu bestimmten Berufen;
- die Heranbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Die Erfüllung dieser Aufgaben erfordert:

- kritisches und schöpferisches Denken und entsprechendes Handeln;
- die Vermittlung der Fähigkeit zu solchem Denken und Handeln in Forschung, Lehre und Studium.

2. Die Universität kann diese Aufgabe nur unter der Voraussetzung der Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre (Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz) erfüllen. Das Recht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte (Art. 12 Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz) gilt auch für die Universität. Daraus ergibt sich in Verbindung mit Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz die Freiheit des Studiums; sie entspricht der Freiheit der Lehre, die wiederum die Freiheit der Forschung voraussetzt.

3. Die in Grundgesetz und Landesverfassungen verbürgte akademische Selbstverwaltung dient der Erfüllung der Aufgaben der Universität und der Gewährleistung einer wirksamen korporativen Selbstkontrolle.

4. Die Erfüllung der wissenschaftlichen Aufgaben in korporativer Selbstorganisation legitimiert die Universität zu ihrer kritischen Funktion in der Gesellschaft.

II.

Grundsätze der Mitwirkung

1. Die Angelegenheiten der Universität als einer Körperschaft der Lehrenden und Lernenden fallen grundsätzlich in die Beratungs- oder Entscheidungskompetenz aller ihrer Mitglieder. Dabei ist zu berücksich-

tigen, daß die Mitglieder der Universität verschiedene Qualifikationen haben, verschiedene Funktionen wahrnehmen und verschiedene Verantwortung tragen.

2. Die Mitwirkung der verschiedenen Mitglieder der Universität an der akademischen Selbstverwaltung soll der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit der Universität dienen. Dazu bedarf es im besonderen:

- der Arbeitsfähigkeit der Organe der akademischen Selbstverwaltung;
- der personellen Erneuerungsfähigkeit der Einheiten von Forschung und Lehre sowie
- der Reformfähigkeit der Universität.

3. Die personelle Zusammensetzung der korporativen Organe muß daher

- darauf angelegt sein, im Willensbildungsprozeß möglichst vollständig alle Aspekte und Argumente zur Geltung zu bringen, die für die sachgerechte Erledigung der dem Organ zugeordneten Angelegenheiten erheblich sein können;
- dabei zugleich aber die Anzahl der Beteiligten mit dem Erfordernis der Arbeitsfähigkeit des Gremiums in Einklang halten.

4. Art und Umfang der Beteiligung sowie Inhalt und Sicherung der Mitwirkung müssen auf der Grundlage der Funktion der einzelnen Mitglieder und der verschiedenen Organe in der Grundordnung der Universität festgelegt und geregelt werden.

III.

Funktion der Mitglieder

Innerhalb der Universität lassen sich nach der Funktion ihrer Mitglieder verschiedene Personengruppen unterscheiden. Im einzelnen kommen folgende Unterscheidungskriterien in Betracht:

- der Zweck der Mitgliedschaft und der Inhalt der Tätigkeit;
- die Voraussetzungen der Zugehörigkeit, insbesondere durch typisierte Leistungsnachweise;
- die Art und Dauer der Mitgliedschaft;
- die Art und das Maß der Verantwortlichkeit für die Tätigkeit in der Universität.

Danach unterscheiden sich:

1. Personen, die zur selbstverantwortlichen Vertretung eines bestimmten Fachgebietes in Forschung und Lehre und zu deren Organisation in ihrem gesamten Fachbereich verpflichtet sind.

(z. B. Lehrstuhlinhaber, auch Wissenschaftliche Räte und Abteilungsvorsteher)

2. Personen, die zu selbstverantwortlicher Forschung und Lehre und deren Mitorganisation in einem bestimmten Fachgebiet verpflichtet sind.

(z. Z.: Nichtbeamtete außerplanmäßige Professoren und Dozenten u. ä.)

3. Personen, die zu selbstverantwortlicher Forschung und Lehre in einem bestimmten Fachgebiet berechtigt sind.

(z. Z.: Nichtbeamtete außerplanmäßige Professoren und Privatdozenten, Honorarprofessoren u. ä.)

4. Personen, die selbstverantwortlich oder unterstützend an Forschung oder Lehre und deren Organisation in einem Fachgebiet ständig mitwirken.

(z. Z.: Akademische Räte und Oberräte, Kustoden, Observatoren, Prosektoren, Lektoren, wissenschaftliche Angestellte u. ä.)

5. Personen, die selbstverantwortlich oder unterstützend an Forschung oder Lehre und deren Organisation in einem Fachgebiet auf Zeit mitwirken.

(z. Z.: Wissenschaftliche Assistenten, Verwalter der Dienstgeschäfte wissenschaftlicher Assistenten, wissenschaftliche Angestellte, wissenschaftliche Hilfskräfte mit abgeschlossener Hochschulbildung u. ä.)

6. Personen, die selbstverantwortlich durch ein wissenschaftliches Studium in der Regel die Voraussetzungen für einen akademischen Beruf erwerben wollen oder eine wissenschaftliche Weiterbildung betreiben und die ggfs. durch Mitwirkung an der Lehre (z. B. Tutoren) oder Mitvollzug der Forschung (z. B. Doktoranden) die Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit erwerben.
(Studierende)

IV.

Art der Mitwirkung

1. Die Mitglieder der Körperschaft wirken in den Organen der Universität in einer der Funktion des Organs, dem Grund der Mitwirkung und dem Charakter der Entscheidung entsprechenden Weise mit. Die Mitwirkung erfolgt unmittelbar durch persönliche Teilnahme oder mittelbar durch Repräsentation der Personengruppen.

Alle Mitglieder der Organe der Universität sind bei der Ausübung des Stimmrechts an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

2. Im einzelnen kommen für die Zusammensetzung der korporativen Organe und die Regelung der Mitwirkung ihrer Mit-

*) Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz, Art. 20 BadWürtt.-Verf., Art. 138 BayVerf., Art. 60 HessVerf., Art. 16 Abs. 1 NordrWestVerf., Art. 39 RhPfVerf., Art. 33 Abs. 2 SaarVerf.

gliedert folgende Gestaltungen in Betracht:

- a) Bei der Organisation von Forschung und Lehre innerhalb eines Fachgebietes wirken neben den Vertretern dieser Fachgebiete (III, 1) alle fachlich betroffenen Personengruppen in dem Maße mit, wie sie an Forschung, Lehre und Studium innerhalb dieses Fachgebietes beteiligt sind. Demgemäß wirken die Mitglieder des Lehrkörpers (III, 1–3) grundsätzlich unmittelbar, alle übrigen Gruppen, soweit unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsfähigkeit des Organs die Größenverhältnisse der verschiedenen Gruppen keine zahlenmäßige Beschränkung gebieten, ebenfalls unmittelbar, sonst mittelbar mit.

(Kleinste Einheiten von Forschung und Lehre, soweit dafür eigene Studiengänge bestehen: z. Z.: Institut, Department, Sektion, Fachbereich, Abteilung u. ä.)

- b) Bei der Koordination von Forschung und Lehre und der akademischen Selbstverwaltung innerhalb einer zusammengehörigen Gruppe von Fachgebieten wirken die Vertreter der Fachgebiete (III, 1) grundsätzlich unmittelbar, die anderen Mitglieder des Lehrkörpers (III, 2 und 3), soweit die Größenverhältnisse der verschiedenen Gruppen und die Arbeitsfähigkeit des Gremiums keine zahlenmäßige Beschränkung gebieten, unmittelbar, sonst mittelbar, die wissenschaftlichen Mitarbeiter und die Studierenden mittelbar mit.

(Übergreifende Einheiten von Forschung und Lehre: z. Z.: Fakultät, Abteilung, u. ä.)

- c) Bei der zentralen Koordination von Forschung und Lehre innerhalb der Gesamtuniversität (z. Z.: Senat u. ä.) sind alle Personengruppen, deren Mitwirkung nach der Funktion des Organs geboten ist, grundsätzlich mittelbar repräsentiert.

- d) Bei der Konstitution der Grundordnung sind alle Mitglieder der Universität, unmittelbar oder nach Gruppen repräsentiert, so zu beteiligen, daß Beschlüsse über die Grundordnung der Zustimmung von Angehörigen mehrerer Gruppen bedürfen; dies kann durch die Zusammensetzung des Organs oder durch qualifizierte Abstimmungsmodalitäten gewährleistet werden.

(z. Z.: Satzungsgebendes Konzil, Grundordnungsversammlung, Großer Senat, u. ä.)

- e) Bei der Wahl des Repräsentanten der Gesamtuniversität (Rektor, Präsident, Prorektor, Konrektor u. ä.) sollen alle passiv Wahlberechtigten unmittelbar, die anderen Personengruppen mittelbar mitwirken.

(z. Z.: Konzil, Konvent, Großer Rat, Großer Senat u. ä.)

3. Die Forschungskonzeption kann nur in der Hand der Personen liegen, die aufgrund eigener Forschungen innerhalb des Problemkreises urteilsfähig sind, in dem die Forschung konzipiert wird.

V.

Umfang der Mitwirkung

1. Die Zahl der Repräsentanten einer Personengruppe oder einer Einheit von Forschung und Lehre

- muß so groß sein, daß eine ausreichende Informations- und Argumentationsbasis gewährleistet ist;
- soll nicht größer sein als sich mit der Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit vereinbaren läßt;
- muß alle Personengruppen und Fachbereiche umfassen, die von einer Entscheidung jeweils betroffen sind.

2. Eine optimale Verwirklichung dieser Kriterien setzt überschaubare kleinste Einheiten von Forschung und Lehre mit möglichst weitreichenden Entscheidungsbefugnissen als Basis der Struktur der Selbstverwaltung voraus. Dagegen müssen koordinierende oder zentrale Organe aus Gründen der Arbeitsfähigkeit in ihrem Umfang beschränkt werden, dabei aber die Koordination sowohl der in ihnen zusammengefaßten Einheiten von Forschung und Lehre als auch der in diesen beteiligten Personengruppen gewährleisten.

3. Die Differenzierungen der Mitwirkung: Mitentscheidung, Mitberatung, Anwesenheit, Unterrichtung und Anhörung müssen die Funktion, die Qualifikation und die Verantwortung der beteiligten Personen und Personengruppen Rechnung tragen.

4. Bestimmte Angelegenheiten können ausschließlich in die Zuständigkeit besonderer Organe der betroffenen Personengruppen fallen (Angelegenheiten der wissenschaftlichen Mitarbeiter oder der Studenten: z. B. Wahl ihrer Repräsentanten, Beschluß ihrer autonomen Ordnungen).

Bei bestimmten Angelegenheiten, die zwar in die Zuständigkeit der allgemeinen Organe der Universität fallen, können einzelne Personengruppen von der Entscheidung ausgeschlossen sein (z. B. Prüfungen, Promotionen).

5. Bei Habilitationen sollen allein die Mitglieder des Lehrkörpers (III, 1–3) für die Entscheidung zuständig sein; die inneruniversitäre Öffentlichkeit (z. B. beim Kolloquium) soll in angemessener Weise gewährleistet werden.

Bei Berufungsvorschlägen sollen nur Mitglieder des Lehrkörpers (III, 1–3) an der Entscheidung mitwirken. Personengruppen, deren Repräsentanten nicht mitentscheiden, sollen auf andere geeignete Weise mitwirken. Dies kann geschehen durch

- die Anhörung zuständiger wissenschaftlicher Mitarbeiter und die Aussprache mit ihnen oder die Mitberatung der Repräsentanten der wissenschaftlichen Mitarbeiter in dem korporativen Organ, das den Vorschlag maßgeblich beschließt;
- die Anhörung von Repräsentanten der Studierenden im Stadium der Beratungen (z. B. durch die Berufungskommission), die Unterrichtung dieser Repräsentanten von der Entscheidung des zuständigen korporativen Organs;
- die Befugnis der Repräsentanten, sich an das zuständige zentrale Organ (Senat) zu wenden mit dem Ziel, eine Überprüfung des Vorschlages herbeizuführen.

6. Soweit die allgemeine Repräsentation einer Gruppe in einem Organ der besonderen Betroffenheit ihrer Mitglieder von Entscheidungen nicht hinreichend Rechnung trägt, sind zusätzliche Möglichkeiten der Anhörung und Aussprache zu eröffnen.

7. Bei der Zusammensetzung und in den

Verfahrensweisen der korporativen Organe ist das Prinzip größtmöglicher Offenheit der Akte der akademischen Selbstverwaltung zu beachten. (Gewährleistung der Sachlichkeit, Offenlegung der Entscheidungsgründe, auch dann, wenn die Beratung vertraulich sein muß.)

Dieses Prinzip der Offenheit ist um des Schutzes der Persönlichkeit willen gegen das Prinzip der Vertraulichkeit abzuwägen. Dabei ist der Umfang der Publizität zu berücksichtigen, der durch die Zusammensetzung der Organe und die Verpflichtung ihrer Mitglieder zur Unterrichtung von Nichtmitgliedern bestimmt wird. Die Abwägung kann dazu führen, daß für Einzelfälle oder Gruppen von Einzelfällen die Vertraulichkeit der Verhandlungen des Organs festgestellt werden muß.

Die Vertraulichkeit kann ferner in Fällen festgesetzt werden, in denen überwiegende Interessen der Universität dies erfordern.

8. Bei allen Entscheidungen korporativer Organe ist darauf zu achten, daß die Selbstverantwortung des einzelnen (Freiheit von Forschung und Lehre, Freiheit des Studiums) respektiert wird.

VI.

Sicherung der Mitwirkung

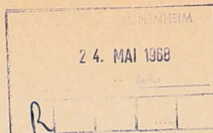
1. Die für die Zusammensetzung der Organe und für Art und Umfang der Mitwirkung der verschiedenen Personengruppen und Einheiten von Forschung und Lehre maßgebenden Prinzipien und Umstände können dazu führen, daß die Regelung der Stimmverhältnisse nicht geeignet ist oder nicht ausreicht, sachgerechte Entscheidungen zu gewährleisten. Solche Ungleichgewichte sind durch qualitative Modifikationen des Entscheidungsverfahrens auszugleichen.

2. In Fällen besonderer Betroffenheit eignen sich dazu wahlweise folgende Regelungen:

- a) einfache Einspruchsrechte, die zur einmaligen Aussetzung der Entscheidung bis zu einer erneuten Zusammenkunft des jeweiligen Organs führen;
- b) qualifizierte Einspruchsrechte, die an besondere Mehrheiten gebunden sind und dazu führen, daß
 - die erneute Entscheidung des Organs einer qualifizierten Mehrheit von Stimmen, Gruppen oder Einheiten bedarf oder
 - ein Vermittlungsausschuß tätig wird, über dessen Vorschlag nach erneuter Beratung entschieden werden muß, oder
 - eine mit unbeteiligten Dritten besetzte Appellationsinstanz zur Überprüfung tätig wird.

3. Die Mitwirkung von Personen oder Personengruppen kann durch einfache oder qualifizierte Antragsrechte gefördert werden:

- a) einfache Antragsrechte führen dazu, daß eine Sitzung einberufen, eine Aussprache oder auch die Entscheidung über bestimmte Angelegenheiten erzwungen wird;
- b) qualifizierte Antragsrechte führen dazu, daß eine ablehnende Entscheidung des zuständigen Organs über einen eingebrachten Antrag nur mit qualifizierter Mehrheit erfolgen kann.



Gr. Senat

62. Westdeutsche Rektoren-
konferenz
Saarbrücken, 20.-22.5.1968
zu TO-1/2

Kriterien der Qualitativen Repräsentation

I. Aufgabe der Universität und Grundlagen ihrer Selbstverwaltung

1. Die Universität ist die korporative Institution, in der Wissenschaft umfassend betrieben wird. Ihre Mitglieder haben zur Aufgabe Forschung, Lehre und Studium:

- die Bemühung um Fortschritt der Erkenntnis einschließlich der Einsicht in ihre menschlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen und die öffentliche Darlegung wissenschaftlicher Fragen, Methoden und Ergebnisse;
- die Vermittlung dieser Erkenntnis einschließlich der Gewährleistung von Studiengängen und der Ausbildung zu bestimmten Berufen;
- die Heranbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Die Erfüllung dieser Aufgaben erfordert:

- kritisches und schöpferisches Denken und entsprechendes Handeln;
- die Vermittlung der Fähigkeit zu solchem Denken und Handeln in Forschung, Lehre und Studium.

2. Die Universität kann diese Aufgabe nur unter der Voraussetzung der Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre (Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz) erfüllen.

Das Recht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte (Art. 12 Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz) gilt auch für die Universität. Daraus ergibt sich in Verbindung mit Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz die Freiheit des Studiums; sie entspricht der Freiheit der Lehre, die wiederum die Freiheit der Forschung voraussetzt.

3. Die in Grundgesetz und Landesverfassungen verbürgte*) akademische Selbstverwaltung dient der Erfüllung der Aufgaben der Universität und der Gewährleistung einer wirksamen korporativen Selbstkontrolle.

4. Die Erfüllung der wissenschaftlichen Aufgaben in korporativer Selbstorganisation legitimiert die Universität zu ihrer kritischen Funktion in der Gesellschaft.

*) Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz, Art. 20 BadWürttVerf., Art. 138 BayVerf., Art. 60 HessVerf., Art. 16 Abs. 1 NordrhWestfVerf., Art. 39 RhPfVerf., Art. 33 Abs. 2 SaarlVerf.

II. Grundsätze der Mitwirkung

1. Die Angelegenheiten der Universität als einer Körperschaft der Lehrenden und Lernenden fallen grundsätzlich in die Beratungs- oder Entscheidungskompetenz aller ihrer Mitglieder. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Mitglieder der Universität verschiedene Qualifikationen haben, verschiedene Funktionen wahrnehmen und verschiedene Verantwortung tragen.
2. Die Mitwirkung der verschiedenen Mitglieder der Universität an der akademischen Selbstverwaltung soll der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit der Universität dienen. Dazu bedarf es im Besonderen:
 - der Arbeitsfähigkeit der Organe der akademischen Selbstverwaltung;
 - der personellen Erneuerungsfähigkeit der Einheiten von Forschung und Lehre sowie
 - der Reformfähigkeit der Universität.
3. Die personelle Zusammensetzung der korporativen Organe muß daher
 - darauf angelegt sein, im Willensbildungsprozeß möglichst vollständig alle Aspekte und Argumente zur Geltung zu bringen, die für die sachgerechte Erledigung der dem Organ zugeordneten Angelegenheiten erheblich sein können;
 - dabei zugleich aber die Anzahl der Beteiligten mit dem Erfordernis der Arbeitsfähigkeit des Gremiums in Einklang halten.
4. Art und Umfang der Beteiligung sowie Inhalt und Sicherung der Mitwirkung müssen auf der Grundlage der Funktion der einzelnen Mitglieder und der verschiedenen Organe in der Grundordnung der Universität festgelegt und geregelt werden.

III. Funktion der Mitglieder

Innerhalb der Universität lassen sich nach der Funktion ihrer Mitglieder verschiedene Personengruppen unterscheiden. Im einzelnen kommen folgende Unterscheidungskriterien in Betracht:

- der Zweck der Mitgliedschaft und der Inhalt der Tätigkeit;
- die Voraussetzungen der Zugehörigkeit, insbesondere durch typisierte Leistungsnachweise;
- die Art und Dauer der Mitgliedschaft;
- die Art und das Maß der Verantwortlichkeit für die Tätigkeit in der Universität.

Danach unterscheiden sich:

1. Personen, die zur selbstverantwortlichen Vertretung eines bestimmten Fachgebiets in Forschung und Lehre und zu deren Organisation in ihrem gesamten Fachbereich verpflichtet sind.
(z.B. Lehrstuhlinhaber, auch wissenschaftliche Räte und Abteilungsvorsteher)
2. Personen, die zu selbstverantwortlicher Forschung und Lehre und deren Mitorganisation in einem bestimmten Fachgebiet verpflichtet sind.
(Z.Zt. beamtete außerplanmäßige Professoren und Dozenten u.ä.)
3. Personen, die zu selbstverantwortlicher Forschung und Lehre in einem bestimmten Fachgebiet berechtigt sind.
(Z.Zt. nichtbeamtete außerplanmäßige Professoren und Privatdozenten, Honorarprofessoren u.ä.)
4. Personen, die selbstverantwortlich oder unterstützend an Forschung oder Lehre und deren Organisation in einem Fachgebiet ständig mitwirken.
(Z.Zt. akademische Räte und Oberräte, Kustoden, Observatoren, Prosektoren, Lektoren, wissenschaftliche Angestellte u.ä.)
5. Personen, die selbstverantwortlich oder unterstützend an Forschung oder Lehre und deren Organisation in einem Fachgebiet auf Zeit mitwirken.
(Z.Zt. wissenschaftliche Assistenten, Verwalter der Dienstgeschäfte wissenschaftlicher Assistenten, wissenschaftliche Angestellte, wissenschaftliche Hilfskräfte mit abgeschlossener Hochschulbildung u.ä.)
6. Personen, die selbstverantwortlich durch ein wissenschaftliches Studium in der Regel die Voraussetzungen für einen akademischen Beruf erwerben wollen oder eine wissenschaftliche Weiterbildung betreiben und die ggfs. durch Mitwirkung an der Lehre (z.B. Tutoren) oder Mitvollzug der Forschung (z.B. Doktoranden) die Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit erwerben.
(Studierende)

IV. Art der Mitwirkung

1. Die Mitglieder der Körperschaft wirken in den Organen der Universität in einer der Funktion des Organs, dem Grund der Mitwirkung und dem Charakter der Entscheidung entsprechenden Weise mit. Die Mitwirkung erfolgt unmittelbar durch persönliche Teilnahme oder mittelbar durch Repräsentation der Personengruppen.

Alle Mitglieder der Organe der Universität sind bei der Ausübung des Stimmrechts an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

2. Im einzelnen kommen für die Zusammensetzung der korporativen Organe und die Regelung der Mitwirkung ihrer Mitglieder folgende Gestaltungen in Betracht:

- a) Bei der Organisation von Forschung und Lehre innerhalb eines Fachgebietes wirken neben den Vertretern dieser Fachgebiete (III,1) alle fachlich betreffen Personengruppen in dem Maße mit, wie sie an Forschung, Lehre und Studium innerhalb dieses Fachgebietes beteiligt sind. Demgemäß wirken die Mitglieder des Lehrkörpers (III,1-3) grundsätzlich unmittelbar, alle übrigen Gruppen, soweit unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsfähigkeit des Organs die Größenverhältnisse der verschiedenen Gruppen keine zahlenmäßige Beschränkung gebieten, ebenfalls unmittelbar, sonst mittelbar mit.

(Kleinste Einheiten von Forschung und Lehre, soweit dafür eigene Studiengänge bestehen: Z.Zt. Institut, Department, Sektion usw., Fachbereich, Abteilung).

- b) Bei der Koordination von Forschung und Lehre und der akademischen Selbstverwaltung innerhalb einer zusammengehörigen Gruppe von Fachgebieten wirken die Vertreter der Fachgebiete (III,1) grundsätzlich unmittelbar, die anderen Mitglieder des Lehrkörpers (III,2 und 3), soweit die Größenverhältnisse der verschiedenen Gruppen und die Arbeitsfähigkeit des Gremiums keine zahlenmäßige Beschränkung gebieten, unmittelbar, sonst mittelbar, die wissenschaftlichen Mitarbeiter und die Studierenden mittelbar mit.

(Übergreifende Einheiten von Forschung und Lehre: z.Zt. Fakultät, Abteilung, u.ä.)

- c) Bei der zentralen Koordination von Forschung und Lehre innerhalb der Gesamtuniversität (z.Zt. Senat u.ä.) sind alle Personengruppen, deren Mitwirkung nach der Funktion des Organs geboten ist, grundsätzlich mittelbar repräsentiert.
- d) Bei der Konstitution der Grundordnung sind alle Mitglieder der Universität, unmittelbar oder nach Gruppen repräsentiert, so zu beteiligen, daß Beschlüsse über die Grundordnung der Zustimmung von Angehörigen mehrerer Gruppen bedürfen; dies kann durch die Zusammensetzung des Organs oder durch qualifizierte Abstimmungsmodalitäten gewährleistet werden.

(Z.Zt. Satzungsgebendes Konzil, Grundordnungsversammlung, großer Senat, u.ä.)

- e) Bei der Wahl des Repräsentanten der Gesamtuniversität (Rektor, Präsident, Prorektor, Konrektor u.ä.) sollen alle passiv Wahlberechtigten unmittelbar, die anderen Personengruppen mittelbar mitwirken.

(Z.Zt. Konzil, Konvent, Großer Rat, Großer Senat u.ä.)

3. Die Forschungskonzeption kann nur in der Hand der Personen liegen, die aufgrund eigener Forschungen innerhalb des Problemkreises urteilsfähig sind, in dem die Forschung konzipiert wird.

V. Umfang der Mitwirkung

1. Die Zahl der Repräsentanten einer Personengruppe oder einer Einheit von Forschung und Lehre
 - muß so groß sein, daß eine ausreichende Informations- und Argumentationsbasis gewährleistet ist;
 - soll nicht größer sein als sich mit der Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit vereinbaren läßt;
 - muß alle Personengruppen und Fachbereiche umfassen, die von einer Entscheidung jeweils betroffen sind.
2. Eine optimale Verwirklichung dieser Kriterien setzt überschaubare kleinste Einheiten von Forschung und Lehre mit möglichst weitreichenden Entscheidungsbefugnissen als Basis der Struktur der Selbstverwaltung voraus. Dagegen müssen koordinierende oder zentrale Organe aus Gründen der Arbeitsfähigkeit in ihrem Umfang beschränkt werden, dabei aber die Koordination sowohl der in ihnen zusammengefaßten Einheiten von Forschung und Lehre als auch der in diesen beteiligten Personengruppen gewährleisten.
3. Die Differenzierungen der Mitwirkung: Mitentscheidung, Mitberatung, Anwesenheit, Unterrichtung und Anhörung müssen der Funktion, der Qualifikation und der Verantwortung der beteiligten Personen und Personengruppen Rechnung tragen.
4. Bestimmte Angelegenheiten können ausschließlich in die Zuständigkeit besonderer Organe der betroffenen Personengruppen fallen (Angelegenheiten der wissenschaftlichen Mitarbeiter oder der Studenten: Z.B. Wahl ihrer Repräsentanten, Beschluß ihrer autonomen Ordnungen).

Bei bestimmten Angelegenheiten, die zwar in die Zuständigkeit der allgemeinen Organe der Universität fallen, können einzelne Personengruppen von der Entscheidung ausgeschlossen sein (z.B. Prüfungen, Promotionen).
5. Bei Habilitationen sollen allein die Mitglieder des Lehrkörpers (III, 1-3) für die Entscheidung zuständig sein; die inneruniversitäre Öffentlichkeit (z.B. beim Kolloquium) soll in angemessener Weise gewährleistet werden.

Bei Berufungsvorschlägen sollen nur Mitglieder des Lehrkörpers (III, 1-3) an der Entscheidung mitwirken. Personengruppen, deren Repräsentanten nicht mitentscheiden, sollen auf andere geeignete Weise mitwirken. Dies kann geschehen

durch

- die Anhörung zuständiger wissenschaftlicher Mitarbeiter und die Aussprache mit ihnen oder die Mitberatung der Repräsentanten der wissenschaftlichen Mitarbeiter in dem korporativen Organ, das den Vorschlag maßgeblich beschließt,
 - die Anhörung von Repräsentanten der Studierenden im Stadium der Beratungen (z.B. durch die Berufungskommission), die Unterrichtung dieser Repräsentanten von der Entscheidung des zuständigen korporativen Organs,
 - die Befugnis der Repräsentanten, sich an das zuständige zentrale Organ (Senat) zu wenden mit dem Ziel, eine Überprüfung des Vorschlages herbeizuführen.
6. Soweit die allgemeine Repräsentation einer Gruppe in einem Organ der besonderen Betroffenheit ihrer Mitglieder von Entscheidungen nicht hinreichend Rechnung trägt, sind zusätzliche Möglichkeiten der Anhörung und Aussprache zu eröffnen.
7. Bei der Zusammensetzung und in den Verfahrensweisen der korporativen Organe ist das Prinzip größt-möglicher Offenheit der Akte der akademischen Selbstverwaltung zu beachten. (Gewährleistung der Sachlichkeit, Offenlegung der Entscheidungsgründe, auch dann, wenn die Beratung vertraulich sein muß)

Dieses Prinzip der Offenheit ist um des Schutzes der Persönlichkeit willen gegen das Prinzip der Vertraulichkeit abzuwägen. Dabei ist der Umfang der Publizität zu berücksichtigen, der durch die Zusammensetzung der Organe und die Verpflichtung ihrer Mitglieder zur Unterrichtung von Nichtmitgliedern bestimmt wird. Die Abwägung kann dazu führen, daß für Einzelfälle oder Gruppen von Einzelfällen die Vertraulichkeit der Verhandlungen des Organs festgestellt werden muß.

Die Vertraulichkeit kann ferner in Fällen festgestellt werden, in denen überwiegende Interessen der Universität dies erfordern.

8. Bei allen Entscheidungen korporativer Organe ist darauf zu achten, daß die Selbstverantwortung des einzelnen (Freiheit von Forschung und Lehre, Freiheit des Studiums) respektiert wird.

VI. Sicherung der Mitwirkung

1. Die für die Zusammensetzung der Organe und für Art und Umfang der Mitwirkung der verschiedenen Personengruppen und Einheiten von Forschung und Lehre maßgebenden Prinzipien und Umstände können dazu führen, daß die Regelung der Stimmverhältnisse nicht geeignet ist oder nicht ausreicht, sachgerechte Entscheidungen zu gewährleisten. Solche Ungleichgewichte sind durch qualitative Modifikationen des Entscheidungsverfahrens auszugleichen.

2. In Fällen besonderer Betroffenheit eignen sich dazu wahlweise folgende Regelungen:
 - a) einfache Einspruchsrechte, die zur einmaligen Aussetzung der Entscheidung bis zu einer erneuten Zusammenkunft des jeweiligen Organs führen;
 - b) qualifizierte Einspruchsrechte, die an besondere Mehrheiten gebunden sind und dazu führen, daß
 - die erneute Entscheidung des Organs einer qualifizierten Mehrheit von Stimmen, Gruppen oder Einheiten bedarf oder
 - ein Vermittlungsausschuß tätig wird, über dessen Vorschlag nach erneuter Beratung entschieden werden muß, oder
 - eine mit unbeteiligten Dritten besetzte Appellationsinstanz zur Überprüfung der Entscheidung tätig wird.
3. Die Mitwirkung von Personen oder Personengruppen kann durch einfache oder qualifizierte Antragsrechte gefördert werden:
 - a) einfache Antragsrechte führen dazu, daß eine Sitzung einberufen, eine Aussprache oder auch die Entscheidung über bestimmte Angelegenheiten erzwungen wird;
 - b) qualifizierte Antragsrechte führen dazu, daß eine ablehnende Entscheidung des zuständigen Organs über einen eingebrachten Antrag nur mit qualifizierter Mehrheit erfolgen kann.

Das Ständige Sekretariat
der Personalräte der deutschen
Universitäten und wissenschaftlichen
Hochschulen

Berlin 33, den 15. Mai 1968
Corrensplatz 2
Tel. (030) 7390 3354

VERSITÄT HONNHEIM	
17. MAI 1968	
Grundordnungsverwaltung	He

An die

Herren Rektoren der deutschen Universitäten und wissenschaftlichen
Hochschulen

Herren Mitglieder der Westdeutschen Rektorenkonferenz

Betrifft: Hochschulgesetz

Hier: Beteiligung der Personalräte

Die Personalräte der deutschen Universitäten und wissenschaftlichen
Hochschulen haben auf ihrer diesjährigen Jahresarbeitstagung in Braunschweig
vom 17. bis 19. April 1968 nach einer ausführlichen Behandlung des Tagesordnungs-
punktes

Hochschulgesetz, Universitätsreform und Personalvertretung
die in der Anlage beigefügte Entschliessung verabschiedet.

Beauftragt von den auf der Arbeitstagung versammelten Vertretern der
Personalräte der deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen
erlaube ich mir, Ihnen diese Entschliessung mit der Bitte zu übersenden,
von ihrem Inhalt Kenntnis zu nehmen, sie beteiligten Gremien und Persön-
lichkeiten zugänglich zu machen und in anstehenden Erörterungen und Ver-
handlungen die Forderungen der Personalräte zu unterstützen und zu berück-
sichtigen.

Für evtl. ergänzende Erläuterungen hält sich Ihnen das Ständige Sek-
retariat der Personalräte der deutschen Universitäten und wissenschaftlichen
Hochschulen oder ein örtlicher Personalvertreter gern zur Verfügung.

1 Anlage

Im Auftrage

Dr. H. Büttner
(Dr. Büttner)

Entschliessung.

Die in Braunschweig versammelten Vertreter der Personalaräte der deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen fordern, daß in der Diskussion um die Reform der Universitäten und Hochschulen die Interessen des Personals berücksichtigt werden. Es muss dabei davon ausgegangen werden, dass in einer modernen Universität das Personal, das ein Viertel der Hochschulmitglieder ausmacht und ein erhebliches Maß an Verantwortung für das innere Geschehen der Hochschulen mitträgt, gleichberechtigtes Mitglied der Korporation ist.

Aus der Feststellung der Rektoren vom 6.1.1968, daß Mitverantwortung und Mitbestimmung nicht getrennt werden dürfen, leiten die versammelten Delegierten ihre Forderung nach Mitbestimmung ab.

Die Personalaräte fordern von den Länderparlamenten:

In den Hochschulgesetzen ist die Mitbestimmung des Personals zu verankern.

Die Personalaräte fordern von den Hochschulen:

In den Satzungsausschüssen ist das Personal mit Sitz und Stimme angemessen zu beteiligen

In den künftigen Hochschulverfassungen ist festzulegen, daß das Personal in den Verwaltungsräten mit Sitz und Stimme vertreten ist. In Verfassungen, die diese Einrichtung nicht kennen, ist die Beteiligung mit Sitz und Stimme für das Gremium mit den entsprechenden Aufgaben vorzusehen.

Die Vertreter des Personals sind von den gewählten Personalvertretungen zu entsenden.

Braunschweig, den 19. April 1968

DIE VORSITZENDEN DER
NICHORDINARIEN-VERSAMMLUNGEN DER
WISSENSCHAFTLICHEN HOCHSCHULEN DES
LANDES HESSEN

H

UNIVERSITÄT HÖCHSTADT	
Eintrag	- 4. APR. 1968
Dr.	

*Kommission für
die Vorbereitung
einer
Grundordnung*

Gemeinsame Erklärung
=====

Durch die Unruhen bei den Studenten ist die seit vielen Jahren diskutierte, allenfalls vereinzelt und nur in Bruchstücken realisierte Hochschulreform in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses gerückt. In Hessen erfaßt diese Bewegung die Hochschulen in einem Stadium der Beratungen oder Neuberatungen über die Satzungen. Die Zielsetzungen dieser Arbeit, von vielen zunächst als bloße Anpassung des Bestehenden an das Hessische Hochschulgesetz verstanden, müssen nunmehr neu bestimmt und zu einer wirklichen Reform ausgebaut werden.

Die unterzeichnenden Vorsitzenden der Nichtordinarien-Versammlungen an den hessischen Wissenschaftlichen Hochschulen halten sich für verpflichtet, zu diesen Reformbestrebungen Stellung zu nehmen. Der Kreis der von ihnen vertretenen Hochschullehrer steht weder in dem Verdacht, tatsächliche oder vermeintliche Machtpositionen der Lehrstuhl-Inhaber verteidigen zu wollen, noch kann ihm mangelnde Einsicht in die Zusammenhänge des Hochschullebens oder gar Unerfahrenheit vorgeworfen werden. Die Nichtordinarien wollen auch keineswegs dort in wohlbegründete Rechte eingreifen, wo, von der Sache her, durch Funktion und besondere Verantwortung, Differenzierungen geboten sind.

Die Diskussionen der letzten Monate sind weitgehend beherrscht vom Schlagwort von der "Drittelparität" zwischen Lehrstuhl-Inhabern, Assistenten und Studenten. Diejenigen Hochschullehrer, die als sogenannte "Nichtordinarien" keinen Lehrstuhl innehaben, also die Extraordinarien neuer Art, die Honorarprofessoren, die außerplanmäßigen Professoren und die Privatdozenten - ihre Zahl ist in der Regel sogar erheblich größer als die der Lehrstuhl-Inhaber -, werden dabei entweder ignoriert oder auf eine Art Gastrolle, je nach "Bedürfnis", bald bei den Ordinarien, bald bei den Assistenten verwiesen. Dies veranlaßt die Unterzeichner, der Öffentlichkeit folgende Erklärung vorzulegen:

1. Die Strukturkrise der Hochschulen

Staat und Hochschulen geben sich gegenseitig die Schuld an der gegenwärtigen Krise. Den Hochschulen wird vorgeworfen, sie hätten es nicht verstanden, ihre veraltete Struktur den Anforderungen der neuen Zeit anzupassen, sie hätten sich jeder durchgreifenden Reform versperrt. Den Staat trifft der Vorwurf, er habe den Hochschulen die notwendigen Mittel verweigert, so daß diese den Anforderungen in Forschung und Lehre nicht gerecht werden konnten. Der unvoreingenommene Beobachter wird zu dem Schluß kommen müssen, daß beide Vorwürfe letztlich zu Recht bestehen: Versäumnisse auf b e i d e n Seiten haben das Ausmaß der gegenwärtigen Krise bestimmt.

- Die Zusammensetzung der akademischen Gremien

In den hochschulpolitischen Entscheidungsgremien müssen alle akademischen Bürger vertreten sein. Der Anteil der Vertretung hat sich nach der Verantwortung und der Funktion innerhalb der Hochschule zu richten. Er läßt sich nicht nach der augenblicklichen Kampfsituation an manchen Hochschulen bestimmen, in der einzelne Gruppen von anderen majorisiert zu werden fürchten; er sollte vielmehr unter Voraussetzungen festgelegt werden, die die Glieder der Hochschule am ehesten veranlassen, sich überall zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit bereitzufinden.

- Großer Senat (Konzil)

Von hier aus bietet sich für das verfassungsgebende Organ, das auch die repräsentative Spitze der Hochschule zu wählen hat, eine abgestufte Beteiligung der Ordinarien, der Nichtordinarien, der nicht-habilitierten Akademischen bzw. Wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten nach dem Marburger Beispiel (40:20:20:20) an, das zur sachlichen Zusammenarbeit zwingt.

- (Kleiner) Senat

Ein etwa entsprechendes Zahlverhältnis empfiehlt sich auch für dasjenige Gremium, das Entscheidungen für die gesamte Hochschule zu treffen hat. Im Interesse der Arbeitsfähigkeit sollte dieses Gremium möglichst klein gehalten werden. Die Frage der Zusammensetzung wäre leichter zu lösen, wenn sich die Überzeugung durchsetzte, daß die Belange der Hochschule auch bei einem Nichtordinarius oder einem Akademischen Mitarbeiter in guten Händen liegen können.

- Fakultäten

Die traditionellen Fakultäten, die früher in überschaubarer Weise von fünf bis 15 Ordinarien geleitet wurden, sind auf ein Mehrfaches angewachsen und haben damit den Rahmen gesprengt, in dem ein Kollegialorgan arbeitsfähig ist.

Eine Aufspaltung bestehender Fakultäten in mehrere neue, selbständige Fakultäten ist nicht erwünscht. Vorgeschlagen wird eine Verbesserung der Arbeitsfähigkeit der großen und der nunmehr größer werdenden Fakultäten auf folgende Weise:

- a) Der Grundsatz, daß jeder Ordinarius kraft Amtes dem Kollegium der Engeren Fakultät angehört, sollte überall dort preisgegeben werden, wo die Gesamtzahl der Mitglieder 30 übersteigt. Wohl aber sollte eine Vertretung jeweils einer gesamten Disziplin oder einer Gruppe eng verwandter Fächer gewährleistet sein.

Auch für den Rahmen des Fakultätskollegiums (Engere Fakultät) gilt im übrigen, daß die Belange eines Lehrstuhl-Instituts auch von Nichtordinarien und von Akademischen Mitarbeitern sehr wohl vertreten werden können.

Für Erlass und Änderung der Fakultätssatzung sowie für die Wahl des Dekans sollte ein besonderes, erweitertes Gremium zuständig sein, das eine breite Vertrauensbasis sichert.

- b) Die 30 Mitglieder übersteigenden Fakultäten werden in Sektionen gegliedert, so wie dies bei manchen Fakultäten bereits der Fall ist. In großen Sektionen könnte ebenfalls die Notwendigkeit gegeben sein, daß nicht jeder Ordinarius vertreten ist.

Prinzipiell sollte in allen Fällen eine angemessene Mitwirkung aller Gruppen nach Maßgabe ihrer Funktionen für Forschung und Lehre gewährleistet sein, bei den Studenten eine Mitwirkung gemäß Fachschaften bzw. Studienrichtungen.

Ein allgemein verbindliches Zahlenverhältnis läßt sich hier kaum festlegen. Die Beteiligung von Nichtordinarien im Verhältnis zu den Ordinarien wird je nach Situation größer oder kleiner sein müssen als im Großen Senat (Konzil).

- Verwaltungsrat

Das oberste Gremium der Wirtschaftsverwaltung ist erst durch das Hessische Hochschulgesetz geschaffen worden. Erfahrungen darüber liegen noch nicht vor. Die Zusammensetzung ist zwar durch Gesetz im wesentlichen festgelegt, sollte aber im Licht der jüngsten Entwicklung überprüft werden. Einzelne Hochschulsatzungen haben nämlich die gesetzlich geforderte Beteiligung von m i n d e s t e n s einem Nichtordinarius zu einer H ö c h s t g r e n z e gemacht. Darüber hinaus ist kaum einzusehen, mit welcher Begründung den Lehrstuhl-Inhabern in den Verwaltungsgremien eine erheblich höhere Beteiligung eingeräumt werden soll als in den übrigen akademischen Gremien.

- Vertraulichkeit

Die Beschlüsse aller Gremien sollten veröffentlicht werden, sofern nicht im Einzelfall mit entsprechender Begründung Vertraulichkeit beschlossen wird. Die bisher übliche geheime Verfahrensweise ist in entscheidendem Maße für die gegenwärtige Krise mitverantwortlich.

- Institute, Seminare, Kliniken

In den Instituten der Hochschule wird die Lehr- und Forschungsarbeit geleistet. Deren Struktur ist in vielen Fällen gekennzeichnet durch einen nahezu allmächtigen Direktor, dem eine große Anzahl von Mitarbeitern gegenübersteht, die, selbst als Hochschullehrer, zum Teil in unwürdiger Abhängigkeit gehalten werden. Die Freiheit aller Hochschullehrer in Forschung und Lehre sowie das Recht des Assistenten auf eigene wissenschaftliche Arbeit bleiben Deklamationen, solange der Direktor das alleinige und unkontrollierte Verfügungsrecht über Personal- und Sachmittel sowie über Institutsräume hat.

Folgende Reformen sind dringend erforderlich: Übergroße Anstalten sind in überschaubare und funktionsfähige Abteilungen aufzugliedern, deren Hochschullehrer selbständig über Personal- und Sachmittel verfügen. Die Gliederung sollte elastisch sein; nicht jede Änderung sollte der ministeriellen Genehmigung bedürfen. Institute oder Abteilungen gleicher oder eng benachbarter Fachgebiete sollten zu größeren Einheiten ("Departments") zusammengefaßt werden. Diese könnten auch über Fakultätsgrenzen hinwegreichen. Viele Einrichtungen (Bibliotheken, Werkstätten, Großgeräte) könnten gemeinsam rationeller genutzt werden.

Die Last der Verwaltungsarbeit könnte durch turnusmäßigen Wechsel in der geschäftsführenden Leitung für den einzelnen Wissenschaftler erträglicher gemacht werden. Staatlich gewährte Sachmittel und Personalstellen sollten dem gesamten Institut zur Verfügung stehen. Die Verteilung auf die einzelnen Abteilungen sollte ein Anstaltsbeirat mitentscheiden. Großprojekte sollten innerhalb der Institute, der "Departments" und gegebenenfalls der Sektionen abgestimmt werden.

Man könnte einwenden, daß die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Forschung auf diese Weise beeinträchtigt werde. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die moderne Forschung meist zu teuer ist, als daß die Gemeinschaft es sich leisten könnte, unter Aufwand hoher Kosten jede beliebige Forschungsarbeit zu ermöglichen. Wenn aber Kontrolle nötig ist, dann ist Selbstkontrolle der unmittelbar benachbarten Fachkollegen die mildeste und zugleich sachgerechte Form, wenigstens im Prinzip und in der Regel.

Wenn Personalstellen nicht mehr ausschließlich dem einzelnen Institutsdirektor unterstehen, werden die Wissenschaftlichen Mitarbeiter von dem bisweilen bedrückenden Gefühl befreit, daß ihre wirtschaftliche Existenz und ihre wissenschaftliche Zukunft ausschließlich von der gelegentlich willkürlichen Disposition eines Einzelnen abhängen.

Hieraus ergibt sich die zentrale Bedeutung der vom Hessischen Hochschulgesetz vorgesehenen Anstaltsordnungen. Sie sind in jedem Fall unter Beteiligung aller Gruppen von Mitarbeitern aufzustellen.

- Berufungen

Das bisherige Berufungsverfahren hat große Mängel. Es müßte durch die obligatorische Ausschreibung vakanter Lehrstühle objektiviert werden. Unerläßlich ist es auch, daß die Begründungen für die Kandidatenvorschläge veröffentlicht werden.

Die Berufungskommission sollte Fachvertreter unabhängig von ihrem Status umfassen.

Die Berufungs- und Bleibeverhandlungen in ihrer jetzigen Form rechtfertigen sich allein aus der Tatsache, daß sie nahezu die einzige Möglichkeit darstellen, die staatlichen Stellen zur Bewilligung der

nötigen Mittel zu bewegen. Im übrigen hat dieses Verfahren zu einem völlig unorganischen, vielfach unverantwortlichen Wachstum geführt. Künftig sollte deshalb der Ausbau der Institute mehr vom Sachverstand der Hochschulen als vom Verhandlungsgeschick des zu Berufenden bzw. von der zufälligen "Marktlage" des Faches abhängen.

- Habilitation

Unbestritten ist laut Hessischem Hochschulgesetz das Recht auf Habilitation ohne Berücksichtigung der Bedürfnisfrage. Es sollte mehr von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, bereits veröffentlichte Arbeiten als Grundlage der Habilitation (auf die nicht verzichtet werden soll) anzuerkennen und damit auf die Anfertigung einer besonderen Habilitationsschrift zu verzichten.

Durch entsprechende Anreize könnten mehr qualifizierte Wissenschaftler für eine Habilitation zu gewinnen sein. Insbesondere sollte man endlich die Anregung des Wissenschaftsrates ernst nehmen, attraktive Dauerstellungen auch für diejenigen zu schaffen, die nicht auf einen Lehrstuhl berufen werden. Dazu bieten sich in erster Linie die selbständigen Abteilungen an. In denjenigen Fächern, in denen die Habilitation häufig nicht als Zugang zum Hochschullehrerberuf angestrebt wird, wie vor allem in den klinischen Fächern der Medizin, sollte die Einführung eines eigenen Grades ("Dr. habil.") erwogen werden, der die besondere wissenschaftliche Qualifikation bestätigt.

2. Zur Stellung der Nichtordinarien

Im Rahmen der Hochschulreform sollten die mit der Position der Nichtordinarien zusammenhängenden Fragen besonders hervorgehoben werden:

- Korporationsrechtliche Stellung

Mit der ständigen Ausweitung und mit der wachsenden Anforderung in Forschung und Berufsausbildung steigt zwangsläufig auch die Bedeutung der Nichtordinarien in entsprechendem Maß. Es möge genügen, hierzu die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1964 zu zitieren: "Die traditionelle Struktur der Lehrkörper, die im wesentlichen nur die für das Fachgebiet verantwortlichen Lehrstuhl-Inhaber, die gewissermaßen ständig in 'Wartestellung auf einen Lehrstuhl' befindlichen Dozenten sowie die den Lehrstuhlinhabern zugeteilten und von ihnen abhängigen Assistenten kennt, genügt den heutigen Bedürfnissen nicht mehr."

Bei der Verwirklichung der Reform gilt es, gemäß den Intentionen des Hessischen Hochschulgesetzes, hinsichtlich der Besetzung der akademischen Ämter von der Unterscheidung der Hochschullehrer in Ordinarien und Nichtordinarien abzugehen.

- Beamtenrechtliche Stellung

Das Bestreben, die sogenannten "Diätendozenturen" nur als Durchgangsstellungen zu betrachten und für die außerordentlichen Professoren neuer Art entsprechende Stellen als Lebenszeitbeamte zu schaffen, ist zu begrüßen. Leider gibt es derzeit noch nicht genügend Dauerstellen dieser Art, vor allem viel zu wenig Stellen der Besoldungsgruppe H 3. Hier hat das Ministerium versagt. Es blockiert seine eigenen, im Hessischen Hochschulgesetz angestrebten Reformen.

Es ist ferner untragbar, daß habilitierte Oberassistenten, Oberingenieure und Oberärzte beamtenrechtlich noch immer nicht als Hochschullehrer anerkannt sind, sondern als Beamte auf Widerruf im Status Wissenschaftlicher Assistenten belassen werden. Von Seiten des Ministeriums wird die Fiktion aufrechterhalten, daß sich diese Personengruppen gewissermaßen nur nebenbei und zum Privatvergnügen habilitiert hätten. Tatsächlich handelt es sich in erster Linie um Hochschullehrer, die hohe Verantwortungen tragen.

Ferner wird es höchste Zeit, daß die merkwürdigen Zwitterpositionen der "Wissenschaftlichen Räte und Professoren" entsprechend den Vorschlägen des Wissenschaftsrates in Stellen für außerordentliche Professoren (neuer Art) umgewandelt werden. Die entsprechende Novelle zum Bundesbeamtenrechtsrahmengesetz ruht seit Jahr und Tag beim Bundestagsausschuß für Inneres. Eine zusätzliche Barriere türmt sich bei den Finanzministerien der Länder auf, die unter dem Vorwand fehlender Mittel sogar die bereits jetzt möglichen Reformen verhindern.

- Besoldungsrecht

Die Laufbahnbeamten des höheren Dienstes haben es inzwischen durchgesetzt, daß die Beförderung auf eine Stelle der Besoldungsgruppe A 14 (Oberrat) die Regel ist. Ein Dozent hingegen bleibt, auch als außerplanmäßiger Professor, in der ungünstigeren Gehaltsgruppe H 1. Wer durch die Habilitation den Nachweis höherer wissenschaftlicher Qualifikation erbracht hat, wird dafür gewissermaßen finanziell bestraft, während die Akademischen Räte, Kustoden und Studienräte im Hochschuldienst mit der Regelbeförderung in die Gehaltsgruppe A 14 rechnen können.

Besonders unzureichend ist die Besoldung nach H 1 für Oberärzte in leitenden Stellungen. Sie tragen neben ihrer Tätigkeit in Forschung und Lehre auch noch eine hohe Verantwortung für die Patienten auf den Stationen der Kliniken. Ihre Besoldung ist geringer als die eines "regelbeförderten" Rates irgend einer Gruppe des Höheren Dienstes. Diesem offensichtlichen Unrecht sollte durch die Schaffung einer Kategorie "Leitender Oberarzt" in der Besoldungsgruppe H 3 abgeholfen werden.

- Möglichkeiten des Fortkommens

Die nahe Zukunft wird zweifellos einen großen Bedarf an Hochschullehrern bringen. Mit Recht wird deshalb darauf gedrängt, die Habilitationsquote zu erhöhen. Wenn aber die Zahl der ordentlichen Lehrstühle nicht in gleichem Maße wachsen wird - die finanzielle Lage bietet hierfür kein günstiges Bild -, dann müssen wenigstens mehr Dauerstellungen für außerordentliche Professoren neuer Art geschaffen, und es müssen die Übergangsmöglichkeiten für die habilitierten Hochschullehrer in Berufe außerhalb der Hochschule erleichtert werden.

Die Unterzeichner wünschen im Interesse des Ganzen für die Zukunft einen gemeinsam gangbaren Weg innerhalb der Hochschule. Sie hoffen auch auf die Einsicht der politischen Kräfte im Staat, deren Hilfe bei der Reform unentbehrlich ist. Freilich wäre es dazu unvermeidlich, daß die verantwortlichen Stellen die Verteilung ihrer finanziellen Mittel noch einmal überdenken.

Frankfurt a.M.-Höchst, den 20. März 1968

gez. Schmidt

(Professor Dr. Dr. Robert H. Schmidt)
Technische Hochschule Darmstadt

gez. Müser

(Professor Dr. Helmut A. Müser)
Universität Frankfurt

gez. Schmutterer

(Professor Dr. Heinz Schmutterer)
Universität Gießen

gez. Nachtigall

(Professor Dr. Horst Nachtigall)
Universität Marburg